



Beteiligungsbericht zum 31.12.2016



StädteRegion
Aachen

Aktive Region

Nachhaltige Region

BildungsRegion

Soziale Region

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort.....	1
Einleitung.....	3
Erläuterungen.....	5
Abkürzungsverzeichnis.....	7
Beteiligungsübersicht.....	8
Übersicht Vereinsmitgliedschaften.....	10
Entsorgung	
<hr/>	
AWA Entsorgung GmbH.....	13
AWA Service GmbH.....	25
MVA Weisweiler GmbH & Co. KG.....	33
MVA Weisweiler Verwaltungs GmbH.....	41
Zweckverband Entsorgungsregion West (ZEW).....	47
Verkehr und Versorgung	
<hr/>	
Zweckverband Aachener Verkehrsverbund (AVV).....	59
Aachener Verkehrsverbund GmbH.....	65
Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs- AG (ASEAG).....	71
Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH Aachen (E.V.A.).....	91
Energie- und Wasser- Versorgung GmbH (EWV).....	107
enwor - energie & wasser vor ort GmbH.....	131
Wassergewinnungs- und aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mbH (WAG).....	147
Flugplatz Aachen Merzbrück GmbH (FAM).....	155
Wirtschafts- und Strukturförderung	
<hr/>	
AGIT Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer mbH.....	165
Zweckverband Region Aachen.....	173
Wirtschaftsförderungsgesellschaft StädteRegion Aachen mbH (WFG).....	183
Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG.....	197
Aachener Kreuz Merzbrück Verwaltungs GmbH.....	202
Camp Astrid GmbH & Co. KG.....	207
Camp Astrid Verwaltungs GmbH.....	216
Vogelsang ip GmbH.....	221
Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang mbH.....	231

Energeticon gGmbH.....	241
Innovationsregion Rheinisches Revier GmbH.....	255

Wohnungswirtschaft

Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft für die StädteRegion Aachen mbH.....	263
--	-----

Gesundheitswesen

Medizinisches Zentrum StädteRegion Aachen gGmbH.....	277
MZ Service GmbH.....	289
Parkplatz Marienhöhe GmbH.....	297
Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen (SBZ).....	303
Chemisches- und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland AöR.....	323

Beschäftigung – Qualifizierung - Dienstleistung

SPRUNGbrett – Beschäftigungsinitiative der StädteRegion Aachen gGmbH.....	335
regio iT gesellschaft für Informationstechnologie mbH.....	345
Zweckverband Studieninstitut für kommunale Verwaltung, Aachen.....	357

Kultur

Grenzlandtheater Aachen der StädteRegion Aachen GmbH.....	373
KuK – Kunst- und Kulturzentrum Betriebsgesellschaft der StädteRegion Aachen mbH.....	381



Vorwort



Die StädteRegion Aachen legt mit dieser Ausgabe den Beteiligungsbericht zum 31.12.2016 vor. Zu diesem Stichtag gibt sie Auskunft über ihre Beteiligungen in privatrechtlicher und öffentlich-rechtlicher Form. Der jährlich fortzuschreibende Beteiligungsbericht gibt einen kompakten Überblick über den Beteiligungsbesitz der StädteRegion und informiert den Leser über

- die organisatorisch-rechtliche Struktur der Beteiligungen,
- die Besetzung der Organe durch die StädteRegion Aachen und
- die stichtagsbezogene wirtschaftliche Lage der Gesellschaften und Zweckverbände.

Der Beteiligungsbericht ist inhaltlich angepasst an die Anforderungen gemäß § 117 Gemeindeordnung NRW und wird dem Gesamtabchluss als Anlage beigefügt. Ergänzend zu der grafischen Übersichtsdarstellung der Beteiligungen enthält der Beteiligungsbericht auch eine grafische Darstellung der Vereine, in denen die StädteRegion Aachen Mitglied ist und in deren Gremien sie Vertreterinnen entsendet.

Im Bericht sind neben den Beteiligungen in privater Rechtsform auch die nachfolgend genannten öffentlich-rechtlichen Beteiligungen der StädteRegion aufgeführt.

- Zweckverband Aachener Verkehrsverbund (AVV)
- Zweckverband Entsorgungsregion West (ZEW)
- Sondervermögen Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen
- Chemisches- und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland AöR, Aachen
- Zweckverband Studieninstitut für kommunale Verwaltung, Aachen
- Zweckverband Region Aachen

Der Beteiligungsbericht wird in Zeiten der Digitalisierung in erster Linie im Internet veröffentlicht. Er steht unter www.staedteregion-aachen.de zum Abruf zur Verfügung. Wenn Sie Informationen zum Beteiligungsbericht wünschen, stehen meine Mitarbeiterinnen bei der Stabsstelle S 80 -Wirtschaftliche Beteiligungen und Zentrales Controlling- gerne für nähere Auskünfte zur Verfügung.

Aachen, im November 2018



(Etschenberg)
Städteregionsrat

Einleitung

Der Beteiligungsbericht 2016 der StädteRegion Aachen schreibt die bewährte Form der bisherigen Beteiligungsberichte fort. Seine Struktur folgt § 52 Gemeindehaushaltsverordnung NRW und die Gliederung ist so ausgerichtet, dass die folgenden Aspekte separat ausgewiesen werden:

- die Ziele der Beteiligung,
- die Erfüllung des öffentlichen Zwecks,
- die Beteiligungsverhältnisse,
- die Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen der letzten Abschlussstichtage,
- die Leistungen der Beteiligungen, bei wesentlichen Beteiligungen mit Hilfe von Kennzahlen,
- die wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und mit der Gemeinde,
- die Zusammensetzung der Organe der Beteiligungen,
- der Personalbestand jeder Beteiligung.

Die Lageberichte der Unternehmen und Zweckverbände werden im Beteiligungsbericht vollständig abgebildet. Die komprimierte Darstellung der Gewinn- und Verlustrechnung je Beteiligung weist eventuelle Gesellschafterzuschüsse oder Verlustabdeckungen separat aus und wird ergänzt um eine differenzierte Darstellung des Eigenkapitals jeder Beteiligung.

Die wirtschaftlichen Angaben im Beteiligungsbericht beziehen sich auf die zuletzt vorgelegten attestierten Prüfberichte der jeweiligen Jahresabschlüsse des Geschäftsjahres 01.01.2016 bis 31.12.2016, dies gilt ebenfalls für die dargestellten Kennzahlen.

Die Angaben zur Besetzung der Aufsichts- und Entscheidungsgremien berücksichtigen den Stand der Mandatswahrnehmung sowohl zum Stichtag 01.01.2016 als auch zum Stichtag 31.12.2016 durch die Vertreter/innen der StädteRegion Aachen. Personelle Änderungen jeglicher Art, die nach dem Stichtag eingetreten sind, werden im darauffolgenden Bericht ausgewiesen.

Daneben sind grafische Gesamtübersichten aller Beteiligungen der StädteRegion Aachen in privatrechtlicher und öffentlich-rechtlicher Form im Beteiligungsbericht enthalten, die jährlich aktualisiert werden. Diese werden um eine grafische Darstellung der Mitgliedschaft der StädteRegion Aachen in Vereinen ergänzt.

Erläuterungen

Gemäß § 52 Abs. 1 Nr. 4 Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) ist im Beteiligungsbericht nach § 117 GO die Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen der letzten drei Abschlussstichtage gesondert anzugeben und zu erläutern. Aufgrund der Änderungen des Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetzes (BilRUG), welches am 23. Juli 2015 in Kraft getreten ist, sind zwecks Vergleichbarkeit in diesem Bericht die Stichtage zum jeweils 31.12.2015 und 31.12.2016 in der Gewinn- und Verlustrechnung angegeben. Im Folgebericht wird die gesetzliche Vorgabe durch die Ergänzung des Stichtages zum 31.12.2017 wieder gewahrt. Nachstehend werden einige Begrifflichkeiten zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung erläutert.

Bilanz

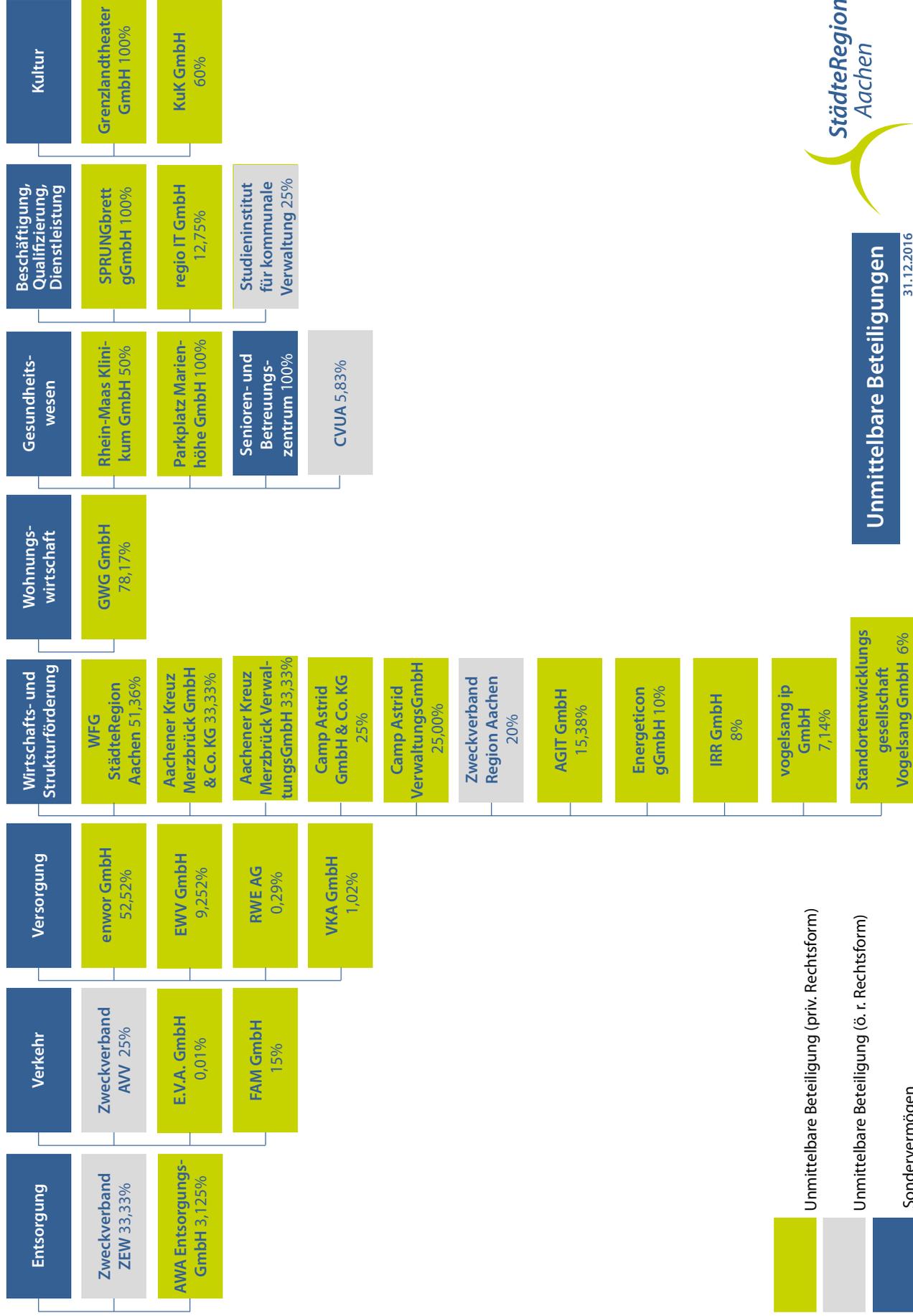
Auf der Aktivseite wird die Verwendung der Eigen- und Fremdmittel gezeigt, während die Passivseite die Mittelherkunft darstellt. Die Verwendung des Vermögens wird in Anlage- und Umlaufvermögen gegliedert, wobei das Anlagevermögen diejenigen Vermögensgegenstände widerspiegelt, die dem Unternehmen langfristig dienen sollen. Das Umlaufvermögen unterliegt einem häufigeren Zu- und Abfluss, da es i.d.R. nur kurzfristig zur Verfügung steht. Rechnungsabgrenzungsposten sind zeitliche Abgrenzungen von Ausgaben (Aktivseite) bzw. Einnahmen (Passivseite) vor dem Abschlussstichtag, die Aufwand bzw. Ertrag für die Zeit nach diesem Tag darstellen. Rückstellungen sind für ungewisse Verbindlichkeiten und für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften zu bilden. Ungewiss bedeutet hierbei Unsicherheit hinsichtlich der Höhe oder des Zeitpunktes ihres Eintritts. Außerdem sind Rückstellungen zu bilden für im Geschäftsjahr unterlassene Instandhaltungsaufwendungen, die innerhalb der ersten drei Monate des Folgejahres nachgeholt werden. Darüber hinaus sind noch Rückstellungen für Gewährleistungen ohne rechtliche Verpflichtung zulässig und Aufwandsrückstellungen, so weit sie am Abschlussstichtag wahrscheinlich oder sicher sind.

Gewinn- und Verlustrechnung

Das Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz ist verpflichtend für die Geschäftsjahre nach dem 31.12.2015 anzuwenden. Gem. § 277 Abs.1 HGB werden als Umsatzerlöse nun Erlöse definiert, die aus dem Verkauf und der Vermietung oder Verpachtung von Produkten sowie aus der Erbringung von Dienstleistungen einer Kapitalgesellschaft hervorgehen. Nach der neuen Gesetzeslage entfällt die bisherige Darstellung des Betriebs- und Finanzergebnisses, des gewöhnlichen Geschäftsergebnisses und des außerordentlichen Ergebnisses. Die bisher als außerordentlich behandelten Beträge sind zukünftig in dem jeweils sachlich zutreffenden Posten der Gewinn- und Verlustrechnung auszuweisen. Bisherige außerordentliche Aufwendungen sind der konkreten Aufwandsart (z. B. Materialaufwand, Personalaufwand) zuzuordnen. Die bisherigen außerordentlichen Erträge sind ab nun in der Regel als sonstige betriebliche Erträge zu erfassen, unter Umständen aufgrund der neuen Umsatzerlösdefinition auch als Umsatzerlöse. Der Jahresüberschuss bzw. Jahresfehlbetrag entspricht dem Saldo aller Erträge und Aufwendungen.

Abkürzungsverzeichnis

>	größer als
<	kleiner als
Abs.	Absatz
AG	Aktiengesellschaft
AktG	Aktiengesetz
AV	Anlagevermögen
BGBl.	Bundesgesetzblatt
bzw.	beziehungsweise
cbm/m ³	Kubikmeter
EigVO	Eigenbetriebsverordnung NRW
EK	Eigenkapital
e.V.	eingetragener Verein
GkG	Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit NRW
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GO NRW	Gemeindeordnung Nordrhein–Westfalen
GemHVO	Gemeindehaushaltsverordnung Nordrhein–Westfalen
HGB	Handelsgesetzbuch
HGrG	Haushaltsgrundsätzegegesetz NRW
i.d.R.	in der Regel
i.H.v.	in Höhe von
KG	Kommanditgesellschaft
KrO	Kreisordnung
km	Kilometer
kWh	Kilowattstunden
LSP	Leitsätze für die Preisermittlung auf Grund von Selbstkosten
Mio.	Million
NRW	Nordrhein–Westfalen
qm/m ²	Quadratmeter
RAP	Rechnungsabgrenzungsposten
RWTH	Rheinisch–Westfälische Technische Hochschule
Sopo	Sonderposten
T€	Tausend Euro
UV	Umlaufvermögen
WEEG	Wasserentnahmeentgelt
WHG	Wasserhaushaltsgesetz
ZV	Zweckverband





Mittelbare Beteiligungen

31.12.2016



Aktive Region

Grünmetropole e. V.

Kunst-
und Kulturzentrum e. V.

Verein zur Förderung
der Städtepartnerschaften
in der StädteRegion Aachen

TSV Alemannia Aachen
1900 e. V.

Arbeitsgemeinschaft fußgän-
ger- und fahrradfreundlicher
Städte, Gemeinden u. Kreise
in NRW e. V.

Eifel Touristik Agentur e. V.

Veranstaltungsgemeinschaft
für den Lokalfunk in der
StädteRegion Aachen e. V.

Monschauer Land Touristik e. V.

Business Network Aachen e. V.

digitalHUB Aachen e. V.

Nachhaltige Region

Landesarbeitsgemeinschaft
Agenda 21 e. V.

Naturpark Nordeifel e. V.

Stiftung Naturschutz,
Heimat und Kulturpflege e.V.

Biologische Station e. V.

Förderverein
Nationalpark Eifel e. V.

BildungsRegion

Verein für allgemeine
und berufliche
Weiterbildung e. V.

Bundesverband
Jugend und Film e. V.

Landesarbeitsgemeinschaft
Jugend und Literatur NRW e. V.

Bergbaumuseum
Grube Anna e. V.

Zinkhütter Hof e. V.

Pro RWTH e. V.

Soziale Region

Schullandheimverein
Paustenbach e. V.

Es werden nur die Mitgliedschaften
in den Vereinen dargestellt,
in deren Gremien die StädteRegion Aachen
Vertreter entsendet.

Mitgliedschaften in Vereinen





Entsorgung

AWA Entsorgung GmbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziele

Gegenstand des Unternehmens ist die Beauftragung des „Zweckverbandes Entsorgungsregion West“ mit der Aufgabenwahrnehmung, Koordination und Durchführung von abfallwirtschaftlichen Aufgaben. Dies umfasst die Weiterentwicklung des Abfallwirtschaftskonzeptes, die Planung, Vorbereitung, Einleitung und Durchführung von Genehmigungsverfahren für Anlagen zu Sortierung, stofflichen Verwertung, thermischen oder sonstigen Behandlungen und Ablagerungen von Siedlungsabfällen sowie die Errichtung und den Betrieb entsprechender Anlagen. Die Beauftragung weiterer Aufgaben, Rechte und Pflichten bedarf im Einzelfall der ausdrücklichen Zustimmung derjenigen Körperschaften, um deren Aufgaben, Rechte und Pflichten es sich handelt. Soweit davon beide Gebietskörperschaften betroffen sind, bedarf dies der Zustimmung beider.

Die Gesellschaft darf alle Maßnahmen treffen, die geeignet sind, den Gesellschaftsgegenstand zu fördern. Die Gesellschaft darf abfallwirtschaftliche Aufgaben von kreisangehörigen Städten und Gemeinden mit Zustimmung beider Gesellschafter übernehmen. Die Gesellschaft ist berechtigt, sich an anderen Gesellschaften zu beteiligen. Die Gesellschaft darf Grundstücke erwerben sowie eigenen und fremden Grundbesitz verwalten und verwerten.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft kann einen oder mehrere Geschäftsführer haben. Die Zahl der Geschäftsführer richtet sich nach dem Aufgabenumfang der Gesellschaft. Ist nur ein Geschäftsführer vorhanden, so ist er stets alleinvertretungsberechtigt. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, kann einer der Geschäftsführer durch Beschluss der Gesellschafterversammlung zum Vorsitzenden bestimmt werden.

Aufsichtsrat:

Der Aufsichtsrat besteht aus 24 stimmberechtigten und vier beratenden Mitgliedern. 21 stimmberechtigte Mitglieder des Aufsichtsrates und ihre Stellvertreter werden von der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Entsorgungsregion West (ZEW) bestellt und in den Aufsichtsrat entsandt. Drei stimmberechtigte Aufsichtsratsmitglieder und ihre Stellvertreter werden auf Vorschlag der Gesellschafterversammlung durch Mehrheitsbeschluss der 21 vom ZEW bestimmten Aufsichtsratsmitglieder bestellt. Von diesen drei Aufsichtsratsmitgliedern muss je ein Mitglied

- Angehöriger der Geschäftsführung der Industrie- und Handelskammer zu Aachen,
- Angehöriger der Geschäftsführung des Deutschen Gewerkschaftsbundes aus der Region Aachen,

- Angehöriger des Kreises der Professoren der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen sein.

Jedes Mitglied des ZEW entsendet eine fachkundige Person als Mitglied in den Aufsichtsrat mit beratender Stimme. Ihre Stellvertreter werden gleichfalls von dem Mitglied des ZEW bestimmt. Ein Vertreter des Betriebsrates nimmt mit beratender Stimme an der Sitzung des Aufsichtsrates teil.

Gesellschafterversammlung:

In der Gesellschafterversammlung werden die Gesellschafter durch ihre gesetzlichen Vertreter vertreten. Darüber hinaus kann sich jeder Gesellschafter durch rechtsgeschäftliche Vertreter vertreten lassen, sofern es sich hierbei um Angehörige der Verwaltung des vertretenen Gesellschafters handelt. Abweichend hiervon kann die Gesellschafterversammlung weitere Personen als Vertreter oder Beistand in der Gesellschafterversammlung zulassen.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Ulrich Koch

Vertreter der StädteRegion per ZEW im Aufsichtsrat:

Helmut Etschenberg	Städteregionsrat
Oliver Bode	Städteregionstagsmitglied
Jürgen Neesen	Städteregionstagsmitglied
Gabriele Bockmühl	Städteregionstagsmitglied
Michael Kirsch	Städteregionstagsmitglied
Werner Krickel	Städteregionstagsmitglied
Uwe Friedrich Löhr	Städteregionstagsmitglied

Beratendes Mitglied: Uwe Zink Dezernent StädteRegion

Vertreter der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung:

Städteregionsrat Helmut Etschenberg

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Sitz: 52249 Eschweiler

gezeichnetes Kapital: 640.000,00 Euro
(Stammkapitalerhöhung gem. Urkunde vom 14.06.06 durch Umwandlung von freien Rücklagen)

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
Zweckverband ZEW	600.000,00	93,750
StädteRegion Aachen	20.000,00	3,125
Stadt Aachen	<u>20.000,00</u>	<u>3,125</u>
	640.000,00	100,000

Beteiligungen > 25 %:	Anteil in €	Anteil in %
MVA Weisweiler GmbH & Co.KG	6.392.000,00	50,00
MVA Weisweiler Verwaltungs-GmbH	12.782,30	50,00
MOENA Grundstücksverw.GmbH & Co.KG i.L.	12.782,29	50,00
MOENA Grundstücks-Verwaltungsgesellschaft mbH	12.782,30	50,00
AWA Service GmbH	25.000,00	100,00

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2014	2015	2016
	- in T€ -	- in T€ -	- in T€ -
A. Anlagevermögen	26.311	27.610	32.490
I. Imm. Vermögensgegenst.	369	189	124
II. Sachanlagen	23.402	24.882	29.827
III. Finanzanlagen	2.541	2.539	2.539
B. Umlaufvermögen	47.815	42.966	35.582
I. Vorräte	91	86	86
II. Forderungen / sonst. VG	24.055	26.594	26.127
III. Wertpapiere	3.000	3.000	1.000
IV. Kassenbestand, Guthaben	20.669	13.286	8.369
C. Rechnungsabgrenzungsposten	29	36	66
Bilanzsumme Aktiva	74.155	70.612	68.139
A. Eigenkapital	1.183	4.327	5.184
I. Gezeichnetes Kapital	640	640	640
II. Gewinnrücklagen	3.000	3.000	3.000
III. Gewinn/ Verlustvortrag	6.184	-2.457	687
IV. Jahresübersch./-fehlbetrag	-8.641	3.144	857
B. Rückstellungen	47.143	35.363	36.659
C. Verbindlichkeiten	25.413	30.538	25.944
D. Rechnungsabgrenzungsposten	416	384	352
Bilanzsumme Passiva	74.155	70.612	68.139

	2014	2015	2016
Gewinn- und Verlustrechnung:	- in T€	- in T€ -	- in T€ -
	-		
Umsatzerlöse	46.142	50.586	50.154*
Sonstige betriebliche Erträge	-	398	167
Aufwendungen für bezogene Leistungen	-	35.486	34.907
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-	4.931	6.839
Jahresfehlbetrag/-überschuss	-8.641	3.144	857

*Der Jahresabschluss 2016 wurde nach den Vorgaben von BilRUG erstellt. Daher ist der Vergleich zu den Vorjahren nur eingeschränkt möglich.

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2014	2015	2016
Mitarbeiter/innen	79	86	94

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Über die Ergebnisverwendung der AWA Entsorgung GmbH – d.h. über die Verwendung des Jahresüberschusses zuzüglich eines Gewinnvortrages und abzüglich eines Verlustvortrages oder, so weit einschlägig, über die Verwendung des Bilanzgewinnes – entscheidet die Gesellschafterversammlung nach freiem Ermessen. Die Gesellschafterversammlung kann insbesondere beschließen, dass das Ergebnis ganz oder teilweise in Gewinnrücklagen eingestellt oder auf neue Rechnung vorgetragen wird. Soweit die Ergebnisse aus der Wahrnehmung von Aufgaben resultieren, die die Gesellschafter Stadt und Städtereion Aachen in gleichem Umfang auf die AWA GmbH übertragen haben, erfolgt die Ergebnisverteilung im Verhältnis der Geschäftsanteile zueinander. Im Übrigen erfolgt die Ergebnisverteilung nach dem Ergebnis der jeweiligen von den Gesellschaftern übertragenen Aufgaben.

Gesellschafter der AWA Entsorgung GmbH ist der Zweckverband Entsorgungsregion West, in dem die StädteRegion Aachen ebenfalls Mitglied ist. Zwischen der AWA Entsorgung GmbH und dem ZEW bestehen vielfältige Leistungsbeziehungen.

Öffentliche Zwecksetzung

Entsorgungsaufgaben erfüllen nach § 107 GO NRW in Verbindung mit § 2 LAbfG und dem Kreislaufwirtschaftsgesetz grundsätzlich eine öffentliche Zwecksetzung.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Geschäftsverlauf

Wie auch das Geschäftsjahr 2015 konnte das Geschäftsjahr 2016 im operativen Bereich sehr erfolgreich abgeschlossen werden. Der zuvor erwähnte Preisanstieg im gewerblichen Bereich und die über das geplante Niveau deutlich hinausgehenden Mengen haben zu einem erfreulichen und unerwarteten operativen Ergebnis geführt. Die für das ELC Warden angenommenen Mengen werden dort für vorbereitenden Rekultivierungsmaßnahmen auf der stillgelegten Deponiefläche sinnvoll und ressourcen- sowie kostenschonend eingesetzt. Alle abfallwirtschaftlichen Ziele wurden erreicht und zum Teil übererfüllt. Dazu gehören die weitere Herrichtung der Zwischenabdeckung und Aufbringung der abschließenden Sicherungsabdeckung auf dem ehemaligen Deponiegelände Alsdorf-Warden, die Vorbereitung der Errichtung eines weiteren ELC in Niederzier, Gewerbegebiet Rurbenden, der Ausbau der Vermeidungsaktivitäten im Verbandsgebiet und die Optimierung der Schadstoffsammlung. Ebenso konnten alle wirtschaftlichen Planungen eingehalten werden, zum Teil wurden deutlich positive Abweichungen erreicht, so dass erneut ein entsprechend gutes Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit zu verzeichnen ist. Dazu haben die sehr engagierten Mitarbeiterinnen der Gesellschaft erheblich beigetragen, die sich in einer hausinternen Leitbild-Diskussion erneut mit der Ausrichtung des Unternehmens durch konkrete Jahresplanungen intensiv beschäftigt haben.

Abfallwirtschaftliche Entwicklung und entsorgte Mengen

Die AWA ist aufgrund der vom Aufsichtsrat beschlossenen Unternehmensziele und als 100 % kommunales Unternehmen zu vorbildlichem ökologischen Verhalten verpflichtet, wie es auch das Landesabfallgesetz NRW konkret vorsieht. Diese Verpflichtung wird von den Mitarbeiterinnen sowie von der Geschäftsführung der Gesellschaft außerordentlich ernst genommen. Die Geschäftsführung erhält dabei die Unterstützung von den Gremienmitgliedern der Gesellschaft und erfüllt damit auch die Erwartungen der Gremienmitglieder der Gesellschafter. Deshalb ist es oberstes Ziel, dass alle Stoffströme, die durch Gesetze bzw. Satzungen dem ZEW zu überlassen sind, von der beauftragten AWA Entsorgung GmbH nicht nur ordnungsgemäß verwertet bzw. behandelt, sondern auch auf höchstem technischem Niveau beseitigt werden, sofern sie einer weiteren Nutzung nicht mehr zugeführt werden können. Dabei müssen selbstverständlich auch Entsorgungskonzepte für die Stoffe gefunden werden, die nicht unmittelbar einer Entsorgungspflicht unterliegen, gleichwohl aber in den Zuständigkeitsbereich von ZEW/AWA fallen.

Anlagenbetrieb

MVA Weisweiler

Die technische Verfügbarkeit der MVA Weisweiler hat es der MVA KG auch in 2016 ermöglicht, das Ziel des Wirtschaftsplans um mehr als 20.0001 überzuerfüllen. Insgesamt konnten 390.771 t

thermisch behandelt werden (Vorjahr 386.060 t). Der leichte Mengenanstieg ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass in 2016 nur eine, in 2015 jedoch 2 Linien einer planmäßigen Revision unterzogen wurden. Zum anderen stellt die Zeitverfügbarkeit in 2016 mit 94,9 % einen Rekordwert in der Geschichte des Betriebs der MVA Weisweiler dar. Das Geschäftsjahr 2016 war bei der MVA KG ebenso wie bei der AWA geprägt von den intensiven Verhandlungen zur weiteren Zusammenarbeit ab dem 01.01.2021 zum Betrieb und zur Fortentwicklung der MVA Weisweiler. Dabei hat die MVA KG intensiv mit der RWE Power AG hinsichtlich der Fortsetzung und Ausgestaltung des Anbindungs- und Dienstleistungsvertrags sowie der Dampfvergütungsvereinbarung ab 01.01.2021 verhandelt. Am 21.11.2016 hat die RWE Power AG verbindliche Eckpunkte vorgelegt, die inzwischen konkret in Vertragsformulierungen umgesetzt wurden und die Anfang April 2017 von allen Beteiligten rechtsverbindlich unterzeichnet werden. Insgesamt konnten durch die intensiven Verhandlungen erhebliche finanzielle Verbesserungen für die späteren Betriebskosten erreicht werden

Kompostierungsanlagen

Die Biovergärungsanlage in Würselen konnte einen störungsfreien Verlauf im Geschäftsjahr erreichen. Die Gasausbeute konnte konstant gehalten werden. Die Kompostierungsanlagen auf dem ELC Warden und in Aachen-Brand liefen ebenfalls problemlos. Am Standort Warden wurde im gesamten Geschäftsjahr 2016 die neue Grünschnitt-Kompostierungsanlage gebaut und konnte am 24.03.2017 offiziell in Betrieb genommen werden.

Rostascheaufbereitungsanlage

Da die bestehende Rostascheaufbereitungsanlage am Standort Neulohn sanierungsbedürftig geworden war, musste sie im April 2016 aus sicherheitstechnischen Gründen stillgelegt werden. Es wurde eine befristete Fremdentorgung der Rostasche eingeleitet. Ende Juli 2016 wurde eine Ersatzanlage angemietet. Die Ausbeute von Nichteisenmetallen konnte gesteigert werden.

ELC Warden/Deponie Warden

Die Oberflächenabdichtungsmaßnahmen wurden in erheblichem Umfang fortgesetzt, wobei es durch unerwartete Genehmigungsaufgaben zu leichten Verzögerungen kam. Die Anordnung der Bezirksregierung führte zu einer deutlichen Verlängerung der Realisierungszeiten der Oberflächenabdichtung, da in Abstimmungsverfahren inkl. Umweltverträglichkeitsprüfung angeordnet wurde.

ELC Süd

Einer erfreulich positiven Akzeptanz erfreut sich das ELC Süd. Die Zahl der Besucher hat sich erhöht und die erfassten Stoffströme sind bedarfsgerecht erweitert bzw. angepasst worden. Der Zuspruch durch die Bevölkerung ist nach wie vor sehr groß, so dass trotz der zu Beginn des Geschäftsjahr

2016 erweiterten Öffnungszeiten der große Andrang aus der Bevölkerung immer noch nicht „staufrei“ abgewickelt werden kann.

ELC Rurbenden

Die Genehmigungsphase hat sich beim ELC Rurbenden deutlich länger als geplant dargestellt. Die erforderlichen Umbaumaßnahmen konnten in der zweiten Jahreshälfte 2016 aufgenommen werden. Der Bau ist noch nicht abgeschlossen, die Inbetriebnahme ist für den Sommer 2017 geplant. Es ist beabsichtigt, die Öffnungszeiten entsprechend dem Bedarf der anliefernden Bürgerinnen sowie der Gewerbetreibenden zu gestalten.

ELC Horm

Die Genehmigung für die Sanierung der Halle nach dem Großbrand 2012 wurde durch die Bezirksregierung Köln erteilt. Die Rückbaumaßnahmen im Rahmen der Sanierung erfolgten ab Mai 2016, mit dem Wiederaufbau wurde im September 2016 begonnen. Eine Inbetriebnahme dieser Halle, die im Wesentlichen für den Umschlag von Bioabfällen vorgesehen ist, wird voraussichtlich im Sommer 2017 erfolgen.

Sickerwasserreinigungs- und Gasnutzungsanlage

Erdgas wird seit der Inbetriebnahme des neuen BHKW (Gasmotor) nur noch zum Betrieb des Stützheizkessels benötigt. Durch den Austausch von zwei Straßen der Ultrafiltrierungsanlage auf ein neues Fabrikat konnte die Durchsatzleistung der Sickerwasserreinigung erhöht werden. Durch den stabilen Betrieb war eine Fremdentsorgung von Sickerwasser nicht mehr erforderlich.

Öffentlichkeitsarbeit

Durch die Neugestaltung der Internetseite und die konsequente Umsetzung des Corporate Design konnten im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit auch im Jahr 2016 gute bis sehr gute Nutzungsstatistiken festgestellt werden. Dabei wurde der Aufwand für die Nutzung der abfallwirtschaftlichen Anlagen der Gesellschaft gezielt auf Nutzergruppen ausgerichtet, um die Akzeptanz der Anlagen in der näheren Umgebung zu stabilisieren bzw. zu erhöhen. Im Rahmen des Möglichen wurden dabei auch soziale und nachbarschaftliche Aspekte berücksichtigt. Der Zugriff auf die vom ZEW in Auftrag gegebene und von der AWA maßgeblich mitgestaltete ZEW-App hat sich weiterhin erhöht. Die in der App angegebenen Informationen sowie das abrufbare Dienstleistungsangebot wurden erweitert. Die technische Überarbeitung führte erwartungsgemäß zu einer erleichterten Nutzung der App durch die Bevölkerung. Die zunehmende Ausstattung der Bürgerinnen mit internetfähigen Informationsgeräten führte ebenfalls zu einer erhöhten Nutzungsdichte der App.

Ertragslage

Der Jahresabschluss wurde erstmals nach den Vorschriften des Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz (BilRUG) aufgestellt. Die bisherige Form der Darstellung und die bisher angewandten Bewertungsmethoden wurden insoweit angepasst. Die Vorjahreswerte wurden entsprechend des § 277 Absatz 1 HGB i.d.F. des BilRUG angepasst, sodass eine Vergleichbarkeit mit den Vorjahreszahlen gegeben ist. Die ausschließlich im Inland erzielten Umsatzerlöse entfallen mit etwa € 48,3 Mio. (Vorjahr € 45,5 Mio.) auf Entsorgungsentgelte, die damit über dem Niveau des Vorjahres liegen. Hierbei ist allerdings grundsätzlich zu berücksichtigen, dass die Gesellschaft ihre Entgelte nach den für sie geltenden öffentlich-rechtlichen Rahmenbedingungen (KAG, LSP u. a.) zu bemessen hat und diese nicht frei kalkulierbar sind. Die Umsatzerlöse sind somit von der Entwicklung der Entsorgungskosten abhängig, die wesentlich von den Verbrennungskosten der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG beeinflusst werden. Aufgrund der Umsetzung des Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetzes sind die Erlöse aus Weiterbelastungen (T€ 300, Vorjahr T€ 331) in den Umsatzerlösen und nicht mehr in den sonstigen betrieblichen Erträgen enthalten. Der entsprechende Kostenaufwand in gleicher Höhe ist nunmehr in den Aufwendungen für bezogene Leistungen enthalten und wird nicht mehr bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen. Weiterhin sind auch Miet- und Pachterträge, Nutzungsentschädigungen und Schrotterträge ebenfalls in den Umsatzerlösen und nicht mehr in den sonstigen betrieblichen Erträgen enthalten. Die sonstigen Umsatzerlöse beinhalten im Wesentlichen Schrotterträge aus der Rostascheaufbereitung (T€ 1.101; Vorjahr T€ 1.487), Erlöse aus Geschäftsbesorgungen (T€ 1.351; Vorjahr T€ 1.503), Mieterlöse aus dem Betriebshof RegioEntsorgung (T€ 438; Vorjahr T€ 420) sowie die oben erwähnten Erlöse aus Weiterbelastungen. Die Aufwendungen für bezogene Leistungen (€ 34,9 Mio.; Vorjahr € 35,5 Mio.) beinhalten Fremdleistungen für die Verbrennungskosten der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG, für den Betrieb der Kompostplätze Alsdorf-Warden und Würselen sowie Leistungen für den Betrieb der Zentraldeponie Alsdorf-Warden, für die Betriebsführung der Rostascheaufbereitung, Schadstoffsammlung, für Fremdleistungen Abwasserentsorgung Si-wa sowie der Kostenaufwand der Weiterbelastungen. In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind insbesondere Kosten für Versicherungsbeiträge (T€ 113; Vorjahr T€ 106), Wartung/Instandhaltung (T€ 1.597; Vorjahr T€ 1.126), Beratungs- und Prüfungskosten (T€ 2.628; Vorjahr T€ 999), Fremdleistungen (T€ 528; Vorjahr T€ 408) und Öffentlichkeitsarbeit (T€ 378; Vorjahr T€ 333) enthalten. Beteiligungserträge wurden in Höhe von T€ 261 (Vorjahr T€ 1.336) erzielt. In den sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträgen sind Erträge aus der Abzinsung von Rückstellungen in Höhe von T€ 226 (Vorjahr T€ 178) enthalten. Die Position Zinsen und ähnliche Aufwendungen enthält neben Darlehenszinsen (T€ 698; Vorjahr T€ 780) auch zinsbasierende Anpassungen aus langfristigen Rückstellungen für Erstattungsverpflichtungen aus Entgeltkalkulationen der Vorjahre (T€ 344; Vorjahr T€ 403) sowie für die Rekultivierung der Deponie (T€ 459; Vorjahr T€ 719). Weiterhin werden Zinsen für Pensions- und Beihilfeverpflichtungen ausgewiesen (T€ 194; Vorjahr T€ 527), die mit den Zinserträgen aus der Rückdeckungsversicherung (T€ 76; Vorjahr T€ 105) verrechnet werden. Das Geschäftsjahr schließt mit einem Jahresüberschuss von T€ 857 (Vorjahr: Jahresüberschuss T€ 3.144) ab.

Vermögenslage

Die Vermögens- und Finanzlage der AWA Entsorgung GmbH ist weiterhin geordnet. Das Gesamtvermögen der Gesellschaft in Höhe von T€ 68.139 liegt um T€ 2.473 unter dem Vorjahreswert (T€ 70.612). Während das Anlagevermögen von T€ 27.610 im Vorjahrauf T€ 32.491 im Berichtsjahr anstieg, nahm das Umlaufvermögen auf T€ 37.916 (Vorjahr T€ 42.966) ab.

Finanzlage

Auf der Passivseite hat sich das Eigenkapital um 857 T€ erhöht. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (T€ 15.454; Vorjahr T€ 17.437) reduzierten sich um die planmäßigen Tilgungen. Die Rückstellungen (T€ 36.659; Vorjahr T€ 35.363) erhöhten sich insgesamt um 1.296 T€. Wesentliche Bewegungen ergaben sich aus dem Rückgang von Steuerrückstellungen in Höhe von T€ 315 sowie aus dem Zugang der Rückstellungen für Rückerstattungen aus Entgeltkalkulationen in Höhe von T€ 1.089 und ausstehende Rechnungen für noch nicht abgerechnete Leistungen von T€ 589. Die Finanzlage stellt sich gemäß DRS21 (mit angepassten Vergleichszahlen) wie folgt dar:

	31.12.2016 T€	31.12.2015 T€
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	3.949	-3.340
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-6.007	-1.305
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-2.859	-2.738
Veränderung des Finanzmittelfonds	-4.917	-7.383
Finanzmittelfonds am Anfang des Geschäftsjahres	13.286	20.669
Finanzmittelfonds am Ende des Geschäftsjahres	8.369	13.286

Die Eigenkapitalquote stieg von 6,13 % auf 7,61 %. Diese ist damit unter betriebswirtschaftlichen Aspekten relativ gering, aufgrund des rechtlichen Umfelds und der Kalkulationsgrundlagen lassen sich hieraus aber keine besonderen Risiken ableiten. Das Verhältnis von Eigenkapital und langfristigem Fremdkapital zum Anlagevermögen (Anlagendeckungsgrad II) weist einen Wert von 144 % aus. Das Umlaufvermögen deckt das kurzfristige Fremdkapital mit einem Faktor von 1,7 ab.

Umweltschutz

Die festgelegten Umweltziele wurden auch in 2016 konsequent eingehalten. Die Umsetzung der Umweltziele erfolgte vorbildlich und alle gesetzlichen und staatlichen Vorgaben wurden eingehalten. Hierbei sind die konsequente, zuverlässige und vorbildliche Überschreitung der vorgegebenen Emissionswerte der Müllverbrennungsanlage Weisweiler GmbH & Co. KG als auch der Biovergärungsanlage bemerkenswert. Mit dem seit Jahren eingerichteten Qualitäts- und Umweltmanagement werden auch die strukturellen Voraussetzungen zu einer erneuten Zertifizierung erfüllt. Die AWA Entsorgung GmbH sowie die Beteiligungsunternehmen AWA Service GmbH sowie MVA Weisweiler GmbH & Co KG. sind weiterhin als Entsorgungsfachbetrieb anerkannt.

Personalentwicklung:

Insgesamt waren im Durchschnitt 104 Personen im Jahr 2016 bei der AWA Entsorgung GmbH tätig. Darüber hinaus wurden 13 Auszubildende bei der AWA Entsorgung GmbH intensiv auf ihr Berufsleben vorbereitet. Die Ausbildungsquote beträgt bei der AWA 11 %. Die Gewinnung von technischen Auszubildenden erweist sich zunehmend als schwierig.

Prognosebericht

Die Abfallmengen zur Beseitigung haben sich im Geschäftsjahr 2016 erneut leicht erhöht, ebenso konnten die Wertstoffmengen im Zuständigkeitsbereich des ZEW gesteigert werden. Trotz aller Bemühungen zur Abfallvermeidung ist nicht zu erwarten, dass die Gesamtmenge der Abfälle tendenziell sinkt, da gleichzeitig der Bevölkerungszuwachs und erhebliche wirtschaftliche Aktivitäten zur Steigerung des gesamten Abfallaufkommens beitragen. Alle Bemühungen zu einem stärkeren Ressourcenschutz führen dazu, dass die Wertstoffmengen steigen und lukrativer vermarktet werden können. Der weitere Zubau eines Entsorgungs- und Logistikcentrums im Gewerbegebiet Rurbenden wird dazu beitragen, dass sich eine weitere Mengensteigerung bei den Wertstoffen im Geschäftsjahr 2017 einstellen wird. Das vom Bund seit Jahren angekündigte Wertstoffgesetz wird auf ein Verpackungsgesetz reduziert und soll noch in der ersten Jahreshälfte 2017 verabschiedet werden. Ob die mit dem Gesetzgebungsverfahren verbundenen Erwartungen zu einer stärkeren Ressourcenschonung realisiert werden, bleibt offen. Zahlreiche Initiativen der kommunalen Unternehmen und der entsorgungspflichtigen Gebietskörperschaften zur Verbesserung des geplanten Verpackungsgesetzes wurde vom verantwortlichen Bundesumweltministerium nicht aufgegriffen und fanden somit keinen Eingang in das Gesetzesvorhaben. Die in Kraft getretene Gewerbeabfallverordnung bedarf eines hohen Kontrollaufwands durch die Behörden. Die derzeitige Personalsituation in den meisten umweltrelevanten Verwaltungsbehörden lassen nicht erwarten, dass sich hier nennenswerte Steigerungen der zu behandelnden Abfallmengen einstellen werden.

Chancenbericht

Das In Kraft treten des Abfallwirtschaftsplans NRW hat nicht dazu geführt, dass sich die Wettbewerbssituation am Abfallmarkt beruhigt hat. Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr an zwei Angebotsabfragen und einer Ausschreibung teilgenommen, was allerdings angesichts der Konkurrenz der großen, älteren Müllverbrennungsanlagen in NRW nicht erfolgreich war. Die absehbaren Verbesserungen in der Preisgestaltung der kommunalen Abfallmengen erleichtert die Gespräche mit den benachbarten Gebietskörperschaften zur Aufnahme einer langfristigen Kooperation ab 2020. Ob es bereits zu einer Kooperation des ZEW/der AWA mit benachbarten Gebietskörperschaften vor 2020 kommt, werden erst die in 2017 durchzuführenden Verhandlungen zeigen. Das sich im parlamentarischen Verfahren befindende Verpackungsgesetz lässt in der derzeit bekannten Fassung nicht erwarten, dass zusätzliche Verwertungserlöse generiert werden können bzw. dass sich die Menge der Gewerbeabfälle, die der Andienungspflicht unterliegen, maßgeblich verändert. Hierzu fehlt es an der notwendigen Kontrolle durch die Umweltbehörden. Weiter ausbauen können aber die AWA Entsorgung zusammen mit ihrer operativen Tochter, der AWA Service, ihre Angebote auf Übernahme und Transport von gewerblichen Abfallmengen hinsichtlich

der Abstimmung von Wertstoffen bzw. separat gesammelten Abfallgruppen. Mit der Novellierung der Gewerbeabfallverordnung im Geschäftsjahr 2016 konkretisieren sich die Randbedingungen der Entsorgung aus den Bereichen Industrie, Handel, Handwerk und Gewerbe. Diese Entwicklung bietet der AWA als seriösem Partner, insbesondere im Bereich der mittelständischen Gewerbebetriebe die Möglichkeit entsprechende Abfall- bzw. Wertstoffmengen zu akquirieren. Dabei wird sich die gute logistische Lage der AWA-eigenen Abfallbehandlungsanlagen erweisen. Die Nachteile der peripheren Lage des Standortes Horm muss durch einen guten Service und durch attraktive Preise kompensiert werden. Die dort vorhandenen technischen Möglichkeiten zur Vorbehandlung und Transportoptimierung von Abfall- und Wertstoffströmen müssen in stärkerem Maße genutzt werden.

Risikobericht

Abfallmengen und Preisentwicklungen

Es kann zukünftig nicht ausgeschlossen werden, dass das geänderte Konsumverhalten in stärkerem Maße Wertstoffmengen, die bisher noch durch Vermischung in die Beseitigung geraten, gesondert einer Wertstoffsammlung zugeführt und damit dem Ressourcenkreislauf wieder zur Verfügung gestellt werden. Ob die nach wie vor auch von der Gesellschaft unterstützten Bemühungen zur Abfallvermeidung zu nennenswerten Mengenveränderungen führen können, bleibt der zukünftigen Entwicklung überlassen. Durch die stetige Beobachtung der abfallwirtschaftlichen Entwicklungen im Bereich des ZEW können Tendenzen erfasst werden. Ausbleibende Hausmüllmengen werden und müssen durch die stärkere Akquisition von Gewerbeabfällen kompensiert werden. Die Kundenbetreuung bzw. Kundenpflege muss verstärkt werden. Die Qualität und Zuverlässigkeit der von der AWA erbrachten Dienstleistungen gegenüber Dritten muss stabilisiert bzw. kontinuierlich verbessert werden. Durch die Vorgaben des AWP könnten sich die Mengen an Bioabfällen deutlich erhöhen, wenn die Biotonnen durch die Kommunen in stärkerem Maße flächendeckend aufgestellt und deren Nutzung auch kontrolliert würde. Dies beeinflusst auch die zu beseitigende Hausmüllmenge geringfügig. Zahlen können derzeit nicht seriös eingeschätzt werden. Sollten die abfallerzeugenden Unternehmen aus den Bereichen Industrie, Handel, Handwerk und Gewerbe die Vorgaben der novellierten Gewerbeabfallverordnung ernst nehmen und umsetzen, würden sich – zu Gunsten einer besseren Wertstoffeffassung und .-Vermarktung – die Mengen an beseitigungspflichtigen und thermischen Verwertungsmengen reduzieren, ohne dass bereits konkrete Mengenverschiebungen genannt werden können.

Primärenergieproduktion

In der Biovergärungsanlage Würselen konnte die Energiegewinnung gesteigert werden. Durch die Übernahme der Energiegewinnungseinheit in Eigenregie, liegen alle äußeren Voraussetzungen vor, durch Optimierung die Energieausbeute zu steigern und entsprechende Einspeisungen ins öffentliche Netz kontinuierlich zu verbessern. Im Vergleich aller Müllverbrennungsanlagen werden sich die Energieerlöse für den MVA-Dampf in 2017 ff deutlich verbessern.

Risikomanagement

Das Risikomanagementsystem ist fester Bestandteil des betrieblichen Alltags. Alle Geschäftsabläufe werden einer regelmäßigen Überprüfung durch eine extern beauftragte Beratungsgesellschaft unterzogen. Die Geschäftsführung erarbeitet zusammen mit den zuständigen Abteilungsleitern die Aktualisierung bzw. Anpassung der bekannten Risiken und bewertet diese entsprechend der aktuellen Entwicklung neu und ergänzt sie um evtl. neu auftretende Risiken. Mindestens einmal im Jahr wird die Risikosituation in den einzelnen Betriebs- und Unternehmensbereichen mit den verantwortlichen Abteilungsleitern und der Geschäftsführung ausführlich vor Ort erörtert und dokumentiert. Das Risikomanagement der AWA profitiert dabei vom bundesweiten Einsatz des beauftragten Ingenieurbüros. Damit ist die Gesellschaft in der Lage, die durch den Betrieb entstehenden Risiken adäquat zu bewerten und weitestgehend auch zu beherrschen.

Gesamtaussage

Durch die Unterzeichnung des umfangreichen Vertragspaketes zur Fortsetzung der Zusammenarbeit zwischen AWA, EGN und MVA kann die Geschäftsbeziehung mit der EGN kontinuierlich und konstruktiv fortgesetzt werden. Die Geschäftsbeziehung zu anderen Entsorgungspartnern kann ausgebaut werden. Die Aufbauorganisation und die guten technischen Kommunikationsmöglichkeiten tragen zu geordneten und effektiven Betriebsabläufen bei.

Eschweiler, 12.05.2017

Ulrich Koch
(Geschäftsführer)
(bis 31.03.2017)

Ulrich Clemens Reuter
(Geschäftsführer)

AWA Service GmbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziele

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung abfallwirtschaftlicher Dienstleistungen im Auftrag des Zweckverbandes Entsorgungsregion West und der AWA Entsorgung GmbH, und zwar einschließlich Errichtung, Erwerb und Betrieb der hierzu erforderlichen Anlagen sowie die Übernahme der Betrieb der hierzu erforderlichen Anlagen sowie die Übernahme der Betriebsführung von Ver- und Entsorgungsunternehmen.

Öffentliche Zwecksetzung

Entsorgungsaufgaben erfüllen nach § 107 Gemeindeordnung NRW grundsätzlich eine öffentliche Zwecksetzung.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft hat einen Geschäftsführer oder mehrere Geschäftsführer. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, so vertritt dieser die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten.

Gesellschafterversammlung:

Die Vertretung erfolgt über die AWA Entsorgung GmbH als Gesellschafterin.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Ulrich Reuter
Dr. Manfred Kriek

Gesellschafterversammlung:

Die Vertretung erfolgt über die AWA Entsorgung GmbH als Gesellschafterin.

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Sitz: 52249 Eschweiler

gezeichnetes Kapital: 25.000,00 Euro

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
AWA Entsorgung GmbH	25.000	100

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2014 - in € -	2015 - in € -	2016 - in € -
A. Anlagevermögen	1.742.717	1.715.231	1.951.249
I. Sachanlagen	1.742.717	1.715.231	1.951.249
B. Umlaufvermögen	1.984.595	2.607.287	2.122.886
I. Vorräte	8.000	8.000	21.400
II. Forderungen / sonst. VG	533.469	522.126	545.504
III. Kassenbestand, Guthaben	1.443.126	2.077.160	1.555.982
C. Rechnungsabgrenzungsposten	4.834	3.833	3.872
Bilanzsumme Aktiva	3.732.146	4.326.351	4.078.007
A. Eigenkapital	2.180.329	2.284.670	2.459.835
I. Gezeichnetes Kapital	25.000	25.000	25.000
II. Gewinnvortrag	2.071.527	2.155.329	2.259.670
III. Jahresüberschuss	83.802	104.342	175.165
B. Rückstellungen	208.670	181.201	879.952
C. Verbindlichkeiten	580.507	1.130.991	738.219
D. Rechnungsabgrenzungsposten	39.100	0	0
E. Passive latente Steuern	723.540	729.489	0
Bilanzsumme Passiva	3.732.146	4.326.351	4.078.007
Gewinn- und Verlustrechnung:	2014 - in € -	2015 - in € -	2016 - in € -
Umsatzerlöse	8.250.328	9.073.238	9.845.481
Sonstige betriebliche Erträge	-	101.488	294.548
Materialaufwand	-	5.005.083	5.210.116
Personalaufwand	-	1.898.337	1.935.824
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-	1.658.451	2.252.812
Jahresüberschuss n. Steuern	83.802	104.342	175.164

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2014	2015	2016
Mitarbeiter/innen (im Durchschnitt)	46,25	45,25	48

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Es bestehen keine unmittelbaren Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen.

Zwischen der AWA Service GmbH und ihrer 100%-igen Muttergesellschaft, der AWA Entsorgung GmbH, bestehen vielschichtige Leistungsbeziehungen.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

I. Grundlagen des Unternehmens

Die AWA Service GmbH wurde durch notarielle Urkunde vom 19. Juli 2004 gegründet und am 20. September 2004 unter der HR B 12652 in das Handelsregister Aachen eingetragen. Sitz der Gesellschaft ist Eschweiler. Wesentliche Bereiche der kaufmännischen und technischen Verwaltung werden im Rahmen einer Geschäftsbesorgung von der Muttergesellschaft erledigt. Die AWA Service GmbH hat die Aufgabe, als 100%-ige Tochtergesellschaft der AWA Entsorgung GmbH abfallwirtschaftliche Dienstleistungen im Auftrage des Zweckverbandes Entsorgungsregion West (ZEW) und der AWA Entsorgung GmbH zu erbringen. Die Beauftragung der AWA Service GmbH durch die AWA Entsorgung GmbH erfolgte aufgrund eines umfangreichen Vertragswerkes, das am 18. Februar 2005 unterzeichnet wurde. Die AWA Entsorgung GmbH ist wiederum durch ein umfangreiches Vertragswerk durch den Zweckverband Entsorgungsregion West (ZEW) beauftragt worden.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die AWA Service hat durch Akquise im Bereich des Gewerbeabfalls verstärkt zur Auslastung der MVA Weisweiler beigetragen. Durch die im November 2016 vorgenommene Einstufung der HBCD-belasteten (Hexabromocyclododecane) Dämmmaterialien als gefährlichen Abfall, ergab sich ein Entsorgungseingpass für diesen Stoffstrom in der Region. Dieser wurde durch befristete Rücknahme der Regelung durch den Gesetzgeber bis zum Dezember 2017 zunächst für das Jahr 2016 gelöst. Dieses Ereignis war Anlass dazu, dass die AWA Service für die Vorbehandlung derartiger Abfälle in der Anlage Horm einen Genehmigungsantrag gestellt hat. Dieser Antrag wurde mit Bescheid vom 15. März 2017 genehmigt

2. Geschäftsverlauf

Die AWA Service ist im Wesentlichen für die AWA Entsorgung tätig. Wesentliche Schwerpunkte dieser Beauftragung sind die Kerngeschäftsfelder wie:

- Betrieb des ELC Horm mit Annahme, Umschlag und Abtransport von ca. 60.000 t Abfällen und Wertstoffen pro/a
- Die Durchführung der mobilen Schadstoffsammlung und der Betrieb der stationären Sammelstelle Aachen
- Betriebsführung Warden mit Umschlag und Transport von Abfällen insbesondere Altholz und Papier
- Komplette Abwicklung der Schlacketransporte von der MVA Weisweiler zur Rostascheaufbereitung der AWA Entsorgung GmbH in Neulohn. Diese operativen Dienstleistungsaufträge sind durch einen stabilen, konstanten Verlauf hinsichtlich Menge und Auftragsvolumen über das gesamte Betriebsjahr gekennzeichnet. Besonderheiten sind hier nicht zu vermerken.

a) ELC Horm

Die Genehmigung für die Sanierung der Halle nach dem Großbrand 2012 wurde durch die Bezirksregierung Köln erteilt. Die Rückbaumaßnahmen im Rahmen der Sanierung erfolgten ab Mai 2016, mit dem Wiederaufbau wurde im September 2016 begonnen. Eine Inbetriebnahme dieser Halle, die im Wesentlichen für den Umschlag von Bioabfällen vorgesehen ist, wird voraussichtlich im Sommer 2017 erfolgen.

b) Weitere Entsorgungs- und Logistikzentren

Die von der AWA Service betriebenen Privatanlieferplätze des ELC Warden und insbesondere das ELC Süd in Monschau wurden von den Bürgerinnen und Bürgern des ZEW-Gebietes sehr gut angenommen. Diese positive Resonanz führte dazu, eine weitere Annahmestelle am Standort Rurbenden aufzubauen. Für diesen Standort ist im Dezember 2016 eine Genehmigung durch die Bezirksregierung erteilt worden. Der vorzeitige Baubeginn wurde im September 2016 genehmigt. Der Bau ist noch nicht abgeschlossen, die Inbetriebnahme ist für Sommer 2017 geplant.

3. Lage

a) Ertragslage

Die ausschließlich im Inland erzielten Umsatzerlöse (insgesamt T€ 9.845; Vj. T€ 9.073) betreffen in weit überwiegenden Anteilen Erlöse aus den Beauftragungen seitens der Gesellschafterin AWA Entsorgung GmbH. Zu den Umsatzerlösen zählen insbesondere Erlöse aus der Annahme von Altpapier (T€ 4.504; Vj. T€ 4.255), Erlöse aus Abfallaufbereitung (T€ 936; Vj. T€ 888), Transporterlöse (T€ 917, Vj. T€ 1.011) sowie Erlöse aus sonstigen Dienstleistungen (T€ 1.470; Vj. T€ 1.011) und Betriebsführung (T€ 720; Vj. T€ 530). Wesentliche Posten in den sonstigen betrieblichen Erträgen (insgesamt T€ 295; Vj. T€ 101) stellen die Erträge von außergewöhnlicher Bedeutung (236 T€; Vj. 39 T€) dar, die im Zusammenhang mit der Verwertung von Schrotten und Metallen aus der Sanierung des Brandschadens der Rottehalle angefallen sind, sowie die Erträge aus

der Auflösung von Rückstellungen (34 T€; Vj. 0,2 T€). Bei den Erläuterungen hinsichtlich der Umsatzerlöse und sonstigen betrieblichen Erträge ist zu berücksichtigen, dass aufgrund der Umstellungen durch das Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz (nachfolgend BilRUG genannt) im Jahr 2016 Umsatzerlöse enthalten sind, die im Vorjahr unter den sonstigen betrieblichen Erträgen auszuweisen waren. Die im Vorjahr vor den Umgliederungen durch das BilRUG ausgewiesenen Umsatzerlöse betragen T€ 8.398 und die sonstigen betrieblichen Erträge T€ 737. Unter den Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Waren sind mit T€ 464 (Vj. T€ 538) insbesondere die Bezugskosten für Kraftstoffe enthalten, die im Zuge der Mitnutzung der Tankanlage weiterbelastet werden. Die Aufwendungen für bezogene Leistungen beinhalten im Wesentlichen Vergütungen an Dritte für Altpapier und Elektroschrott (T€ 3.833; Vj. T€ 3.537), Fremdleistungen für Transporte (T€ 387; Vj. T€ 385) und Geschäftsbesorgungsleistungen der AWA Entsorgung GmbH (T€ 440; Vj. T€ 420). Bei den Kosten für Altpapiervergütung ist zu berücksichtigen, dass in diesem Kontext auch entsprechende Erlöse erzielt werden. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten insbesondere Kfz-Kosten (T€ 395; Vj. € 398), Miet- und Leasingaufwand (T€ 419; Vj. T€ 385), Wartungs- und Instandhaltungsaufwand (T€ 180; Vj. T€ 256) und Aufwand für Versicherungsbeiträge (T€ 124; Vj. T€ 119). Das Geschäftsjahr 2016 schließt mit einem Jahresüberschuss von T€ 175 (Vj. T€ 104) ab.

b) Finanzlage

Die Finanzlage der Gesellschaft ist stabil. Die notwendige Liquidität ist vorhanden und wird zudem bei Bedarf durch die Muttergesellschaft garantiert (vgl. Kapitel c. Vermögenslage). Zur weiteren Beurteilung der Finanzlage wurde die nachfolgende Kapitalflussrechnung erstellt:

	2016	2015
	T€	T€
A. Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	147	945
B. Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-668	-311
C. Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	0	0
D. Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	-521	634
E. Finanzmittelfonds am Jahresanfang	2.077	1.443
F. Finanzmittelbestand am Jahresende	1.556	2.077

Die Veränderung des Cashflows aus der laufenden Geschäftstätigkeit gegenüber dem Vorjahr resultiert insbesondere aus der Abnahme der Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern sowie der Abnahme der sonstigen Verbindlichkeiten inkl. RAP/latente Steuern. Demgegenüber steht die Zunahme der Rückstellungen. Insgesamt beträgt der Finanzmittelfonds Ende des Jahres T€ 1.556 (Vj. T€ 2.077).

c) Vermögenslage

Das langfristige Vermögen der Gesellschaft wird durch das Anlagevermögen repräsentiert, das 48 % des Gesamtvermögens umfasst. Das kurzfristige Vermögen (T€ 2.123) übersteigt das kurzfristige

Fremdkapital (T€ 1.615). Das Gesamtvermögen hat sich im Geschäftsjahr um T€ 248 auf nunmehr T€ 4.078 verringert. Ursächlich hierfür ist vorwiegend die Abnahme der liquiden Mittel. Demgegenüber steht jedoch auch die Erhöhung des Anlagevermögens. Grundsätzlich ist die Liquidität der Gesellschaft durch die Einräumung von vertraglich geregelten Gesellschafterdarlehen gewährleistet. Der Darlehensvertrag beinhaltet Regelungen für ein Investitionsdarlehen sowie für ein Liquiditätsdarlehen zur Finanzierung des laufenden Geschäftsverkehrs. Außerordentliche Zuflüsse im Jahr 2014 haben die Gesellschaft in die Lage versetzt, zumindest vorübergehend das Gesellschafterdarlehen vollständig zu tilgen. Im Geschäftsjahr 2016 war wie im Vorjahr die Inanspruchnahme von Darlehen nicht erforderlich.

4. Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Personal- und Sozialbereich

Das Unternehmen beschäftigte im Berichtsjahr 2016 durchschnittlich 48 Arbeitnehmer (Vj. 45,25). Es blieben wegen der nach wie vor bestehenden Betriebseinschränkungen mehrere Stellen unbesetzt, wodurch der Personalaufwand unter dem Planansatz lag. Zur Überbrückung wurden teilweise Zeitarbeitskräfte eingesetzt. Die Realisierung geplanter Projekte im Folgejahr sowie des vorgesehenen Aufbaus des ELC Horm wird planmäßig die Einstellung weiterer Mitarbeiter – verbunden mit dem Wegfall von Zeitarbeitskräften – erforderlich machen. Auch im Bereich des Fuhrparks sollen bisher ausgelagerte Dienstleistungen durch eigenes Personal erbracht werden.

Umweltschutzmaßnahmen Die notwendigen Vorkehrungen zur Vermeidung von Umweltbelastungen werden mit höchster Priorität getroffen. Alle festgelegten Umweltziele werden – wie in den vergangenen Jahren – umgesetzt. Selbstverständlich ist die Einhaltung aller umweltrelevanten Vorschriften und staatlichen Vorgaben. Es erfolgen regelmäßige Kontrollen interner und externer Beauftragter. In ihren Jahresberichten schreibt die Umweltbeauftragte regelmäßig, dass keine besonderen Vorkommnisse Vorlagen und deshalb auch keine zusätzlichen Maßnahmen erforderlich waren.

Umweltschutzmaßnahmen

Die notwendigen Vorkehrungen zur Vermeidung von Umweltbelastungen werden mit höchster Priorität getroffen. Alle festgelegten Umweltziele werden – wie in den vergangenen Jahren – umgesetzt. Selbstverständlich ist die Einhaltung aller umweltrelevanten Vorschriften und staatlichen Vorgaben. Es erfolgen regelmäßige Kontrollen interner und externer Beauftragter. In ihren Jahresberichten schreibt die Umweltbeauftragte regelmäßig, dass keine besonderen Vorkommnisse Vorlagen und deshalb auch keine zusätzlichen Maßnahmen erforderlich waren.

III. Prognosebericht

Die Beauftragung zur Durchführung wesentlicher Dienstleistungsbereiche der AWA Service wird auch im folgenden Jahr fortgesetzt. Die Genehmigung des ELC Horm zur Vorbehandlung von HBCD-belasteten Dämmmaterialien wurde im März 2017 erteilt. Da neue Dämmmaterialien nicht mehr mit den betreffenden Schadstoffen belastet sind und die Entsorgung der Altmaterialien sukzessive erfolgt, wird davon ausgegangen, dass für diesen Stoffstrom kein Entsorgungsengpass mehr besteht. Die Genehmigungserteilung für den Wiederaufbau der Umschlagshalle in Horm wurde im Jahr 2016 erteilt, so dass mit einer Inbetriebnahme im Sommer 2017 gerechnet werden kann.

IV. Chancen- und Risikobericht

Den überwiegenden Anteil der abfallwirtschaftlichen Dienstleistungen erbringt die Gesellschaft gegenüber der AWA Entsorgung GmbH. Die Abrechnungsmodalitäten auf LSP-Basis für diesen Geschäftsbereich legen fest, dass die Gesellschaft die anfallenden auftragsbezogenen Kosten zuzüglich eines Wagnis- bzw. Gewinnzuschlags von 1 % vergütet bekommt, so dass in diesem Bereich prinzipiell keine Verluste auftreten können. Das installierte Risikomanagementsystem wird in der Gesellschaft aktiv gelebt. Die kontinuierliche Fortschreibung ist durch die von uns beauftragte Beratungsgesellschaft unter Einbeziehung unserer betroffenen Mitarbeiter sichergestellt. Im Laufe des Jahres 2016 konnte keine signifikante Veränderung der Risikolage festgestellt werden. Das Risikopotenzial des ELC Horm wird im Zuge des Wiederaufbaus gegenüber der früheren Situation deutlich entschärft. Brandrisiken werden durch zusätzliche Schutzmaßnahmen (Brandlöschanlage für die gesamte Halle) sowie durch die neue Betriebskonzeption für die Zwischenlagerung (Wegfall der Rottetunnel) wesentlich reduziert. Bei fortschreitender Sanierung der durch den Brand beschädigten Wirtschaftsgüter werden die Mittel aus der Versicherungsentschädigung zunehmend benötigt. Die Liquidität der AWA Service ist sichergestellt. Ein Darlehensvertrag mit der AWA Entsorgung GmbH ermöglicht bei Bedarf die Aufnahme von Investitions- oder Liquiditätsdarlehen. Aufgrund ausreichender Liquidität wurden in Vorjahren alle Darlehen zurückgezahlt und eine Aufnahme neuer Darlehen war im Geschäftsjahr nicht notwendig. Durch den Verbrauch vorhandener Mittel im Zuge der Sanierung und durch eigenfinanzierte Investitionen kann künftig die Aufnahme von Gesellschafterdarlehen wieder in Betracht kommen. Bestandsgefährdende Risiken werden aufgrund des eng begrenzten Geschäfts und der vertraglichen Bindungen zur Muttergesellschaft nicht gesehen. AWA Service GmbH

V. Bericht über Zweigniederlassungen

Selbstständige Zweigniederlassungen bestehen nicht. Die Gesellschaft betreibt jedoch Betriebsstätten in Hürtgenwald-Horm (Entsorgungs- und Logistikcenter Horm), in Monchau Imgenbroich (Entsorgungs- und Logistikcenter Süd), in Aachen (Schadstoffannahmestelle) und in Eschweiler (ELC Warden: Betriebsführungsaufgaben auf dem Deponiegelände, Sonderabfallzwischenlager, Betrieb einer Papierumladehalle). Der Betrieb der Anlagen erfolgte ohne besondere Ereignisse in Übereinstimmung mit den betrieblichen Vorgaben und Genehmigungsaufgaben.

Eschweiler, den 31. März 2017

Dr. Manfred Joachim Kriek
(Geschäftsführer)

Ulrich Reuter
(Geschäftsführer)



MVA Weisweiler GmbH & Co. KG

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziele

- wirtschaftlicher und umweltverträglicher Betrieb der MVA Weisweiler,
- technische Weiterentwicklung der MVA Weisweiler,
- alle damit verbundenen Geschäftstätigkeiten,
- Betrieb und Betriebsführung von Vorschalt- und Sortieranlagen, Reststoffaufbereitungsanlagen und Deponien einschließlich aller damit verbundenen Tätigkeiten,
- Beteiligung an anderen Unternehmungen.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Zur Geschäftsführung und Vertretung ist die Komplementärin berechtigt und verpflichtet.

Aufsichtsrat:

Der Aufsichtsrat besteht aus mindestens 12 Mitgliedern. Beide Gesellschafter entsenden entsprechend ihrem Geschäftsanteil jeweils 6 Mitglieder.

Gesellschafterversammlung:

Die Gesellschafterversammlung besteht aus von den Kommanditisten AWA Entsorgung GmbH und EGN Entsorgungsgesellschaft Niederrhein mbH zu entsendenden Mitgliedern.

Die Gesellschafterversammlung wählt für die Dauer zweier aufeinander folgender Geschäftsjahre aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter. Der Vorsitz wechselt zwischen einem von der AWA Entsorgung GmbH und einem von der EGN Entsorgungsgesellschaft Niederrhein mbH entsandten Mitglied. Stellvertreter ist jeweils ein von dem anderen Gesellschafter entsandtes Mitglied.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: MVA Weisweiler Verwaltungs-GmbH als Komplementärin, vertreten durch die Geschäftsführer Andreas Fries und Ulrich Koch / Herbert Küpper

Vertreter der StädteRegion im Aufsichtsrat:

Vorsitzender:	Helmut Etschenberg	Städteregionsrat
	Willi Bündgens	Städteregionstagsmitglied



Materialaufwand	-	27.884.650	27.506.462
Personalaufwand	-	1.060.967	1.259.690
Abschreibungen	-	14.822.459	14.738.075
Sonst. betriebl. Aufwendungen	-	2.648.008	2.627.322
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-	2.671.951	522.949

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2014	2015	2016
Mitarbeiter (Jahresdurchschnitt)	12,25	12,5	12

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Es bestehen keine Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen. An einem Gewinn sowie an einem Verlust nehmen die Gesellschafter im Verhältnis ihrer festen Kapitalkonten teil. Die gesetzlichen Vorschriften über die Haftungsbeschränkung der Kommanditisten bleiben unberührt.

Zwischen der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG und ihrer Kommanditistin AWA Entsorgung GmbH, an der eine direkte Beteiligung der StädteRegion Aachen besteht, existieren komplexe Leistungsbeziehungen.

Öffentliche Zwecksetzung

Entsorgungsaufgaben erfüllen nach § 107 Gemeindeordnung NRW grundsätzlich eine öffentliche Zwecksetzung.

Gegenstand des Unternehmens sind der wirtschaftliche und umweltverträgliche Betrieb der MVA Weisweiler und alle damit verbundenen Geschäftstätigkeiten. Dieser Betrieb soll unter wirtschaftlichen Randbedingungen stattfinden, die möglichst niedrige Verbrennungsentgelte verursachen. Außerdem kann das Unternehmen alle mit der thermischen Abfallbehandlung verbundenen Geschäftstätigkeiten übernehmen.

Auf Basis einer Zusammenarbeitsvereinbarung aus dem Jahr 1997 haben sich die Gesellschafter AWA Entsorgung GmbH und EGN Entsorgungsgesellschaft Niederrhein mbH gleichberechtigt verpflichtet, jeweils ein Anlieferkontingent in Höhe von 145.000 t/a anzuliefern und stehen im Rahmen einer „Bring or pay“-Regelung dafür auch finanziell in der Pflicht. Die Möglichkeit, die MVA Weisweiler gleichberechtigt in der sogenannten „freien Spitze“ auszulasten, bietet beiden Vertragspartnern die Chance, die Aufwendungen für die Sicherung der „Pflicht-Müllmengen“ zu kompensieren.



Lagebericht der Gesellschaft

I. Grundlagen des Unternehmens

1. Geschäftsmodell des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens sind der wirtschaftliche und umweltverträgliche Betrieb der MVA Weisweiler und alle damit verbundenen Geschäftstätigkeiten. Dieser Betrieb soll unter wirtschaftlichen Randbedingungen stattfinden, die möglichst niedrige Verbrennungsentgelte verursachen. Außerdem kann das Unternehmen alle mit der thermischen Abfallbehandlung verbundenen Geschäftstätigkeiten übernehmen. Auf Basis einer Zusammenarbeitsvereinbarung aus dem Jahr 1997 haben sich die Gesellschafter AWA Entsorgung GmbH (AWA) und EGN Entsorgungsgesellschaft Niederrhein mbH (EGN) gleichberechtigt verpflichtet, jeweils ein Anlieferkontingent in Höhe von 145.000 t/a anzuliefern und stehen im Rahmen einer „Bring or pay“-Regelung dafür auch finanziell in der Pflicht. Die Möglichkeit, die MVA Weisweiler gleichberechtigt in der sogenannten „freien Spitze“ auszulasten, bietet beiden Vertragspartnern die Chance, die Aufwendungen für die Sicherung der „Pflicht-Müllmengen“ zu kompensieren.

2. Technische Entwicklung

Die Gesellschaft ist ständig darum bemüht, alle Erkenntnisse aus dem laufenden Betrieb dahingehend zu nutzen, die Durchsatz- und Zeitverfügbarkeiten zu verbessern und die Wartungsmaßnahmen und -abläufe zu optimieren. Vorrangiges Ziel ist die Senkung der spezifischen Verbrennungskosten bei einem technisch sicheren und zukunftsorientiert ausgerichteten Betrieb.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Müllverbrennungsanlagen in Nordrhein-Westfalen waren im Geschäftsjahr 2016 alle gut bis sehr gut ausgelastet. Der Preisanstieg im Bereich der nicht satzungsgemäß gebundenen Abfälle hat sich fortgesetzt. Die gute Branchensituation wird durch die im September 2016 veröffentlichte Mitgliederumfrage der ITAD (Interessengemeinschaft Thermischer Abfallbehandlungsanlagen in Deutschland e.V.) für 2016 bestätigt, wonach von 73 befragten Anlagen 69 eine Auslastung von über 95 % meldeten. Der Blick auf die Zahlen des Statistischen Bundesamtes (DESTATIS) zeigt, dass das Gesamtaufkommen von Abfällen aus Deutschland zur thermischen Behandlung in den Jahren 2012 bis 2014 nach Abzug der Abfallimporte von rund 43 Mio. Tonnen um knapp eine Million Tonnen auf etwa 44 Mio. Tonnen gestiegen ist. Daneben sind die aus dem Ausland stammenden „Abfälle zur thermischen Behandlung“ von 2012 bis 2014 um 1 Million Tonnen auf 3 Millionen Tonnen angestiegen. Beide Trends haben auch 2016 angehalten. In Anbetracht der guten Wirtschaftskonjunktur in Industrie und Gewerbe ist dieses Abfallaufkommen auch für die kommenden Jahre zu erwarten.

2. Geschäftsverlauf

Die hohe technische Verfügbarkeit der Anlage hat es der MVA KG auch in 2016 ermöglicht, das Ziel des Wirtschaftsplans 2016 (Plan: 365.000 t) um mehr als 25.000 t zu überschreiten. Insgesamt konnten 390.771 t thermisch behandelt werden (Vj. 386.060 t). Der leichte Mengenanstieg ist zum

einen darauf zurückzuführen, dass in 2016 nur eine, in 2015 jedoch zwei Linien einer planmäßigen Revision unterzogen wurden und zum anderen darauf, dass die Zeitverfügbarkeit in 2016 mit 94,9 % einen Rekordwert erreicht hat. Die beiden Auslastungspartner EGN und AWA haben ihre Auslastungskontingente zuverlässig beliefert. Bei der Vermarktung der freien Spitze konnten beide Auslastungspartner zu Marktkonditionen noch ganz erhebliche Mengen anliefern. Teilweise musste aufgrund der großen Nachfrage die Anlieferung von Gewerbeabfällen tageweise gesperrt werden, um die Entsorgungsverpflichtung der öffentlich-rechtlichen Abfallmengen vorrangig erfüllen zu können. Das Geschäftsjahr 2016 war geprägt durch intensive Verhandlungen mit den beiden Gesellschaftern der MVA KG über die weitere Zusammenarbeit ab dem 01. Januar 2021 und mit der RWE Power AG hinsichtlich der Fortsetzung und Ausgestaltung des Anbindungs- und Dienstleistungsvertrags sowie der Vereinbarung über die Abnahme von Überschussenergie ab 01. Januar 2021. Am 21. November 2016 hat die RWE Power AG verbindliche Eckpunkte vorgelegt, die inzwischen in entsprechende Vertragsformulierungen umgesetzt worden sind. Beide Vertragswerke, d.h. sowohl die Änderung der Zusammenarbeitsvereinbarung zwischen MVA KG, AWA, EGN und ZEW und die damit verbundenen Entsorgungs- und Anlieferverträge wie auch die Verträge der MVA KG mit der RWE Power AG sollen am 7. April 2017 unterschrieben werden.

3. Lage

a) Ertragslage

Die Umsatzerlöse von 46.800 T€ (Vj. 51.487 T€) weisen im Vergleich zum Vorjahr eine Reduzierung von 9,1 % aus. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, dass aufgrund der Umstellung nach dem Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz (nachfolgend BilRUG genannt) im Jahr 2016 Umsatzerlöse enthalten sind, die im Vorjahr unter den sonstigen betrieblichen Erträgen auszuweisen waren. Die Umsätze des Jahres 2015 betragen nach analoger Anwendung des BilRUG 51.547 T€, so dass die Reduzierung tatsächlich 9,2% beträgt. Es ist grundsätzlich zu berücksichtigen, dass die Gesellschaft ihre Entgelte nach den für sie geltenden öffentlich-rechtlichen Rahmenbedingungen LSP-basierend auf Selbstkostenbasis zu bemessen hat. Die Höhe der Umsatzerlöse wird daher in einem hohen Maße von den auf dieser Grundlage ansetzbaren Kosten beeinflusst und somit ist ein Rückgang der Umsatzerlöse nicht gleichzusetzen mit einer rückläufigen Geschäftsentwicklung. Der Materialaufwand von 27.506 T€ (Vj. 27.881 T€; Anwendung BilRUG 27.885 T€) ist im Vergleich zum Vorjahr leicht zurückgegangen. Diese Position wird wesentlich beeinflusst durch die Bildung von Rückstellungen für die Revisionen. Im Geschäftsjahr wurden für zwei Linien Rückstellungen i.H. von 4.842 T€ gebildet, wohingegen im Vorjahr nur die Rückstellung für die Revision einer Linie i.H. von 2.361 T€ zu bilden war. Die Abschreibungen von 14.738 T€ (Vj. 14.822 T€) sind nahezu unverändert und bilden die planmäßigen Abschreibungen ab. Die Zinserträge in Höhe von 2 T€ liegen deutlich unter dem Vorjahresniveau von 17 T€, was im Wesentlichen auf das extrem niedrige Zinsniveau im Kapitalanlagebereich zurückzuführen ist. Bei den Zinsaufwendungen macht sich die planmäßig zugrundeliegende Finanzierungs-konzeption bemerkbar, was zu einem Rückgang von 1.952 T€ im Vorjahr auf 1.158 T€ im Geschäftsjahr geführt hat. Das Geschäftsjahr 2016 schließt mit einem Jahresüberschuss von 523 T€ ab (Vj. 2.672 T€). Dieser Ergebnisrückgang wird im Wesentlichen dadurch verursacht, dass nach den geänderten handelsrechtlichen Rechnungslegungsvorschriften (BilMoG) sogenannte Aufwandsrückstellungen nicht mehr zulässig sind. Da im Rahmen des LSP-basierenden kalkulatorischen Umfelds der MVA KG diesbezügliche Abgrenzungen weiterhin



berücksichtigt werden dürfen, kommt es handelsrechtlich zu größeren Ergebnisschwankungen. Das Jahr 2016 ist handelsrechtlich durch die Bildung von Rückstellungen für die Revision zweier Verbrennungslinien im ersten Quartal 2017 belastet worden. Die Durchschnittsverbrennungskosten bezogen auf die Anlieferungsmenge betragen 102,45 €/t und lagen damit rund 10 % unter Vorjahresniveau (Vj. 114,13 €/t).

b) Finanzlage

Die Kapitalflussrechnung setzt sich wie folgt zusammen:

	<u>2016 T€</u>	<u>2015 T€</u>
A. Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	15.011	16.436
B. Cashflow aus der Investitionstätigkeit -	160	-48
C. Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-16.552	-16.552
D. Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	-1.701	-164
E. Finanzmittelfonds am Jahresanfang	11.892	12.056
F. Finanzmittelfonds am Jahresende	10.191	11.892

Der Zugang der Investitionen i.H. von T€ 160 (Vj. T€ 48) resultiert in der Hauptsache aus der Anschaffung neuer Server (T€ 46) und eines Radladers (T€ 91). Die Investitionen sind mit Eigenmitteln finanziert. Die Abflüsse des Cashflows aus der Finanzierungstätigkeit resultieren aus der Darlehenstilgung im Rahmen des Kaufs der Anlage. Die Finanzierungskonzeption ist so angelegt, dass die Nutzungsdauer und die Darlehenslaufzeit weitgehend identisch sind und somit über die Abschreibungen Tilgungen und Liquidität gesichert sind. Hinsichtlich der Art und Fälligkeitsstruktur der Verbindlichkeiten wird auf die Bilanz und den Anhang verwiesen.

c) Vermögenslage

Die Vermögensstruktur der Gesellschaft weist im Wesentlichen langfristiges, überwiegend in Sachanlagen gebundenes Vermögen in Höhe von 25.643 T€ aus. Dies entspricht rund 62% der Bilanzsumme. Der Anteil des kurzfristig gebundenen Vermögens (im Wesentlichen Forderungen und liquide Mittel) an der Bilanzsumme beträgt rd. 33%. Die planmäßigen Abschreibungen in Höhe 14,7 Mio. € führten zu einem entsprechenden Rückgang des Sachanlagevermögens von 40,1 Mio. € auf 25,5 Mio. €. MVA Weisweiler GmbH & Co. KG Im Zuge der planmäßigen Tilgungen verringerten sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 16,5 Mio. € von 31,7 Mio. € im Vorjahr auf nunmehr 15,2 Mio. €. Die rätierliche Auflösung des aktiven Rechnungsabgrenzungspostens für die Einmalzahlung der Pacht der Turbine im Vorjahr für einen mehrjährigen Zeitraum trug wesentlich zur Reduzierung des aktiven Rechnungsabgrenzungspostens auf 1.993 T€ (Vj. 2.375 T€) bei. Die Eigenkapitalquote (Eigenkapital/Bilanzsumme) von 12,2 % (Vj. 8,6 %) hat sich im Vergleich zum Vorjahr erhöht. Die Eigenkapitalquote ist damit unter betriebswirtschaftlichen Aspekten zwar immer noch niedrig, aufgrund des rechtlichen Umfelds und der Kalkulationsgrundlagen lassen sich hieraus aber keine besonderen Risiken ableiten. Die permanente Optimierung des Anlagenbetriebs führt inzwischen zu Reisezeiten von teilweise mehr als 24 Monaten. Diesem positiven Umstand wurde in den vergangenen Jahren aus Gründen einer sachgerechten periodischen Zuordnung durch entsprechende Rückstellungen Rechnung getragen. Die Rechnungslegungsvorschriften im Rahmen

des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes lassen die Bildung sogenannter Aufwandsrückstellungen nicht mehr zu. Die sonstigen Rückstellungen enthalten Aufwendungen für Instandhaltung (5.202 T€, Vj. 2.361 T€). Die Vermögens- und Finanzverhältnisse der MVA KG sind weiterhin geordnet. Die Liquidität ist sichergestellt.

4. Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

a) Personalentwicklung

Im Jahr 2016 waren bei der MVA KG 11 Mitarbeiter (MA) beschäftigt. Es wurde zusätzlich 1 Aushilfe eingesetzt. Eine Planstelle wurde noch nicht besetzt. Die kaufmännische Geschäftsbesorgung erfolgt durch die Mitarbeiter des Gesellschafters AWA Entsorgung GmbH und die technische Betriebsführung durch die RWE Power AG.

b) Umweltschutz

Die Müllverbrennungsanlage Weisweiler befindet sich technisch auf dem neuesten Stand und hat auch im Geschäftsjahr 2016 mit ihrer hohen Zuverlässigkeit dazu beigetragen, dass die Emissionsgrenzwerte regelmäßig erheblich unterschritten wurden. Der Status des Entsorgungsfachbetriebs wurde erneut im Dezember 2016 nach einem eingehenden Prüfungsverfahren zuerkannt. Die monatlichen Durchschnittsmesswerte werden regelmäßig im Internet für jedermann aktualisiert und zugänglich gemacht. Die Überwachungsbehörde wurde über alle relevanten (auch kleineren) Vorfälle im laufenden Betrieb informiert und hat die Anlage in 2016 mehrfach unangemeldet kontrolliert.

III. Prognosebericht

Die Betriebskosten konnten im Jahr 2016 im Verhältnis zum Vorjahr noch einmal gesenkt werden. Die Geschäftsführung geht davon aus, dass auch im Jahr 2017 beide Auslastungspartner ihre Kontingentverpflichtungen erfüllen und ihrerseits alle Bemühungen unternehmen werden, die Freie Spitze – abhängig von ihrer technischen und zeitlichen Verfügbarkeit möglichst intensiv auszulasten. Die MVA Weisweiler erfüllt den gesetzlichen Auftrag zuverlässig, die Entsorgungssicherheit im Gebiet des ZEW zu gewährleisten. Es ist damit zu rechnen, dass die Geschäftsentwicklung auch in 2017 stabil bleibt. Das handelsrechtliche Ergebnis wird auf Grund der geänderten Rechnungslegungsvorschriften für die bilanzielle Darstellung von Aufwandsrückstellungen (siehe Punkt II.3.c.) über dem Ergebnis des Geschäftsjahres 2016 liegen.

IV. Chancen- und Risikobericht

1. Risikobericht

Insbesondere das Thema einer gesicherten Auslastung in der Zukunft wurde und wird weiterhin intensiv untersucht und mit den Gesellschaftern diskutiert. In Bezug auf die künftige Entwicklung der Gesellschaft bestehen insbesondere folgende Risiken:

- Technische Verfügbarkeit der Anlage
- Preis- und Mengenentwicklung sowie rechtliches Umfeld der Abfallwirtschaft
- Nutzung alternativer Entsorgungsmöglichkeiten der Marktteilnehmer und Wettbewerb durch Mitverbrennungsanlagen (Kundenverlust) Aufgrund der bestehenden Verträge und des aktuellen rechtlichen Umfeldes werden die Risiken für die Gesellschaft derzeit insgesamt als gering



eingeschätzt. Die Risiken der Gesellschaft werden im Rahmen einer kontinuierlichen Risikoinventur regelmäßig erfasst und vierteljährlich mit externen Beratern erörtert, analysiert und bewertet.

2. Chancenbericht

Die erneut gute Auslastung der Müllverbrennungsanlagen in NRW verbessert die Chancen auf eine langfristig abgesicherte Zukunft der MVA Weisweiler. Die Marktpreise für zu verbrennende Abfälle weisen eine weiterhin steigende Tendenz auf. Die Kostensituation der MVA Weisweiler wird sich ab 2018 wegen des Wegfalls wesentlicher Abschreibungspositionen und Zinsbelastungen deutlich verbessern. Die Gesellschafter der MVA KG und die MVA KG beabsichtigen, am 07. April 2017 zu vereinbaren, ihre Zusammenarbeit nicht zum Ablauf des 31. Dezembers 2020 zu beenden, sondern auch nach dem 31. Dezember 2020 auf unbestimmte Zeit fortzusetzen. Diese geänderte Zusammenarbeitsvereinbarung kann erstmals zum 31. Dezember 2022 gekündigt werden. Darüber hinaus sollen am 07. April 2017 die Verträge zwischen der MVA KG und der RWE Power AG mit Wirkung zum 01. Januar 2021 angepasst und bis zum 31. Dezember 2030 verlängert werden. Es ist vorgesehen, dass das Betriebspersonal der MVA Weisweiler ab 2021 aus eigenen Mitarbeitern der MVA KG bestehen wird, während die Anbindung an das Kraftwerk erhalten bleibt und die Wartungs- und Instandhaltungsaufgaben (inkl. Brand- und Werkschutz) wie in der Vergangenheit durch Mitarbeiter der RWE Power wahrgenommen werden. Darüber hinaus werden die Konditionen für die Abnahme von Überschussenergie verbessert. Hieraus erwartet sich die Geschäftsführung der MVA KG eine weitere deutliche Verbesserung der durchschnittlichen Verbrennungskosten.

3. Gesamtaussage

Für das Geschäftsjahr 2016 kann unter kaufmännischen Gesichtspunkten eine sehr zufriedenstellende Entwicklung festgestellt werden. Die Mengen- und Kostensituation hat zu wirtschaftlich sehr guten Ergebnissen geführt. Der Wirtschaftsplan 2017 unterstellt eine stabile Mengensituation und sieht weitere Kostenreduzierungen vor.

V. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Die Gesellschaft bedient sich keiner Finanzinstrumente sowie anderer Termingeschäfte, Optionen und Derivate.

VI. Bericht über Zweigniederlassungen

Die Gesellschaft hat keine weiteren Standorte oder Niederlassungen.

Eschweiler, 17. März 2017

MVA Weisweiler GmbH & Co. KG

Herbert Küpper

Andreas Fries



MVA Weisweiler Verwaltungs-GmbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziele

- Geschäftsführung und Vertretung sowie die Übernahme der persönlichen Haftung in der Kommanditgesellschaft unter der Firma „MVA Weisweiler GmbH & Co. KG“
- Betrieb der Müllverbrennungsanlage sowie Betrieb und Betriebsführung von Vorschalt- und Sortieranlagen, Rohstoffaufbereitungsanlagen und Deponien einschließlich aller damit verbundenen Tätigkeiten

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft hat grundsätzlich einen kaufmännischen und einen technischen Geschäftsführer. Jeder Gesellschafter hat das Recht, einen Geschäftsführer seiner Wahl vorzuschlagen. Der Gesellschafter AWA Entsorgung GmbH schlägt den kaufmännischen und der Gesellschafter EGN Entsorgungsgesellschaft Niederrhein mbH den techn. Geschäftsführer vor.

Gesellschafterversammlung:

Die Gesellschaftervertreter werden von den beiden Gesellschaftern AWA und EGN entsandt. Die Gesellschafterversammlung wählt für die Dauer zweier aufeinander folgender Geschäftsjahre aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter. Der Vorsitz wechselt zwischen einem von der AWA Entsorgung GmbH und einem von der EGN Entsorgungsgesellschaft Niederrhein mbH entsandten Mitglied. Stellvertreter ist jeweils ein von dem anderen Gesellschafter entsandtes Mitglied.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Andreas Fries
 Herbert Küpper

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Sitz: 52249 Eschweiler

gezeichnetes Kapital: 25.564,60 €



Gesellschafter:	Anteil in DM *)	Anteil in %
AWA Entsorgung GmbH	25.000	50
EGN Entsorgungsgesellschaft Niederrhein mbH	25.000	50

*) die Gesellschaft hat von ihrem Recht gem. § 86 Abs. 1 GmbHG Gebrauch gemacht, ihr auf Deutsche Mark lautendes Stammkapital beizubehalten

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2014	2015	2016
	- in € -	- in € -	- in € -
A. Umlaufvermögen	24.566	25.811	23.360
I. Forderungen u. sonst. VG	1.287	4.879	1.279
II. Kassenbestand, Guthaben	23.279	20.932	22.081
Bilanzsumme Aktiva	24.566	25.811	23.360
A. Eigenkapital	21.173	23.132	20.681
I. Gezeichnetes Kapital	25.565	25.565	25.565
II. Verlustvortrag	-3.268	-4.391	-2.432
III. -Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-1.124	1.959	-2.451
B. Rückstellungen	2.500	2.500	2.500
C. Verbindlichkeiten	893	179	179
Bilanzsumme Passiva	24.566	25.811	23.360
Gewinn- und Verlustrechnung:	2014	2015	2016
	- in € -	- in € -	- in € -
Sonstige betriebl. Erträge	-	4.880	1.318
Sonstige betriebl. Aufwendungen	-	2.924	3.770
Sonstige Zinsen u.ä. Erträge	-	3,62	1,06
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-	1.959	-2.451

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2014	2015	2016
Mitarbeiter/innen	keine	keine	keine



Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Es bestehen keine Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen. Den Gesellschaftern obliegt die Beschlussfassung über die Verwendung des Reingewinns. § 29 Abs. 1 GmbHG ist ausgeschlossen.

Zwischen der MVA Weisweiler Verwaltungs GmbH und ihrer Gesellschafterin AWA Entsorgung GmbH, an der eine direkte Beteiligung der StädteRegion Aachen besteht, existieren Leistungsbeziehungen.

Öffentliche Zwecksetzung

Entsorgungsaufgaben erfüllen nach § 107 Gemeindeordnung NRW grundsätzlich eine öffentliche Zwecksetzung.

Grundlagen der Aktivitäten der Gesellschaft bilden der Gesellschaftsvertrag vom 29.08.1997 sowie die für den Betrieb der MVA Weisweiler abgeschlossenen Verträge. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um die Zusammenarbeitsvereinbarung zwischen Kreis Aachen (jetzt StädteRegion Aachen), Stadt Aachen, AWA Abfallwirtschaft Kreis und Stadt Aachen GmbH, Eschweiler (jetzt AWA Entsorgung GmbH), R+T Entsorgung GmbH (jetzt: EGN Entsorgungsgesellschaft Niederrhein mbH, Viersen) und MVA Weisweiler GmbH & Co. KG vom 19.06.1997, die die Grundsätze der Zusammenarbeit zwischen den entsorgungspflichtigen kommunalen Körperschaften Kreis und Stadt Aachen, der AWA Entsorgung GmbH als beauftragte Dritte von Kreis (jetzt StädteRegion) und Stadt Aachen und der R+T Entsorgung GmbH (jetzt: EGN Entsorgungsgesellschaft Niederrhein mbH, Viersen) als privatem Partner bei der Zusammenarbeit regelt.

Nach dem Vertragswerk übernimmt die MVA Weisweiler Verwaltungs-GmbH die Stellung der persönlich haftenden Gesellschafterin der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG. Des Weiteren übt die Gesellschaft die Geschäftsführungstätigkeit für die MVA Weisweiler GmbH & Co. KG aus, welche den Betrieb der Müllverbrennungsanlage in Weisweiler zum Gegenstand hat.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Müllverbrennungsanlagen in Nordrhein-Westfalen waren im Geschäftsjahr 2016 alle gut bis sehr gut ausgelastet. Der Preisanstieg im Bereich der nicht satzungsmäßig gebundenen Abfälle hat sich fortgesetzt. Die gute Branchensituation wird auch durch die im September 2016 veröffentlichte Mitgliederumfrage der ITAD (Interessengemeinschaft Thermischer Abfallbehandlungsanlagen in Deutschland e.V.) bestätigt, wonach von 73 befragten Anlagen 69 eine Auslastung von über 95% meldeten. Der Blick auf die Zahlen des Statistischen Bundesamtes (DESTATIS) zeigt, dass das Gesamtaufkommen von Abfällen aus Deutschland zur thermischen Behandlung in den Jahren 2012



bis 2014 nach Abzug der Abfallimporte von rund 43 Mio. Tonnen um knapp eine Million Tonnen auf etwa 44 Mio. Tonnen gestiegen ist. Daneben sind die aus dem Ausland stammenden „Abfälle zur thermischen Behandlung“ von 2012 bis 2014 um 1 Million Tonnen auf 3 Millionen Tonnen angestiegen. Beide Trends haben auch 2016 angehalten. In Anbetracht der guten Wirtschaftskonjunktur in Industrie und Gewerbe ist dieses Abfallaufkommen auch für die kommenden Jahre zu erwarten.

2. Geschäftsverlauf

Die Gesellschaft hat über die Tätigkeit als Komplementärin der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG hinaus keine weiteren geschäftlichen Aktivitäten. Die operativen Tätigkeiten mit dem Betrieb der Müllverbrennungsanlage sind Gegenstand der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG und die betreffenden Aussagen sind dort zu entnehmen.

3. Lage

a) Ertragslage

Die Gesellschaft erzielte im Geschäftsjahr 2016 sonstige betriebliche Erträge von T€ 1,3. Hierbei handelt es sich um die mit der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG vertraglich vereinbarte Haftungsvergütung. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten im Wesentlichen Steuerberatungs- und Prüfungskosten (T€ 2,5; Vorjahr: T€ 2,7). Das Geschäftsjahr 2016 schließt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 2.451 € (Vorjahr: Jahresüberschuss 1.959 €) ab.

b) Finanzlage

Die Finanzlage der Gesellschaft ist geordnet. Die Gesellschaft erhält die vertraglich festgelegte Haftungsvergütung und hat darüber hinaus das Recht auf Kostenerstattung der Aufwendungen für die Geschäftsführung der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG. Die Finanzierung des Geschäftsbetriebes ist daher jederzeit gesichert. Im Rahmen ihrer Funktion und der organisatorischen Bedingungen fallen bei der Gesellschaft keine Investitionen an.

c) Vermögenslage

Die zuvor genannten Rahmenbedingungen stellen eine geordnete Vermögenslage sicher. Verbindlichkeiten sind in Höhe von 178 € vorhanden und wurden bereits im Januar 2017 beglichen. Die Forderungen gegen die MVA Weisweiler GmbH & Co. KG resultiert aus der Haftungsvergütung für das Jahr 2016. Die Vermögenslage insgesamt (T€ 23,4; Vorjahr: T€ 25,8) hat sich nur unwesentlich geändert.

4. Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

a) Personalentwicklung

Die Gesellschaft hat keine eigenen Beschäftigten. Die Geschäftsführer haben Anstellungsverträge bei der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG.

b) Umweltschutz

Die Müllverbrennungsanlage Weisweiler befindet sich technisch auf dem neuesten Stand und hat auch im Geschäftsjahr 2016 mit ihrer hohen Zuverlässigkeit dazu beigetragen, dass die Emissionsgrenzwerte regelmäßig erheblich unterschritten wurden. Der Status des Entsorgungsfachbetriebs wurde erneut im Dezember 2016 nach einem eingehenden Prüfungsverfahren zuerkannt. Die monatlichen Durchschnittsmesswerte werden regelmäßig im Internet für jedermann aktualisiert und zugänglich gemacht. Die Überwachungsbehörde wurde über



alle relevanten (auch kleineren) Vorfälle im laufenden Betrieb informiert und hat die Anlage in 2016 mehrfach unangemeldet kontrolliert.

Prognosebericht

Für die Gesellschaft sind über ihre Funktion als Komplementärin der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG hinaus keine weiteren geschäftlichen Aktivitäten vorgesehen. Ein Prognosebericht kann sich daher sinnvollerweise nur auf den operativen Bereich und damit auf die MVA KG beziehen. Die Betriebskosten der Müllverbrennungsanlage konnten im Jahr 2016 im Verhältnis zum Vorjahr noch einmal gesenkt werden. Die Geschäftsführung geht davon aus, dass auch im Jahr 2017 beide Auslastungspartner ihre Kontingentverpflichtungen erfüllen und ihrerseits alle Bemühungen unternehmen werden, die Freie Spitze – abhängig von ihrer technischen und zeitlichen Verfügbarkeit – möglichst intensiv auszulasten. Die MVA Weisweiler erfüllt den gesetzlichen Auftrag zuverlässig, die Entsorgungssicherheit im Gebiet des ZEW zu gewährleisten. Es ist damit zu rechnen, dass die Geschäftsentwicklung auch in 2017 stabil bleibt.

Chancen- und Risikobericht

Die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung hängen naturgemäß entscheidend von den Geschäftsrisiken der MVA GmbH & Co. KG ab.

1. Risikobericht

Insbesondere das Thema einer gesicherten Auslastung in der Zukunft wurde und wird weiterhin intensiv untersucht und mit den Gesellschaftern der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG diskutiert. In Bezug auf die künftige Entwicklung der Gesellschaft bestehen insbesondere folgende Risiken:

- Technische Verfügbarkeit der Anlage
- Preis- und Mengenentwicklung sowie rechtliches Umfeld der Abfallwirtschaft
- Nutzung alternativer Entsorgungsmöglichkeiten der Marktteilnehmer und Wettbewerb durch Mitverbrennungsanlagen (Kundenverlust)

Aufgrund der bestehenden Verträge und des aktuellen rechtlichen Umfeldes werden die Risiken für die Gesellschaft derzeit insgesamt als gering eingeschätzt. Die Risiken der Gesellschaft im Rahmen einer kontinuierlichen Risikoinventur werden regelmäßig erfasst und vierteljährlich mit externen Beratern erörtert, analysiert und bewertet.

2. Chancenbericht

Die erneut gute Auslastung der Müllverbrennungsanlagen in NRW verbessert die Chancen auf eine langfristig abgesicherte Zukunft der MVA Weisweiler. Die Marktpreise für zu verbrennende Abfälle weisen eine weiterhin steigende Tendenz auf. Die Kostensituation der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG wird sich ab 2018 wegen des Wegfalls wesentlicher Abschreibungspositionen und Zinsbelastungen deutlich verbessern. Die Gesellschafter der MVA KG und die MVA KG beabsichtigen, am 07. April 2017 zu vereinbaren, ihre Zusammenarbeit nicht zum Ablauf des 31. Dezembers 2020 zu beenden, sondern auch nach dem 31. Dezember 2020 auf unbestimmte Zeit fortzusetzen. Diese geänderte Zusammenarbeitsvereinbarung kann erstmals zum 31. Dezember 2022 gekündigt werden. Darüber hinaus sollen am 07. April 2017 die Verträge zwischen der MVA KG und der RWE Power AG mit Wirkung zum 01. Januar 2021 angepasst und bis zum 31. Dezember 2030 verlängert werden. Es ist vorgesehen, dass das Betriebspersonal der MVA Weisweiler ab 2021 aus eigenen Mitarbeitern der MVA KG bestehen wird, während die Anbindung an das Kraftwerk erhalten bleibt und die Wartungs- und Instandhaltungsaufgaben (inkl. Brand- und Werkschutz) wie in der



Vergangenheit durch Mitarbeiter der RWE Power wahrgenommen werden. Darüber hinaus werden die Konditionen für die Abnahme von Überschussenergie verbessert. Hieraus erwartet sich die Geschäftsführung der MVA KG eine weitere deutliche Verbesserung der durchschnittlichen Verbrennungskosten. Allerdings hat gem. Gesellschaftsvertrag der MVA KG die MVA Verwaltungs-GmbH einen Erstattungsanspruch für ihre Kosten aus der Geschäftsführung, der bei Bedarf geltend gemacht wurde. Da sich die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft auf die Übernahme der persönlichen Haftung für die MVA Weisweiler GmbH & Co. KG beschränkt, besteht kein eigenständiges Risikomanagementsystem. Allerdings ist die Gesellschaft in der Lage, auf das Risikomanagementsystem der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG zurückzugreifen. Die Implementierung eines formalisierten Risikomanagementsystems bei der MVA KG ist abgeschlossen.

3. Gesamtaussage

Für das Geschäftsjahr 2016 kann unter kaufmännischen Gesichtspunkten eine sehr zufriedenstellende Entwicklung festgestellt werden.

Eschweiler, 17. März 2017

Zweckverband Entsorgungsregion West

Aufgaben des Zweckverbands / Beteiligungsziele

Der Zweckverband Entsorgungsregion West ist öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger, soweit ihm Aufgaben von seinen Mitgliedern übertragen wurden. Mitglieder sind die StädteRegion Aachen, die Stadt Aachen und der Kreis Düren. Er nimmt insoweit im Entsorgungsgebiet die Aufgaben eines öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers nach den Vorschriften des Kreislaufwirtschaftsgesetzes und des Landesabfallgesetzes wahr. Der Zweckverband darf Abfälle von außerhalb des Verbandsgebietes zur Beseitigung übernehmen. Er kann dazu öffentlich-rechtliche Vereinbarungen schließen.

Der ZEW selbst betreibt kein operatives Geschäft. Mit der Erfüllung der dem ZEW übertragenen abfallwirtschaftlichen Aufgaben hat der ZEW die AWA Entsorgung GmbH beauftragt. Diese betreibt die notwendigen Anlagen oder bedient sich in Teilbereichen auch externer Entsorgungsmöglichkeiten. Im Übrigen bedient sich der ZEW zur Erfüllung seiner Aufgaben überwiegend der AWA Entsorgung GmbH als beherrschter Tochtergesellschaft. Als rechtliche Grundlage dient ein diesbezüglicher Geschäftsbesorgungsvertrag.

Organe des Zweckverbands

Verbandsversammlung:

Die Verbandsversammlung nimmt die Aufgaben des Werkausschusses entsprechend §§ 2, 5 EigVO i.V.m. § 18 Abs. 3 GkG wahr. Sie besteht aus je sieben stimmberechtigten Vertretern je Verbandsmitglied. Für jeden Vertreter wird ein Stellvertreter für den Fall der Verhinderung bestellt. Die Verbandsversammlung beschließt über alle Angelegenheiten des Zweckverbandes, soweit nicht aufgrund gesetzlicher Bestimmungen oder aufgrund der Satzung die Zuständigkeit des Vorstandsvorstehers begründet ist. § 6 Abs. 2 Satz 2 der Verbandssatzung enthält einen Katalog der Entscheidungen, die der Verbandsversammlung vorbehalten sind.

Verbandsvorsteher:

Der Verbandsvorsteher nimmt die Aufgaben der Werksleitung entsprechend §§ 2, 5 EigVO i.V.m. § 18 Abs. 3 GkG wahr. Er führt die laufenden Geschäfte sowie nach Maßgabe der Gesetze, der Verbandssatzung und der Beschlüsse der Verbandsversammlung die übrige Verwaltung des Zweckverbandes. Er vertritt den Zweckverband gerichtlich und außergerichtlich. Die Zuständigkeit für dienstrechtliche Entscheidungen, die aufgrund gesetzlicher Bestimmungen von der obersten Dienstbehörde übertragen werden können, wird auf den Verbandsvorsteher übertragen. Der Verbandsvorsteher muss Hauptverwaltungsbeamter eines Mitglieds des Zweckverbands sein. Für den Zweckverband ist dies der *Städteregionsrat der StädteRegion Aachen, der Oberbürgermeister der Stadt Aachen oder der Landrat des Kreises Düren*. Der Verbandsvorsteher wird auf die Dauer von 2



Jahren gewählt. Die Hauptverwaltungsbeamten der Mitglieder des Zweckverbandes wechseln sich als Verbandsvorsteher im 2-Jahres-Rhythmus ab. Die Reihenfolge bestimmt sich nach der vorstehend kursiv gedruckten Abfolge.

Besetzung der Organe

Vertreter der StädteRegion Aachen in der Verbandsversammlung:

Helmut Etschenberg	Städteregionsrat
Oliver Bode	Städteregionstagsmitglied
Michael Kirsch	Städteregionstagsmitglied
Dr. Thomas Griese	Städteregionstagsmitglied
Kristina Klinkenberg	Städteregionstagsmitglied
Jürgen Neesen	Städteregionstagsmitglied
Hendrik Hackmann	Städteregionstagsmitglied

Verbandsvorsteher:

Helmut Etschenberg	Städteregionsrat (ab 01.01.2016)
Marcel Philipp	Oberbürgermeister
Wolfgang Spelthahn	Landrat (ab 01.01.2014 bis 31.12.2015))

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Zweckverband

Sitz: 52249 Eschweiler

gezeichnetes Kapital: 25.500,00 Euro

Mitglieder:	Anteil in €	Anteil in %
StädteRegion Aachen	8.500,00	33,33
Stadt Aachen	8.500,00	33,33
Kreis Düren	<u>8.500,00</u>	<u>33,33</u>
	25.500,00	100,00

Beteiligungen > 25 %:	Anteil in €	Anteil in %
AWA Entsorgung GmbH	24.000	93,75 %

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

	2014	2015	2016
	- in € -	- in € -	- in € -
Bilanz:			
A. Anlagevermögen	24.000	24.000	24.000
I. Finanzanlagen	24.000	24.000	24.000
B. Umlaufvermögen	6.855.197	6.080.440	8.037.607
I. Forderung und sonst. Vermögenstgegenstände		3.130.422	2.870.630
II. Kassenbestand, Guthaben		2.950.018	5.166.997
Bilanzsumme Aktiva		6.104.440	8.075.077
A. Eigenkapital	25.500	25.500	25.500
I. Gezeichnetes Kapital	25.500	25.500	25.500
II. Gewinnvortrag	0	0	0
III. Jahresüberschuss	0	0	0
B. Rückstellungen	801.438	843.016	859.586
C. Verbindlichkeiten	6.052.259	5.235.924	7.189.990
Bilanzsumme Passiva	6.879.197	6.104.440	8.075.077
Gewinn- und Verlustrechnung:			
	2014	2015	2016
	- in € -	- in € -	- in € -
Umsatzerlöse	42.197.207	41.183.955	42.215.763
Materialaufwand		40.841.365	41.857.645
Personalaufwand		209.856	182.636
sonst. betriebl. Aufwendungen		114.523	146.237
Ergebnis nach Steuern	0	0	0
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	0	0	0

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2014	2015	2016
Mitarbeiter/innen (ohne Aushilfen)	3	3	3

Bilanzielle Kennzahlen sind aufgrund des besonderen Status des ZEW sowie durch das rechtliche und strukturelle Umfeld nur von geringer Aussagekraft und für eine betriebswirtschaftlich-analytische Bewertung nur eingeschränkt heranzuziehen.

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Zur Erfüllung seiner Aufgaben bedient sich der ZEW im Wesentlichen der AWA Entsorgung GmbH, an der er mehrheitlich beteiligt ist. Dort und in Tochtergesellschaften der AWA Entsorgung GmbH werden auch die Entsorgungsanlagen betrieben. Insofern bestehen zwischen dem ZEW und der AWA Entsorgung GmbH mehrschichtige Leistungsbeziehungen. Insbesondere mittelbar über die AWA Entsorgung GmbH bestehen darüber hinaus Leistungsbeziehungen zur MVA GmbH & Co. KG und zur AWA Service GmbH.

Öffentliche Zwecksetzung

Entsorgungsaufgaben erfüllen nach § 107 Gemeindeordnung NRW grundsätzlich eine öffentliche Zwecksetzung. Der ZEW ist öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger, soweit ihm Aufgaben von den Mitgliedern übertragen werden. Der ZEW nimmt im Entsorgungsgebiet die Aufgaben eines öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers nach den Vorschriften des Kreislaufwirtschaftsgesetzes und des Landesabfallgesetzes wahr. Es handelt sich somit um eine Aufgabenerfüllung im öffentlichen Interesse. Der ZEW hat auch 2015 die Aufgaben verantwortungsvoll und erfolgreich wahrgenommen, alle einschlägigen Rechtsvorschriften eingehalten und für eine geordnete Entsorgung aus sehr hohem technischem Niveau gesorgt.

Lagebericht der Gesellschaft

Wirtschaftsbericht:

Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen:

Die Neugestaltung des Abfallwirtschaftsplanes NRW (AWP NRW) ist nun abgeschlossen. Im Rahmen des Beteiligungsverfahrens in 2014 wurde ein Forderungskatalog des ZEW und der AWA Entsorgung GmbH zum Entwurf des AWP NRW, Teilplan Siedlungsabfälle, unter Einbeziehung der drei Verbandsmitglieder des ZEW und der kreisangehörigen Kommunen abgegeben. In der verabschiedeten Endfassung des AWP NRW wird jedoch nahezu keine der Forderungen oder Anmerkungen, wie zur Anzahl der Entsorgungsregionen, zu den Leit- und Zielwerten der zu erfassenden Bioabfälle oder zu den zu berücksichtigenden gewerblichen Abfallmengen berücksichtigt. Das Instrument der „Zuweisung“ wird nicht mehr genutzt. In Konsequenz aus den Vorgaben des AWP NRW wird das Abfallwirtschaftskonzept (AWK) des ZEW überarbeitet werden müssen. Die Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen aus der Genehmigung zum Bau und Betrieb einer neuen Kompostierungsanlage der AWA Entsorgung GmbH als Betreiber der Anlage am Standort ELC Warden sind im Gange. Gleiches gilt für die Errichtung und Eröffnung des ELC Rurbenden im Kreisgebiet Düren. Vor dem Hintergrund einer grundsätzlichen strikten getrennten Abfallerfassung im Sinne der Regelungen des Kreislaufwirtschaftsgesetzes und der EU-Abfallrahmenrichtlinie ist der ZEW weiterhin bestrebt, verstärkt Maßnahmen zur Wiederverwendung und Verwertung umzusetzen.

Das geplante Wertstoffgesetz (WertstoffG) wird insoweit keinen Einfluss auf die Erfassung und Verwertung von Wertstoffen durch den ZEW, auch an dessen ELC, nehmen, da dessen Entwurf derzeit nicht weiterverfolgt wird. Stattdessen wird zunächst eine Novellierung der Verpackungsverordnung

durch die zuständige Behörde vorgenommen. Die überarbeitete Fassung der Gewerbeabfallverordnung (GewAbfV) räumt dem Recycling und der Verwertung von gewerblichen Abfällen unter Beachtung und Erfüllung der dafür erforderlichen Anforderungen zur Umsetzung einer ordnungsgemäßen tatsächlichen Verwertung durch das Gewerbe, Vorrang ein. Die sog. „Pflichtrestmülltonne“ bleibt als Regelungstatbestand erhalten. Als neuer Tatbestand in diesem Zusammenhang gilt die sog. „Kleinmengenregel“. Im Jahre 2015 wurde die Fortführung der Zusammenarbeit bis zum 31.12.2020 zwischen der MVA GmbH & Co. KG und der RWE Power AG im Rahmen einer Interimsvereinbarung beschlossen. Die Verhandlungen zwischen der MVA und der AWA Entsorgung GmbH sowie der EGN zum Weiterbetrieb der MVA Weisweiler über den 30.11.2017 hinaus, sind erfolgreich abgeschlossen. Das Vertragswerk hierzu wurde im Frühjahr 2016 unterzeichnet. Die Gespräche zwischen den Beteiligten zum Weiterbetrieb der MVA ab 2021 und hinsichtlich der eventuellen Lieferung von Fernwärme gestalten sich zielführend. Die zuvor genannten Aspekte haben Auswirkungen auf die Mengenentwicklung und Auslastung der MVA Weisweiler sowie auf die Erlöse für verwertbare Abfälle mit den entsprechenden Folgen für die Abfallgebühren.

Geschäftsverlauf:

Der Zweckverband erstellt nach Maßgabe der satzungs- und kommunalrechtlichen Vorgaben einen Wirtschaftsplan, bestehend aus dem Erfolgsplan, dem Investitionsplan, dem Stellenplan, dem Finanzplan sowie einer detaillierten Gebührenkalkulation. Die Umsetzung der Planung des ELC Rurbenden im nördlichen Kreis Düren an einem sehr guten Standort im Gewerbegebiet Rurbenden / Niederzier (u.a. wg. Verkehrsanbindung) verläuft erfolgreich. Zwischenzeitlich hat der Bau begonnen. Gleiches gilt für die aus der Genehmigung resultierenden Maßnahmen zum Bau einer neuen Kompostierungsanlage am ELC Warden. Der Marktpreis für gewerbliche Abfälle ist in 2016 gestiegen. Die Auslastung der MVA war zu jeder Zeit gewährleistet. Das Wirtschaftsjahr 2016 schließt vor Berücksichtigung von Rückerstattungsverpflichtungen aus Kostenüberdeckungen bzw. Kostenunterdeckungen mit einem handelsrechtlichen Verlust von T€ 24 ab. Dieser Verlust resultiert aus einer ungeplanten Aufwendung in Höhe von T€ 51, der eine Gesetzesänderung des Beamtenversorgungsgesetzes zugrunde liegt. Ansonsten liegt das Wirtschaftsjahr 2016 insgesamt im Rahmen der kalkulierten Ansätze und hat einen planmäßigen Verlauf genommen.

Personalentwicklung:

Neben den drei hauptamtlichen Mitarbeitern / Mitarbeiterinnen des ZEW war im Berichtsjahr 2016 weiterhin eine geringfügig Beschäftigte beim ZEW angestellt. Bezogen auf die Vollzeitstellen waren in 2016 insgesamt 2,65 Arbeitnehmer / innen beschäftigt. Darüber hinaus bedient sich der ZEW der AWA Entsorgung GmbH in der Funktion eines beauftragten Dritten zur Erfüllung von Aufgaben auf Basis des Geschäftsbesorgungsvertrages.

Lage

Ertragslage:

Die Umsatzerlöse im Jahr 2016 lagen mit insgesamt T€ 42.216 um 2,4 % über dem Vorjahresniveau (T€ 41.184). Die Umsatzsteigerung erfolgt aus den Herkunftsbereichen der Stadt Aachen mit T€ 12.532; VJ T€ 12.425), der StädteRegion Aachen (T€ 14.952; VJ T€ 14.790) und dem Kreis Düren (T€ 13.696; VJ T€ 13.101). Bei der Betrachtung der Umsatzentwicklung sind allerdings die kalkulatorischen Rahmenbedingungen zu berücksichtigen (s.a. Ausführungen unter I.). Da die Entsorgungsaufwendungen als wesentliche Kostenposition durch die mengenabhängige Abrechnung einen variablen Charakter haben und in der ZEW-Struktur mit dem Umsatz stark korrelieren, kann es i.d.R. beim Rohergebnis nur zu geringen Planabweichungen und nicht zu großen Ausschlägen kommen. Das Rohergebnis (T€ 358; Vj. T€ 343) deckt die übrigen Verwaltungskosten. Abgesehen von den ungeplanten Aufwendungen durch Änderung des Beamtenversorgungsgesetzes schließt das Wirtschaftsjahr mit einem ausgeglichenen Jahresergebnis ab. Da der ZEW seine Gebühren auf LSP-Basis kalkuliert, entstehen keine Gewinne. Umgekehrt kann es über mehrere Perioden gesehen nicht zu dauerhaften Verlusten kommen. Die Kostenunterdeckung in Höhe von T€ 24 wird mit den Kostenüberdeckungen der Wirtschaftsjahre 2014 und 2015 verrechnet.

Finanzlage:

Die Finanzlage des ZEW ist weiterhin geordnet. Da sich der ZEW zur Erfüllung von Aufgaben der AWA Entsorgung GmbH bedienen kann, ergeben sich für den Verband selbst keine nennenswerten Investitionen. Im Wirtschaftsjahr 2016 wurden keine Investitionen getätigt. Wesentlichen Einfluss auf die Entwicklung des Cashflows aus der laufenden Geschäftstätigkeit (T€ 2.217; Vj. T€ -126) hatte einerseits die Zunahme der Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (T€ 5.423; Vj. T€ 3.483) sowie andererseits die Abnahme von Forderungen gegen Verbandsmitgliedern (T€ 855; Vj. T€ 910). Die Abnahme der Forderung resultiert unter anderem aus der Änderung des Beamtenversorgungsgesetzes, die Auswirkung auf die Höhe der Forderung aus Pensionsverpflichtungen gegenüber dem Kreis Düren hat. Insgesamt ergibt sich im Vergleich zum Vorjahr 2016 eine Zunahme des Finanzmittelfonds um T€ 2.217 auf nunmehr T€ 5.167.

Vermögenslage:

Die Aktivitäten des Wirtschaftsjahres 2016 konnten aus den vorhandenen liquiden Mitteln finanziert werden. Eine Aufnahme von Fremdmitteln war nicht erforderlich. Die Liquidität war zu jedem Zeitpunkt des Geschäftsjahres gesichert. Entsprechend den Vorschriften des Kommunalabgabengesetzes (KAG) hat der ZEW das Recht, seine Aufwendungen in voller Höhe in die gegenüber den Abfallerzeugern / -besitzern zu erhebenden Gebühr einzubeziehen. Das Anlagevermögen ist von untergeordneter Bedeutung. Zur Erfüllung seiner Aufgaben bedient sich der ZEW im Wesentlichen der AWA Entsorgung GmbH, an der er mehrheitlich beteiligt ist. Dort und in Tochtergesellschaften der AWA Entsorgung GmbH werden auch die Entsorgungsanlagen betrieben. Die Forderungen beinhalten im Wesentlichen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (T€ 1.712; Vj. T€ 1.697), die aber aufgrund des strukturellen Umfelds des ZEW (s.a. Ausführungen unter I.) überwiegend dem kommunalen Bereich zuzuordnen sind, und Forderungen gegenüber Verbandsmitgliedern (T€ 855; Vj. T€ 910). Der Zugang der liquiden Mittel (T€ 5.167; Vj. T€ 2.950)

ist im Wesentlichen durch die Zunahme von Verbindlichkeiten begründet. Im Umlaufvermögen ist unter den Sonstigen Vermögensgegenständen eine Position in Höhe von T€ 293 ausgewiesen, deren Sachverhalt in einem Vorgang der MVA Weisweiler GmbH & Co. KG im Rahmen des Erwerbs der MVA im Jahr 2008 begründet liegt und in dessen Folge auch Auswirkungen auf die Kosten der AWA Entsorgung GmbH sowie des ZEW verbunden sind. Unter Anwendung entgeltrechtlicher Wahlrechte werden diese Kosten rätierlich in die Entgelte der kommenden Jahre eingerechnet, was unter Berücksichtigung der erforderlichen Gesellschafter- und Gremienbeschlüsse zu bilanziellen Konsequenzen führte. Hieraus resultiert auch der Ausweis einer Position in gleicher Höhe unter den Verbindlichkeiten. Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (T€ 5.423; Vj. T€ 3.483) beinhalten einen Betrag von T€ 293 aus dem o.g. Vorgang bezüglich der MOENA-Mietnebenkosten. Als Verbindlichkeit gegenüber Verbandsmitgliedern ist eine Verbindlichkeit gegenüber dem Kreis Düren (T€ 1.716; Vj. T€ 1.712) bzw. den Gebührenzahlern aus dem Kreisgebiet Düren ausgewiesen, die aus einer Abstandszahlung aus dem Jahr 2008 resultiert und ihren Ursprung in einem Vertrag aus dem Jahre 1992 zwischen dem Kreis Düren und der Stadt Düsseldorf hat.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Finanzielle Leistungsindikatoren

Bilanzielle Kennzahlen sind aufgrund des besonderen Status des ZEW sowie durch das rechtliche und strukturelle Umfeld nur von geringer Aussagekraft und für eine betriebswirtschaftlich-analytische Bewertung nur eingeschränkt verwendbar. Die Liquidität I. Grades (liquide Mittel/kurzfristiges Fremdkapital) weist einen Wert von 72 % auf. Der weit überwiegende Anteil des kurzfristigen Fremdkapitals aus Verbindlichkeiten besteht gegenüber der AWA Entsorgung GmbH. Die Liquidität II. Grades (liquide Mittel + kurzfristige Forderungen/kurzfristiges Fremdkapital) beträgt 109 %. Auch die Eigenkapitalquote (0,32 %) ist auf den ersten Blick sehr schwach, aufgrund der unter Ziffer I. beschriebenen Bedingungen aber nicht bedrohlich und kann somit akzeptiert werden.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Umweltschutz:

Die mit dem operativen Geschäft beauftragte AWA Entsorgung GmbH ist vertraglich verpflichtet, Entsorgungsanlagen gesetzes- und genehmigungskonform zu betreiben und erfüllt dies. Damit gewährleistet der ZEW eine ordnungsgemäße und schadlose Entsorgung.

Hierbei ist der ZEW bestrebt, die 5-stufige Abfallhierarchie, insbesondere die Vermeidung, Vorbereitung zur Wiederverwendung, das Recycling und eine sonstige Verwertung vorrangig vor einer Beseitigung von Abfällen gemäß den Zielen der EU-Abfallrahmenrichtlinie und des Kreislaufwirtschaftsgesetzes umzusetzen. Zahlreiche Projekte der durch den ZEW beauftragten Abfallberatung der AWA Entsorgung GmbH, wie die „Wunderkiste“, ein „Umsonst-Laden“ und ein „Repair-Café“ sind hier zu nennen. In diesem Zusammenhang ist festzuhalten, dass die umweltrelevanten Grenzwerte der MVA Weisweiler unter den festgesetzten Größenordnungen liegen.

Prognosebericht:

Die Folgen aus der Neufassung des AWP NRW für den ZEW bleiben abzuwarten. Dies gilt insbesondere für die Einteilung in lediglich drei Entsorgungsregionen, hinsichtlich des fehlenden Instruments der Zuweisung zu Müllverbrennungsanlagen, den vorgegebenen hohen Ziel- und Leitwerten der zu erfassenden Bioabfälle sowie der nach wie vor nicht ausreichend nachweislichen Erfassung von gewerblichen Mengen. Eine daraus resultierende Überarbeitung des AWK des ZEW in 2017 wird Maßnahmen zur Wahrnehmung einer weiterhin ordnungsgemäßen und schadlosen Abfallentsorgung und -wirtschaft aufzeigen müssen. Der ZEW wird sich auf Basis des Kreislaufwirtschaftsgesetzes vom 24.02.2012 in der derzeit geltenden Fassung und der Vorgaben der EU-Abfallrahmenrichtlinie hierbei weiterhin vorrangig der Erfassung von Wertstoffen mit zielführenden Maßnahmen und neuen Ideen zur Wiederverwendung /-verwertung dieser Stoffe annehmen. Die Mehrfachnutzung von Gebrauchsgegenständen in Läden und Netzwerken sowie die Errichtung des ELC Rurbenden im Kreisgebiet Düren und die Umsetzung der Maßnahmen aus der Genehmigung zum Bau einer neuen Kompostierungsanlage in Warden sind beispielhaft zu nennen. Die Entwicklung der gewerblichen Abfallmengen zur Verwertung / Beseitigung auf die öffentliche Entsorgung aus der Novellierung der GewAbfV hinsichtlich der tatsächlichen Umsetzung eines hochwertigen Recyclings und eine Verwertung von Abfällen durch das Gewerbe sowie bezüglich der Kleinmengenregel und der ansonsten weiterhin verpflichtenden Nutzung der Pflichtrestmülltonne bleibt abzuwarten. Im Jahre 2015 wurde die Fortführung der Zusammenarbeit bis zum 31.12.2020 mit der MVA und der RWE Power AG im Rahmen einer Interimsvereinbarung beschlossen. In 2016 sind die Verhandlungen zwischen der MVA, der AWA Entsorgung GmbH und der EGN zum Weiterbetrieb der MVA Weisweiler über den 30.11.2017 hinaus – fest vereinbart bis zum 31.12.2020 – erfolgreich abgeschlossen worden. Im folgenden Jahr werden die jeweiligen Verhandlungen zwischen der MVA Weisweiler, der AWA Entsorgung, der EGN, den SWK, dem ZEW und der RWE Power zum Weiterbetrieb der MVA Weisweiler ab dem Jahr 2021 zu einem Abschluss gelangen. Auf Basis der rechtlichen und satzungsgemäßen Bestimmungen hat der ZEW einen Wirtschaftsplan und eine Gebührenkalkulation aufzustellen, die von der Verbandsversammlung beschlossen werden. Aufgrund der kalkulatorischen Bedingungen (s.a. unter Nr. I) erhält der ZEW seine Selbstkosten erstattet, die somit auch ihren Niederschlag in den Gebühren (Umsatzerlösen) finden. Es besteht dadurch eine Korrelation und korrespondierende Entwicklung zwischen den Entsorgungskosten (T€ 41.858; Vj. T€ 40.841) und den Umsatzerlösen (T€ 42.216; Vj. T€ 41.184). Der Wirtschaftsplan 2017 weist Entsorgungskosten von T€ 40.988 und Umsatzerlöse von T€ 41.568.

Chancen- und Risikobericht:

Risikobericht:

Die von der Landesregierung NRW beschlossene Neufassung des AWP NRW liegt vor. Der vom ZEW gemeinsam mit der AWA Entsorgung GmbH im Beteiligungsverfahren in 2014 unter Einbeziehung der drei Verbandsmitglieder des ZEW und der kreisangehörigen Kommunen erarbeitete Katalog von 20 Forderungen blieb nahezu unberücksichtigt. Die Einteilung des Landes NRW in Entsorgungsregionen bleibt mit drei ausgewiesenen Entsorgungsregionen letztendlich unverändert zur Fassung des AWP NRW aus 2014. Vor dem Hintergrund des Wegfalls des Instruments der Zuweisung bleibt es daher abzuwarten, wie sich die Abfallmengenströme tatsächlich innerhalb von NRW auf die Entsorgungsanlagen verteilen. Ferner stellen die im AWP NRW vorgegebenen hohen Quoten der getrennt erfassten Grün- und Bioabfälle die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger vor Herausforderungen. Forderungen wurden auch hinsichtlich der sog. gewerblichen Abfälle in der Stellungnahme des ZEW zum AWP NRW formuliert. Alle gewerblichen Abfälle zur Verwertung sollten umfassend statistisch erfasst und in der Landesplanung berücksichtigt werden, was jedoch nicht geschehen ist und somit weiterhin einen Risikofaktor für die Mengen- und Gebührenplanung darstellt. Im Hinblick auf die Novellierung der GewAbfV bleibt ferner abzuwarten, inwieweit ein hochwertiges Recycling und eine hochwertige Verwertung von gewerblichen Abfällen tatsächlich und erfolgreich durch das Gewerbe umgesetzt werden und inwieweit die Tatbestände der „Kleinstmengenregel“ und „Pflichtrestmülltonne“ im Sinne der bestehenden Überlassungspflichten tatsächlich und nicht missbräuchlich angewandt werden.

Chancenbericht:

Im Hinblick auf sein strukturelles Umfeld befindet sich der ZEW nicht in einer klassischen Markt- oder Wettbewerbssituation, so dass er nur begrenzt auf seine Geschäftsentwicklung Einfluss nehmen kann. Daher können Chancen im inhaltlichen Sinne des Deutschen Rechnungslegungsstandards 20 (DRS 20) nur bedingt beschrieben werden. Im Risikobericht werden Ausführungen zur Entwicklung des AWP NRW gemacht. Inwieweit die nun vorliegende Endfassung des AWP NRW vorrangig Risiken oder aber auch Chancen mit sich bringt, kann an dieser Stelle nicht abschließend beurteilt werden. Der Abfallwirtschaftsplan NRW (AWP NRW) ist 2016 in Kraft getreten. Mit dem AWP will die Landesregierung nach eigenen Angaben das Prinzip der Nähe und den Grundsatz der Autarkie (Entsorgung der NRW-Siedlungsabfälle sollen im Land selbst möglichst nahe am Entstehungsort entsorgt werden) umsetzen, ohne aber konkrete Zuweisungen zu Entsorgungsanlagen festzulegen. Im Rahmen einer geplanten Novellierung des LAbfG sieht die Landesregierung vor, dass eine Gebietskörperschaft bei einer möglichst günstigen Entsorgung, jedoch mit langen Transportwegen, einen Ausgleich in ihre Kalkulation einbeziehen muss. Dieser Ausgleich wäre von der jeweiligen Gebietskörperschaft in eine noch zu gründende Stiftung auf Landesebene zu entrichten, aus welcher Maßnahmen zur Abfallvermeidung und Abfallverwertung finanziert werden sollen. In dieser geplanten Regelung liegt die Chance, trotz der nur drei zugrundeliegenden Entsorgungsregionen in NRW (s. Ausführungen unter IV. 1.) die Umsetzung des Näheprinzips zu stärken. Im Zusammenhang mit der getrennten Erfassung von Bioabfällen und der im AWP NRW vorgegebenen Quoten wird der Neubau und Betrieb einer Kompostierungsanlage am Standort ELC Warden, ebenfalls als Chance betrachtet. Die Inbetriebnahme ist für Anfang 2017 geplant. Die Neufassung des AWP NRW bedingt

in Konsequenz eine Überarbeitung des AWK des ZEW. Die daraus resultierende Lenkungsfunktion von Vorgaben des AWP NRW im Sinne des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers, wird ebenso als Chance betrachtet wie der Aspekt, dass sich weitere Maßnahmen, Aktionen und Ideen zur effektiven Wiederverwendung und -verwertung ergeben, die durch den Drittbeauftragten AWA Entsorgung GmbH weiterhin umgesetzt werden. Der ZEW setzt damit weiterhin die Vorgaben des am 01.06.2012 in Kraft getretenen Kreislaufwirtschaftsgesetzes und der EU-Abfallrahmenrichtlinie im Sinne der 5-stufigen Abfallhierarchie mit Schwerpunkt auf eine Wiederverwendung und Verwertung von Abfällen um. Das geplante WertstoffG wird derzeit keinen Einfluss mehr auf die Erfassung und Verwertung von Wertstoffen durch den ZEW, auch an dessen bestehenden ELC und dem neuen ELC Rurbenden, nehmen, da dessen Entwurf derzeit nicht weiterverfolgt wird. Stattdessen wird zunächst eine Novellierung der Verpackungsverordnung durch die zuständige Behörde vorgenommen. Es ist als Chance im Rahmen der Novellierung der GewAbfV zu betrachten, dass die Umsetzung der fünfstufigen Abfallhierarchie auch dort sehr fokussiert wurde, mit der Folge einer Stärkung des Recyclings und Intensivierung der Verwertung. Die Anforderungen an eine getrennte Erfassung und anschließende Wiederverwertung sind demnach strenger. Die sog. „Pflichtrestmülltonne“ für überlassungspflichtige Abfälle aus Gewerbebetrieben bleibt weiterhin Tatbestand der GewAbfV.

Gesamtaussage:

Das rechtliche und kalkulatorische Umfeld des ZEW bedingt, dass bestandsgefährdende Risiken nicht auftreten können. Das Kostendeckungsprinzip gewährleistet einerseits, dass dauerhaft keine Verluste auftreten, andererseits aber auch ein Gewinnstreben ausgeschlossen ist. Es ist Interesse und Aufgabe des ZEW, Risiken zu vermeiden, die einen negativen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des ZEW haben. Im Sinne des Gebührenzahlers achtet der ZEW auf Kostenbewusstsein und trägt durch entsprechende Maßnahmen zur Wirtschaftlichkeit und Gebührenstabilität bei.

Eschweiler, den 6. Februar 2017

Helmut Etschenberg
Verbandsvorsteher des ZEW



Verkehr und Versorgung

Zweckverband Aachener Verkehrsverbund

Aufgaben des Zweckverbands / Beteiligungsziele

Der Zweckverband hat im Verbundraum insbesondere folgende Aufgaben:

1. Beschlussfassung über allgemeine verkehrspolitische Leitlinien für den öffentlichen Personennahverkehr unter Beachtung der Planungen des "Zweckverband Nahverkehr- SPNV & Infrastruktur – Rheinland" (ZV NVR),
2. Hinwirkung darauf, dass die Verbandsmitglieder die vom Zweckverband gegründete Aachener Verkehrsverbund GmbH (Verbundgesellschaft) bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben unterstützen und die Beschlüsse des Zweckverbandes in ihrem Einflussbereich umsetzen,
3. Hinwirkung darauf, dass die Verbandsmitglieder die Verkehrskonzeptionen und Qualitätsstandards sowie die dazu ergangenen Richtlinien der Verbundgesellschaft in ihren Planungen beachten und die Verbundgesellschaft als Träger öffentlicher Belange anerkennen,
4. Aufstellung von Rahmenvorgaben für die Betrauung von Verbundverkehrsunternehmen (ASEAG, DKB und west) durch die Verbandsmitglieder mit der Erfüllung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen sowie Abschluss von gesonderten Kooperationsverträgen mit anderen Verkehrsunternehmen im Öffentlichen Straßenpersonennahverkehr (ÖSPV) gemäß § 11.

Öffentliche Zwecksetzung

Der Zweckverband verfolgt das Ziel, durch die im Verbundraum tätigen Verkehrsunternehmen, unterstützt durch die Verbundgesellschaft, für die Bevölkerung ein bedarfsgerechtes Leistungsangebot zu erbringen und die Marktchancen im Verbund unter Beachtung marktwirtschaftlicher Grundsätze auszuschöpfen sowie durch gezielte Investitionen zu verbessern. Die Durchführung des Verkehrs und damit die Übernahme einer unternehmerischen Tätigkeit ist nicht Aufgabe des Zweckverbandes. Sie obliegt den im Verbundraum tätigen Verkehrsunternehmen im Rahmen von Kooperationsverträgen.

Organe des Zweckverbands

Verbandsversammlung:

Die Verbandsversammlung besteht aus den Vertretern der Verbandsmitglieder. Die Vertreter werden durch die Vertretungskörperschaft für deren Wahlzeit aus ihrer Mitte oder aus den Dienstkräften des Verbandsmitglieds gewählt. Für jeden Vertreter ist ein Stellvertreter für den Fall der Verhinderung zu wählen. Jedes Verbandsmitglied entsendet fünf Vertreter in die Verbandsversammlung, darunter seinen Hauptverwaltungsbeamten oder einen von diesem benannten Bediensteten. Die

Verbandsversammlung wählt aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden und mehrere Stellvertreter. Die Verbandsversammlung beschließt über alle Angelegenheiten des Verbandes, soweit nicht durch das Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit oder aufgrund dieser Satzung die Zuständigkeit des Verbandsvorstehers begründet ist. § 6 Abs. 2 der Satzung legt fest, dass die Verbandsversammlung die Entscheidungen über die dort genannten Angelegenheiten nicht übertragen kann.

Beiräte:

Zur Wahrung der strukturellen Besonderheiten der Teilräume und der Interessen der einzelnen kreisangehörigen bzw. regionsangehörigen Gemeinden auf dem Gebiet des Nahverkehrs, der Tarifpolitik und des Leistungsangebotes werden vier regionale Beiräte, jeweils ein Beirat für die Stadt Aachen, die StädteRegion Aachen, den Kreis Düren und den Kreis Heinsberg, gebildet. In diesen Beiräten sind alle Gebietskörperschaften der betreffenden Region vertreten. Sie beraten die Verbandsversammlung und die Vertreter des betroffenen Verbandsmitgliedes.

Verbandsvorsteher:

Der Verbandsvorsteher und seine Stellvertreter werden aus dem Kreis der Hauptverwaltungsbeamten oder mit Zustimmung ihres Dienstvorgesetzten aus dem Kreis der allgemeinen Vertreter oder der leitenden Bediensteten der Verbandsmitglieder von der Verbandsversammlung für die Dauer von drei Jahren, höchstens jedoch für die Dauer ihres Hauptamtes, gewählt. Der Verbandsvorsteher und seine Stellvertreter dürfen der Verbandsversammlung angehören. Ist dies nicht der Fall, sind sie jedoch berechtigt und auf Verlangen der Verbandsversammlung verpflichtet, an deren Sitzungen und an den Sitzungen gebildeter Ausschüsse teilzunehmen. Der Verbandsvorsteher führt die Geschäfte nach Maßgabe der Gesetze, der Verbandssatzung und der Beschlüsse der Verbandsversammlung. Er vertritt den Zweckverband gerichtlich und außergerichtlich. Er wird durch eine Geschäftsstelle unterstützt, die durch einen hauptamtlichen Geschäftsstellenleiter geleitet wird. Der Geschäftsstellenleiter ist berechtigt, gemeinsam mit dem Verbandsvorsteher Erklärungen gemäß § 16 Abs. 3 GkG abzugeben. Der Verbandsvorsteher hat jährlich vor Beginn des Haushaltsjahres den Entwurf der Haushaltssatzung festzustellen und der Verbandsversammlung vorzulegen. Der Verbandsvorsteher ist verantwortlich für die Durchsetzung der Verbandsziele und der Beschlüsse der Verbandsversammlung.

Besetzung der Organe

Verbandsvorsteher:

Marcel Philipp Oberbürgermeister Stadt Aachen

Vertreter der StädteRegion Aachen in der Verbandsversammlung:

Helmut Etschenberg	Städteregionsrat
Michael Janßen	Städteregionstagsmitglied
Marc Peters	Städteregionstagsmitglied
Axel Wirtz	Städteregionstagsmitglied
Gerhard Neitzke	Städteregionstagsmitglied

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Zweckverband

Sitz: 52068 Aachen

Mitglieder:	Anteil in %
Stadt Aachen	25
StädteRegion Aachen	25
Kreis Düren	25
Kreis Heinsberg	25

Beteiligungen > 25 %:	Anteil in €	Anteil in %
Aachener Verkehrsverbund GmbH	153.000	100

Der Zweckverband bedient sich zur Erfüllung der ÖPNV–Aufgaben der Verbundgesellschaft AVV GmbH nach Maßgabe des Gesellschaftsvertrages der Verbundgesellschaft. Er bedient sich ihrer wie einer eigenen Dienststelle und ist ihr alleiniger Gesellschafter.

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2014 – in € –	2015 – in € –	2016 – in € –
A Anlagevermögen	153.002	153.002	153.002
I. Sachanlagen	1	1	1
II. Finanzanlagen	153.001	153.001	153.001
B Umlaufvermögen	7.814.748	7.158.072	7.321.711
I. Forderungen/sonst. VG	1	0	1
II. Liquide Mittel	7.814.747	7.158.072	7321.709
RAP	19.684.625	19.971.929	16.606.8458
Bilanzsumme Aktiva	27.652.375	27.283.003	24.081.571
Eigenkapital	519.425	519.701	519.731
1.1 Allgemeine Rücklagen	517.280	517.280	517.280
1.2 Ausgleichsrücklage	1.156	2.144	2.421
1.3 Jahresüberschuss	989	277	30
Rückstellungen	6.545	6.945	6.545
Verbindlichkeiten	7.441.781	6.784.428	3.223.190
RAP	19.684.624	19.971.929	20.332.105
Bilanzsumme Passiva	27.652.375	27.283.003	24.081.571

Ergebnisrechnung:	2014	2015	2016
	- in € -	- in € -	- in € -
Zuwendungen und allg. Umlagen	18.619.677	17.772.598	18.294.553
Ordentliches Jahresergebnis	989	277	29
außerordentliches Ergebnis	0	0	0
Jahresergebnis	989	277	29

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2014	2015	2016
Mitarbeiter/innen (ohne Aushilfen)	2	2	2
Indikatoren zur Vermögens- Finanz- und Ertragslage	2014	2015	2016
	in %	in %	in %
Anlagenintensität / Anlagenquote	0,6	0,6	0,6
Eigenkapitalquote	1,9	1,9	2,2
Anlagendeckungsgrad I	339,5	339,6	339,7
Liquidität 1. Grades	105,0	105,4	227,1

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Im Jahr 2016 betrug die anteilige, auf die StädteRegion Aachen entfallende Zweckverbandsumlage 12.844.495,52 €. Diese wird zu 100 % auf die städteregeionsangehörigen Städte und Gemeinden (ohne Stadt Aachen) umgelegt, was eine verursachungsgerechte Verteilung der Kosten für den schienengebundenen Verkehr ermöglicht.

Weiterhin erhält die StädteRegion Aachen als Aufgabenträger für den ÖPNV nach dem ÖPNVG NRW eine jährliche Pauschale als allgemeine Förderung der Planung, Organisation und Ausgestaltung des ÖPNV (Nahverkehrspauschale). Als Folge der Novellierung des ÖPNV-Gesetzes wird die Nahverkehrspauschale nicht mehr vom Land, sondern vom AVV an die Gebietskörperschaften gezahlt.

Die Buchführung des Zweckverbands wird im Rahmen einer Geschäftsbesorgung durch die StädteRegion Aachen erledigt. Die Gehaltsbuchhaltung für den AVV-Zweckverband wird im Rahmen einer Geschäftsbesorgung von der GWG gGmbH durchgeführt.

Die Leistungsbeziehungen des ZV AVV zu seiner 100%-igen Tochter, der AVV GmbH, sind vielschichtig. Der Zweckverband bedient sich zur Erfüllung der ÖPNV-Aufgaben der Verbundgesellschaft AVV GmbH wie einer eigenen Dienststelle.

Lagebericht der Gesellschaft

Die Haushaltswirtschaft des Zweckverband Aachener Verkehrsverbund (ZV AVV) wird nach den Vorschriften des Gesetzes über das „Neue Kommunale Finanzmanagement“ (NKF) aufgestellt. Die Vorschriften des NKF sind infolgedessen auch Grundlage des Jahresabschlusses 2016.

Im Haushaltsjahr 2016 hat der ZV AVV vom Land NRW über die Bezirksregierung Köln eine Zuwendung gemäß § 11 Abs. 2 des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen (ÖPNVG NRW) in Höhe von 4.564.061,98 € als ÖPNV-Pauschale erhalten. Diese Mittel sind vom ZV AVV um insgesamt 39.767,58 € aufgestockt worden. Dabei handelt es sich um Zinseinnahmen und Rückforderungen von einem Verkehrsunternehmen in Höhe von insgesamt 39.302,01 € sowie um Zinsen, die aus den Mitteln der ÖPNV-Pauschalen für die Förderjahre 2015 und 2016 im Kalenderjahr 2016 erwirtschaftet bzw. in der ersten Jahreshälfte 2017 erwartet wurden, in Höhe von 465,57 €. Somit standen insgesamt Mittel in Höhe von 4.603.829,56 € zur Förderung des ÖPNV gemäß § 13 Abs. 2 der Satzung für den ZV AVV zur Verfügung. Ein Anteil in Höhe von 666.099,70 € ist gemäß der AVV-Förderrichtlinie im Jahr 2016 zweckentsprechend verwendet worden. Die zum Jahresabschluss 2016 verbliebenen Zuwendungen sind in Höhe von 3.937.729,86 € im ersten Halbjahr des Jahres 2017 zweckentsprechend verwendet worden.

Darüber hinaus hat der ZV AVV im Berichtsjahr vom Land NRW über die Bezirksregierung Köln eine Zuwendung gemäß § 11a ÖPNVG NRW in Höhe von 10.873.121,34 € als Ausbildungsverkehr-Pauschale erhalten. Ein Anteil in Höhe von 9.548.318,88 € ist im Jahr 2016 als Abschlagszahlung zweckentsprechend gemäß der AVV-Richtlinie zur Verwendung der Ausbildungsverkehr-Pauschale gemäß § 11a ÖPNVG NRW ausgezahlt worden. Auf der Grundlage einer entsprechenden Abrechnung betreffend das Förderjahr 2014 wurden darüber hinaus 1.295.636,20 € an Verkehrsunternehmen ausgeschüttet. Die restlichen Mittel in Höhe von 29.166,26 € sowie die im Kalenderjahr 2016 aus der Bewirtschaftung der Ausbildungsverkehr-Pauschale entstandenen Zinserträge in Höhe von 345,15 € sind im ersten Halbjahr 2017 zweckentsprechend verwendet worden. Zur Förderung des Mobil-Tickets im AVV hat der ZV AVV im Berichtsjahr vom Land NRW über die Bezirksregierung Köln eine Zuwendung gemäß den Richtlinien Sozialticket 2011 in Höhe von 2.189.836,12 € erhalten, welche im Rahmen einer Nachzahlung auf insgesamt 2.655.322,40 € aufgestockt wurde. Ein Anteil in Höhe von 2.289.836,13 € ist den Verkehrsunternehmen im Jahr 2016 als Abschlagszahlung zweckentsprechend gemäß der Richtlinie des Zweckverband Aachener Verkehrsverbund zur Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des Mobil-Tickets im AVV ausgezahlt worden. Weitere Mittel in Höhe von 365.486,27 € wurden im Rahmen einer Nachzahlung an die Verkehrsunternehmen im ersten Halbjahr 2017 zweckentsprechend ausgezahlt. Auf der Grundlage einer entsprechenden Abrechnung betreffend das Förderjahr 2014 hat der ZV AVV darüber hinaus 21.774,20 € seitens der Verkehrsunternehmen zurück erhalten.

Die Anteile an verbundenen Unternehmen sind gegenüber dem Vorjahr unverändert geblieben und belaufen sich auf 153.000,00 €. Es handelt sich hierbei um die Beteiligung an der Aachener Verkehrsverbund GmbH, deren alleiniger Gesellschafter der Zweckverband AVV ist.

Der ZV AVV finanzierte seinen Eigenaufwand durch die seitens des ZV NVR bereitgestellte ÖPNV-Pauschale gemäß § 11 Abs. 1 ÖPNVG NRW. Insgesamt führte das Haushaltsjahr zu dem ausgewiesenen Jahresüberschuss in Höhe von 29,43 €.

Die erheblichen Abweichungen zwischen den Haushaltsansätzen beim Gesamtaufwand und dem Gesamtertrag einerseits und der Ergebnisrechnung andererseits basieren in erster Linie auf der Differenz zwischen der prognostizierten Verbandsumlage zur Deckung des ÖPNV-Defizits im Busbereich und dem tatsächlichen Ergebnis. Wie in den Jahren zuvor hat der ZV AVV lediglich einen Spitzenausgleich zwischen den Verbandsmitgliedern durchgeführt. Der Mittelfluss zwischen den Verbandsmitgliedern und deren eigenen kommunalen Verkehrsunternehmen ist konform mit der Zweckverbandssatzung auf direktem Weg vorgenommen worden. Entsprechend hat sich der über den Zweckverbandshaushalt vollzogene Mittelfluss verringert.

Wie in den zurückliegenden Jahren wird der ZV AVV auch zukünftig seine Aufgaben erfüllen können. Die Hauptaufgaben bestehen darin, die Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs sicherzustellen und erhaltene Zuschüsse in gleicher Höhe weiterzuleiten. Ein Risiko bezüglich der notwendigen Mittel ist nicht erkennbar, da nur über bereits erhaltene bzw. zugesagte Mittel verfügt werden kann.

Seit dem Jahr 2008 erhält der ZV AVV für seinen Eigenaufwand eine in die ÖPNV-Pauschale gemäß § 11 Abs. 1 ÖPNVG NRW integrierte Zuwendung. Diese wird dem ZV NVR, dessen Verbandsmitglied der ZV AVV ist, zugewiesen. In der Satzung des ZV NVR ist festgelegt, dass ein Anteil an der Pauschale nach § 11 Abs. 1 ÖPNVG NRW an den ZV AVV und an die AVV GmbH weiterzuleiten ist.

Die vorgenannten Mittel sind in der Regel ausreichend, um den Eigenaufwand des ZV AVV zu decken. Sollte dies im Einzelfall nicht der Fall sein, ist ein ausreichender Rücklagenbestand vorhanden. Die Finanzierung des ZV AVV wird vor diesem Hintergrund als gesichert angesehen.

Für die Zukunft werden darüber hinaus keinerlei Risiken gesehen. Dies gilt auch unter Einbeziehung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2017.

Mitglieder des Zweckverband AVV zum 31.12.2016 sind:

Stadt Aachen, StädteRegion Aachen (ohne Stadt Aachen), Kreis Düren und Kreis Heinsberg zu jeweils gleichen Teilen.

Verbandsvorsteher zum 31.12.2016 war Oberbürgermeister Marcel Philipp, Stadtverwaltung Aachen, Rathaus/Markt, 52062 Aachen.

Stellvertretende Verbandsvorsteher zum 31.12.2016 waren:

Landrat Wolfgang Spelthahn, Kreisverwaltung Düren, Bismarckstraße 16, 52351 Düren;

Städtereionsrat Helmut Etschenberg, StädteRegion Aachen, Zollernstraße 10, 52070 Aachen.

Aachen, 02.10.2017

gez. Marcel Philipp, OB

(Verbandsvorsteher)

Aachener Verkehrsverbund GmbH

Aufgaben der Gesellschaft / Beteiligungsziele

Die AVV GmbH dient ausschließlich Zwecken des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) und nimmt im Rahmen des Aachener Verkehrsverbundes die in § 1 Abs. 4 aufgeführten Aufgaben insbesondere durch Beratung und Koordination wahr.

Die Gesellschaft fördert das vom Zweckverband AVV verfolgte Ziel, für die Bevölkerung ein bedarfsgerechtes Bus- und Bahnangebot zu erbringen und die Marktchancen im Aachener Verkehrsverbund unter Beachtung marktwirtschaftlicher Grundsätze auszuschöpfen und durch gezielte Maßnahmen und Investitionen zu verbessern. Sie unterstützt den Zweckverband AVV bei seiner Aufgabenerfüllung und unterstützt die im Verbundraum tätigen Verkehrsunternehmen in dem Bemühen, sparsam zu wirtschaften und alle Möglichkeiten zur Rationalisierung auszuschöpfen.

Öffentliche Zwecksetzung

Die Gesellschaft dient ausschließlich Zwecken des öffentlichen Personennahverkehrs und nimmt im Rahmen des Aachener Verkehrsverbundes die im Gesellschaftsvertrag der AVV GmbH aufgeführten Aufgaben insbesondere durch Beratung und Koordination wahr.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Geschäftsführung besteht aus einem oder mehreren Geschäftsführern. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, vertritt er die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer gemeinschaftlich oder durch einen Geschäftsführer zusammen mit einem Prokuristen vertreten. Die Geschäftsführung führt die laufenden Geschäfte eigenverantwortlich nach Maßgabe des Gesetzes und des Gesellschaftsvertrages.

Aufsichtsrat:

Der Aufsichtsrat besteht aus mindestens 12 und höchstens 16 stimmberechtigten Mitgliedern. Der ZV AVV bestellt je Verbandsmitglied drei stimmberechtigte Mitglieder. Auf Wunsch eines Verbandsmitgliedes bestellt er ein weiteres stimmberechtigtes Mitglied, das nicht der Verwaltung oder der Vertretungskörperschaft eines Verbandsmitgliedes angehört und über besondere Sachkunde auf dem Gebiet des ÖPNV verfügt. Für jedes Aufsichtsratsmitglied ist ein Stellvertreter zu wählen. Der Verbandsvorsteher des ZV AVV ist, sofern er nicht von der Verbandsversammlung als Mitglied des Aufsichtsrates bestellt wird, beratendes Mitglied des Aufsichtsrates.

Gesellschafterversammlung:

Die Gesellschafterversammlung wird durch die Geschäftsführung einberufen, soweit es die Geschäftslage erfordert, oder auf Weisung des Verbandsvorstehers des ZV AVV. Sie entscheidet in

den in § 19 des Gesellschaftsvertrags aufgeführten Angelegenheiten. Die Beschlüsse der Gesellschafterversammlung werden einstimmig gefasst.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung:

Hans-Peter Geulen
Dipl.-Ing. (FH) Heiko Sedlaczek

Vertreter der StädteRegion Aachen im Aufsichtsrat:

Michael Janßen	Städteregionstagsmitglied
Volker Wiegand-Majewsky	sachkundiger Bürger
Gerhard Neitzke	Städteregionstagsmitglied
Peter Strauch	Vorsitzender d. AVV-Beirates in der StädteRegion Aachen, 1. u. techn. Beigeordneter der Stadt Baesweiler- bis 28.06.2016
Till von Hoegen	ab 29.06.2016

Vertreter der StädteRegion Aachen in der Gesellschafterversammlung:

Keine Vertretung der StädteRegion Aachen in der Gesellschafterversammlung

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)
Sitz: 52068 Aachen
Gezeichnetes Kapital: 25.600 €

Gesellschafter:	Anteil in %
Zweckverband Aachener Verkehrsverbund	100

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2014	2015	2016
	- in € -	- in € -	- in € -
Anlagevermögen	224.386	287.869	281.494
I. Imm. Vermögensgegenst.	164.519	240.870	240.687
II. Sachanlagen	59.867	46.999	40.807
Umlaufvermögen	2.071.387	2.417.556	3.038.451
I. Forderungen / sonst. VG	979.197	380.630	359.222
II. Kassenbestand, Guthaben	1.110.190	2.036.926	2.679.229
RAP	6.897	13.526	4.778
Bilanzsumme Aktiva	2.302.670	2.718.950	3.324.723

Eigenkapital	1.179.467	1.485.087	1.626.643
I. Gezeichnetes Kapital	25.600	25.600	25.600
II. Kapitalrücklage	57.219	57.219	57.218
III. Bilanzgewinn	1.096.648	1.402.269	1.543.825
Rückstellungen	545.803	547.823	595.530
Verbindlichkeiten	577.400	686.040	1.102.550
RAP	0	0	0
Bilanzsumme Passiva	2.302.670	2.718.950	3.324.723
	2014	2015	2016
Gewinn- und Verlustrechnung:	- in € -	- in € -	- in € -
Umsatzerlöse	1.034.369	1.152.767	1.132.634
Sonst. betriebl. Erträge	1.908.068	1.592.963	1.800.120
Personalaufwand	1.499.852	1.584.716	1.620.062
Sonst. betriebl. Aufwendungen	1.317.113	751.527	1.068.615
Ergebnis nach Steuern	47.820	310.332	145.863
Jahresüberschuss nach Steuern	43.483	305.620	141.556

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2014	2015	2016
Mitarbeiter/innen (Durchschnitt)	16	18	20
Indikatoren zur Vermögens- Finanz- und Ertragslage	2014	2015	2016
	in %	in %	in %
Eigenkapitalquote	51,22	54,62	48,93
Verschuldungsgrad	95,23	83,08	104,39
Liquidität 2. Grades	184,42	195,94	178,93

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Es bestehen keine direkten finanziellen Verbindungen zwischen der AVV GmbH und der StädteRegion Aachen.

Die Leistungsbeziehungen der AVV GmbH zu ihrer 100%-igen Mutter, dem Zweckverband AVV, sind vielschichtig. Der Zweckverband bedient sich zur Erfüllung der ÖPNV-Aufgaben der Verbundgesellschaft AVV GmbH wie einer eigenen Dienststelle. Mit der ASEAG besteht ein

Mietverhältnis über Geschäftsstellenräumlichkeiten, Service- und Lagerflächen sowie Stellplätze. Die E.V.A. führt im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrags das Finanz-, Personal- und Rechnungswesen der AVV GmbH.

Lagebericht der Gesellschaft

Darstellung der Ertragslage

Die Finanzierung der Aufwendungen der AVV GmbH erfolgte im Geschäftsjahr 2016 im Wesentlichen durch die Verwendung der seitens des Landes NRW über den Zweckverband Nahverkehr Rheinland (ZV NVR) anteilig zur Verfügung gestellten ÖPNV-Pauschale nach § 11 Abs. 1 des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr in Nordrhein-Westfalen (ÖPNVG NRW) und durch Kooperationsverträge vereinbarte Zuschüsse der Verkehrsunternehmen im AVV. Des Weiteren wurden seitens des Zweckverband Aachener Verkehrsverbund (ZV AVV) im Jahr 2016 Mittel aus der Zuwendung gemäß § 11a ÖPNVG NRW zur Finanzierung von Maßnahmen, die der Fortentwicklung von Tarif- und Verkehrsangeboten sowie der Verbesserung der Qualität im Ausbildungsverkehr dienen, oder für die mit der Abwicklung der Pauschale verbundenen Aufwendungen, in Höhe von rd. 163 T€ gewährt. Darüber hinaus wurden für bestimmte Projekte und Marketingmaßnahmen Erlöse aus der anteiligen Weiterberechnung der entstandenen Aufwendungen an die jeweiligen Projektpartner erzielt. Aus der ÖPNV-Pauschale nach § 11 Abs. 1 standen der AVV GmbH im Berichtsjahr insgesamt 1.455 T€ zur Verfügung, was einer deutlichen Erhöhung (rd. +27 %) gegenüber dem Vorjahr darstellt. Darüber hinaus erzielte Erträge resultieren u.a. aus EU-Fördermitteln im Rahmen der CIVITAS- Initiative zum Projekt „Dyn@mo“. Die erzielten Umsatzerlöse resultieren im Wesentlichen aus vertraglich vereinbarten Beteiligungen der Verkehrsunternehmen im AVV an den Aufwendungen der Verbundgesellschaft. Diese vertraglichen Vereinbarungen wurden in 2009 mit allen im Verbundraum tätigen Verkehrsunternehmen infolge neuer bzw. modifizierter Kooperationsverträge abgeschlossen. Ergänzend zu den bereits genannten Kooperationsverträgen wurde mit Wirkung seit dem Geschäftsjahr 2013 ein weiterer gemeinsamer Vertrag (Verbundbeteiligungsvertrag) mit allen im Verbundraum tätigen Verkehrsunternehmen geschlossen, der zur Stärkung der Wirtschaftlichkeit der AVV GmbH beiträgt. Die Bemessungsgrundlage für diese vertraglichen Finanzierungsbeiträge stellt die endgültige Einnahmenaufteilungsrechnung im AVV eines jeden Jahres dar. Darüber hinaus erhält die Verbundgesellschaft zur Bewirtschaftung der Landesmittel gern. § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW aus diesen Mitteln des ZV AVV seit dem Jahr 2013 jährlich Mittel in Höhe von 100 T€, die über den ZV AVV ausgezahlt werden. Weitere Umsatzerlöse resultieren neben der Kostenbeteiligung einzelner Partner an Marketingmaßnahmen im Wesentlichen

aus der Weiterberechnung von Aufwendungen für Gutachten und Auftragsarbeiten. Die Aufwendungen der Verbundgesellschaft bestehen im Wesentlichen aus Personalaufwendungen einschließlich Sozialabgaben und Altersvorsorge in Höhe von rd. 1.620 T€ und liegen damit leicht über dem Vorjahresniveau. Der Anstieg entspricht weitestgehend der allgemeinen Anpassung im Rahmen des TVöD im Berichtsjahr. Die im Berichtsjahr erfolgten personellen Bewegungen haben sich in Bezug auf die Höhe des Personalaufwands somit insgesamt weitestgehend neutral ausgewirkt. Die betrieblichen Aufwendungen der Verbundgesellschaft sind im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahresniveau insgesamt deutlich erhöht. Dies resultiert zum einen aus einem Anstieg verschiedener Aufwendungen im Zusammenhang mit der Vorbereitung bzw. Weiterentwicklung digitaler Angebote (Fahrplan-/Tarifauskunft, elektronisches Ticketing, Aufbau elektronisches Mobilitätsportal u.a.). Darüber hinaus führt der im Berichtsjahr abgerechnete Aufwand aus der Verkehrserhebung zur Einnahmenaufteilung aus dem Jahr 2014 ebenso zu entsprechendem Mehraufwand gegenüber dem Vorjahr wie die erhöhten Aufwendungen für Werbung, Inserate und Drucksachen. Dem vorgenannten Anstieg der Aufwendungen stehen u.a. eine Minderung des Aufwands für sonstige Gutachten und Beratungskosten sowie der Wegfall der mit dem abgeschlossenen Projekt Citizens Rail verbundenen Aufwendungen gegenüber. Es sei darauf hingewiesen, dass die ausgewiesenen Aufwendungen im Übrigen in erheblichem Umfang von Dritten refinanziert wurden. Die diesbezüglichen Auswirkungen finden sich in den entsprechenden Ertragspositionen wieder. Die Finanz- und Personalverwaltung wird seit Bestehen der AVV GmbH extern über Geschäftsbesorgungsverträge erledigt und erfolgt über die E.V.A. (Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH Aachen). Insgesamt konnte das Geschäftsjahr mit einem positiven Jahresergebnis von rd. 142 T€ beendet werden. Dieses Ergebnis liegt trotz gestiegener Aufwendungen über der Budgetplanung.

Ausblick

Im Hinblick auf die anteilige Verwendung der ÖPNV-Pauschale für die Finanzierung von Regiekosten gilt auch weiterhin § 11 Abs. 1 ÖPNVG NRW, wonach die Mittel für Zwecke des ÖPNV verwendet werden können. Der Personalaufwand der AVV GmbH wird im Geschäftsjahr 2017 voraussichtlich erneut ansteigen. Hintergrund hierfür ist neben der bereits beschlossenen allgemeinen Tarifierhöhung im Rahmen des TVöD eine beabsichtigte personelle Verstärkung. Diese ist u.a. infolge der zunehmenden Aufgaben, die von der Verbundgesellschaft – etwa im Zusammenhang mit der beabsichtigten Digitalisierung der Vertriebsstrukturen oder im Rahmen neuer Förderprojekte –

übernommen werden, erforderlich und soll eine weiterhin hohe Qualität der wahrzunehmenden Aufgaben der Verbundgesellschaft gewährleisten.

Die Ertragssituation wird im Hinblick auf Drittmittel mindestens auf dem Vorjahresniveau erwartet. Des Weiteren werden sich die Umsatzerlöse auf der Grundlage erneuerter Kooperationsverträge mit den SPNV-Verkehrsunternehmen ab dem Geschäftsjahr 2017 spürbar erhöhen. Mit den bereits angelaufenen sowie neuen euregionalen Förderprojekten aus EU-Mitteln, wie z.B. das Projekt „European Travellers Club“ (ETC) (ab 2016), das INTERREG VA-Projekt „EMR Connect“ sowie das Projekt „MaaS4EU“ im Rahmen des europäischen Forschungs- und Entwicklungsprogramms Horizon 2020 (jeweils ab 2017) wird die Verbundgesellschaft weiterhin innovative Wege beschreiten, den ÖPNV vor allem auch in der Grenzregion zu forcieren. Darüber hinaus wird die Verbundgesellschaft weiterhin darum bemüht sein, Zuschüsse von dritter Seite für verbundweit greifende und euregionale Maßnahmen zu akquirieren. Für das Geschäftsjahr 2017 sind bei der AVV GmbH selbst keine bestandsgefährdenden Risiken gegeben.

Aachen, 31. März 2017

Aachener Verkehrsverbund GmbH

Die Geschäftsführung

gez. Hans-Peter Geulen

gez. Heiko Sedlaczek

Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs- AG

Gegenstand des Unternehmens / Beteiligungsziele

Gegenstand der Gesellschaft ist der Bau, der Erwerb und der Betrieb von Straßenbahnen, Obuslinien und Omnibuslinien zur Personen- und Güterbeförderung, die Durchführung von Gelegenheitsverkehren und der Bau und die Bewirtschaftung von Parkhäusern und Parkplätzen.

Die Gesellschaft ist berechtigt, Zweigniederlassungen zu errichten, ihren Betrieb ganz oder teilweise zu verpachten. Sie kann sich an Unternehmungen, die ihrem Zweck förderlich erscheinen, beteiligen, solche Unternehmungen erwerben oder pachten, veräußern oder verpachten und Interessengemeinschaftsverträge abschließen; sie kann ferner jederzeit ihren Personen- und Güterbeförderungsbetrieb von Schienenfahrzeugen ganz oder teilweise auf Betrieb mit anderen Fahrzeugen umstellen. Die Gesellschaft kann Grundstücke und Grundstücksrechte ankaufen und veräußern.

Organe der Gesellschaft

Vorstand:

Der Vorstand besteht aus mindestens einer Person. Die genaue Zahl bestimmt der Aufsichtsrat; diesem obliegt auch der Erlass einer Geschäftsordnung für die Vorstandsmitglieder. Ist nur ein Vorstandsmitglied vorhanden, so vertritt es die Gesellschaft allein.

Aufsichtsrat/Hauptversammlung:

Der Aufsichtsrat besteht aus 12 Mitgliedern.

Die Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH Aachen entsendet den Oberbürgermeister der Stadt Aachen, den Städteregionsrat der StädteRegion Aachen oder einen vom Oberbürgermeister / Städteregionsrat vorgeschlagenen Beamten oder Angestellten der Stadt bzw. der Städteregion in den Aufsichtsrat. Die übrigen derjenigen Sitze, die nicht nach Maßgabe des Betriebsverfassungsgesetzes besetzt werden, sollen sich zur Hälfte auf die Stadt und zur Hälfte auf die StädteRegion Aachen verteilen.

Die zu wählenden Aufsichtsratsmitglieder werden, vorbehaltlich der in Satz 2 dieses Absatzes getroffenen Regelung, auf die Dauer der durch § 102 Abs. 1 AktG zugelassenen Frist gewählt. Die Amtszeit der auf Vorschlag der Stadt Aachen der StädteRegion Aachen gewählten Aufsichtsratsmitglieder endet mit Ablauf der Hauptversammlung, die innerhalb von vier Monaten nach Ablauf der Wahlperiode des Rates der Stadt Aachen beziehungsweise des Städteregionstages der StädteRegion Aachen abzuhalten ist.

Der Aufsichtsrat wählt aus seiner Mitte für die durch § 11 festgelegte Amtsdauer einen Vorsitzenden, einen ersten und zweiten Stellvertreter.

Besetzung der Organe

Vorstand: Dipl.-Kfm. Michael Carmincke

Vertreter der StädteRegion im Aufsichtsrat:

Helmut Etschenberg	Städteregionsrat
Peter Timmermanns	Städteregionstagsmitglied
Elisabeth Paul	III. stv. Städteregionsrätin
Alfred Sonders	Bürgermeister der Stadt Alsdorf (entsandt durch die StädteRegion Aachen)

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Aktiengesellschaft (AG)

Sitz: 52068 Aachen

gezeichnetes Kapital: 6.021.120,00 Euro

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
E.V.A.	5.713.920,00	94,90
Stadt Aachen	<u>307.200,00</u>	<u>5,10</u>
	6.021.120,00	100,00

Beteiligungen > 25 %:	Anteil in €	Anteil in %
ASEAG Reisen GmbH	223.000,00	100,00
APAG	51.000,00	100,00
Akreka GmbH	440.000,00	100,00
ESBUS mbH	26.000,00	100,00

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2014	2015	2016
	- in € -	- in € -	- in € -
Anlagevermögen	82.109.948	63.352.527	64.553.237
I. Imm. Vermögensgegenst.	299.605	281.670	181.645
II. Sachanlagen	21.851.045	22.243.807	19.375.002

III. Finanzanlagen	59.959.298	40.827.050	44.996.590
Umlaufvermögen	24.012.718	55.809.023	60.143.621
I. Vorräte	518.915	437.962	424.091
II. Forderungen / sonst. VG	22.673.246	54.527.923	58.833.185
III. Kassenbestand, Guthaben	820.557	843.138	886.345
RAP	10.152	9.915	881.058
Bilanzsumme Aktiva	106.132.818	119.171.465	125.577.917
Eigenkapital	9.332.402	9.332.401	9.332.401
I. Gezeichnetes Kapital	6.021.120	6.021.120	6.021.120
II. Kapitalrücklage	3.311.282	3.311.281	3.311.281
Zuschüsse	838.024	494.936	1.147.971
Rückstellungen	84.715.264	92.311.148	96.185.219
Verbindlichkeiten	9.846.808	15.269.673	16.592.154
RAP	1.400.320	1.763.306	2.320.169
Bilanzsumme Passiva	106.132.818	119.171.465	125.577.917

	2014	2015	2016
Gewinn- und Verlustrechnung:	- in € -	- in € -	- in € -
Umsatzerlöse	51.885.263	54.579.000	67.385.713
Sonst. betriebl. Erträge	-	1.401.000	1.214.507
Materialaufwand	-	34.223.000	45.332.753
Personalaufwand	-	36.063.000	28.823.004
Abschreibungen	-	2.570.000	2.798.715
Sonst. betriebl. Aufwendungen	-	8.873.000	11.606.463
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-	0	0

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2014	2015	2016
Mitarbeiter/innen	579	555	549
Leistungskennzahlen:	2014	2015	2016
Fahrgäste (in Mio.)	64,5	65,5	72,3
Brutto-Wagen-km (in 1.000)	16.950	17.119	16.848
Linien	69	68	101
Linienlänge (in km)	1.264,2	1240,8	1.788
Busse (incl. angemietete Busse)	352	356	462

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Die Ergebnisübernahme der ASEAG erfolgt über die Holdinggesellschaft E.V.A. mbH Aachen, an der die StädteRegion Aachen beteiligt ist. Der anteilige Verlust der StädteRegion Aachen an der ASEAG für erbrachte Nahverkehrsleistungen wird auf Basis einer Konsortialvereinbarung zwischen Städtereion und Stadt Aachen gesondert abgerechnet.

Lagebericht der Gesellschaft

I. Grundlagen des Unternehmens

Geschäftsmodell des Unternehmens

Die Grundlagen des Geschäftsmodells der Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs-AG (ASEAG) ergeben sich aus der Satzung des Unternehmens. Hier heißt es: „Gegenstand der Gesellschaft sind der Bau, der Erwerb und der Betrieb von Straßenbahnen, Obuslinien und Omnibuslinien sowie Eisenbahnen zur Personen- und Güterbeförderung in der Region Aachen und alle damit im Zusammenhang stehenden begleitenden Tätigkeiten. Gegenstand der Gesellschaft ist ferner der Bau und die Bewirtschaftung von Parkhäusern und Parkplätzen. Gegenstand der Gesellschaft ist zudem für eigene Zwecke die Erprobung alternativer Antriebsformen und Mobilitätskonzepte zum Betrieb von Straßenbahnen, Obuslinien, Omnibuslinien und Eisenbahnen zur Personen- und Güterbeförderung und die Beteiligung an Gesellschaften mit dem vorgenannten Gesellschaftszweck.“ Im Laufe der langjährigen Geschichte der ASEAG haben sich die Schwerpunkte innerhalb des satzungsgemäßen Geschäftsmodells verschoben, so dass derzeit

- der Betrieb von Omnibuslinien zur Personenbeförderung in der Region Aachen,
- der Bau und die Bewirtschaftung von Parkhäusern und Parkplätzen und
- die Erprobung alternativer Antriebsformen und Mobilitätskonzepte

im unmittelbaren Fokus der Geschäftstätigkeit liegen. Dabei werden sämtliche Aktivitäten im Hinblick auf den Bau und die Bewirtschaftung von Parkhäusern und Parkplätzen durch die 100%ige Tochtergesellschaft Aachener Parkhaus GmbH, Aachen (APAG) wahrgenommen, so dass bezüglich dieser Aktivitäten auf den Geschäftsbericht der APAG verwiesen wird. Die aus dem im Jahr 2016 auslaufenden Projekt Mobility Broker abgeleiteten Ansätze für neue multi- bzw. intermodale Geschäftsmodelle sollen ab 2017 schwerpunktmäßig über die Tochtergesellschaft ASEAG-Reisen im Markt platziert werden. Dabei sollen insbesondere Car- und Bike-Sharing-Produkte hier organisiert und an Neukunden vermarktet werden. Die bestehende Kernkundschaft der ASEAG, insbesondere Abo-Kunden, Studenten, Job-Ticket-Inhaber soll hingegen unmittelbar durch die ASEAG betreut und für die ergänzenden Produkte gewonnen werden – ASEAG-Reisen soll sich hier auf die Bereitstellung von Dienstleistungen im Auftrag der ASEAG beschränken. Die ASEAG beabsichtigt weiterhin sich, zusammen mit einem Partner, an der nunmehr für den Herbst 2017 erwarteten Ausschreibung für die Euregiobahn (geplante Betriebsaufnahme nun voraussichtlich 2020/21) zu beteiligen. Die ausschreibende Stelle, der Nahverkehr Rheinland GmbH (NVR), hat erwartungsgemäß in 2015 einen Übergangsbetrieb für vier Jahre ausgeschrieben, an der sich die ASEAG und ihr Partner aufgrund geringer Erfolgsaussichten und kurzer Laufzeit nicht beteiligt haben. Mit der förmlichen Betrauung

der ASEAG bis zum Jahresende 2017, die durch ihre Aufgabenträger Stadt und Kreis Aachen im Jahr 2007 erfolgt ist, ist eine gute Basis geschaffen worden, um den neuen Anforderungen der EU-Verordnung über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße (VO 1370/2007) und des ÖPNV-Gesetzes NRW gerecht zu werden. Notwendige Schritte zum Erhalt einer Direktvergabe sind in 2015 umgesetzt worden. Eine Vorabbekanntmachung zur Direktvergabe an die ASEAG und somit eine entsprechende Verlängerung der Betrauung der ASEAG bis 2027 erfolgte direkt in den ersten Tagen des Geschäftsjahrs 2016 und beinhaltet im Vergleich zum bisherigen Leistungsangebot der ASEAG nahezu sämtliche Linien in der Stadt und StädteRegion Aachen, die bisher von zwei weiteren Liniengenehmigungsinhabern bedient wurden. Die formalen gesellschaftsrechtlichen Weisungen, mit denen der Vergabevorgang abgeschlossen ist und somit die Fortführung des Betriebs durch die ASEAG bis zum Jahresende 2027 gesichert wäre, werden im April 2017 erwartet.

Forschung und Entwicklung

Um technisch auf dem aktuellem Stand zu bleiben und bei Diskussionen mit Verkehrsexperten, Politik und Bürgern weiterhin als kompetenter Partner im Bereich des ÖPNV wahrgenommen zu werden und nicht zuletzt, um Möglichkeiten der Geschäftsfelderweiterung im Umfeld der derzeitigen Kernleistung auszuloten, beteiligt sich die ASEAG auch weiterhin an verschiedenen Forschungsprojekten, auf die nachfolgend eingegangen wird.

Mobility Broker

Ende Mai 2016 konnte das vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) geförderte Projekt „Mobility Broker“ erfolgreich abgeschlossen werden. Ziel des Projekts war die Zusammenfassung aller öffentlich verfügbaren Mobilitätsangebote der Region Aachen auf einem web- und app-basierten Marktplatz, dem „Mobility Broker“. Dieser fungiert als Türöffner in den multimodalen ÖPNV, dessen Vorteil in einer weitgehenden Vereinfachung der Kommunikation, Planung und Nutzung besteht. Bereits vorhandene Mobilitätsanbieter wurden als Partner in das neue System integriert und erhalten so die Möglichkeit, ihr Kundenvolumen zu erweitern. Der Kunde selbst muss nur ein einziges Informationsmedium kontaktieren, er kommuniziert lediglich mit einem einzigen Anbieter und erhält nur eine einzige Abrechnung für alle Leistungen. Wer von A nach B will, findet über Mobility Broker unter Angabe seiner individuellen Präferenzen die entsprechenden Möglichkeiten auf einen Blick. Im Projektverlauf ist ein nutzerfreundliches Produkt entstanden, das von Smartphone- und Web-Nutzern aller Altersklassen bedient werden kann. Neben ÖPNV-affinen Gruppen, wie Studierenden oder Job-Ticket-Besitzern werden auch die gelegentlichen Kunden im ÖPNV über den Mobility Broker an Elektromobilitäts- oder Verleihangebote (Car- und BikeSharing-Angebote) herangeführt.

CIVITAS DYN@MO

Das Projekt „CIVITAS DYN@MO“ ist ein EU-Projekt, an welchem 27 Partner aus vier europäischen Städten (neben Aachen: Palma de Mallorca, Gdynia und Koprivnica) teilnehmen. Das Projektvolumen beträgt insgesamt mehr als 13 Mio. EUR und lief über einen Zeitraum von vier Jahren bis Ende 2016. Ziel des Projektes ist eine nachhaltige Verkehrsentwicklung, sowie die Erarbeitung von konkreten praktischen Lösungen, wie man die Mobilität in Städten besser organisiert. Die ASEAG ist einer der Projektpartner, ihr obliegt die Erprobung von Hybrid- und Elektrobussen im Linienverkehr. Zunächst wurden im Projektkontext verschiedene Hybridbustypen getestet. Dabei lag der Fokus insbesondere

auf der Messung und Auswertung von Kraftstoffverbräuchen sowie der Überprüfung der Alltagstauglichkeit von verschiedenen Fahrzeugtypen. In Kooperation mit dem Projektpartner ika (Institut für Kraftfahrzeuge der RWTH Aachen) wurden Geräusch und Vibrationsmessungen im Vergleich zu konventionell angetriebenen Fahrzeugmustern durchgeführt. Durch die Einführung der EURO VI Abgasnorm im Januar 2014 ergaben sich Veränderungen im Hybridbusmarkt – zahlreiche Hersteller haben dieses Antriebskonzept nicht weiter verfolgt. Nach einer Marktanalyse und Absprache mit Stadt Aachen und der EU wurde eine Änderung der Maßnahmenbeschreibung durchgeführt und der Projektinhalt konnte auf den Test rein elektrischer Antriebe und Leichtbaufahrzeuge erweitert werden. So wurde 2015 in der Werkstatt der ASEAG ein Hybridgelenkbus zu einem reinen Elektrobuss umgebaut und im Echtbetrieb getestet. Ende 2016 wurde der Bus zusätzlich mit einem Pantograf (Dachstromabnehmer) ausgerüstet um alternative Lademöglichkeiten zu testen. Eine entsprechende Ladestation auf dem ASEAG Betriebshof wird Anfang 2017 errichtet und in Betrieb genommen. Durch den Umbau und Betrieb konnte großes Fachwissen im technischen Bereich der ASEAG aufgebaut werden. Nicht zuletzt dadurch wurde in einem Beschluss der Stadt Aachen der Beschaffung von 14 Elektrogelenkbussen und einem Elektrodoppelgelenkbus zugestimmt. Die Ausschreibung hat der deutsche Hersteller „Sileo“ gewonnen, das erste Fahrzeug konnte Ende 2016 geliefert werden und wird 2017 den Betrieb aufnehmen. Die übrigen Busse werden in 2017 und 2018 an die ASEAG ausgeliefert. Im Jahr 2015 wurde im Rahmen von CIVITAS ein Leichtbaubus des niederländischen Herstellers VDL getestet. Durch eine geringere Gesamtmasse und einen sparsamen Downsizing EURO 6 Motor konnten Kraftstoffeinsparungen von mehr als 10 Prozent im Vergleich zu einem konventionell angetriebenen Fahrzeug nachgewiesen werden. Die ersten fünf Fahrzeuge dieses Typs wurden Anfang 2016 in die Flotte integriert, weitere fünf Fahrzeuge werden Anfang 2017 folgen. So hat CIVITAS DYN@MO insgesamt mit dazu beigetragen, frühzeitig die Flottenstrategie der ASEAG auf zukünftige Technologien auszurichten. Das Projekt wurde am 30.11.2016 abgeschlossen. Die Ergebnisse werden durch die EU veröffentlicht.

Dynamisches Liniensystem (DLS)

Im Bereich des bedarfsorientierten Verkehrs hat die ASEAG das Projekt „Dynamisches Liniensystem 1“ (DLS) 2016 fortgeführt.

Finanzielle Leistungsindikatoren

Eine wesentliche Strategie der regio iT ist die Steigerung der eigenen Wertschöpfung bei gleichzeitig hohem Bestand dauerhafter, mehrjähriger Kundenverträge. Wichtige Indikatoren für die eigene Wertschöpfung sind die Entwicklung des Rohergebnisses und der einzelnen Umsatzsegmente. Nach Abzug des Materialaufwandes von der Gesamtleistung verbleibt ein Rohergebnis von 38,3 Mio. € im Berichtsjahr (Vorjahr: 35,8 Mio. €). Auch das für das Berichtsjahr geplante Rohergebnis (37,0 Mio. €) wurde übertroffen (+1,5 Mio. €). Die Umsätze aus Produkt-/Applikationsbetrieb liegen mit 45,3 Mio. € ebenfalls über dem geplanten Niveau (44,0 Mio. €). Überplanmäßig haben sich auch die Umsätze aus Handels- und Leasinggeschäft entwickelt. Die geplanten Umsatzerlöse (3,9 Mio. €) konnten um 0,3 Mio. € übertroffen werden. Ein weiterer wichtiger Indikator der eigenen Wertschöpfung ist der Anteil der Umsätze aus Projektleistungen und Beratung. Einem geplanten Umsatz von 5,1 Mio. € (9,2 % der Gesamtumsätze) stand ein erzielter Umsatz von 5,8 Mio. € gegenüber (10 % der

Gesamtumsätze). Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit lag somit mit 4,0 Mio. € um 1,6 Mio. € über Plan. Die Gesamtleistungsrendite (vor Steuern) lag im Berichtsjahr bei 6,9 %. Aufgrund der sehr positiven Entwicklung der Umsätze aus Produkt-/ Applikationsbetrieb sowie aus Projektleistungen und Beratung konnte der Planwert (4,3 %) deutlich überschritten werden.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Die regio iT verfügt über zertifizierte Geschäftsprozesse. Mit den definierten und zertifizierten Qualitätsstandards trägt die regio iT den hohen Anforderungen ihrer Kunden Rechnung und qualifiziert sich gleichzeitig für die erfolgreiche Teilnahme an Ausschreibungen. Im Jahr 2006 wurde das Qualitätsmanagementsystem der regio iT erstmals nach DIN EN ISO 9001 zertifiziert. Diese Zertifizierung wurde seitdem mehrfach durch unabhängige Prüfer bestätigt, womit dem Qualitätsmanagement

II. Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) hat im Februar 2017 in einer mitgeteilt, dass sich die deutsche Wirtschaft auf einem soliden Wachstumskurs befindet. Die deutsche Wirtschaft ist im Jahr 2016 um 1,9 % gewachsen. Die Arbeitslosigkeit befindet sich auf dem niedrigsten Stand seit 25 Jahren – Deutschland verzeichnet mit mehr als 43,5 % Millionen Erwerbstätigen erneut einen Beschäftigungsrekord. Die realen Nettolöhne und –gehälter sind seit Anfang dieser Legislaturperiode durchschnittlich um mehr als 1,4 % pro Jahr gestiegen, was unter anderem auf Beschäftigungsaufbau, aber auch auf-Tarifabschlüsse und Mindestlohn zurückzuführen ist. Die anhaltende wirtschaftliche Dynamik wird vor allem durch die Binnenwirtschaft getragen, insbesondere von den Konsumausgaben und den Wohnungsbauinvestitionen. Der VDV (Verband Deutscher Verkehrsunternehmen) geht in seinem Jahresbericht 2016 darauf ein, dass die Verkehrsentwicklung naturgemäß abhängig von gesellschaftlichen, demografischen und vor allem gesamtwirtschaftlichen Faktoren ist. Der Busverkehr in ländlichen Bereichen ist entsprechend eher rückläufig, was jedoch durch die Zuwächse im Großstadtverkehr kompensiert wird.

Geschäftsverlauf

Die ASEAG hat in Erwartung der Direktvergabe mit den bisherigen Konzessionären Taeter Aachen Transdev Rheinland GmbH (Taeter) und RVE Regionalverkehr Euregio Maas-Rhein GmbH (RVE) Verträge geschlossen, aus denen unter anderem eine vorzeitige Übertragung der Konzessionen zum 1.1.2016 auf die ASEAG resultierte. Damit entfallen erstmalig die Ausgleichszahlungen für Einnahmeansprüche dieser Gesellschaften, die die ASEAG aufgrund entsprechender AW-Verkehrsverträge bis dahin zu leisten hatten. Durch die Leistungsübernahme von ca. 3,3 Mio. Nutzkilometer im Nord- und Südnetz des AW-Gebietes ergeben sich infolgedessen sowohl höhere Verkehrseinnahmen als auch höhere Zuschüsse. Kompensiert werden diese Mehrerlöse allerdings durch höhere Kosten für Fahrzeuganmietungen, da die bisherigen Konzessionäre diese Leistungen nunmehr als Subunternehmer der ASEAG erbringen. Die größte Ergebnisauswirkung ergab sich jedoch durch eine gesetzliche Änderung bezüglich der Abzinsung von Pensionsrückstellungen, bei der erstmalig der durchschnittliche Marktzins der vergangenen zehn Jahre (zum Bilanzstichtag: 4,00

%), statt wie bisher der vergangenen sieben Jahre (zum Bilanzstichtag: 3,22 %) angewendet wurde. Hieraus ergibt sich ein Unterschiedsbetrag von 10,9 Mio. EUR, der das Ergebnis erheblich entlastet. Demzufolge wurde die jährliche Zuführung aus einem Fünfzehntel des Bewertungsunterschieds aufgrund des BilMOG in Höhe von 0,8 Mio. EUR im Berichtsjahr um weitere 2,1 Mio. EUR erhöht.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Zur internen Steuerung des Unternehmens stellt der Lagebericht die bedeutsamsten finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Lage der Gesellschaft von Bedeutung sind, dar:

- Betriebsleistung in Nutzkilometer
- Beförderte Personen
- Anzahl Mitarbeiter
- Jahresergebnis

Der Lagebericht enthält hierzu eine Tabelle mit Leistungsindikatoren, auf die hier aus Darstellungsgründen verzichtet wird.

Erklärung zur Unternehmensführung gemäß 5 289a HGB zum Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst

Der Aufsichtsrat der ASEAG hat in seiner Sitzung vom 26.11.2015 beschlossen, für den Aufsichtsrat eine Zielgröße von 16,67 % Frauenanteil für den Zeitraum vom 1. Oktober 2015 bis 30. Juni 2017 mindestens beizubehalten und für den Vorstand am Status Quo für den Zeitraum vom 1. Oktober 2015 bis 30. Juni 2017 festzuhalten. Weiter stimmte der Aufsichtsrat dem Beschluss des Vorstandes zu, für die 1. Führungsebene am Status Quo für den Zeitraum vom 1. Oktober 2015 bis 30. Juni 2017 festzuhalten und für die 2. Führungsebene die Zielgröße von mindestens 7,69 % Frauenanteil für den Zeitraum vom 1. Oktober 2015 bis 30. Juni 2017 nicht zu unterschreiten.

Ertragslage

Die ASEAG hat das Geschäftsjahr 2016 mit einem Fehlbetrag vor Verlustübernahme von 21,3 Mio. EUR abgeschlossen. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Ergebnisverbesserung von 6,3 Mio. EUR. Ursache hierfür ist im Wesentlichen eine Gesetzesänderung bezüglich der Abzinsung von Pensionsrückstellungen, bei der erstmalig der durchschnittliche Marktzins der vergangenen zehn Jahre (zum Bilanzstichtag: 4,00 %), statt wie bisher der vergangenen sieben Jahre (zum Bilanzstichtag: 3,22 %), angewendet wurde. Die Aufwendungen für Altersversorgung lagen demzufolge um 6,9 Mio. EUR unter denen des Vorjahres. Aufgrund dieses einmaligen Bewertungsvorteils wurde die, unter den sonstigen Aufwendungen ausgewiesene jährliche Zuführung, aus einem Fünfzehntel des Bewertungsunterschieds aufgrund des BilMOG in Höhe von 0,8 Mio. EUR im Berichtsjahr um weitere 2,1 Mio. EUR erhöht. Die Entwicklung der Umsatzerlöse war im Geschäftsjahr neben der Tarifierhöhung von 2,5 % von weiteren Ereignissen beeinflusst. Die Wesentlichste resultiert aus den, zum 1.1.2016 übernommenen Linienkonzessionen der Vorkonzessionäre RVE und Taeter. Hieraus

ergeben sich höhere kassentechnische Einnahmen aus dem Nord- und Südnetz des AVV- Gebietes und demzufolge auch geringere Abgaben aus Übersteiger- und Fremdverkaufsvorgängen. Darüber hinaus entfallen damit erstmalig die bisherigen Abgaben aus den Einnahmeansprüchen dieser Gesellschaften. Aufgrund dieser Strukturveränderung steigt außerdem die jeweilige Bemessungsgrundlage der Zuschüsse, die sich gegenüber dem Vorjahr ebenfalls erhöhen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sanken im Wesentlichen aufgrund geringerer Rückstellungsaufösungen die durch höhere Erträge aus Anlagenabgängen kompensiert wurden insgesamt um 0,2 Mio. EUR auf 1,2 Mio. EUR. Auch die Materialaufwendungen werden durch die Konzessionsübernahme im Nord- und Südnetz des AVV-Gebietes wesentlich beeinflusst, da die Vorkonzessionäre RVE und Taeter ihre Betriebsleistung dort weiterhin erbringen, allerdings nunmehr in Ihrer neuen Eigenschaft als Subunternehmer der ASEAG. Die Kosten für Fahrzeuganmietungen stiegen demzufolge um 9,3 Mio. EUR auf 26,6 Mio. EUR. Im Laufe des Berichtsjahres wurde die vertraglich vereinbarte Mindestanzahl der eigenen Fahrer von 325 Mitarbeitern unterschritten und somit erstmalig durch Personalübergänge von ESBUS bis dahin aufgefüllt. Die Kosten für das abgestellte Fahrerpersonal stiegen gegenüber dem Vorjahr um 0,8 Mio. EUR. Darüber hinaus belastete um 0,8 Mio. EUR gestiegene außerordentliche Instandhaltungsmaßnahmen an Betriebsgebäuden das Jahresergebnis.

Der Personalaufwand verringerte sich ohne Altersversorgung insgesamt um 0,3 Mio. EUR. Sinkende Mitarbeiterzahlen wurden dabei durch eine Tariflohnerhöhung kompensiert. Die durchschnittliche Anzahl von Mitarbeiteräquivalenten reduzierte sich von 545 auf 531. Zeitgleich wurde der Personalbestand bei der Fahrbetriebsgesellschaft ESBUS entsprechend erhöht. Aufgrund von geänderten gesetzlichen Vorschriften bezüglich der Abzinsung von Pensionsrückstellungen sanken die Aufwendungen für Altersversorgung gegenüber dem Vorjahr um 6,9 Mio. EUR. Im Vorjahr wurde die Abschreibungsdauer des Busbestandes der technischen Nutzungsdauer angepasst und von neun auf zwölf Jahre verlängert, daher liegen die planmäßigen Abschreibungen weiterhin auf einem niedrigen Niveau. Unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen werden auch außerordentlichen Aufwendungen des Bewertungsunterschieds der Pensionsrückstellungen gemäß BilMoG in Höhe von mindestens einem Fünfzehntel (0,8 Mio. EUR) ausgewiesen. Dieser Betrag wurde im Berichtsjahr aufgrund der einmaligen Auflösung infolge der gesetzlichen Änderung bezüglich des Abzinsungssatzes auf insgesamt 2,9 Mio. EUR aufgestockt. Die in den nächsten Jahren noch zuzuführenden Bewertungsunterschiede zur Pensionsrückstellung belaufen insgesamt noch auf ca. 4,0 Mio. EUR. Die Erträge aus Gewinnabführungsverträgen enthalten im Wesentlichen die Gewinnabführung der APAG in Höhe von 2,5 Mio. EUR (Vorjahr: 2,1 Mio. EUR), nach Einstellung in die Gewinnrücklage in Höhe von 0,2 Mio. EUR (Vorjahr: 0,5 Mio. EUR). Zwischen der ASEAG und der Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mit beschränkter Haftung Aachen (E.V.A.) besteht ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag. Aufgrund dieses Vertrages wird der Verlust der ASEAG von der E.V.A ausgeglichen.

Finanzlage

Im Berichtsjahr belief sich das Finanzvolumen der ASEAG auf 13,2 Mio- EUR.

Die geplanten Investitionen in Sachanlagen und Immaterielle Vermögensgegenstände verzögerten sich im Berichtsjahr so sehr, dass sie größtenteils in das folgende Jahr verschoben wurden. Dies betrifft vor allem die Anschaffung neuer Busse. Durch die zugeflossenen Zuschüsse für Businvestitionen des Vorjahres ergab sich sogar insgesamt eine Reduzierung von 0,1 Mio. EUR. Demzufolge wurden die zur Verfügung stehenden Finanzierungsmittelausschließlich den Finanzanlagen (4,3 Mio. EUR) und Cash-Pool-Guthaben (9,0 Mio. EUR) zugeführt. Die Mittelherkunft erfolgte mit 4,5 Mio. EUR aus der Abnahme des Umlaufvermögens, im Wesentlichen infolge des geringeren Verlustausgleichsanspruchs gegenüber der E.V.A. Aus der Erhöhung der Pensionsrückstellungen ergaben sich 3,7 Mio. EUR und aus Abschreibungen 2,8 Mio. EUR. Darüber hinaus standen weitere Finanzierungsmittel aus höheren Rückstellungen und Verbindlichkeiten (1,4 Mio. EUR) sowie aus Anlagenabgängen (0,2 Mio. EUR) zur Verfügung. Die zugeflossenen Investitionszuschüsse, die zum Bilanzstichtag noch nicht verwendet werden konnten, erhöhten sich um weitere 0,6 Mio. EUR.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme beträgt zum Bilanzstichtag 125,0 Mio. EUR und liegt um 5,9 Mio. EUR über dem Vorjahreswert.

Das Finanzanlagevermögen bildet 36,0% der Bilanzsumme und beinhaltet neben 9,1 Mio. EUR Ausleihungen an verbundene Unternehmen unter anderem mit 35,4 Mio. EUR den Beteiligungsbuchwert an der APAG. Der Anteil der immateriellen Vermögensgegenstände und des Sachanlagevermögens beträgt 15,7 % und besteht im Wesentlichen aus Fahrzeugen für Personenverkehr. Die Finanzmittel betragen 25,4 % des Gesamtvermögens und resultieren maßgeblich aus dem unter den Forderungen gegen verbundene Unternehmen ausgewiesenen Cash-Pool-Guthaben in Höhe von 30,9 Mio. EUR sowie aus Kassen- und Bankguthaben in Höhe von 0,9 Mio. EUR. Das übrige Umlaufvermögen besteht größtenteils aus dem Verlustausgleichsanspruch gegen die E.V.A. und beträgt 22,9 % der Bilanzsumme. Die Kapitalseite weist insgesamt 103,4 Mio. EUR mittel- und langfristige Mittel aus, die sowohl das Anlagevermögen als auch Teile des Umlaufvermögens langfristig abdecken. Die hauptsächlich aus Pensionsverpflichtungen resultierenden mittel- und langfristigen Rückstellungen und Verbindlichkeiten betragen 75,3 % der Bilanzsumme. Der Anteil der kurzfristigen Zuschüsse, Rückstellungen, Verbindlichkeiten und des Rechnungsabgrenzungspostens beträgt 17,3 %, die Eigenkapitalquote beträgt 7,4 %.

Mitarbeiter

Zum 31. Dezember 2016 beschäftigte die ASEAG 549 Mitarbeiterinnen. Die Anzahl der Mitarbeiterinnen reduzierte sich im Vergleich zum Vorjahr um einen Mitarbeiter. 30 Eintritten standen 31 Austritte gegenüber. Auch im Jahr 2016 wurden wieder umfangreichen Fahrerschulungen durchgeführt. In allen Bereichen fördert die ASEAG ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und bietet ihnen Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen an. Das Betriebliche Gesundheitsmanagement der ASEAG hat auch im Jahr 2016 einige Aktivitäten für die Gesundheit und

Fitness ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter organisiert. Fester Bestandteil sind u.a. auch jährlich stattfindende Gesundheitstage, bei denen neben diversen Gesundheitschecks auch Informationen rund um das Thema Fitness, gesunde Ernährung etc. gegeben werden. Im Jahr 2016 bot die ASEAG einen Ausbildungsplatz im Rahmen einer dreieinhalbjährigen Berufsausbildung als Kraftfahrzeugmechatroniker, Fachrichtung Nutzfahrzeugtechnik und drei Ausbildungsplätze zur Fachkraft im Fährbetrieb an. Nach erfolgreich abgeschlossener Berufsausbildung wird den Auszubildenden in der Regel ein Arbeitsvertrag angeboten. Auch in den kommenden Jahren wird dieses Ausbildungsplatzangebot aufrechterhalten bzw. ausgeweitet.

Prognosebericht

kommenden Geschäftsjahre 2018 bis 2021 werden geprägt sein von der Neustrukturierung des Verkehrsmarktes im Verkehrsgebiet des Aachener Verkehrsverbundes (AVV). Mit der Betrauungen der kommunalen Unternehmen im AW zum Jahresende 2017 steht AVV vor der Herausforderung, die Vergabe der Verkehrsleistung für die Zeit ab 2018 zu organisieren. Wesentliche rechtliche und politische Maßnahmen sind im Geschäftsjahr 2015 abgeschlossen worden. Die entsprechende Vorabbekanntmachung wurde Anfang 2016 im EU-Amtsblatt veröffentlicht. Da bisher weder eigenwirtschaftliche Konzessionsanträge noch andere rechtliche Einsprüche eingereicht wurden, wird die ASEAG aufgrund der politischen Schlüsse neben den bisherigen Leistungen (gut 15 Mio. Nutz-km) auch für die übrige Busleistung (gut 3,5 Mio. Nutz-km) in der Stadt Aachen und StädteRegion Aachen eine Direktvergabe nach Maßgabe der EU VO 1370/2007 erhalten – vereinzelte einbrechende Linien aus den Nachbarkreisen bzw. -ländern ausgenommen. Dieser formale Vergabeakt ist in 2017 vorgesehen und wird dann ebenfalls im EU-Amtsblatt im April 2017 veröffentlicht, so dass 30 Tage nach Veröffentlichung bei fehlender Klage endgültige Rechtssicherheit besteht. Von einer solchen Klage geht die Geschäftsführung trotz vieler Klageverfahren im Verkehrsmarkt derzeit nicht aus, da andere Klageverfahren in der Regel bereits in früheren Phasen des Vergabeprozesses angestrebt wurden. In dieses Bild passt auch die Situation in den anderen Regionen des AW. Während zu Beginn des Geschäftsjahres 2016 auch für die übrigen kommunalen Verkehrsunternehmen im AW eine Direktvergabe durch die Aufgabenträger erwartet wurde, stellt sich hier die Situation inzwischen deutlich differenzierter dar. Der Kreis Düren hat sich letztendlich für eine Ausschreibung der gesamten Verkehrsleistung im Kreis entschieden und dies im Rahmen einer Vorabbekanntmachung im Juli 2016 im EU- Amtsblatt veröffentlicht. Die Ausschreibung wird nunmehr für den Juli 2017 erwartet und die Betriebsaufnahme für die zweite Jahreshälfte 2018. Im Kreis Heinsberg ist es zwar wie erwartet zur Vorabbekanntmachung der geplanten Direktvergabe gekommen, doch wurde seitens möglicher Wettbewerber dagegen Klage eingereicht, so dass hier die letztendliche Entscheidung über die Vergabe noch vollkommen offen ist. Die ASEAG selber hat in Erwartung der Direktvergabe mit den bisherigen Konzessionären Taeter Aachen Transdev Rheinland GmbH bzw. RVE Regionalverkehr Euregio Maas-Rhein GmbH) Verträge geschlossen, die u.a. eine vorzeitige Übertragung der Konzessionen zum 1.1.2016 auf die ASEAG vorsahen. Dies ist von der Bezirksregierung so genehmigt worden, so dass die Verkehrsleistung der ASEAG seit 2016 insgesamt circa 19 Mio. Nutz-km pro Jahr beträgt .Mit dem Erreichen der gemäß Tarifvertrag vorgesehenen Mitarbeiteranzahl im Fahrdienst der ASEAG ist der Ausbau der Eschweiler Bus- und Servicegesellschaft mbH, Eschweiler (ESBUS), zur Fahrbetriebstochter früher als geplant

abgeschlossen. Ausscheidende Fahrdienstmitarbeiter bei der ASEAG werden durch ESBUS-Mitarbeiter ersetzt und Neueinstellungen im Fahrdienst erfolgen über die ESBUS. Nachdem sich durch die Möglichkeit zur Rente mit 63 dieser Austauschprozess in den letzten Jahren sehr dynamisch entwickelt hat, wird für die kommenden Jahre noch ein temporäres Verweilen auf dem hohen Fluktuationsniveau erwartet, bevor hier wieder Normalität eintritt. In den übrigen Funktionsbereichen der ASEAG werden keine signifikanten Veränderungen erwartet, so dass insgesamt von einem Personalbestand von 535 Mitarbeiteräquivalenten in 2017 ausgegangen wird, der sich dann in den Folgejahren nur noch marginal reduziert. Der Abgang älterer Mitarbeiter wird dabei durch die Gesetzgebung zur Rente mit 63 auch in den kommenden Jahren tendenziell beschleunigt. Dieser kostensenkenden Entwicklung des Personalabgangs von Mitarbeitern mit weitreichenden Besitzstandswahrungen gegenüber Neubeschäftigten wirkt entgegen, dass die Gewerkschaften weiterhin hohe Tarifforderungen stellen, auch wenn die nächsten Tarifverhandlungen, die den Tarifvertrag der ASEAG betreffen erst für 2018 anstehen. Die Bedrohung aus dem Tariftreue- und Vergabegesetz NRW (TVgG) für die aus der Fremdvergabe erzielten Kostenvorteile hingegen hat sich deutlich abgeschwächt, nachdem nunmehr neben dem kommunalen Spartentarifvertrag NRW auch der Tarifvertrag des privaten Omnibusgewerbes in Nordrhein-Westfalen zugelassen ist. Nachdem in 2016 die Gesetzesänderung zur Bewertung der Pensionsrückstellungen zu einer einmaligen Entlastung geführt hat, werden die Ergebnisse der ASEAG vor Verlustübernahme durch die E.V.A. in den kommenden Jahren aufgrund weiterer erheblicher Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen wieder belastet. Ursache hierfür sind im Wesentlichen weiter fallende Abzinsungssätze für die Bewertung der Pensionsrückstellungen, welche zu sehr hohen Zuführungen in der Handelsbilanz führen. Darüber hinaus wirken sich eine zunehmende Lebenserwartung sowie die Neubewertung der Pensionsrückstellungen wegen des BilMoG (je ein Fünfzehntel des zum 1. Januar 2010 festgestellten gesamten Unterschiedsbetrags) negativ auf das Gesamtergebnis aus. Bezüglich dieser Fünfzehntel-Regelung hat die ASEAG im Geschäftsjahr 2016 erstmalig eine höhere Rückstellung als gesetzlich gefordert gebildet. Aktuell sind auch in den Jahren 2017 bis 2019 erhöhte Zuführungen geplant, so dass es zu einer vorzeitigen vollständigen Rückstellungsbildung kommen könnte – dies würde dann eine Ergebnisentlastung für die Jahre ab 2020 bedeuten. Neben diesen Rahmenbedingungen werden steigende Umsatzerlöse, im Prinzip konstante Ausgleichszahlungen für die Schülerbeförderung (§ 11 a ÖPNVG-NRW) und Schwerbehinderte (§ 148 SGB IX), Zuschüsse für das Mobilitätsticket (Sozialticket) sowie die Entwicklung der Dieselpreise das Ergebnis beeinflussen. Dabei geht mit der Leistungsausweitung 2016 selbstverständlich eine adäquate Ertrags- aber auch Kostensteigerung einher. Das Niveau der Ausgleichszahlungen nach § 11a ÖPNVG-NRW (Schülerbeförderung) hat sich seit dem Jahr 2013 stabilisiert und wird auch in den Folgejahren in etwa konstant bleiben, der Anstieg der Fördermittel in 2016 ist ausschließlich auf die Übernahmen der Liniengenehmigungen zurückzuführen. Der Rückgang der Schwerbehindertenquote hat bereits in der Vergangenheit dazu geführt, dass kein unternehmensspezifischer Zuschusssatz nach § 148 Abs. 5 SGB IX mehr erreicht werden konnte. Im Ergebnis ist die ASEAG somit bereits 2014 auf den Landessatz zurückgefallen. Mit Erreichen des Landessatzes sind keine nennenswerten weiteren negativen Entwicklungen aus diesem Zuschussesegment mehr zu erwarten, so dass ein relativ konstantes Niveau eingeplant wurde. In den Jahren 2015 und 2016 konnten die erheblichen Mengeneinbrüche der Jahre 2013 und 2014

im Segment des Bartarifes (z.B. Einzelfahrscheine, Tageskarten), die unter anderem auch auf Verschiebungen hin zum Mobilticket zurückgeführt werden, gestoppt werden. Dies ist gelungen, obwohl die Verkäufe der Mobiltickets weiterhin erheblich zunehmen und inzwischen auch das Kombi-Ticket mit der Alemannia nicht mehr besteht. Nachdem das Fahrgastwachstum in 2016 im Stammgebiet bei etwa 2% liegt erwartet die ASEAG auch nach Preisanpassungen in großen Teilen des Ticketsortiments für die kommenden Jahre weiterhin ein moderates Fahrgastwachstum. Der Jahresfehlbetrag für das Jahr 2016 beträgt 21,3 Mio. EUR und liegt um 9,3 Mio. EUR unter dem Planansatz sowie ca. 6,3 Mio. EUR unter dem Jahresfehlbetrag vor Verlustübernahme des Geschäftsjahres 2015. Diese deutliche Verbesserung gegenüber dem Vorjahr ist durch einen Einmaleffekt in 2016 begründet, der aus der Neubewertung der Pensionsrückstellung aufgrund veränderter Gesetzgebung entsteht. Das gegenüber dem Planansatz bessere Ergebnis resultiert im Wesentlichen aus demselben Effekt. Für das Geschäftsjahr 2016 ist ein Jahresfehlbetrag vor Verlustübernahme von 27,3 Mio. EUR gemäß verabschiedetem Wirtschaftsplan geplant. Neben den Effekten aus den Pensionsverpflichtungen gilt grundsätzlich weiterhin, dass die allgemeinen Kostensteigerungen planmäßig im Wesentlichen durch Mehrerlöse gedeckt werden sollen; die Ergebnisverschlechterung resultiert daher weiterhin weniger aus inflationären Gesichtspunkten, sondern insbesondere aus erhöhten technischen und kundenseitigen Anforderungen, die sich in zunehmendem Aufwand widerspiegeln. Moderne Fahrgastinformationsmedien (z.B. Dynamische Fahrgastinformationssäulen, Internet und APP), zeitgemäße Vertriebsinfrastruktur (z.B. elektronisches Fahrgeldmanagement) und Fahrzeuge mit modernen Antriebsformen (Euro 6-, Hybrid- oder Elektrobusse) sind kapital- und/oder wartungsintensiv, ohne dass im verbliebenen Geschäft wesentliche Einsparungen generiert werden können. Dabei sich gegebenenfalls ergebende Mehrerlöse durch eine Attraktivitätssteigerung des ÖPNV sind nur sehr schwer zu beziffern und daher wie in der Vergangenheit auch nicht Bestandteil der Planung. Mögliche Kostensteigerungen im Bereich des Dieserverbrauchs sind in der Planung entsprechend enthalten. Aufgrund des Preisverfalls in 2015 – insbesondere zum Jahresende – liegt der derzeitige Einkaufspreis unter den Planansätzen, so dass an dieser Stelle derzeit keine zusätzlichen Belastungen gegenüber der Wirtschaftsplanung erwartet werden. Der Verbrauch von Diesel, der durch Dieselswaps bis 2019 gesichert ist, ist unabhängig von der derzeitigen Marktpreisentwicklung. Unterstützung erhält das Ergebnis durch das auch im Geschäftsjahr 2016 erfreuliche Beteiligungsergebnis der APAG, die in 2016 ein Ergebnis von 2,7 Mio. EUR erzielt hat und hiervon ca. 2,5 Mio. EUR an die ASEAG abgeführt hat. Für die mittelfristige Zukunft erwartet die APAG weiterhin ein Ergebnis von mehr als 2,2 Mio. EUR. Diese etwas moderatere Einschätzung der Ergebnissituation beruht im Wesentlichen darauf, dass sich im Geschäftsjahr 2015 die Notwendigkeit umfangreicher Sanierungsarbeiten in mehreren Parkhäusern herausgestellt hat und somit das Ergebnis über die kommenden Jahre entsprechend belastet wird. Dabei werden positive Effekte aus neuen Vertragsabschlüssen helfen, dieses Ergebnis sicher zu erreichen. Aspekte wie das Aquis Plaza oder die zeitlich verzögert eingeführte Umweltzone in Aachen hatten vorerst scheinbar keinen spürbaren negativen Effekt auf das Parkaufkommen in Aachen, galten jedoch als weiter zu beachten. Zwischenzeitlich haben sich erste negative Effekte durch das Aquis Plaza eingestellt, die jedoch bisher durch andere Mehreinnahmen kompensiert werden konnten. Welche Auswirkungen die jetzt wohl doch noch kommende PKW-Maut hat, bleibt derzeit offen. Der beschlossene mittelfristige Wirtschaftsplan für den Zeitraum von 2017 bis 2021

geht von einem negativen Ergebnis vor Verlustübernahme zwischen – 27,3 Mio. EUR und – 29,5 Mio. EUR aus. Grundsätzlich gilt auch mittelfristig weiterhin, dass Erlössteigerungen einen Großteil der Kostensteigerungen auffangen werden. Analog zur Aussage im Hinblick auf das Geschäftsjahr 2017 werden auch die Geschäftsjahre bis 2021 durch erhebliche Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen belastet. Die in der letzten Mittelfristplanung ab 2020 erwartete Entlastung aufgrund geringerer Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen wird aufgrund der Gesetzesänderung zur Bewertung der Pensionsrückstellungen nunmehr erst für Zeiträume ab 2023 erwartet, für die derzeit noch keine Detailplanungen vorliegen. Diesem Effekt steht jedoch der in 2016 zu verzeichnende Einmaleffekt gegenüber, der im abgelaufenen Geschäftsjahr zu einer deutlichen Unterschreitung des Planwertes geführt hat. Für die grundsätzliche Bewertung der Pensionsrückstellungen gilt jedoch auch zukünftig, dass ein gegenüber der Planung rasanteres Absinken des Zinssatzes derzeit als eher unwahrscheinlich angesehen wird, da das Zinsniveau bereits extrem niedrig ist. Aufgrund des starken Hebels des Zinssatzes auf die zu bildende Rückstellung für die Altersvorsorge können jedoch bereits kleinste Zinsabweichungen zu Ergebnisveränderungen im siebenstelligen Bereich führen. Um die Abhängigkeit zumindest etwas zu reduzieren, hat die ASEAG in 2016 für neue Pensionsverpflichtungen den Durchführungsweg der Altersvorsorge hin zur Unterstützungskasse „Akreka“ GmbH, Aachen, (Akreka) gewählt, wodurch andere bilanzielle Möglichkeiten entstehen. An der Höhe der letztendlich zu leistenden Pensionszahlung ändert dies jedoch nicht. Das Programm zur Modernisierung der Busflotte ist mittlerweile abgeschlossen. Anstehende Investitionen dienen nunmehr primär dazu, den erreichten hohen technischen Stand der Busflotte zu erhalten und technische Fortschritte entsprechend in den Busbestand kontinuierlich einfließen zu lassen. Im Jahr 2017 sollen 8 Solobusse und 5 Gelenkbusse mit der Euro 6-Abgasnorm angeschafft werden. Darüber hinaus hat die Diskussion mit der Stadt Aachen rund um den Luftreinhalteplan dazu geführt, dass die ASEAG im abgelaufenen Geschäftsjahr 14 (+ 1 Option) Elektrobusse bestellt hat, die in den Jahren 2017 und 2018 aus- geliefert werden sollen. Hierbei handelt es sich bis auf eine Ausnahme – Doppelgelenkbus – ausschließlich um Gelenkbusse. Diese Busbeschaffung wird über das Kommunalinvestitionsförderungsgesetz gefördert, so dass für die ASEAG unter Berücksichtigung eines reduzierten Investitionsvolumens in Dieselmotoren keine Mehrkosten entstehen. Durch die Beschaffung der Elektrobusse soll nach dem Einsatz von einzelnen Elektrobussen im Testbetrieb nunmehr auch ein Test dieser Antriebsart im realen Betriebsablauf erfolgen. Das Ziel eines umweltverträglichen ÖPNV bleibt somit weiterhin bestehen. Die Teilnahme an den Projekten „Mobility Broker“ und „Civitas Dyn@mo“, die beide in 2016 beendet wurden, war dabei ein weiterer wesentlicher Baustein. Darüber hinaus soll die Vermarktung des ÖPNV, insbesondere in der Region, intensiviert werden. Hier bildeten u. a. Überlegungen zu einer weiteren Optimierung bedarfsorientierter Verkehre einen Schwerpunkt der geplanten Aktivitäten, die nach einer Pilotphase im Dezember 2016 zur Aufnahme des NetLiner-Betriebs in Monschau geführt haben – weitere mögliche Einsatzgebiete im Bedienungsgebiet der ASEAG sollen in 2017 geprüft werden. Das Ziel, sich als Mobilitätsdienstleister mit Leistungen zu positionieren, die über die reine Busleistung hinausgehen, besteht dabei fort. Neben den bestehenden App-Anwendungen soll ab Mitte 2017 mit dem Mobility Broker ein weiteres Produkt zu dieser Positionierung beitragen. Basis des Mobility Brokers ist die im Rahmen eines Förderprojekts entwickelte Buchungsplattform, die es der ASEAG ermöglichen wird, ihren Kunden u.a. zusammen

mit lokalen Partnern neben Busleistungen auch Car- und Bike- Sharing-Angebote zu unterbreiten; dies Alles mit einem Zugangsmedium – der Chipkarte, die im Rahmen des Projektes Elektronisches-Fahrgeldmanagement angeschafft wird. Die Zielsetzung eines ökologisch hochwertigen ÖPNV mit möglichst geringen Zugangshemmnissen liegt weiterhin im Trend der Branche. Wie in der Vergangenheit auch verfolgt die ASEAG insgesamt das Ziel, sich als kommunales Verkehrsunternehmen und zuverlässigem Dienstleister für Stadt und StädteRegion Aachen zu positionieren und diese Position zu einem umfassenden Mobilitätsdienstleister auszubauen. Mit der förmlichen Betrauung der ASEAG bis zum Jahr 2017, die durch ihre Aufgabenträger Stadt und Kreis Aachen im Jahr 2007 erfolgt ist, ist eine gute Basis geschaffen worden, um den neuen Anforderungen der EU-Verordnung über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße (VO 1370/2007) und des ÖPNV-Gesetzes NRW gerecht zu werden. Eine entsprechende Vorabbekanntmachung zur Direktvergabe an die ASEAG und somit eine Verlängerung der Betrauung der ASEAG bis 2027 erfolgte direkt in den ersten Tagen des Geschäftsjahrs 2016. Der formale Vergabeakt, der frühestens ein Jahr nach Vorabbekanntmachung erfolgen kann, wird im April 2017 erwartet. Darüber hinaus bleibt ein Ziel der ASEAG, sich den ökonomischen und ökologischen Anforderungen unserer Gesellschaft zu stellen und damit den spezifischen Anforderungen der Bürger der StädteRegion Aachen an einen nutzerorientierten ÖPNV gerecht zu werden. Da- bei gilt es für die ASEAG, sich im Spannungsfeld zwischen wirtschaftlichen Anforderungen und angebotsorientierten Zielen zu bewähren und das Vertrauen, das die politischen Vertreter mit einer Direktvergabe der Leistung der ASEAG entgegenbringen, zu bestätigen. Neben den vorstehend dargelegten Aktivitäten auf dem Weg zum umfassenden Mobilitätsdienstleister in der StädteRegion Aachen beabsichtigt die ASEAG grundsätzlich, sich zusammen mit einem Partner an der für nunmehr für den Herbst 2017 erwarteten Ausschreibung für die Euregiobahn (geplante Betriebsaufnahme nun voraussichtlich 2021) zu beteiligen. Die ausschreibende Stelle, der Nahverkehr Rheinland GmbH (NVR), hatte erwartungsgemäß in 2015 einen Übergangsbetrieb für vier Jahre ausgeschrieben, an der sich die ASEAG und ihr Partner aufgrund geringer Erfolgsaussichten und kurzer Laufzeit nicht beteiligt haben. Nachdem es in den Jahren 2013 und 2014, insbesondere aufgrund statistischer Effekte, eher zu stagnierenden Fahrgastzahlen gekommen ist, konnte in 2016 sowohl bei den Beförderungserlösen als auch bei Fahrgastzahlen ganzjährig betrachtet Steigerungen verzeichnet werden. Damit konnte der Trend aus 2015 fortgesetzt werden. Die Ergebnisse der Verkehrserhebung 2014, die im Dezember 2015 veröffentlicht wurde, haben inzwischen zu einer einvernehmlichen Einnahmenaufteilung geführt. Auch wenn die Einschnitte stark zu spüren waren konnte gegenüber der in 2015 getroffenen bilanziellen Vorsorge im Rahmen der Verhandlungen ein deutlich besseres Ergebnis erzielt werden. Die mittelfristigen Auswirkungen sind in die aktuelle Planung eingeflossen. Ob und in wie weit weitere Verkehrserhebungen frühestens 2019 – weitere Effekte haben, ist derzeit nicht qualifiziert zu beurteilen.

IV. Chancen- und Risikobericht

Unternehmerisches Handeln ist stets mit Chancen und Risiken verbunden. Aufgabe des Risikomanagements ist es, Risiken frühzeitig zu identifizieren, zu analysieren, zu bewerten und zu dokumentieren. Darauf basierend werden Maßnahmen zur Steuerung, Begrenzung und Minimierung der Risiken ergriffen. In die Analysen fließen die denkbaren externen Marktrisiken, operative

Betriebsrisiken sowie finanzwirtschaftliche Risiken mit ein. Um dies sicherzustellen, ist das Chancen- und Risikomanagementsystem konsequent in die bestehenden Steuerungs- und Controlling-Prozesse integriert. Im Rahmen der Unternehmenssteuerung werden allgemeine Markt- und Erlösrisiken im Zuge der Überwachung der Entwicklung von Erlösen, Mengen und Kosten in der Planung, der Vorhersage für das Jahresergebnis und im Berichtswesen erfasst und gesteuert. Zusätzlich ist ein Risikomanagementsystem im Sinne von § 91 Abs. 2 AktG auf der Ebene der Konzernmutter implementiert, in das die ASEAG integriert ist und das alle weiteren Risiken erfasst. Berichte zum Risikomanagement erfolgen unmittelbar an den Vorstand. Darüber hinaus fungieren die interne Revision und der Abschlussprüfer bei der Jahresabschlussprüfung als unabhängige Kontrollinstanzen. Zum 1. Januar 2010 ist eine konzernweite Unternehmensverfassung in Kraft getreten. Diese sieht u. a. Regelungen zum Wettbewerbsrecht, zur Antikorruption, zur Vermeidung von Interessenkonflikten, zum Datenschutz und zur Umsetzung der Verfassung vor. Wie in den Vorjahren wurden auch im Geschäftsjahr 2016 in allen Unternehmensbereichen regelmäßig systematische und vollständige Risikoerhebungen vorgenommen. Im Rahmen der halbjährlichen Aktualisierung bzw. Überprüfung wurden alle wesentlichen Risiken identifiziert, analysiert, bewertet und dokumentiert, und zwar nach ihrer potenziellen Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit. Im Zusammenhang mit dem Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) stellt das Ergebnis der einmaligen Neubewertung bei Einführung der Pensionsrückstellungen ein ergebnisbelastendes Risiko dar, welches im Rahmen der Fünf-Jahres-Planung bereits bewertet und ein- geplant ist. Auch ein weiter absinkender Abzinsungssatz ist aufgrund von Zinsprognosen in die mittelfristige Wirtschaftsplanung eingeflossen. Dabei ist die im 1. Quartal 2016 eingetretenen Umstellung zur Ermittlung des Abzinsungssatzes vom 7-Jahres-Durchschnitt auf einen 10-Jahres-Durchschnitt in der Zinsprognose berücksichtigt. Obwohl diese Gesetzesänderung im Geschäftsjahr 2016 einmalig zu einer erheblichen Entlastung gegenüber der Planung geführt hat, kann es in den Folgejahren dennoch durch sich weiter verändernde Rahmenparameter (Zinssätze/-prognosen, Versicherungstafeln u. ä.) weiterhin zu erheblichen Belastungen des Ergebnisses durch Anpassungen der Pensionsrückstellungen kommen. Eine diesbezügliche bilanzielle Vorsorge ist handelsrechtlich nicht möglich, wurde jedoch nach aktuellem Kenntnisstand (Zinsprognosen) in der mittelfristigen Wirtschaftsplanung berücksichtigt. Im Hinblick auf den nach Art. 67 (1) Satz 1 EGHGB (BilMoG) über einen Zeitraum von maximal 15 Jahren zu bildenden Rückstellungsanteil, der sich aus der Neubewertung der Pensionsrückstellungen in 2010 ergeben hatte, wurde im Geschäftsjahr 2016 erstmalig ein höherer Betrag als vom Gesetzgeber vorgeschrieben zu den Pensionsrückstellungen zugeführt. Auch die Mittelfristplanung sieht eine erhöhte Zuführung in den Jahren 2017 bis 2019 vor, so dass planerisch im Geschäftsjahr 2019 die Zuführung abgeschlossen sein sollte. Aufgrund der hohen Unsicherheiten im Bereich Altersvorsorge beinhalten die Planungen für die Geschäftsjahre 2020 und 2021 jedoch ebenfalls noch Zuführungen aus diesem Bereich, die nicht benötigt werden, wenn die Mittelfristplanung wie geplant eintritt. Insoweit wurde hier planerisch Vorsorge zur Risikominimierung getroffen. Um insgesamt die Abhängigkeit von der Zinsentwicklung der Pensionsrückstellungen zu reduzieren, hat die ASEAG den Durchführungsweg für neu zu schaffende Altersvorsorge in 2016 geändert. Die Durchführung durch die Akreka ermöglicht eine andere bilanzielle Darstellungsweise, ohne dass jedoch die letztendlich zu zahlende Alters Vorsorge in der Höhe dadurch beeinflusst wird. Durch die von der EU angestrebte Liberalisierung des

Verkehrsmarktes mit einem „kontrollierten“ Wettbewerb und den damit verbundenen Restrisiken bei der Direktvergabe wird sich die Lage im ÖPNV entscheidend weiter verändern. In Übereinstimmung mit der neuen EU- Verordnung zur Regelung des ÖPNV (VO 1370/2007) wird die ASEAG der Mobilitätsdienstleister in Stadt und StädteRegion Aachen bis 2017 bleiben. Der Ratsbeschluss, der eine Konkretisierung der Betrauung bis Ende 2017 vorsieht, wurde am 21. November 2007 gefasst. Dieser Sachverhalt bedeutet für die ASEAG einen gewissen Bestandsschutz bis zum Ende des Geschäftsjahres 2017. Um diesen Bestandsschutz auch für eine nächste Periode von 10 Jahren zu erhalten hat die ASEAG bereits im Jahr 2014 damit begonnen, sich mit den Anforderungen, die mit der Umsetzung der VÖ1370/2007 einhergehen, auseinanderzusetzen und konnte die notwendigen politischen Beschlüsse zur Weiterführung der Betrauung (Direktvergabe) im Jahr 2015 einholen. Direkt zu Beginn des Jahres 2016 erfolgte die entsprechende Vorabkennzeichnung im EU-Amtsblatt. Eigenwirtschaftliche Anträge zur Erbringung der Verkehrsleistungen sind bei der Bezirksregierung nicht gestellt worden. Im April 2017 soll nunmehr die Vergabe an die ASEAG in Form einer gesellschaftsrechtlichen Weisung der Stadt Aachen an den E.V.A.-Konzern erfolgen und in Folge an die ASEAG nebst Veröffentlichung im EU-Amtsblatt. Hierdurch wird eine 30-tägige Frist in Kraft gesetzt, in der letztmalig gegen die Direktvergabe rechtlich vorgegangen werden könnte. Sofern keine Klage eingereicht wird, besteht hiernach Rechtssicherheit für die Direktvergabe an die ASEAG und somit Bestandsschutz bis Ende des Geschäftsjahres 2027. Neben den rechtlichen Risiken aus der Verordnung VO 1370/2007 zur Direktvergabe ergab sich aus dem seit Mai 2012 in Nordrhein-Westfalen geltenden Tariftreue- und Vergabegesetz (TVgG-NRW), welches durch den Minister für Arbeit, Integration und Soziales im Herbst 2012 für den ÖPNV konkretisiert wurde, ein zusätzliches Kostenrisiko bei der Beauftragung der Subunternehmer. Das im Auftrag der ASEAG erstellte Rechtsgutachten kommt zwar zu dem Ergebnis, dass die ASEAG und die Subunternehmerverträge der ASEAG nicht vom TVgG-NRW betroffen sind – die bisherige Rechtsprechung führte bisher jedoch nicht zu einer abschließenden Rechtsmeinung. Mit Beschluss vom 19.10.2015 – VII Verg 30/13 – hat das OLG Düsseldorf die zum TVgG-NRW erlassene Verordnung „zur Feststellung der Repräsentativität von Tarifverträgen im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs (RepT-WO)“ vom 31.10.2012 verworfen und für nichtig erklärt. Hier hat das Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes NRW zwischenzeitlich korrigiert und mit einer neuen RepTWO vom 5.4.2016 nachgebessert. Nunmehr ist neben dem kommunalen Spartentarifvertrag TV-N NW auch der Tarifvertrag des privaten Verbandes Nordrhein-Westfälischer Omnibusunternehmen e.V. in Vergaben im straßengebundenen Personennahverkehr als zulässig anerkannt. Hierdurch reduziert sich das Risiko eines sprunghaften Kostenanstiegs im Bereich der Subunternehmer stark. Es bleibt jedoch das Risiko eines schleichenden, überproportionalen Kostenanstiegs in diesem Bereich, da der Tarifvertragspartner des Verbandes Nordrhein-Westfälischer Omnibusunternehmen e.V. nunmehr die Gewerkschaft ver.di ist, der im Vergleich zum bisherigen Tarifvertragspartner „Christliche Gewerkschaft GÖD“ im Rahmen von Tarifverhandlungen sicher als durchsetzungsstärker einzustufen ist. Vor diesem Hintergrund ist die vom Verwaltungsgericht Düsseldorf in 2015 aufgeworfene Fragestellung, ob in der Regelung zum ÖPNV des TVgG-NRW einen Verstoß gegen die Tarifautonomie des Grundgesetzes vorliegt und diese somit verfassungswidrig ist, für die wirtschaftliche Beurteilung des Risikos nicht mehr relevant. Aufgrund der sehr positiven Entwicklung der Ergebnisse aus der Beteiligung an der Aachener Parkhaus GmbH

(APAG) wird derzeit das Risiko einer erneuten Anpassung des Beteiligungswertes als eher gering angesehen. Deutlich rückläufige Ergebnisse in Jahren bis 2012 hatten im Jahresabschluss 2012 zu einer Korrektur des Beteiligungswertes geführt. Seitdem ist es der Geschäftsführung gelungen die Ergebnisse nachhaltig zu steigern. Da Schwankungen in der Auslastung der Parkhäuser aufgrund der eher geringen variablen Kostenanteile sich direkt in der Ergebnissituation widerspiegeln, gilt es das Bewertungsrisiko der Beteiligung stets zu überwachen. Weitere wesentliche Risiken ergaben sich aus Umweltbelangen, die es erforderlich machen, dass die ASEAG schneller als geplant kostenintensive, schadstoffreduzierende oder umweltpolitische Maßnahmen einzuleiten hat. Die ersten Anzeichen, die in 2014 ergeben hatten, dass es zur Einführung einer Umweltzone in Aachen kommen wird, haben sich im Jahr 2015 dahingehend konkretisiert, dass nunmehr im Februar 2016 in Aachen und im Juni 2016 in Eschweiler eine Umweltzone eingeführt wurde. Aufgrund von Übergangsfristen für Busse konnte derzeit jedoch hier die befürchtete beschleunigte Neubeschaffung bzw. Umrüstungen von älteren Bussen vermieden werden, so dass sich die Mehrkosten auf die Gebühren für die Ausnahmegenehmigungen beschränken. Allerdings hat die ASEAG in enger Abstimmung mit der Stadt Aachen Elektrobusse in ihre Fahrzeugbeschaffungsstrategie aufgenommen. Dabei werden die Mehrkosten für die in 2017 und 2018 zur Auslieferung anstehenden Elektrobusse vom Gesellschafter übernommen. Wie mit gegebenenfalls ab 2019 aus umweltpolitischen Gründen auf der politischen Agenda stehenden weiteren Elektrobusen umzugehen ist, ist derzeit vollkommen offen. Die ASEAG erwartet, dass ein wirtschaftlicher Betrieb im Vergleich zu Euro 6-Dieseln dann noch nicht möglich sein wird, so dass Fördermittel oder weitere Mittel des Gesellschafter zur Verfügung stehen müssten, um einem solchen Wunsch nachkommen zu können. Auch wenn sich die Zuschussituation gemäß der aktuellen Rechtslage im Bereich der Schülerbeförderung verbessert hat, bleibt ein wesentliches Risiko der ASEAG weiterhin die Abhängigkeit von Zuschüssen und Fördermitteln, die in der Regel auch keiner Dynamisierung unterliegen und die damit verbundene Notwendigkeit, wegfallende oder stagnierende Zuschüsse durch andere geeignete Maßnahmen zu kompensieren. Im Geschäftsjahr 2013 ist die ASEAG bei der Schwerbehindertenquote früher als erwartet auf das gesetzliche Niveau zurückgefallen. Hierdurch hat sich das diesbezügliche zukünftige Risiko zwar erheblich reduziert, bleibt aber im Grundsatz bestehen. Die Zuschussituation beim Mobil-Ticket hat sich gegenüber den Vorjahren aufgrund weiter erhöhter Verkaufszahlen bei rückläufigen Zuschusszahlungen je Ticket weiter verschlechtert. Diesem Effekt wurde 2016 und wird 2017 mit einer überdurchschnittlichen Tarifierung des Mobil-Tickets entgegengesteuert, die bisher nicht zu einem Nachfragerückgang geführt hat. Auch wenn die Ausgleichszahlungen nicht per Gesetz festgelegt sind, sondern lediglich von Jahr zu Jahr bereitgestellt werden, darf 2017 sicher von einem Fortbestehen der Zuschüsse ausgegangen werden. Darüber hinaus wurde seitens der Ministerien der Zuschussbetrag in NRW von 30 Mio. EUR auf 40 Mio. EUR ab 2016 angehoben. Insgesamt führt diese Anhebung zwar zu Mehreinnahmen, die jedoch aufgrund der gleichzeitig rasant steigenden absoluten Ticketzahl kaum zu steigenden Einnahmen je Ticket führen. Darüber hinaus ist vor dem Hintergrund der in NRW anstehenden Landtagswahl derzeit unklar, ob die Mittel auch ab 2018 zur Verfügung stehen. Einnahmenseitig besteht darüber hinaus das Risiko, dass sich das Kundenverhalten ändert und beispielsweise Kunden mit einer netzweitgültigen Fahrkarte mehr als bisher das vorhandene Leistungsangebot anderer Verkehrsunternehmen im Aachener Verkehrsverbund (AVV) nutzen. Durch solche Veränderungen

kann es im Rahmen der Anpassung der Einnahmenaufteilung infolge von Verkehrserhebungen bei unveränderten Gesamteinnahmen im AVV zu veränderten Einnahmenezuteilungen zwischen den einzelnen Verkehrsunternehmen kommen. Weiterhin besteht ein wesentliches Risiko durch eine zunehmende Anzahl leistungsgeminderter Mitarbeiter, die insbesondere nicht mehr im Fahrdienst eingesetzt werden können. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind keine operativen Risiken bekannt, die zu einer Gefährdung einzelner Betriebsbereiche oder des gesamten Unternehmens führen könnten. Nach Überprüfung der Risikosituation kommen wir zu dem Ergebnis, dass wir ausreichend versichert sind und genügend bilanzielle Vorsorge getroffen haben. Aufgrund der Betrauung bis 2017 und der bis 2027 anstehenden Direktvergabe durch die Stadt Aachen bzw. die StädteRegion Aachen ist der Fortbestand der ASEAG in Verbindung mit der Satzung des Aachener Verkehrsverbunds gesichert. Derzeitig nutzen die beiden Aufgabenträger den Ergebnisabführungsvertrag zwischen E.V.A. und ASEAG, um ihren Verpflichtungen nachzukommen. Sollte der Ausgleich gefährdet sein, ist die Geschäftsführung der E.V.A. gefordert, Maßnahmen zur Sicherstellung der Refinanzierung des ÖPNV, z.B. unter Berufung auf den satzungsgemäßen Ausgleich im AW, einzuleiten. Vor diesem Hintergrund hat sich die E.V.A. in 2016 mit der Stadt Aachen auf ein Finanzierungskonzept für die nächsten Jahre verständigt. Insgesamt wird gemäß verabschiedetem Wirtschaftsplan mit einem negativen Planergebnis für 2017 vor Verlustübernahme i.H.v. 27,3 Mio. EUR gerechnet, welches bei Eintritt, insbesondere aufgrund der temporär erhöhten Belastung aus der Neubildung von Pensionsrückstellung, als sehr kritisch angesehen wird.

Aachen, den 11. April 2017

Der Vorstand

Michael Carmincke

Angaben des Lageberichtes zur öffentlichen Zwecksetzung

Die Ausführungen im Lagebericht und Anhang legen dar, dass die ASEAG der aus ihrer satzungsgemäßen Aufstellung folgenden öffentlichen Zwecksetzung und Zweckerreichung voll entsprochen hat. (Berichterstattung nach § 108 Abs. 3 Nr. 2 GO NRW).

Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH Aachen

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziele

Gegenstand des Unternehmens sind die Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wasser und Wärme, die Erfüllung anderer Versorgungsaufgaben, die Durchführung von Entsorgungsaufgaben sowie der öffentliche Nahverkehr, die Durchführung von Gelegenheitsverkehr, die Schaffung und Vorhaltung von allgemein zugänglichen Parkflächen, die Verwaltung von Vermögen, die Erbringung von Dienstleistungen in den vorgenannten Bereichen und damit zusammenhängende Tätigkeiten sowie die Erbringung unterstützender Verwaltungsdienstleistungen zur Deckung des Eigenbedarfs ihrer kommunaler Gesellschafter. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern. Sie kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten. Die Gesellschaft ist eine geschäftsleitende Holding-Gesellschaft. Sie hat die Aufgabe, nach Maßgabe abzuschließender Unternehmensverträge (§ 291 AktG) die Leitung der Stadtwerke Aachen Aktiengesellschaft (STAWAG), und der Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs-Aktiengesellschaft (ASEAG) zu übernehmen sowie den Gewinn- und Verlustausgleich für diese Gesellschaften vorzunehmen. Sie kann weitere Beteiligungen halten und auch gegenüber weiteren Unternehmen der Stadt Aachen als geschäftsführende Holding tätig werden.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Geschäftsführung besteht aus bis zu vier Geschäftsführern, von denen einer dem Vorstand der STAWAG und einer dem Vorstand der ASEAG angehören muss. Der dritte Geschäftsführer wird von der Stadt Aachen vorgeschlagen. Der vierte Geschäftsführer wird von der StädteRegion Aachen vorgeschlagen.

Aufsichtsrat:

Der Aufsichtsrat besteht aus 15 Mitgliedern. Zehn der Aufsichtsratsmitglieder werden von den Gesellschaftern nach Maßgabe der folgenden Regelungen bestimmt, fünf von den Arbeitnehmern nach den Vorschriften des Drittelbeteiligungsgesetzes gewählt. Zwei der Aufsichtsratsmitglieder der Gesellschafter werden von der Stadt Aachen und ein Aufsichtsratsmitglied vom StädteRegion Aachen in den Aufsichtsrat entsandt. Eines der von der Stadt Aachen entsandten Mitglieder ist der Oberbürgermeister oder ein von ihm benannter Vertreter. Die StädteRegion Aachen entsendet den StädteRegionsrat oder einen vom StädteRegionsrat benannten Vertreter. Die übrigen Aufsichtsratsmitglieder der Gesellschaft werden von der Gesellschafterversammlung gewählt.

Gesellschaftervertreter: Der Vertreter der StädteRegion Aachen wird vom StädteRegionstag bestellt.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dr. Christian Becker
Dipl.-Kfm. Michael Carmincke

Vertreter der StädteRegion im Aufsichtsrat

Helmut Etschenberg Städteregionsrat

Vertreter der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung:

Willi Bündgens Städteregionstagsmitglied
Stellvertreter: Peter Timmermanns Städteregionstagsmitglied

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Sitz: 52068 Aachen

gezeichnetes Kapital: 14.049.880,00 Euro

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
Stadt Aachen	14.048.840	99,99
StädteRegion Aachen	<u>1.040</u>	<u>0,01</u>
	14.049.880	100,00

Beteiligungen > 25 %:	Eigenkapital in T€	Anteil in %
STAWAG	104.708	100,00
ASEAG	9.332	94,90
regio iT aachen	3.700	59,3

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2014 – in T€ –	2015 – in T€ –	2016 – in T€ –
A. Anlagevermögen	58.248	58.257	57.899
I. Imm. Vermögensgegenst.	1.350	1.394	1.079
II. Sachanlagen	171	137	110
III. Finanzanlagen	58.248	56.726	58.899
B. Umlaufvermögen	27.819	53.901	72.158
I. Forderungen / sonst. VG		32.636	23.418

II. Kassenbestand, Guthaben		21.265	48.740
C. RAP	0,00	12	0,00
Bilanzsumme Aktiva	86.067	112.170	130.057
A. Eigenkapital	14.954	7.403	18.052
I. Gezeichnetes Kapital	14.050	14.050	14.050
II. Kapitalrücklage	29.753	29.753	43.753
III. Verlustvortrag	-36.778	-28.849	-36.400
IV. Jahresfehlbetrag	7.929	-7.551	-3.351
B. Rückstellungen	2.478	9.754	2.242
C. Verbindlichkeiten	68.635	95.013	109.763
Bilanzsumme Passiva	86.067	112.170	130.057

	2014	2015	2016
Gewinn- und Verlustrechnung:	- in T€ -	- in T€ -	- in T€ -
Umsatzerlöse	15.525	16.246	16.426
Materialaufwand	2.610	2.536	2.669
Personalaufwand	9.891	9.902	10.061
Aufwendungen Verlustübernahme	335	27.553	21.275
Sonst. betriebl. Aufwendungen	2.528	2.702	2.860
Jahresüberschuss/-fehlbetrag n.	7.929	-7.551	-3.351
Steuern			

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2014	2015	2016
	146	144	142
Leistungsindikatoren	2014	2015	2016
Eigenkapitalquote	17,4	6,6	13,9
Umsatzrentabilität	51,1	51,1	-20,4
Eigenkapitalrentabilität	53,0	53,0	-18,6

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Der sich aus dem Jahresabschluss ergebende Gewinn fließt der Stadt Aachen zu. Die Stadt ist verpflichtet, eventuelle Verluste jährlich abzudecken. Der anteilige Verlust der StädteRegion Aachen an der ASEAG für erbrachte Nahverkehrsleistungen wird auf Basis einer Konsortialvereinbarung zwischen Städtereion und Stadt Aachen gesondert abgerechnet. Zwischen der E.V.A. als

Holdingsgesellschaft und ihren Tochtergesellschaften ASEAG und regio iT bestehen vielfältige Leistungsbeziehungen.

Lagebericht der Gesellschaft

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH Aachen, Aachen, (E.V.A.) ist in ihrer Doppelfunktion als geschäftsführende Holding und als Dienstleistungsgesellschaft für sämtliche Konzern- und Beteiligungsgesellschaften tätig. Die Geschäftsgrundlage für ihre Stellung als Holding bilden die Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge mit den Gesellschaften Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs-AG, Aachen, (ASEAG) und Stadtwerke Aachen Aktiengesellschaft, Aachen, (STAWAG), die als zentrale Säulen der öffentlichen Daseinsvorsorge anzusehen sind und für den kommunalen und steuerlichen Querverbund stehen. Mit der förmlichen Betrauung der ASEAG bis zum Jahr 2017, die durch ihre Aufgabenträger Stadt Aachen und StädteRegion Aachen im Jahr 2007 erfolgt ist, ist eine gute Basis geschaffen worden, um den neuen Anforderungen der EU-Verordnung über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße (VO 1370/2007) und des ÖPNV-Gesetzes NRW gerecht zu werden. Um die Möglichkeit einer Direktvergabe zu erhalten, waren auch Anpassungen im Gesellschaftsvertrag der E.V.A. erforderlich, die in 2015 umgesetzt wurden. Gemäß Gesellschaftsvertrag der E.V.A. besteht für die Stadt Aachen eine Ausgleichspflicht, um eine bilanzielle Überschuldung der Gesellschaft zu vermeiden und den wirtschaftlichen Fortbestand der Gesellschaft zu sichern. Die Stadt Aachen verpflichtet sich, einen Verlustausgleich zu leisten, wenn das handelsbilanzielle Eigenkapital der Gesellschaft gemäß § 266 Abs. 3 A HGB die Hälfte des Stammkapitals unterschreitet. Die Summe der jährlich auszugleichenden Beträge soll 70 Mio. Euro nicht überschreiten. Der Anteil der Geschäftsanteile an der regio iT gesellschaft für informationstechnologie mbH, Aachen, (regio iT) beträgt weiterhin 59,27 Prozent. Die E.V.A. hält 5,9 Prozent der Geschäftsanteile an der gewoge AG, Aachen, (gewoge). Das Dienstleistungsgeschäft basiert auf den mit den Konzerngesellschaften abgeschlossenen Dienstleistungsverträgen für kaufmännisch-administrative Tätigkeiten sowie für Gebäudedienstleistungen.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft hat ihren soliden und stetigen Wachstumskurs auch im Jahre 2016 fortgesetzt. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) war im vierten Quartal 2016 – preis-, saison- und kalenderbereinigt – um 0,4 Prozent höher als im Vorquartal. Die konjunkturelle Lage in Deutschland war damit im Jahr 2016 durch ein solides und stetiges Wirtschaftswachstum gekennzeichnet (+0,7 Prozent im ersten Quartal, +0,5 Prozent im zweiten Quartal und +0,1 Prozent im dritten Quartal). Für das gesamte Jahr 2016 ergibt sich daraus ein Anstieg von 1,9 Prozent (Vorjahr: 1,7 Prozent). Positive Impulse für das Wirtschaftswachstum in 2016 kamen aus dem Inland: Die Konsumausgaben des Staates erhöhten sich deutlich um 4,2 Prozent (preisbereinigt), die der privaten Haushalte um 2,0 Prozent. Dieses Wachstum resultierte vor allem aus dem hohen Zuwachs von Schutzsuchenden und den damit einhergehenden Kosten. Insgesamt legten die Konsumausgaben um 2,5 Prozent zu

und waren in 2016 neben den Investitionen die größte Stütze des deutschen Wirtschaftswachstums. Die preisbereinigten Bauinvestitionen stiegen um 3,1 Prozent, die Ausrüstungsinvestitionen legten um 1,7 Prozent zu. Zusammenfassend war die inländische Verwendung um 0,8 Prozent höher als im dritten Quartal 2015 (preis-, saison- und kalenderbereinigt) (Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2016). Am Arbeitsmarkt hat sich die Situation auch im Jahr 2016 positiv entwickelt. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg gegenüber dem Vorjahr um 1,0 Prozent. Die Zahl der Arbeitslosen fiel um 0,3 Prozent. Im Jahresdurchschnitt betrug die Arbeitslosenquote für die Bundesrepublik Deutschland 6,1 Prozent. Die positive konjunkturelle Entwicklung und die gute Lage auf dem Arbeitsmarkt führten zu deutlich geringeren staatlichen Ausgaben im Jahresverlauf, sodass die Ausgaben für Arbeitslosengeld rund 1 Milliarde Euro geringer waren als geplant (Quelle: Presseinformation Bundesagentur für Arbeit, 3. Januar 2017). Der Energieverbrauch in Deutschland erreichte 2016 nach vorläufigen Berechnungen der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen eine Höhe von 13.383 Petajoule (PJ). Das entspricht einem Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 1,1 Prozent. Der Zuwachs ist im Wesentlichen mit den gegenüber dem Vorjahr etwas kühleren Witterungsverhältnissen, der anhaltend positiven Wirtschaftsentwicklung sowie dem Bevölkerungszuwachs zu begründen. (Quelle: AG Energiebilanzen e.V., Energieverbrauch 2016).

Geschäftsverlauf

Das Betriebsergebnis ist gegenüber dem Vorjahr leicht zurückgegangen. Es fiel gegenüber dem Vorjahr um 0,2 Mio. Euro auf 0,5 Mio. Euro. Ursächlich für den Ergebnismrückgang war eine Kostensteigerung von fast 0,6 Mio. Euro, die durch die leicht steigende Gesamtleistung von 0,3 Mio. Euro. Noch kompensiert wurde. Die Kostensteigerung betraf sämtliche Kostenarten gleichermaßen.

Finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren

Zu internen Steuerung des Unternehmens werden die folgenden bedeutsamsten finanziellen und nicht finanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Lage der Gesellschaft von Bedeutung sind, herangezogen. :

- Umsatzerlöse
- Betriebsergebnis
- Beteiligungsergebnis
- Anzahl Mitarbeiter

Die Umsatzerlöse der E.V.A. resultieren zum überwiegenden Teil aus den Entgelten, die die E.V.A. für die Erbringung kaufmännischer Dienstleistungen sowie für die Erbringung von Gebäudedienstleistungen erhält. Die Leistungen werden im Wesentlichen für die Konzerngesellschaften erbracht. Neben den Dienstleistungsentgelten fließen Weiterberechnungen im Wesentlichen von IT-Kosten in die Umsatzerlöse ein. Die Umsatzerlösen beinhalten Erlöse für kaufmännische Dienstleistungen und Gebäudedienstleistungen in Höhe von 13,9 Mio. Euro (Plan: 14,0 Mio. Euro), Weiterberechnungen an Konzerngesellschaften, insbesondere aus weiterberechneten EDV-Kosten, in Höhe von 2,5 Mio. Euro (Plan: 1,8 Mio. Euro). Erstmals werden unter den Umsatzerlösen – hervorgerufen durch das Bilanzrichtlinien- Umsetzungsgesetz (BilRUG) – auch Erlöse aus der Weiterberechnung von steuerlichen Beratungs- und Prüfungskosten sowie Sozialaufwand (Job-Ticket, KITA-Zuschüsse etc.) und Versicherungsbeiträgen in Höhe von 0,7 Mio.

Euro ausgewiesen. Die sonstigen betrieblichen Erträge liegen mit 0,3 Mio. Euro um 0,3 Mio. Euro über Plan. Dies resultiert aus dem nicht geplanten einprozentigen Anteilsverkauf von regio iT-Anteilen an die Firma Civitec. Die Aufwendungen unterschritten mit 16,2 Mio. Euro den Ansatz aus der Wirtschaftsplanung (16,4 Mio. Euro) um rund 0,2 Mio. Euro. Einsparungen konnten in folgenden Aufwandspositionen realisiert werden:

Der Materialaufwand fiel mit 2,7 Mio. Euro niedriger aus als geplant (2,8 Mio. Euro). Dies ist auf geringere IT-Kosten durch Fremdleistungen der regio iT zurückzuführen.

Der Personalaufwand lag mit 10,0 Mio. Euro deutlich unter Plan (10,6 Mio. Euro). Ursächlich für die Einsparungen von 0,6 Mio. Euro waren geringere Kosten für Vergütungen und soziale Abgaben aufgrund eines unter Plan liegenden Personalstands sowie geringere Aufwendungen für Pensionsverpflichtungen. Die Abschreibungen liegen mit 0,7 Mio. Euro um 0,1 Mio. Euro über Plan (0,6 Mio. Euro). Dies liegt insbesondere an höheren Abschreibungen auf Neuanschaffungen im IT-Bereich. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen fielen aufgrund höherer Beratungs- und Rechtskosten im Bereich der Verwaltung der E.V.A., insbesondere zu den Themen „Stärkung Konzernverbund“ und „Liquidität E.V.A.“, mit 2,9 Mio. Euro höher aus als geplant (2,5 Mio. Euro).

Aufgrund des außerordentlichen Ergebnisbeitrags durch den Verkauf von Gesellschafteranteilen der regio iT sowie der Einsparungen im Aufwandsbereich konnte ein positives Betriebsergebnis 0,5 Mio. Euro (Plan: 0,0 Mio. Euro) erzielt werden. 45,3 Mio. Euro ergibt. Hier konnte die breite Produktpalette der regio iT innerhalb der Bestandskunden sowie bei externen Kunden ausgebaut werden. Insgesamt hat sich der Gesamtumsatz außerordentlich positiv innerhalb aller Umsatzsegmente auf 58,2 Mio. Euro entwickelt. Hier ergibt sich im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung von 3,5 Mio. Euro oder 6,3 Prozent. Im Gegenzug sind die Gesamtkosten nur sehr moderat gestiegen, so dass sich ein außerordentlich positives Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Höhe von 4,0 Mio. Euro (Vorjahr: 2,4 Mio. Euro) für das Geschäftsjahr 2016 ergibt. Nach Steuern resultiert hieraus ein Jahresüberschuss von 2,4 Mio. Euro (Vorjahr: 1,5 Mio. Euro). Das Ergebnis der gewoge liegt auf Planniveau. Die E.V.A. beschäftigte zum Stichtag 31. Dezember 2016 137 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon 109 Vollzeit- und 28 Teilzeitkräfte. Umgerechnet auf Vollzeitmitarbeiter betrug die Personalstärke 127,2 Mitarbeiteräquivalente (MAÄ) gegenüber einem Planwert von 138,5 MAÄ. Unter zusätzlicher Berücksichtigung von Geschäftsführern, Auszubildenden und Aushilfskräften betragen die Mitarbeiterzahlen zum Jahresende 151, davon 122 Vollzeit- und 29 Teilzeitmitarbeiter. Umgerechnet auf Vollzeitmitarbeiter entsprach dies einer Personalstärke von 140,4 MAÄ gegenüber einem Planwert von 151,5 MAÄ. Ruhende Arbeitsverhältnisse sind nicht berücksichtigt. Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289a HGB a. F. zum Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst Der Aufsichtsrat der Gesellschaft hat beschlossen, für den Frauenanteil im Aufsichtsrat den Status Quo von 20 Prozent als Zielgröße für den Zeitraum vom 1. Oktober 2015 bis 30. Juni 2017 beizubehalten und für den Vorstand am Status Quo (0 Prozent) für den Zeitraum vom 1. Oktober 2015 bis 30. Juni 2017 festzuhalten. Die Geschäftsführung hat beschlossen, für die 1. Führungsebene eine Zielgröße für den Frauenanteil von mindestens 50 Prozent (Status Quo: 62,5 Prozent) für den Zeitraum vom 1. Oktober 2015 bis 30. Juni 2017 nicht zu unterschreiten und für die 2. Führungsebene am Status Quo von 30 Prozent festzuhalten.

Ertragslage

Das Geschäftsjahr schließt mit einem Jahresfehlbetrag von 3,4 Mio. Euro und verbesserte sich damit gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 4,2 Mio. Euro. Die wirtschaftliche Lage der E.V.A. wird im Wesentlichen durch die Geschäftsentwicklung der Beteiligungsgesellschaften bestimmt. Das Zins- und Beteiligungsergebnis beträgt -2,7 Mio. Euro und liegt damit 1 Mio. Euro unter dem Vorjahresergebnis. Dabei fiel die Gewinnabführung der STAWAG mit 19,0 Mio. Euro um 7,7 Mio. Euro geringer aus als im Vorjahr (26,7 Mio. Euro). Die Ergebnisverschlechterung ist im Wesentlichen begründet in dem rückläufigen Betriebsergebnis bei der STAWAG von rund 8,6 Mio. Euro. Hierbei konnten die deutlich gesunkenen Umsatzerlöse nicht durch geringere Aufwendungen beim Materialaufwand und bei den Aufwendungen zur Altersversorgung aufgrund der Umstellung des durchschnittlichen Marktzinssatzes nach § 253 Abs. 6 S. 1 HGB sowie bei den Abschreibungen aufgrund der Umstellung der Nutzungsdauern im Netzbereich auf Zugänge vor dem 1. Januar 2014, kompensiert werden. Die ASEAG hat das Geschäftsjahr 2016 mit einem Fehlbetrag vor Verlustübernahme von 21,3 Mio. Euro abgeschlossen. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Ergebnisverbesserung von 6,3 Mio. Euro. Die Umstellung des durchschnittlichen Marktzinssatzes nach § 253 Abs. 6 S.1 HGB bei der Bewertung der Pensionsrückstellung hatte hieran den wesentlichsten Anteil. Zum Bilanzstichtag wurde erstmalig der durchschnittliche Marktzins der vergangenen zehn Jahre (4 Prozent), statt wie bisher der vergangenen sieben Jahre (3,22 Prozent) angewendet. Die Aufwendungen für Altersversorgung lagen demzufolge um 6,9 Mio. Euro unter denen des Vorjahres. Aufgrund dieses einmaligen Bewertungsvorteils wurde die, unter den sonstigen Aufwendungen ausgewiesene jährliche Zuführung, aus einem Fünfzehntel des Bewertungsunterschieds aufgrund des BilMoG in Höhe von 0,8 Mio. Euro im Berichtsjahr um weitere 2,1 Mio. Euro erhöht. Der Jahresüberschuss der regio iT erhöhte sich im Berichtsjahr um 0,8 Mio. Euro auf 2,4 Mio. Euro. Da die Gewinnausschüttung der regio iT nicht durch einen Ergebnisabführungsvertrag, sondern durch Gesellschafterbeschluss herbeigeführt wird, wird das Jahresergebnis 2016 erst 2017 erfolgswirksam. Die Ausschüttung des Jahresüberschusses aus dem Jahre 2015 erfolgte im Juni 2016. Der E.V.A.-Anteil betrug 0,8 Mio. Euro (Vorjahr: 0,7 Mio. Euro). Der Beteiligungsertrag der gewoge entspricht mit 0,17 Mio. Euro dem des Vorjahres. Das Betriebsergebnis reduzierte sich insgesamt um 0,22 Mio. Euro auf 0,48 Mio. Euro. In der um 0,37 Mio. Euro gestiegenen Gesamtleistung sind Erträge aus dem Verkauf von Anteilen an der regio iT in Höhe von 0,23 Mio. Euro enthalten. Die Materialaufwendungen erhöhten sich um 0,13 Mio. Euro, die Abschreibungen um 0,14 Mio. Euro und die sonstigen Aufwendungen um 0,16 Mio. Euro. Für das Geschäftsjahr belaufen sich die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag auf 190 TEuro Körperschaftsteuer und 990 TEuro Gewerbesteuer. Ertragssteuererstattungen für Vorjahre in Höhe von 86 TEuro (Vorjahr Nachzahlung: 4.288 TEuro) resultieren fast ausschließlich aus der laufenden steuerlichen Betriebsprüfung.

Finanzlage:

Im Jahr 2016 belief sich das Finanzierungsvolumen der E.V.A. auf 38,6 Mio. Euro.

Die Mittelverwendung ergibt sich mit 27,4 Mio. Euro im Wesentlichen aus der Zunahme der Guthaben bei Kreditinstituten. 7,5 Mio. Euro wurden für den Verbrauch von Steuerrückstellungen und 3,4 Mio. Euro aufgrund des Jahresfehlbetrags verwendet. Für Softwareinvestitionen waren 0,3

Mio.Euro erforderlich. Die Mittel resultieren aus einer Zunahme der Verbindlichkeiten in Höhe von 14,7 Mio. Euro hauptsächlich durch die Aufnahme eines Upstreamdarlehens der ASEAG (4,3 Mio. Euro) sowie um 10,2 Mio. Euro gestiegene Cashpool-Verbindlichkeiten gegenüber der ASEAG. Darüber hinaus hat die Stadt Aachen im Berichtsjahr zur Stärkung des Eigenkapitals einen Betrag von 14 Mio. Euro in die Kapitalrücklage eingelegt. Aus der Abnahme der Forderungen standen Mittel in Höhe von 9,2 Mio. Euro zur Verfügung. Davon betreffen 7,7 Mio. Euro die geringere Gewinnabführungsverpflichtung der STAWAG. Die Finanzierungsmittel aus Abschreibungen betragen im Berichtsjahr 0,7 Mio. Euro.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme beträgt im Berichtsjahr 130,1 Mio. Euro und liegt damit um 17,9 Mio. Euro über dem Vorjahreswert. Das Anlagevermögen beinhaltet im Wesentlichen die Anteile an verbundenen Unternehmen und bildet zusammen mit den immateriellen Vermögensgegenständen und Sachanlagen 44,5 Prozent des Gesamtvermögens. Die restlichen Mittel resultieren mit 37,5 Prozent aus Guthaben bei Kreditinstituten und mit 18 Prozent aus dem übrigen Umlaufvermögen.

Die Kapitaleseite weist insgesamt 37,5 Mio. Euro mittel- und langfristige Mittel aus, die 28,8 Prozent der Bilanzsumme betragen. Darin erhalten sind Darlehen in Höhe von 24 Mio. Euro aus Stiftungsmitteln, die durch die Stadt Aachen verwaltet werden, ein Gesellschaftsdarlehen der Stadt Aachen in Höhe von 10 Mio. Euro sowie ein Gesellschafterdarlehen der StädteRegion Aachen in Höhe von 2,5 Mio. Euro. Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen aus dem Cash-Pool liegen bei 27,2 Prozent. Die übrigen kurzfristigen Rückstellungen und Verbindlichkeiten betragen 30,1 Prozent und bestehen im Wesentlichen aus dem Verlustausgleichsanspruch der ASEAG in Höhe von 21,3 Mio. Euro. Die Eigenkapitalquote beträgt 13,9 Prozent. Die E.V.A. stellt einen Konzernabschluss gemäß § 290 ff. HGB auf. Es werden die Jahresabschlüsse der ASEAG, der STAWAG, der regio iT, der vote iT GmbH, Aachen, (vote iT), der Aachener Parkhaus GmbH, Aachen, (APAG), der STAWAG Abwasser GmbH, Aachen, (STAWAG Abwasser), der STAWAG Energie GmbH, Aachen, (STAWAG Energie), der INFRAWEST GmbH, Aachen, (INFRAWEST), der STAWAG Infrastruktur Simmerath GmbH & Co. KG, Simmerath, (Simmerath Infrastruktur), der STAWAG Infrastruktur Monschau GmbH & Co. KG, Monschau, (Monschau Infrastruktur) sowie der FACTUR Billing Solutions GmbH, Aachen, (FACTUR) einbezogen.

Prognosebericht

Die Gemeinschaftsdiagnose führender Wirtschaftsforschungsinstitute*) kommt in dem Frühjahresgutachten 2017 zu dem Ergebnis, dass sich die Konjunktur in Deutschland bereits das fünfte Jahr in Folge in einem moderaten Aufschwung befindet. Die Dynamik sei im Vergleich zu früheren Aufschwungphasen sehr gering. Das Wachstum wird hauptsächlich vom Konsum getragen, während die Unternehmensinvestitionen als verhalten eingeschätzt werden. Das führe zu vergleichsweise schwachen Impulsen für die Industrieproduktion. Der Prognose zufolge steigt das Bruttoinlandsprodukt lediglich um 1,5 Prozent. Die gegenüber dem Vorjahr niedrigere Wachstumsrate (2016 = 1,9 Prozent) sei fast ausschließlich der geringeren Zahl an Arbeitstagen geschuldet. Aufgrund der sich erholenden Weltkonjunktur werden die Exporte um 3,5 Prozent steigen. Da aber die Importe stärker steigen werden (4,6 Prozent), trägt der Außenhandel nicht zum

Wachstum bei. Der deutsche Leistungsbilanzüberschuss wird der Prognose zufolge sinken. Die Institute gehen davon aus, dass die Zahl der Erwerbstätigen im Jahr 2017 um 583.000 über der Anzahl des Vorjahres liegen wird (Vorjahr: 43,6 Mio.). Die Arbeitslosenquote wird trotz steigender Arbeitslosigkeit unter den Geflüchteten voraussichtlich von 6,1 Prozent in 2016 auf 5,7 Prozent in 2017 sinken. Sowohl die gesamtwirtschaftliche Produktion als auch die Auftragseingänge steigen in diesem Jahr stetig an. Der private Konsum wird dabei einen großen Beitrag zur gesamtwirtschaftlichen Produktion leisten, da die verfügbaren Einkommen um rund drei Prozent wachsen. Aufgrund der anziehenden Inflation werden die realen Einkommen im Jahre 2017 um gut ein Prozent zunehmen. Die Institute erwarten durch den Anstieg der Mieten und der Bankgebühren eine Inflationsrate von 1,8 Prozent. Die Lage der Unternehmen im Jahr 2017 in Stadt und StädteRegion Aachen ist erneut sehr positiv. Die Umfrage der IHK Aachen zu Jahresbeginn 2017 ermittelte, dass 44 Prozent der Betriebe die Geschäftslage positiv beurteilen, nur 9 Prozent sind unzufrieden. Ein Drittel aller Befragten berichtet von gestiegenen Erträgen in den vergangenen Monaten. Bei rund einem Fünftel sind sie gesunken. Die Auslastung der Produktionskapazitäten ist mit 81 Prozent weiterhin über dem langjährigen Durchschnitt von 80,3 Prozent. Bei 42 Prozent der IHK befragten Unternehmen sind die Umsätze in den zurückliegenden sechs Monaten gewachsen. Der zunehmende Fachkräftemangel stellt ein wachsendes Konjunkturrisiko dar. Inzwischen betrachtet die Hälfte aller befragten Unternehmen den Fachkräftemangel als die größte Gefahr für die weitere wirtschaftliche Entwicklung. Diese Entwicklung spiegelt sich auch auf dem Arbeitsmarkt wider. Die Arbeitslosenquote in der Region Aachen sank zum Jahresende auf 6,7 Prozent, 0,4 Prozentpunkte weniger als ein Jahr zuvor. In Nordrhein-Westfalen liegt die Quote aktuell bei 7,4 Prozent, auf Bundesebene bei 6,1 Prozent. Die Wirtschaftsplanung für 2017 sieht einen Jahresfehlbetrag einschließlich Finanzergebnis und Steuereffekte von 8,1 Mio. Euro vor. Eine Ausgleichszahlung seitens der Stadt Aachen ist nicht eingeplant, da das verbleibende Eigenkapital über der Hälfte des gezeichneten Kapitals liegen wird. Das Ergebnis vor Steuern wird mit –8,3 Mio. Euro um 6,2 Mio. Euro schlechter ausfallen als das Vorjahresergebnis. Der Grund für die Ergebnisverschlechterung liegt im Beteiligungsergebnis, in dem sich gegenüber dem Geschäftsjahr 2016 ein steigender Jahresfehlbetrag der ASEAG auswirkt. Die Gesamtleistung der E.V.A. aus dem operativen Geschäft wird im Jahr 2017 mit 16,0 Mio. Euro leicht unter dem Niveau des laufenden Geschäftsjahres liegen.

Die Gesamtleistung setzt sich zusammen aus:

- Umsatzerlösen aus Dienstleistungen in Höhe von 13,5 Mio. Euro,
- Umsatzerlösen aus Weiterberechnungen in Höhe von 2,5 Mio. Euro, im Wesentlichen handelt es sich dabei um weiterberechnete IT-Kosten, um Weiterberechnungen für diverse Kostenpositionen, wie z. B. Beratungskosten, Jobtickets, konzernübergreifende Fortbildungsmaßnahmen und Versicherungsprämien. Die Gesamtkosten werden sich im Geschäftsjahr 2017 gegenüber dem Vorjahr von 16,2 Mio. Euro auf 16,1 Mio. Euro reduzieren, da die Beratungs- und Rechtskosten geringer ausfallen werden als in 2016. Ohne Berücksichtigung von Geschäftsführern, Auszubildenden und Aushilfskräften wird die Personalstärke zum Ende des Geschäftsjahres 2017 125,3 Mitarbeiteräquivalente betragen. Während die aktuelle Ergebnisrechnung für 2016 von einem negativen Beteiligungsergebnis von 1,3 Mio. Euro ausgeht, wird für den Wirtschaftsplan 2017 eine Verschlechterung um 6,1 Mio. Euro auf –7,4 Mio. Euro

angenommen. Bei der ASEAG werden die kommenden Geschäftsjahre 2018 bis 2021 geprägt sein von der Neustrukturierung des Verkehrsmarktes im Verkehrsgebiet der Aachener Verkehrsverbund GmbH, Aachen, (AW). Mit Ende der Betrauungen der kommunalen Unternehmen im AW zum Jahresende 2017 steht der AW vor der Herausforderung, die Vergabe der Verkehrsleistung für die Zeit ab 2018 zu organisieren. Wesentliche rechtliche und politische Maßnahmen sind im Geschäftsjahr 2015 abgeschlossen worden. Die entsprechende Vorabkennzeichnung wurde Anfang 2016 im EU-Amtsblatt veröffentlicht. Da bisher weder eigenwirtschaftliche Konzessionsanträge noch andere rechtliche Einsprüche eingereicht wurden, wird die ASEAG aufgrund der politischen Beschlüsse neben den bisherigen Leistungen (gut 15 Mio. Nutz-km) auch für die übrige Busleistung (gut 3,5 Mio. Nutz-km) in der Stadt Aachen und StädteRegion Aachen eine Direktvergabe nach Maßgabe der EU VO 1370/2007 erhalten – vereinzelte einbrechende Linien aus den Nachbarkreisen bzw. -ländern ausgenommen. Dieser formale Vergabeakt ist in 2017 vorgesehen. Die ASEAG selber hat in Erwartung der Direktvergabe mit den bisherigen Konzessionären (Taeter Aachen Transdev Rheinland GmbH bzw. RVE Regionalverkehr Euregio Maas-Rhein GmbH) Verträge geschlossen, die u.a. eine vorzeitige Übertragung der Konzessionen zum 01.01.2016 auf die ASEAG vorsahen. Dies ist von der Bezirksregierung so genehmigt worden, so dass die Verkehrsleistung der ASEAG seit 2016 insgesamt ca. 19 Mio. Nutz-km pro Jahr beträgt. Mit dem Erreichen der gemäß Tarifvertrag vorgesehenen Mitarbeiteranzahl im Fahrdienst der ASEAG ist der Ausbau der ESBUS Esweiler Bus- und Servicegesellschaft mbH, Esweiler, (ESBUS), zur Fahrbetriebstochter früher als geplant abgeschlossen. Ausscheidende Fahrdienstmitarbeiter bei der ASEAG werden durch ESBUS-Mitarbeiter ersetzt und Neueinstellungen im Fahrdienst erfolgen über die ESBUS. Nachdem sich durch die Möglichkeit zur Rente mit 63 dieser Austauschprozess in den letzten Jahren sehr dynamisch entwickelt hat, wird für die kommenden Jahre noch ein temporäres Verweilen auf dem hohen Fluktuationsniveau erwartet, bevor hier wieder Normalität eintritt. In den übrigen Funktionsbereichen der ASEAG werden keine signifikanten Veränderungen erwartet, sodass insgesamt von einem Personalbestand von 535 Mitarbeiteräquivalenten in 2017 ausgegangen wird, der sich dann in den Folgejahren nur noch marginal reduziert. Der Abgang älterer Mitarbeiter wird dabei durch die Gesetzgebung zur Rente mit 63 auch in den kommenden Jahren tendenziell beschleunigt. Dieser kostensenkenden Entwicklung des Personalabgangs von Mitarbeitern mit weitreichenden Besitzstandswahrungen gegenüber Neubeschäftigten wirkt entgegen, dass die Gewerkschaften weiterhin hohe Tarifforderungen stellen, auch wenn die nächsten Tarifverhandlungen, die den Tarifvertrag der ASEAG betreffen, erst für 2018 anstehen. Die Bedrohung aus dem Tariftreue- und Vergabegesetz NRW (TVgG) für die aus der Fremdvergabe erzielten Kostenvorteile hingegen hat sich deutlich abgeschwächt, nachdem nunmehr neben dem kommunalen Spartentarifvertrag NRW auch der Tarifvertrag des privaten Omnibusgewerbes in Nordrhein-Westfalen zugelassen ist. Nachdem in 2016 die Gesetzesänderung zur Bewertung der Pensionsrückstellungen zu einer einmaligen Entlastung geführt hat, werden die Ergebnisse der ASEAG vor Verlustübernahme durch die E.V.A. in den kommenden Jahren aufgrund weiterer erheblicher Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen wieder belastet. Ursache hierfür sind im Wesentlichen weiter fallende Abzinsungssätze für die Bewertung der Pensionsrückstellungen, welche zu sehr hohen Zuführungen in der Handelsbilanz führen. Darüber hinaus wirken sich eine zunehmende Lebenserwartung sowie die Neubewertung der Pensionsrückstellungen wegen des

BilMoG (je ein Fünfzehntel des zum 1. Januar 2010 festgestellten gesamten Unterschiedsbetrags) negativ auf das Gesamtergebnis aus. Bezüglich dieser Fünfzehntel-Regelung hat die ASEAG im Geschäftsjahr 2016 erstmalig eine höhere Rückstellung als gesetzlich gefordert gebildet. Aktuell sind auch in den Jahren 2017 bis 2019 erhöhte Zuführungen geplant, so dass es zu einer vorzeitigen vollständigen Rückstellungsbildung kommen könnte – dies würde dann eine Ergebnisentlastung für die Jahre ab 2020 bedeuten. Neben diesen Rahmenbedingungen werden steigende Umsatzerlöse, im Prinzip konstante Ausgleichszahlungen für die Schülerbeförderung (§ 11 a ÖPNVG-NRW) und Schwerbehinderte (§ 148 SGB IX), Zuschüsse für das Mobilitätsticket (Sozialticket) sowie die Entwicklung der Dieselpreise das Ergebnis beeinflussen. Dabei geht mit der Leistungsausweitung 2016 selbstverständlich eine adäquate Ertrags- aber auch Kostensteigerung einher. Das Niveau der Ausgleichszahlungen nach § 11a ÖPNVG-NRW (Schülerbeförderung) hat sich seit dem Jahr 2013 stabilisiert und wird auch in den Folgejahren in etwa konstant bleiben, der Anstieg der Fördermittel in 2016 ist ausschließlich auf die Übernahmen der Liniengenehmigungen zurückzuführen. Der Rückgang der Schwerbehindertenquote hat bereits in der Vergangenheit dazu geführt, dass kein unternehmensspezifischer Zuschusssatz nach § 148 Abs. 5 SGB IX mehr erreicht werden konnte. Im Ergebnis ist die ASEAG somit bereits 2014 auf den Landessatz zurückgefallen. Mit Erreichen des Landessatzes sind keine nennenswerten weiteren negativen Entwicklungen aus diesem Zuschussesegment mehr zu erwarten, so dass ein relativ konstantes Niveau eingeplant wurde. In den Jahren 2015 und 2016 konnten die erheblichen Mengeneinbrüche der Jahre 2013 und 2014 im Segment des Bartarif (z.B. Einzelfahrscheine, Tageskarten), die unter anderem auch auf Verschiebungen hin zum Mobilticket zurückgeführt werden, gestoppt werden. Dies ist gelungen, obwohl die Verkäufe der Mobiltickets weiterhin erheblich zunehmen und inzwischen auch das Kombi-Ticket mit der Alemannia nicht mehr besteht. Nachdem das Fahrgastwachstum in 2016 im Stammgebiet bei etwa 2 Prozent liegt erwartet die ASEAG auch nach Preisanpassungen in großen Teilen des Ticketsortiments für die kommenden Jahre weiterhin ein moderates Fahrgastwachstum. Der Jahresfehlbetrag für das Jahr 2016 beträgt 21,3 Mio. Euro und liegt um 9,3 Mio. Euro unter dem Planansatz sowie ca. 6,3 Mio. Euro unter dem Jahresfehlbetrag vor „Verlustübernahme des Geschäftsjahres 2015. Diese deutliche Verbesserung gegenüber dem Vorjahr ist durch einen Einmaleffekt in 2016 begründet, der aus der Neubewertung der Pensionsrückstellung aufgrund veränderter Gesetzgebung entsteht. Das gegenüber dem Planansatz bessere Ergebnis resultiert im Wesentlichen aus demselben Effekt. Neben den Effekten aus den Pensionsverpflichtungen gilt grundsätzlich weiterhin, dass die allgemeinen Kostensteigerungen planmäßig im Wesentlichen durch Mehrerlöse gedeckt werden sollen; die Ergebnisverschlechterung resultiert daher weiterhin weniger aus inflationären Gesichtspunkten, sondern insbesondere aus erhöhten technischen und kundenseitigen Anforderungen, die sich in zunehmendem Aufwand widerspiegeln. Moderne Fahrgastinformationsmedien (z.B. Dynamische Fahrgastinformationssäulen, Internet und APP), zeitgemäße Vertriebsinfrastruktur (z.B. elektronisches Fahrgeldmanagement) und Fahrzeuge mit modernen Antriebsformen (Euro 6-, Hybrid- oder Elektrobusse) sind kapital- und/oder wartungsintensiv, ohne dass im verbliebenen Geschäft wesentliche Einsparungen generiert werden können. Dabei sich gegebenenfalls ergebende Mehrerlöse durch eine Attraktivitäts-Steigerung des ÖPNV sind nur sehr schwer zu beziffern und daher wie in der Vergangenheit auch nicht Bestandteil der Planung. Mögliche Kostensteigerungen im Bereich des Dieserverbrauchs sind in der Planung

entsprechend enthalten. Aufgrund des Preisverfalls in 2015 – insbesondere zum Jahresende – liegt der derzeitige Einkaufspreis unter den Planansätzen, so dass an dieser Stelle derzeit keine zusätzlichen Belastungen gegenüber der Wirtschaftsplanung erwartet werden. Der Verbrauch von Diesel, der durch Dieselswaps bis 2019 gesichert ist, ist unabhängig von der derzeitigen Marktpreisentwicklung. Unterstützung erhält das Ergebnis durch das auch im Geschäftsjahr 2016 erfreuliche Beteiligungsergebnis der APAG, die in 2016 ein Ergebnis von 2,7 Mio. Euro erzielt hat und hiervon ca. 2,5 Mio. Euro an die ASEAG abgeführt hat. Für die mittelfristige Zukunft erwartet die APAG weiterhin ein Ergebnis von mehr als 2,2 Mio. Euro. Diese etwas moderatere Einschätzung der Ergebnissituation beruht im Wesentlichen darauf, dass sich im Geschäftsjahr 2015 die Notwendigkeit umfangreicher Sanierungsarbeiten in mehreren Parkhäusern herausgestellt hat und somit das Ergebnis über die kommenden Jahre entsprechend belastet wird. Dabei werden positive Effekte aus neuen Vertragsabschlüssen helfen, dieses Ergebnis sicher zu erreichen. Aspekte wie das Aquis Plaza oder die zeitlich verzögert eingeführte Umweltzone in Aachen hatten vorerst scheinbar keinen spürbaren negativen Effekt auf das Parkaufkommen in Aachen, galten jedoch als weiter zu beachten. Zwischenzeitlich haben sich erste negative Effekte durch das Aquis Plaza eingestellt, die jedoch bisher durch andere Mehreinnahmen kompensiert werden konnten. Welche Auswirkungen die jetzt wohl doch noch kommende PKW-Maut hat, bleibt derzeit offen. Die STAWAG hat das Geschäftsjahr 2017 im Geschäftsfeld Vertrieb erfolgreich begonnen und geht auf der Grundlage der vorliegenden ersten Geschäftsdaten davon aus, dass das geplante Ergebnisniveau erreicht wird. Planerisch wurde hierbei ein moderater Rückgang der Mengen aufgrund von Kundenverlusten in den Sparten Strom und Gas bei normaler Witterung unterstellt.

Das Ergebnis der STAWAG wird weiterhin durch hohe Aufwendungen für die Altersversorgung infolge der anhaltenden Niedrigzinsphase aber auch durch Verluste im konventionellen Erzeugungsbereich durch den Verfall der Preise am Stromhandelsmarkt belastet. Die STAWAG verfolgt vor diesem Hintergrund weiterhin die Strategie, ihr Investitionsportfolio im Bereich der konventionellen Kraftwerke zu bereinigen und die operativen Ergebnisse in den Kraftwerksbeteiligungen zu optimieren. Hierzu wird die STAWAG gemeinsam mit ihren Partnern alle sich ergebenden Möglichkeiten nutzen. Weiterhin ist die STAWAG engagiert dabei, ihren Know-how-Vorsprung in der Projektentwicklung durch die Entwicklung attraktiver Projekte im Bereich Onshore-Windkraft zu nutzen. Insgesamt ist hier festzustellen, dass die aus dem Anlagenportfolio der STAWAG Energie resultierenden Ergebnisbeiträge z.T. deutlich über den Planannahmen liegen. Für das Geschäftsjahr 2017 wird erneut mit einem signifikanten Ergebnisbeitrag aus diesem Geschäftssegment gerechnet. Dabei geht die STAWAG davon aus, dass die für dieses Geschäftssegment relevanten energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen – insbesondere die Regelungen des EEG zur Onshore-Windkraftvergütung – auch im neuen Ausschreibungsregime die Realisierung attraktiver Projekte ermöglichen. Positive Ergebnisbeiträge erwartet die STAWAG auch aus ihren Geschäftsaktivitäten im Zusammenhang mit der Rekommunalisierung, aus Konzessionsübernahmen und aus dem Beteiligungsgeschäft, hier insbesondere aus den Beteiligungen an der SW Lübeck und aus der Entwicklung des Geschäfts bei der FACTUR.

Mit regionalen Partnern prüft die STAWAG darüber hinaus Möglichkeiten zur Optimierung ihrer strategischen Positionierung im Netzinfrastukturgeschäft sowie in der Wassergewinnung.

Finanzielle Kennzahlen

Kennzahl	Ist 2016 (in TEuro)	Plan 2017 (in TEuro)	Abweichung (in Prozent)
Umsatzerlöse	394.885	364.366	- 7,7
EBITDA	45.903	40.757	-11,2
EBIT	33.056	26.827	-18,8
ebt	23.500	19.104	-18,7

Für das Geschäftsjahr 2017 geht die STAWAG trotz der operativen Ergebnisbelastungen davon aus, dass das geplante Ergebnis in Höhe von rd. 19,1 Mio. Euro erreicht wird. Neben der Fortsetzung der Strategie des Ausbaus der erneuerbaren Energien und der Projektentwicklung wird der Schwerpunkt der STAWAG dabei auf der Stabilisierung des Stammgeschäftes in Aachen und bei der Entwicklung des Beteiligungsgeschäftes liegen. Die regio iT setzt sich als Ziel, durch die Gewinnung neuer Kunden und einer kontinuierlichen Ausweitung der Produktpalette weiter organisch zu wachsen. Einem anorganischen Wachstum durch Zusammenschluss mit weiteren IT-Dienstleistern im kommunalen Umfeld steht die regio iT auch zukünftig offen gegenüber. Jedes organische oder anorganische Wachstum ist stets ergebnisorientiert und profitabel ausgerichtet. Die positive Prognose des Marktes für Informations- und Kommunikationstechnologie bietet aktuell eine Reihe von Chancen für die regio iT. Die Digitalisierung schreitet in allen bedienten Branchen voran und bietet kurz- und mittelfristige Umsatzchancen. Neben den Erfordernissen, die Prozesse bei den Kunden effizienter über eine Digitalisierung und Automatisierung abzubilden, ist der Gesetzgeber ein weiterer Treiber bei kommunalen Verwaltungsprozessen. Die regio iT ist auch in 2017 bei innovativen und geförderten Forschungsprojekten in Konsortien vertreten. Auch im Geschäftsjahr 2017 wird die Wirksamkeit der drei Normen/Zertifizierungen (ISO 9001, ISO 27001 sowie ISO 20000) von unabhängigen Auditoren überprüft.

Für das Geschäftsjahr 2017 plant die regio iT mit 45,3 Mio. Euro Umsätzen aus Produkt-/Applikationsbetrieb sowie 5,9 Mio. Euro aus Projektleistung/Beratung nahezu auf Vorjahresniveau. Die erwarteten Umsätze aus Projektleistung und Beratung entsprechen dem Ziel der regio iT, ca. 10 Prozent des Gesamtumsatzes in diesem Segment zu erwirtschaften. Viele Projekte, und in der Folge demnach auch Produktumsätze, sind in der Anbahnung. Ein wesentlicher Anteil wird weiterhin bei den kommunalen Unternehmen gesehen und hier insbesondere bei Ver- und Entsorgungsunternehmen. Bei den Umsätzen aus Produkt- und Applikationsbetrieb stehen Folgeumsätze der in 2016 abgeschlossenen Projekte Preisanpassungen, insbesondere bei der Breitband-, Netz- und Internetanbindung, gegenüber. Gerade die Breitbandanbindung an die Rechenzentren der regio iT hat sich in der Vergangenheit als Engpassfaktor für neue Services erwiesen. Insoweit besteht für die regio iT aufgrund der deutlich verbesserten technischen Rahmenbedingungen und den damit einhergehenden günstigeren Konditionen für die Kunden perspektivisch die Chance, mit weiteren Services aus den Rechenzentren eine größere Wertschöpfungstiefe zu erreichen. Auch die Digitalisierung im Bereich der Energieversorgung, und hier insbesondere die Einführung intelligenter Messsysteme sowie Lösungen im Bereich Mobilität, bieten aufgrund der ausgezeichneten Expertise der regio iT Wachstumspotenzial. Im Bereich der Umsätze aus Handels-/Leasinggeschäft werden mit 3,4 Mio. Euro eher rückläufige Umsätze erwartet. Ausschlaggebend für Investitionsentscheidungen der kommunalen Kunden ist die jeweilige Haushaltssituation, an der die Steuereinnahmen wesentlichen Anteil haben. Das Ifo-Institut erwartet

für 2017 ein Wachstum von 1,5 Prozent. Gegenläufige Effekte für diese Umsatzposition ergeben sich jedoch auch aus der Tendenz, dass immer mehr Kunden die Arbeitsplatz-Hardware bei der regio iT mieten, anstatt selbst zu beschaffen. Aufgrund weiterhin steigender eigener Wertschöpfung erwartet die regio iT für 2017 eine Steigerung des Rohergebnisses von 38,4 Mio. Euro auf 39,3 Mio. Euro. Dementsprechend geht die regio iT von einem Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Höhe von 3,5 Mio. Euro aus, welches um 0,6 Mio. Euro unter dem hervorragenden Niveau des Berichtsjahres (4,1 Mio. Euro) liegt. Dies ist auf eine gegenläufige Personalkostenentwicklung zurückzuführen. Zum einen aufgrund der tariflichen Steigerung, zum anderen sind auch wieder Neueinstellungen geplant, um den weiteren Wachstumskurs bewältigen zu können. Zusammenfassend geht die regio iT von einer positiven Geschäftsentwicklung für das Jahr 2017 aus, auf deren Basis die geplanten Ziele erreicht werden können. Auch wenn die Ergebnisentwicklung gegenüber dem Rekordergebnis des Berichtsjahres leicht rückläufig ist, wird auch weiterhin eine angemessene Rendite für die Gesellschafter erwirtschaftet werden. Das Beteiligungsergebnis der regio iT für 2017 wird phasenverschoben in 2018 ausgeschüttet. Für das Wirtschaftsjahr 2017 werden 1,5 Mio. Euro als Anteil (59,27 Prozent) des Jahresüberschusses des Geschäftsjahres 2016 erwartet. Nur das Beteiligungsergebnis gewogen ist im Wirtschaftsplan 2016 ein Wert von 0,2 Mio. Euro berücksichtigt. Unter Berücksichtigung des für 2017 prognostizierten nahezu ausgeglichenen Betriebsergebnisses sowie des negativen Beteiligungsergebnisses von 7,4 Mio. Euro und des negativen Zinsergebnisses von 0,8 Mio. Euro, ergibt sich ein negatives Ergebnis vor Steuern in Höhe von 8,3 Mio. Euro. Aufgrund des negativen handelsrechtlichen Ergebnisses und unter Berücksichtigung der steuerlichen Hinzurechnungs- und Kürzungsposten ergibt sich für das Geschäftsjahr 2017 voraussichtlich ein negatives zu versteuerndes Einkommen, das zu einer Steuerentlastung von rd. 0,2 Mio. Euro führen kann. Damit reduziert sich der handelsrechtliche Jahresfehlbetrag auf 8,1 Mio. Euro. Eine Verlustausgleichszahlung der Stadt Aachen ist in der Planung nicht berücksichtigt, da das Eigenkapital zum 31.12.2017 mit 9,4 Mio. Euro voraussichtlich über der Hälfte des gezeichneten Kapitals liegen wird.

Chancen und Risikobericht

Entsprechend § 91 Abs. 2 Aktiengesetz hat die Geschäftsführung ein Überwachungssystem eingerichtet, das die rechtzeitige Erkennung von Risiken gewährleistet, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten. Analog zu unserem Controlling- und Planungsprozess führen regelmäßige Risiko-Inventuren nach einem konzerneinheitlichen Verfahren zu einer vollständigen Dokumentation aller Einzelrisiken. Für die verschiedenen Unternehmensbereiche und Gesellschaften sind Risikoverantwortliche benannt, die erkannte Gefahren und Chancen in ihren Bereichen durch Abschätzung der Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit bewerten und sie nach einer wiederkehrenden Systematik dokumentieren. Die Risiken werden nach den Kategorien allgemeine externe, allgemeine interne, leistungswirtschaftliche und finanzwirtschaftliche Risiken unterschieden. Der Risikomanager führt die Ergebnisse in einem halbjährlichen standardisierten Bericht an die Leitungsorgane der Gesellschaft sowie deren Aufsichtsgremien zusammen. Aus den Ergebnissen der Risiko-Inventuren werden Maßnahmen zur Steuerung, Begrenzung und Minderung der Risiken abgeleitet. Die Risiken der E.V.A. sind aufgrund ihres Geschäftsmodells wenig operativ induziert. Diese liegen eher bei den großen Beteiligungsgesellschaften ASEAG und STAWAG. Im

Risikoportfolio der STAWAG zum 31. Dezember 2016 bleibt der Bereich konventionelle Energieerzeugung trotz der im vergangenen Jahr erfolgreich umgesetzten Gegenmaßnahmen ein großer Belastungsfaktor. Bei weiter andauernden niedrigen Stromgroßhandelspreisen wird für die Bewertung der jährlich zu bildenden Drohverlustrückstellungen eine Verlängerung des Betrachtungszeitraums auf mindestens drei Jahre unumgänglich sein. Im Gegenzug profitiert die STAWAG durch den Bestandsschutz des neuen EEG für bereits erbaute regenerative Stromerzeugungsanlagen weiterhin an der Chance, dass die Tochtergesellschaft STAWAG Energie die kalkulierten Renditen erzielt oder die Anteile an fertiggestellten Anlagen profitabel veräußert. Das allgemeine Risiko einer Projektentwicklung sowie die Risiken eines Generalübernehmers können durch das gut entwickelte Projekt- Know-how nicht behoben, jedoch stark reduziert werden. Welche Risiken sich aus den gesetzlich geplanten Ausschreibungen für den Zubau regenerativer Anlagen für die STAWAG bzw. STAWAG Energie ergeben können, ist derzeit nicht abzusehen. Sie können erst bewertet werden, wenn erste Erfahrungen aus der Beteiligung an solchen Ausschreibungen vorliegen. Die STAWAG sieht in dem niedrigen Zinsniveau an den Kapitalmärkten für die nächsten Jahre ein wesentliches Risiko für die Bewertung ihrer Pensionsverpflichtungen, denn niedrige Zinsen sorgen für einen niedrigen Abzinsungszinssatz und damit hohe Aufwendungen für Altersversorgung. Die im März 2016 in Kraft getretene Gesetzesänderung zur Ermittlung des Abzinsungszinssatzes macht sich zwar dämpfend bemerkbar, reduziert das Risiko jedoch trotz des positiven Einmaleffektes in 2016 nicht maßgebend. Für die geplanten Fremdkapitalaufnahmen kommen der STAWAG die aktuell noch niedrigen Zinssätze dafür zu Gute. Auf der Kunden- und Energieabsatzseite ist die STAWAG weiterhin der Gefahr von Kundenfluktuation und der Schwierigkeit der Neukundengewinnung ausgesetzt. Die STAWAG nutzt jedoch weiter die Chance, an Ausschreibungen von Konzessionen und Rekommunalisierungen teilzunehmen, um ihr Netz- und Vertriebsgeschäft auszuweiten. Im Risikoportfolio der ASEAG zum 31. Dezember 2016 bilden die künftig zu erwartenden Belastungen aus der Anpassung der Pensionsrückstellungen das größte Ergebnisrisiko. Auch hier sorgte die in 2016 gesetzliche Änderung bei der Ermittlung des Abzinsungssatzes für einen einmaligen Entlastungseffekt, der erstmalig dazu genutzt werden konnte, einen höheren Betrag zu den Pensionsrückstellungen zuzuführen als es gemäß BilMoG über 15 Jahre verteilt gefordert wird, doch wird in den kommenden Jahren durch sich verändernde Rahmenparameter (Zinssätze/-prognosen, Versicherungstabellen u.ä.) wieder mit höheren regulären Aufwendungen zu rechnen sein. Beim Risiko Direktvergabe der Verkehrsdienstleistungen erfolgte im Geschäftsjahr die notwendige Vorabbekanntmachung im EU-Amtsblatt für die gefassten politischen Beschlüsse zur Weiterführung der Betrauung. Im April 2017 ist nunmehr die Vergabe an die ASEAG in Form einer gesellschaftsrechtlichen Weisung der Stadt Aachen an den E.V.A.-Konzern erfolgt und in Folge an die ASEAG nebst weiterer Veröffentlichung im EU-Amtsblatt. Sofern keine Klage eingereicht wird, besteht nach einer gewissen Frist Rechtssicherheit für die Direktvergabe an die ASEAG und damit Bestandsschutz bis 2027. Das Risiko der künftigen Werthaltigkeit der APAG-Beteiligung kann aufgrund der sehr positiven Entwicklung der Ergebnisse als eher gering angesehen werden. Auch das Kostenrisiko bei der Beauftragung der Subunternehmer, das aus dem Tarifreue- und Vergabegesetz in 2012 entstanden war, ist deutlich abgeschwächt, weil nun neben dem kommunalen Spartentarifvertrag TV-N NW auch der Tarifvertrag des privaten Verbandes Nordrhein-Westfälischer Omnibusunternehmen e.V. in Vergaben im straßengebundenen Personenverkehr als

zulässig anerkannt ist. Die für die ASEAG möglichen Risiken aus Umweltbelangen haben sich seit der Einführung der Umweltzone in Aachen tendenziell erhöht, wenngleich es Übergangsfristen für Busse und Ausnahmeregelungen gibt. Dennoch plant die ASEAG in enger Abstimmung mit der Stadt Aachen zukünftig auch Elektrobusse anzuschaffen. Dabei werden die Mehrkosten für die 2017 und 2018 zur Auslieferung anstehenden Elektrobusse vom Gesellschafter übernommen. Wie es ab 2019 weitergehen wird, ist derzeit vollkommen offen. Ein weiterhin wesentliches Risiko besteht bei der ASEAG in der zunehmenden Anzahl leistungsgeminderter Mitarbeiter, die insbesondere nicht mehr im Fahrdienst eingesetzt werden können. Darüber hinaus bestehen für die ASEAG unverändert deutlich geringer bewertete Risiken wie die Abhängigkeit von Zuschüssen und Fördermitteln und das geändertes Kundenverhalten bei der ÖPNV-Nutzung. Die E.V.A. selbst fungiert nicht nur als geschäftsführende Holding, sondern auch als steuerliche Organmuttergesellschaft. Sie trägt damit sämtliche steuerliche Risiken, die sich bei den Organgesellschaften aus deren steuerrelevanten Geschäftsaktivitäten oder aus Bewertungsunterschieden zwischen Handels- und Steuerbilanz ergeben. Für erkennbare Risiken aus Betriebsprüfungen wird durch Rückstellungsbildung rechtzeitig Vorsorge betrieben. Dennoch zeigen die Erfahrungen der letzten Jahre, dass steuerliche Vorgänge zunehmend komplexer geworden sind, schwieriger zu deklarieren sind und sich zuweilen stark von der wirtschaftlichen Beurteilung in der Handelsbilanz entfernen können. Die Ergebnisschere zwischen Handels- und Steuerbilanz geht somit auch durch eine Betriebsprüfung immer weiter auf und stellt damit zunehmend eine Ergebnisunsicherheit dar. Steuerliche Risiken im Zusammenhang mit Steuergesetzänderungen sind allerdings aktuell nicht erkennbar. Das Geschäftsergebnis der E.V.A. wird in hohem Maße von der Entwicklung der Ergebnisse im Energiebereich der STAWAG und den Verlusten im ÖPNV-Bereich der ASEAG bestimmt. Tendenzuell besteht hieraus aufgrund der steigenden Verluste im ÖPNV-Bereich sowie der schwer zu haltenden Gewinne im Energiebereich die Gefahr einer Ergebnis- und Liquiditätsunterdeckung. Der Gesellschafter Stadt Aachen hat daher schon im Jahr 2015 finanziellen Unterstützungsmaßnahmen ergriffen und diese im Jahr 2016 in einem langfristigen Finanzierungskonzept für die E.V.A. nochmals erweitert. So flößen der E.V.A. in 2016 nochmals finanzielle Mittel zur Eigenkapitalstärkung in Höhe von 14 Mio. Euro sowie Darlehensmittel aus einem Upstream-Darlehen der ASEAG von 4,3 Mio. Euro zu. Auch in den kommenden Jahren wird die E.V.A. neben den ab 2019 planmäßig wieder einsetzenden Ausgleichszahlungen des Gesellschafters Darlehen der ASEAG erhalten, sodass die Risiken aus einer finanzwirtschaftlichen oder eigenkapitalmäßigen Unterdeckung vorerst behoben sein sollten. Kurzfristig wird sich die E.V.A. weiterhin über den konzerninternen E.V.A.-Cash-Pool finanzieren. Die aktuelle Überprüfung der Risikosituation zeigt, dass der Gesellschafter Stadt Aachen mit dem verabschiedeten Finanzierungskonzept den langfristigen Fortbestand der E.V.A. sichern und am Konzept des steuerlichen Querverbundes festhalten möchte und der E.V.A. hierfür eine angemessene und erforderliche Kapital- und Liquiditätsausstattung bereit ist zu geben. Insofern hat sich die Risikolage der E.V.A. deutlich verbessert. Es wird also in Zukunft verstärkt auf die Einhaltung der geplanten operativen Einzelergebnisse der Tochtergesellschaften ASEAG und STAWAG ankommen, wie lange das neue Finanzierungskonzept ausreicht. Konkretisierte Risiken wurden in den Jahresabschlüssen der Einzelgesellschaften, soweit zulässig, durch adäquate Rückstellungsbildung berücksichtigt. Darüber hinaus sind wesentliche Risiken außerdem in den Wirtschaftsplänen der Gesellschaften berücksichtigt.

Energie- und Wasser-Versorgung Gesellschaft mbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziele

Der Gegenstand des Unternehmens ist die Energieversorgung und Wasserversorgung in der StädteRegion Aachen und in benachbarten Gebieten, die Errichtung und der Betrieb der hierzu erforderlichen Anlagen und Werke, die Gründung, die Pachtung und Verpachtung, der Erwerb und die Veräußerung derartiger Unternehmen, die Beteiligung an anderen Unternehmen dieser Art und die Betriebsführung von Wassergewinnungs- und Versorgungsunternehmen, die Gründung, die Pachtung und Verpachtung, der Erwerb und die Veräußerung derartiger Unternehmen und die Beteiligung an anderen Unternehmen dieser Art sowie die unmittelbare und mittelbare, rechtliche und tatsächliche Beteiligung an und Innehabung von allen damit im Zusammenhang stehenden Anlagen, Einrichtungen und dazugehöriger Infrastruktur, insbesondere Versorgungsnetzen. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen oder ihm unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft hat einen oder zwei Geschäftsführer. Sind zwei Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch beide Geschäftsführer gemeinsam oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, so vertritt er die Gesellschaft allein.

Aufsichtsrat:

Gemäß § 10 des Gesellschaftsvertrages der EWV besteht der Aufsichtsrat aus 21 Mitgliedern. Die StädteRegion Aachen entsendet den Städtereionsrat der StädteRegion Aachen oder einen von ihr vorgeschlagenen Beamten oder Angestellten und ein weiteres Mitglied, welches Mitarbeiter der Städtereionsverwaltung oder Mitglied des Städtereionstages sein kann.

Gesellschafterversammlung:

Die Gesellschafterversammlung ist als beschließendes Organ in allen Angelegenheiten der Gesellschaft zuständig, so weit nicht durch das Gesetz oder durch den Gesellschaftsvertrag die Zuständigkeit eines anderen Organs der Gesellschaft begründet ist. Jeder Gesellschafter entsendet bis zu zwei Vertreter in die Gesellschafterversammlung. Die Vertreter eines jeden Gesellschafters können jeweils nur einheitlich abstimmen.

Beirat:

Gemäß § 12 des Gesellschaftsvertrages der EWV wird zur Beratung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates in wichtigen Angelegenheiten ein Beirat gebildet. Die Mitglieder des Beirates werden

von der Gesellschafterversammlung unter besonderer Berücksichtigung der von der Gesellschaft versorgten Gebietskörperschaften berufen. Vorsitzender des Beirates ist der Hauptverwaltungsbeamte der StädteRegion Aachen.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dipl.-Ing. Dipl.-Wirt. Ing. Manfred Schröder

Vertreter der StädteRegion im Aufsichtsrat:

Helmut Etschenberg	Städteregionsrat
Axel Wirtz	Städteregionstagsmitglied

Vertreter der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung:

Vertreter:	Axel Hartmann	Allg. Vertreter d. Städteregionsrates
	Gregor Jansen	Dezernent

Vertreter der StädteRegion im Beirat:

Axel Wirtz	Städteregionstagsmitglied
------------	---------------------------

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Sitz: 52222 Stolberg

gezeichnetes Kapital: 18.151.450,00 Euro

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
Rhenag Beteiligungs GmbH, Köln	9.750.450,00	53,717
Stadt Stolberg	2.591.650,00	14,278
Stadt Eschweiler	2.394.150,00	13,190
StädteRegion Aachen	1.679.300,00	9,252
Kreis Heinsberg	687.950,00	3,790
Stadt Alsdorf	395.750,00	2,180
Stadt Würselen	358.350,00	1,974
Stadt Baesweiler	181.550,00	1,000
Kreis Düren	105.300,00	0,580
Gemeinden Roetgen, Simmerath und Stadt Monschau	Je 1.050,00	je 0,006
Stadt Heinsberg, Gemeinden Aldenhoven, Inden u. Langerwehe, Stadt Linnich, Gemeinde Niederzier, Stadt Geilenkirchen	<u>je 550,00</u>	<u>je 0,003</u>
	18.151.450,00	100,000

Beteiligungen > 25 %:	Anteil in €	Anteil in %
regionetz GmbH , Düren	25.000	100,00
Wärmeversorgung Würselen GmbH	192.650	49,00
Städtisches Wasserwerk Eschweiler GmbH	2.224.171	24,90
GREEN GmbH, Stolberg	9.750	39,16
Green Solar Herzogenrath GmbH	12.500	45,00
EWV Baesweiler Verwaltungs GmbH	11.250	45,00
EWV Baesweiler GmbH & Co. KG	4.500	45,00

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2014	2015	2016
	- in € -	- in € -	- in € -
A. Anlagevermögen	149.710.176	159.409.887	142.553.767
I. Imm. Vermögensgegenst.	1.157.174	968.112	565.855
II. Sachanlagen	138.269.585	148.202.984	12.586.776
III. Finanzanlagen	10.283.416	10.238.791	129.401.134
B. Umlaufvermögen	39.559.302	42.905.623	25.735.296
I. Vorräte	2.490.814	671.314	808.523
II. Forderungen u. sonst. VG	34.913.227	41.169.617	24.345.116
III. Kassenbestand, Guthaben	2.155.261	1.064.693	581.656
C. Rechnungsabgrenzungsposten	200.381	185.163	154.292
Bilanzsumme Aktiva	189.469.859	202.500.673	168.443.355
A. Eigenkapital	40.354.135	41.090.087	50.871.771
I. Gezeichnetes Kapital	18.151.450	18.151.450	18.151.450
II. Kapitalrücklage	7.045.124	7.045.124	7.045.124
III. Andere Gewinnrücklagen	2.650.000	3.150.000	3.385.000
IV. Gewinnvortrag	764	7.561	8.512
V. Jahresüberschuss	12.506.797	12.735.951	22.281.684
B. Sonderposten	12.835.028	10.919.360	0
C. Rückstellungen	84.879.756	108.026.623	76.455.621
D. Verbindlichkeiten	40.582.703	31.189.510	41.069.988
E. Rechnungsabgrenzungsposten	10.818.237	11.275.094	45.974
Bilanzsumme Passiva	189.469.859	202.500.673	168.443.355

Gewinn- und Verlustrechnung:	2014	2015	2016
	- in € -	- in € -	- in € -
Umsatzerlöse (inkl. Stromsteuer)	275.557.000	286.154.660	264.583.902
Erträge aufgrund eines Gewinnabführungsvertrages	-	0	3.806.921
Erträge aus Beteiligungen	-	563.855	521.194
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	-	77.661	281.559
Sonstige betriebliche Erträge	-	4.068.376	4.199.816
Materialaufwand	-	189.156.921	193.714.845
Personalaufwand	-	18.394.315	19.528.593
Abschreibungen	-	11.414.414	2.226.040
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-	6.219.946	2.672.450
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-	26.646.539	24.195.617
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-	8.834.416	9.640.500
Jahresüberschuss	12.507.000	12.735.952	22.281.685

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2014	2015	2016
Mitarbeiter/innen (Ende Gj.)	245	240	245
Leistungskennzahlen	2014	2015	2016
Umsatzrendite	-	4,5 %	8,4 %
Eigenkapitalrendite	-	54,2 %	31,6 %
Anlagenintensität	-	74,7 %	78,7 %
Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	-	45.900.000 €	12.500.000 €

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen

Der sich aus dem Jahresüberschuss ergebende Gewinn der EWV fließt der StädteRegion Aachen jeweils in Höhe ihres Anteils am Stammkapital von 9,252 % zu. Im Haushaltsjahr 2017 hat die StädteRegion Aachen eine Bruttogewinnausschüttung von EWV in Höhe von 1.156.450,31 € für das Geschäftsjahr 2016 erhalten. Wesentliche Leistungsbeziehungen zu anderen Beteiligungsgesellschaften der StädteRegion Aachen sind nicht zu nennen.

Lagebericht der Gesellschaft

Geschäftsfelder und Versorgungsgebiet der EWW

Die EWW versorgt ihre Kunden, bestehend aus Privathaushalten, Handel, Gewerbe, Industrie und Institutionen im Wesentlichen in der Städteregion Aachen, Kreis Düren sowie Stadt und Kreis Heinsberg mit Strom, Erdgas, Wärme und Dienstleistungen. In den Kommunen Alsdorf, Baesweiler, Stolberg und Eschweiler, Ortsteil Weisweiler, werden die öffentlichen Beleuchtungsanlagen durch die EWW betrieben. Auf der Basis von Betriebsführungsverträgen führt EWW das Verbandswasserwerk Aldenhoven GmbH (VWA) bei der Belieferung von Kunden mit Trinkwasser. Gleiches erfolgt für die Stadt Eschweiler über die Städtische Wasserwerk Eschweiler GmbH (StWE), in der neben der klassischen Wasserlieferung auch die Wärmebelieferung der kommunalen Objekte erfolgt. Über die Beteiligung an der Wärmeversorgung Würselen GmbH (WVW) und deren Betriebsführung versorgt die EWW Kunden in der Stadt Würselen u.a. mit Wärmeprodukten. Zudem führt die EWW im Rahmen einer kaufmännischen Betriebsführung die Geschäfte der EWW Baesweiler Verwaltungs GmbH und der EWW Baesweiler GmbH & Co. KG, die die Haushalte in Baesweiler mit Strom und Wärme versorgt. Seit 2016 ist eine weitere Beteiligung der EWW, die auch von der EWW betriebsgeführt wird, die Windpark Eschweiler Beteiligungs GmbH in Stolberg. Daneben erbringt die EWW seit 01.01.2013 die kaufmännische Betriebsführung für ihre 100 %-ige Tochtergesellschaft regionetz GmbH (regionetz), Eschweiler, mit der sie zusätzlich über einen Ergebnisabführungsvertrag verbunden ist. Die regionetz führt den technischen Netzbetrieb in den Versorgungsnetzen für Gas, Strom und Wärme durch. Zudem hat die EWW zum 01.01.2016 das Eigentum an den Strom- und Gasnetzen an die regionetz – im Rahmen einer Ausgliederung eines steuerneutralen Teilbetriebesübertragen. Mit der GREEN Gesellschaft für regionale Energie GmbH (GREEN), Stolberg, und deren Betriebsführung ist die EWW gemeinsam mit weiteren kommunalen und privatrechtlichen Gesellschaften in den Markt der erneuerbaren Energien eingetreten. Mit der Gründung der Projektgesellschaften GREEN Solar Herzogenrath GmbH (2012) und der 5%-Beteiligung an der RURENERGIE GmbH (RURENERGIE) in 2014 wurde das Geschäftsfeld im Bereich der regenerativen Energien erweitert. Ebenfalls im Bereich der regenerativen Energien ist Green GECCO Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG (Green GECCO) tätig, an der die EWW mit 6,58 % beteiligt ist.

Wirtschaftsbericht – Entwicklungen in der Gesamtwirtschaft und im Energiesektor

Die globale Wirtschaftsleistung stieg 2016 nach ersten Schätzungen um ca. 2,5% über das Vorjahresniveau an. Das Bruttoinlandsprodukt in der Eurozone dürfte sich im vergangenen Jahr, insbesondere aufgrund der niedrigen Zinsen, der Abwertung des Euro und des niedrigen Ölpreises, voraussichtlich um 1,6% erhöht haben. Die Wirtschaftsleistung in Deutschland, der größten Volkswirtschaft des Währungsgebiets, wird wahrscheinlich im Jahresvergleich um ca. 1,9% gestiegen sein. Dabei hatte insbesondere der private Konsum einen positiven Einfluss.

Entwicklungen in der Energiewirtschaft – Witterung

Die Witterung spielt für die Energienachfrage und für die regenerative Erzeugung unseres Unternehmens eine wesentliche Rolle. Im vergangenen Jahr lagen die Durchschnittstemperaturen in Deutschland insgesamt unter den Werten des Vorjahres, jedoch oberhalb des langjährigen Mittelwertes. Das Windaufkommen befand sich 2016 unter dem Vorjahreswert und dem langjährigen

Mittel. Die solare Einstrahlung lag im Jahresverlauf unter der des Vorjahres, sowie unter der Einstrahlung des langfristigen Mittels

Strom- und Gasnachfrage

Vorläufige Berechnungen des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) lassen darauf schließen, dass der Stromverbrauch in Deutschland 2016 um 0,4% niedriger war als ein Jahr zuvor. Zu den wesentlichen Gründen dürften eine steigende Energieeffizienz und der Verlust von Marktanteilen im Wärmemarkt zugunsten von Gas zählen. Die deutsche Gasnachfrage lag mit voraussichtlich gut 10% über dem Vorjahreswert. Gründe dafür waren die vor allem während der Heizperioden kühlere Witterung im Vergleich zum Vorjahr, aber auch die deutliche Zunahme des Einsatzes von Erdgas für die Stromerzeugung.

Strompreise

Die Spotpreise an der Großhandels-Börse EEX sind im Jahr 2016 gegenüber dem Vorjahresdurchschnitt weiter gesunken und verringerten sich um 8% auf ca. 29 €/MWh (Base-Kontrakt) bzw. um 9% auf rund 32 €/MWh (Peak-Kontrakt). Diese Entwicklung kann in wesentlichen Teilen auf die Rohstoffpreistrückgänge sowie zunehmende Einspeisungen aus Windkraft- und Solaranlagen zurückgeführt werden. Im Endkundengeschäft tendierten die Strompreise leicht nach oben, denn diese werden in höherem Maße durch Netzkosten, Umlagen und Steuern bestimmt. Sowohl Haushaltskunden als auch Industrieunternehmen mussten im vergangenen Jahr 1% mehr bezahlen.

Gaspreise

Der Preis für Gasimporte nach Deutschland (BAFA-Preis) betrug 2016 rund 16 €/MWh und lag damit rund 24% unter den Preisen des Jahres 2015. Wesentliche Ursachen für diesen Preisrückgang sind gefallene Ölpreise, Vertragsrevisionen sowie der generell zunehmende Anteil von spotpreis-basierten Importen/erträgen im BAFA-Preis. Die Preise am niederländischen Spotmarkt TTF, dem kontinental-europäischen „Leitmarkt“, lagen mit einem Durchschnittswert von rund 14 €/MWh etwa 29% unter dem entsprechenden Vorjahreswert. Die Tarife für Haushalte fielen um etwa 3%, die Preise für Industriekunden lagen mit 15% deutlich unter denen des Vorjahres.

Wichtige Ereignisse des Jahres

Vision und Leitbild

EWW und regionetz leben fortgesetzt das in 2015 neu gestaltete Strategiepapier für die Unternehmensgruppe. Die Vision und das Leitbild fokussieren sich auf die Schwerpunkte Kunden, Produkte, Gemeinschaftsleistung, Mitarbeiter, Arbeitssicherheit sowie Klima- und Umweltschutz.

Konzession

In 2016 lief die Gaskonzession der Gemeinde Niederzier aus, die in der Neuvergabe erneut an EWW vergeben wurde. Darüber hinaus hat die EWW an der noch nicht abgeschlossenen Ausschreibung der Gaskonzession der Gemeinde Inden teilgenommen. Konzessionsverluste gab es in 2016 nicht. Die EWW hat sich des Weiteren am Ausschreibungsverfahren zur Wasserkonzession der Stadt Übach-

Palenberg beteiligt. Im Laufe des Verfahrens hat sich die EWW jedoch dazu entschlossen, von einer Abgabe eines finalen Angebotes abzusehen. Sie ist somit aus dem Bewerbungsverfahren ausgeschieden.

Erneuerbare Energien

Im Bereich der regenerativen Projekte wurden in 2016 zwei Großprojekte angegangen: Die Erweiterung des Solarparks der GREEN Solar Herzogenrath und die Beteiligung an der Innogy Windpark Eschweiler GmbH & Co. KG über eine gemeinsam mit der RURENERGIE GmbH neu gegründete Gesellschaft, die Windpark Eschweiler Beteiligungs GmbH. Green Solar Herzogenrath GmbH Die 45%ige Tochtergesellschaft der EWW erweiterte in 2016 ihren Anlagenpark in Herzogenrath. Hierbei wurde das Projekt einer zusätzlichen PV-Freiflächenanlage mit einer Leistung von ca. 4 MWel und einem Investitionsvolumen von ca. 3,8 Mio. € erfolgreich umgesetzt. Die Anlage ist im Dezember 2016 in Betrieb gegangen. Die Finanzierung erfolgt „off balance“ aus Sicht der EWW.

Windpark Eschweiler Beteiligungs GmbH

Innogy SE entwickelt mit der RWE Power auf dem Gebiet der Stadt Eschweiler einen Windpark mit insgesamt 13 Windenergieanlagen. Es ist geplant, dass der Windpark, bestehend aus den zwei Teilgebieten Eschweiler Nord (4 WEA, Anfang 2017) und Eschweiler Fronhoven (9 WEA, Ende 2017) in Betrieb geht. Das Investitionsvolumen beträgt ca. 64 Mio. Euro. Hierzu hat Innogy die Projektgesellschaft „Innogy Windpark Eschweiler GmbH & Co. KG“ gegründet. Am 01.02.2016 gründeten die EWW (60%) und die RURENERIE (40%) die „Windpark Eschweiler Beteiligungs GmbH“, mit dem Gesellschaftszweck des Haltens der Kommanditanteile der Innogy Windpark Eschweiler GmbH & Co. KG. Die Gesellschaft gewährleistet durch die Beteiligung die Bereitstellung von Eigen- und Fremdkapital in anteiliger Höhe der benötigten Investitionsmittel.

EWW Energiegenossenschaft & Render

Im Dezember 2016 wurde die EWW Energiegenossenschaft gegründet. Es handelt sich um einen Zusammenschluss von natürlichen bzw. evtl. zukünftig juristischen Personen in Form einer Bürgergenossenschaft zwecks Ausbau erneuerbarer Energien auf regionaler Ebene. EWW hat die Gründung unterstützt, hält aber derzeit keine Anteile an der Genossenschaft. Die Genossenschaft dient folgenden Zielen:

- 1.) Ausbau der dezentralen und ökologischen Energiegewinnung.
- 2.) Möglichkeit zur aktiven Teilhabe der Bürger an der Energiewende und dem Klimaschutz.
- 3.) Anlage- und Investitionsmöglichkeiten in lokale und regionale Energieprojekte.
- 4.) Steigerung der Akzeptanz von regenerativen Projekten in der Bevölkerung.
- 5.) Stärkung des Images der EWW als kundennaher Energieversorger mit ökologischem Anspruch.

Die Basis für die Gründung der Genossenschaft wurde in dem Projekt „Render“ – der Innovationsgruppe Regionaler Dialog Energiewende in der „Energie Region Aachen 2030“ – gelegt, in dem EWW das Pilotvorhaben, Entwicklung und Umsetzung einer Erneuerbaren Energie-Maßnahme mit Finanzierung durch eine Energiegenossenschaft betreut. EWW beteiligt sich für 4 Jahre durch einen Mitarbeiter an dem Forschungsvorhaben.

Externe Akquise von Privatkunden

Am 02.11.2016 startete die bundesweite externe Akquise von Privatkunden in 11 (Gas) bzw. 29 (Strom) Städten mit der bereits bei Gewerbekunden bundesweit eingesetzten Marke enerSwitch und je einem Gas- und Stromprodukt (angelehnt an EWVSTROM24 bzw. EWVGAS24). Mit den Vertriebskanälen: Homepage – die in der heißen Wechselphase des Jahres durch Suchmaschinenmarketing sowie Bannerwerbung auf einschlägigen Portalen promotet wird – Experten Service Points (ESP) für den persönlichen Verkauf sowie Verivox für den Verkauf über Wechselportale ist die EWW damit ab sofort auch im wettbewerbsträchtigen Discount-Segment aktiv.

Neues Produktportfolio

Im Segment der Privat- und Gewerbekunden wurde wie berichtet im November 2015 ein neues Produktportfolio für Gas und Strom eingeführt. Im Jahr 2016 wurden eine Reihe von Altprodukten durch das neue Portfolio abgelöst und die Kunden aktiv überführt. Hiervon betroffen waren die Produkte regiostrom 1+1, 2+2 und fix, regioerdgas 1+1, 2+2 und Plus sowie regiokombi 2+2. Die Marktlage ließ es zu, dass mehr Altprodukte eliminiert werden konnten als ursprünglich für 2016 geplant. Für 2017 ff. stehen die Überführungen der Produkte regiostrom basis, regiostrom natur, regioerdgas basis und regioerdgas fix an.

SAP

Zum 01.01.2015 haben EWW und regionetz SAP als ERP-System erfolgreich eingeführt. Auch im Jahr 2016 erfolgten weitere Anpassungen von Prozessen wie beispielsweise die Implementierung der digitalen Rechnungseingangsverarbeitung, die eine optimale Nutzung des SAP-Systems ermöglicht.

Ausgliederung eines steuerneutralen Teilbetriebes

EWW hat in 2015 Vorbereitungen getroffen, um netzrelevante Teile des EWW- Anlagevermögens (u.a. Strom- und Gasnetze) in das Eigentum der regionetz zu überführen. Das zwischen EWW und regionetz praktizierte Pachtmodell führt dazu, dass auf Ebene der regionetz dem Abzugskapital auf der Passivseite (z.B. Pensionsrückstellungen und andere personalbezogene Rückstellungen) kein regulatorisch anererkennungsfähiges Aktivvermögen gegenübersteht. Posten des Umlaufvermögens werden in der Regulierung nur innerhalb sehr enger Grenzen als betriebsnotwendig anerkannt, während Sachanlagen als Deckungsvermögen angerechnet werden. In der Folge hat regionetz ein negatives Eigenkapital, welches regulatorisch zu hohen negativen Eigenkapitalzinsen führt, die die anererkennungsfähigen Netzkosten reduzieren und somit zu einer Verringerung der Erlösobergrenze führen. Voraussetzung für die Umsetzung der Übertragung des Vermögens ist die steuerneutrale Übertragung zu Buchwerten von der EWW auf die regionetz. Die EWW hat im März 2016 ihr Umstrukturierungsvorhaben zur Ausgliederung eines steuerneutralen Teilbetriebes in Form einer verbindlichen Auskunft gemäß § 89 Abs. 2 Abgabenordnung (AO) beim Finanzamt Aachen eingereicht. Im Juni 2016 hat EWW die positiv beschiedene verbindliche Auskunft erhalten, dass die notwendigen Voraussetzungen, insbesondere hinsichtlich der Teilbetriebsqualität des übergehenden Geschäftsbereichs „Netze Strom und Gas“ erfüllt waren. Die verbindliche Auskunft wurde allerdings nur ertragssteuerlich neutral beschieden. Mit der Umstrukturierung waren auch Grundstücke zu

übertragen. Das Finanzamt wertete die geplanten Umwandlungsschritte im Wege der (partiellen) Gesamtrechtsnachfolge (hier: Ausgliederung von Vermögenswerten) nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 und 2 UmwG als grunderwerbsteuerbar. Mit Eintragung der Übertragung im Handelsregister am 17.08.2016 ist die Ausgliederung zur Aufnahme gem. § 123 Abs. 3 UmwG wirtschaftlich rückwirkend zum 01.01.2016 erfolgt. Im November ist ein entsprechender Grunderwerbssteuerbescheid für die Übertragung der Grundstücke im Rahmen der Ausgliederung ergangen. EWV hat einen Widerspruch gegen den Bescheid eingelegt.

Kooperationen Netzbetrieb

Die Anreizregulierung für das regulierte Netzgeschäft wird auch nach der anstehenden Novelle der Anreizregulierungsverordnung EWV und regionetz vor große Herausforderungen stellen. Neben der fortlaufenden Anpassung der Betriebs- und Kostenstrukturen steht die EWV gemeinsam mit ihrer Tochtergesellschaft regionetz zudem vor einer spürbaren demografischen Fluktuation in der Belegschaft, die eine erhebliche personalwirtschaftliche Aufgabe darstellt. Darüber hinaus erhöhen beispielsweise die Integration und Steuerung dezentraler Stromerzeugung aus EEG- Anlagen und die hinter den Schlagworten smart meter und smart grid stehenden Entwicklungen die technische Komplexität nochmals deutlich. Das know how und die Kompetenzen unserer Belegschaften müssen mit diesen Entwicklungen Schritt halten, was fortgesetzt erheblicher Anstrengungen bedarf. Schließlich werden die fehlenden Wachstumsoptionen im regulierten Netzgeschäft auch in Zukunft dazu führen, dass andere Netzbetreiber dem Kostendruck durch externes Wachstum über die Akquise von Netzen im Konzessionswettbewerb zu begegnen versuchen. Angesichts dieser Herausforderungen sehen sich Management und Belegschaft gemeinsam in der Verpflichtung tragfähige Zukunftskonzepte zu entwickeln. Im laufenden Jahr 2016 beschloss der Aufsichtsrat der EWV eine Fokussierung auf eine Kooperation mit einem angrenzenden Netzbetreiber. Seit Sommer erfolgt die Vorbereitung auf eine Kooperation zum 01.01.2018 in Form eines Umsetzungsprojektes. Finale Beschlüsse für die Kooperation in den entsprechenden Gremien der EWV sind im Laufe des Jahres 2017 (bis Herbst) zu erwarten.

2.3. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Zur Steuerung des operativen Geschäfts der EWV werden verschiedene Kennzahlen genutzt. Zu den finanziellen Leistungsindikatoren zählen insbesondere die Umsatzerlöse und das Jahresergebnis. Die jährlichen Investitionen in die Netzinfrastruktur erfolgen seit 2016 durch die regionetz und werden dort bilanziell abgebildet. Die Umsatzerlöse werden beeinflusst durch Mengen- und Preiseffekte. Während die Preise unter den gegebenen Wettbewerbsbedingungen von der Gesellschaft beeinflusst werden können, entzieht sich die Mengenkomponekte je Kunde weitestgehend dem Einfluss der EWV und wird vor allem durch Konjunktur und Witterung determiniert. Jahresergebnis: Die Kennziffer ist definiert als Jahresüberschuss nach Steuern. Das Jahresergebnis beträgt in 2016 22,3 Mio. Euro gegenüber 12,7 Mio. Euro im Vorjahr. Wobei das Geschäftsjahr 2016 durch die positiven Ergebniseffekte aus der Neubewertung der Pensionsrückstellung iHv gesamt 4,5 Mio. Euro und durch diesen Effekt mittelbar über die Ergebnisabführung der regionetz iHv 2,5 Mio. Euro geprägt war. Ohne diesen Ergebnisbeitrag würde das Ergebnis 15,3 Mio. Euro betragen. Die Entwicklung des Jahresergebnisses ist demnach höher als dies in der Prognose des Vorjahres (13,0 Mio. Euro) geplant

war. Investitionen: Durch die Netzübertragung der netzseitigen Infrastruktur in die regionetz erfolgen seit 2016 keine Netzinvestitionen mehr durch EWW. EWW investierte in 2016 2,3 Mio. Euro in den Bereichen immaterielle Vermögensgegenstände, Energiedienstleistungen und Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie iHv 6,2 Mio. Euro in Finanzinvestitionen (Vorjahr 13,9 Mio. Euro, geplant waren in 2015 für 2016 13,3 Mio. Euro). Durch die vollzogene Netzübertragung auf die regionetz GmbH ergab sich ein Aktivtausch. Hierbei nahmen die Buchwerte für die immateriellen Vermögensgegenstände und das Sachanlagevermögen iHv 136,1 Mio. Euro ab und der Buchwert für die Anteile an der regionetz GmbH inklusive der übertragenden Bau- und Hausanschlusskostenbeiträge und Rückstellungen um in Summe 113,3 Mio. Euro zu. Die Vorjahreswerte und die Planwerte in 2015 für 2016 basierten auf der Annahme, dass EWW Netzinfrastruktur-Eigentümer ist, welcher aber seit Anfang 2016 im Rahmen der Ausgliederung eines steuerneutralen Teilbetriebes die regionetz ist. Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren kommen aus dem nicht finanzbezogenen Bereich. Hier steuert die EWW den Vertrieb insbesondere über die Absatzmengen an Strom und Gas. In 2016 hat die EWW 693 GWh Strom (Vorjahr 595 GWh, geplant waren in 2015 für 2016 669 GWh) und 1.682 GWh Gas (Vorjahr 1.771 GWh, geplant waren in 2015 für 2016 1.755 GWh) abgesetzt.

Umsatz in den wichtigsten Geschäftsfeldern

Die Umsatzerlöse des Geschäftsjahres 2016 belaufen sich auf 264,6 Mio. Euro (Vorjahr: 286,2 Mio. Euro, jeweils nach Abzug von Energiesteuern). Davon entfallen auf den Stromverkauf 119,6 Mio. Euro (Vorjahr 108,3 Mio. Euro) und auf den Erdgasverkauf 89,1 Mio. Euro (Vorjahr: 96,0 Mio. Euro) sowie 2,2 Mio. Euro (Vorjahr: 2,3 Mio. Euro) auf die Wärmeversorgung und das Contracting. Mit dem Verteilnetzbetreiber regionetz wurden 39,1 Mio. Euro (Vorjahr: 63,6 Mio. Euro) an Pachtentgelten, Konzessionsweitergaben und Dienstleistungs- sowie Materialerlösen erzielt. Der Rückgang resultiert insbesondere aus geringeren Pachtentgelten für das Stromnetz. Die übrigen Umsatzerlöse betragen 14,6 Mio. Euro (Vorjahr: 16,0 Mio. Euro). Diese resultieren aus der Betriebsführung für die Wasserwerke, aus weiter berechneten Installationskosten, dem Betrieb von Straßenbeleuchtungsanlagen, dem Dienstleistungsgeschäft und der Auflösung von Baukostenzuschüssen.

Entwicklung im Stromsegment

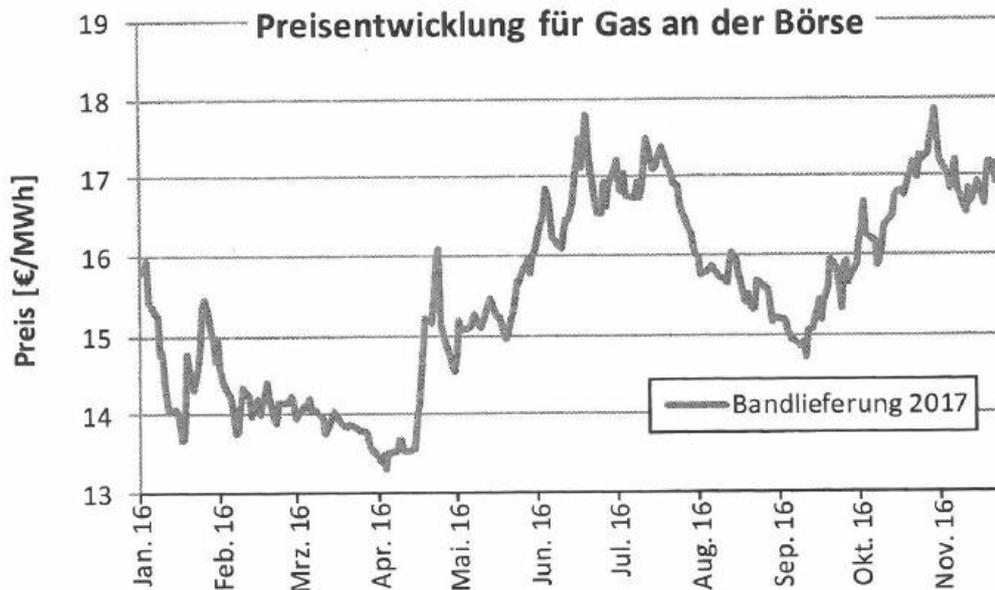
Zu Jahresbeginn setzte sich zunächst der fallende Preistrend aus dem Vorjahr fort. Die Großhandelspreise für Strom erreichten im Februar 2016 die tiefsten jemals notierten Preise. Ausgehend von einem Niveau von knapp unter 21 €/MWh für das Jahresband 2017 stiegen die Preise anschließend jedoch wieder an und stabilisierten sich ab Juni in einem Preisbereich zwischen 26 und 28 €/MWh. Zwischen Mitte September und Anfang November kam es dann – initiiert v.a. durch einen starken Anstieg der Kohlepreise – zu einem massiven Preisanstieg um bis zu 10 €/MWh bis auf knapp 36 €/MWh. Die anschließende Entspannung der teilweise überhitzten Marktsituation führte zwar zu einem Rückgang auf 30–32 €/MWh; als Fazit bleibt jedoch festzuhalten, dass sich die Strompreise am Jahresende auf einem höheren Niveau befinden als vor Jahresfrist. Die derzeitigen Terminpreise spiegeln die Erwartung wider, dass sich die Commodity- Preise für Strom in den kommenden Jahren auf dem heutigen Niveau stabilisieren könnten. Die Erfahrung aus diesem Jahr

zeigt aber auch, dass es jederzeit zu enormen Preisschwankungen und Ausreißern kommen kann. Analog der Beschaffungsstrategie der EWV wurden für das Jahr 2016 insgesamt 82 Einzelverträge über unterschiedlich große Teilmengen zu verschiedenen Zeitpunkten mit insgesamt 6 verschiedenen Lieferanten abgeschlossen. Die folgende Grafik zeigt den Jahresverlauf des Base-Produktes (Bandlieferung) für das Jahr 2017, gehandelt in 2016. Zum 01.04.2016 wurde eine Preisanpassung für Stromkunden durchgeführt. Gestiegene Vorkosten, insbesondere aus dem EEG-Anstieg, ließen sich nicht wie im Vorjahr durch Bezugskostensenkungen kompensieren. Die Preise für Fixpreiskunden wurden konstant gehalten. Negativ wirkte sich die Strompreiserhöhung auf das Kündigerverhalten aus. Erstmals wurden auch signifikante Kündigerzahlen bei Kunden festgestellt, die sowohl Strom- als auch Gasverträge kündigen. Insgesamt war die Anzahl der Versorgerwechsel in der Branche auf unverändert hohem Niveau. Eine Kompensation von Kundenverlusten durch Kundengewinne konnte bei der EWV nicht erreicht werden. Die Verträge mit Geschäftskunden werden unter Berücksichtigung der gegebenen Wettbewerbssituation (Preisdruck) und Orientierung an dem jeweiligen Niveau der Strombörse EEX verhandelt. Die Geschäftskunden-Positionierung mit der Marke „energyline“, unter der das gesamte Beratungs- und Dienstleistungsportfolio sowie die Produkte für den Commodity-Bereich zusammengefasst sind, wird weiter intensiv am Markt etabliert. Das über die Marke transportierte Image und die Leistungsspektren sollen insbesondere die weitere Ausrichtung im Energiedienstleistungsgeschäft stützen. Insgesamt stabilisiert sich das Gewerbe- und Geschäftskundensegment. So konnten insbesondere der Abwärtstrend bei den Gewerbekunden im Stammgebiet gestoppt und deutlich mehr Sondervertragskunden gewonnen werden als Kundenabgänge zu verzeichnen sind. Die enge Verzahnung des Commodity-Geschäfts mit dem Dienstleistungsgeschäft wird weiter vorangetrieben. Die Marke „Energyswitch“ ist für den externen Markt außerhalb der eigenen Konzessionsgebiete konzipiert worden und zielt bisher auf Gewerbekunden und kleinere Geschäftskunden ab. Der Kundenbestand von rd. 2.500 Kunden wird sukzessive über diverse Vertriebskanäle ausgebaut. Im Strom liegt die Absatzmenge an Endkunden 2016 bei 693 GWh und damit über der Abgabemenge des Vorjahres (595 GWh inkl. periodenfremd). Die Abweichung resultiert vor allem durch den Zugewinn von rd. 74 GWh (inkl. periodenfremd) an Key Account Kunden. Des Weiteren sank die Absatzmenge an Privatkunden um rd. 12,6 GWh (davon -13 operativ und +0,4 periodenfremd). Rd. 13,4 GWh/a ergaben sich durch Zugewinne bei der Marke „Energyswitch“. Die Stromabsatzmenge verteilt sich im Wesentlichen mit 238 GWh auf private Haushalte, 87 GWh auf Gewerbekunden sowie mit 367 GWh auf Geschäftskunden, Kommunen und Großkunden. Der Anstieg des Absatzes liegt dabei insgesamt ca. 1,4 % unterhalb der Prognose für 2016. Der Stromeinkauf erfolgte dabei zu 72 % über RWE und zu 28 % über fremde Händler.

Entwicklung im Erdgassegment

Im Verlauf des Jahres 2016 kam es am Großhandelsmarkt für Erdgas zu einem Preisanstieg. Ebenso wie am Strommarkt waren aber auch hier unterjährig Phasen deutlicher Preisrückgänge zu verzeichnen. Die tiefsten Marktpreise wurden am Ende des Winters, Anfang April, notiert. Die Gaspreise sind zwischen Juli und September gefallen und der nachfolgende Anstieg fiel nicht so drastisch aus wie bei Strom. Der Einfluss des weltweiten Leitenergieträgers „Rohöl“ wirkte sich in diesem Jahr nicht so deutlich aus wie in den Vorjahren. Der globale Ölmarkt ist nach wie vor von einer entspannten Angebotssituation geprägt, die auf politische und strategische Entscheidungen

der bedeutenden Förderländer zurückzuführen ist. Analog der Beschaffungsstrategie der EWW wurden für das Gaswirtschaftsjahr 2016/17 (01.10. bis 30.09. des Folgejahres) insgesamt 40 Einzelverträge mit unterschiedlich großen Teilmengen zu verschiedenen Zeitpunkten mit insgesamt 6 verschiedenen Lieferanten geschlossen.



Zum 01.10.2016 erfolgte im Privatkundengeschäft eine Preissenkung. Vorteile auf der Beschaffungsseite führten insbesondere für grundversorgte Kunden zu merklichen Preisreduzierungen. Die Kundenverluste bleiben trotzdem auf hohem Niveau. Im Neukundengeschäft wurden Kundengewinne durch steigende Flausanschlusskosten beeinträchtigt. Der Verkauf von Contractinganlagen verlief im dritten Jahr in Folge sehr erfreulich. Mit mehr als 70 Kunden wurden Contractingverträge abgeschlossen. Im Kundensegment Geschäftskunden bleibt es bei einer deutlichen Verstärkung des Wettbewerbs. So konnte der Verlust des größten Key-Account-Kunden ab dem 01.10.2016 nicht verhindert werden. Die Akquise von Kunden außerhalb des lokalen Umfelds wird zunehmend erfolgreicher. Es konnten im externen Gebiet höhere Kundengewinne im Gewerbekundenbereich erzielt werden. Hierzu hat der Ausbau weiterer Vertriebskanäle beigetragen. Im angestammten Gebiet ist es das Ziel, eine Balance zwischen Kundenverlusten und Kundenzugewinnen bei den Gaskunden zu erreichen. Dies ist in 2016 nur zum Teil gelungen. Die Gasabsatzmenge im Jahr 2016 verteilt sich mit 966 GWh auf private Haushalte, mit 133 GWh auf Gewerbekunden sowie mit 583 GWh auf Geschäftskunden, Kommunen und Großkunden. Die Erdgasabsatzmenge 2016 liegt mit rund 1.682 GWh insgesamt –89 GWh (–5 %) unter der des Vorjahres (1.771 GWh). Die Mengenabweichung resultiert überwiegend aus Kundenabgängen. Gegenüber der Prognose aus 2015 für 2016 wurden –73 GWh weniger abgesetzt, die i.W. aus höheren Kundenverlusten als budgetiert resultieren. Der Gasabsatz wurde dabei zu 27 % über RWE und zu 73 % über fremde Händler beschafft.

Jahresergebnis

Das Geschäftsjahr 2016 schließt mit einem Jahresüberschuss i.H.v. 22,3 Mio. Euro (Vorjahr: 12,7 Mio. Euro). Im Verhältnis zur Planung iHv 13,0 Mio. € demnach um 9,3 Mio. € erhöht. Wobei unter Berücksichtigung der Effekte aus der Pensionsrückstellungsbewertung iHv 7,0 Mio. €, welche in der damaligen verabschiedeten Planung keinen Eingang fand, das geplante Jahresergebnis um 2,3 Mio. € aus operativen Effekten und nicht aus Neubewertungen sich verbessert aufzeigt. Die Ertragslage wurde im Geschäftsjahr 2016 insbesondere von der Neubewertung der Pensionsrückstellungen beeinflusst. Durch die Bewertung der Verpflichtungen mit einem höheren Zinssatz ergab sich für die EWV ein positiver Ergebniseffekt iHv 4,0 Mio. Euro, welcher dazu führte, dass entgegen dem Vorjahr nicht 5,4 Mio. Euro Zinsaufwendungen aus der Bewertung dieser Verpflichtung erfasst wurden, sondern nur 1,4 Mio. Euro. Daneben wirkt sich dieser Effekt auch auf die hierdurch erhöhte Gewinnabführung durch die regionetz aus. Hierbei ergab sich ein Ergebniseffekt iHv 1,9 Mio. Euro. Ferner zeigt diese Ergebnisabführung entgegen dem Vorjahr keinen Aufwand iHv 15,1 Mio. Euro, sondern einen Ertrag iHv 3,8 Mio. Euro. Wesentlicher Grund hierfür ist die Netzübertragung, welcher die Ergebniseffekte aus dem Netzeigentum (Eigenkapitalverzinsung) in der regionetz entstehen lässt. Daneben ergaben sich schließlich im Geschäftsjahr Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen iHv 3,1 Mio. Euro. Die auf die wesentlichen Posten reduzierende Gewinn- und Verlustrechnung stellt sich wie folgt dar:

	2016		2015		Veränderung	
	TEuro	%	TEuro	%	TEuro	%
Umsatzerlöse	264.584	100	286.155	100	-21.571	-7,5
Materialaufwand	-193.715	-73,2	-189.157	-66,1	-4.558	-2,4
Rohergebnis	70.869	26,8	96.998	33,9	-26.129	-26,9
Andere betriebliche Erträge	4.125	1,6	3.180	1,1	945	29,7
Personalaufwand	-18.394	-7,0	-19.529	-6,8	1.135	5,8
Andere betriebliche Aufwendungen	-26.659	-10,1	-38.436	-13,4	11.777	30,6
Betriebsergebnis	29.941	11,3	42.213	14,8	-12.272	-29,1
Beteiligungsergebnis	4.327	1,6	-14.550	-5,1	18.877	100
Zinsergebnis	-2.346	-0,9	-6.094	-2,1	3.748	61,5
Steuerergebnis	-9.640	-3,6	-8.834	-3,1	-806	-9,1
Jahresüberschuss	22.282	8,4	12.735	4,5	9.547	75,0

Die Umsatzerlöse nahmen um 7,5% bzw. 21,6 Mio. Euro auf 264,6 Mio. Euro ab; im Verhältnis zur Planung iHv 280,9 Mio. € ergab sich eine Abnahme iHv 16,3 Mio. €. Wesentlicher Grund hierfür sind die gesunkenen Pächterlöse, welche aufgrund der Netzübertragung der zuvor im Eigentum der EWV stehenden Netze im Geschäftsjahr um 23,7 Mio. Euro abnahmen. Ferner zeigt sich ein Mengeneffekt im Gasgeschäft iHv 89 GWh, welcher in Kundenabgängen begründet ist. Dies führt dazu, dass die Gaserlöse von 96,0 Mio.Euro um -6,9 Mio. Euro (-7,2 %) auf 89,1 Mio. Euro abnahmen. Die GWh-Absatzmenge im Strom und damit die Stromerlöse stiegen von 108,3 Mio. Euro um 11,3 Mio. Euro

auf 119,6 Euro Mio. Euro (+98 GWh). Des Weiteren sanken vor allem witterungsbedingt leicht die Erlöse aus Fernwärme und Contracting um -0,1 Mio. Euro auf 2,2 Mio. Euro. Schließlich reduzierten sich die Materialerlöse und die Auflösung der Bau- und Hausanschlusskosten, welche aufgrund der Assetübertragung keinen Eingang mehr in den Erlösen hatten. Der Materialaufwand nahm unterproportional zu den Umsatzerlösen um 4,6 Mio. Euro (2,4%) auf 193,7 Mio. Euro zu. Die Strombezugskosten stiegen in Korrelation zu den erhöhten Verkaufsmengen um 6,6 %. Die Gasbezugskosten hingegen reduzierten sich in Korrelation zu dem gesunkenen Gasabsatz und den Einkaufspreisen um 13,2%. Die Netzentgelte nahmen im Stromsegment um 18,2% und im Gassegment um 1,7% zu. Die Erhöhung der Materialaufwendungen ist demnach nahezu ausschließlich auf erhöhte Netzentgelte zurückzuführen. Das Rohergebnis liegt im Geschäftsjahr bei 70,9 Mio. Euro (Vorjahr: 97,0 Mio. Euro) bzw. 26,8% der Umsatzerlöse und unterlag einer relativen Abnahme iHv 26,9%. Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten weit überwiegend Rückstellungsaufösungen iHv 3,1 Mio. € (Vj: 0,6 Mio. €). Der Personalaufwand beträgt 18,4 Mio. Euro und reduzierte sich um 5,8%. Wesentlicher Grund hierfür sind die reduzierten Zuführungen zu den Altersversorgungsverpflichtungen aus der Bewertung der Pensionsrückstellung Die Abschreibungen reduzierten sich um 9,1 Mio. Euro auf 2,3 Mio. Euro aufgrund der Assetübertragung. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen reduzierten sich um 2,5 Mio. Euro bzw. 9,2%. Wobei – unter Berücksichtigung der Vorjahresausweisänderung bezüglich der im Vorjahr unter dem außerordentlichen Ergebnis und nun in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesenen „BilMoG–Unterschiedsbetrag aus der Neubewertung der Pensionsrückstellungen“ – sich sogar eine Abnahme iHv 4,0 Mio. € aufzeigt. Wesentliche Gründe hierfür sind geringe Aufwendungen, welche aufgrund der Assetübertragung nicht mehr Vorlagen (zB Gebäudekosten, Versicherungen, Energiekosten, KFZ–Kosten etc.), geringe Arbeitnehmerüberlassungsaufwendungen und insbesondere reduzierte Provisionen. Demgegenüber stehen im Wesentlichen höhere Wertberichtigungen auf Forderungen. Das Betriebsergebnis nahm um 12,3 Mio. Euro von 42,2 Mio. Euro auf 29,9 Mio. Euro ab. Das negative Zinsergebnis beträgt 2,3 Mio. Euro (Vorjahr: 6,1 Mio. Euro) und resultiert im Wesentlichen aus dem Zinseffekt für die Bewertung der Pensionsrückstellung. Der Zinsaufwand im Geschäftsjahr beträgt hierfür 1,4 Mio. Euro (Vorjahr: 5,4 Mio. Euro). Die Zinsaufwendungen – resultierend aus der Kreditaufnahme – liegen im Geschäftsjahr unverändert bei 0,4 Mio. Euro. Die im Geschäftsjahr vollzogene steuerliche Betriebsprüfung führte iHv 0,7 Mio. Euro zu Zinsaufwendungen. Das Beteiligungsergebnis liegt ohne den Ergebnisabführungsvertrag mit der regionetz unverändert bei 0,5 Mio. Euro. Die Ergebnisabführung von der Verteilnetzbetreiber-Tochtergesellschaft, die regionetz, zeigt sich im aktuellen Geschäftsjahr mit einem Betrag iHv 3,8 Mio. Euro (Vorjahr – Verlustübernahme: 15,1 Mio. Euro). Diese deutliche Zunahme resultiert überwiegend aus dem im Zusammenhang mit der Netzübertragung wegfallenden Pacht und der nun bei der regionetz in den Netzentgelten vereinnahmten Eigenkapitalzinsen. Der Steueraufwand schlägt im Geschäftsjahr 2016 mit einem Betrag iHv 9,6 Mio. Euro (Vorjahr: 8,8 Mio. Euro) zu Buche. Die Steuerquote (Ertragssteuern/Ergebnis vor Ertragssteuern) beträgt im Geschäftsjahr 30,2% (Vorjahr: 41,00%). Wesentlicher Grund hierfür ist, dass die Neubewertung der Pensionsrückstellung steuerlich keine Relevanz hat. Ohne Berücksichtigung dieser Ergebnisbeiträge ergäbe sich eine Steuerquote iHv 38,7%. Die Umsatzrendite liegt im Geschäftsjahr bei 8,4 % (Vorjahr: 4,5 %) und konnte um 3,9 %-Pkt. gesteigert werden. Unter Berücksichtigung des Jahresergebnisses von 22,3

Mio. Euro wurde eine Eigenkapitalrendite (Basis: Eigenkapital zu Beginn des Geschäftsjahres) von 54,2 % (Vorjahr: 31,6 %) erzielt. Die EBIT Marge beträgt 11,3 % (Vorjahr: 14,8 %). Unter Berücksichtigung der Sondereffekte – Bewertung der Pensionsrückstellung, Netzübertragung und Rückstellungsaufösungen – konnte das Ergebnis stabil gehalten werden. Für das Geschäftsjahr 2017 wird vor dem Hintergrund der aktuellen Winterverhältnisse von einer stabileren Ertragslage ausgegangen.

2.6. Investitionen

Im Geschäftsjahr 2016 wurden Investitionen in Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände sowie in Finanzanlagen – ohne die per Buchwert erfolgte Ausgliederung der Strom- und Gasnetze in die regionetz GmbH – in Höhe 8,5 Mio. Euro (Vorjahr: 19,3 Mio. Euro inkl. Investitionen in die Netzinfrastruktur) getätigt. Bedingt durch den Übergang des Eigentums an der Netzinfrastruktur von EWW an regionetz zum 01.01.2016 hat die regionetz in 2016 die Investitionen in die Netzinfrastruktur durchgeführt. EWW Investitionen erfolgen in den Bereichen: Energiedienstleistungen, Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie Finanzinvestitionen. Bei den Investitionen in Energiedienstleistungen wurden 1,3 Mio. Privat- und Geschäftskunden investiert. Hierbei handelt es sich im Investitionen im Bereich des Anlagencontractings von Heiz- und Bereich der Finanzinvestitionen ist maßgeblich die Beteiligung Eschweiler Beteiligung GmbH mit 5,9 Mio. Euro zu nennen. Euro im Segment Wesentlichen um KWK-Anlagen. Im an der Windpark

2.7. Vermögenslage

Zusammengefasst stellt sich die Vermögenslage wie folgt dar:

	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%
Aktiva						
Anlagevermögen	142,6	84,7%	159,4	78,7%	-16,8	-10,5%
- davon Sachanlagen	12,6	7,5%	148,2	73,2%	-135,6	-91,5%
- davon Finanzanlagen	129,4	76,8%	10,2	5,0%	119,2	> 100,0%
Umlaufvermögen	25,7	15,3%	42,9	21,2%	-17,2	-40,1%
- davon Forderungen aus LuL	23,3	13,8%	39,2	19,4%	-15,9	-40,6%
Rechnungsabgrenzungsp.	0,1	0,1%	0,2	0,1%	-0,1	-50,0%
	168,4	100,0%	202,5	100,0%	-34,1	-16,8%
Passiva						
Eigenkapital	50,9	30,2%	41,1	20,3%	9,8	23,8%
Sonderposten	0,0	0,0%	10,9	5,4%	-10,9	-100,0%
Rückstellungen	76,4	45,4%	108,0	53,3%	-31,6	-29,3%
- davon Pensionsrückstellungen	52,1	30,9%	55,9	27,6%	-3,8	-6,8%
Verbindlichkeiten	41,1	24,4%	31,2	15,4%	9,9	31,7%
- davon ggüber Kreditinstituten	17,1	10,2%	9,7	4,8%	7,4	76,3%
Rechnungsabgrenzungsp.	0,0	0,0%	11,3	5,6%	-11,3	-100,0%
	168,4	100,0%	202,5	100,0%	-34,1	-16,8%

Die Bilanzsumme nahm um 34,1 Mio. Euro von 202,5 Mio. Euro auf 168,4 Mio. Euro ab. Der maßgebliche Effekt auf der Aktivseite liegt in der Reduzierung des Anlagevermögens und in der Abnahme der Forderungen aus LuL begründet. Auf der Passivseite folgt dieser Reduzierung aus der Abnahme der Sonderposten und de Rückstellungen. Der wesentliche Grund liegt in der Assetübertragung Die Anlagenintensität liegt bei 84,7% (Vorjahr 78 7%) Das Anlagevermögen zeigt

sich nun in den Anteilen an der regionetz GmbH. Wesentliche Das Umlaufvermögen sank um 17,2 Mio. Euro auf 25,7 Mio. Euro. Neben der Abnahme der Umsatzerlöse und der damit einhergehenden geringeren Forderungen wurde der Einzug der Abschläge im Geschäftsjahr zur Gänze im entsprechenden Geschäftsjahrvollzogen. Das Eigenkapital zeigt sich stark erhöht um 9,9%-Pkt. bei 30,2 % der Bilanzsumme. Die Rückstellungen sind geprägt von den Pensionsrückstellungen, welche zum Bilanzstichtag 52,1 Mio. Euro (55,9 Mio. Euro) betragen. Diese machen nahezu 30,9 % der Bilanzsumme aus. Die Verbindlichkeiten aus Kreditinstituten nahmen im kurzfristigen Bereich um 9,0 Mio. Euro zu und im langfristigen Bereich gemäß den Tilgungsplänen um 1,6 Mio. Euro ab.

2.8. Finanzlage

Die Gesellschaft unterhält Kreditlinien, welche temporär und für die saisonal stark volatilen Zahlungsmittelflüsse in Anspruch genommen werden. Im Geschäftsjahr war aufgrund der Profitabilität der Gesellschaft und aufgrund der frühzeitigen Vereinnahmung von adäquaten Kundenabschlägen sowie der bestehenden Kreditlinien das finanzielle Gleichgewicht zu jeder Zeit gewährleistet. Die nachstehende Kapitalflussrechnung zeigt die Zahlungsströme getrennt nach Cash- Flow aus operativem Geschäft, aus der Investition- und Finanzierungstätigkeit auf:

	in Mio. € in %			
Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	12,5	45,9	-33,4	-72,8%
Cash-Flow aus der Investitionstätigkeit	-7,6	-15,5	7,9	-51,0%
Cash-Flow aus der Finanzierungstätigkeit	-14,3	-13,9	-0,4	2,9%
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	-9,4	16,5	-25,9	> -100,0%
Stand Finanzmittelfonds zu Beginn des Geschäftsjahres	-2,0	-18,5	16,5	-89,2%
Stand Finanzmittelfonds am Ende des Geschäftsjahres	-11,4	-2,0	-9,4	> 100,0%

Im Geschäftsjahr 2016 betrug der Cash-Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit 12,5 Mio. Euro (Vorjahr: 45,9 Mio. Euro). Dieser positive Cash-Flow steht Zahlungsmittelabflüssen aus der Gewinnausschüttung iHv 12,5 Mio. Euro, der Tilgung von Krediten sowie Zinsen iHv 1,8 Mio. Euro sowie dem Saldo aus Einzahlungen aufgrund der Desinvestitionen und Auszahlungen für Investitionen ins Anlagevermögen iHv -7,6 Mio. Euro gegenüber. Der Cash-Flow aus der laufenden Geschäftstätigkeit wird zum einen in besonderem Maße durch die Kundenabschlagszahlungen im Tarifikundenbereich und zum anderen durch den Ablesetag und die damit einhergehenden Abrechnungstage der Jahresabrechnungen der Tarifikunden beeinflusst (rollierendes Abrechnungsverfahren). Die Abschlagszahlungen in diesem Kundensegment werden – basierend auf der Absatzmenge des zurückliegenden Jahres und des zum Zeitpunkt der Endabrechnung gültigen Verkaufspreises – für die nächste Abrechnungsperiode festgesetzt. Je nach Witterung im zurückliegenden Zeitraum kann die Abschlagszahlung für das tatsächliche Verbrauchsverhalten zu hoch oder zu niedrig ausfallen, dementsprechend sind die Auswirkungen auf die Finanzierung der Bezugskosten bei EWW. Darüber hinaus kommt das mögliche geänderte Preisniveau zum Tragen, welches erst mit der Endabrechnung realisiert wird und somit erst in künftigen Abschlagszahlungen berücksichtigt wird. Insgesamt unterliegt das Geschäft massiven Zahlungsstromschwankungen aus divergierenden Ein- und Auszahlungen. Durch die vorliegende Kreditlinie werden diese Zahlungsstromschwankungen gedeckt.

2.9. Personal- und Sozialbereich

Im Geschäftsjahr 2016 beschäftigte die EWV durchschnittlich 216 (Vorjahr: 212) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Am Ende des Geschäftsjahres befanden sich bei EWV 29 Menschen in einer Erstausbildung. Ausgebildet wurde in den Berufen

- Industriekauffrau/-mann,
- Industriekauffrau/-mann mit integriertem Studium (PLuS),
- Industriekauffrau/-mann mit geförderttem Studium an der FOM,
- Industriekauffrau/-mann in verkürzter Ausbildung (2-jährig/“Switch“),
- Kaufmann/-frau für Büromanagement,
- Elektroniker/in für Betriebstechnik und
- Elektroniker/in für Betriebstechnik mit integriertem Studium (PLuS).

Im Berichtsjahr wurde eine Vielzahl von Berufsfelderkundungen, Schülerbetriebspraktika, Fachpraktika, Bachelor- und Masterarbeiten sowohl im kaufmännischen als auch im gewerblichen Bereich angeboten. An ehemalige Mitarbeiter und deren Flinterbliebene wurden im Geschäftsjahr 3,6 Mio. Euro an Versorgungsbezügen gezahlt. Die Anzahl der Versorgungsempfänger (inkl. Der Versorgungsempfänger, die ausschließlich über die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) versorgt werden) belief sich auf 467.

Personalentwicklung

Im Jahr 2016 wurde mit der Entwicklung eines EWV konzernweiten Kompetenzmodells begonnen. Dieses soll als künftige Grundlage für strategische Entscheidungen und Entwicklungen im Personalbereich dienen. Mit dem Führungskräftenachwuchs-Programm konnten wir in 2016 zum wiederholten Male unsere neuen Führungskräfte im Unternehmen willkommen heißen. Das Führungskräftenachwuchs-Programm dient im Wesentlichen dazu, die Kultur des Konzerns kennen zu lernen, ein einheitliches Führungsverständnis zu entwickeln und moderne Methoden der Personalführung zu erlernen. Gleichzeitig können sich unsere neuen Führungskräfte vernetzen.

Arbeitsschutz und Gesundheitsschutz

Im Jahr 2016 wurde der Schwerpunkt „Umgang mit psychischer Belastung“ fortgeführt. Dazu wurden alle Führungskräfte im Thema „Gesund führen“ geschult. Darüber hinaus konnten die Mitarbeiter auf freiwilliger Basis an Schulungen zum Thema Resilienz teilnehmen. Diese Möglichkeit wurde rege wahrgenommen. Zur Prävention wurde in Zusammenarbeit mit einer ortsansässigen Krankenkasse ein Gesundheitstag angeboten. An diesem Tag konnten alle Beschäftigten an verschiedenen Workshops und Vorträgen zur gesunden Ernährung in stressigen Situationen, Wertschätzung und Glück teilnehmen. Auch eine Anregung zur bewegten Pause wurde geboten. Die Aufenthaltsräume in den Dienststellen Eschweiler und Stolberg wurden gesundheitsgerecht und freundlicher gestaltet. Außerdem wurde ein Arzt- bzw. Ruheraum, sowie eine flexibel überdachte Sitzgelegenheit im Außenbereich in Eschweiler geschaffen. Im Zug des Wiederbezuges eines bisher vermieteten Gebäudeteils in Stoibeg wurden die Büros ergonomisch optimal ausgestattet. Seit 2016 gibt es bei EWV eine Konfliktberatung, die von allen Mitarbeitern in Anspruch genommen werden kann.

2.10. Klima- und Umweltschutz

Klima- und Umweltschutz sind für EWW Aufgaben mit hoher Priorität. Deshalb fördert EWW den Ausbau umweltfreundlicher Energie und den effizienten Umgang mit Erdgas, Strom und Trinkwasser. EWW berät mit seinem Beratungsnetzwerk verstärkt zu den Themen Energieeinsparung, effiziente Technologien, Elektromobilität und erneuerbare Energien aktiv auf Veranstaltungen, Messen und in den Beratungszentren und Rathäusern der Region. Darüber hinaus gibt es für Privatkunden ein attraktives begleitendes Förderprogramm.

2.11. Tätigkeitenabschlüsse

Die EWW erbringt nach der Assetübertragung der Strom- und Gasnetze auf die regionetz GmbH keine Tätigkeiten mehr im Sinne des EnWG, sodass ab dem Geschäftsjahr 2016 keine Tätigkeitsabschlüsse mehr zu erstellen sind.

3. Nachtragsbericht

Es sind keine Ereignisse nach dem Stichtag eingetreten, die einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben. Zukünftig wird der Nachtragsbericht gemäß BilRUG ausschließlich im Anhang abgebildet.

4. Chancen- und Risikobericht

4.1. Risikomanagement

Bei EWW ist das Risikomanagementsystem auf Basis der RWE-Konzernrichtlinie „Risikomanagement“ aufgebaut. Ziel dieses Systems ist es, mögliche Risiken für die Gesellschaft durch unternehmenseinheitliche Regelungen rechtzeitig zu identifizieren und entsprechend gegenzusteuern. Im Rahmen der Prozesse sollen aber auch Chancen und das damit einhergehende Ergebnispotenzial erkannt und genutzt werden. So wird das systematische Risikomanagement von EWW als aktives Instrument der Risikosteuerung sowie als integraler Bestandteil der Unternehmensführung genutzt. Im Rahmen des Systems werden die Risiken des laufenden Wirtschaftsjahres untersucht und bewertet. Ergebnis dieser Untersuchungen ist ein aktualisiertes Risikoportfolio, welches potenzielle und/oder unternehmensgefährdende Risiken beinhaltet. Relevant im Sinne des Risikomanagementsystems sind solche Risiken, die im Rahmen der Mittelfristplanung nicht oder nur teilweise berücksichtigt und insofern mit einer relativ höheren Unsicherheit behaftet sind. Der Umgang mit den im Rahmen des Risikomanagementprozesses identifizierten und nach Kategorien zusammengefassten Risiken wird nachfolgend beschrieben.

4.2. Absatzmarktrisiken

Im Bereich Gas wirken milde Winter reduzierend auf die Absatzmenge. Das Einspar- und Substitutionsverhalten der Kunden im Strom- und Wärmemarkt, sowie die zunehmende Strom-Eigenproduktion durch Solaranlagen auf Dächern führen darüber hinaus zu einem stetig steigenden Absatzverlust. Ergänzt wird dieses Absatzrisiko durch konjunkturelle Absatzrisiken sowie abnehmenden Kundenzahlen und reduzierter Margengenerierung bedingt durch steigenden Wettbewerb.

4.3. Beschaffungsmarktrisiken

Zum Management der Risiken der Energiebeschaffung wird ein spezielles Risikohandbuch verwendet. Hier werden die Beschaffungsstrategien abgebildet und Mengen- und Preisrisiken beschrieben und bewertet. Damit können die Chancen der Großhandelsmärkte bei begrenztem Risiko genutzt werden. Das begleitende, regelmäßig tagende Risikokomitee überwacht die Einhaltung der Vorgaben und analysiert, bewertet und steuert die Risiken. Die für das Jahr 2017 benötigten Strom- und Gasmengen wurden überwiegend bereits im Laufe der Jahre 2014 bis 2016 zu marktgerechten Preisen gekauft. Im Sinne einer Risikodiversifikation wurden Geschäftsabschlüsse mit verschiedenen Lieferanten zu unterschiedlichen Kaufzeitpunkten durchgeführt. Als Ergebnis eines professionellen Portfoliomanagements wurden einerseits standardisierte Handelsprodukte beschafft und andererseits auch speziell auf die Bedürfnisse der EWV angepasste Produkte gekauft. Für die Lieferjahre 2018 bis 2020 sind ebenfalls bereits Mengen entsprechend der Risikodiversifikation beschafft worden.

4.4. Betriebsrisiken

Betriebsrisiken können aus betrieblich-technischen Einflüssen entstehen, die die Leistungsfähigkeit des Unternehmens behindern. Die unternehmerische Tätigkeit bringt eine Vielzahl von operativen Prozess- und Projektrisiken mit sich. Beispiele hierfür sind ungeplante Betriebsunterbrechungen im Netz-, EDV- oder administrativen Bereich. Trotz Einleitung von Maßnahmen zur Risikovermeidung sind Betriebsrisiken jedoch nie gänzlich ausschließbar. Generell schützt die EWV sich gegen Risiken, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der unternehmerischen Tätigkeit stehen, durch adäquate Versicherungen. Haftungsrisiken sind durch eine entsprechende Betriebshaftpflichtversicherung abgedeckt.

4.5. Finanzrisiken

Finanzrisiken beinhalten Liquiditäts-, Preis- und Adressausfallrisiken sowie Zahlungsstromschwankungen. Sie können aus Finanztransaktionen im operativen Geschäft, der Finanzierungstätigkeit der EWV und der Wertveränderung von Bilanzposten resultieren. Die Risiken werden durch den kaufmännischen Bereich der EWV und dessen interne Sicherungssysteme durch monatliche Reportings und Kennzahlenanalysen laufend überwacht. Die von der EWV voraussichtlich benötigten Kreditlinien wurden und werden von den Banken jederzeit zur Verfügung gestellt. Das Beteiligungsergebnis steht in Abhängigkeit von der künftigen Entwicklung der Beteiligungsgesellschaften; nennenswerte Ergebnisrückgänge sind nicht auszuschließen, werden aber derzeit nicht erwartet. Diesem Risiko begegnet die Gesellschaft durch ein implementiertes internes Kontrollsystem und der laufenden Überwachung der Beteiligungen.

4.6. Umfeldrisiken

Es bestehen nicht beeinflussbare Umfeldrisiken aufgrund von regulatorischen Einflüssen, durch die Energiepolitik, durch Marktveränderungen oder aufgrund gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen. Dabei bestehen zwischen Umfeldrisiken im regulatorischen Bereich und Absatzmarktrisiken enge wechselseitige Beziehungen. Durch die Regulierungspraxis der Bundesnetzagentur drohen weiterhin negative Einflüsse auf das Betriebsergebnis. Im Rahmen des

Risikokomitees werden aktuelle Risiken untersucht und adäquate Gegenmaßnahmen beschlossen. Ebenso führen die Regelungen des EEG (Erneuerbares Energien Gesetz) zu fortwährenden Kostensteigerungen im Stromsegment in Folge des Kostenwälzungsmechanismus bei der Förderung des Ausbaus der neuen Energien (Einspeisevergütung und in Folge EEG Satz). Diese Kostensteigerungen können z.T. durch den EWW Vertrieb nur begrenzt im Markt weitergeben werden. In Folge der Förderung der dezentralen Stromerzeugung wächst insbesondere der Ausbau der Erneuerbaren Energien und damit der Grad der Eigenproduktion bzw. des Eigenverbrauchs. Damit sinkt der Stromabsatz im Bestandskundensegment.

4.7. Risiko-Portfolio

Zweimal jährlich wird das Risiko-Portfolio der EWW aktualisiert und dem Risikokomitee innerhalb des Führungskreises der EWW vorgestellt. Dieses Portfolio wird als Matrix dargestellt, bestehend aus den Dimensionen

- Eintrittswahrscheinlichkeit des potenziellen Schadens (in Prozent) in den Ausprägungen:
 - Niedrig (>1 bis 10 %)
 - Mittel (>10 bis 20%)
 - Hoch (>20 bis 50 %)
 - Sehr Hoch (>50 bis 100%)

und

- Schadensklasse im Verhältnis des betrieblichen Ergebnisses in den Ausprägungen:
 - Gering (0 bis 10 %)
 - Mittel (>10 bis 20%)
 - Schwerwiegend (>20 bis 50 %)
 - Kritisch (>50 %)
 - Existenzbedrohend (ohne %-Angabe).

Die Wesentlichkeitsgrenze wurde für die EWW auf 1,2 Mio. Euro p.a. festgelegt. Ferner wurde in 2015 beschlossen, nur noch Risiken ab einer Nettoschadenshöhe von 0,5 Mio. Euro oder einer Eintrittswahrscheinlichkeit > 50 % im Risikokatalog zu erfassen. Grundsätzlich werden im Risiko-Portfolio der EWW nur Risiken dargestellt, die weder in der Planung noch durch bilanzielle Vorsorgemaßnahmen berücksichtigt worden sind. Folgende Risiken wurden als wesentlich eingestuft:

1. Weitergabe von gesetzlichen Preisbestandteilen in Verträgen nicht möglich (Schadensklasse „Gering“ und Eintrittswahrscheinlichkeit „Mittel“), (1,2 Mio. Euro) Mit In-Kraft-Treten der Niederspannungsanschlussverordnung (NAV) am 08.11.06 ist die Verordnung über Allgemeine Bedingungen für die Elektrizitätsversorgung von Tarifkunden (AVBEltV) außer Kraft getreten. Dadurch besteht eine hohe Wahrscheinlichkeit dafür, dass der im Wege von Allgemeinen Geschäftsbedingungen vereinbarte Haftungsmaßstab nach Ablauf einer sechsmonatigen Übergangsfrist, unwirksam ist. Betroffen sind Verträge außerhalb des Anwendungsbereiches der Niederspannungsanschlussverordnung (NAV) also außerhalb der Niederspannung. Bei Kunden, die das Anpassungsbegehren und die Verträge zurückweisen, kann ein konkludentes Verhalten mit

Sicherheit nicht unterstellt werden. Im Falle einer Versorgungsstörung, die regionetz als Netzbetreiber zu verantworten hat, würde regionetz diesen Kunden gegenüber unbegrenzt gemäß BGB haften.

2. Absinken der spezifischen Margen Gas (Schadensklasse „Gering“ und Eintrittswahrscheinlichkeit „Niedrig“), (1,0 Mio. Euro) Durch Einsparverhalten, Substitution von Erdgas durch andere Energieträger, Investitionen in Wärmedämmung und Energietechnik sowie durch den allgemeinen Temperaturanstieg (Gas) besteht das Risiko, dass die Margen sinken.

3. Politische Krisen (Schadensklasse „Gering/Mittel“ und Eintrittswahrscheinlichkeit „Niedrig“), (2,0 Mio. Euro) Hier besteht das Risiko, dass aus aktuellen Krisenregionen der Erde infolge politischer Instabilitäten die Erdgaslieferungen nach Deutschland eingeschränkt oder gar gestoppt werden.

4. Kartellrechtliche Risiken (Schadensklasse „Gering“ und Eintrittswahrscheinlichkeit „Niedrig“), (1,5 Mio. Euro) Allgemeine kartellrechtliche Risiken sind mittelfristig im Segment Wärmespeicherkunden nicht ganz auszuschließen.

4.8. Gesamtrisiko

Die Überprüfung des gegenwärtigen Risikoszenarios führt zu der Erkenntnis, dass im Geschäftsjahr keine den Fortbestand des Unternehmens gefährdenden Entwicklungen bestanden haben und aus heutiger Sicht auch in absehbarer Zukunft nicht erkennbar sind.

5. Prognosebericht und Chancen

5.1. Entwicklungen in der Gesamtwirtschaft und im Energiesektor

Für das Jahr 2017 geht die Gesellschaft von einem normalen Temperatur- und Absatzverlauf aus. Bei der Energieart Strom wird im Bereich Wärme (Nachtspeicherheizung) ebenfalls von einem normalen Temperaturverlauf ausgegangen. Besondere konjunkturelle Effekte für 2017 werden nicht unterstellt. In Zukunft wird es Aufgabe der EWW sein, die Kunden bei der Energiewende zu begleiten, und die sich bietenden Chancen bei dem Umbau des Energiemarktes durch ein Angebotsportfolio adäquater Leistungen und Produkte zu nutzen.

5.2. Strategische Entwicklung der EWW

Auf- und Ausbau neuer Geschäftsfelder

Im Jahr 2016 hat EWW den Ausbau der „neuen“ Geschäftsfelder Dienstleistungen, Kraft-Wärme-Kopplung und erneuerbare Energien weiter vorangetrieben. Im Geschäftskundensegment wurden für rund 1 Mio. € Contractingprojekte im Bereich von Heizungs- und KWK-Anlagen akquiriert und umgesetzt. Darüber hinaus wurde bei einer Reihe von Kunden das Energiemonitoringsystem EMSO mit begleitendem Messstellenkonzept eingeführt bzw. umgesetzt, mit dem sich der Energieverbrauch aufgeschalteter Messstellen überwachen und steuern lässt. Für 12 Kunden mit insgesamt rund 50 Niederlassungen wurden Energieaudits gemäß §8 EDL-G (Energiedienstleistungs-Gesetz) durchgeführt. Auch der Dienstleistungsvertrieb im Privat- und Gewerbekundensegment wurde weiter ausgebaut. Hier werden neben dem Heizungsanlagen-Contracting, PV Anlagen nebst Speicher sowie Ladestationen für Elektromobilität vermarktet. Entgeltliche Beratungsdienstleistungen werden außerdem mit steigenden Beratungszahlen über das

Beratungszentrum effeff.ac in Aachen angeboten. Das Geschäftsfeld Elektromobilität verspricht in naher Zukunft – aufgrund umweltpolitischer Rahmenbedingungen und der damit verbundenen vermehrten Ausrichtung der Automobilkonzerne auf E-Fahrzeuge – eine zunehmend positive Entwicklung. EWW erfüllt mit den im Konzernumfeld verfügbaren Leistungen und Produkten die Grundvoraussetzungen für eine Teilhabe an der Entwicklung.

Kooperationen

Im Bereich der erneuerbaren Energien werden gemeinsam mit der GREEN Projekte im Bereich Wind und Photovoltaik entwickelt sowie Dienstleistungen vermarktet. Die Marktpartnergruppen Elektro, SHK, Bezirksschornsteinfeger, Architekten/beratende Ingenieure und Großhändler sind in der regioenergiegemeinschaft, einer in den Gebietskörperschaften Städteregion Aachen, Kreis Heinsberg, Kreis Düren agierender Energiegemeinschaft, organisiert. EWW ist gemeinsam mit den Stadtwerken Jülich Gründungsmitglied der Marktpartnergemeinschaft und stellt den Vorsitzenden des Vorstands. Die STAWAG ist in einem zweiten Schritt ebenfalls der Marktpartnergemeinschaft beigetreten. Das im Oktober 2011 durch die regioenergiegemeinschaft mit Unterstützung der drei Energieversorger EWW GmbH, Stadtwerke Aachen AG und der Stadtwerke Jülich GmbH und dem regionalen Handwerk eröffnete Beratungszentrum effeff.ac in Aachen ist gut im Markt etabliert. Das Beratungs- und Vertriebsnetzwerk bietet den privaten Kunden ein umfangreiches Leistungsspektrum. Den beteiligten Handwerkern dient das effeff als Auftragsvermittlungsplattform. Die Zahl der Kundenberatungen und der Umfang der vermittelten Leistungen steigt stetig. Ebenso steigt die Zahl der Marktpartner. EWW ist u.a. mit 6,58 % der fünftgrößte kommunale Anteilseigner der Green GECCO Beteiligungsgesellschaft GmbH & Co. KG, die zu 49 % an der Green GECCO GmbH & Co. KG beteiligt ist. Mehrheitsgesellschafter, mit einem Anteil von 51 %, ist RWE Innogy GmbH. Insgesamt betreibt Green GECCO GmbH & Co. KG 5 große Windparks (Schottland (An Suidhe), Schleswig-Holstein (Süderdeich und Hörup), Niedersachsen (Düshorner Heide) und Nordrhein-Westfalen (Titz)) fortgesetzt. Neue Projekte sind nicht geplant.

5.3. Ausblick

Konjunktur

Nach ersten Prognosen wird die globale Wirtschaftsleistung 2017 voraussichtlich um rund 3% steigen. Die konjunkturelle Erholung des Euro-Raums dürfte sich im Prognosezeitraum voraussichtlich fortsetzen und das Bruttoinlandsprodukt um rund 1,5% steigen. Vergleichbar dazu scheinen die Perspektiven für die deutsche Volkswirtschaft zu sein: Nach einem Wachstum von 1,9% in 2016 hält der Sachverständigenrat für 2017 einen weiteren Anstieg der Wirtschaftsleistung im Bereich von 1,3% für möglich. Stimulierende Impulse werden insbesondere durch die robuste Beschäftigungssituation und die gestiegenen verfügbaren Einkommen erwartet, die den privaten Konsum weiter ansteigen lassen sollten.

Strom- und Gasnachfrage

Nachdem die Temperaturen im Jahr 2016 über dem langjährigen Mittel lagen, dürfte im Fall eines Jahres 2017 mit normalen Temperaturen der witterungsabhängige Teil der Gas- und Stromnachfrage stimuliert werden. Der konjunkturabhängige Teil der Strom- und Gasnachfrage sollte aufgrund der

Wirtschaftswachstumsaussichten das Vorjahresniveau überschreiten. Diesen Impulsen werden voraussichtlich wieder dämpfende Einflüsse eines immer effizienteren Energieeinsatzes gegenüberstehen. Ein positiver Einfluss auf die Gasnachfrage ist im Hinblick auf die erwartete Entwicklung der CO₂- und Kohlepreise bei gleichzeitig relativ günstigen Gaspreisen zu erwarten, die die Wirtschaftlichkeit des Einsatzes von Gas in der Stromerzeugung weiterhin unterstützen sollte.

Energiepreise

Bei den international gehandelten Commodities Öl und Kohle notieren die Forward- Kontrakte für das Jahr 2017 bei zuletzt (04.01.2017) rund 57 \$/bbl bzw. 69 \$/t und damit etwa 31% bzw. 15% über den Preisniveaus des Jahres 2016. Gas-Forwardkontrakte (TTF) für 2017 werden zur Zeit mit rund 18 €/MWh und somit rund 28% über dem Spotpreis-Niveau des Vorjahres bewertet. Auch für CO₂-Zertifikate werden aktuell höhere Preise erwartet: Forwards für 2017 liegen mit 5,7 €/t rund 7% über den durchschnittlichen Spotmarkt-Preisen von 2016. Im Strommarkt notiert der Base-Forwardkontrakt mit durchschnittlich rund 33 €/MWh ca. 14% über den durchschnittlichen Spotmarkt-Preisen von 2016, während der Peak-Forwardkontrakt mit knapp 41 €/MWh rund 28% über dem durchschnittlichen Peakpreis des vergangenen Jahres liegt.

EWW Schwerpunkte

Das Jahr 2017 wird sehr stark durch die anstehende Kooperation im Netzbereich geprägt sein. Die geplante Kooperation führt nicht nur gesellschaftsrechtlich, sondern auch operativ zu deutlichen Veränderungen bei EWW. Nach dem Zielmodell der Kooperation wird die EWW in der Rolle des kaufmännischen Betriebsführers inkl. der Personalbetreuung und Abrechnung, sowie in der Rolle eines ausgeprägten IT Dienstleisters eine völlig neue Ausrichtung bekommen. Im Rahmen der Kooperation ist hierfür eine Migration des kooperierenden Netzbetriebes auf das SAP System der EWW geplant. Im Gegenzug wird der Teil der Netzabrechnung der heutigen regionetz zum Dienstleister des kooperierenden Netzbetreibers übergehen. Die Bindung unserer Kunden durch ein sehr gutes Image, exzellenten Service, wettbewerbsfähige Produkte und Dienstleistungen, sowie die Entwicklung unserer Kunden durch „up-selling“ und „cross-selling“ stehen im Mittelpunkt der vertrieblichen Arbeit. Die dazu benötigten detaillierten Kenntnisse über die Bedürfnisse der Kunden, den Grad ihrer Zufriedenheit mit den EWW-Produkten und Leistungen werden sukzessive erarbeitet und/oder ausgebaut. Weitere Optimierungen im Produkt- und Leistungsportfolio sowie bei den Vermarktungs-, Einkaufs- und Verkaufsprozessen sind geplant. Durch die konsequente Intensivierung der Vertriebsarbeit wird der Ansatz verfolgt, jeden Kundenkontakt und jede Referenz aktiv als vertriebliche Chance nutzen. Der Vertrieb verfolgt das Ziel, die Kundenbasis und den Produktverkauf in allen Kundensegmenten innerhalb und schrittweise außerhalb der Region auszubauen. Dazu wurden neue Vertriebskanäle erschlossen und effiziente Prozesse entwickelt. Das Prozessmanagement der vertrieblichen Kern- und Subprozesse wurde dazu weiter optimiert. Die Digitalisierung beeinflusst zunehmend die Geschäftsprozesse und die Marktbearbeitung der EWW. Die Digitalisierung von Prozessen soll ein wesentliches Instrument zur Verbindung von Kundenorientierung und Effizienz sein. Deshalb engagiert sich EWW in dem regionalen „Digital Hub“ und bei konzernweiten Digitalisierungsprojekten. In den Bereichen der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz wird die Rolle als Projektierer, Produzent, Investor, Dienstleister oder

Vermarkter gestärkt und weiter ausgebaut. Die Umsatzerlöse der EWW werden auf Grundlage der Planung und der in ihr verarbeiteten Absatzerwartungen in 2017 250,7 Mio. Euro betragen. Der Rückgang der Umsatzerlöse resultiert u.a. aus einem sinkenden Gasabsatz. Für 2017 ist geplant, 697 GWh Strom und 1.532 GWh Gas abzusetzen. Dabei wird in 2017 mit Stromerlösen i.H.v. 119,1 Mio. Euro und Gaserlösen i.H.v. mit 80,2 Mio. Euro geplant. Das Ergebnis der regionetz ist in der Planung für 2017 mit 2,5 Mio. Euro unterstellt. Der Jahresüberschuss (ausschüttungsfähiges Ergebnis nach Steuern) wird in 2017 gemäß Planung ca. 13,5 Mio. Euro betragen. EWW strebt in 2017 an, ca. 3,3 Mio. Euro zu investieren

6. Öffentliche Zweckerfüllung

Aufgabe der EWW ist die Sicherstellung der Versorgung mit Energie, Wasser und Wärme im Versorgungsgebiet. Darüber hinaus trägt die EWW Verantwortung als Arbeit- und Auftraggeber in der Region. Die EWW hat sich im Geschäftsjahr 2016 erfolgreich den vorgenannten Aufgaben gestellt.

Stolberg, den 30. Januar 2017

EWW Energie- und Wasser-Versorgung GmbH

Die Geschäftsführung

Manfred Schröder

enwor - energie & wasser vor ort GmbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziel

Gegenstand des Unternehmens ist die Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wasser und Wärme, die Durchführung aller damit im Zusammenhang stehenden Dienstleistungen, die Übernahme der Betriebsführung von Ver- und Entsorgungsunternehmen sowie die Errichtung, der Erwerb und der Betrieb der hierzu erforderlichen Anlagen. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an anderen Unternehmen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe erwerben, errichten oder pachten sowie Unternehmens- und Interessengemeinschaften eingehen. Enwor ist Wasserversorger in den Städten Herzogenrath, Würselen, Alsdorf, Baesweiler, Stolberg, Übach-Palenberg sowie Teilen von Eschweiler und Roetgen und versorgt ca. 270.000 Menschen dieser Region mit einwandfreiem Trinkwasser. Im Gebiet der Stadt Herzogenrath ist enwor auch Gasversorger und versorgt dort ca. 20.000 Einwohner mit Erdgas. In den Städten Herzogenrath und Würselen versorgt enwor ca. 85.000 Menschen mit Strom.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, so vertritt dieser die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer gemeinschaftlich oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Über die Bestellung und Abberufung der Geschäftsführer beschließt die Gesellschafterversammlung.

Aufsichtsrat:

Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat, der aus 17 Mitgliedern besteht. 16 Mitglieder des Aufsichtsrates werden wie folgt von den einzelnen Gesellschaftern in den Aufsichtsrat entsandt: Der Städteregionsrat der StädteRegion Aachen sowie 9 weitere vom Städteregionstag zu wählende Mitglieder, der Bürgermeister der Stadt Herzogenrath sowie 3 weitere vom Stadtrat zu wählende Mitglieder, der Bürgermeister der Stadt Würselen sowie ein weiteres vom Stadtrat zu wählendes Mitglied. Der Vorsitzende des Betriebsrates der Gesellschaft ist ebenfalls Mitglied des Aufsichtsrates. Der Betriebsrat kann bis zu vier weitere Mitglieder mit beratender Stimme in den Aufsichtsrat entsenden. Vorsitzender des Aufsichtsrates ist der jeweilige Städteregionsrat der StädteRegion Aachen. Der erste stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrates wird auf Vorschlag der Städte Herzogenrath und Würselen vom Aufsichtsrat gewählt. Zweiter stellvertretender Vorsitzender ist der Betriebsratsvorsitzende der Gesellschaft.

Gesellschafterversammlung:

Jeder Gesellschafter kann nur einen stimmberechtigten Vertreter in die Gesellschafterversammlung entsenden.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dipl.-Kfm. Herbert Pagel

Vertreter der StädteRegion im Aufsichtsrat:

Vorsitzender:	Helmut Etschenberg	Städteregionsrat
	Klaus-Dieter Wolf	Städteregionstagsmitglied
	Ulla Thönnissen	Städteregionstagsmitglied
	Marie-Theres Sobczyk	Städteregionstagsmitglied
	Ingrid von Morandell	Städteregionstagsmitglied
	Manfred Bausch	Städteregionstagsmitglied
	Wolfgang Goebbels	Städteregionstagsmitglied
	Friedhelm Krämer	Städteregionstagsmitglied
	Harald Siepmann	Städteregionstagsmitglied
	Udo Rüttgers	Städteregionstagsmitglied

Vertreter der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung:

Klaus-Dieter Wolf	Städteregionstagsmitglied
-------------------	---------------------------

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Sitz: 52134 Herzogenrath

gezeichnetes Kapital: 21.007.400,00 Euro

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
StädteRegion Aachen	11.724.300	55,81
Stadt Herzogenrath	5.860.300	27,90
Stadt Würselen	2.497.900	11,89
Stadt Alsdorf	550.250	2,62
Städtisches Wasserwerk Eschweiler GmbH	319.700	1,52
Stadt Baesweiler	52.600	0,25
2 ehem. Aktionäre StwAG	<u>2.350</u>	<u>0,01</u>
	21.007.400	100

Beteiligungen > 25 %:	Anteil in €	Anteil in %
WAG	550.000,00	50,00
enwor - Wärme vor Ort GmbH	51.129,19	100,00
WWV Wärmeversorgung Würselen GmbH	192.650,00	49,00
IWA - Institut für Wasser- und Abwasseranalytik	--	30,00
Stadtwerke Übach-Palenberg GmbH	100.000,00	100,00

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2014	2015	2016
	- in € -	- in € -	- in € -
A. Anlagevermögen	153.405.757	157.885.995	163.189.272
I. Imm. Vermögensgegenst.	4.270.124	3.791.845	3.511.871
II. Sachanlagen	117.287.849	118.821.456	120.970.220
III. Finanzanlagen	31.847.784	35.272.694	38.707.181
B. Umlaufvermögen	16.830.419	14.235.775	15.786.480
I. Vorräte	1.305.286	1.253.559	1.065.853
II. Forderungen / sonst. VG	15.504.042	12.625.605	13.907.341
III. Kassenbestand, Guthaben	21.091	356.611	813.287
C. Rechnungsabgrenzungsposten	434.762	324.445	338.944
Bilanzsumme Aktiva	170.670.938	172.446.215	179.314.680
A. Eigenkapital	42.559.149	42.609.177	49.491.989
I. Gezeichnetes Kapital	21.007.400	21.007.400	22.325.000
II. Kapitalrücklage	3.555.708	3.555.708	8.508.107
III. Gewinnrücklagen	9.765.421	9.996.041	10.046.069
IV. Jahresüberschuss	8.230.620	8.050.028	8.612.813
B. Sonderposten Investitionszuschüsse	13.547.928	14.437.022	15.019.679
C. Rückstellungen	65.023.761	71.561.912	75.932.909
D. Verbindlichkeiten	46.507.510	41.593.196	37.290.788
E. Rechnungsabgrenzungsposten	3.032.590	2.244.908	1.579.314
Bilanzsumme Passiva	170.670.938	172.446.215	179.314.680
Gewinn- und Verlustrechnung:	2014	2015	2016
	- in € -	- in € -	- in € -
Umsatzerlöse	127.511.426	123.402.605	124.255.175
sonst. betriebl. Erträge		1.938.197	2.224.964
Materialaufwand		75.607.596	73.217.285
Steuern v. Einkommen und v. Ertrag		5.638.371	6.286.502
Personalaufwand		26.252.991	21.522.262
Ergebnis nach Steuern		5.638.371	6.286.501
Jahresüberschuss n. Steuern	8.230.620	8.050.028	8.612.813

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2014	2015	2016
Mitarbeiter/innen	311	318	322
Indikatoren zur Vermögens- Finanz- und Ertragslage	2014	2015	2016
	in %	in %	in %
Eigenkapitalquote	30,88	30,60	33,22
Anlagendeckungsgrad I	27,74	26,99	30,33
Eigenkapitalrentabilität	15,62	15,26	14,42
Leistungskennzahlen	2014	2015	2016
Stromversorgung			
Netzlänge (km)	1.096	1.105	1.112
Hausanschlüsse (Anzahl)	24.879	25.575	25.633
Abgabe (Mio. KWh)	309,8	324,0	310,4
Gasversorgung			
Netzlänge (km)	130	131	132
Hausanschlüsse (Anzahl)	5.938	6.074	6.168
Abgabe (Mio. KWh)	192,5	209,8	218,9
Wasserversorgung			
Netzlänge (km)	1.274	1.276	1.280
Hausanschlüsse (Anzahl)	70.272	70.597	70.899
Abgabe (Mio. m ³)	14,6	14,9	15,3

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen /

Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Der sich aus dem Jahresüberschuss ergebende Gewinn fließt der StädteRegion Aachen in Höhe ihres Anteils am Stammkapital von 55,81 % zu. Für das Geschäftsjahr 2016 hat die StädteRegion Aachen im Haushaltsjahr 2017 eine Brutto-Gewinnausschüttung in Höhe von 4.463.899 € erhalten. Leistungsbeziehungen zu anderen Beteiligungsgesellschaften der StädteRegion Aachen bestehen dergestalt, dass die enwor in ihrem Versorgungsgebiet auch für diese Leistungen entsprechend ihrem Gesellschaftszweck erbringt.

Angaben des Lageberichtes zur öffentlichen Zwecksetzung

Als kommunales Unternehmen stellt die enwor – energie & wasser vor ort GmbH (Mutterunternehmen) zusammen mit den von ihr betriebsgeführten und in den Konzernabschluss

einbezogenen Gesellschaften enwor – wärme vor ort GmbH (Tochterunternehmen) und WAG Wassergewinnungs- und -aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mbH (Gemeinschaftsunternehmen) die Versorgung weiter Teile der Bevölkerung in der StädteRegion Aachen mit Trinkwasser, Strom, Gas und Wärme als Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge sicher. Darüber hinaus fühlt sich enwor als Arbeitgeber, als Ausbildungsbetrieb sowie als Auftraggeber für Wirtschaft und Handwerk in der Region und als Sponsor insbesondere für die Jugendarbeit im Versorgungsgebiet dem Gemeinwohl verpflichtet. Die enwor hat im Geschäftsjahr 2016 die hiermit verbundenen Maßnahmen erfolgreich umgesetzt. Die interne Steuerung ist auf sämtliche Konzernbereiche ausgerichtet. Die enwor verfügt über einen eng verzahnten Strategie- und Planungsprozess. Aufbauend auf den Ergebnissen der Strategiesitzung des Aufsichtsrates, die in der Regel im Herbst jedes Jahres durchgeführt wird, entwickelt die Geschäftsführung die mittelfristige Wirtschaftsplanung, welche die Konzernplanung einschließlich der Planung der Geschäftsfelder umfasst. Die Geschäftsstrategie wird dann dem Aufsichtsrat in Form einer kurz- und mittelfristigen Planungsrechnung zur Genehmigung vorgelegt (in der Regel in der letzten Sitzung des Jahres). Sofern nichts anderes gesagt wird, beziehen sich die Angaben auf den Einzel- und Konzernabschluss der enwor – energie & wasser vor ort GmbH.

Lagebericht der Gesellschaft

Wirtschaftsbericht

Überblick – Politische und wirtschaftliche Entwicklung

Im Geschäftsjahr 2016 war die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland weiterhin von Stabilität geprägt, was auch auf die Branchenentwicklung der Energie- und Wasserversorgung zutrifft. Bei weiterhin hoher Beschäftigung in Verbindung mit einer niedrigen Inflationsrate und Tarifabschlüssen mit Reallohnsteigerungen hat sich vor allem der private Konsum zu einer tragenden Säule der Wirtschaft entwickelt. In diesem Umfeld hat sich auch die enwor – energie & wasser vor ort GmbH mit ihren operativen Geschäftsfeldern in der Strom-, Gas- und Wasserversorgung sehr gut behauptet. Die politische Berichterstattung war in 2016 durch zahlreiche Kriegs- und Terrorschauplätze in der ganzen Welt gekennzeichnet. Auch wenn dadurch die Energiewirtschaft in den öffentlichen Schlagzeilen in 2016 kaum vorkam, so hat die Politik als Gesetzgeber jedoch auch im abgelaufenen Geschäftsjahr die weitere Entwicklung unserer Branche nachhaltig geprägt. So wird das Jahr 2016 in die Geschichte der deutschen Energiewirtschaft als das Jahr eingehen, in dem das Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende in Kraft trat. Vor allem das neue Messstellenbetriebsgesetz wird neben dem schrittweisen Aufbau der Smart-Meter-Infrastruktur und der Umsetzung der neuen Regeln zur Marktkommunikation bis hin zu den Vorschriften der buchhalterischen Entflechtung große Herausforderungen in technischer Installation, elektronischer Datenkommunikation und sachgerechter Verbrauchsabrechnung für alle Energieversorgungsunternehmen bringen. Die enwor wird diese Herausforderungen der sogenannten Energiewirtschaft 2.0 gemeinsam mit Kooperationspartnern angehen, deren Vorauswahl und Leistungsbeschreibung im Geschäftsjahr 2016 erfolgt ist. Aber auch außerhalb des operativen Geschäftes konnte die enwor im Geschäftsjahr 2016 wichtige Entscheidungen vorbereiten, die die Zukunftsfähigkeit des Unternehmens auch langfristig absichern. So konnte sich

enwor nach 2-jährigem Wettbewerb erfolgreich bei der Neuvergabe der Konzessionen für Strom und Gas-In-Här7nrTfinratFi~rliirchsatzan und hat nach einstimmiger Ratsentscheidung die neuen Konzessionsverträge mit einer Laufzeit bis zum 30. Juni 2037 im Mai 2016 unterschrieben. Auch ein Eckpunktepapier zu den langfristigen Liefer- und Leistungsverträgen zwischen der enwor und der WAG Wassergewinnungs- und -aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mbH, die überwiegend zum 31.12.2017 auslaufen, konnte nach fast 3-jähriger Verhandlungsphase im Dezember 2016 neu vereinbart werden. Bei teils 10- und 20-jähriger Laufzeit sichert sich enwor im Bereich der Wassergewinnung auch weiterhin eine starke Position. Die Versorgung mit Trinkwasser in der Stadt Übach-Palenberg findet derzeit noch auf Basis einer Interimsvereinbarung statt, da die Ende 2016 einstimmig durch den Rat der Stadt erfolgte Neuvergabe der Wasserkonzession an die enwor durch einen im Verfahren unterlegenen Bieter rechtlich angegriffen wurde. Im Dezember 2016 erfolgte der Gesellschafterbeitritt der Stadt Übach-Palenberg zur enwor. Das Geschäftsjahr 2016 war bei der enwor also stark von strategischen Weichenstellungen geprägt, so dass der positive operative Geschäftsverlauf in der Wahrnehmung fast etwas in den Hintergrund getreten ist. Die Wassersparte hat bei konstanten Bezugskosten und unveränderten Abgabepreisen von einer witterungsbedingt im Vergleich zum Vorjahr leicht höheren Wasserabgabe profitiert. Dem gegenüber gab es in der Gaswirtschaft ebenfalls witterungsbedingt einen geringeren Absatz als im Jahr 2015, was bei einer gleichzeitigen Absenkung der Endkundenpreise im Jahr 2016 zu einem leichten Rückgang der Rohmarge geführt hat. Ähnlich verhält es sich auch bei der Stromversorgung, bei der die Entscheidung der enwor, die weiter gestiegenen Steuer- und Abgabenlasten nicht auf den Strompreis für die Endkunden zu überwälzen, ebenfalls zu einem leichten Rückgang der Rohmarge geführt hat. In der Gesamtschau aller unserer wirtschaftlichen Aktivitäten in allen Wertschöpfungsstufen der Versorgungswirtschaft hat auch das Geschäftsjahr 2016 erneut gezeigt, dass die enwor mit ihrer Strategie der diversifizierten Unternehmensaufstellung sehr stabil aufgestellt ist, um normale Schwankungen einzelner Geschäftsbereiche im Gesamtergebnis wieder aufzufangen und damit auch die seit Jahren bekannt hohe Ergebnisstabilität wieder zu erreichen. Nachfolgend wird die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage näher dargestellt. Zur Steuerung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage bedient sich die Gesellschaft sowohl finanzieller als auch nicht finanzieller Leistungsindikatoren. Die wesentlichen finanziellen Leistungsindikatoren sind:

- Umsatzerlöse
- Rohertrag
- Investitionen
- Jahresüberschuss

Nicht finanzielle Leistungsindikatoren sind:

- Absatzmengen Strom, Gas, Wasser
- Kundeneritwicklung

Zusammenfassend war die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der enwor in 2016 jederzeit geordnet.

Ertragslage

Das Geschäftsergebnis des Konzerns jsi mit 10,5 Mio. € höher als das Ergebnis des Vorjahres ausgefallen. Auch das Geschäftsergebnis Qer Muttergesellschaft enwor des Geschäftsjahres 2016

schließt mit einem Jahresüberschuss–nach Steuern in Höhe von 8.6 Mio. € über dem Vorjahresniveau ab und bestätigt die bei enwor seit Jahren hohe Ergebnis Konstanz. Die Geschäftsführung schlägt der Gesellschafterversammlung vor, einen Betrag in Höhe von 8,5 Mio. € an die gewinnbezugsberechtigten Gesellschafter auszuschütten und den verbleibenden Jahresüberschuss in Höhe von 112 T€ auf neue Rechnung vorzutragen. Die operativen Geschäftsfelder haben sich auch im Geschäftsjahr 2016 positiv entwickelt. Die Zusammensetzung der Umsatzerlöse ist in den nachfolgenden Darstellungen zu den einzelnen Bereichen dargestellt. Insgesamt sind die Umsatzerlöse der enwor im Vergleich zum Vorjahr um 0,9 Mio. € im Vorjahr auf 124,6 Mio. € gestiegen. Dabei ist allerdings zu beachten, dass aufgrund des erstmalig anzuwendenden Bilanzrichtlinie–Umsetzungsgesetz (BilRUG) verschiedene Positionen, welche im Vorjahr unter den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen waren, nunmehr unter den Umsatzerlösen gezeigt werden. Dies ist unter anderem der Fall bei Erlösen aus Vermietungen und Verpachtungen sowie bei periodenfremden Erlösen. enwor – energie & wasser vor ort GmbH Herzogenrath Korrespondierend dazu sind ebenfalls die Materialaufwendungen im Vergleich zum Vorjahr um 4,1 Mio. € auf 73,6 Mio. € gestiegen. Hier werden aufgrund BilRUG erstmalig die Konzessionsabgaben und bezogene Leistungen aus den sonstigen betrieblichen Aufwendungen umgegliedert. Das Rohergebnis ist somit im Vergleich zum Vorjahr leicht rückläufig und die Materialaufwandsquote im Geschäftsjahr 2016 hat 55,29 % betragen. Der Personalaufwand ist deutlich um 4.730 T€ auf nunmehr 21.522 T€ gesunken. Ursächlich hierfür ist der erstmals im Geschäftsjahr 2016 für die Bemessung der Zuführung zu den Pensionsrückstellungen anzuwendende HGB–Rechnungszins mit einer 10–jährigen Durchschnittszinsperiode. Die Abschreibungen und sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind auf Vorjahresniveau geblieben. Für einen seit 2016 anhängigen Rechtsstreit wurde eine angemessene Rückstellung gebildet. Eine detaillierte Übersicht zu den Erlös– und Aufwandspositionen ergibt sich aus dem veröffentlichten Spartenabschluss.

Die Entwicklung im Strombereich

Strom Netz

enwor ist Netzbetreiber Strom in den Städten Herzogenrath und Würselen und betreibt dort ein rd. 1.112 km langes Leitungsnetz (Vorjahr 1.105 km) mit insgesamt 25.633 Anschlüssen (Vorjahr 25.575). Die Jahresnetzlast liegt mit 310,4 Mio. kWh etwas unter dem Vorjahreswert von 324,0 Mio. kWh, was hauptsächlich durch geringeren Absatz von Wärme–Strom sowie nach der LED–Umstellung durch geringeren Stromabsatz durch die Straßenbeleuchtung begründet ist. Die Durchleitungsmengen für Fremdlieferanten sind im abgelaufenen Geschäftsjahr 2016 mit 140,2 Mio. kWh im Vergleich zum Vorjahreswert von 139,8 Mio. kWh nahezu konstant. Auch die Gesamterlöse des Stromnetzbetriebes lagen in 2016 mit 20,9 Mio. € auf dem Vorjahreswert in Höhe von 21,1 Mio. €. Die Stadt Herzogenrath hat im Geschäftsjahr 2015/2016 einen Wettbewerb zur Neuvergabe der Stromkonzession durchgeführt (der zwischen enwor und der Stadt Herzogenrath bestehende Stromkonzessionsvertrag endet zum 30.06.2017). In einem intensiven Wett–bewerbsumfeld konnte sich die enwor letztlich behaupten und im Mai 2016 einen neuen Stromkonzessionsvertrag mit der Stadt Herzogenrath mit einer Laufzeit bis zum 30. Juni 2037 abschließen. Damit ist der Geschäftsbereich Strom Netz der enwor in der bisherigen Form abgesichert. Strom Vertrieb Wie bereits im Vorjahr hat sich aus vertrieblicher Sicht auch im Geschäftsjahr 2016 die Stromabgabe an

sämtliche Kunden der enwor von 254.3 Mio. kWh auf jetzt noch 228.8 Mio. kWh deutlich verringert. Ursächlich hierfür ist der Absatzrückgang im TÖF-Bereich von 77,0 Mio. kWh auf nunmehr 57,2 Mio. kWh. Enwor zieht sich bewusst aus Teilen dieses Marktes zurück, da die bestehenden Handelsrisiken nicht mehr in einem ausgewogenen Verhältnis zu den extrem geringen Margen stehen. Somit liegt das Rohergebnis Strom Vertrieb mit 2,7 Mio. € bedingt durch die BilRUG-Umstellung leicht unter Vorjahresniveau. Darüber hinaus wurden vom Hauptzollamt Stromsteuerbeträge aus dem Jahr 2009 i.H.v. 1,7 Mio. € erstattet, die der Vertriebspartei zugerechnet werden.

Sonstige Stromaktivitäten

Zu den sonstigen Aktivitäten zählen die Stromerzeugung aus den Kraftwerken in Hamm und Lünen mit denen die enwor über Stromabnahmeverträge verbunden ist sowie die Straßenbeleuchtung und der Bau und Betrieb von Telekommunikationsnetzen, die wir dieser Sparte zugeordnet haben. Die im Geschäftsjahr 2015 durchgeführte umfassende Restrukturierung des GuD-Kraftwerkes in Hamm hat sich auch im Geschäftsjahr 2016 positiv auf die Ergebnisentwicklung der enwor ausgewirkt. Im Gegensatz zum Vorjahr war im abgelaufenen Geschäftsjahr kein Fehlbetrag mehr zu verzeichnen und auch ein von der enwor bereitgestelltes Darlehen zur laufenden Betriebsmittelfinanzierung musste nicht abgerufen werden. Nach derzeitigem Planungsstand gehen wir bis zum Geschäftsjahr 2020 von keinen weiteren Ergebnisbelastungen aus dem GuD-Kraftwerk bei enwor aus. Die Situation des Steinkohlekraftwerkes in Lünen ist und bleibt jedoch für die enwor weiter stark ergebnisbelastend. Neben dem laufenden Verlust aus dem Stromabnahmevertrag im Geschäftsjahr 2016 in Höhe von 1,8 Mio. € hat die enwor zusätzlich mit einer weiteren Erhöhung der Drohverlustrückstellung ebenfalls in Höhe von 1,8 Mio. € weitere bilanzielle Vorsorge für die Zukunft getroffen. Die bereits im Vorjahr begonnene Umstellung großer Teile unserer Straßenbeleuchtungsanlagen auf LED Technik wurde im Geschäftsjahr 2016 abgeschlossen. Über 4.000 Lichtpunkte in Herzogenrath und Würselen wurden auf LED-Technik umgerüstet, was den Energiebedarf für die Straßenbeleuchtung von 3,1 Mio. kWh im Vorjahr auf nunmehr 2,5 Mio. kWh im Geschäftsjahr 2016 reduziert hat. Eine weiterhin sehr positive Entwicklung zeigt der in 2014 neu aufgesetzte Geschäftsbereich Bau und Betrieb von Telekommunikationsnetzen. Nach dem Start mit der Erschließung des Stadtgebietes Würselen mit Lichtwellenleitern (LWL) konnten im letzten Geschäftsjahr auch Folgeprojekte in großen Teilen des Stadtgebietes von Alsdorf und Baesweiler abgeschlossen werden. Die Umsatzerlöse Telekommunikation stiegen entsprechend um 25 % auf nunmehr 403 T€.

Die Entwicklung im Gasbereich

Gas Netz

Die enwor betreibt das Gasnetz auf dem Gebiet der Stadt Herzogenrath. Die Leitungslänge wurde im Geschäftsjahr gering um einen Kilometer auf jetzt 132 km erweitert. Die Anschlussentwicklung blieb mit 94 neuen Hausanschlüssen ebenfalls weiter positiv. Witterungsbedingt ist die Gasabgabe im Netz von 209,8 Mio. kWh im Vorjahr auf jetzt 218,9 Mio. kWh angestiegen. Im investiven Bereich gab es neben den bereits erwähnten neuen Hausanschlüssen und einer geringen Leitungsnutzerweiterung im Geschäftsjahr 2016 keine Besonderheiten. Die Stadt Herzogenrath hat

im Geschäftsjahr 2015/2016 einen Wettbewerb zur Neuvergabe der Gaskonzession durchgeführt (der zwischen enwor und der Stadt Herzogenrath bestehende Gaskonzessionsvertrag endet zum 30.06.2017). In einem intensiven Wettbewerbsumfeld konnte sich die enwor letztlich behaupten und im Mai 2016 einen neuen Gaskonzessionsvertrag mit der Stadt Herzogenrath und einer Laufzeit bis zum 30. Juni 2037 abschließen. Damit ist der Geschäftsbereich Gas Netz der enwor langfristig abgesichert.

Gas Vertrieb

Die zunehmende Wettbewerbsintensität im Gasmarkt hat sich auch im Geschäftsjahr 2016 unvermindert weiter entwickelt. Zwar konnte die enwor die Anzahl der Out-of-Area-Lieferstellen mit 1.493 im Vergleich zum Vorjahr (1.472) leicht steigern, jedoch haben sich im eigenen Netzgebiet ebenfalls mit 1.793 Lieferstellen mehr Kunden als im Vorjahr durch fremde Versorger beliefern lassen. Die Gasabgabe an Kunden ist dadurch per Saldo von 215,3 Mio. kWh im Vorjahr auf jetzt 209,4 Mio. kWh in 2016 gesunken. Dennoch konnte die Gasvertriebssparte der enwor durch Vorteile bei den Beschaffungs-kosten den Minderabsatz auffangen und wiederum mit einem sehr guten Rohergebnis von 2,4 Mio. € auf Vorjahresniveau abschließen. Auch in der Gas-Vertriebssparte war eine Steuererstattung seitens des Hauptzollamtes i.H.v. 0,4 Mio. € zu verbuchen.

Die Entwicklung im Wasserbereich

enwor ist Wasserversorger in den Städten Herzogenrath, Würselen, Alsdorf, Baesweiler, Stolberg und Übach-Palenberg sowie Teilen von Eschweiler und Roetgen und versorgt über 69.985 Kundenverträge rd. 270.000 Menschen sowie Industrie- und Gewerbekunden in dieser Region mit einwandfreiem Trinkwasser. Die Wasserabgabe lag mit 15,3 Mio. m³ leicht über dem Vorjahresniveau in Höhe von 14,9 Mio. m³. Bei unveränderten Abgabepreisen lagen entsprechend auch die Umsatzerlöse mit 37,6 Mio. € über dem Vorjahreswert von 37,0 Mio. €. In den enwor-eigenen Wasserwerken Binsfeldhammer und Hastenrath wurden insgesamt 3,1 Mio. m³ Trinkwasser aus Grundwasser gewonnen. Alle anderen Mengen werden aus Oberflächenwasser gewonnen, das von der WAG zu einem Wasserbezugspreis von unverändert 69,5 ct/m³ zuzüglich des Wasserentnahmeentgelts bezogen wurde. Bei Wasserbezugskosten in Höhe von 10,4 Mio. € konnte die Wassersparte mit 27,0 Mio. € trotz der BilRUG-Umgliederung wieder ein sehr gutes Rohergebnis erzielen. Bei weiterhin auch im Geschäftsjahr 2017 unveränderten Bezugspreisen als auch Abgabepreisen gehen wir von einer stabilen Entwicklung der Wassersparte innerhalb des enwor Geschäftsbetriebes aus. Die Stadt Übach-Palenberg wird seit dem 01.07.2016 von enwor auf der Basis einer Interimsvereinbarung versorgt, da die Stadt ein 2016 durchgeführtes Wasser Konzessionsverfahren (der Altvertrag zwischen enwor und der Stadt Übach-Palenberg ist am 30.06.2016 ausgelaufen) nicht bis zum 31.12.2016 zum Abschluss bringen konnte. enwor – energie & wasser vor ort GmbH

Entwicklungen bei der Beteiligungsgesellschaft WAG

Ohne den o.g. Anteil der enwor wurden 21,4 Mio. m³ Trinkwasser an die Wasserversorgungsunternehmen geliefert. Eine höhere Absatzmenge verzeichneten der Gesellschafter enwor sowie die WML, während STAWAG und SWD weniger abnahmen als im Vorjahr. Das Jahresergebnis

der WAG verbesserte sich im Vergleich zum Vorjahr um 583 T€ auf 2,138 Mio. €. Das Ergebnis vor Steuern betrug 3,341 Mio. €. Damit wurde das Ergebnisniveau des Vorjahres (2,462 Mio. €) nochmals um 879 T€ übertroffen. Dieses positive Ergebnis resultierte aus einer moderaten Ertragssteigerung in Höhe von 27 T€ bei deutlich geringeren betrieblichen Aufwendungen zum Vorjahr in Höhe von 753 T€ infolge von abgeschlossenen Instandhaltungsarbeiten und reduzierten Abschreibungen im Rahmen des Sachanlagevermögens, sowie einem verbesserten Finanzergebnis mit geringeren Fremdkapitalzinsen (+ 100 T€). Die Umsatzerlöse des Jahres 2016 erreichten 27,324 Mio. € und lagen damit um 260 T€ über dem Vorjahreswert. Sie setzen sich zusammen aus Erlösen aus dem Trinkwasserverkauf in Höhe von 27,013 Mio. € (Vorjahr 26,984 Mio. €), die in Höhe von 1,771 Mio. € (Vorjahr 1,776 Mio. €) Einnahmen aus der Weiterberechnung des Wasserentnahmeentgelts (WEE) enthalten. Zusätzlich konnten Erlöse aus der Stromeinspeisung in Höhe von 77 T€ (Vorjahr 80 T€) erzielt werden. Erstmals werden unter den Umsatzerlösen – hervorgerufen durch das Bilanzrichtlinienumsetzungsgesetz (BilRUG) – auch Erlöse aus Miet- und Pachteinahmen (54,7 T€), aus Holzverkäufen (126,4 T€) sowie sonstige Einnahmen (54,0 T€) ausgewiesen. Dieser Ausweis ist im Wesentlichen für die Umsatzsteigerung gegenüber dem Vorjahr verantwortlich. Im gleichen Umfang sinken die sonstigen betrieblichen Erträge auf 335 T€. Sie beinhalten im Wesentlichen noch die Auflösung von Sonderposten in Höhe von 289 T€ sowie Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (35 T€). Entwicklungen beim Tochterunternehmen enwor · wärme Trotz der im Vergleich zum Vorjahr nahezu gleichbleibenden Witterung mit einer Jahres-GTZ von 3.344,8 (3.384,1) und einer Jahres-Durchschnittstemperatur von 10,33 °C (10,49 °C) stieg der Wärmeabsatz der enwor – wärme vor ort GmbH im Geschäftsjahr 2016 auf 18,5 Mio. kWh (17,1 Mio. kWh). Vor dem Hintergrund sinkender Energiekosten verringerten sich die Umsatzerlöse aus Wärmeverkauf dennoch auf 1 589 Mio. € (1,766 Mio. €). Die Stromerzeugung der enwor – wärme vor ort GmbH erhöhte sich durch die gestiegenen Modullaufzeiten in den BHKW bei gleichzeitig witterungsbedingt sinkender Stromerzeugung über die EEG-Anlagen auf insgesamt 15,31 Mio. kWh (14,94 Mio. kWh). Vor dem Hintergrund sinkender Börsenstrompreise und unterjährigem Auslaufen der KWKG-Förderung für das BHKW Aquana sanken die Umsatzerlöse aus Stromverkauf dennoch auf 1,154 Mio. € (1,217 Mio. €).

Betriebsführungen

Wie in den Vorjahren hat die enwor auch in 2016 die Betriebsführungen für die Gesellschaften WAG Wassergewinnungs- und aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mbH sowie für die enwor – wärme vor ort GmbH durchgeführt. Die Umsatzerlöse lagen in Höhe von 6,7 Mio. € auf Vorjahresniveau. Auf Konzernebene findet eine Aufwands-/Ertragskonsolidierung statt. Zwischen der enwor und der WAG konnte im abgelaufenen Geschäftsjahr grundsätzliche Einigkeit erzielt werden, die Betriebsführung der WAG durch enwor auch langfristig zunächst bis zum Ende des Geschäftsjahres 2027 fortzusetzen. Diese, in einem trilateralen Eckpunktepapier enthaltene, grundsätzliche Einigung hat im Dezember 2016 die jeweilige einstimmige Zustimmung der beteiligten Aufsichtsgremien der beiden Gesellschaften sowie des anderen WAG-Gesellschafters Stadtwerke Aachen AG (STAWAG) gefunden. Die vertraglichen Einzelheiten werden derzeit ausgearbeitet und sollen im ersten Halbjahr 2017 abgeschlossen werden. Damit wäre auch die Fortführung des Geschäftsbereiches Betriebsführung bei der enwor wieder langfristig gesichert.

Finanzlage

Auch im Geschäftsjahr 2016 hat die enwor 7,2 Mio. € in den Erhalt und die Erweiterung ihrer Leitungsnetze, Hausanschlüsse sowie Zähler und Messeinrichtungen investiert. Aufgrund der großen Dynamik in der Ausweisung von neuen Baugebieten sowie vorhabenbezogenen Erschließungsgebieten wurden dabei allein für die Erweiterung des Trinkwassernetzes mehr als 600 T€ investiert. Die bereits seit Jahren praktizierte Investitionsrate hält das technische Anlagevermögen der enwor auf aktuellem Stand und gewährleistet unseren Kunden ein hohes Maß an Versorgungssicherheit. Die vorstehend genannten Investitionen konnten nahezu vollständig im Rahmen der Innenfinanzierung aus Abschreibungen finanziert werden. Wie bereits in den Vorjahren hat auch im abgelaufenen Geschäftsjahr die Investitionstätigkeit in Finanzanlagen weiter zugenommen. Hier investiert die enwor schwerpunktmäßig in den Bereich der regenerativen Energieerzeugungsanlagen, so dass in diesem Bereich der Beteiligungsgesellschaften quasi indirekt mittelbare Investitionen abgewickelt werden. Unser Engagement in Finanzanlagen stieg im Geschäftsjahr 2016 erneut deutlich um 3,4 Mio. € auf einen Gesamtwert von jetzt 30,6 Mio. €. Der Schwerpunkt dieser Investitionstätigkeit lag in einer Erhöhung unserer Beteiligungen bei der STAWAG Solar GmbH, der Trianel Erneuerbare Energien GmbH (TEE) sowie der Trianel Windkraftwerke Borkum II GmbH & Co. KG (TWB II) um jeweils ca. 1,0 Mio. €. Die darüber hinaus bestehenden Gesellschafterdarlehen an die Trianel Windkraftwerke Borkum GmbH & Co. KG (TWB), sowie Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH & Co. KG (TGH) bestehen in gleicher Höhe fort. Die Zahlungsfähigkeit der enwor war zu jedem Zeitpunkt in voller Höhe gegeben

Finanzlage WAG

Im Investitionsplan 2016 war ein Gesamtvolumen von 2,445 Mio. € ausgewiesen. Hiervon wurden im Geschäftsjahr Bauvorhaben, Maschinen und Anlagen sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung in Höhe von 1,294 Mio. € realisiert. Davon wurden 281 T€ als Investitionen aktiviert. 1,013 Mio. € wurden als Anlagen im Bau erfasst. Abgeschlossen werden konnte die Errichtung des Bodenfilters Erlenweg in Monschau-Imgenbroich und der Austausch der Leitstellenrechner der TWA Roetgen. Als Anlagen im Bau wurden erfasst der Bau des Bodenfilters Dreiborn in Schleiden, der Einbau einer Brandvermeidungsanlage in den Elektroschaltanlagenräumen der TWA Roetgen und die Errichtung der Zentrifuge an der TWA Roetgen. Die Zentrifuge konnte Ende des Jahres in Betrieb genommen werden, wegen noch ausstehender Rechnungen und Nacharbeiten wird diese jedoch erst in 2017 endabgenommen werden. Die Liquidität der WAG war während des gesamten Geschäftsjahres ausreichend gegeben.

Finanzlage enwor – wärme

Die Investitionen im Geschäftsjahr beliefen sich auf 258 T€. Sie umfassten im Wesentlichen die Optimierung der Steuerungssoftware und der Wärmespeicher im BHKW Herzogenrath-Kohlscheid sowie die Errichtung von 21 neuen Contractinganlagen. Die Eigenkapitalquote der enwor – wärme beträgt 80,0 %. Die enwor – wärme wird ausschließlich über die Muttergesellschaft enwor finanziert, was eine ausreichende Liquidität der enwor – wärme während des gesamten Geschäftsjahres gewährleistet.

Vermögenslage

Vermögenslage des Konzerns

Das Anlagevermögen beträgt 173,620 Mio. € (Vorjahr 169,374 Mio. €) und ist zu 36,96 % durch betriebswirtschaftliches Eigenkapital gedeckt. Als betriebswirtschaftliches Eigenkapital werden hier das Eigenkapital und 70 % der Sonderposten für Investitionszuschüsse bezeichnet. Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme liegt bei 90,25 %. Das Umlaufvermögen in Höhe von 18,091 Mio. € besteht im Wesentlichen aus einem Teilbetrag von 2,407 Mio. € aus Guthaben bei Kreditinstituten und einem Teilbetrag von 14,572 Mio. € aus Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen. Die Passivseite setzt sich neben dem Eigenkapital in Höhe von 51,717 Mio. € (Vorjahr 43,765 Mio. €) schwerpunktmäßig aus Pensionsrückstellungen (61,448 Mio. €, Vorjahr 58,676 Mio. €), sonstigen Rückstellungen (13,390 Mio. €, Vorjahr 11,874 Mio. €), Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (3,423 Mio. €, Vorjahr 3,195 Mio. €) sowie Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten zusammen (37,310 Mio. €, Vorjahr 43,792 Mio. €). Die betriebswirtschaftliche Eigenkapitalquote des Konzerns stieg leicht auf 33,4 % (Vorjahr 30,3 %) wodurch sich rechnerisch eine Fremdkapitalquote stichtagsbezogen zum 31.12.2016 von 66,6 % ergibt. Das Eigen- und langfristige Fremdkapital macht einen Anteil von 79,3 % am Gesamtkapital im betriebswirtschaftlichen Sinne aus und deckt damit das Anlagevermögen zu 87,9 % ab.

Vermögenslage der enwor

Das Anlagevermögen beträgt 163,189 Mio. € (Vorjahr 157,886 Mio. €) und ist zu 36,5 % durch betriebswirtschaftliches Eigenkapital gedeckt. Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme liegt bei 91,0 % (Vorjahr: 91,6 %). Das Umlaufvermögen in Höhe von 15,786 Mio. € (Vorjahr: 14,235 Mio. €) besteht im Wesentlichen aus Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 44,259 Mio. € (Vorjahr: 44,021 Mio. €) abzüglich erhaltenen Anzahlungen in Höhe von 36,695 Mio. € (Vorjahr: 36,357 Mio. €) sowie sonstigen Vermögensgegenständen von 3,105 Mio. € (Vorjahr: 2,062 Mio. €) und Vorräten in Höhe von 1,066 Mio. € (Vorjahr: 1,254 Mio. €). Die Passivseite setzt sich neben dem Eigenkapital in Höhe von 49,492 Mio. € (Vorjahr: 42,609 Mio. €) schwerpunktmäßig aus Pensionsrückstellungen (61,448 Mio. €, Vorjahr 58,676 Mio. €), sonstigen Rückstellungen (13,083 Mio. €, Vorjahr 11,558 Mio. €), sonstige Verbindlichkeiten (5,117 Mio. €, Vorjahr 4,963 Mio. €) sowie Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten zusammen (28,659 Mio. €, Vorjahr 33,504 Mio. €). Die betriebswirtschaftliche Eigenkapitalquote der enwor ist von 30,6 % im Vorjahr auf nunmehr 33,2 % leicht angestiegen, wodurch sich rechnerisch eine Fremdkapitalquote stichtagsbezogen zum 31.12.2016 von 66,8 % ergibt. Das Eigen- und langfristige Fremdkapital macht einen Anteil von 86,4 % am Gesamtkapital im betriebswirtschaftlichen Sinne aus und deckt damit das Anlagevermögen zu 94,9 % ab.

Die Vermögenslage der WAG

Da der Werteverzehr größer war als der Anlagenzuwachs, sank der Wert des Anlagevermögens um 1,9 Mio. €. Die Abschreibungen wurden genutzt, um die langfristigen Kredite zu bedienen. Somit sanken die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 3,3 Mio. € auf 17,3 Mio. €. Weiterhin stieg das Eigenkapital aufgrund der Erhöhung der Gewinnvorträge um 2,138 Mio. € auf 18,3 Mio. €. Infolge dieser Vermögensveränderungen reduzierte sich die Bilanzsumme um 0,8 Mio. € auf 39,6

Mio. €. Beide Effekte, die Reduktion der Bilanzsumme und die Steigerung des Eigenkapitals führten zu der positiven Veränderung der Eigenkapitalquote um 6,3 % auf 46,3 % im Vergleich zum Vorjahr. Die Vermögenslage der enwor - wärme Die enwor - wärme vor ort GmbH wird durch die Muttergesellschaft enwor mitfinanziert und weist daher keine langfristigen Verbindlichkeiten aus. Das hat unmittelbare Auswirkungen auf die Kennzahlen: Das Anlagevermögen beträgt 3,331 Mio. € (Vorjahr 3,429 Mio. €) und ist zu 78,8 % durch betriebswirtschaftliches Eigenkapital gedeckt. Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme liegt bei 85,3 % (Vorjahr: 85,1 %). Das Eigen- und langfristige Fremdkapital macht einen Anteil von 80,5 % am Gesamtkapital im betriebswirtschaftlichen Sinne aus und deckt damit das Anlagevermögen zu 92.3% ab.

Prognose-, Risiko- und Chancenbericht

Die bereits im Geschäftsjahr 2012 vom Aufsichtsrat der enwor beschlossene Ausweitung des Erzeugungsportfolios im Bereich regenerativer Stromerzeugung wurde auch im Geschäftsjahr 2016 weiter erfolgreich umgesetzt. In unserem Beteiligungsunternehmen TOW wurde im Geschäftsjahr 2016 mit der Inbetriebnahme der Windparks in Groß-Kleinniedesheim und in Twerberg das Beteiligungsportfolio abgeschlossen. Das Gesamtportfolio umfasst derzeit 100,5 MW installierte Leistung bestehend aus 42 Turbinen in acht Windparks. Bezogen auf die Beteiligung der enwor an der TOW bedeutet dies eine anteilige installierte Leistung von rund 5 MW und eine anteilige durchschnittliche Jahresproduktion von 12.200 MWh Windstrom. Auch die erst im Geschäftsjahr 2015 an den Start gegangene Beteiligungsgesellschaft TEE hat im Geschäftsjahr 2016 ihr Beteiligungsportfolio weiter aufgebaut. So wurden mit den Solarparks in Schipkau und Uchtdorf zwei weitere Freiflächenanlagen in Betrieb genommen und mit den Windparks in Jeckenbach, Buchenau und Uckley sind auch die ersten Investitionen in die Windenergie erfolgreich umgesetzt. Unter dem Dach der STAWAG Solar GmbH wurde durch die Inbetriebnahme des Windparks Linnich ebenfalls das Beteiligungsportfolio weiter ausgebaut. Im Investitionsplan für das Geschäftsjahr 2017 sind Mittel in Höhe von rund 7,5 Mio. € für den weiteren Ausbau des regenerativen Erzeugungsportfolios vorgesehen. Hierbei ist insbesondere eine erste Tranche in Höhe von 4,75 Mio. € für die Errichtung des Offshore Windparks TBW II vorgesehen, dessen Baubeschluss am 7. April 2017 erfolgte. Äußerst schwierig ist und bleibt die Situation bei der konventionellen Energieerzeugung. Zwar erwarten wir nach erfolgreicher Restrukturierung aus unserer GuD-Kraftwerkbeteiligung in Hamm mittelfristig keine weiteren Verluste, dem gegenüber ist jedoch die Situation beim Kohlekraftwerk in Lünen weiterhin extrem schwierig. Eine Verbesserung dieser Situation ist derzeit weder am Markt erkennbar (die Strompreisnotierungen an der Börse tendieren auch für die Folgejahre seitwärts auf niedrigem Niveau) noch ist eine politische Lösung erkennbar für die Honorierung gesicherter Leistungsbereitstellung. Erst in den langfristigen Strommarktprognosen deutet sich ab Mitte der 20er Jahre d.h. nach dem endgültigen Abschalten der Kernkraftwerke in Deutschland eine wirtschaftliche Verbesserung für die konventionelle Stromerzeugung an. Vor diesem Hintergrund hat enwor die Drohverlustrückstellung für die Stromerzeugung aus dem Kohlekraftwerk Lünen weiter erhöht. Da auch auf mittelfristiger Sicht keine energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen zur Realisierung eines weiteren GuD-Kraftwerkes bestehen und auch keine gesellschaftliche Akzeptanz zur Errichtung weiterer fossiler Kraftwerke besteht, hat die enwor im Geschäftsjahr 2016 den Ausstieg aus der Projektentwicklung TKK Krefeld beschlossen und die Gesellschaftsanteile an der

Trianel Kraftwerk Krefeld Projektgesellschaft mbH & Co. KG an die Trianel Kraftwerk Krefeld Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG abgetreten. Über die wirtschaftliche Entwicklung aller Beteiligungsgesellschaften legt die enwor jährlich einen gesonderten Beteiligungsbericht vor. Weiterhin gute Perspektiven ergeben sich in dem noch jungen Geschäftsbereich des Baus und Betriebs von LWL-Netzen. Nachdem der Netzausbau in Würselen, Alsdorf und Baesweiler mittlerweile abgeschlossen ist, ergeben sich in der sogenannten Nahbereicherschließung weitere Potentiale sowie mit der sogenannten FTTH-Technik in Neubaugebieten. Die Mittelfristplanung der enwor zeichnet auf der Basis bereits abgeschlossener Verträge diese positive Entwicklung eindrucksvoll auf. In dem hier vorliegenden Jahresabschluss 2016 hat enwor erstmals bei der Bemessung der Pensionsrückstellungen auf die 10-Jahres-Durchschnittswertbildung bei der HGB-Zinsberechnung abgestellt. Hieraus ergibt sich einmalig ein Entlastungseffekt für das Geschäftsjahr 2016, jedoch zeigt die mittelfristige Planung, dass der Gesetzgeber hier keine substantielle Entlastung für die Unternehmen herbeigeführt hat, sondern lediglich eine zeitliche Streckung der Aufwendungen. Die vorgenannten Sachverhalte, der Abschluss neuer Strom- und Gaskonzessionsverträge mit der Stadt Herzogenrath, der Zuschlag beim Wasserkonzessionsverfahren mit der Stadt Übach-Palenberg sowie die Einigung auf ein Eckpunktepapier in Hinsicht auf die mit der WAG bestehenden Liefer- und Leistungsverträge zeigt, dass wir in den operativen Geschäftsbereichen der Strom-, Gas-, Wasser- und Wärmeversorgung sowohl bei der enwor als auch im Konzern für die kommenden Jahre von stabilen Ergebnissen auf dem Niveau der Vorjahre ausgehen. Jedoch zeigt die Neustrukturierung der Wasserwirtschaft erhebliche Auswirkungen auf die Ergebnisstruktur des Unternehmens. Die Geschäftsführung hat dies zum Anlass genommen, eine sehr detaillierte 10-Jahres-Planung für die Geschäftsjahre 2018 bis 2027 zu erstellen und diese mit dem Aufsichtsrat zu beraten. Die Umstrukturierung der Wasserwirtschaft wird demnach im Geschäftsjahr 2017 einmalig durch die Hebung stiller Reserven zu hohen Erträgen führen, während in den Folgejahren die dann fehlenden Erträge vorübergehend zu einer Abschwächung des Jahresergebnisses führen werden. Für die wirtschaftliche Perspektive der enwor ist aber maßgeblich, dass das bereits frühzeitig bei enwor eingesetzte Investitionsprogramm vornehmlich in regenerative Stromerzeugungsanlagen in den nächsten Jahren mehr und mehr greifen wird und in diesem Geschäftsbereich zukünftig Erträge generiert werden, die den Ertragsrückgang durch die Umstrukturierung der Wasserwirtschaft ausgleichen. Die enwor wird die aus der Umstrukturierung der Wasserwirtschaft resultierenden Einmalerträge zur Stabilisierung der Ergebnisse der Folgejahre einsetzen, bis diese Zug um Zug durch die steigenden Beteiligungserträge ausgeglichen werden. Hierdurch soll für die Gesellschafter der enwor die Ergebniskonstanz der letzten Jahre auf gleichem Niveau auch für die kommenden Geschäftsjahre gesichert werden.

WAG

Die Entwicklung des Wasserabsatzes in den letzten sieben Jahren ist sehr positiv verlaufen. So stieg der Absatz von 32,5 Mio. m³ in 2010 auf 35,4 Mio. m³ in 2016. Zu diesem Anstieg haben vor allem die Stadtwerke Düren beigetragen, die erstmalig in 2014 ganzjährig Trinkwasser von der WAG bezogen haben. Die Geschäftsführung geht in ihrer Planung davon aus, dass der hohe Trinkwasserabsatz von 35,4 Mio. m³ des Jahres 2016 im Geschäftsjahr 2017 auf ein normales Maß in Höhe von 34,4 Mio. m³ Trinkwasserabsatz zurückgehen wird. Das Recht zur Entnahme von

Wasser aus der Wehebachtalsperre war bis zum 31.12.2016 befristet. Das Anfang 2016 bei der Bezirksregierung Köln begonnene Verfahren zur Erteilung eines neuen Wasserrechts konnte noch nicht abgeschlossen werden. Die Bezirksregierung hat daher hilfsweise eine auf 2 Jahre befristete Erlaubnis zur Entnahme erteilt. Es ist davon auszugehen, dass das Verfahren in 2017 mit der Verleihung einer neuen Bewilligung abgeschlossen werden kann. enwor wärme Im laufenden Geschäftsjahr 2017 erwarten wir eine Wärmeabgabe von 16,5 Mio. kWh und eine Stromverkaufsmenge von 14,4 Mio. kWh. Das Betriebsergebnis und das Jahresergebnis vor Abführung 2017 werden entsprechend den Planwerten erwartet. Die Lage des Unternehmens und die Zukunftsaussichten werden somit positiv bewertet. Für das Jahr 2017 sind Investitionen von 101 T€ geplant. Hiervon stehen 31 T€ für Maschinen, technische Anlagen, Zähler und Wärmetauscher, 40 T€ für Contracting-Anlagen sowie 30 T€ für Netzenweiterungen zur Verfügung. Der Anteil der Finanzierung, der nicht bereits durch Abschreibungen gedeckt ist, wird durch die Muttergesellschaft enwor gewährleistet. Risikomanagement Zur Abschätzung und Begrenzung von Risiken wird bereits seit dem Jahre 2007 ein jährlicher Risikomanagementbericht für die enwor – energie & wasser vor ort GmbH erstellt, in dem auch die betriebsgeführte WAG und die enwor – wärme mit einbezogen sind. Hierzu werden festgelegte Risiken von den jeweils verantwortlichen Mitarbeitern quartalsweise bewertet und softwareunterstützt ausgewertet. Die Geschäftsführung überprüft die Risikoeinschätzung und leitet in Abstimmung mit den verantwortlichen Mitarbeitern ggf. die erforderlichen Maßnahmen ein. Der Risikobericht wird dem Aufsichtsrat ebenfalls zur Kenntnisnahme vorgelegt.

Die Geschäftsführung

Dipl. Kfm. Herbert Pagel

Dipl. Ing. Reinhold Hüls

Wassergewinnungs- und aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziele

Die Gesellschaft führt die überörtliche Wassergewinnung, Wasserbeschaffung, den Wassertransport und die Wasseraufbereitung aus der Rur-Schiene sowie nach deren Übernahme auch aus der Wehebachtalsperre für die Gesellschafter durch. Die Gesellschaft kann alle Geschäfte betreiben, die geeignet sind, dem Gesellschaftszweck zu dienen.

Die WAG betreibt an den beiden Standorten Dreilägerbachtalsperre in Roetgen und Wehebachtalsperre in Stolberg Schevenhütte Trinkwasseraufbereitungsanlagen für ihre Gesellschafter enwor und STAWAG. Weiterhin beliefert sie die WML Waterleiding Maatschappij Limburg in den Niederlanden, den Perlenbachverband und die Stadtwerke Düren mit Trinkwasser.

Öffentliche Zwecksetzung

Gemäß § 50 WHG ist die der Allgemeinheit dienende Wasserversorgung (öffentliche Wasserversorgung) eine Aufgabe der Daseinsvorsorge.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft hat einen oder zwei Geschäftsführer. Die Bestellung erfolgt durch die Gesellschafterversammlung. Umfang und Verteilung der Aufgaben bestimmen sich im Einzelnen nach einer vom Aufsichtsrat zu erlassenden Geschäftsordnung. Sind zwei Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch beide Geschäftsführer gemeinsam oder durch einen in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, vertritt er die Gesellschaft allein.

Aufsichtsrat:

Der Aufsichtsrat besteht aus 14 stimmberechtigten und sechs beratenden Mitgliedern. Stimmberechtigte Mitglieder sind: Der Städteregionsrat der StädteRegion Aachen, der Oberbürgermeister der Stadt Aachen, ein Geschäftsführer der enwor, ein Vorstandsmitglied der STAWAG, je 5 vom Städteregionstag vorgeschlagene und von enwor entsandte Vertreter sowie vom Rat der Stadt Aachen vorgeschlagene und von der STAWAG entsandte Vertreter. Beratende Mitglieder sind: Ein vom Städteregionsrat der StädteRegion Aachen zu bestimmender Fachbeamter der StädteRegion, ein vom Oberbürgermeister der Stadt Aachen zu bestimmender Fachbeamter der Stadt, der Technische Betriebsleiter des enwor, der Technische Betriebsleiter der STAWAG, der Betriebsratsvorsitzende der enwor, der Betriebsratsvorsitzende der STAWAG.

Neben den stimmberechtigten und den beratenden Mitgliedern des Aufsichtsrats kann zugleich für ein jedes Mitglied ein stellvertretendes Mitglied durch die vorschlagende bzw. bestimmende Stelle benannt werden. Die Stellvertreter haben ein Teilnahmerecht an den Sitzungen des Aufsichtsrates nur, wenn die ordentlichen Mitglieder selbst nicht anwesend sind.

Vorsitzender des Aufsichtsrates ist der Städteregionsrat der StädteRegion Aachen, sein Vertreter ist der Oberbürgermeister der Stadt Aachen.

Gesellschafterversammlung:

In der Gesellschafterversammlung werden die STAWAG durch den Oberbürgermeister der Stadt Aachen und durch ein Vorstandsmitglied, die enwor durch den Städteregionsrat der StädteRegion Aachen und durch einen Geschäftsführer vertreten. Die Stimmen jedes Gesellschafters dürfen nur einheitlich abgegeben werden.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dipl.-Ing. Walter Dautzenberg
Dipl.-Kfm. Johannes Grote

Vertreter der StädteRegion im Aufsichtsrat:

Vorsitzender:	Helmut Etschenberg	Städteregionsrat
Stimmberechtigte Mitglieder:	Ronald Borning	Städteregionstagsmitglied
	Axel Wirtz	Städteregionstagsmitglied
	Ingrid von Morandell	Städteregionstagsmitglied
	Heiner Berlipp	Städteregionstagsmitglied
	Jürgen Neesen	Städteregionstagsmitglied
Beratendes Mitglied:	Uwe Zink	Dezernent StädteRegion

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Sitz: 52159 Roetgen

gezeichnetes Kapital: 1.100.000,00 Euro

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
STAWAG	550.000	50
enwor	<u>550.000</u>	<u>50</u>
	1.100.000	100,00

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2014	2015	2016
	- in T€ -	- in T€ -	- in T€ -
A. Anlagevermögen	37.238	35.718	33.803
I. Imm. Vermögensgegenst.	6.034	5.416	5.393
II. Sachanlagen	31.154	30.252	28.360
III. Finanzanlagen	50	50	50
B. Umlaufvermögen	3.628	4.390	5.549
I. Vorräte	54	41	60
II. Forderungen/sonst. VG	2.671	2.539	2.381
III. Kassenbestand, Guthaben	902	1.810	3.152
C. Rechnungsabgrenzungsposten	395	336	233
Bilanzsumme Aktiva	41.261	40.445	39.629
A. Eigenkapital	15.638	16.193	18.332
I. Gezeichnetes Kapital	1.100	1.100	1.100
II. Kapitalrücklage	12.322	12.322	12.322
III. Gewinnvortrag	1.067	1.216	2.771
IV. Jahresüberschuss	1.149	1.555	2.138
B. SoPo Investitionszuschüsse	2.291	2.160	2.152
C. Rückstellungen	554	827	824
D. Verbindlichkeiten	22.778	21.265	18.321
Bilanzsumme Passiva	41.261	40.445	39.629
Gewinn- und Verlustrechnung:	2014	2015	2016
	- in T€ -	- in T€ -	- in T€ -
Betriebsleistung		27.565	27.612
davon Umsatzerlöse	-	27.261	27.316
Betriebsergebnis	-	3.190	4.403
Finanzergebnis	-	-819	-719
Neutrales Ergebnis	-	33	-386
Jahresüberschuss nach Steuern	-	1.555	2.138

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2014	2015	2016
Mitarbeiter/innen	(betriebsgeführt durch Mitarbeiter der enwor)		

Leistungskennziffern	2014 in Tm ³	2015 in Tm ³	2016 in Tm ³
Entnahme:			
Dreilägerbachtalsperre	3.840	4.407	4.525
Kalltalsperre	10.258	12.433	13.568
Obersee	15.370	12.136	9.483
Wehebachtalsperre	6.859	7.724	8.996
Summe Entnahme	36.326	36.699	36.571
Abgabe:			
enwor	13.398	13.607	14.056
STAWAG	13.273	13.560	13.016
WML	5.180	5.134	5.163
Perlenbach	0,3	0,3	0,3
SWD	3.378	3.226	3.194
Summe Abgabe	35.230	35.528	35.430
Spülwasserverluste:	1.096	1.172	1.141
in % von Entnahme	3,02	3,19	3,12

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Die StädteRegion Aachen ist an der WAG über die enwor GmbH mittelbar beteiligt. Zwischen der WAG und der enwor GmbH besteht ein Betriebsführungsvertrag, darüber hinaus ein Wasserlieferungsvertrag sowie ein Netznutzungsvertrag.

Zwischen der StädteRegion Aachen und der WAG besteht ein Avalkreditvertrag über die Übernahme einer kommunalen, modifizierten Ausfallbürgschaft zugunsten der WAG zur teilweisen Besicherung der Finanzierung des Neubaus einer Membranfiltrationsanlage. Die vereinbarten Avalprovisionen der WAG werden durch die enwor GmbH jährlich zugunsten des Haushaltes der StädteRegion geleistet.

Lagebericht der Gesellschaft

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Gemäß dem Branchenbericht der Wasserwirtschaft 2015 ist die Wasserabgabe der öffentlichen Wasserversorgung an Verbraucher im Zeitraum von 1990 bis 2011 um 26 % zurückgegangen und beträgt heute insgesamt 4,4 Milliarden Kubikmeter pro Jahr. Zu diesem sinkenden Wasserverbrauch haben im Wesentlichen der bewusstere Umgang der Bevölkerung mit Trinkwasser und der Einsatz wassersparender Technik im Haushalt und in der Industrie beigetragen. Der spezifische Verbrauch pro Einwohner und Tag liegt derzeit bei 121 Litern.

Geschäftsverlauf

Das Absatzvolumen der WAG konnte bis auf 0,1 Mio. m³ auf dem hohen Niveau des Vorjahres gehalten werden. Im Berichtsjahr 2016 wurden insgesamt 35,4 Mio. m³ Trinkwasser (Vorjahr 35,5 Mio. m³) an die Wasserversorgungsunternehmen geliefert. Der Absatz war kundenspezifisch jedoch unterschiedlich. Eine höhere Absatzmenge verzeichnete der Gesellschafter enwor mit einem Plus von 0,4 Mio. m³ während STAWAG rund 0,5 Mio. m³ Trinkwasser weniger abnahm als im Vorjahr. Der Absatz an WML in die benachbarten Niederlande erhöhte sich dagegen leicht um 0,03 Mio. m³, der an SWD verringerte sich um 0,03 Mio. m³ Wasser gegenüber dem Vorjahr. Auch der Planansatz in Höhe von 34,4 Mio. m³ wurde somit deutlich übertroffen. Das abgegebene Wasser entsprach jederzeit den Vorgaben der Trinkwasserverordnung.

a) Ertragslage

Das Jahresergebnis der WAG verbesserte sich im Vergleich zum Vorjahr* um 583 T€ auf 2.138 T€. Das Ergebnis vor Steuern betrug 3.341 T€. Damit wurde das hohe Ergebnisniveau des Vorjahres (2.462 T€) nochmals um 879 T€ übertroffen. Dieses positive Ergebnis resultierte aus einer moderaten Ertragssteigerung in Höhe von 27 T€ bei deutlich geringeren betrieblichen Aufwendungen zum Vorjahr in Höhe von 753 T€ infolge von abgeschlossenen Instandhaltungsarbeiten und reduzierten Abschreibungen im Rahmen des Sachanlagevermögens, sowie einem verbesserten Finanzergebnis mit geringeren Fremdkapitalzinsen (+ 100 T€). Der Vergleich zum Vorjahr bezieht sich im Folgenden immer auf den testierten Jahresabschluss 2015 vor Umstellung nach BilRUG. Die Umsatzerlöse des Jahres 2016 erreichten 27.324 T€ und lagen damit um 260 T€ über dem Vorjahreswert. Sie setzen sich zusammen aus Erlösen aus dem Trinkwasserverkauf in Höhe von 27.013 T€ (Vorjahr 26.984 T€), die in Höhe von 1.771 T€ (Vorjahr 1.776 T€) Einnahmen aus der Weiterberechnung des Wasserentnahmeentgelts (WEE) enthalten. Zusätzlich konnten Erlöse aus der Stromeinspeisung in Höhe von 77 T€ (Vorjahr 80 T€) erzielt werden. Erstmals werden unter den Umsatzerlösen – hervorgerufen durch das Bilanzrichtlinien-Umsetzungsgesetz (BilRUG) – auch Erlöse aus Miet- und Pachteinnahmen (54,7 T€), aus Holzverkäufen (126,4 T€) sowie sonstige Einnahmen (54,0 T€) ausgewiesen. Dieser Ausweis ist im Wesentlichen für die Umsatzsteigerung gegenüber dem Vorjahr verantwortlich. Im gleichen Umfang sinken die sonstigen betrieblichen Erträge auf 335 T€. Sie beinhalten im Wesentlichen noch die Auflösung von Sonderposten in Höhe von 289 T€ sowie Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (35 T€). Die Materialaufwendungen lagen insgesamt mit 19,5 Mio. € um 75 T€ unter dem Vorjahresniveau. Die Aufwendungen im Bereich der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe erhöhten sich außerplanmäßig, da das Hauptzollamt Aachen für die Jahre 2014 und 2015 ausgezahlte Steuerentlastungen nach §§ 9b und 10 Stromsteuergesetz in Höhe von 394,4 T€ zurückgefordert hat. Als Begründung wird dargelegt, dass in Fällen der Betriebsführung im Bereich der Wasserversorgung die Stromentnahme nicht dem jeweiligen Wasserwerk, sondern dem Unternehmen, welches die Betriebsführung übernommen hat, zuzurechnen sei. WAG hat Einspruch gegen die Bescheide eingelegt. Mit Schreiben vom 10.08.2016 hat das Hauptzollamt Aachen mitgeteilt, dass aufgrund der Vielzahl der geführten Rechtsbehelfs- und ggf. Klageverfahren zu dieser Thematik und der über diesen Sachverhalt hinausgehenden und grundsätzlichen Bedeutung der Frage, wie derartige Betriebsführungsverträge steuerrechtlich zu berücksichtigen sind, die

Rechtsbehelfsverfahren derzeit nicht weitergeführt werden. Im Bereich der Aufwendungen für bezogene Leistungen stiegen vor allem die Kosten der Betriebsführung um 312 T€ auf 4,7 Mio. € sowie das Wasserentnahmeentgelt um 132 T€ auf 1,5 Mio. €. Dagegen sanken die Aufwendungen für Fremdlieferungen und Leistungen um 361 T€, für die Überlassung der gewerblichen Mitarbeiter der enwor um 252 T€ sowie die Beiträge des Wasserverband Eifel-Rur (WVER) um 427 T€ auf 1,6 Mio. €. Aufgrund der oben dargestellten Ausführungen stieg der Rohertrag (Umsatzerlöse ./- Materialaufwand) von 7,5 Mio. € auf 7,8 Mio. € in 2016 an. Der Personalaufwand blieb konstant auf dem Vorjahresniveau von 21 T€. Die Abschreibungen auf Sachanlagen reduzierten sich gegenüber dem Vorjahr um 208 T€, während die Abschreibung für immaterielle Wirtschaftsgüter um 2 T€ leicht anstieg. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten im Wesentlichen Unterhaltungsaufwendungen für Betriebsgebäude, die auch Lohnkosten für enwor- Mitarbeiter beinhalten, Versicherungsaufwendungen sowie Gebühren, Beratungs und Prüfungskosten. Insgesamt belaufen sich diese Instandhaltungskosten auf 437 T€ (Vorjahr 786 T€). Auch die Aufwendungen für Gutachter- und Beratungsleistungen gingen um 9 T€ auf 177 T€ zurück. Die periodenfremden Aufwendungen fielen um 23 T€ geringer aus als im Vorjahr. Insgesamt konnten die sonstigen betrieblichen Aufwendungen um 472 T€ auf 846 T€ gesenkt werden. Das durch die Finanzkrise gesunkene Zinsniveau sowie der geringe Bestand an liquiden Mitteln führten zu einem geringen Zinsertrag. Da auch der Darlehensbestand weiterhin reduziert und aus der Zinsbindung auslaufende Darlehen zu geringeren Zinskonditionen fortgeführt werden konnten, verbesserte sich das Finanzergebnis gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 100 T€ auf - 720 T€. Aufgrund der dargestellten positiven wirtschaftlichen Entwicklung schließt das Geschäftsjahr 2016 mit einem deutlich höheren Jahresüberschuss nach Steuern von 2.138 T€ gegenüber dem Vorjahr (1.555 T€) ab.

b) Finanzlage

aa) Kapitalstruktur

Es gab keine nennenswerten Veränderungen in der Kapitalstruktur im Vergleich zum Vorjahr.

bb) Investitionen

Im Investitionsplan 2016 war ein Gesamtvolumen von 2.445 T€ ausgewiesen. Hiervon wurden im Geschäftsjahr Bauvorhaben, Maschinen und Anlagen sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung in Höhe von 1.294 T€ realisiert. Davon wurden 281 T€ als Investitionen aktiviert. 1.013 T€ wurden als Anlagen im Bau erfasst. Abgeschlossen werden konnte die Errichtung des Bodenfilters Erlenweg in Monschau-Imgenbroich und der Austausch der Leitstellenrechner der TWA Roetgen. Als Anlagen im Bau wurden erfasst der Bau des Bodenfilters Dreibern in Schleiden, der Einbau einer Brandvermeidungsanlage in den Elektroschaltanlagenräumen der TWA Roetgen und die Errichtung der Zentrifuge an der TWA Roetgen. Die Zentrifuge konnte Ende d. J. in Betrieb genommen werden, wegen noch ausstehender Rechnungen und Nacharbeiten wird diese jedoch erst in 2017 aktiviert werden.

cc) Liquidität

Die Liquidität der WAG war während des gesamten Geschäftsjahres ausreichend gegeben. Aus der laufenden Geschäftstätigkeit konnte ein Mittelzufluss von 6.335 T€ erwirtschaftet werden, woraus der Zuwachs des Nettoanlagevermögens (abzgl. der Investitionszuschüsse) in Höhe von 1.010 T€

sowie die Zins- und Tilgungsleistungen für langfristige Darlehen von insgesamt 3.983 T€ finanziert werden konnten. Zum Jahresende betrug der Finanzmittelbestand 3.152 T€.

c) Vermögenslage

Eine wesentliche Veränderung der Vermögenslage hat nicht stattgefunden.

Finanzielle Leistungsindikatoren

Da der Werteverzehr größer war als der Anlagenzuwachs, sank der Wert des Anlagevermögens um 1,9 Mio. €. Die Abschreibungen wurden genutzt, um die langfristigen Kredite zu bedienen. Somit sanken die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 3,3 Mio. € auf 17,3 Mio. €. Weiterhin stieg das Eigenkapital aufgrund der Erhöhung der Gewinnvorträge um 2.138 T€ auf 18,3 Mio. €. Infolge dieser Vermögensveränderungen reduzierte sich die Bilanzsumme um 0,8 Mio. € auf 39,6 Mio. €. Beide Effekte, die Reduktion der Bilanzsumme und die Steigerung des Eigenkapitals führten zu der positiven Veränderung der Eigenkapitalquote um 6,3 % auf 46,3 %.

Prognose- und Risikobericht

Prognosebericht

Die Entwicklung des Wasserabsatzes in den letzten sieben Jahren ist sehr positiv verlaufen. So stieg der Absatz von 32,5 Mio. m³ in 2010 auf 35,4 Mio. m³ in 2016. Zu diesem Anstieg haben vor allem die Stadtwerke Düren beigetragen, die erstmalig in 2014 ganzjährig Trinkwasser von der WAG bezogen haben. Die Geschäftsführung geht in ihrer Planung allerdings davon aus, dass der hohe Trinkwasserabsatz von 35,4 Mio. m³ des Jahres 2016 im Geschäftsjahr 2017 auf ein normales Maß in Höhe von 34,4 Mio. m³ Trinkwasserabsatz zurückgehen wird. Dies entspricht einem Absatzrückgang gegenüber dem Vorjahr von ca. 2,9 %. Infolgedessen wird erwartet, dass die Umsatzerlöse um ca. 0,5 Mio. € auf 26,8 Mio.€ sinken. Die Materialaufwendungen steigen leicht an und werden rund 200 T€ über dem Jahresniveau 2016 von 19,5 Mio. € liegen, so dass der Rohertrag voraussichtlich 7,1 Mio. € erreichen wird (2016: 7,8 Mio. €). Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen werden 2017 voraussichtlich geringer ausfallen als im Geschäftsjahr 2016, da die Sanierung der Betriebsgebäude weitgehend abgeschlossen ist. Allerdings werden für die Ausarbeitung der Verträge zur Übernahme der bisher von enwor durch Pachtvertrag zur Verfügung gestellten Trinkwassertalsperren und der Aufbereitungsanlage an der Wehebachtalsperre, der Übernahme der Grundwasserwerke von enwor und STAWAG sowie der neuen Dienstleistungsverträge Beratungsleistungen im ähnlichem Umfang wie 2016 erforderlich. Somit wird ein Betriebsergebnis für das Geschäftsjahr 2017 in Höhe von 3,4 Mio. € erwartet, welches um 0,7 Mio. € unter dem des Vorjahres liegt. Unter Berücksichtigung des Finanzergebnisses auf Vorjahresniveau von minus 0,7 Mio. € sowie einem Steueraufwand von voraussichtlich 1,0 Mio. € wird ein Jahresüberschuss in Höhe von 1,7 Mio. € erwartet (Vorjahr 2,1 Mio. €) Das Recht zur Entnahme von Wasser aus der Wehebachtalsperre war bis zum 31.12.2016 befristet. Das Anfang 2016 bei der Bezirksregierung Köln begonnene Verfahren zur Erteilung eines neuen Wasserrechts konnte noch nicht abgeschlossen werden. Die Bezirksregierung hat daher hilfsweise eine auf 2 Jahre befristete Erlaubnis zur Entnahme erteilt. Es ist davon auszugehen, dass das Verfahren in 2017 mit der Verleihung einer neuen

Bewilligung abgeschlossen werden kann. Im Verfahren zur Neufestsetzung des Wasserschutzgebiets Wehebachtalsperre hat die Bezirksregierung Köln keine neuen Aktivitäten entfaltet.

Risikobericht

Nach dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (Kon- TraG) hat die Geschäftsführung ein Überwachungssystem einzurichten, das die rechtzeitige Erkennung von Risiken gewährleistet, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten. Die WAG ist deshalb in das Risikomanagementsystem der Betriebsführerin enwor eingebunden. Im Geschäftsjahr 2016 hat die Geschäftsführung mit Unterstützung der enwor 22 Risiken identifiziert, die regelmäßig einer Betrachtung unterzogen werden. Diese wurden strukturiert und nach Risikoursachen einem Risikoverantwortlichen zugeteilt. Im Wesentlichen werden drei unterschiedliche Risikoursachen beobachtet:

- wirtschaftliche Risiken
z. B. Preisentwicklung bei Energie und Zusatzstoffen
- administrative Risiken
z. B. Wasserentnahmerechte und Wasserschutzgebiete
- elementare Risiken
z. B. Hochwasser, Erdbeben

Der Risikobericht für das Geschäftsjahr 2016 kommt zu dem Ergebnis, dass sich die Risikolandschaft im Berichtszeitraum nicht wesentlich gegenüber dem Vorjahr verändert hat und sich aus heutiger Sicht keine den Fortbestand gefährdenden Risiken abzeichnen. Insgesamt sieht die Geschäftsführung unverändert keine aktuellen technischen, wirtschaftlichen oder rechtlichen Risiken, die eine Änderung der Geschäftspolitik erforderlich machen. Die Leistungs- und Handlungsfähigkeit der Gesellschaft ist gegeben.

Roetgen, 15. März 2017

Die Geschäftsführung



Flugplatz Aachen Merzbrück GmbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziel

Gegenstand der Gesellschaft ist der Betrieb, die Unterhaltung und der Ausbau des Verkehrslandeplatzes und des Segelfluggeländes Aachen-Merzbrück. Der Flugplatz dient der Allgemeinen Luftfahrt und Luftfahrzeugen bis 5,7 to Höchstabfluggewicht. Er steht ferner der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen und der Fachhochschule Aachen für wissenschaftliche und Forschungszwecke zur Verfügung. Beim Betrieb und beim Ausbau des Flugplatzes sind die Belange des Umweltschutzes, insbesondere die "Verordnung über die zeitliche Einschränkung des Flugbetriebes mit Leichtflugzeugen und Motorseglern an Landeplätzen" vom 05.01.1999 (BGBl. I S. 3) zu beachten.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Der Geschäftsführer wird von der Gesellschafterversammlung bestellt.

Aufsichtsrat:

Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat, dessen Mitglieder von den Gesellschaftern wie folgt entsandt werden:

Stadt Aachen	2 Mitglieder
Stadt Eschweiler	2 Mitglieder
Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co.KG	2 Mitglieder
Fluggemeinschaft Aachen	1 Mitglied
StädteRegion Aachen	1 Mitglied

Für jedes Aufsichtsratsmitglied ist von dem entsendenden Gesellschafter ein Vertreter zu bestimmen. Die von den Gesellschaftern entsandten Mitglieder können von dem Gesellschafter, der sie entsandt hat, jeder Zeit abberufen und durch andere Personen ersetzt werden. Der Aufsichtsrat wählt aus seiner Mitte einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter. Zum Vorsitzenden des Aufsichtsrates soll der jeweilige Bürgermeister der Stadt Würselen gewählt werden, zum stellvertretenden Vorsitzenden soll eines der beiden Aufsichtsratsmitglieder der Stadt Aachen gewählt werden.

Gesellschafterversammlung:

Der Vertreter der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung wird durch den StädteRegionstag bestellt.



Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Uwe Zink

Vertreter der StädteRegion im Aufsichtsrat und in der Gesellschafterversammlung:

	Josefine Lohmann	Städtereionstagsmitglied
Stellvertreter:	Christoph Simon	sachkundiger Bürger

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Sitz: 52146 Würselen

gezeichnetes Kapital: 57.000,00 Euro

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
StädteRegion Aachen	8.535,00	14,97
Stadt Aachen	14.256,00	25,01
Stadt Eschweiler	14.256,00	25,01
Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co. KG	14.256,00	25,01
FGA e.V.	<u>5.697,00</u>	<u>10,00</u>
	57.000,00	100,00

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2014	2015	2016
	- in € -	- in € -	- in € -
A. Anlagevermögen	1.679.427	1.674.154	1.680.790
I. Imm. Vermögensgegenst.	3.621	3.526	1.893
II. Sachanlagen	1.675.806	1.670.628	1.678.897
B. Umlaufvermögen	454.069	497.503	517.297
I. Vorräte	1.148	1.112	1.810
II. Forderungen / sonst. VG	92.411	78.856	69.289
III. Kassenbestand, Guthaben	360.510	417.535	446.197
Bilanzsumme Aktiva	2.133.496	2.171.657	2.198.087



	2014 - in € -	2015 - in € -	2016 - in € -
A. Eigenkapital	439.249	559.930	653.488
I. Gezeichnetes Kapital	57.000	57.000	57.000
II. Kapitalrücklage	200.210	246.304	294.306
III. Gewinn-/Verlustvortrag	124.853	182.038	256.626
IV. Jahresüberschuss	57.186	74.588	45.556
B. Rückstellungen	34.072	32.452	33.832
C. Verbindlichkeiten	1.630.463	1.550.961	1.482.454
D. Rechnungsabgrenzungsposten	29.712	28.314	28.314,02
Bilanzsumme Passiva	2.133.496	2.171.657	2.198.087

Gewinn- und Verlustrechnung:	2014 - in € -	2015 - in € -	2016 - in € -
Umsatzerlöse	271.769	333.511	329.206
Sonst. betriebl. Erträge		55.152	50.858
Materialaufwand	1.737	1.737	1.517
Personalaufwand		188.865	195.098
Sonst. betriebl. Aufwendungen		108.221	122.588
Erträge aus Gesellschafterzuschüssen	100.091	98.216	106.773
Ergebnis nach Steuern		74.890	45.858
Jahresüberschuss nach Steuern	57.186	74.588	45.556

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2014	2015	2016
Mitarbeiter/innen	14	15	15
Indikatoren zur Vermögens- Finanz- und Ertragslage	2014 in %	2015 in %	2016 in %
Anlagenintensität / Anlagenquote	78,72	77,09	76,47
Eigenkapitalquote	20,59	25,78	29,73
Anlagendeckungsgrad I	26,15	33,45	38,88
Liquidität 1. Grades	402,77	431,37	486,57



Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

An der von der Gesellschafterversammlung beschlossenen Ergebnisverwendung bzw. Verlustabdeckung ist die StädteRegion Aachen entsprechend ihrem Anteil am Stammkapital beteiligt. Im Haushaltsjahr 2016 hat die StädteRegion keine Zahlungen im Rahmen der Verlustabdeckung an die FAM geleistet. Die FAM GmbH leistet ihrerseits Miet- und Pachtzahlungen für den Tower sowie die Hallen auf dem Gelände in Merzbrück an die StädteRegion Aachen. In Vorbereitung des Flugplatzausbaus wurden außerdem Ende des Jahres 2009 Grundstückskäufe notariell beurkundet, welche in 2010 bilanzwirksam wurden. Im Zusammenhang hiermit haben die Gesellschafter Beschlüsse getroffen (vgl. Vorlage 2009/0482 für die Sitzung des Städteregionstages am 10.12.2009), die die Übernahme von Ausfallbürgschaften sowie die Übernahme von Finanzierungskosten für ein durch die Grundstückskäufe erforderlich gewordenen Darlehen sicherstellen. Wesentliche Leistungsbeziehungen zu anderen Beteiligungsgesellschaften der StädteRegion Aachen bestehen nicht, es ist lediglich ein wirtschaftlicher Zusammenhang zwischen der Entwicklung der FAM GmbH und der Entwicklung der AKM Gesellschaften zu nennen.

Angaben des Lageberichtes zur öffentlichen Zwecksetzung

Der Lagebericht zum 31.12.2016 führt aus, dass die aus dem Gesellschaftsvertrag resultierende Verpflichtung zur Erhaltung des öffentlichen Zweckes der Gesellschaft und die Erreichung dieses Zweckes im Berichtsjahr erfüllt wurden, vgl. Absatz 1 des vorstehenden Berichtes.

Lagebericht der Gesellschaft

Gremien

Im Geschäftsjahr 2016 haben der Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung je zweimal getagt. Das Jahresergebnis 2015, die Entlastung des Aufsichtsrates und die Entlastung des Geschäftsführers wurden in der 78. Sitzung des Aufsichtsrates bzw. in der 56. Gesellschafterversammlung am 04.07.2016 beschlossen.

Die aus dem Gesellschaftsvertrag resultierende Verpflichtung zur Erhaltung des öffentlichen Zweckes der Gesellschaft und die Erreichung dieses Zweckes wurden im Berichtsjahr erfüllt.

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Auf dem Verkehrslandeplatz (VLP) Aachen – Merzbrück dürfen neben den motorgetriebenen Luftfahrzeugen auch Segelflugzeuge operieren. Aus der Betriebsgenehmigung der Bezirksregierung Düsseldorf, Landesluftfahrtbehörde, sind die weiteren auf dem Platz zugelassenen Luftfahrzeuge und deren Beschränkungen zu entnehmen.

Der VLP Aachen–Merzbrück ist durch einen Bauschutzbereich geschützt. Er unterliegt der Betriebspflicht und muss deshalb im Rahmen der Öffnungszeiten der Allgemeinen Luftfahrt zur Verfügung stehen. Die Öffnungszeiten sind von 09:00 – SS (sunset), längstens 20:30 Uhr. Für Nutzer des Platzes besteht die Möglichkeit über PPR-Anfrage (prior permission required) eine Früh- oder Spätabfertigung morgens ab 07:00 Uhr oder abends bis 22:00 Uhr zu beantragen. Dies bedarf der Zustimmung der FAM GmbH. Gemessen an der Zahl der Flugbewegungen von durchschnittlich 40.000 – 42.000 Flugbewegungen liegt der VLP Aachen–Merzbrück im oberen Drittel aller Verkehrslandeplätze in Nordrhein–Westfalen. Mit dem Kauf des Grundstückes zur Verlängerung und



Verlegung der Start-/Landebahn haben die Gesellschafter die Aufwendungen für Zins und Tilgung übernommen. Die Tilgungsleistungen werden der Kapitalrücklage der FAM zugeführt. Außerdem erhält die FAM seit 1998 jährlich einen Pachtzuschuss von den Gesellschaftern von jährlich rd. 29.000,-- EUR und zusätzlich von der FGA einen Betriebskostenzuschuss von jährlich 10.000,-- EUR. In 2017 wird die FAM einen neuen Pachtvertrag mit der Stadt Aachen und der Städteregion Aachen zur Verlängerung des Vertrages und Sicherung des VLP aushandeln. Hierbei wird auch die zukünftige Verwaltung der Hangars durch die FAM ein Thema werden. Aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und den witterungsbedingten Möglichkeiten wie im letzten Jahr erwartet die Geschäftsführung ein vergleichbares Ergebnis.

Darstellung der Geschäftsentwicklung 2016

1. Wirtschaftliche Entwicklung

Die Erträge des operativen Geschäftes sind hauptsächlich durch die Landegebühren geprägt und auch weiterhin deutlich positiv. Fehlendes Eigenkapital für die geplanten investiven Maßnahmen erfordern Zuschüsse der Gesellschafter. Aufgrund der Entwicklung bei den Flugbewegungen sind im zurückliegenden Jahr die Umsatzerlöse von EUR 347.614,88 auf EUR 339.682,66 (EUR -7.932,22) zurückgegangen. Der hohe Überschuss in 2015 resultiert aus der höheren Zahl der Flugbewegungen.

In 2016 ist uns trotz des Rückgangs der Umsatzerlöse bei den Flugbewegungen und den höheren Instandsetzungsaufwendungen ein Überschuss gelungen. Die Geschäftsführung hat in 2016 mit rechtlicher Hilfe die Verträge bei Veranstaltungen überarbeitet, damit das Veranstaltungsmanagement für die Zukunft auf solide Füße gestellt wird. Bei Veranstaltungen auf Flugplätzen handelt es sich in der Regel um open air Veranstaltungen, die sehr stark vom Wetter, der Anbindung durch den ÖPNV, der Anreisemöglichkeit und dem Angebot an Parkplätzen abhängig sind. In den letzten Jahren ist das Angebot an open air Veranstaltungen erheblich vergrößert worden. Durch die Vielzahl der Möglichkeiten eine solche Veranstaltung zu besuchen, ist das Risiko für die Veranstalter gestiegen. Für die Zukunft muss überlegt werden, wie dieses Segment neben dem Schwerpunkt des Flugbetriebes in wirtschaftlicher Hinsicht weiter gestärkt werden kann. Der Überschuss in 2016 bei geringeren Flugbewegungen konnte sich deshalb so entwickeln, weil über das Veranstaltungsmanagement Einnahmen generiert werden konnten. Die Einnahmen beim Veranstaltungssegment konnten von 3.595,-- € (2015) auf 17.735,-- € (2016) gesteigert werden. Insgesamt ergab sich ein Überschuss von EUR 45.556 gegenüber EUR 74.587 im Vorjahr, die letztendlich ein positives Ergebnis für die Gesellschaft darstellen. Der hohe Überschuss in 2015 resultiert aus der höheren Zahl der Flugbewegungen. Zudem fielen im Berichtsjahr erhöhte Instandhaltungsaufwendungen an. Die Eigenkapitalquote von 29,7 % ist als zufriedenstellend einzustufen. Dadurch dass die Tilgung der Kapitalrücklage zugeführt wird, verbessert sich dieser Wert zunehmend. Die Liquidität 1. Grades hat sich wie folgt verändert:

Bankbestand $\times 100$,
Verbindlichkeiten bis zu 1 Jahr

Für die Jahre 2016 und 2015 ergeben sich folgende Werte:

2016: $446.197,51 \cdot 100 / 91.703 = 486,57 \%$

2015: $417.535,31 \cdot 100 / 96.793,74 = 431,37 \%$

Die Werte zeigen, dass die Gesellschaft zum Bilanzstichtag 31.12.2015 bzw. 31.12.2016 in der Lage war, ihre kurzfristigen Verbindlichkeiten 4 bis nahezu 5fach zu decken. Bei der Ertragslage ist zu berücksichtigen, dass das zuletzt für den Bau der neuen Start- und Landebahn erworbene



Grundstück noch nicht dem eigentlichen Zweck dient und deshalb keine positiven Beiträge bis auf die Pacht für die landwirtschaftliche Nutzung zum operativen Gewinn leistet.

2. Planfeststellungsverfahren

Auch in 2016 ist es nicht zur Offenlage des Planfeststellungsbeschlusses gekommen. Aktuell wurde die Offenlage mit dem 08.06.2017 abgeschlossen und es sind zwei Klagen eingegangen. Neben der Privatklage hat auch der Flughafen Aachen–Merzbrück eine Klage bei der Landesluftfahrtbehörde eingereicht. Diese Klage wurde vor allen Dingen auch deshalb eingelegt, um Rechtsmittel zu wahren. Der erfolgreiche Abschluss des Planfeststellungsverfahrens vom 27.03.2017 zeigt, dass diese Akzeptanz des Platzes höher ist, als sie von Kritikern bisher eingeschätzt wurde. Über den Lärmschutzbeirat soll der Kontakt mit der betroffenen Bevölkerung aufrechterhalten werden und Maßnahmen auch über ihn kommuniziert werden. Aufgrund fehlender Beschwerden und dem fehlenden Planfeststellungsbeschluss tagte der Lärmschutzbeirat in 2016 nicht.

3. Flugbewegungen / Entgeltordnung

Im Mai 2015 wurde die Entgeltordnung redaktionell angepasst. Erkennbare Kündigungen auf Grund der Entgeltordnung wurden nicht verzeichnet, stattdessen besteht nach wie vor der Wunsch, von Merzbrück aus zu fliegen. Ein fehlendes Kontingent an Hallenplätzen verhindert derzeit eine Erhöhung der stationierten Flieger. Die Flugbewegungen 2016 sind gegenüber dem Vorjahr gesunken.

4. Personalentwicklung

Im Geschäftsjahr 2016 gab es keine Personalveränderungen. Sie wurden auf den 01. April 2017 verschoben. Der ehemalige Betriebsleiter Herr Korr wird ab diesem Zeitpunkt aushilfsweise weiterhin für die Flugleitung zur Verfügung stehen. Wie in den Vorjahren wird er Kinder und Jugendliche aus den angemeldeten Kitas und Schulen betreuen. Die Führungen und Vorträge über den Verkehrslandeplatz werden über die Bildungszugabe der Städteregion finanziert. Seine Nachfolge übernimmt Herr Vogel, der als Pilot den Platz kennt und schon in früheren Jahren als Aushilfe in der Flugleitung tätig war. Mit dieser Einstellung verfügt der VLP auch über eine Vertretung des Betriebsleiters Herrn Jorias.

5. Gesellschaftsvertrag

Durch den neu beschlossenen und geänderten Gesellschaftsvertrag vom 04.07.2016 verstärkt die FAM ihre Absicht, Tagesveranstaltungen auf dem Flugplatzgelände zu ermöglichen.

6. Zusammenarbeit der FAM mit Schule und Wissenschaft

Auch in 2015 fanden Gespräche zur Fortentwicklung der Zusammenarbeit mit Schule und Forschung sowie Ausbildungsstätten statt. Diese Entwicklung ist dank der Bildungszugabe der Städteregion möglich und schafft eine Verstärkung in der schulischen Ausbildung bei den MINT Fächern.

7. Bahnübergang Merzbrück

Die Arbeiten zum Bau der Zugankündigungseinrichtung für die nunmehr regelmäßig verkehrende EUREGIO–Bahn wurden in 2016 abgeschlossen. Hierbei wurden auch wichtige Regelungen im täglichen Funkverkehr mit der Bezirksregierung abgestimmt und mehrfach verbessert. Im April 2017 fand ein Abschlussgespräch mit der Luftaufsicht der Bezirksregierung Düsseldorf, der Landesluftfahrtbehörde und den Flugleitern des Flugplatzes statt. Dieses Gespräch diente auch dem Verständnis der Aufgaben aller Beteiligten und soll zukünftig fortgesetzt werden. Die getroffenen Regelungen führen dazu, dass gegenüber den Vorjahren der Tower permanent besetzt sein muss und im Sprechfunkverkehr die Flugleitung auf den querenden Zugverkehr hinzuweisen hat. Die Permanentbesetzung des Towers führt zu einer höheren Präsenz der Flugleitung und damit zu höheren Personalkosten. Mit dem Ausbau des Flugplatzes könnte auf diese Regelungen wieder verzichtet werden.



8. Elektrifizierung der Bahnstrecke

Die EVS beabsichtigt die Elektrifizierung der Bahnstrecke der EUREGIO-Bahn in den kommenden Jahren. Bereits im Planfeststellungsverfahren hat die EVS dies geäußert, worauf die FAM auf die fehlende Finanzierung verwiesen hat, wenn die Umsetzung kurzfristig zu erfolgen hätte. Die Geschäftsführung geht davon aus, dass in 2017 weitere Gespräche hinsichtlich einer Vereinbarung erfolgen werden.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die Geschäftsführung geht davon aus, dass die Ertragslage und die Anzahl der Flugbewegungen sich nach wie vor in einem Korridor von 40.000 – 42.000 bewegen. Die Ansiedlung und die Stationierung der Flugzeuge in einem neuen Hangar ließe sich seit dem Planfeststellungsbeschluss (Einlegung von Rechtsmitteln, Offenlage) umsetzen. Die Geschäftsführung wird die Wirtschaftlichkeit des Baus eines Hangars prüfen. Der Bedarf nach weiteren Hallenplätzen besteht. In 2017 beabsichtigt die Geschäftsführung im Hinblick auf den zukünftigen Ausbau die Verlängerung des Pachtvertrages mit der Stadt Aachen und der Städteregion Aachen abzuschließen. Hierbei soll auch über die Verwaltung und die Unterhaltung der Hangars, die sich im Eigentum der Stadt und Städteregion Aachen befinden, dahingehend verhandelt werden, dass die FAM als Betreiber des Verkehrslandeplatzes diese Aufgaben gegen einen finanziellen Ausgleich übernimmt. Die FAM ist daran interessiert, alle Weichen in Richtung des Ausbaus des Flugplatzes zu stellen, damit zum einen das Gewerbegebiet neben dem Flugplatz weiterentwickelt werden kann unter Aufgabe des Flugbetriebes der bestehenden SLB. Hierbei werden die Ergebnisse aus den Verhandlungen mit der EVS eine wichtige Rolle spielen. Zum anderen wird die FAM im Interesse der Allgemeinheit die Realisierung der Elektrifizierung der EUREGIO-Bahn positiv begleiten. Mit dem geplanten Bau der verschwenkten und verlängerten Landebahn kann der VLP auch wieder stärker vom Geschäftsreiseflugverkehr wie vor dem 01.01.2005 angefliegen werden. Hierzu bedarf es der Genehmigung und Finanzierung durch die Gremien der FAM GmbH und den Gremien ihrer Gesellschafter. Es hat sich die Gesellschaft Air s.pace als Ausgründung aus der FH und RWTH Aachen von Professoren beider Lehrstühle ausgegründet mit dem Ziel, hybridgetriebene Flugzeuge in der Zukunft zu entwickeln. Die postalische Adresse ist zurzeit die Adresse des Towers.

Die Geschäftsführung dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre Arbeit.

Würselen, den 18.09.2017

gez. Uwe Zink



Wirtschaft und Struktur

AGIT - Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer mbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziele

Gegenstand des Unternehmens sind die Förderung und Entwicklung der Wirtschaftsregion Aachen in allen relevanten Entwicklungsfeldern, die geeignet sind, den Wirtschaftsraum wettbewerbsfähig fortzuentwickeln. Für die gesamte Region Aachen hat die Gesellschaft die Aufgabe, mit den hierfür geeigneten Partnern aus den Bereichen Wissenschaft (Hochschulen/Qualifikationseinrichtungen), Wirtschaft, Politik und Verbänden, auch grenzüberschreitend, die gemeinsam definierten Zielprojekte zu erarbeiten und umzusetzen. Hierzu gehören die Errichtung und der Betrieb von Technologiezentren, das Angebot von Beratungs- und anderen Dienstleistungen, die Durchführung von Vorhaben auf dem Gebiet der technologieorientierten Wirtschaftsförderung, die Vermittlung und Verwertung von Urheberrechten und Know-how, die Standortwerbung für die Region im In- und Ausland und die Vermittlung und Moderation von strukturpolitischen Fördermaßnahmen des Landes Nordrhein-Westfalens, des Bundes und der EU. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern. Sie kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen, andere Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art übernehmen, vertreten, sich an solchen Unternehmen beteiligen und Zweigniederlassungen errichten.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Geschäftsführer werden durch den Aufsichtsrat bestellt, angestellt und abberufen.

Aufsichtsrat:

Der Aufsichtsrat besteht aus 17 Mitgliedern. Er kann beschließen, dass an seinen Sitzungen weitere Personen beratend teilnehmen.

Die Mitglieder aus dem Bereich der kommunalen Gebietskörperschaften werden für die Dauer einer Wahlzeit der Kommunalvertretungen in den Aufsichtsrat entsandt. Sie bleiben bis zur jeweiligen Entscheidung eines Nachfolgers im Amt. Die Bestellung von stellvertretenden Mitgliedern für den Fall der Verhinderung ist zulässig.

Gesellschafterversammlung:

Die Gesellschafter sind in der Gesellschafterversammlung durch einen von ihnen schriftlich benannten Vertreter vertreten. Je 1.000,00 Euro Kapitalbeteiligung gewähren eine Stimme.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dr. Helmut Greif – bis 30.06.2016
 Dr. Lothar Mahnke – ab 01.07.2016

Vertreter der StädteRegion / WFG im Aufsichtsrat:

	Helmut Etschenberg	Städteregionsrat
Stellvertreter:	Markus Terodde	Dezernent
	Leo Pontzen	Städteregionstagsmitglied
Stellvertreterin:	Ingrid von Morandell	Städteregionstagsmitglied
	Prof. Dr. Axel Thomas	WFG StädteRegion Aachen
Stellvertreter:	Axel Hartmann	Allg. Vertreter d. Städteregionsrates

Vertreter der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung:

	Leo Pontzen	Städteregionstagsmitglied
Stellvertreterin:	Karin Schmitt-Promny	Städteregionstagsmitglied

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Sitz: 52068 Aachen

gezeichnetes Kapital: 3.253.000,00 Euro

Gesellschafter:

	Anteil in €	Anteil in %
StädteRegion Aachen	500.378	15,38
Stadt Aachen	971.450	29,86
Handwerkskammer Aachen	138.934	4,27
IHK Aachen	421.242	12,95
WFG StädteRegion Aachen mbH	52.000	1,60
Kreis Düren	277.867	8,54
Kreis Heinsberg	138.934	4,27
Kreis Euskirchen	138.934	4,27
Sparkasse Aachen	467.815	14,38
Sparkasse Düren	67.296	2,07
Kreissparkasse Euskirchen	36.000	1,11
Kreissparkasse Heinsberg	39.075	1,20
Fachhochschule Aachen	3.075	0,10
	3.253.000	100,00

Beteiligungen > 25 %:	Anteil in €	Anteil in %
Mess- und Prüfzentrum Fahrzeugtechnik Alsdorf GmbH*	6.391,15	25

* Die Gesellschaft wurde zum 31.12.2014 liquidiert.

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

	2014	2015	2016
	- in € -	- in € -	- in € -
Bilanz:			
A. Anlagevermögen	6.211.328	5.455.587	4.597.408
I. Imm. Vermögensgegenst.	8.921	28.226	12.362
II. Sachanlagen	6.153.411	5.378.365	4.542.440
III. Finanzanlagen	48.996	48.996	42.605
B. Umlaufvermögen	1.215.670	840.334	719.489
I. Forderungen / sonst. VG	877.315	612.970	410.611
II. Kassenbestand, Guthaben	338.355	227.364	308.878
C. RAP	168	1.610	14.819
Bilanzsumme Aktiva	7.427.166	6.297.531	5.331.716
A. Eigenkapital	1.161.463	932.687	1.102.881
I. Gezeichnetes Kapital	3.253.000	3.253.000	3.253.000
II. Verlustvortrag	-2.093.075	-2.091.537	-2.320.313
III. Jahresüberschuss	1.538	-228.776	170.194
B. SoPo Investitionszuschüsse	2.256.386	1.609.964	963.732
C. Rückstellungen	92.700	105.200	64.651
D. Verbindlichkeiten	3.916.617	3.649.680	3.146.894
E. Rechnungsabgr.	0	0	53.558
Bilanzsumme Passiva	7.427.166	6.297.531	5.331.716
Gewinn- und Verlustrechnung:			
	2014	2015	2016
	- in € -	- in € -	- in € -
Umsatzerlöse	3.697.229	3.542.653	3.433.773
Gesellschafterzuschüsse	1.241.436	888.973	1.052.380
Sonst. betriebl. Erträge		1.592.006	1.770.361
Materialaufwand		2.158.750	2.149.425
Personalaufwand		1.540.685	1.399.048
Sonst. betriebl. Aufwendungen		538.763	366.136
Zinsen und ähnl. Aufwendungen		93.901	91.820
sonstige Steuern	105.730	-117.80	-117.501
Ergebnis nach Steuern		110.916	287.695
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	10.414	-228.776	170.194

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2014	2015	2016
Mitarbeiter/innen	31	25	20
Indikatoren zur Vermögens- und Finanzlage	2014	2015	2016
	in %	in %	in %
Anlagenintensität / Anlagenquote	83,6	86,6	86,1
Eigenkapitalquote	46,0	40,5	38,8
Anlagendeckungsgrad	55,0	46,6	45,0
Liquidität 1. Grades	29,9	20,8	38,8
Liquidität 2. Grades	107,4	77,0	90,5

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Aufwendungen der AGIT, die nicht aus Erlösen und sonstigen Zuschüssen gedeckt sind, werden durch Zuschüsse der Gesellschafter im Verhältnis ihrer Stammkapitalanteile zueinander getragen. Der im Jahr 2016 gezahlte Zuschuss der StädteRegion an die AGIT betrug insgesamt 202.599 €. Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft der StädteRegion Aachen mbH ist Mitgesellschafterin der AGIT. Wesentliche Leistungsbeziehungen zu anderen Beteiligungsgesellschaften der StädteRegion Aachen liegen nicht vor.

Öffentliche Zwecksetzung

Aufgaben der Wirtschaftsförderung zählen zu den nichtwirtschaftlichen Betätigungen der Gemeinde, die in § 107 Abs. 3 GO NRW aufgeführt sind.

Lagebericht der Gesellschaft

Vorbemerkungen zum Jahr 2016

Seit 2013 befindet sich die Aufgabenverteilung im Bereich der Wirtschaftsförderung und Regionalentwicklung in der Region Aachen in einem Restrukturierungsprozess, der auch Ende 2016 noch nicht abgeschlossen war. Insbesondere die in 2015 grundsätzlich geregelte Aufgabenverteilung zwischen AGIT und Zweckverband Region Aachen (ZV) musste sich in der Praxis noch bewähren. Zum 1. Juli 2016 wurde ein Nachfolger für den altersbedingt ausscheidenden Geschäftsführer bestellt. Neben diesen internen Veränderungsprozessen war das Geschäftsjahr von einem immer wieder aufgeschobenen Start der beiden Interreg-Projekte „Early Tee“ und „I2M“ geprägt, die erst im November 2016 endgültig genehmigt wurden. Dadurch wurde die Personal- und Finanzplanung für das gesamte Jahr vor besondere Herausforderungen gestellt. Das von der AGIT in Kooperation mit Wissenschafts- und Industriepartnern betriebene „Auto- motive & Rail Innovation

Center" (ARIC) in Wegberg-Wildenrath konnte auch in 2016 die als Grundlage für das Geschäftsmodell notwendigen Dienstleistungsaufträge nicht akquirieren. Deshalb wurden die Kooperationsverträge mit den Projektpartnern gekündigt und das Gesamtprojekt mit Wirkung zum 1. August 2016 auf den zentralen Mitarbeiter dieses Projektes übertragen. Dadurch können die sich aus der Projektförderung ergebenden Verwertungsverpflichtungen erfüllt werden, ohne dass sich bei der AGIT ein weiteres finanzielles Defizit aufbaut. An möglicherweise doch noch aus Dienstleistungsaufträgen zu erzielenden Gewinnen ist die Gesellschaft nicht mehr beteiligt.

Geschäftsmodell des Unternehmens

Die AGIT ist die regionale Entwicklungsgesellschaft für Innovation und Technologietransfer der Region Aachen, die zwei Technologiezentren in Aachen betreibt, technologie-orientierte Unternehmen in der Gründung und in ihrem Wachstum berät und die Wirtschaftsförderungsprojekte in der Region Aachen und in der Euregio Maas-Rhein durchführt. Entsprechend diesem Aufgabenprofil ist die AGIT in zwei Geschäftsbereichen organisiert: – Im Bereich „Technologiezentramsmanagement“ wird das Technologiezentrum am Europaplatz und als Dienstleister für die Stadt Aachen das Zentrum für Bio-Medizin Technik (ZBMT) auf dem Campus der RWTH betrieben. Dieser Geschäftsbereich finanziert sich aus den Mieterträgen, Verluste im ZBMT werden von der Stadt Aachen getragen. Der Bereich „Wirtschaftsförderung“ umfasst die Beratung von Unternehmen, die Ansiedlungswerbung für die Region Aachen sowie die Durchführung von Wirtschaftsförderungsprojekten, insbesondere in der Euregio Maas-Rhein. Dieser Bereich finanziert sich aus Zuschüssen der Gesellschafter und über Projektförderungen.

Forschung und Entwicklung

Die AGIT betreibt keine eigene Forschung und Entwicklung.

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Während die Nachfrage nach Mietflächen in den beiden Technologiezentren auch in 2016 auf einem gleichbleibend hohen Niveau blieb, haben sich die Rahmenbedingungen für den Bereich „Wirtschaftsförderung“ z.T. grundlegend verändert. Dies betrifft insbesondere die internationale Standortwerbung, mit der ausländische Firmen für eine Ansiedlung in der Region Aachen akquiriert werden sollen. Obwohl die Auslandsinvestitionen in Deutschland generell weiter sehr hoch sind, gehen diese Investitionen weit überwiegend in Unternehmensbeteiligungen und Aufkäufe (sowie in Bestandsinvestitionen), die durch Standortwerbung nicht zu beeinflussen sind. Dadurch ist die Basis für diese AGIT-Aktivitäten weitgehend weggebrochen. Die Nachfrage nach Beratungsleistungen durch technologie-orientierte Unternehmen aus der Region bleibt weiterhin hoch, allerdings ist ein wichtiges Förderprogramm in 2016 weggefallen, sodass die durch die Beratung ausgelösten Fördervolumina zurückgehen. Die Projektförderkulisse war in 2016 problematisch, da obwohl die neue EU-Förderperiode bereits in 2014 begann, die endgültigen Projektbewilligungen aus dem Interreg-Programm erst im letzten Quartal 2016 erfolgte.

Geschäftsverlauf

Die Gesellschaft verfügte in 2016 über 16 festangestellte Mitarbeiter, 4 über Projekte finanzierte Mitarbeiter mit befristeten Verträgen sowie über 7 Auszubildende und Aushilfskräfte.

Geschäftsbereich I: Technologiezentramsmanagement

Aufgrund der anhaltend hohen Nachfrage nach Mietflächen im TZA konnte die Auslastung über das gesamte Jahr 2016 hinweg nahe 100% gehalten werden. Insgesamt zogen 12 Firmen aus, während 5 Unternehmen neu in das TZA einzogen. 13 bereits im TZA ansässige Firmen vergrößerten ihren

Flächenbedarf. Bei der sehr guten Auslastung muss doch auch berücksichtigt werden, dass nur noch 7% der vermietbaren Fläche von tatsächlichen Unternehmensgründern (bis zu fünf Jahre nach Gründung) belegt werden, das TZA seinen Wirtschaftsförderungsauftrag zur Unterstützung von Existenzgründern nur noch bedingt wahrnimmt. Insgesamt waren zum Jahresende 76 Unternehmen mit knapp 900 Arbeitsplätzen im TZA ansässig. Im ZBMT zogen im Berichtszeitraum 4 Unternehmen aus und 3 Unternehmen neu ein. Des Weiteren vergrößerten 4 Unternehmen ihren Flächenbedarf, während sich 1 Unternehmen verkleinerte. Damit konnte auch für das ZBMT in 2016 eine Vollausslastung erreicht werden. Insgesamt sind dort 20 Unternehmen mit rund 160 Arbeitsplätzen angesiedelt. Der Konferenzbereich hat sich gegenüber dem Vorjahr leicht rückläufig entwickelt, insgesamt ist die Auslastung aber weiterhin zufriedenstellend. Über 40.000 Teilnehmer nahmen an Konferenzen, Besprechungen und Veranstaltungen in 2016 im TZA teil, wovon rund ein Drittel durch Vermietung an externe Veranstalter zustande kam.

Geschäftsbereich II: Wirtschaftsförderung

a) Beratung technologie-orientierter Unternehmen

Die betriebswirtschaftliche Beratung für technologie-orientierte Gründer und Unternehmen lag mit 195 Beratungsfällen deutlich über dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre (168 Beratungsfälle). Allerdings war das dadurch ausgelöste Investitionsvolumen durch den Wegfall eines wichtigen Förderprogramms mit knapp 37 Mio € rückläufig (Durchschnitt der letzten zehn Jahre 65 Mio €). Die Zahl der damit geschaffenen Arbeitsplätze lag dagegen mit 516 neuen Arbeitsplätzen sogar höher als das Mittel der letzten zehn Jahre (464). Die regionale Verteilung dieser Beratungsfälle weist eine deutliche Konzentration auf die Städteregion Aachen, und hier wiederum auf die Stadt Aachen selbst auf. So konnte die AGIT 99 Unternehmen und einem Investitionsvolumen von 16,4 Mio € mit Sitz in der Stadt Aachen, 28 Unternehmen und einem Investitionsvolumen von 2,5 Mio € in der restlichen Städteregion, 8 Unternehmen und einem Investitionsvolumen von 1,4 Mio € im Kreis Heinsberg, 15 Unternehmen und einem Investitionsvolumen von 6,8 Mio € im Kreis Düren sowie 8 Unternehmen mit einem Investitionsvolumen von 3 Mio € beraten.

b) Ansiedlungswerbung und Investorenberatung

Aufgrund der veränderten Rahmenbedingungen für die internationale Standortwerbung konnte die AGIT in 2016 insgesamt 6 Ansiedlungsfälle positiv begleiten, darunter 3 aus den Niederlanden, sowie jeweils 1 Unternehmen aus Korea, China und Deutschland. Diese Ansiedlungen wurden alle in der Städteregion Aachen realisiert. Erheblich zugenommen haben Anfragen nach der Vermittlung von Büro- und Hallenflächen aus der Region selbst, wobei diese Aufgabe in erster Linie durch die Kreiswirtschaftsförderer wahrgenommen werden sollte. Auch unter dem Eindruck einer Delegationsreise anlässlich der 30-jährigen Städtepartnerschaft Aachen-Ningbo nach China wurde im zweiten Halbjahr eine grundlegende Neuausrichtung dieser Abteilung in Gang gesetzt, die sich hauptsächlich auf bestehende Unternehmensnetzwerke aus den großen Forschungseinrichtungen nach China und Korea konzentrieren soll.

c) Euregionale Unternehmensnetzwerke

Der verspätete Projektstart für die beiden Interreg-Projekte „Early Tee“ und „I2M“ erlaubte in 2016 für diese beiden Vorhaben im Wesentlichen nur vorbereitende Arbeiten. Das seit rund zehn Jahren regelmäßig durchgeführte Gewerbeflächenmonitoring und das dar- aus abgeleitete Gewerbeflächenkonzept wurden auch in 2016 für alle Teilregionen der Region Aachen erstellt.

Lage

a) Ertragslage

Die Umsatzerlöse wurden wie in den Vorjahren hauptsächlich im Bereich Technologiezentrummanagement erwirtschaftet, nahmen aber mit insgesamt 3.434 TEUR

gegenüber dem Vorjahr um –109 TEUR ab. In beiden Zentren lag die Auslastung über das ganze Jahr hinweg bei nahe 100%, wobei im TZA der Anteil der tatsächlichen Neugründer (mit reduzierten Mieten) leicht gesteigert werden konnte. Erfreulich ist auch die Erlösentwicklung im ZBMT, wo mit 655 TEUR die Mieterlöse gegenüber dem Jahr 2015 um 75 TEUR gesteigert werden konnten. Hier bleiben die hohen Raum- und Grundstücksaufwendungen in Höhe von 152 TEUR und vor allem die sehr hohen Anlagekosten (Instandhaltung) in Höhe von 83 TEUR die Gründe für das insgesamt mit – 153 TEUR negative ZBMT-Ergebnis. Insgesamt konnte der Bereich Technologiezentrumsmanagement aber trotz der weiter angestiegenen Leasingrate für den II. Bauabschnitt ein Gesamtergebnis in Höhe von knapp 300 TEUR erreichen. Die Gesellschafterzuschüsse zur Grundfinanzierung des Bereiches „Wirtschaftsförderung“ blieben mit 899 TEUR in etwa auf dem Niveau des Vorjahres. Die Einnahmen aus Projekten konnten durch den verspäteten Start der Projekte die bereits aufgelaufenen Personalkosten nicht ausgleichen, so dass im Bereich „Wirtschaftsförderung“ ein Defizit in Höhe von rund –130 TEUR aufgebaut wurde. Insgesamt konnte die Gesellschaft damit nach dem mit –229 TEUR defizitären Jahr 2015 wieder mit 170 TEUR ein positives Gesamtergebnis erwirtschaften.

b) Finanzlage

Auch in 2016 wurde wie in den Vorjahren ein Kontokorrentkredit in Höhe von 400 TEUR in zur Liquiditätserhaltung in Anspruch genommen. Dabei wurde die Liquidität insbesondere durch den verspäteten Start der Projekte – und der dadurch nochmals verzögerten Auszahlung von Fördermitteln – im Bereich „Wirtschaftsförderung“ belastet. Im Bereich „Technologiezentrumsmanagement“ konnten die in den Vorjahren aufgetretenen Liquiditätsengpässen im ZBMT weitgehend vermieden werden.

c) Vermögenslage

Die Vermögenslage der AGIT ist durch eine hohe Anlagenintensität durch das früher errichtete TZA gekennzeichnet, wobei sich das Gesamtvermögen auf 5.331 TEUR gegenüber dem Vorjahr mit 6.297 TEUR um rund 15% verringert hat.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Bezüglich der Auslastung der beiden Zentren bewegt sich die AGIT weiterhin auf einem hohen Niveau, allerdings muss kritisch angemerkt werden, dass der eigentliche Zweck der Technologiezentren – Unterstützung von Neugründungen – nur noch zu einem geringen Prozentsatz erfüllt wird. Die Beratung von technologie-orientierten Unternehmen befindet sich 2016 weiter wie auch in den Vorjahren auf einem hohen Niveau. Die Anzahl der Neuansiedlungen von Unternehmen ist dagegen auch im Berichtszeitraum deutlich zurückgegangen.

Prognosebericht

Da die Mietstreitigkeiten im ZBMT inzwischen beigelegt werden konnten und aus den zugesagten Projekten jetzt auch Fördermittel abgerufen werden können, wird sich die Liquidität in 2017 deutlich verbessern. Die Auslastung der beiden Technologiezentren ist auch in 2017 auf einem weiterhin hohen Niveau zu erwarten. Die Beratungsleistung für technologie-orientierte Unternehmen soll zukünftig verstärkt auch mit eigenen Instrumenten für den ländlichen Raum intensiviert werden, so dass in diesem Bereich ein höheres Leistungsvolumen zu erwarten ist. Die Neuansiedlung von Unternehmen wird dagegen weiterhin zurückgehen, so dass hier strategische Neuausrichtungen erfolgen müssen. Da die regionalen und euregionalen Projekte in 2017 voll angelaufen sind, ist in diesem Bereich im Gegensatz zu den beiden Vorjahren auch mit wirtschaftlich besseren Ergebnissen zu rechnen.

Chancen- und Risikobericht

Risikobericht

Die Wirkungen der AGIT sind stark auf die Stadt Aachen und die übrige Städteregion konzentriert, was in den Kreisen Düren, Euskirchen und Heinsberg in Teilen der Politik zu Diskussionen über einen weiteren Verbleib in der Gesellschaft geführt hat. Die AGIT hat darauf gemeinsam mit dem Zweckverband mit einem „Strategiepapier“ reagiert, das derzeit in den politischen Gremien der Gebietskörperschaften diskutiert wird. Es ist zu erwarten, dass die Aufgabenverteilung zwischen AGIT und Zweckverband somit nochmals neuausgerichtet werden muss. Die erheblichen finanziellen Risiken durch das ARIC-Projekt in Wildenrath konnten durch eine Ende Juli 2016 Unterzeichnete Vereinbarung mit den Projektpartnern auf Null reduziert werden. Bereits in 2015 hat die Gesellschafterversammlung die Geschäftsführung aufgefordert, die „Anpassungskennzahlen“ im Personalbereich zu reduzieren. Dies ist bisher nicht geschehen, sodass die deutliche finanzielle Besserstellung eines Teils der AGIT-Mitarbeiter (mit altem BAT-Vertrag) weiterbesteht.

Chancenbericht

Die Gesellschaft bietet in mehreren Bereichen Ansatzpunkte, die ursprünglich gesetzten Gesellschaftsziele – Förderung der regionalen Wirtschaftsentwicklung – wieder besser zu erreichen. Hierzu sollte geprüft werden, ob mit dem Verkauf des für die reine Gründerförderung zu großen TZA nicht die notwendigen finanziellen Mittel erwirtschaftet werden können, um ein modernes Technologiezentrum neu zu errichten. Mittelfristig könnten so auch die Mittel für die Wirtschaftsförderung weitgehend aus den Mieterlösen erwirtschaftet werden.

Gesamtaussage

Die Gesellschaft befindet sich in einer stabilen Lage, für die Erreichung der ursprünglich gesetzten Ziele ist in 2017 zu prüfen, ob grundlegende Entscheidungen für eine tiefere Neuorientierung der Gesellschaft getroffen werden sollen. Nach Schluss des Geschäftsjahres hat der Kreis Heinsberg beschlossen, als Gesellschafter der AGIT mit Wirkung zum 31. Dezember 2017 auszutreten.

Aachen, im April 2017

Dr. Lothar Mahnke

Geschäftsführer

Zweckverband Region Aachen

Aufgaben des Zweckverbands / Beteiligungsziele

Der Zweckverband organisiert die politische und administrative Zusammenarbeit der Verbandsmitglieder mit dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung der Region. Er hat die Aufgabe, eine gemeinsame regionale und grenzüberschreitende Strukturentwicklung zu betreiben. Hierzu gehören insbesondere:

1. Initiierung und Umsetzung von regionalen und grenzüberschreitenden Netzwerken und Kooperationsprojekten.
2. Die Förderung der Zusammenarbeit in und mit der EUREGIO Maas–Rhein.
3. Die Koordinierung, Bündelung und Vertretung der regionalen Interessen in Institutionen und Gremien der überregionalen Zusammenarbeit (z. B. Innovationsregion Rheinisches Revier, Metropolregion Rheinland).
4. Die koordinierte Steuerung und Umsetzung
 - a) nationaler und europäischer Förderprogramme (z. B. INTERREG, ESF und EFRE),
 - b) der regionalen Arbeitspolitik, insbesondere der regionalisierten Landesarbeitspolitik NRW,
 - c) der regionalen und grenzüberschreitenden Kulturpolitik (insbesondere RKP NRW), sowie die Beratung von Antragstellern.
5. Die Weiterentwicklung der Bildungs-, Wissens- und Gesundheitsregion
6. Die Befassung mit regionsweit relevanten Themen der Tourismusentwicklung, der Infrastrukturausstattung sowie der Einrichtungen der Daseinsvorsorge.
7. Regionalmarketing und regionale Imagebildung.
8. Die Zusammenarbeit mit der AGIT mit dem Ziel einer koordinierten Aufgabenwahrnehmung.
9. Die regelmäßige Information der Öffentlichkeit, insbesondere der Städte und Gemeinden, über die Arbeit des Zweckverbandes.

Organe des Zweckverbands

Verbandsversammlung:

Die Verbandsversammlung hat 61 Mitglieder und besteht aus den Vertretern der Verbandsmitglieder. Je 12 Vertreter werden von den Vertretungskörperschaften für deren Wahlzeit aus ihrer Mitte oder den Dienstkräften der Verbandsmitglieder gewählt. Für jeden Vertreter ist ein Stellvertreter für den Fall der Verhinderung zu wählen. Der Landschaftsverband Rheinland entsendet einen Vertreter mit beratender Stimme in die Verbandsversammlung. Die Verbandsversammlung wählt aus dem Kreis der kommunalen Vertreter einen Vorsitzenden und vier Stellvertreter. Die Wahl erfolgt in der ersten Sitzung nach Bildung des Zweckverbandes und danach jeweils am Anfang und zur Mitte der Wahlperiode der kommunalen Vertretungskörperschaften. Die Europa-, Bundestags- und Landtagsabgeordneten aus dem Verbandsgebiet nehmen mit beratender Stimme an den Sitzungen der Verbandsversammlung teil.

Verbandsvorsteher:

Der Verbandsvorsteher und seine vier Stellvertreter werden aus dem Kreis der Hauptverwaltungsbeamten der Verbandsmitglieder von der Verbandsversammlung für die Dauer von drei Jahren, höchstens jedoch für die Dauer ihres Amtes, gewählt. Der Verbandsvorsteher führt die Geschäfte nach Maßgabe der Gesetze, der Verbandssatzung und der Beschlüsse der Verbandsversammlung. Er vertritt den Verband gerichtlich und außergerichtlich. Er wird durch eine Geschäftsstelle unterstützt, die durch einen hauptamtlichen Geschäftsführer geleitet wird. Der Geschäftsführer ist berechtigt, gemeinsam mit dem Verbandsvorsteher Erklärungen gemäß § 16 Abs. 3 GkG abzugeben. Der Verbandsvorsteher hat jährlich vor Beginn des Haushaltsjahres den Entwurf der Haushaltssatzung festzustellen und der Verbandsversammlung vorzulegen. Der Verbandsvorsteher ist verantwortlich für die Durchsetzung der Verbandsziele und der Beschlüsse der Verbandsversammlung.

Zweckverbandspräsident

Der Regierungspräsident in Köln ist Präsident des Zweckverbandes. Der Zweckverbandspräsident hat die besondere Aufgabe, die Region Aachen als höchster Repräsentant in den Gremien der Euregio Maas-Rhein zu vertreten und umgekehrt in die Region Aachen hinein Angelegenheiten der Euregio Maas-Rhein zu transportieren. Der Zweckverbandspräsident nimmt mit beratender Stimme an den Sitzungen des Verbandes teil.

Besetzung der Organe

Vertreter der StädteRegion Aachen in der Verbandsversammlung:

	Helmut Etschenberg	Städteregionsrat
Stellvertreter:	Axel Hartmann	Allgemeiner Vertreter
	Hans-Josef Hilsenbeck	stv. Städteregionsrat
Stellvertreter:	Willi Bündgens	Städteregionstagsmitglied
	Alexander Lenders	Städteregionstagsmitglied
Stellvertreter:	Ronald Borning	Städteregionstagsmitglied
	Jost Nobis	Städteregionstagsmitglied
Stellvertreter:	Franz Plum	Städteregionstagsmitglied
	Ulla Thönnissen	Städteregionstagsmitglied
Stellvertreter	Dieter Wolf	Städteregionstagsmitglied
	Lars Lübben	Städteregionstagsmitglied
Stellvertreter:	Karin Schmitt-Promny	Städteregionstagsmitglied
	Ingrid von Morandell	Städteregionstagsmitglied
Stellvertreter:	Werner Krickel	Städteregionstagsmitglied
	Doris Harst	Städteregionstagsmitglied
Stellvertreter:	Janine Köster	Städteregionstagsmitglied

	Thomas Hartmann	Städteregionstagsmitglied
Stellvertreter:	René Maaßen	Städteregionstagsmitglied
	Martin Peters	Städteregionstagsmitglied
Stellvertreter:	Jürgen Neesen	Städteregionstagsmitglied
	Dr. Werner Pfeil	Städteregionstagsmitglied
Stellvertreter:	Dr. Hans-Joachim Helbig	Städteregionstagsmitglied
	Uwe F. Löhr	Städteregionstagsmitglied
Stellvertreter:	Harald Siepman	Städteregionstagsmitglied

Verbandsvorsteher:

Wolfgang Spelthahn Landrat des Kreises Düren

Zweckverbandspräsidentin:

Gisela Walsken Regierungspräsidentin

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Zweckverband

Sitz: 52070 Aachen

Mitglieder:	Anteil in %
StädteRegion Aachen	20,00
Stadt Aachen	20,00
Kreis Düren	20,00
Kreis Heinsberg	20,00
Kreis Euskirchen	<u>20,00</u>
	100,00

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2014	2015	2016
	- in € -	- in € -	- in € -
A. Anlagevermögen	5.995	5.020	3.807
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	801	497	187
II. Sachanlagen	3.194	2.523	1.620
III. Finanzlagen	2.000	2.000	2.000
B. Umlaufvermögen	719.054	710.269	596.318

I. Forderungen / sonst. VG	566.722	476.808	501.936
II. Kassenbestand, Guthaben	152.332	233.461	94.382
Bilanzsumme Aktiva	725.049	715.289	600.125

A. Eigenkapital	79.480	66.579	48.461
I. Allgemeine Rücklage	33.973	52.987	52.987
II. Sonderrücklagen	0	0	0
III. Ausgleichsrücklage	16.986	26.493	13.592
IV. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	28.521	-12.901	-18.118
Sonderposten	0	0	0
B. Rückstellungen	0	10.500	30.500
C. Verbindlichkeiten	645.569	638.210	521.164
Bilanzsumme Passiva	725.049	715.289	600.125

	2014	2015	2016
Gesamtergebnisrechnung:	- in € -	- in € -	- in € -
Ordentliche Erträge	-	2.374.387	2.384.524
Ordentliche Aufwendungen	-	2.382.743	2.400.375
Finanzergebnis	-	-4.545	-2.267
Ergebnis d. lfd. Verwaltungstätigkeit	-	-12.901	-18.118
Außerordentliches Ergebnis	-	0	0
Jahresergebnis	-	-12.901	-18.118

Eckdaten und Leistungskennziffern

Indikatoren der Vermögens-Finanz und Ertragslage:	2014	2015	2016
Liquidität 1. Grades	23,60	36,58	18,11
Eigenkapitalquote	10,96	9,31	8,08
Allgemeine Umlagequote	38,24	33,32	47,85
Zuwendungsquote	61,76	66,49	51,49
Personalintensität	72,15	67,83	67,66
Aufwandsdeckungsgrad	101,58	99,65	99,34

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Die Städteregion Aachen hat im Haushaltsjahr 2016 eine Umlage in Höhe von 279.875,50 € an den Zweckverband Region Aachen gezahlt.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

1. Erläuterungen zur Haushaltsrealisierung:

Nachfolgend sind zu den verschiedenen Sachkonten die wichtigsten Abweichungen erläutert.
Zuwendungen und allg. Umlagen

Im Sachkonto 410300 konnten Erträge aus geplanten Interreg-Anträgen aufgrund der verzögerter Entscheidungsprozesse der Verwaltungsbehörde des Programms nicht bzw. verspätet realisiert werden. Entsprechend wurden bei den jeweiligen Aufwandskonten Einsparungen vorgenommen. Des Weiteren hat das Land NRW entgegen vorher gemachter Zusagen die Finanzierung der regionalen Partnerschaft im Rahmen der KlimaExpo.NRW erst für das Jahr 2017 sichergestellt. Auch hier wurden entsprechende Einsparungen bei den Aufwandskonten vorgenommen.

500100 Eine produktscharfe Verbuchung der Personalkosten auf die einzelnen Produkte war auf der Grundlage der von der Lohnbuchhaltung übermittelten Daten nicht möglich. Deshalb wurden alle Personalkosten zentral im Produkt 0101 verbucht. Ab dem Jahr 2017 erfolgt die produktscharfe Zuordnung der Personalkosten auf die jeweiligen Produkte. Die Minderausgaben resultieren aus verspäteten bzw. nicht genehmigten Projekten – vgl. Erläuterung zu „Zuwendungen und allg. Umlagen“.

520100 Aufgrund der Anmerkungen der vorangehenden Prüfungsergebnisse mussten Positionen, die bislang in den Sachkonten „Miete und Reisekosten“ etatisiert wurden, hier verbucht werden.

540203 Im Grenzfunkt wurden weitere Produkte entwickelt, die durch Erträge innerhalb des Grenzfunktes gedeckt sind. Zusätzlich musste zur Sicherung der Anbindung an das Netz der regio iT eine verbesserte CN-Anbindung beauftragt werden.

540206 Im Haushaltsansatz waren die Kosten für die externe Finanzbuchhaltung, die Jahresabschlussarbeiten und die Rechnungsprüfungskosten nicht etatisiert.

540303,

540306 Minderausgaben durch verspätete bzw. Nicht-Genehmigung von Projekten – vgl. Erläuterung zu „Zuwendungen und allg. Umlagen“.

540403 Aufgrund der Anmerkungen der vorangehenden Prüfungsergebnisse mussten Beiträge im Rahmen von Projekten sowie Mittelweiterleitungen im Rahmen von Projektförderungen unter dem neu eingerichteten Sachkonto „Transferaufwendungen“ verbucht werden.

2. Jahresergebnis

Der Jahresabschluss zum 31.12.2016 schließt in der Ergebnisrechnung mit einem Jahresergebnis in Höhe von –18.118 Euro ab.

2.1. Ergebnishaushalt und Ergebnisrechnung

2.1.1. Ergebnislage

Die Entwicklung des Jahresergebnisses ist im Lagebericht tabellarisch dargestellt.

Ordentliches Ergebnis

Das ordentliche Ergebnis zeigt an, ob die ordentlichen Aufwendungen durch die ordentlichen Erträge gedeckt werden können oder ob bereits aus der ordentlichen Aufgabenwahrnehmung der Verwaltung neue Schulden entstehen. Das ordentliche Ergebnis schließt mit einem Ergebnis von –15.851 Euro ab. Neben dem ordentlichen Ergebnis fließt das Finanzergebnis in Höhe von –2.267 Euro in das Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit ein, das sich in Höhe von –18.118 Euro darstellt. Das Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit veränderte sich somit um –18.118 Euro gegenüber dem Haushaltsplan 2016. Neben dem Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit fließt das außerordentliche Ergebnis, welches im Jahr 2016 mit 0,00 Euro abschließt, in das Jahresergebnis ein. Das Jahresergebnis beträgt –18.118 Euro. Das Ergebnis änderte sich somit um –18.118 Euro gegenüber dem Haushaltsplan 2016. Ein negatives Jahresergebnis muss zunächst durch die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage gedeckt werden. Die Verpflichtung zur vorrangigen Inanspruchnahme zur Abdeckung eines Jahresfehlbetrages besteht auch dann, wenn die Mittel der Ausgleichsrücklage nicht zur Deckung ausreichen und zusätzlich die allgemeine Rücklage in Anspruch dafür genommen werden muss. Dazu wird nachfolgend die Entwicklung der Rücklagen dargestellt.

Rücklagen

Zur Abdeckung von negativen Jahresergebnissen dienen die Ausgleichsrücklage und die Allgemeine Rücklage als Teile des Eigenkapitals. Bei negativen Jahresergebnissen wird zunächst die Ausgleichsrücklage für den Jahresausgleich genommen. Ist diese aufgebraucht, wird die Allgemeine Rücklage verwendet. Die Entwicklung der Ausgleichsrücklage und der allgemeinen Rücklage im Ergebnis, sowie in der Planung wird im Lagebericht für das Berichtsjahr 2016 tabellarisch dargestellt.

2.1.2 Ertragslage

Die Entwicklung der Erträge sowie die Abrechnung zu den Planwerten 2016 sind im Lagebericht tabellarisch dargestellt. Im Vergleich zum Vorjahr sind die Gesamterträge konstant geblieben. Gegenüber dem Planansatz 2016 ist eine Abweichung von –296.703 Euro festzustellen. Die Abweichung ist im Wesentlichen auf die verspäteten bzw. nicht genehmigten Projekte zurückzuführen. Dies war zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung nicht vorherzusehen. Das Haushaltsvolumen des Region Aachen – Zweckverband beträgt 2.681.227 Euro. Die Finanzierung erfolgt als Grundfinanzierung durch die Umlage der Verbandsmitglieder (1.141.095 € = 42,6 %),

projektorientierte Fördermittel (1.454.132 € = 54,2 %) sowie Zuschüsse des LVR, des Landes NRW und des Dienstleistungsauftrages „Regionales Gewerbeflächenmonitoring“ und „Gewerbeflächen-Informationssystem“ (insg. 86.000 € = 3,2%). Die Verbandsumlage deckt damit lediglich die Kosten der engsten Kernaufgaben der allgemeinen Verwaltung ab. Des Weiteren wird die Verbandsumlage als Eigenmittel für Projektfinanzierungen eingesetzt, die notwendig sind, um die satzungsgemäßen Aufgaben wenigstens in den zentralen Aufgabenfeldern zu erfüllen. Der im Vergleich zu benachbarten Regionalmanagements überhohe Anteil an Projektfinanzierungen stellt für den Region Aachen – Zweckverband einerseits ein stetiges Liquiditätsproblem dar, da der Mittelrückfluss durch die Fördermittelgeber i.d.R. zeitlich erst deutlich versetzt nach den tatsächlichen Ausgaben erfolgt (Kostenerstattungsprinzip). Weiterhin führt die geringe Grundfinanzierung dazu, dass eine Aufgabenwahrnehmung der satzungsgemäßen gesamtregionalen Aufgaben nur sehr schwierig zu gestalten ist: Bedingt durch einen hohen Anteil befristeter Personalstellen ist eine kontinuierliche qualifizierte Arbeit an wichtigen regionalen Fragestellungen erschwert.

2.1.3 Aufwandslage

Die Entwicklung der Aufgaben sowie die Abweichung zu den Planwerten 2016 sind im Lagebericht tabellarisch dargestellt. Gegenüber dem Planansatz 2016 ist eine Abweichung von 278.586 Euro festzustellen. Wie unter 2.1.2. Ertragslage dargestellt, ist die Abweichung im Wesentlichen auf die verspäteten bzw. nicht genehmigten Projekte zurückzuführen. Dies war zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung nicht vorherzusehen.

2.2. Finanzlage und Finanzrechnung

Die Entwicklungen der Ein- und Auszahlungen sind im Lagebericht tabellarisch dargestellt. Die Bilanzposition „Liquide Mittel“ verringert sich im Vergleich zum Vorjahr um 139.079 Euro. Der Wert der liquiden Mittel zum 31.12.2016 beträgt 94.382 Euro.

3. Vermögens- und Schuldenlage

Die Bilanz gibt die Vermögens- und Schuldensituation zum Stichtag wieder (vgl. Bilanz zum 31.12.2016). Gegenüber dem Vorjahr reduziert sich die Gesamtbilanzsumme um rd. 115.000 Euro auf 600.124,75 Euro.

4. Kennzahlen

Mit Einführung des NKF wurde vom Ministerium für Inneres und Kommunales ein Kennzahlenset entwickelt. Die Analyse der Kennzahlen des Region Aachen – Zweckverband wird dabei nur solche Kennzahlen näher erläutern, die für die Darstellung der haushaltswirtschaftlichen Gesamtsituation von größerer Bedeutung sind. Die Kennzahlen sind in Anlage 1 erläutert und entsprechend dem NKF-Kennzahlenset NRW ermittelt worden.

4.1. Kennzahlen und Analyse der Vermögens- und Schuldenlage

<u>Bezeichnung</u>	<u>Kennzahlenwert 2015 in %</u>	<u>Kennzahlenwert 2016 in %</u>
Eigenkapitalquote	9,31	8,08

Die Eigenkapitalquote 1 misst den Anteil des Eigenkapitals am gesamten bilanzierten Kapital auf der Passivseite der Bilanz.

4.2. Kennzahlen und Analyse der Finanzlage

<u>Bezeichnung</u>	<u>Kennzahlenwert 2015 in %</u>	<u>Kennzahlenwert 2016 in %</u>
Liquidität 1. Grades	36,58	18,11
Liquidität 2. Grades	110,63	114,42

Die Liquidität 1. Grades zeigt auf, in welchem Umfang die kurzfristigen Verbindlichkeiten zum Bilanzstichtag durch die vorhandenen liquiden Mittel gedeckt werden können. Der Region Aachen – Zweckverband war am Bilanzstichtag 2016 in der Lage seine kurzfristigen Zahlungsverbindlichkeiten zu rd. 18% nachzukommen. Die Liquidität 2. Grades zeigt auf, in welchem Umfang die kurzfristigen Verbindlichkeiten zum Bilanzstichtag durch die vorhandenen liquiden Mittel und die kurzfristigen Forderungen gedeckt werden können. Der Region Aachen – Zweckverband war am Bilanzstichtag 2016 in der Lage seine kurzfristigen Verbindlichkeiten vollständig zu decken.

4.3. Kennzahlen und Analyse der Ertragslage

<u>Bezeichnung</u>	<u>Kennzahlenwert 2015 in %</u>	<u>Kennzahlenwert 2016 in %</u>
Allgemeine Umlagequote	33,32	47,85
Zuwendungsquote	66,49	51,49
Personalintensität	67,83	67,66
Aufwandsdeckungsgrad	99,65	99,34

Die allgemeine Umlagequote gibt an, welchen Anteil die Verbandsumlage an den ordentlichen Erträgen hat. Die Zuwendungsquote gibt einen Hinweis darauf, inwieweit der Region Aachen – Zweckverband von Zuwendungen und damit von Leistungen Dritter abhängig ist. Die Personalintensität zeigt an, welchen Anteil die Personalaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen ausmachen. Der Aufwandsdeckungsgrad zeigt an, zu welchem Anteil die ordentlichen Aufwendungen durch ordentliche Erträge gedeckt werden können.

5. Entwicklung des Region Aachen – Zweckverband

Gemäß § 48 GemHVO sind im Lagebericht die Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung des Region Aachen – Zweckverband darzustellen. Die Haushaltsstruktur des Region Aachen – Zweckverband basiert auf zwei wesentlichen Einnahmequellen: die Verbandsumlage sowie Projektfinanzierungen. Auch im Jahr 2016 muss seitens der Geschäftsführung festgestellt werden, dass die Finanzierung des Zweckverbands mit seinen vielfältigen Aufgaben nicht auskömmlich ist.

Ziel muss es immer noch sein, langfristig die Kernaufgaben und die zentralen inhaltlichen Aufgabenfelder nicht über Projekte sondern über eine verlässliche Grundfinanzierung zu sichern. Dies bedeutet mittelfristig, dass die Zuwendungsquote auf max. 40 gesenkt werden muss. Mit der Beschlussfassung über die Haushaltssatzung für die Jahre 2016/17 wurde durch die Erhöhung des Umlagebetrags von 250.000 € ein wichtiger Schritt in die Stabilisierung der Grundfinanzierung des Region Aachen -Zweckverband gemacht. Mit Perspektive auf die Haushaltsplanungen für die Folgejahre sind eine klare und eindeutige Aufgabenbeschreibung sowie die Definition verbindlicher Ziele notwendig. Diese Aufgabenanforderung und Zieldefinition muss sich dann entsprechend in den zukünftigen Haushalten durch eine entsprechende Sicherstellung der erforderlichen Finanzmittel spiegeln. Der Region Aachen -Zweckverband hat sich im Netzwerk der strukturpolitischen Regionen NRWs als verlässlicher und engagierter Partner etabliert. Dies stellt einen wesentlichen Pfeiler zur Sicherung der strukturpolitischen Ziele der Aachener Region dar. Nur in enger Kooperation mit den anderen strukturpolitischen Regionen kann die Profilierung der Aachener Region wirklich gelingen. Die Schaffung der Metropolregion Rheinland einerseits und die Stärkung des metropolitanen Kooperationsraums Euregio Maas-Rhein stellen dabei weitere wichtige Elemente dar. Die Struktur der regionalen Aufstellung der Aachener Region ist aktuell stark in Bewegung. Umso mehr ist eine verbindliche Strategie, transparente und eindeutige Aufgabenzuordnung sowie die Definition von Schnittstellen notwendig. Dem Zweckverband Region Aachen fällt hier insbesondere durch seine breite politische Legitimation eine zentrale steuernde Funktion zu. Gleichmaßen ist er aber auch schon jetzt in wichtigen Feldern der regionalen Entwicklung (Arbeit, Fachkräfte, Bildungs- und Wissensregion, Gesundheitsregion, euregionale Zusammenarbeit etc.) sowohl politisch-strategisch als auch in den o.g. regional wichtigen Themenfeldern operativ tätig. Als neue Aufgabe stellt dabei die Unterstützung der Prozesse im Rahmen der Regionalplanung eine wichtige Herausforderung dar. Hierzu müssen jedoch die notwendigen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, wenn diese komplexe Aufgabe erfüllt werden soll. Wichtig ist es nun für die regionale Entwicklung der Aachener Region, den eingeschlagenen Weg konsequent zu verfolgen und nicht durch wiederholte Diskussionen um strategische Anpassungen zu gefährden. Prozesse der Regionalentwicklung sind langfristig angelegt und brauchen einen verlässlichen Rahmen.

Wirtschaftsförderungsgesellschaft StädteRegion Aachen mbH

Gegenstand der Gesellschaft

- Die Aufgaben der Gesellschaft bestehen darin, die wirtschaftliche Entwicklung in der StädteRegion Aachen in struktureller Hinsicht unter Beachtung ökologischer Erfordernisse voranzutreiben und zu begleiten. Ziel ist es, neue Arbeitsplätze zu schaffen; bestehende Arbeitsplätze zu sichern sowie für die Ansiedlung von Gewerbetreibenden im Gebiet der Gesellschaft zu werben.
- Zur Erreichung dieses Zwecks erbringt die Gesellschaft Informations- und Beratungsleistungen für Unternehmen, sonstige wirtschaftliche Zielgruppen wie auch für Gebietskörperschaften und sonstige Institutionen und Personen. Die Leistungen für Unternehmen umfassen insbesondere den Nachweis von Grundstücksflächen zum Zwecke der Ansiedlung sowie die Beratung über öffentliche Finanzierungshilfen.
- Die Gesellschaft kann auch selber Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte erwerben, bebauen und veräußern, Grundstücke sanieren sowie Gebäude errichten und im Public-Leasing-Verfahren finanzieren.
- Die Gesellschaft ist berechtigt, Entwicklungsprojekte in der StädteRegion zu planen, zu realisieren und zu verwalten.
- Die Gesellschaft darf alle sonstigen Maßnahmen vornehmen, die ihrem Unternehmenszweck förderlich sind, insbesondere
 - mit anderen Einrichtungen im In- und Ausland, die gleiche oder ähnliche Ziele verfolgen, kooperieren,
 - sich an Gesellschaften, die gleiche oder ähnliche Zwecke verfolgen, beteiligen.
 - Zweigniederlassungen errichten.
- Die Gesellschaft ist verpflichtet, ihre Geschäfte zum Wohle aller beteiligten Städte und Gemeinden zu betreiben.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Sie werden von der Gesellschafterversammlung bestellt oder abberufen.

Aufsichtsrat:

Der Aufsichtsrat besteht einschließlich des Vorsitzenden aus 16 Mitgliedern. Je ein Mitglied wird von den Städten Alsdorf, Baesweiler, Eschweiler, Herzogenrath, Monschau, Stolberg, Würselen und den Gemeinden Roetgen und Simmerath entsandt sowie der Sparkasse Aachen. Das entsandte Mitglied kann nur der jeweilige Hauptverwaltungsbeamte der jeweiligen Stadt bzw. Gemeinde bzw. ein Mitglied des Vorstandes der Sparkasse Aachen sein. Vorsitzender ist der jeweilige Städteregionsrat

der StädteRegion Aachen. Der stellvertretende Vorsitzende wird von den Aufsichtsratsmitgliedern der Städte und Gemeinden sowie der Sparkasse Aachen aus deren Mitte gewählt. Weitere geborene Mitglieder sind der jeweilige Kämmerer der StädteRegion Aachen und vier vom Städteregionstag zu entsendende Städteregionstagsmitglieder.

Gesellschaftervertreter:

Der Vertreter der StädteRegion Aachen wird vom Städteregionstag bestellt.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Prof. Dr. Axel Thomas

Vertreter der StädteRegion im Aufsichtsrat:

Vorsitzender	Helmut Etschenberg	Städteregionsrat
	Ronald Borning	Städteregionstagsmitglied
	Alexander Lenders	Städteregionstagsmitglied
	Karin Schmitt-Promny	Städteregionstagsmitglied
	Stefan Mix	Städteregionstagsmitglied
	Egon Metten	Kämmereileiter StädteRegion Aachen

Vertreter der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung:

	Alexander Lenders	Städteregionstagsmitglied
Stellvertreter:	Ronald Borning	Städteregionstagsmitglied

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Sitz: 52477 Alsdorf

gezeichnetes Kapital: 2.303.500,00 Euro

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
StädteRegion Aachen	1.183.100	51,361
Regionsangehörige Städte / Gemeinden (ohne Stadt Aachen)	813.600	35,320
Sparkasse Aachen	<u>306.800</u>	<u>13,319</u>
	2.303.500	100,00

Beteiligungen > 25 %:	Anteil in €	Anteil in %
Meß- und Prüfzentrum Fahrzeugtechnik Alsdorf GmbH*	6.340,02	25,00

* Die Gesellschaft wurde zum 31.12.2014 liquidiert.

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2014	2015	2016
	- in € -	- in € -	- in € -
A. Anlagevermögen	5.252.164	5.032.875	2.813.772
I. Imm. Vermögensgegenst.	2.602	678	125
II. Sachanlagen	5.208.882	4.993.861	2.784.201
III. Finanzanlagen	40.679	38.336	29.446
B. Umlaufvermögen	16.502.629	13.080.115	11.112.851
I. Vorräte	1.028.079	1.663.614	1.664.407
II. Forderungen / sonst. VG	13.582.567	9.691.903	8.036.360
III. Kassenbestand, Guthaben	1.891.983	1.724.597	1.412.084
C. Rechnungsabgrenzungsposten	11.876	13.184	18.143
D. Aktive latente Steuern	59.231	92.617	74.000
Bilanzsumme Aktiva	21.825.900	18.218.791	14.018.766
A. Eigenkapital	2.524.512	2.211.473	2.381.274
I. Gezeichnetes Kapital	2.303.500	2.303.500	2.303.500
II. Verlust/- Gewinnvortrag	90.561	221.011	-92.027
III. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	130.451	-313.038	169.801
B. Rückstellungen	556.728	966.210	696.180
C. Verbindlichkeiten	18.689.629	15.035.756	10.939.880
D. Rechnungsabgrenzungsposten	55.031	5.352	1.432
Bilanzsumme Passiva	21.825.900	18.218.791	14.018.766
Gewinn- und Verlustrechnung:	2014	2015	2016
	- in € -	- in € -	- in € -
Umsatzerlöse	2.387.758	1.931.987	1.288.522
Materialaufwand		390.093	319.146
Personalaufwand		486.512	485.235
Sonst. betriebl. Aufwendungen		1.164.219	208.940
Zinsen und ähnliche Aufwendungen		625.178	408.325
Ergebnis nach Steuern		-707.118	-226.831
Erträge aus Gesellschafterzuschüssen	393.727	394.399	396.769
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	130.451	-313.038	169.801

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2014	2015	2016
Mitarbeiter (ohne Auszubildende)	7,0	6,5	6,0

Indikatoren zur Vermögens- Finanz- und Ertragslage	2014	2015	2016
	in %	in %	in %
Anlagenintensität / Anlagenquote	24	28	20
Eigenkapitalquote	12	12	17
Eigenkapitalrentabilität	5	-	7

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Für die Finanzierung der WFG hat die StädteRegion im Haushaltsjahr 2016 einen anteiligen Betrag in Höhe von 198.384,55€ gezahlt. Die regionsangehörigen Städte und Gemeinden als kommunale Gesellschafter leisten zusammen einen gleich hohen Beitrag.

Die WFG GmbH erbringt Geschäftsbesorgungsleistungen für die KuK GmbH sowie die SPRUNGBrett gGmbH. Für KuK werden einzelne Geschäftsbesorgungsaufgaben auf der Grundlage eines zuletzt mit Datum vom 10.03.2006 geänderten Geschäftsbesorgungsvertrags wahrgenommen mit dem Ziel, die Geschäftsführung der KuK GmbH bei der Durchführung ihrer Aufgaben zu unterstützen. Darüber hinaus besteht zwischen der KuK GmbH und der WFG seit 01.12.2002 ein Pachtvertrag über das Gebäude, in dem das KuK ansässig ist. Zur Unterstützung des Rechnungswesens bei der SPRUNGBrett gGmbH wird eine Mitarbeiterin der WFG mbH als „Stand-by-Kraft“ eingesetzt.

Angaben des Lageberichts zur öffentlichen Zwecksetzung

Aufgaben der Wirtschaftsförderung zählen zu den nichtwirtschaftlichen Betätigungen der Gemeinde, die in § 107 Abs. 2 Nr. 3 GO NRW aufgeführt sind.

Die Aufgaben der WFG StädteRegion Aachen mbH bestehen gemäß Gesellschaftsvertrag darin, „die wirtschaftliche Entwicklung in der StädteRegion Aachen in struktureller Hinsicht unter Beachtung ökologischer Erfordernisse voranzutreiben und zu begleiten“. Ziel ist es, neue Arbeitsplätze zu schaffen; bestehende Arbeitsplätze zu sichern sowie für die Ansiedlung von Gewerbetreibenden im Gebiet der Gesellschaft zu werben.

Lagebericht der Gesellschaft

1. Überblick über die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen

Gesamtwirtschaftliche Entwicklungen

Die deutsche Wirtschaft hat 2016 viele Prognosen übertroffen. Das Bruttoinlandsprodukt stieg im vergangenen Jahr um 1,9 % – auch oder gerade wegen des Ausgabeverhaltens des Staates. Das deutsche Wirtschaftswachstum im Jahr 2016 kann als robust bezeichnet werden; es liegt geringfügig über der Steigerung des Jahres 2015. 2016 ist die Binnenkonjunktur eine tragende Säule des Wirtschaftswachstums geblieben. Allerdings verliert die Binnenkonjunktur in naher Zukunft wahrscheinlich an Schwung bzw. Tempo. Die früheren, den Konsum unterstützenden Spareffekte

von Ölpreisrückgängen laufen derzeit aus. Die Verbraucherpreise beginnen wieder stärker zu steigen. Damit werden reale Einkommenszuwächse der privaten Haushalte insgesamt abgebremst. Die staatlichen Mehrausgaben für Flüchtlinge dürften in den kommenden Jahren leicht sinken, was mit dazu beitragen könnte, dass der fiskalische Expansionsgrad sukzessive abnimmt. Die Binnenwirtschaft wird auch deswegen möglicherweise an Schwung einbüßen. Im Jahr 2016 hat sich die Binnennachfrage jedenfalls als Hauptstütze der Konjunktur erwiesen. Sie profitierte von der günstigen Arbeitsmarktlage und den steigenden Einkommen der privaten Haushalte. Die Chancen und Risiken für das erwartete Wirtschaftswachstum erscheinen insgesamt ausgeglichen. Neben der Binnennachfrage wird das Wirtschaftswachstum auch vom Export getragen. Ob der Export im Jahr 2017 an Stärke gewinnen wird, ist derzeit nur unsicher zu beurteilen. Folgende drei Bedrohungen könnten die Exportchancen dämpfen:

1. die Auswirkungen des angekündigten Austritts des Vereinigten Königreiches aus der Europäischen Union (Brexit);
2. die Verschiebung der Nachfrage in China sowie bzw. das vergleichsweise geringe Wirtschaftswachstum in China
3. die möglicherweise protektionistische Wirtschaftspolitik der Vereinigten Staaten.

Regierungen, internationale Organisationen und Wirtschaftsforschungsinstitute versuchen regelmäßig, die konjunkturelle Entwicklung anhand verschiedener Annahmen möglichst genau vorherzusagen. Die meisten Prognosen dieser Organisationseinheiten sagen ein Wirtschaftswachstum in der Bandbreite zwischen 1,2 % und 1,6 % für das Jahr 2017 voraus.

Angesichts der erhöhten Unwägbarkeiten hinsichtlich der internationalen Handelsperspektiven und -intensitäten darf es nicht verwundern, dass die exportorientierten Unternehmen in Bezug auf Unternehmensinvestitionen eine abwartende Haltung einnehmen. Im Gegensatz zu den Unternehmensinvestitionen (die auch den Gewerbebau umfassen) weiteten sich die Wohnungsbauinvestitionen im Jahr 2016 deutlich aus und übertrafen die Erwartungen. Zur expansiven Grundtendenz beim Wohnungsbau tragen vor allem die günstigen Einkommensverhältnisse der privaten Haushalte sowie die niedrigen Finanzierungskosten bei. Für erhöhte Dynamik bei den Wohnungsbau-Investitionen könnte auch der Wohnungsbedarf auf Grund der Flüchtlingszuwanderung sorgen. Zunächst schätzen die Bauunternehmen ihre Geschäftslage als gut ein. Insgesamt dürfte der Wohnungsbau auch im Jahr 2017 die Konjunktur unterstützen. Impulse kommen auch noch von der nach wie vor kräftigen arbeitsmarktorientierten Zuwanderung. Die staatlichen Investitionen dürften in 2017 stärker als das Bruttoinlandsprodukt wachsen. So plant der Bund höhere Ausgaben für die Infrastruktur und auch die Investitionsförderung des Bundes für finanzschwache Kommunen wird wahrscheinlich zunehmen. Vor allem aber dürfte die relativ gute Haushaltslage in vielen Ländern und Gemeinden (u. a. wegen stärkerer Entlastungen durch den Bund) nicht zuletzt im Wahljahr 2017 für vermehrte Investitionen genutzt werden. Der Staatsverbrauch legte im abgelaufenen Geschäftsjahr 2016 besonders stark zu. Dies hängt mit zusätzlichen Sachleistungen und Personalkosten im Zuge der Flüchtlingsmigration zusammen.

Die registrierte Arbeitslosigkeit ging entgegen vielen ursprünglichen Annahmen weiter zurück. In 2017 und den Folgejahren dürften demografische und andere strukturelle Faktoren das Arbeitsangebot mindestens sektoral (weiter) verknappen. Die Anzahl der einheimischen Personen im

erwerbsfähigen Alter geht bereits seit mehreren Jahren zurück – wie die Bundesbank berichtet. Dieser Prozess wird sich zukünftig noch verstärken. Bei einer anhaltenden Arbeitsnachfrage kann den dadurch bedingten Knappheiten prinzipiell durch erwerbsorientierte Zuwanderung sowie durch eine höhere Erwerbsbeteiligung Einheimischer entgegengewirkt werden. Die erwerbsorientierte Zuwanderung ist bereits auf einem hohen Niveau und speist sich in den letzten Jahren überwiegend aus Personen aus anderen EU-Mitgliedsstaaten. Die Bundesbank erwartet, dass im Jahr 2017 die Erwerbsbeteiligung vor allem aus zwei Gründen ansteigen wird (z. B. wegen des Auslaufens der Einmaleffekte im Zusammenhang mit der abschlagsfreien Rente mit 63 für langjährig Versicherte). In den Folgejahren dürfte, so die Projektion der Deutschen Bundesbank, zum Tragen kommen, dass die Reserven in der einheimischen Bevölkerung schon in den vergangenen Jahrzehnten in erheblichem Maße aktiviert wurden. Insbesondere die Frauenerwerbsquote ist im internationalen Vergleich bereits recht hoch. Die öffentlichen Finanzen profitierten von der günstigen Konjunktorentwicklung und den sinkenden Zinsausgaben. Diesen positiven Einflüssen steht eine expansive fiskalische Ausrichtung gegenüber. Die Chancen und Risiken für das Wirtschaftswachstum erscheinen in der Gesamtschau weitgehend ausgeglichen. Mit Blick auf das schwieriger werdende außenwirtschaftliche Umfeld überwiegen allerdings die Abwärtsrisiken. Zudem besteht eine gewisse Gefahr, dass sich das Wachstum in China im Falle von Störungen im Finanzsystem oder eine Abwärtskorrektur auf dem Immobilienmarkt stärker verlangsamt. Außerdem besteht ein außenwirtschaftliches Risiko in einer möglichen Neuausrichtung der US-amerikanischen Wirtschaftspolitik.

Regionalwirtschaftliche Entwicklung

Die Auswertung der jüngsten Konjunkturumfrage, die die Industrie- und Handelskammer (IHK) Aachen vorstellte, kann wie folgt zusammengefasst werden. Die Wirtschaft in der Region bleibt auf Wachstumskurs und startet überwiegend zuversichtlich in das neue Jahr. Die Lage der Betriebe ist seit mehr als 2 Jahren auf einem gleichbleibend hohen Niveau – berichtet die IHK-Geschäftsführung. Ein Rückgang ist in den vergangenen Monaten lt. IHK beim Exportgeschäft zu verzeichnen: Die Nachfrage aus dem Ausland konnte nicht mit der Konjunktur im Inland mithalten. Auch oder gerade in der hiesigen Region herrscht in der Baubranche eine ausgezeichnete Stimmung. Die Hälfte aller befragten Baubetriebe berichtet von guten Geschäften. Kein einziges Unternehmen dieser Branche ist unzufrieden.

Situation am regionalen Arbeitsmarkt

Der größte von den vor Ort befragten Unternehmen im Rahmen der vorgenannten Umfrage angegebene Risikofaktor besteht im Fachkräftemangel.

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die Arbeitslosenquoten der hiesigen Region.

	12/2016	12/2015
Deutschland	5,8 %	6,1 %
NRW	7,4 %	7,7 %
StädteRegion Aachen	7,6 %	8,1 %

	12/2016	12/2015
Aachen	8,2 %	8,9 %
Stolberg	8,8 %	9,5 %
Eschweiler	8,1 %	9,3 %
Alsdorf	6,9 %	7,2 %
Monschau	3,2 %	2,9 %

(Quelle: Agentur für Arbeit Aachen-Düren)

In den angrenzenden Kreisen, die näher an der prosperierenden Rheinschiene liegen, ist die Arbeitslosigkeit niedriger (Düren: 6,9%, Heinsberg: 5,7 %) als in der StädteRegion.

2. Geschäftsverlauf

Public-Leasing

Das Geschäftsjahr 2016 war das sechste Geschäftsjahr, in dem beschlusslagenkonform kein Neugeschäft akquiriert wurde. Die Gremien der WFG haben zum Jahreswechsel 2010/2011 beschlossen, die derzeit im Bestand gehaltenen Leasingengagements bis zu ihrem Vertragsende weiterzuführen, aber keine neuen Leasinggeschäfte mehr einzugehen. Dies war aus verschiedenen betriebswirtschaftlichen und wirtschaftsrechtlichen Gründen angezeigt. Im Jahr 2015 zeigte sich noch einmal, welcher Risikogehalt in den einzelnen Engagements vorhanden war. Der bis dahin zweitgrößte Leasingnehmer der WFG geriet in Insolvenz. Der WFG war es bereits im gleichen Geschäftsjahr gelungen, einen neuen Leasingnehmer für dieses Objekt zu finden. Im Jahr 2016 entwickelten sich alle Leasingengagements planmäßig. Da die Risikoreduzierung ein in den Gremien der WFG konsensual besprochenes Oberziel ist, war es folgerichtig, dass ein Zinsauslauf bei einem Leasingnehmer zum Anlass genommen wurde, den Vertrag vor Ablauf aufzulösen. Damit wurde der Expansionskurs dieses Betriebes weiter unterstützt und ihm zusätzliche Freiheitsgrade für Unternehmensinvestitionen mit anderen Finanzierungspartnern gegeben.

Baumanagement

Die WFG erbrachte in der Vergangenheit Baumanagement-Dienstleistungen im Wesentlichen im Zusammenhang mit dem Public-Leasing-Bereich, da sie sich nicht nur um die Finanzierungen, sondern vor allem um die Bauerrichtung gekümmert hat, währenddessen sich die meist technisch orientierten Leasingnehmer auf ihre Kernkompetenzen fokussiert haben. Mangels Neugeschäft im Public-Leasing-Bereich können in diesem Segment auch keine Zusatzerträge erwirtschaftet werden. Im Jahr 2016 erbrachte die WFG jedoch für ihre Schwestergesellschaft, die Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft für die StädteRegion Aachen GmbH, administrative Projektsteuerungsaufgaben gegen Entgelt. Darüber hinaus wurden und werden in nennenswertem Umfang Kapazitäten durch den Geschäftsbereich Vermietung der WFG gebunden.

Vermietung

Alle drei am Jahresanfang noch vorhandenen Vermietungsobjekte der Gesellschaft waren zum jeweiligen Betrachtungszeitpunkt zu 100 % ausgelastet. Allerdings kam ein Mieter seinen vertraglichen Verpflichtungen nicht bzw. nicht in voller Höhe und auch nicht zu den vereinbarten

Zeitpunkten nach. Folgerichtig wurde der Zeitmietvertrag, der zum Jahresende 2016 auslief, nicht verlängert. Mit Wirkung zum 01.12.2016 hat die WFG ein Objekt, das sie bisher im Anlagevermögen bilanziert hat, veräußert. Dabei ist ein akzeptabler Verlust in geringem Umfang entstanden. Als Käufer fungiert eine Person aus dem Kontext des Hauptmieters, der somit inkl. seiner Arbeitsplätze am Standort gehalten werden konnte. Zum Ende des Geschäftsjahres 2016 reduziert sich somit die Anzahl der Mietobjekte im WFG-Portfolio von anfänglich drei auf zwei.

Regionale Zusammenarbeit

Die WFG ist unverändert in den relevanten Gremien der regionalen Organisationseinheiten vertreten, die mit dem Satzungszweck der WFG zusammenhängen. Hier sind zuvorderst die Technologie- und Gründerzentren zu nennen, an denen die WFG beteiligt ist.

Weitere Dienstleistungen

Die Geschäftsbesorgung der Business Park Alsdorf GmbH sowie der Camp Astrid-Gruppe gehören weiterhin zum Aufgabenportfolio der WFG. Darüber hinaus wurden wie in den Vorjahren mehrere Rechnungswesen-Mandate wahrgenommen. Durch derartige Dienstleistungen werden erhebliche Deckungsbeiträge erzielt. Das Rechnungswesenmandat für das MPZ endete zum 31.12.2015, da die Gesellschaft liquidiert wurde.

Regionalmarketing und konkrete Ansiedlungen

Im Bereich der An- und Umsiedlungsanfragen bearbeitet die WFG bisher 76 allgemeine Standortanfragen von Neukunden, von denen 65 zu konkreten Standortanfragen avancierten. Die Anfragenanzahl war 2016 höher als in 2015. Die Präferenzen bei den Anfragen (vorhandenes Bauwerk oder freie Fläche) nicht so ausgeglichen wie im Vorjahr. Die Kunden recherchierten 2016 zu 45 % nach Bestandsimmobilien und zu 29 % nach frei bebaubaren Grundstücken. Präferenzlos waren 26 % der anfragenden Kunden. Somit registrieren wir im Vergleich zum Vorjahr einen Nachfrageschwerpunkt bei der Bestandsimmobilie. Im Moment steht der Kauf einer Immobilie im Fokus. Miete wird zurzeit weniger bevorzugt. Im Bestandsgebäudesegment werden weiterhin eher kleinere Büroflächen nachgefragt. Hallenflächen werden zumeist in einer Größenordnung zwischen 1 Tsd. und 5 Tsd. Qm gesucht. Das Anfrageninteresse ist räumlich breiter gefächert als im Vorjahr. Spitzenreiter Würselen wurde von 89 % der Unternehmen angefragt, Alsdorf wurde bei 87 % der Anfragen thematisiert. Es folgt Eschweiler mit 82 % und Herzogenrath mit 80 % auf der Nachfrageseite. Stolberg wurde von 70 % und Baesweiler von 69 % der interessierten Unternehmen nachgefragt. Die Aufteilung der Nachfragehäufigkeit spiegelt die zumeist gewünschte Autobahnnähe der Standorte wieder. Trotz diesbezüglicher Nachteile wurden die „Eifelstandorte“ im Mehrjahresvergleich ebenfalls gut nachgefragt. Lagen die Nachfragehäufigkeitswerte in der Vergangenheit zumeist bei 20–30 %, so erkundigten sich im Berichtszeitraum 49 % der Anfrager nach Simmerath, 48 % nach Monschau und 46 % nach Roetgen. Dies kann die Folge der mitunter reduzierten Flächenverfügbarkeit im nördlichen Bereich der StädteRegion Aachen sein. Die Grundstücksnachfrage gestaltete sich im Berichtszeitraum ausgeglichen. Es wurden traditionell Grundstücke in der Größe zwischen 2.000 qm bis 6.000 qm nachgefragt. Bemerkenswert waren oberhalb von 10 Tsd. qm bzw. sogar der meistnachgefragten Größe oberhalb von 30 Tsd. qm. Bei

den anfragenden Unternehmen dominiert die Branche Produzierendes Gewerbe, gefolgt von den Bereichen Maschinenbau und Logistik/Dienstleistung.

An den Standortanfragen sind auch zahlreiche konkrete Ansiedlungen entstanden.

Konkrete Ansiedlungen

Die konkreten Vertragsabschlüsse, die von der WFG begleitet wurden, werden in alphabetischer Reihenfolge der Ansiedlungskommune besprochen. Ein Automotive-Unternehmen hat im Frühjahr 2016 einen Test- und Prüfstandort im Business Park Alsdorf Schaufenberg eingerichtet. Zum Start dieser Nutzung aus dem Hochtechnologiebereich wurden 10 Arbeitsplätze geschaffen. Ein Weiterbildungsträger agiert seit April 2016 mit fünf Personen am Standort Business Park Alsdorf Schaufenberg. Zudem wurde ein Unternehmen am Standort Business Park Alsdorf angesiedelt, das mit 2 Mitarbeitern Buchhaltungsarbeiten durchführt. Hierbei handelt es sich um eine überregionale Ansiedlung. Eine weitere Neuansiedlung im Business Park Alsdorf gelang mit dem Jobcenter, dessen Kapazitäten in der Joseph-von-Fraunhofer-Straße 1 nicht mehr ausreichend dimensioniert waren, das seit August 2016 Büroflächen im Volumen von ca. 390 qm anmietet. Ein Unternehmen, das im Bereich Personenbeförderung tätig ist, wurde am Standort im Business Park Alsdorf neu angesiedelt. Das Unternehmen agiert mit 2 Mitarbeitern. Ein Medizintechnikunternehmen hat seine Standorterweiterung im Business Park Alsdorf-Schaufenberg im April 2016 eröffnet. Im Rahmen der Erweiterung wurde das Geschäftsfeld Sterilisation von Medizingeräten mit den dazugehörigen 20 Mitarbeitern von Aachen nach Alsdorf verlagert. Ein weiteres Medizintechnikunternehmen hat im Rahmen seines Expansionskurses im Business Park Alsdorf-Schaufenberg eine eigene Immobilie erworben. Zum Jahresbeginn 2017 wurde diese bezogen und die Mitarbeiteranzahl erweitert.

Ein Beschichtungsunternehmen hat im Rahmen seiner Expansion ein zusätzliches Grundstück in der Größe von ca. 2.200 qm im Business Park Alsdorf Hoengen erworben. Die Unternehmenserweiterung wird am Standort zusätzliche Arbeitsplatzeffekte erbringen. Ein Logistik-Unternehmen hat seinen bestehenden Rhein-Maas-Standort im Business Park Alsdorf Schaufenberg vergrößert. Dazu hat es ein Grundstück mit einer Fläche von insgesamt ca. 25.000 qm erworben, das derzeit entsprechend bebaut wird. Einem Handelsunternehmen aus der Lebensmittelbranche wurde im Business Park Alsdorf Hoengen ein Grundstück mit einer Größe von ca. 2.500 qm verkauft, auf dem in Kürze mit dem Bauvorhaben begonnen wird. Ein weltweit tätiger Industriefußbodenbauer, der in Deutschland an drei Standorten (Rostock, Gera und Altenau) platziert ist, wird im Business Park Alsdorf Hoengen einen Neubau auf einem ca. 2.500 qm großen Grundstück realisieren, von dem aus 35 Mitarbeiter agieren werden. Einer traditionsreichen Bauunternehmung wurde ein Grundstück mit einer Größe von ca. 2.700 qm im Business Park Alsdorf Hoengen verkauft. Das Unternehmen wird im Jahr 2017 mit der Bebauung des Grundstücks beginnen. Am neuen Standort werden nach Fertigstellung des Bauvorhabens 17 Mitarbeiter tätig werden. Eine international tätige Immobiliengesellschaft konnte von einem Investment im Business Park Alsdorf Hoengen überzeugt werden. Insgesamt wurden dem Unternehmen ca. 20.000 qm Gewerbegrundstücksfläche verkauft, auf denen derzeit eine Logistikimmobilie mit zwei sogenannten Built-to-Suit-Anlagen errichtet wird. Ab April 2017 werden bei dem Mieter der Immobilie 150 Mitarbeiter agieren. In direkter Nachbarschaft zum vorgenannten Unternehmen wurde einem Messebau- und Live-Kommunikationsunternehmen ein Grundstück im Business Park Alsdorf Hoengen mit einer Größe von ca. 11 Tsd. qm verkauft. Die Errichtung der

Immobilie soll ebenfalls bis April 2017 erfolgen. Nach Fertigstellung sollen 40 Mitarbeiter die Bereiche Messebaulogistik und Marketing von Alsdorf aus ausführen. Ein türkisches Unternehmen ist seit Anfang 2016 im its Baesweiler auf ca. 200 qm Hallen- und Bürofläche ansässig. Das Unternehmen beschäftigt sich mit Systemen der Augenheilkunde. Ein Unternehmen aus dem Segment Osmosetechnik, zuvor ansässig in Baden-Württemberg, hat seit Januar 2016 seinen neuen Standort im GeTeCe Eschweiler auf ca. 160 qm Büro- und ca. 350 qm Hallenfläche gefunden. Das Unternehmen vertreibt Anlagen und Komponenten für die Aufbereitung von Wasser. Für eine Filiale eines belgischen Unternehmens aus dem Bereich Filtration hat die WFG im Herzogenrather TPH eine geeignete Bürofläche gefunden. Seit Spätsommer 2016 bearbeiten dort 3 Mitarbeiter den deutschen Unternehmen aus dem Bereich CNC-Technik startete im Juni 2016 mit einem Neubau im Stolberger Gewerbegebiet Camp Astrid. Am neuen Standort beginnt der Produzent von Lüftungsklappen mit 5 Mitarbeitern und plant, seine Belegschaft auf 8 zu erweitern. Der Bezug der Immobilie wurde bereits im Herbst 2016 vollzogen. Ein Bestandsunternehmen aus dem Automotivebereich erweitert im Rahmen seiner Expansionsabsichten seinen Standort in der Kupferstadt Stolberg um weitere ca. 1 Tsd. Qm Grundstück. Ein Produktionsunternehmen von Fiberglasrohren investiert im Stolberger Gewerbegebiet Camp Astrid in eine neue Produktionsstätte. Zu Beginn werden 8 Mitarbeiter vor Ort agieren. Die Planung sieht vor, den Mitarbeiterstamm auf 16 auszubauen. Ein Unternehmen aus dem Bereich Garten- und Landschaftsbau hat im Dezember 2016 ein ca. 2.000 qm großes Grundstück im Gewerbegebiet Camp Astrid (Kupferstadt Stolberg) erworben und wird im Jahr 2017 dort den neuen Unternehmensstandort erstellen. Das Unternehmen beschäftigt am neuen Standort 5 Mitarbeiter. Der Eigentümer der vormaligen Vobis-Liegenschaft im Gewerbegebiet Aachener Kreuz in Würselen hat u. a. mit unserer Beratung benachbarte Flächen hinzuerworben. Ziel ist es, die freien Flächen mit weiteren Logistikimmobilien zu bebauen. Der Jahresverlauf lässt sich in der Weise zusammenfassen, dass es der WFG gelungen ist, zahlreiche Abschlüsse zu erzielen, die für Wachstum und Beschäftigung sorgen. In Bezug auf Flächenverkäufe war 2016 insgesamt ein weit überdurchschnittliches Jahr.

Personal

Die Anzahl der Beschäftigten (gerechnet nach Kopffzahlen) bei der WFG beträgt 13 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Anzahl der weiblichen Mitarbeiter beträgt 7 in absoluten Größen und 53,85 in Prozenten ausgedrückt. Die WFG hat im Hinblick auf ihre Mittelfristplanung bereits zielorientierte Gespräche mit dem Hauptgesellschafter und den Mitgliedskommunen aufgenommen, um den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine Beschäftigungsperspektive für die Zeit nach Mitte 2018 aufzubauen. Fast alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der WFG, die über einen Dauerarbeitsvertrag verfügen und einen Beschäftigungsumfang von mehr als einer halben Stelle aufweisen, sind mit Telearbeitsplatz-Funktionalitäten ausgestattet. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird unterstützt. Auch im Übrigen werden die Ziele des Landesgleichstellungsgesetzes NRW bei der Personalentwicklung beachtet.

3. Kommentierung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Vermögenslage

Das Anlagevermögen besteht im Wesentlichen aus Sachanlagevermögen. Hierbei handelt es sich um die Buchwerte der Gewerbeimmobilien, die wir vermieten. Der Wert des Anlagevermögens ist zu

beziern auf rund 2.814 T€ und somit rund 2.220 T€ niedriger als im Vorjahr. Der Unterschied zwischen den Geschäftsjahren liegt neben der planmäßigen Abschreibungen (148 T€) im Wesentlichen in Anlagenabgängen (2.073 T€) begründet. Zugänge waren in Höhe von 1 T€ zu verzeichnen. Das Vorratsvermögen wird im Wesentlichen repräsentiert durch ein Grundstück in Herzogenrath-Dornkaul, das eine Ursprungsfläche ca. 30.000 qm hatte. Rund 2/3 dieser Fläche ist inzwischen veräußert. Des Weiteren wird aufgrund der Insolvenz des Leasingnehmers im Geschäftsjahr ein ehemaliges Leasingobjekt unter dem Vorratsvermögen ausgewiesen. Das Vorratsvermögen beträgt im Geschäftsjahr unverändert 1.664 T€. Bei den Forderungen, die insgesamt 8.036 T€ betragen (Vorjahr 9.692 T€) dominieren die Forderungen aus Public-Leasing-Verträgen. Diese sind gegenüber dem Vorjahr um rund 17 % (von 9.165 T€ auf 7.574 T€) gesunken. Die Minderung der Forderungen aus Public-Leasing resultiert zum einen aus planmäßigen Tilgungsleistungen. Zum anderen wurden zwei Leasing Verträge im abgelaufenen Geschäftsjahr vorzeitig aufgelöst. Der Kassenbestand hat sich von rund 1.725 T€ auf 1.412 T€ vermindert. Dieser Kassenbestand ist nicht als freie Liquiditätsreserve anzusehen, da wir hierbei auch Gelder verwahren, die zur Reduzierung der Kreditverbindlichkeiten zum nächstfolgenden Tilgungstermin dienen. Das Eigenkapital bleibt im Verhältnis zu den nicht granulierten Risiken gering. Konkret gibt es unverändert Einzelrisiken, die höher sind als die Haftungsmasse. Die Verbindlichkeiten sind von 15.036 T€ auf 10.940 T€ gesunken. Auch hier machen sich das Tilgungsvolumen der Leasingverträge bei gleichzeitig nicht mehr stattfindendem Neugeschäft sowie die Rückführung der Finanzierung von dem veräußerten Objekt bemerkbar. Insgesamt reduziert sich die Bilanzsumme von 18.219 T€ auf 14.019 T€.

Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur:

Anlagenintensität

Formel: $\text{Anlagevermögen} \times 100 / \text{Gesamtvermögen}$

	Geschäftsjahr T€	Vorjahr T€
Anlagevermögen	2.814	5.033
Gesamtvermögen	14.019	18.219
Anlagenintensität in %	20	28

Eigenkapitalanteil

Formel: $\text{Eigenkapital} \times 100 / \text{Gesamtkapital}$

	Geschäftsjahr T€	Vorjahr T€
Eigenkapital	2.381	2.211
Gesamtkapital	14.019	18.219
Eigenkapitalanteil in %	17	12

Verschuldungsgrad

Formel: $\text{Fremdkapital} \times 100 / \text{Eigenkapital}$

	Geschäftsjahr T€	Vorjahr T€
Fremdkapital	11.636	16.002

Eigenkapital	2.381	2.211
Verschuldungsgrad in %	489	724

Ertragslage

Die Umsatzerlöse sinken von *1.932 T€ auf 1.289 T€. Nach dem Ende des Leasing-Neugeschäftes reduzieren sich planmäßig und tilgungsbedingt die Einnahmen aus dem Zinsüberschuss.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind gegenüber dem Vorjahr um rund 352 T€ vermindert. Im Vorjahr wurde ein Regalsystem aus einem ehemaligen Leasingobjekt in Höhe von 300 T€ veräußert, was maßgeblich zu einem deutlichen Anstieg der Erträge führte. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind insgesamt um 955 T€ vermindert. Im Vorjahr wurden erhebliche Verluste aus Public-Leasing-Verträgen und Grundstücksverkäufen in Höhe von insgesamt 1.000 T€ unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen. Der Zinsaufwand reduziert sich in Folge der Leasing-Nehmer-Tilgungen um 217 T€. Unter Berücksichtigung der Steuern vom Einkommen und Ertrag (+21 T€) sowie der Gesellschafterzuschüsse (+397 T€) erzielt die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2016 ein Jahresüberschuss in Höhe von 170 T€ (Vorjahr: Jahresfehlbetrag: -313 T€).

Kennzahlen zur Rentabilität:

Umsatzrentabilität

Formel: Jahresüberschuss x 100 / Gesamtleistung

	Geschäftsjahr T€	Vorjahr T€
Jahresergebnis	170	-313
Gesamtleistung	1.289	1.932
Umsatzrentabilität in %	13	-

Eigenkapitalrentabilität

Formel: Jahresüberschuss x 100 / Eigenkapital

	Geschäftsjahr T€	Vorjahr T€
Jahresergebnis	170	-313
Eigenkapital	2.381	2.211
Eigenkapitalrentabilität in %	7	-

Prognosebericht

Die WFG verfügt über insgesamt drei Ertrags- bzw. Einnahmequellen

- a) Leasing-Zinsüberschuss
- b) Baumanagement-Einnahmen im Zusammenhang mit Projektsteuerungsaufgaben
- c) Sockelförderung

Der Leasing-Zinsüberschuss reduziert sich planmäßig und tilgungsbedingt. Die Zinsüberschusskurve weist eine stark abfallende Verlaufsform auf. Falls Engagements im gegebenen Fall auch vorzeitig anlässlich eines Auslaufs der Zinsbindungsfrist beendet werden, können sich diese Effekte noch verstärken. Allerdings ist stets mit ins Bild zu nehmen, dass nicht nur Zinserträge,

sondern vor allem auch Risiken entfallen. Dies ist besonders dann positiv zu beurteilen, wenn die Bepreisung des Leasing-Engagements in Bezug auf die Zinshöhe nicht risikoadjustiert vorgenommen wurde bzw. vorgenommen werden konnte. Auf Grund der Tatsache, dass kein Leasing-Neugeschäft mehr akquiriert wird, fallen auch keine damit zusammenhängenden Baubetreuungs-/Managementenerträge mehr an. Folglich konzentriert sich die Projektbetreuung auf die Neubaumaßnahmen der GWG. Lediglich in Einzelfällen können Engagements von weiteren Dritten betreut werden. Aus anderen Management-Dienstleistungen, insbesondere im Bereich Rechnungswesen und Geschäftsbesorgung (am Standort Alsdorf bzw. Stolberg), generierte die WFG in der Vergangenheit zusätzliche Erträge. Dies wird auch zukünftig bis Mitte 2018 der Fall sein. Es ist vorgesehen, dass zur Mitte des Jahres 2018 der operative Betrieb der WFG mit hauptamtlichem Personal eingestellt wird. In der Anschlussphase werden sich nur noch nebenamtliche Kräfte um die WFG-Obliegenheiten kümmern, wobei angestrebt wird, dass es sich hierbei um die heutigen Stammkräfte handelt, die dann allerdings in der Hauptsache für einen anderen Arbeitgeber (aus dem Gesellschafterkreis) tätig sein werden. Durch diese geschäftspolitische Maßnahme werden zum Planungszeitpunkt Mitte 2018 in erheblichem Maße Personalkosten entfallen. Dementsprechend kann eine Neudimensionierung der zukünftigen Sockelförderung, beginnend mit dem Jahr 2018, stattfinden. Die kommunalen Haushalte werden mittelfristig dadurch deutlich entlastet. Die Sockelförderung wird in ihrer Höhe bedarfsorientiert angepasst. Die zukünftigen Ergebnisse der WFG werden nach heutigem Sachstand wesentlich davon abhängen, wie unproblematisch oder problembehaftet sich die beiden verbliebenen Gewerbeimmobilien in Monschau und vor allem in Eschweiler entwickeln. Das Geschäftsergebnis 2017 wird mit einem hohen Maß an Wahrscheinlichkeit dadurch belastet, dass der Mieter einer Gewerbeimmobilie aufgrund des auslaufenden Mietvertrages das Objekt räumen musste. Die Immobilie wird umfangreich und kostenintensiv in 2017 zu ertüchtigen sein, um eine Folgenutzung zu generieren. Die auf eine Neuvermietung gerichteten Aktivitäten werden umfänglich mit der Belegenhitskommune (Stadt Eschweiler) abgestimmt. Für die zweite Immobilie im Eigentum der WFG kann ebenfalls keine sichere Prognose abgegeben werden. Mittelfristig gehen wir von einem ausgeglichenen Ergebnis aus. Allerdings ist risikobewusst darauf hinzuweisen, dass es sich um einen renovierten Altbau handelt, der für einen speziellen Nutzungszweck (Kunst- und Kulturzentrum) aufgebaut wurde, was für einen Spezialimmobilien-Charakter sorgt. Dem Alter des Objektes entsprechend können sich hier technische Risiken entwickeln, die signifikante Auswirkung auf die zukünftigen Jahresergebnisse haben dürften. Das Rückschlagpotenzial wirtschaftlicher Art sieht die Geschäftsführung jedoch im Wesentlichen in der Gewerbeimmobilie in Eschweiler und in vglw. geringerem Belastungsumfang bei der Immobilie in Monschau.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die WFG konzentriert sich darauf, Restrisiken zu minimieren. In den vergangenen Berichtsperioden hat die WFG wiederholt Bericht an die Gremien erstattet in Bezug auf die technischen Probleme hingewiesen, die bei einer inzwischen veräußerten Immobilie in Baesweiler entstanden sind. Ursächlich für die Entstehung dieser Risiken war die Verwendung von risiko haltigen Baumaterialien. Die Nachhaftungsrisiken gegenüber dem Käufer sind im Vertrag limitiert worden. Im Jahr 2016 haben sie sich jedenfalls nicht materialisiert. Das Nachhaftungsrisiko gilt somit nur noch für das Jahr

2017. Wie bereits im Prognosebericht angesprochen, liegt der Risikogehalt der vorgenommenen Investitionen vornehmlich im Bereich der Gewerbeimmobilien, die vermietet werden. Im Bereich der Leasingimmobilien sieht die Situation hingegen deutlich entspannter aus, da mehrheitlich Tilgungsquoten erreicht wurden, die einen Risikopuffer haben entstehen lassen.

Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Die Gesellschaft verfügte im Jahr 2016 nicht über Risiko tragende Finanzinstrumente wie Swaps oder Doppelswaps. Derartige Risiken sind in den vergangenen Jahren schadensfrei vollständig abgebaut worden.

Festzuhalten bleibt für das Geschäftsjahr 2016, dass der Verlust des Jahres 2015 sich nicht wiederholt hat, sondern vielmehr die Rückkehr in die Gewinnzone stattgefunden hat.

52146 Würselen, im März 2017

Prof. Dr. Axel Thomas

– Geschäftsführer–

Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziele

Zweck der Gesellschaft ist der Erwerb, die Aufbereitung, die Entwicklung, Erschließung und Vermarktung von Gewerbeflächen im Bereich des Flugplatzes Merzbrück in Würselen bei Aachen.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Zur Geschäftsführung und Vertretung ist die Komplementärin Aachener Kreuz Merzbrück Verwaltungs GmbH berechtigt und verpflichtet. Sie selbst und ihre Geschäftsführer sind für die Rechtsgeschäfte mit der Gesellschaft von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

Aufsichtsrat:

Die Gesellschaft hat einen aus vier Mitgliedern bestehenden Aufsichtsrat. Jeder Gesellschafter hat das Recht, ein Aufsichtsratsmitglied und einen jederzeit vertretungsberechtigten Stellvertreter zu entsenden und das von ihm entsandte Mitglied wieder abzuberufen. Die Entsendung erfolgt für die Dauer von fünf Jahren.

Gesellschafterversammlung:

Jede 2.100 Euro eines Kapitalanteils gewährt eine Stimme in der Gesellschafterversammlung.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Aachener Kreuz Merzbrück Verwaltungs GmbH – vertreten durch
Manfred Zitzen

Vertreter der StädteRegion im Aufsichtsrat und in der Gesellschafterversammlung:

	Kunibert Matheis	Städteregionstagsmitglied
Stellvertreterin:	Ingrid von Morandell	Städteregionstagsmitglied

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: GmbH & Co. KG

Sitz: 52146 Würselen

gezeichnetes Kapital: 25.200,00 Euro

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
StädteRegion Aachen	8.400	33,333
Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co. KG	8.400	33,333
Sparkassen Immobilien GmbH	<u>8.400</u>	<u>33,333</u>
	25.200	100,000

Komplementärin: Aachener Kreuz Merzbrück Verwaltungs GmbH -ohne Kapitalanteil-

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2014	2015	2016
	- in € -	- in € -	- in € -
Anlagevermögen	0	0	1.657.060
Umlaufvermögen	26.912	4.031.363	2.536.452
I. Vorräte		3.953.595	2.352.339
II. Forderungen / sonst. VG		14.833	36.245
III. Kassenbestand, Guthaben		62.935	147.867
Bilanzsumme Aktiva	26.912	4.031.363	4.197.895
Eigenkapital	7.453	90.285	72.626
I. Kapitalant. Kommanditisten	25.200	25.200	25.200
II. Rücklagen	0	0	65.085
III. Verlustvortrag	0	-17.747	0
IV. Jahresfehlbetrag	-17.747	82.831	-17.659
Rückstellungen	2.912	7.500	8.550
Verbindlichkeiten	15.961	3.932.993	4.116.134
Rechnungsabgrenzungsposten	586	586	586
Bilanzsumme Passiva	26.912	4.031.362	4.197.895
Gewinn- und Verlustrechnung:	2014	2015	2016
	- in € -	- in € -	- in € -
Umsatzerlöse	0	348.244	236.714
Sonstige betriebliche Erträge	-	170	0
Materialaufwand	-	80.558	163.756
Abschreibungen	-	0	16.996
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-	157.819	112.224
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-	33.764	34.196
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-17.747	82.831	-17.659

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2014	2015	2016
Geringfügig Beschäftigte	1	1	1

Aufgrund der eingeschränkten Geschäftstätigkeit der Gesellschaft sind weitere Kennzahlen nicht von wesentlicher Aussagekraft.

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen

Die Städteregion Aachen ist mit 8.400 Euro, entsprechend zu 1/3 am Gesellschaftskapital als Kommanditistin beteiligt. Am Gewinn-/Verlust der Gesellschaft nimmt die Städteregion Aachen in Höhe ihres Kapitalanteils teil. Im Jahr 2016 hat die StädteRegion Aachen keine Zahlungen zur Verlustabdeckung geleistet.

Wesentliche Leistungsbeziehungen zu anderen Beteiligungsgesellschaften der StädteRegion Aachen –mit Ausnahme der AKM Verwaltungs GmbH– bestehen nicht. Zu erwähnen ist lediglich noch ein wirtschaftlicher Zusammenhang der Gesellschaft mit der Entwicklung der Flugplatz Aachen Merzbrück GmbH.

Angaben des Lageberichtes zur öffentlichen Zwecksetzung

Aufgaben der Wirtschaftsförderung zählen zu den nichtwirtschaftlichen Betätigungen der Gemeinde, die in § 107 Abs. 2 Nr. 3 GO NRW aufgeführt sind.

Zweck der Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG ist der Erwerb, die Aufbereitung, die Entwicklung, Erschließung und Vermarktung von Gewerbeflächen im Bereich des Flugplatzes Merzbrück in Würselen. Gemäß Lagebericht wurden die aus dem Gesellschaftsvertrag resultierende Verpflichtung zur Einhaltung des öffentlichen Zwecks der Gesellschaft und die Erreichung dieses Zweckes im Berichtsjahr erfüllt.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Darstellung des Geschäftsverlaufs

Nachdem im Jahr 2014 die Kaufverträge über den Erwerb der wesentlichen Grundstücksflächen (Elisabethspitalfond-Stiftung, StädteRegion Aachen, Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co KG, Sparkassen Immobilien GmbH) abgeschlossen werden konnten, lagen die Schwerpunkte der Geschäftstätigkeit im Berichtsjahr in der Vermietung der von der Elisabethspitalfond-Stiftung/StädteRegion Aachen erworbenen Immobilien, den Verhandlungen hinsichtlich der langfristigen Finanzierung der Grundstückserwerbe sowie der Planung und Beantragung des Bebauungsplans im zu erschließenden Gewerbegebiet. Des Weiteren wurden die Verhandlungen mit den Eigentümern von noch benötigten privaten Flächen vorangetrieben. Der Übergang von Besitz, Nutzen, Lasten und

Gefahren der, mit Kaufverträgen aus dem Jahr 2014 erworbenen, Grundstücksflächen der StädteRegion Aachen (teilweise), Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co KG und Sparkassen Immobilien GmbH wird mit Zahlung der Kaufpreise in Höhe von insgesamt 1.451.020,00 € erfolgen. Die Fälligkeitsvoraussetzungen lagen im Berichtsjahr noch nicht vor. Mit dem Kaufvertrag der Grundstücke der Elisabethspitalfond-Stiftung wurde der Stadt Aachen auch die Option auf eine Rückkehr nach Prüfung der wirtschaftlichen Konditionen und Perspektiven der AKM innerhalb eines Jahres eingeräumt. Die hierfür notwendigen Unterlagen wurden der Stadt Aachen mit Schreiben vom 22.12.2014 übersandt. Die Optionsfrist hierfür wurde bis zum 31.12.2016 verlängert. Die Option wurde von der Stadt Aachen nicht ausgeübt.

Darstellung der Lage

Im Anlagevermögen wird das bebaute Grundstück nebst den vermieteten Gebäuden in Höhe 1.657.059,92 € (39,48%) aktiviert. Im Umlaufvermögen werden die zu erschließenden Grundstücke des Gewerbegebietes Aachener Kreuz Merzbrück Nord und Süd in Höhe von 2.303.970,05 € (54,90%), geleistete Anzahlungen und kurzfristige Forderungen in Höhe von 84.614,14 € (2,02%) sowie die Guthaben bei Kreditinstituten in Höhe von 146.915,34 € (3,50%) ausgewiesen. Das Guthaben bei Kreditinstituten beinhaltet einen Betrag in Höhe von 27.909,75 €, die als Treuhandkonto die Kautionen der Mieter umfasst. Der gleiche Betrag wird auf der Passivseite als sonstige Verbindlichkeiten ausgewiesen. Versicherungsbeiträge für das Jahr 2017, die bereits im Jahr 2016 bezahlt wurden, sind als aktiver Rechnungsabgrenzungsposten verbucht. Die Passivseite wird im Wesentlichen durch die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von 4.063.766,3t € (96,83%) strukturiert. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern (Komplementärin) bestehen in Höhe von 17.999,10 €. Die noch an das Finanzamt abzuführende Umsatzsteuer ist in Höhe von 3.605,50 € ausgewiesen. Steuerrückstellungen waren nicht zu passivieren. Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war im Geschäftsjahr zu jeder Zeit gegeben.

Voraussichtliche Entwicklung, Risiken und Chancen

Durch den Erwerb der Grundstücksflächen und deren geplante Erschließung soll ein multimodales und attraktives Gewerbegebiet entstehen. Durch den vorhandenen Flugplatz, die günstige Autobahnanbindung sowie den Anschluss des Gewerbegebietes an die Euregiobahn wird von einer zügigen und weitgehenden Vermarktung der Erschließungsflächen ausgegangen. Durch die zeitlich länger andauernde Veräußerungsphase der Grundstücke besteht das Risiko, dass nicht alle Grundstücke zeitnah verkauft werden können und somit ein höherer Zinsaufwand durch die Refinanzierung entsteht. Diesem Risiko wurde mittels einer entsprechenden Reserve in der Projektkalkulation Rechnung getragen. Die Entwicklung des Gewerbegebietes Aachener Kreuz Merzbrück (Nord) korrespondiert mit der Weiterentwicklung des unmittelbar angrenzenden Verkehrslandeplatzes Aachen-Merzbrück mit der geplanten Verschwenkung der Start- und Landebahn durch die Flugplatz Aachen-Merzbrück GmbH. Aus der zeitlichen Realisierung der Verschwenkung der Start- und Landebahn ergeben sich für die Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG Chancen und Risiken. Aktuell finden Gespräche zwischen der AKM, der Stadt Würselen sowie der Städteregion Aachen und dem WVER statt, um die kanalmäßige Erschließung des Nordgebietes in Verbindung mit dem zu beachtenden Hochwasserschutz mit seinen nunmehr geltenden

verschärften Vorgaben sicherzustellen. Dabei gilt es, nicht nur eine Lösung für die weitere Entwicklung des Gewerbegebietes zu finden, sondern das Thema als Gesamtansatz für die Stadt Würselen zu definieren.

Für das Folgejahr wird von einem ausgeglichenen Ergebnis ausgegangen.

Würselen, 19.05.2017

Manfred Zitzen

-Geschäftsführer-

Aachener Kreuz Merzbrück Verwaltungs GmbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziele

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und die Verwaltung einer Beteiligung sowie die Übernahme der persönlichen Haftung und der Geschäftsführung an der bzw. für die Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG, die den Erwerb, die Aufbereitung, die Entwicklung, Erschließung und Vermarktung von Gewerbeflächen im Bereich des Flughafens Merzbrück in Würselen zum Gegenstand hat.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, so vertritt er die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft von zwei Geschäftsführern gemeinsam oder einem Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten.

Gesellschafterversammlung:

Der Vertreter der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung wird durch den Städteregionstag bestellt.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Manfred Zitzen

Vertreter der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung:

Kunibert Matheis Städteregionstagsmitglied
 Stellvertreterin: Ingrid von Morandell StädteRegionstagsmitglied

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung
 Sitz: 52146 Würselen
 gezeichnetes Kapital: 25.200,00 Euro

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
StädteRegion Aachen	8.400	33,333
Stadtentwicklung Würselen GmbH & Co. KG	8.400	33,333
Sparkassen Immobilien GmbH	<u>8.400</u>	<u>33,333</u>
	25.200	100,000

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

	2014	2015	2016
	- in € -	- in € -	- in € -
Bilanz:			
Anlagevermögen	0	0	0
Umlaufvermögen	21.209	20.175	20.911
I. Forderungen / sonst. VG	15.000	17.249	17.999
II. Kassenbestand, Guthaben	6.209	2.925	2.912
Bilanzsumme Aktiva	21.209	20.175	20.911
Eigenkapital	19.474	18.386	18.709
I. Gezeichnetes Kapital	25.200	25.200	25.200
II. Jahresüberschuss/fehlbetrag	-418	-1.087	322
III. Vortrag auf neue Rechnung	-5.308	-5.726	-6.814
Rückstellungen	1.735	1.731	2.065
Verbindlichkeiten	0	57	137
Bilanzsumme Passiva	21.209	20.175	20.911
Gewinn- und Verlustrechnung:			
Betriebliche Erträge	0	54.036 *	72.000
Betriebliche Aufwendungen	-	59.302	74.318
Erträge aus Beteiligungen	-	4.178	2.640
außerordentliches Ergebnis	0	0	0
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-418	-1.087	322

* Seit 2015 werden hier die Geschäftsbesorgungserträge separat ausgewiesen.

Eckdaten und Leistungskennziffern

	2014	2015	2016
Personalbestand:			
Mitarbeiter	keine	keine	keine

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Die StädteRegion Aachen ist am Ergebnis der Gesellschaft entsprechend ihrem quotalen Anteil beteiligt. Wesentliche Leistungsbeziehungen zu anderen Beteiligungsgesellschaften der StädteRegion

Aachen –mit Ausnahme der AKM GmbH & Co. KG– bestehen nicht. Zu erwähnen ist lediglich noch ein wirtschaftlicher Zusammenhang der Gesellschaft mit der Entwicklung der Flugplatz Aachen Merzbrück GmbH.

Öffentliche Zwecksetzung

Aufgaben der Wirtschaftsförderung zählen zu den nichtwirtschaftlichen Betätigungen der Gemeinde, die in § 107 Abs. 2 Nr. 3 GO NRW aufgeführt sind.

Entsprechend der Formulierung im Lagebericht wurden die aus dem Gesellschaftsvertrag resultierende Verpflichtung zur Einhaltung des öffentlichen Zwecks der Gesellschaft und die Erreichung dieses Zweckes im Berichtsjahr erfüllt.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Gegenstand der Aachener Kreuz Merzbrück Verwaltungs-GmbH ist der Erwerb und die Verwaltung einer Beteiligung sowie die Übernahme der persönlichen Haftung und der Geschäftsführung an der bzw. für die Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG, die den Erwerb, die Aufbereitung, die Entwicklung, die Erschließung und Vermarktung von Gewerbeflächen zum Gegenstand hat. Die Jahresabschlussprüfung wurde wie in den Vorjahren der örtlichen Rechnungsprüfung der StädteRegion Aachen übertragen.

Im Jahr 2015 hat die Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG, deren Komplementärin die Aachener Kreuz Merzbrück Verwaltungsgesellschaft mbH ist, die zu erschließenden Grundstücke am Flugplatz Merzbrück weitgehend erwerben können. Im Jahr 2016 wurden Verhandlungen mit Grundstückseigentümern der noch benötigten Flächen geführt. Die Kaufverträge hierzu wurden Anfang 2017 beurkundet, sodass sich nunmehr alle für die Erschließung benötigten Grundstücke im Besitz der Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG befinden. Dadurch hat die Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & Co. KG seit diesem Zeitpunkt einen erhöhten Geschäftsbetrieb, der zum einen durch die laufende Vermietung der erworbenen Gebäude und zum anderen durch die Planungen für die Grundstückserschließungen bedingt ist. Dies führt bei der Berichtsfirma zu einem erhöhten Aufwand hinsichtlich der Geschäftsführung und der in diesem Zusammenhang stehenden Tätigkeiten. Zum 1.4.2015 wurde daher der Wechsel der Geschäftsführung auf Herrn Manfred Zitzen im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrags mit der Stadtentwicklung Würselen GmbH CoKG von den Gesellschaftern beschlossen und vollzogen. Für diese Geschäftsbesorgung erhält die Stadtentwicklung Würselen GmbH & CoKG gemäß dem Vertrag vom 31.03.2015 ein monatliches Entgelt in Höhe von 6.000,00 € zuzüglich der gesetzlichen Mehrwertsteuer. Diese Kosten werden der Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & CoKG monatlich in Rechnung gestellt.

Gemäß Gesellschafterbeschluss der Aachener Kreuz Merzbrück GmbH & CoKG vom 27.10.2016 wurde die Haftungsvergütung mit Wirkung vom 01.01.2016 auf 7,5 % des eingezahlten Stammkapital erhöht (vorher 5 %), um die laufenden Kosten der Gesellschaft decken zu können.

Die Gesellschaft hat auf Grund der vorhandenen Verlustvorträge keine Steuern zu entrichten.

Die aus dem Gesellschaftervertrag resultierende Verpflichtung zur Erhaltung des öffentlichen Zwecks der Gesellschaft und die Erreichung dieses Zweckes wurden im Berichtsjahr erfüllt.

Würselen, den 19.05.2017

Manfred Zitzen

-Geschäftsführer-

Camp Astrid GmbH & Co. KG

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziele

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb, die Aufbereitung, die Entwicklung, die Erschließung und Vermarktung von Gewerbeflächen im Bereich der Konversionsfläche Camp Astrid in Stolberg. Die Gesellschaft kann alle Geschäfte betreiben, die dem Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Geschäftsführung erfolgt durch die Geschäftsführer der Komplementärin, der Camp Astrid Verwaltungs GmbH.

Aufsichtsrat:

Der Aufsichtsrat besteht aus vier Mitgliedern. Jeder Gesellschafter hat das Recht, ein Aufsichtsratsmitglied und einen jederzeit vertretungsberechtigten Stellvertreter zu benennen.

Gesellschafterversammlung:

Die Gesellschafterversammlung ist beschließendes Organ in allen Angelegenheiten, die hierfür im Gesellschaftsvertrag vorgesehen sind. Jeder Gesellschafter hat eine Stimme.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Camp Astrid Verwaltungs GmbH
Michael Eßers

Vertreter der StädteRegion in Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung:

	Kunibert Matheis	Städteregionstagsmitglied
Stellvertreter:	Klaus-Dieter Wolf	Städteregionstagsmitglied

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: GmbH & Co. KG

Sitz: 52222 Stolberg

gezeichnetes Kapital: 50.000,00 Euro

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
StädteRegion Aachen	12.500	25,00
Stadt Stolberg	25.000	50,00
Sparkassen Immobilien GmbH	<u>12.500</u>	<u>25,00</u>
	50.000	100,000

Komplementärin: Camp Astrid Verwaltungs GmbH
–kein Kapitalanteil–

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2014	2015	2016
	- in € -	- in € -	- in € -
A. Anlagevermögen	0	8.047	4.598
I. Imm. Vermögensgegenst.	0	8.047	4.598
B. Umlaufvermögen	11.235.524	10.716.335	10.617.984
I. Vorräte	9.150.548	8.619.165	8.375.700
II. Forderungen / sonst. VG	1.618.527	1.492.191	1.573.659
III. Kassenbestand, Guthaben	466.449	604.979	668.625
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.941	2.860	3.466
Bilanzsumme Aktiva	11.237.465	10.727.242	10.626.048

A. Eigenkapital	122.964	122.964	122.964
I. Kapitalanteile Kommanditisten			
1. Festkapital	50.000	50.000	50.000
2. Bewegliches Kapital	72.964	72.964	72.964
B. Rückstellungen	106.325	9.200	17.300
C. Verbindlichkeiten	11.008.176	10.595.079	10.485.784
Bilanzsumme Passiva	11.237.465	10.727.243	10.626.048

Gewinn- und Verlustrechnung:	2014	2015	2016
	- in € -	- in € -	- in € -
Umsatzerlöse	-	304.476	190.711
Verminderung des Bestands an Unfertigen Erzeugnissen	-	531.383	243.465
Materialaufwand	-	14.522	38.261
Sonstige betriebliche Erträge	-	376.661	99.630
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	-	107	78.829

Abschreibungen	–	2.819	3.449
Sonstige betriebliche Aufwendungen	–	55.864	70.874
Jahresüberschuss/–fehlbetrag	–	0	0

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2014	2015	2016
Mitarbeiter	keine	keine	keine

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Die StädteRegion Aachen ist an den Gewinnen/Verlusten entsprechend ihrem Anteil am Stammkapital beteiligt. Eine Leistungsbeziehung zu anderen Beteiligungsgesellschaften der StädteRegion besteht zur Camp Astrid Verwaltungs GmbH.

Angaben des Lageberichtes zur öffentlichen Zwecksetzung

Aufgaben der Wirtschaftsförderung zählen zu den nichtwirtschaftlichen Betätigungen der Gemeinde, die in § 107 Abs. 2 Nr. 3 GO NRW aufgeführt sind.

Bei der Konversionsfläche Camp Astrid handelt es sich um das ehemalige belgische Militärlager „Camp Reine Astrid“ im Bereich des Propsteierwaldes. Die Konversionsfläche wird im Rahmen einer städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme als Gewerbepark ausgewiesen und vermarktet. Die notwendigen Beschlüsse zur Einleitung der Verfahren wurden durch die Stadt Stolberg im Laufe des Geschäftsjahres 2001 gefasst. Entsprechend der Beschlusslage und der Aufgabenstellung des Treuhändervertrages vom 20.05./27.05.2003 wurden die Arbeiten zur Umwandlung der Konversionsfläche in ein Gewerbegebiet durchgeführt.

Mit der Bekanntmachung der 77. Änderung des Flächennutzungsplanes sowie des Satzungsbeschlusses zum Bebauungsplan Nr. 267 der Stadt Eschweiler vom 04.06.2004 und der Bekanntmachung der 64. Änderung des Flächennutzungsplanes sowie des Satzungsbeschlusses zum Bebauungsplan 128 der Stadt Stolberg vom 24.06.2004 wurde für den städtebaulichen Entwicklungsbereich (nach Baugesetzbuch) Camp Astrid Bau- und Planungsrecht geschaffen.

Auftrag der Gesellschaft war bzw. ist der Erwerb, die Aufbereitung, die Entwicklung, Erschließung und Vermarktung von Gewerbeflächen im Bereich der zuvor beschriebenen Konversionsfläche Camp Astrid in Stolberg.

Lagebericht der Gesellschaft

I. Wirtschafts- und Lagebericht

1. Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Die deutsche Wirtschaft hat 2016 viele Prognosen übertroffen. Das Bruttoinlandsprodukt stieg im vergangenen Jahr um 1,9 % – auch oder gerade wegen des Ausgabeverhaltens des Staates. Das deutsche Wirtschaftswachstum im Jahr 2016 kann als robust bezeichnet werden; es liegt geringfügig über der Steigerung des Jahres 2015. 2016 ist die Binnenkonjunktur eine tragende Säule des Wirtschaftswachstums geblieben. Allerdings verliert die Binnenkonjunktur in naher Zukunft wahrscheinlich an Schwung bzw. Tempo. Die früheren, den Konsum unterstützenden Spareffekte von Ölpreisrückgängen laufen derzeit aus. Die Verbraucherpreise beginnen wieder stärker zu steigen. Damit werden reale Einkommenszuwächse der privaten Haushalte insgesamt abgebremst. Die staatlichen Mehrausgaben für Flüchtlinge dürften in den kommenden Jahren leicht sinken, was mit dazu beitragen könnte, dass der fiskalische Expansionsgrad sukzessive abnimmt. Die Binnenwirtschaft wird auch deswegen möglicherweise an Schwung einbüßen. Im Jahr 2016 hat sich die Binnennachfrage jedenfalls als Hauptstütze der Konjunktur erwiesen. Sie profitierte von der günstigen Arbeitsmarktlage und den steigenden Einkommen der privaten Haushalte. Die Chancen und Risiken für das erwartete Wirtschaftswachstum erscheinen insgesamt ausgeglichen. Neben der Binnennachfrage wird das Wirtschaftswachstum auch vom Export getragen. Ob der Export im Jahr 2017 an Stärke gewinnen wird, ist derzeit nur unsicher zu beurteilen. Folgende drei Bedrohungen könnten die Exportchancen dämpfen:

1. die Auswirkungen des angekündigten Austritts des Vereinigten Königreiches aus der Europäischen Union (Brexit);
2. die Verschiebung der Nachfrage in China bzw. das vergleichsweise geringe Wirtschaftswachstum in China sowie
3. die möglicherweise protektionistische Wirtschaftspolitik der Vereinigten Staaten.

Regierungen, internationale Organisationen und Wirtschaftsforschungsinstitute versuchen regelmäßig, die konjunkturelle Entwicklung anhand verschiedener Annahmen möglichst genau vorherzusagen. Die meisten Prognosen dieser Organisationseinheiten sagen ein Wirtschaftswachstum in der Bandbreite zwischen 1,2 % und 1,6 % für das Jahr 2017 voraus. Angesichts der erhöhten Unwägbarkeiten hinsichtlich der internationalen Handelsperspektiven und –intensitäten darf es nicht verwundern, dass die exportorientierten Unternehmen in Bezug auf Unternehmensinvestitionen eine abwartende Haltung einnehmen. Im Gegensatz zu den Unternehmensinvestitionen (die auch den Gewerbebau umfassen) weiteten sich die Wohnungsbauinvestitionen im Jahr 2016 deutlich aus und übertrafen die Erwartungen. Zur expansiven Grundtendenz beim Wohnungsbau tragen vor allem die günstigen Einkommensverhältnisse der privaten Haushalte sowie die niedrigen Finanzierungskosten bei. Für erhöhte Dynamik bei den Wohnungsbau–Investitionen könnte auch der Wohnungsbedarf auf Grund

der Flüchtlingszuwanderung sorgen. Zunächst schätzen die Bauunternehmen ihre Geschäftslage als gut ein. Insgesamt dürfte der Wohnungsbau auch im Jahr 2017 die Konjunktur unterstützen. Impulse kommen auch noch von der nach wie vor kräftigen arbeitsmarktorientierten Zuwanderung. Die staatlichen Investitionen dürften in 2017 stärker als das Bruttoinlandsprodukt wachsen. So plant der Bund höhere Ausgaben für die Infrastruktur und auch die Investitionsförderung des Bundes für finanzschwache Kommunen wird wahrscheinlich zunehmen. Vor allem aber dürfte die relativ gute Haushaltslage in vielen Ländern und Gemeinden (u. a. wegen stärkerer Entlastungen durch den Bund) nicht zuletzt im Wahljahr 2017 für vermehrte Investitionen genutzt werden. Der Staatsverbrauch legte im abgelaufenen Geschäftsjahr 2016 besonders stark zu. Dies hängt mit zusätzlichen Sachleistungen und Personalkosten im Zuge der Flüchtlingsmigration zusammen. Die registrierte Arbeitslosigkeit ging entgegen vielen ursprünglichen Annahmen weiter zurück. In 2017 und den Folgejahren dürften demografische und andere strukturelle Faktoren das Arbeitsangebot mindestens sektoral (weiter) verknappen. Die Anzahl der einheimischen Personen im erwerbsfähigen Alter geht bereits seit mehreren Jahren zurück – wie die Bundesbank berichtet. Dieser Prozess wird sich zukünftig noch verstärken. Bei einer anhaltenden Arbeitsnachfrage kann den dadurch bedingten Knappheiten prinzipiell durch erwerbsorientierte Zuwanderung sowie durch eine höhere Erwerbsbeteiligung Einheimischer entgegengewirkt werden. Die erwerbsorientierte Zuwanderung ist bereits auf einem hohen Niveau und speist sich in den letzten Jahren überwiegend aus Personen aus anderen EU-Mitgliedsstaaten. Die Bundesbank erwartet, dass im Jahr 2017 die Erwerbsbeteiligung vor allem aus zwei Gründen ansteigen wird (z.B. wegen des Auslaufens der Einmaleffekte im Zusammenhang mit der abschlagsfreien Rente mit 63 für langjährig Versicherte). In den Folgejahren dürfte, so die Projektion der Deutschen Bundesbank, zum Tragen kommen, dass die Reserven in der einheimischen Bevölkerung schon in den vergangenen Jahrzehnten in erheblichem Maße aktiviert wurden. Insbesondere die Frauenerwerbsquote ist im internationalen Vergleich bereits recht hoch. Die öffentlichen Finanzen profitierten von der günstigen Konjunkturentwicklung und den sinkenden Zinsausgaben. Diesen positiven Einflüssen steht eine expansive fiskalische Ausrichtung gegenüber. Die Chancen und Risiken für das Wirtschaftswachstum erscheinen in der Gesamtschau weitgehend ausgeglichen. Mit Blick auf das schwieriger werdende außenwirtschaftliche Umfeld überwiegen allerdings die Abwärtsrisiken. Zudem besteht eine gewisse Gefahr, dass sich das Wachstum in China im Falle von Störungen im Finanzsystem oder eine Abwärtskorrektur auf dem Immobilienmarkt stärker verlangsamt. Außerdem besteht ein außenwirtschaftliches Risiko in einer möglichen Neuausrichtung der US-amerikanischen Wirtschaftspolitik.

2. Regionalwirtschaftliche Entwicklung

Die Auswertung der jüngsten Konjunkturumfrage, die die Industrie- und Handelskammer (IHK) Aachen vorstellte, kann wie folgt zusammengefasst werden. Die Wirtschaft in der Region bleibt auf Wachstumskurs und startet überwiegend zuversichtlich in das neue Jahr. Die Lage der Betriebe ist seit mehr als 2 Jahren auf einem gleichbleibend hohen Niveau – berichtet die IHK-Geschäftsführung. Ein Rückgang ist in den vergangenen Monaten lt. IHK beim Exportgeschäft zu verzeichnen: Die Nachfrage aus dem Ausland konnte nicht mit der Konjunktur im Inland mithalten. Auch oder gerade in der hiesigen Region herrscht in der Baubranche eine ausgezeichnete Stimmung. Die Hälfte aller

befragten Baubetriebe berichtet von guten Geschäften. Kein einziges Unternehmen dieser Branche ist unzufrieden.

3. Situation am regionalen Arbeitsmarkt

Der größte von den vor Ort befragten Unternehmen im Rahmen der vorgenannten Umfrage angegebene Risikofaktor besteht im Fachkräftemangel. Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die Arbeitslosenquoten der hiesigen Region.

	12/2016	12/2015
Deutschland	5,8 %	6,1 %
NRW	7,4 %	7,7 %
StädteRegion Aachen	7,6 %	8,1 %

Innerhalb der StädteRegion Aachen existieren erhebliche Unterschiede in den Arbeitslosenquoten:

	12/2016	12/2015
Aachen	8,2 %	8,9 %
Stolberg	8,8 %	9,5 %
Eschweiler	8,1 %	9,3 %
Alsdorf	6,9 %	7,2 %
Monschau	3,2 %	2,9 %

(Quelle: Agentur für Arbeit Aachen-Düren)

In den angrenzenden Kreisen, die näher an der prosperierenden Rheinschiene liegen, ist die Arbeitslosigkeit niedriger (Düren: 6,9 %, Heinsberg: 5,7 %) als in der StädteRegion.

4. Darstellung der Lage der Gesellschaft

Neben den eingezahlten Kapitalanteilen der Kommanditisten verfügt die Gesellschaft im Berichtsjahr über Grundbesitz in der Größenordnung von ca. 10 ha vermarktbarer Gewerbegebietsfläche zzgl. ca. 37 ha Waldfläche. Zur Finanzierung der Maßnahme hatte die Gesellschaft mit Datum vom 20.05.2005 ein zinsvariables Kommunaldarlehen auf EURIBOR-Basis in Höhe von 5 Mio. Euro und ein festverzinsliches Darlehen in Höhe von 10 Mio. Euro aufgenommen. Die Sicherung der Darlehen erfolgt über eine Ausfallbürgschaftserklärung der Stadt Stolberg in Höhe von insgesamt 15 Mio. Euro. Die Darlehens(rest)schuld wurde seitens der Kupferstadt Stolberg im Mai 2015 beglichen. Die tagesaktuelle Liquidität der Gesellschaft wird über ein Tagesgeldkonto sichergestellt. Voraussetzung, um treuhänderisch für die Stadt Stolberg arbeiten zu können, war die am 30.09.2002 von der Bezirksregierung Köln ausgesprochene Anerkennung der Gesellschaft als Entwicklungstreuhänder für die städtebauliche Entwicklungsmaßnahme Camp Astrid gern. § 167 i. V. m. § 158 BauGB. Hierbei handelt es sich um eine maßnahmenbezogene Anerkennung, die nur für das Projekt Camp Astrid gilt. Zur Finanzierung der unrentierlichen Kosten der Maßnahme hat die Stadt Stolberg einen Förderantrag auf Zuweisung von Städtebaufördermitteln des Landes Nordrhein-Westfalen gestellt.

Die Maßnahme ist seit 2001 im Städtebauförderprogramm des Landes NRW enthalten und erhielt seit 2005 Fördermittel aus dem Bundesprogramm Stadtumbau West.

Da mit dem Abruf der Fördermittel der Bewilligungs- und Durchführungszeitraum für die Maßnahme endete, wurde an die Bezirksregierung Köln ein Antrag auf Verlängerung des Durchführungszeitraumes gestellt. Dem Antrag wurde entsprochen und der Durchführungszeitraum bis zum 31.12.2014 verlängert. Mit Datum vom 29.04.2015 wurde absprachegemäß an die Bezirksregierung Köln ein weiterer Antrag auf Verlängerung des Durchführungszeitraumes bis zum 31.12.2016 gestellt. Im dritten Quartal 2015 wurden Gespräche mit der Bezirksregierung Köln in Bezug auf den Abschluss der Entwicklungsmaßnahme Camp Astrid geführt. Es wurde seitens der Bezirksregierung vorgegeben, dass der Schlussverwendungsnachweis bis Ende 2015 eingereicht werden soll, was mit Versand am 03.12.2015 geschehen ist. Mit Einreichung des Schlussverwendungsnachweises geht die Aufhebung der Entwicklungssatzung einher. Die städtebauliche Entwicklungsmaßnahme (§ 165 ff. BauGB) für den Bereich des Gewerbegebietes „Camp Astrid“ ist abgeschlossen. Die Ziele der Entwicklungsmaßnahme wurden erreicht, die Notwendigkeit einer Fortsetzung besteht nicht. Gemäß § 169 Abs. 1 Nr. 8 BauGB i. V. m. § 162 Abs. 1 Nr. 1 BauGB ist daher die Satzung über die förmliche Festlegung des städtebaulichen Entwicklungsbereiches aufzuheben.

Seit Jahren begleitet den Standort die Artenschutzthematik rund um die Schlingnatter. Zum Zeitpunkt der Berichterstellung sind StädteRegion Aachen und Kupferstadt Stolberg in Bezug auf die weitere Vorgehensweise abgestimmt und erste Ausgleichsmaßnahmen sind für den Standort eingeleitet worden. Das Gesamtkonzept zur Thematik soll im Frühjahr 2018 fertig gestellt und bereit zur Umsetzung sein. Diese Ausgleichsmaßnahmen für den Artenschutz sind notwendig, damit weitere gewerbliche Nutzungen generiert werden können

5. Vermarktungssituation

Die aktuelle Vermarktungssituation ist positiv. Im Jahr 2016 wurden mit 41 Unternehmensvertretern Vertriebsgespräche in dem Sinne geführt, dass ihnen der Standort Camp Astrid präsentiert wurde. Davon konnte bei ca. 40 % der Anfragenden leider kein weiterführendes Interesse am Standort Camp Astrid identifiziert werden. Bei ca. 30 % der potentiellen Kunden konnte ein Anfangsinteresse geweckt werden, wobei diese Kunden bis dato unschlüssig und unentschieden sind. Ganz konkretes Kaufinteresse konnte bei ca. 30 % der Unternehmen hervorgerufen werden, was dazu geführt hat, dass diese Unternehmen das jeweilige Grundstück konkret beplanen und die entsprechenden Flächen gesellschaftsseitig reserviert wurden. Bei drei der konkret planenden Unternehmen ist eine Reservierung leider nicht in einen Flächenverkauf gemündet. Aktuell sind aber ca. 2,7 ha Fläche Gegenstand von Reservierungen bzw. Verkaufsverhandlungen. Im Berichtszeitraum konnten 4 Grundstücksgeschäfte in einem Volumen von ca. 7.200 qm beurkundet werden. Dieser Wert entspricht nahezu dem des Vorjahres, was eine Kontinuität im Vermarktungsprozess und -erfolg zeigt.

Im Einzelnen wurden folgende Unternehmensansiedlungen generiert: Ein vormalig Aachener Unternehmen aus dem Bereich CNC-Technik startete im Juni 2016 mit einem Neubau im Stolberger

Gewerbegebiet Camp Astrid. Am neuen Standort ist der Produzent von Lüftungsclappen mit 6 Mitarbeitern gestartet und plant, seine Belegschaft auf 8 zu erweitern. Der Bezug der Immobilie wurde bereits im Herbst 2016 vollzogen. Ein bereits am Standort ansässiges Unternehmen aus dem Automotivbereich erweitert im Rahmen seiner Expansionsabsichten seine Bestandsliegenschaft um weitere ca. 1 Tsd. qm Grundstück. Ein Produktionsunternehmen von Fiberglasrohren investierte 2016 in eine neue Produktionsstätte. Aktuell agieren 8 Mitarbeiter vor Ort. Die Planung sieht vor, den Mitarbeiterstamm in den nächsten drei Jahren auf 16 auszubauen. Der Neubau wurde Anfang des Jahres 2017 bezogen. Ein Unternehmen aus dem Bereich Garten- und Landschaftsbau hat im Dezember 2016 ein ca. 2.000 qm großes Grundstück im Gewerbegebiet Camp Astrid erworben und wird im Jahr 2017 dort den neuen Unternehmensstandort erstellen. Das Unternehmen beschäftigt aktuell 5 Mitarbeiter.

Branchenseitig stammen die derzeit noch interessierten Unternehmen aus den Bereichen Handwerk, Produktion, Schulung, Dienstleistung sowie Mediengestaltung. Die Anfragenstruktur zeigt, dass ca. 40 % der aktuell interessierten Unternehmen noch keinen Unternehmenssitz am Standort Stolberg Vorhalten. Die restlichen anfragenden Unternehmen sind aufgrund der Unternehmensentwicklung nicht mehr am derzeitigen Standort in der Kupferstadt Stolberg expansionsfähig und benötigen eine Alternative für weiteres Wachstum.

Aktuell sind ca. 10 ha der Camp Astrid Gewerbeflächen vermarktet. Das seinerzeit formulierte Ziel, einen Gewerbestandort in der Kupferstadt Stolberg zu schaffen, an dem sich Wirtschaft entwickeln und entfalten kann, füllt sich stetig mit Inhalt.

6. Finanzlage

Alle Konten werden im Berichtsjahr auf Guthabenbasis geführt. Den Verpflichtungen finanzieller Art konnte zu jedem Zeitpunkt nachgekommen werden.

III. Nachtragsbericht

Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

IV. Prognosebericht

Durch die Abgabe des Schlussverwendungsnachweises und der damit verbundenen Aufhebung der Entwicklungssatzung zum Jahresende 2015 hat die Gesellschaft den Status des Entwicklungsträgers verloren. Die einzig verbliebene Aufgabe der Gesellschaft ist die Vermarktung und Verwaltung des Treuhandvermögens des Hauptgesellschafters Kupferstadt Stolberg. Die Wald- und Verkehrsflächen sollen auf die Kupferstadt Stolberg übertragen werden. Die aktuelle und zukünftige Vermarktung der Gewerbeflächen wird weiterhin seitens der Gesellschaft aktiv betrieben.

V. Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Kann der verstetigte Vermarktungsschwung des Berichtszeitraums 2016 auch im Folgejahr 2017 aufrecht gehalten werden, wird das Gewerbegebiet Camp Astrid eine unverändert positive

Entwicklung nehmen. Zum Zeitpunkt der Berichtserstellung liegen 10 konkrete Reservierungen aus unterschiedlichen Wirtschaftsbranchen vor. Sollten zukünftig keine Grundstücksverkäufe realisiert werden, besteht aufgrund der vorgenannten Sachverhalte kein Risiko für die Gesellschaft, aber die Dynamik am Standort würde eine Unterbrechung erfahren. Im Berichtsjahr ist wegen Zahlungsunfähigkeit und Überschuldung über das Vermögen eines Vertragspartners das Insolvenzverfahren eröffnet worden. In diesem Grundstücksgeschäft, dessen Ursprünge in das Jahr 2012 zurückreichen, ist im Rahmen komplexer Vertragsbedingungen die Kaufpreiszahlung in Teilen in die Zukunft datiert worden. Mit anderen Worten wird der Kaufpreis des Grundstückes in monatlichen Raten gezahlt. Bislang, d.h. auch nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens, hat die insolvente Gesellschaft bzw. der Insolvenzverwalter sämtliche Kaufpreissraten nach Maßgabe des Kaufvertrags erfüllt. Ein Zahlungsrückstand besteht gegenwärtig nicht. Es ist beabsichtigt, den Kaufvertrag mit der CA KG mit einem neuen Investor weiterzuführen. Der handelnde Insolvenzverwalter konnte nach eigener Aussage zwischenzeitlich einen potenziellen Käufer akquirieren. Der Weiterverkauf der Grundstücke soll in Fortsetzung zur Vorgehensweise beim Weiterverkauf einer Teilfläche im Jahr 2015 durchgeführt werden. Der neue Vertragspartner soll dabei den zwischen der CA KG und dem bisherigen Kunden geschlossenen Kaufvertrag übernehmen, d.h. in nahezu alle relevanten Pflichten aus dem damaligen Kaufvertrag eintreten. Das bedeutet insbesondere, dass der Erwerber die restliche noch offene Kaufpreisschuld gegenüber der CA KG übernehmen soll. D.h. durch den Verkauf der Grundstücke an den Erwerber würde die CA KG finanziell und im Hinblick auf die weitere Nutzung und Entwicklung des Grundstücks nur in geringem Umfang finanzielle Nachteile erleiden. Zugunsten der CA KG werden im Einigungsfall im Grundbuch eingetragene erstrangige Grundschuld auch zukünftig in unveränderter Höhe eine dingliche Absicherung der CA KG darstellen. Sollte keine Einigung mit dem Verhandlungspartner erzielt werden können, bestehen zwei Optionen: Rücktritt vom damaligen Kaufvertrag oder Zwangsversteigerung der Grundstücksflächen. Im Vergleich zu einer Übernahme des Kaufvertrags durch den neuen Eigentümer sind diese Optionen mit erheblichen Unwägbarkeiten und Risiken verbunden. Daher ist insoweit die Vertragsübernahmelösung, die bisher verfolgt wird, vorzugswürdig.

VI. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Es findet keine Verwendung von Finanzderivaten statt.

Stolberg, im März 2017

Die Geschäftsführung

Camp Astrid Verwaltungs GmbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziele

Gegenstand des Unternehmens ist der Erwerb und die Verwaltung einer Beteiligung sowie die Übernahme der persönlichen Haftung und der Geschäftsführung an der beziehungsweise für die Camp Astrid GmbH und Co KG, die den Erwerb, die Aufbereitung, die Entwicklung und die Erschließung und Vermarktung von Gewerbeflächen im Bereich der Konversionsfläche Camp Astrid in Stolberg zum Gegenstand hat.

Bei der Konversionsfläche Camp Astrid handelt es sich um das ehemalige belgische Militärlager „Camp Reine Astrid“ im Bereich des Probsteierwaldes. Die Konversionsfläche wird im Rahmen einer städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme als Gewerbepark ausgewiesen und vermarktet.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Geschäftsführung besteht aus einem oder mehreren Geschäftsführern.

Gesellschafterversammlung:

Pro 6.250,- Euro Einlage hat jeder Gesellschafter eine Stimme.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Michael Eßers

Vertreter der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung:

	Kunibert Matheis	Städteregionstagsmitglied
Stellvertreter:	Klaus-Dieter Wolf	Städteregionstagsmitglied

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Sitz: 52222 Stolberg

gezeichnetes Kapital: 25.000,00 Euro

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
Stadt Stolberg	12.500	50,00
StädteRegion Aachen	6.250	25,00
Sparkassen Immobilien GmbH	<u>6.250</u>	<u>25,00</u>
	25.000	100,00

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

	2014	2015	2016
	- in € -	- in € -	- in € -
Bilanz:			
A. Anlagevermögen	0	0	0
B. Umlaufvermögen	36.559	41.518	40.321
I. Forderungen / sonst. VG	2.792	12.836	14.061
II. Kassenbestand, Guthaben	33.768	28.682	26.261
Bilanzsumme Aktiva	36.559	41.518	40.321
A. Eigenkapital	33.934	34.580	35.353
I. Gezeichnetes Kapital	25.000	25.000	25.000
II. Gewinnvortrag	7.946	8.934	9.580
III. Jahresüberschuss	988	646	773
B. Rückstellungen	2.506	2.448	2.414
C. Verbindlichkeiten	119	4.490	2.555
Bilanzsumme Passiva	36.559	41.518	40.321
Gewinn- und Verlustrechnung:			
	- in € -	- in € -	- in € -
Betriebliche Erträge	9.440	19.083	29.130
Sonst. betriebl. Aufwendungen	8.290	18.324	27.970
Ergebnis nach Steuern	-	645	1.017
Jahresüberschuss n. Steuern	988	646	773

Eckdaten und Leistungskennziffern

	2014	2015	2016
Personalbestand:			
Mitarbeiter	keine	keine	keine

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Die StädteRegion Aachen ist an der Gesellschaft mit einer Einlage von 6.250,- € beteiligt. Keine Verbindungen zum Haushalt.

Eine Leistungsbeziehung zu anderen Beteiligungsgesellschaften der StädteRegion besteht zur Camp Astrid GmbH & Co. KG.

Angaben des Lageberichtes zur öffentlichen Zwecksetzung

Aufgaben der Wirtschaftsförderung zählen zu den nichtwirtschaftlichen Betätigungen der Gemeinde, die in § 107 Abs. 2 Nr. 3 GO NRW aufgeführt sind.

Gesellschaftszweck ist der Erwerb und die Verwaltung einer Beteiligung sowie die Übernahme der persönlichen Haftung und der Geschäftsführung an der bzw. für die Camp Astrid GmbH & Co. KG, die den Erwerb, die Aufbereitung, die Entwicklung, Erschließung und Vermarktung von Gewerbeflächen im Bereich der Konversionsfläche Camp Astrid in Stolberg zum Gegenstand hat.

Bei der Konversionsfläche Camp Astrid handelt es sich um das ehemalige belgische Militärlager „Camp Reine Astrid“ im Bereich des Propsteierwaldes. Die Konversionsfläche wird im Rahmen einer städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme als Gewerbepark ausgewiesen und vermarktet. Die notwendigen Beschlüsse zur Einleitung der Verfahren wurden durch die Stadt Stolberg im Laufe des Geschäftsjahres 2001 gefasst. Entsprechend der Beschlusslage und der Aufgabenstellung des Treuhändervertrages vom 20.05./27.05.2003 wurden die Arbeiten zur Umwandlung der Konversionsfläche in ein Gewerbegebiet fortgeführt.

Mit der Bekanntmachung der 77. Änderung des Flächennutzungsplanes sowie des Satzungsbeschlusses zum Bebauungsplan Nr. 267 der Stadt Eschweiler vom 04.06.2004 und der Bekanntmachung der 64. Änderung des Flächennutzungsplanes sowie des Satzungsbeschlusses zum Bebauungsplan 128 der Stadt Stolberg vom 24.06.2004 wurde für den städtebaulichen Entwicklungsbereich (nach Baugesetzbuch) Camp Astrid Bau- und Planungsrecht geschaffen.

Dem Gesellschaftszweck entsprechend wurden im Berichtsjahr die Geschäfte für die Camp Astrid GmbH & Co. KG geführt.

Lagebericht der Gesellschaft

4. Darstellung der Lage der Gesellschaft

Die Gelder, die der Gesellschaft aus eingezahlten Stammeinlagen zur Verfügung gestellt waren, wurden im Berichtszeitraum auf einem Festgeldkonto bei der Sparkasse Aachen als Termineinlage verwaltet. Über den mit der Stadt Stolberg abgeschlossenen Treuhändervertrag kann die finanzielle Situation der Gesellschaft als gesichert angesehen werden. Die Gesellschaft konnte im Berichtszeitraum jederzeit ihren finanziellen Verpflichtungen termingerecht nachkommen. Im Berichtszeitraum konnten vier Grundstücksgeschäfte beurkundet werden.

In der 29. Gesellschafterversammlung der Camp Astrid Verwaltungs GmbH am 29.06.2015 wurde Herr Michael Eßers zum Geschäftsführer der Gesellschaft ab 01.07.2015 bestellt. Er ist von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit. Am 26.08.2015 sind die entsprechenden Eintragungen ins Handelsregister vollzogen worden.

III. Nachtragsbericht

Weitere bzw. konkretere Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

IV. Prognosebericht

Die Kernaufgabe der Gesellschaft in 2017 ist die Vermarktung und Verwaltung des Treuhandvermögens des Hauptgesellschafters Kupferstadt Stolberg.

V. Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Kann der Vermarktungsschwung der beiden Vorjahre im Jahr 2017 aufrecht gehalten werden, wird das Gewerbegebiet Camp Astrid eine positive Entwicklung nehmen und sich qualitativ und quantitativ weiter entwickeln. Zum Zeitpunkt der Berichtserstellung liegen 10 konkrete Reservierungen aus unterschiedlichen Wirtschaftsbranchen vor. Sollten zukünftig keine Grundstücksverkäufe realisiert werden, besteht aufgrund der vorgenannten Sachverhalte zwar kein operationelles Risiko für die Gesellschaft, aber die Dynamik am Standort würde an Fahrt verlieren, was nicht positiv für die weitere Entwicklung und Vermarktung des Standorts wäre.

VI. Risikobericht

Aufgrund des Umfangs der Informationsversorgung im Zusammenhang mit dem Wechsel der Geschäftsführung in 2015 kann weiterhin nicht ausgeschlossen werden, dass Sachverhaltsaufhellungen unerwartet zutage treten, die Auswirkungen auf die Finanz-, Vermögens- und Ertragslage haben könnten.

Stolberg, im März 2017

gez.: Michael Eßers

Die Geschäftsführung

vogelsang ip gGmbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziel

Gegenstand der Gesellschaft sind die Errichtung und der Betrieb eines Informations-, Ausstellungs- und Bildungszentrums in Vogelsang, die Durchführung eines regelmäßigen Besucher- und Veranstaltungsprogramms und von Informations- und Ausstellungsaktivitäten in Vogelsang sowie die Durchführung von Bildungsaktivitäten, die in Zusammenhang mit den vorgenannten Punkten stehen. Der Gesellschaftszweck wird verwirklicht durch die Trägerschaft von Zweckbetrieben im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft hat einen Geschäftsführer. Der Geschäftsführer vertritt die Gesellschaft.

Aufsichtsrat:

Der Aufsichtsrat besteht aus 15 Mitgliedern. 6 Mitglieder werden vom Landschaftsverband Rheinland, 3 Mitglieder vom Kreis Euskirchen und jeweils 1 Mitglied von den übrigen Gesellschaftern entsandt. Ab dem Zeitpunkt der Übertragung der Geschäftsanteile des Kreises Aachen und der Stadt Aachen auf die StädteRegion Aachen sind deren Aufsichtsratssitze gem. § 10 Abs. 3 des Gesellschaftsvertrags auf die StädteRegion übergegangen.

Gesellschafterversammlung:

Die Mitglieder der Gesellschafterversammlung werden von der Vertretung des jeweiligen Gesellschafters entsandt. Sie haben die Interessen ihrer Gebietskörperschaft zu verfolgen, sind an die Beschlüsse ihrer Vertretung gebunden und haben ihr Amt auf deren Beschluss jederzeit niederzulegen. Sie bleiben bis zur jeweiligen Entsendung eines Nachfolgers im Amt. Die Benennung von stellvertretenden Mitgliedern für den Fall der Verhinderung ist zulässig. Satz 2 gilt nur, soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Albert Moritz

Vertreter der StädteRegion im Aufsichtsrat:

	Axel Hartmann	Allg. Vertreter d. Städteregionsrates
1. Stellvertreter:	Markus Terodde	Dezernent
2. Stellvertreter:	Thomas König	Stabsstellenleiter S 85



	Elisabeth Paul	Städteregionstagsmitglied
Stellvertreter:	Hans-Josef Hilsenbeck	Städteregionstagsmitglied

Vertreter der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung:

Stimmführer	Axel Hartmann	Allg. Vertreter d. Städteregionsrates
Stellvertreter:	Markus Terodde	Dezernent
	Elisabeth Paul	Städteregionstagsmitglied
Stellvertreter:	Hans-Josef Hilsenbeck	Städteregionstagsmitglied
	Margret Schulz	Städteregionstagsmitglied
Stellvertreterin:	Janine Köster	Städteregionstagsmitglied

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)
Sitz:	53937 Schleiden
gezeichnetes Kapital:	27.300,00 Euro

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
LVR Landschaftsverband Rheinland	13.650,00	50,00
Kreis Euskirchen	7.800,00	28,57
StädteRegion Aachen	1.950,00	7,14
Kreis Düren	1.300,00	4,76
Kreis Heinsberg	650,00	2,38
Stadt Schleiden	1.300,00	4,76
Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens	<u>650,00</u>	<u>2,38</u>
	27.300,00	100,00

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2014	2015	2016
	- in € -	- in € -	- in € -
Anlagevermögen	24.706.425	34.477.887	45.551.779
I. Imm. Vermögensgegenst.	17.169	27.530	18.694
II. Sachanlagen	24.689.256	34.450.357	45.533.085
Umlaufvermögen	2.953.039	3.846.048	2.594.346
I. Vorräte	17.957	21.473	283.905
II. Forderungen / sonst. VG	1.093.155	1.787.637	1.291.621
III. Kassenbestand, Guthaben	1.841.927	2.036.938	1.018.819
RAP	15.478	24.288	44.801
Bilanzsumme Aktiva	27.674.942	41.776.660	48.190.927

Eigenkapital	20.408	11.103	11.103
I. Gezeichnetes Kapital	27.300	27.300	27.300
II. Verlustvortrag	-6.892	-6.892	-16.198
III. Jahresfehlbetrag	0,00	-9.306	0
SoPo f. Investitionszuschüsse	21.325.779	34.012.062	34.776.332
Rückstellungen	52.752	113.733	158.328
Verbindlichkeiten	6.274.127	7.384.263	13.245.164
RAP	1.875	255.500	0
Bilanzsumme Passiva	27.674.942	41.776.660	48.190.927

Gewinn- und Verlustrechnung:	2014	2015	2016
	- in € -	- in € -	- in € -
Umsatzerlöse	375.901	432.827	918.319
Zuschüsse der Gesellschafter	498.800	500.000	500.000
Sonstige betriebliche Erträge	-	1.513.513	683.545
Andere aktivierte Eigenleistungen	-	150.019	813.385
Erträge aus der Auflösung von			
Sonderposten	-	116.195	609.764
Materialaufwand	-	127.133,53	229.353
Personalaufwand	-	1.301.731	1.481.202
Abschreibungen	-	133.172	777.591
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-	657.004	738.682
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	-	3.174	7.687
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-	5.994	55.404
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	0	-9.306	0

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2014	2015	2016
Mitarbeiter/innen	35	39	41

Indikatoren zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage:	2014 in %	2015 in %	2016 in %
Anlagendeckungsgrad I	0,1	0,1	0,0
Eigenkapitalquote	0,1	0,1	0,0
Eigenkapitalrentabilität	0,0	0,0	k.A.



Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen

Die StädteRegion Aachen hat im Haushaltsjahr 2016 einen Betriebskostenzuschuss für die vogelsang ip gGmbH in Höhe von 36.770,29 € gezahlt. Als Gesellschaft, zu der seitens der vogelsang ip gGmbH Leistungsbeziehungen bestehen, ist die SEV GmbH zu nennen.

Angaben des Lageberichts zur öffentlichen Zwecksetzung

Aufgaben der Wirtschaftsförderung zählen zu den nichtwirtschaftlichen Betätigungen der Gemeinde, die in § 107 Abs. 2 Nr. 3 GO NRW aufgeführt sind.

Im Geschäftsjahr 2016 wurde durch die Neueröffnung des Forums und die gleichzeitige dauerhafte Nutzung des Kulturkinos als pädagogisches Zentrum der Akademie die physische Basis für eine nachhaltige Erreichung der gemeinnützigen Zwecke der Gesellschaft geschaffen. Der öffentliche Zweck wurde vor allem durch die laufenden Aktivitäten der Gesellschaft in Bezug auf Erziehung, Bildung und Kultur verwirklicht. Die zunehmende Etablierung als außerschulischer Lernort, die trotz Baustellensituation (bis 10.09.) weiterhin hohe Wirkung und Ausstrahlung als kultur-, bildungs- und wandertouristische Destination im Nationalpark Eifel, das neue Forum (ab 11.09.) sowie das Angebot hochwertiger kultureller Veranstaltungen sind hierbei als Leuchtturm-Effekte zu nennen.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Geschäftsverlauf – laufender Betrieb

Seit dem 01. Januar 2009 führt die GmbH den Betrieb der zentralen Besucherinformation von vogelsang ip sowie eine Vielzahl standortbezogener Bildungsaktivitäten durch.

Dies umfasst als regelmäßige Aktivitäten u.a.

- den Betrieb des Informationszentrums von Vogelsang IP mit Counter, Informationszone, Bookshop, Gastronomie, etc. und täglicher Öffnung zwischen 10 und 17 Uhr,
- das Angebot eines Netzes von Besucherrundwegen sowie des zentralen Besucherparkplatzes,
- die Organisation von täglichen offenen sowie zusätzlich individuell buchbaren Geländeführungen, Seminaren, Workshops und anderen Bildungsangeboten in der Jugend- wie der Erwachsenenbildung,
- die Durchführung von Kulturveranstaltungen und Sonderprogrammen sowie die Begleitung von Tagungen und Konferenzen und das Angebot von Wechsausstellungen.

Am 11.09.2016 erfolgte durch die Neueröffnung des 12.500 m² Nutzfläche umfassenden Forum Vogelsang IP mit

- Besucherzentrum
- Dauerausstellung „Bestimmung: Herrenmensch | NS-Ordensburgen zwischen Faszination und Verbrechen“ (NS-Dokumentation)
- Erlebnisausstellung „Wildnis(t)räume“ (Nationalpark-Zentrum)
- Panoramagastronomie

- Seminar- und Tagungsbereich
- Verwaltungsbereiche

ein wesentlicher, seit Jahren vorbereiteter Qualitätssprung im Angebot. Die Besucherinformation zog zu diesem Zeitpunkt aus der temporären Situation im Kulturkino um; der Kinokomplex wird seitdem als pädagogisches Zentrum der Akademie, als Veranstaltungsort sowie für Teile der Verwaltung genutzt. Das Jahr 2016 war vor diesem Hintergrund in betrieblicher Hinsicht ein zweigeteiltes Jahr. Die Betreiberschaft des Nationalpark-Zentrums liegt beim Landesbetrieb Wald und Holz NRW. Die Betriebsführung des beide Ausstellungen erschließenden Besucherzentrums erfolgt im Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrags durch die Vogelsang IP gemeinnützige GmbH. Die Neueröffnung des Forums führte in 2016 trotz der nur knapp 4-monatigen dortigen Betriebsführung zu einem deutlichen Anstieg der Besucherzahl:

- 188.000 Besucherinnen und Besucher konnten begrüßt werden (d.h. plus 12% gegenüber dem Vorjahr),
davon
- 79.600 seit Neueröffnung des Forums.

Im Bildungsbereich der Akademie Vogelsang IP war folgende Nachfrage festzustellen:

- 1.586 Bildungsformate mit 28.453 Teilnehmenden, davon 3.162 Schülern/Schülerinnen bzw. Jugendliche in vertiefenden Angeboten im Bereich der Schulklassen- und Jugendgruppen.

das sind plus 21% (Bildungsformate) bzw. plus 10% (Teilnehmende) im Vergleich zum Vorjahr, Hinzu kamen

- 14.280 Besucherinnen und Besucher (seit 11.09.) der Dauerausstellung »Bestimmung: Herrenmensch ...« und ca. 7.600 in der Erlebnisausstellung »Wildnis(t)räume«.

in vertiefenden Angeboten im Bereich der Schulklassen- und Jugendgruppen.

Im Bildungsbereich wurden im Jahre 2016 zudem mehrere Sonderprojekte durchgeführt. Hierzu zählten vor allem diverse Jugendbildungsprojekte (u.a. gefördert durch private Sponsoren / Stifter) sowie ein Projekt zum Thema „Flucht und Asyl“ der Bundeszentrale für politische Bildung. Die politische Bildungsarbeit der GmbH wurde zudem durch die Landeszentrale für politische Bildung NRW gefördert. Weiterhin war die GmbH zusammen mit dem Kreis Euskirchen Partner im Landeskulturprogramm „Kulturrucksack NRW“ und kulturpädagogischer Träger bei den dortigen Kulturprogrammen. Die am 21.08.2016 eröffnete Dauerausstellung in der alten Schule Wollseifen wurde von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Akademie Vogelsang IP erarbeitet und gestaltet.

Insgesamt kann die Entwicklung des Unternehmens in 2016 als günstig bezeichnet werden. Indikatoren hierfür sind die Neueröffnung des Forums mit den beiden Ausstellungen, die damit verbundene Ausweitung des Angebotes sowie die Einhaltung des Budgetrahmens unter teilweise schwierigen Randbedingungen. Während einerseits seit Eröffnung des Forums insbesondere im Bereich des Facility-Managements die deutlich höheren Aufwendungen zu Buche schlugen, führten andererseits die wesentlich höhere Nutzung der Formate der Akademie, der gestiegene Shopumsatz und gestiegene Parkeinnahmen zu einer insgesamt deutlich gestiegenen Kostendeckung.



Investitionsprojekte

Die in den Vorjahren aus EU-, Bundes- und Landesmitteln mit einem Fördersatz von jeweils 90% geförderten Maßnahmen

1. Forum Vogelsang | Sanierung und Umbau (gefördertes Volumen: 35,1 Mio. EUR),
2. NS-Dokumentation | Ausstellungsprojekt (gefördertes Volumen: 3 Mio. EUR)
und
3. Besucherzentrum / SchauFenster Eifel | Ausstattung und Informationswelten (gefördertes Volumen: 1,2 Mio. EUR)

wurden abgerechnet. Restmaßnahmen und diverse Mängelbeseitigungen, speziell im Projekt Sanierung und Umbau laufen bis zum heutigen Tage. Der 10%ige Eigenanteil zum förderfähigen Projektvolumen wurde durch Finanzierungsbeiträge der GmbH-Gesellschafter sichergestellt, Mehrkosten sind wegen der Höchstbetragsregelung durch die GmbH zu finanzieren. Hierzu wurden in 2016 vom Aufsichtsrat zwei langfristige Darlehensrahmen von jeweils 5 Mio. EUR und damit insgesamt 10 Mio. EUR freigegeben und von der GmbH aufgenommen. Die beiden Darlehen wurden zwischen Mai 2016 und Mai 2017 ausgezahlt.

Bereits in den Vorjahren wurde zu Substanz- und kündigungsbedingten Mehrkosten (u.a. IMTECH) im Projekt Sanierung und Umbau berichtet. Auch im Jahr 2016 wirkten sich vielfältige Komplikationen im Bauablauf sowie die Kündigung des Planungs- und Bauleitungsbüros zur Technischen Gebäudeausrüstung negativ aus. Auf Basis der zum Jahresende sukzessive eingehenden (Schluss)Rechnungen und eigener Ermittlungen ist ein die bisher erwarteten 10 Mio. € überschreitender, weiterer Mehraufwand von im worst case bis zu weiteren 3,9 Mio. € zu prognostizieren. Die Finanzierung wurde zunächst über ein temporäres Gesellschafterdarlehen des LVR mit Laufzeit bis zum 31.12.2017 sichergestellt; zur Zeit laufen auf Gesellschafterebene intensive Überlegungen für eine dauerhafte Liquiditätssicherung der GmbH, die bis zum Jahresende politisch beraten und umgesetzt sein sollen.

Geschäftsergebnis

Das Geschäftsergebnis 2016 ist durch den satzungsgemäßen Gesellschafterverlustausgleich ausgeglichen. Die Planzahlen für das Jahr 2016 bzw. den Zeitraum nach der Eröffnung wurden insgesamt weitgehend erfüllt. Die Besucherzahlen sind nach Eröffnung des neuen Forums wie erwartet deutlich gestiegen; der ursprünglich erwartete außergewöhnliche Besucheransturm direkt nach der Eröffnung ist jedoch ausgeblieben.

Vermögenslage

Die Bilanz der Gesellschaft ist auf der Aktivseite im Wesentlichen durch

- Sachanlagen in Höhe von insgesamt 45.533 TEUR (Vorjahr 37.878 TEUR; + 20 %) geprägt, darüber hinaus durch das
- Umlaufvermögen, hier insbesondere durch Vorräte in Höhe von 284 TEUR (Vorjahr 21 TEUR; +1.252 %), durch Umsatzsteuerforderungen von 1.092 TEUR (Vorjahr 1099 TEUR; -0 %) und durch liquide Mittel in Höhe von 1.019 TEUR (Vorjahr 2.037 TEUR; - 50 %)

geprägt. Dem stehen auf der Passivseite insbesondere

- Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen von 34.776 TEUR (Vorjahr 34.012 TEUR; + 2%),
- Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern aus Projektfinanzierung in Höhe von 6.709 TEUR (bilanziert unter „Sonstige Verbindlichkeiten“; Vorjahr 6.711 TEUR; -0%),
- Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 1.501 TEUR (Vorjahr 632 TEUR; + 137%)
- Rückstellungen in Höhe von 158 TEUR (Vorjahr 114 TEUR; + 39 %) gegenüber.

Grund für den Anstieg der Vorräte und der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind ein wesentlich erweitertes Shop-Angebot sowie, bezogen auf die Vorräte, die eigen erstellten Publikationen zur NS-Dokumentation. Der Rückgang der liquiden Mittel sowie der Anstieg der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen ist im Wesentlichen auf Bauausgaben zurückzuführen. Das Stammkapital der Gesellschaft in Höhe von 27.300 EUR ist in voller Höhe eingezahlt.

Finanzlage

Die Zahlungsfähigkeit der GmbH war im Berichtsjahr aufgrund

- der seitens der Gesellschafter zur Verfügung gestellten Mittel für den laufenden Betrieb,
- eines investitionsprojektbezogenen, offenen und jeweils kurzfristig aktivierbaren Kreditrahmens durch einen Gesellschafterkredit des Landschaftsverband Rheinland LVR

sowie

- eingegangener Fördermittel und Eigenanteile der Gesellschafter zur Projektfinanzierung

jederzeit gewährleistet. Damit ist die Finanzlage der GmbH geordnet.

Die von der Geschäftsführung im November/Dezember 2016 festgestellten, über 10 Mio. € hinausgehenden Projektmehrkosten bei Sanierung und Umbau des Forum wurden vom Aufsichtsrat und der Gesellschafterversammlung zur Kenntnis genommen und umgehend die erforderlichen Schritte zur längerfristigen Sicherung der Finanzierung eingeleitet. Zum Ende des Jahres 2016 bestehen aus dem Projekt Sanierung und Umbau noch laufende Rest-Investitionen von rd. 1,8 Mio. €, weiterhin zurückgestellte Maßnahmen von rd. 300 T€ und dringende Optimierungsmaßnahmen von rd. 150 T€. Die Liquidität am Bilanzstichtag beträgt 1.019 T€ (Vorjahr: 2.037 €). Die Differenz zum Vorjahr resultiert aus dem Darlehensmanagement.

Ertragslage

Der Geschäftsbetrieb vollzog sich im Jahr 2016 im von der Wirtschaftsplanung definierten und von der Gesellschafterversammlung freigegebenen Rahmen. Den Umsatzerlösen und den erhaltenen Projektzuschüssen stehen insbesondere Ausgaben für Löhne und Gehälter sowie Fremdarbeiten gegenüber. Die Gewinn- und Verlustrechnung weist zum 31. Dezember 2016 einen Verlust „vor Gesellschafterverlustausgleich“ von 498.114,70 EUR (Vorjahr 509.305,88 EUR) aus. Der Verlust liegt um 1.885,30 EUR unter dem durch den Gesellschaftsvertrag gesetzten Rahmen von maximal 500.000,- EUR, bis wohin dieser Verlust von den Gesellschaftern gemäß den in § 19 des Gesellschaftsvertrages definierten Regelungen ausgeglichen wird. Die das Ergebnis prägenden

Positionen sind in der Gewinn- und Verlustrechnung 2016 abgebildet. Folgende wesentlichen Veränderungen sind festzustellen (Werte = gerundet):

1. Umsatzerlöse 1918.318 EUR, d.h. + 112 %
2. Erhöhung des Bestandes fertige/unfertige Erzeugnisse 1251.023 EUR
3. Andere aktivierte Eigenleistungen | 813.385 EUR, d.h. + 442 %
4. Sonstige betriebliche Erträge (incl. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten) 11.293.309 EUR, d.h. - 21 %
5. Materialaufwand | 229.352,74 EUR, d.h. + 297 %
6. Personalaufwand 11.481.202 EUR, d.h. + 14 %
7. Abschreibungen | 777.590 EUR, d.h. + 484 %
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen | 738.681,72 EUR, d.h. + 3 %
9. Zinserträge | 7.687 EUR, d.h. + 142 %
10. Zinsaufwand 155.404 EUR, d.h. + 824 % sowie
11. Steuern vom Einkommen und Ertrag 11.492 EUR.

Die vom Vorjahr stark abweichenden Werte erklären sich zusammengefasst wie folgt:

1. Restabwicklung Baumaßnahmen / Eröffnung / Auslaufen Förderungen zum 31.12.2015:

Steigerung der aktivierten Eigenleistungen durch den baubedingten Einsatz eigener Mitarbeiter

2. Betrieb des neuen Forums Vogelsang ab dem 11.09.2016:

Umsatzerlöse: Steigerung bei Führungen, Shop und Parkplatz, Gastronomie, neue Erlöse bei Ausstellungseintritten und Nationalpark- Zentrum aus Vermietung und Geschäftsbesorgung höhere Bestände und Materialaufwand durch wesentliche Erweiterung des Shops

Anstieg beim Personalaufwand

Steigerung des Abschreibungs- und Zinsaufwandes, gegenlaufend:

Erlöse aus der Auflösung von Sonderposten für den geförderten Anteil

Nachtragsbericht

Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung haben in ihren Sitzungen vom 19.12.2016 und 21.03.2017 die Weichen zur langfristigen Liquiditätssicherung der Gesellschaft gestellt. Im Kern stehen zur Zeit drei Fragenkomplexe zur Validierung und Lösung an:

- die Validierung und längerfristige Definition des maximalen jährlichen Gesellschafterverlustausgleichs, der auf Basis der mittelfristigen Wirtschaftsplanung und nach Beratung und Zustimmung in den Gesellschaftergremien bis Ende 2019 zunächst auf 850 TEUR festgelegt wurde,
- die Regelung des über die bereits bewilligten 10 Mio. EUR an investitionsbedingten Krediten hinaus gehenden Kapitalbedarfs, der im Wesentlichen durch die Forums-Investitionen, aber auch andere Vorfinanzierungsbedarfe bedingt ist und aktuell bis Ende 2017 durch das Liquiditätsdarlehen des LVR gesichert ist, sowie
- der Umgang mit möglichen Insolvenzrisiken, bedingt u.a. durch die aktuellen Randbedingungen der Satzung

Prognosebericht

In 2017 wird sich der Geschäftsbetrieb aller Voraussicht nach auf einem neuen, aus den neuen Forumsangeboten resultierenden Niveau konsolidieren. Nach bisherigem Besuchsverlauf in den ersten Monaten von 2017 und unter Ansatz der langjährigen Jahresverläufe ist zur Zeit mit ca. 275 Tausend Besucherinnen und Besuchern in 2017 zu rechnen. Der außergewöhnlich hohe Vorbuchungsstand für 2017/16 lässt vermuten, dass in 2017 auch die Bildungsangebote gegenüber 2016 deutlich stärker nachgefragt werden. Wesentlicher operativer Schwerpunkt 2017 wird die noch umfängliche Mängelbeseitigung sowie die Durchführung von Restmaßnahmen rund um das Forum sein. Wir erwarten für das Geschäftsjahr 2017 ein ausgeglichenes Ergebnis, das sich im Rahmen des durch die Gesellschafterbeschlüsse bis zunächst 2019 definierten Rahmens von 850 TEUR an maximalem Gesellschafterzuschuss bewegt. Basis für das Ergebnis sind die Erlöse der Gesellschaft, die sich im

Wesentlichen aus folgenden Komponenten zusammensetzen:

- Umsatzerlöse,
- Zuschüsse aus Bildungsprojekten sowie
- Zuschüsse der Gesellschafter gemäß §19 des Gesellschaftsvertrages.

Die Ergebniserwartung 2017 basiert in Ermangelung von längerfristigen Erfahrungswerten auf den ersten Betriebserfahrungen 2017 und darauf aufbauenden Prognosen/Fortschreibungen. Hier liegen in verschiedenen Bereichen Unwägbarkeiten vor, insbesondere im Bereich der tatsächlichen Nachfrageentwicklung (Besuchszahlen allgemein, Ausstellungsbesuche, Programmnachfragen) sowie des tatsächlichen Aufwandes für das Facility- Management.

Chancen-/Risikobericht

Die Wirtschaftsplanung 2017 beinhaltet insofern ein Risiko, als zum einen die genaue Entwicklung des Besucherverhaltens und der Nachfrage-, Erlös- und Aufwandswerte in diesem 1. Betriebsjahr unter neuen Randbedingungen nicht exakt prognostizierbar ist.

Bei den geförderten Investitionsprojekten können grundsätzlich insbesondere folgende Risiken eintreten:

1. ggf. Rückforderungen von Zuwendungsgebern, z.B. als Ergebnis von Prüfungen, und
2. ggf. weitere, über das Volumen von 13,9 Mio. € hinausgehende Projektausgaben, insbesondere durch ggf. weitere Forderungen von Firmen.

Bei der Prognose des Investitionsvolumens mit ungeförderten Mehrkosten von max. 13,9 Mio. € wurden alle erkenn- bzw. absehbaren Mehrkosten berücksichtigt. Eine weitere Erhöhung ist aus Sicht der Geschäftsführung relativ unwahrscheinlich. Es wird damit gerechnet, dass bis Ende 2017/Anfang 2018 eine abschließend belastbare Prognosebasis besteht. Die grundsätzlich gegebenen, bestandsgefährdenden Insolvenz- und Liquiditätsrisiken aus den satzungsbedingten Randbedingungen der Finanzierung (mangelnde Kapitalausstattung, absehbar zu niedriger Verlustausgleichsrahmen) wurden von Geschäftsführung und Gesellschaftern erkannt; es ist – wie beschrieben – ihre Absicht, hier im Laufe des Jahres eine nachhaltige Lösung zu definieren. Die diesbezüglichen Vorberatungen und Lösungsfindungen laufen. Zur kontinuierlichen Beobachtung des Betriebsverlaufs wird eine quartalsweise Zwischenbilanz durchgeführt und der Aufsichtsrat bei jeder Sitzung über wesentliche Entwicklungen und Abweichungen informiert. Dies macht es möglich,



auf eventuelle außerplanmäßige Veränderungen im Geschäftsverlauf frühzeitig reagieren zu können und eine Fortschreibung der Geschäftsstrategie sowie der Wirtschafts- und Finanzplanung durchführen zu können. Darüber hinaus werden relevante betriebliche Kenngrößen monatlich ausgewertet und bewertet, um sich ggf. frühzeitig auf Veränderungen im Betriebsverlauf einstellen zu können. Hierbei werden die Zahlen der Vorjahre als Referenz- und Kontrollwerte zum Vergleich angelegt.

Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Bei der GmbH werden keine Finanzinstrumente eingesetzt. Die Geldanlage erfolgt ausschließlich kurzfristig auf Tagesgeldkonten.

Schleiden, 18.08.2017

Albert Moritz

–Geschäftsführer–

Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang mbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziel

Die Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH wurde am 09.05.2005 gegründet. Gegenstand des Unternehmens ist die nationalparkverträgliche, denkmalgerechte und geschichtsverantwortliche Entwicklung des Standortes Burg Vogelsang gemäß dem Leitbild **vogelsang ip** zu einem „Internationaler Platz im Nationalpark Eifel“. Die Gesellschaft führt die begonnene Konversion fort und übernimmt die Steuerung der Gesamtentwicklung des Standortes unter Berücksichtigung der Interessen des Nationalparks Eifel und der Nationalparkregion, insbesondere hinsichtlich der Kernnutzungen. Sie übernimmt folgende Aufgabenfelder:

- Erneuerung und Sanierung der Infrastruktur,
- Projektentwicklung Kernnutzungen;
- Vermarktung und Marketing der außerhalb der Kernnutzung verbleibenden Flächen von ca. 90 ha,
- Betrieb und Unterhalt der nicht an Dritte übertragenen Verkehrs- und Grünflächen sowie ggf. Versorgungsinfrastruktur;
- Entwicklung Parkmanagementkonzept für Gesamtimmobilie.

Die SEV GmbH wird über Geschäftsbesorgungsverträge von der NRW.URBAN GmbH & Co. KG mit der Geschäftsführung, dem Projektmanagement und der Projektassistenz betreut. Grundlage der Geschäftstätigkeit ist neben dem Gesellschaftsvertrag die „Rahmenvereinbarung über die weitere Entwicklung des Konversionsstandortes Vogelsang“ von Mai 2008 und die Vereinbarung mit der Bundesanstalt vom März 2009, in der insbesondere die Abwicklung der Investitionsmaßnahmen Infrastruktur durch die SEV näher geregelt werden.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft hat einen Geschäftsführer. Der Geschäftsführer vertritt die Gesellschaft.

Aufsichtsrat:

Der Aufsichtsrat besteht aus 13 Mitgliedern. 7 Mitglieder werden von der Region entsandt. Dem Kreis Euskirchen stehen 3 Entsendungsmandate, der Stadt Schleiden 2 und der StädteRegion Aachen sowie dem Kreis Düren jeweils 1 Mandat zu. Das Land Nordrhein-Westfalen wird 4 Mitglieder entsenden, die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben 2 Mitglieder.



Gesellschafterversammlung:

Die Gesellschafter nehmen ihre Rechte durch Beschlüsse in der Gesellschafterversammlung oder im Wege der schriftlichen Abstimmung wahr, soweit in diesem Gesellschaftsvertrag oder durch zwingende gesetzliche Vorschriften nichts anderes bestimmt ist. Je 240 EUR eines Geschäftsanteils gewähren eine Stimme. Jeder Gesellschafter gibt seine Stimmen einheitlich ab. Über die Zahl seiner Vertreter entscheidet jeder Gesellschafter selbst. Bei mehr als einem Vertreter ist ein Stimmführer zu bestimmen.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Thomas Fischer-Reinbach

Vertreter der StädteRegion in Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung:

	Hans-Josef Hilsenbeck	1. stv. Städteregionsrat
Stellvertreterin:	Elisabeth Paul	Städteregionstagsmitglied

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Sitz: 53937 Schleiden

gezeichnetes Kapital: 36.000,00 Euro

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
Bundesanstalt für Immobilienaufgaben	12.000,00	33,33
Land Nordrhein-Westfalen (vertr. durch das Ministerium f. Wirtschaft, Mittelstand und Energie)	12.000,00	33,33
Kreis Euskirchen	6.480,00	18,00
StädteRegion Aachen	2.160,00	6,00
Kreis Düren	2.160,00	6,00
Stadt Schleiden	<u>1.200,00</u>	<u>3,34</u>
	36.000,00	100,00

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2014	2015	2016
	- in € -	- in € -	- in € -
Anlagevermögen	15.372	42.589	34.358
I. Imm. Vermögensgegenst.	3	3	1
II. Sachanlagen.	15.369	42.586	34.357
Umlaufvermögen	248.080	332.900	271.538

I. Forderungen / sonst. VG	15.515	15.698	29.824
– Wertpapiere	36.000	0	0
III. Kassenbestand, Guthaben	196.565	269.875	241.714
RAP	2.435	4.739	3.465
Bilanzsumme Aktiva	265.887	332.900	309.361
Eigenkapital	205.699	253.682	233.230
I. Gezeichnetes Kapital	36.000	36.000	36.000
II. Gewinnvortrag	147.177	169.699	217.682
III. Jahresüberschuss	22.522	47.983	-20.452
Rückstellungen	17.424	19.124	18.351
Verbindlichkeiten	42.764	60.094	57.779
Bilanzsumme Passiva	265.887	332.900	309.361
	2014	2015	2016
Gewinn- und Verlustrechnung:	- in € -	- in € -	- in € -
Umsatzerlöse	102.971	116.969	149.436
Sonst. betriebl. Erträge		452.959	454.170
Personalaufwand		91.570	107.197
Sonst. betriebl. Aufwendungen		418.557	506.724
Jahresüberschuss n. Steuern	22.522	47.983	-20.452

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2014	2015	2016
Mitarbeiter/innen	5	5	5

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Die StädteRegion Aachen hat im Jahr 2016 einen Finanzierungsbeitrag zur SEV GmbH in Höhe von 27.000 € geleistet.

Als Gesellschaft, zu der seitens der SEV GmbH Leistungsbeziehungen bestehen, ist die vogelsang ip gGmbH zu nennen.

Auszug Lagebericht der Gesellschaft

Darstellung der Entwicklung der Geschäftstätigkeit in 2016

Grundlage der Geschäftstätigkeit ist neben dem Gesellschaftsvertrag der „Letter of Intent (LOI) über die Standortentwicklung Vogelsang IP für die Jahre 2017 und 2018“ von August 2016, in dem auf der Grundlage eines Verwertungsplanes vorrangig die vollständige Verwertung der Teilflächen der Liegenschaft Vogelsang bis Ende des Jahres 2018 und die forcierte Entwicklung der Kernprojekte Nationalparkforstamt und Jugendwaldheim erfolgen sollen.

Neben der Erstellung eines detaillierten Verwertungsplanes für die Jahre 2017 und 2018 waren weitere Schwerpunkte der Tätigkeit der SEV im Jahr 2016 die Ansiedlung der Kernnutzungen der 1. Entwicklungsstufe und die Projektentwicklung neuer Nutzungen für die Bestandsimmobilien.

Die im Jahr 2012 begonnenen Umbaumaßnahmen für das neue Forum Vogelsang zum zentralen Besucher- und Bildungszentrum mit den beiden Dauerausstellungen NS-Dokumentation und Nationalparkzentrum konnten im Jahr 2016 weitgehend abgeschlossen werden. Mit der Eröffnung dieses Leitprojektes für die Tourismus-, Bildungs- und Kulturdestination Vogelsang IP am 11.09.2016 erfolgte gleichzeitig die Aufnahme des Besucherbetriebes. Damit wird die Umsetzung einer der sogenannten Kernnutzungen gemäß Rahmenvereinbarung 2008 abgeschlossen.

Durch die Absage des Deutschen Jugendherbergswerks Ende 2015, nicht in eine Jugendherberge am Standort investieren zu wollen, haben sich neue Standortkonstellationen für die Nationalparkverwaltung und das Jugendwaldheim ergeben. Durch das Umweltministerium wurde im März 2016 entschieden, dass beide Kernprojekte in Neubauten am Standort der „Redoute“ errichtet werden sollen. Für die für den Betrieb des Jugendwaldheims erforderlichen Umweltbildungsflächen von ca. 45 ha und das Grundstück Redoute wurden die konkreten Schritte zur Grundstücksübertragung eingeleitet.

Die Einrichtung der zentralen Flüchtlingsunterkunft des Landes NRW auf einer Teilfläche der Schelde von 8,0 ha wurde im Jahr 2016 für den zentralen Bereich abgeschlossen. Bei der Installation der Außenbeleuchtung wurden nach Auffassung der SEV nicht alle standortspezifischen Vorgaben eingehalten. Da dadurch der Betrieb der Astronomie-Werkstatt in unmittelbarer Nähe gefährdet ist, hat sich der Aufsichtsrat mehrfach mit dem Thema und den Auswirkungen auf den Titel „International Dark Sky Park“ und die geplante Zertifizierung als Sternenregion beschäftigt.

Im Seminarhaus „Vogelsang 86“ im ehemaligen Kameradschaftshaus Nr. 6 und in „K 13 Das Gästehaus“, Kameradschaftshaus 13, wurden zu Beginn des Jahres jeweils der Regelbetrieb aufgenommen. Ein zunächst provisorischer Betrieb erfolgt seit Frühjahr 2016 auch im ehemaligen Kameradschaftshaus 9, welches als Naturschutzhaus Eifel-Ardennen etabliert werden soll. Mit dem Rotkreuz-Fluchthaus im Haus der ehemaligen Hundestaffel hat das DRK in Vogelsang bereits die fünfte Immobilie in Nutzung genommen. Gute Chancen auf Realisierung im kommenden Jahr durch

private Investoren werden für die beiden Kameradschaftshäuser Nr. 8 und Nr. 14 gesehen. Zur Ansiedlung eines Hotels wurde durch die SEV eine Planungsstudie für die Nutzung der sog. Hundertschaftshäuser erstellt. Das ehemalige Kameradschaftshaus Nr. 5 konnte verkauft werden, es soll als Primbsch-Haus für Bildungszwecke genutzt werden.

Im Aufgabenbereich Infrastrukturmaßnahmen wurden die Beleuchtungseinrichtungen auf einer wichtigen Fußwegeverbindung im Hang realisiert sowie ein Konzept für die Beschilderung und Wegweisung des KFZ-Verkehrs aufgestellt. Für den Rückbau von „Van Dooren“ und die Gestaltung der zentralen Freifläche wurde im Auftrag der SEV ein Vorentwurf erstellt, mit der Denkmalpflege abgestimmt und im Aufsichtsrat verabschiedet. Die in der Folge vorgelegten Finanzierungskonzepte sind aus unterschiedlichen Gründen gescheitert, sodass die Immobilie im Jahr 2017 am Markt angeboten wird.

Nach umfangreichen Untersuchungen des Bunkers vor Hundertschaftshaus 4a wurde sich schließlich angesichts der angestrebten Hotelnutzung in Gebäude 4a mit der Denkmalpflege auf den Rückbau des ehemaligen Luftschutzraums verständigt. Der Rückbau des Bunkers soll im Jahr 2017 erfolgen. Zum Erhalt der historischen Bausubstanz wurden das Schadenskataster fortgeschrieben und insbesondere Sanierungsarbeiten an den Dachflächen durchgeführt.

Die Pflege, der Unterhalt und die Sicherung aller „öffentlichen“ und noch nicht zur Nutzung übertragenen Flächen des Standortes wurde im Jahr 2016 gemäß den Vereinbarungen mit den Nutzern und Eigentümern mit reduziertem eigenen Personal fortgeführt.

Das Klageverfahren gegen die Eintragung der gesamten Liegenschaft Vogelsang als Baudenkmal wurde im zweiten Jahr fortgeführt. Eine weitere Stellungnahme wurde abgegeben.

Überblick über den Geschäftsverlauf vor dem Hintergrund der gesamtwirtschaftlichen und branchenspezifischen Rahmenbedingungen

Mit Wegfall der Großbaustelle und Eröffnung des neuen „Forum Vogelsang IP“ im September sind die Besucherzahlen am Standort gegenüber dem Vorjahr unmittelbar gestiegen. Das Besucheraufkommen, welches im Jahr 2015 noch ca. 168.500 betrug, nahm im Jahr 2016 mit ca. 218.000 deutlich zu. Aufgrund der positiven Erfahrungen der ersten Monate, 87.500 Besucher seit der Eröffnung am 11.09.2016, sind die avisierten 300.000 Besucher im Jahr 2017 ein realistisches Ziel. Ungebrochen ist nach wie vor auch im Jahr 2016 die im Vergleich zu anderen Destinationen in der Eifel überregional hohe Attraktivität des Standortes. Vogelsang ist durch die überregional beachteten Veranstaltungen im Kulturkino Vogelsang IP weiterhin auf einem guten Weg zu einem „Internationalen Platz“. Durch die neu generierte Wertschöpfung dient Vogelsang heute schon dem Wachstum bzw. der Stabilisierung der Tourismuswirtschaft und damit der Sicherung der Arbeitsplatzsituation in der Region. Bisher wurden in Vogelsang schon mehr als siebzig neue Arbeitsplätze geschaffen.

Bei der Umsetzung der mit privatem Kapital zu finanzierenden Projekte ist nach der Zurückhaltung der letzten Jahre wie im Jahr 2015 eine Belebung zu verzeichnen. Die Bereitschaft von privater Seite, in Vogelsang zu investieren, hat deutlich zugenommen. Mit dem Naturschutzhaus Eifel-Ardenne und dem Rotkreuz-Fluchthaus wurden zwei weitere Bestandsimmobilien in Nutzung genommen. Gute Chancen auf Realisierung durch private Investoren im Jahr 2017 bestehen für die beiden bisher noch nicht genutzten Kameradschaftshäuser.

Wichtig für die weitere Gesamtentwicklung war es, dass das Leitprojekt „Forum Vogelsang IP“ mit den beiden zentralen Ausstellungen im September 2016 eröffnet wurde und seinen Regelbetrieb aufgenommen hat.

Darstellung des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses

Im Geschäftsjahr 2016 hat die SEV ihren Geschäftsbetrieb mit den im Kontext beschriebenen Schwerpunkten fortgeführt. Einnahmen für die Projektentwicklung generierte die Gesellschaft aus den Beiträgen der Gesellschafter. Insgesamt betragen die Einnahmen 450.000,00 € (Vorjahr 450.000,00 €), die sich aus Mitteln der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (150.000,00 €), des Ministeriums für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr (150.000,00 €) und der regionalen Gesellschafter (150.000,00 €) zusammensetzen.

Im Geschäftsbereich „Geländemanagement“ wurde der im Jahr 2011 aufgenommene Betrieb und Unterhalt für das Gesamtgelände im Auftrag der Nutzer und Eigentümer fortgeführt. Sämtliche Ausgaben werden durch als Umsatzerlöse ausgewiesene Beiträge der Nutzer und Eigentümer gedeckt. Die Gesellschaft erzielt in diesem Geschäftsbereich über die Gesamtlaufzeit also weder Gewinne noch entstehen ihr Verluste.

Das Geschäftsjahr schließt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 20.452,05 € (Vorjahr: Jahresüberschuss von 47.983,20 €) ab.

Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage

Vermögenslage

Die Vermögenslage der Gesellschaft hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht wesentlich verändert. Die Struktur unseres kurz- und langfristig gebundenen Vermögens und unsere Verbindlichkeiten blieben stabil. Bei einer Bilanzsumme von 309.360,74 € (Vorjahr: 332.900,05 €) wird auf der Aktivseite ein langfristiges Vermögen von 34.358,00 € (Vorjahr: 42.589,00 €) und ein kurzfristiges Vermögen von 275.002,74 € (Vorjahr: 290.311,05 €) ausgewiesen. Auf der Passivseite steht dem Eigenkapital von 233.230,33 € (Vorjahr: 253.682,38 €) ein Fremdkapital, bestehend aus sonstigen Rückstellungen und sonstigen Verbindlichkeiten von 76.130,41 € (Vorjahr: 79.217,67 €) gegenüber. Die Bilanz der Gesellschaft ist somit auf der Aktivseite durch das Umlaufvermögen geprägt. Das Umlaufvermögen wird im Wesentlichen durch die flüssigen Mittel in Höhe von 241.714,36 € (Vorjahr: 269.874,67 €) geprägt, die insbesondere aus Einnahmen aus den Beiträgen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, des Ministeriums für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr (MBWSV) und der regionalen Gesellschafter sowie Beiträgen der Nutzer zum Geländemanagement entstanden. Auf der Passivseite bildet das Eigenkapital in Höhe von insgesamt 233.230,33 € (Vorjahr: 253.682,38 €) den wesentlichsten Posten.

Ertragslage

Im Jahr 2016 entsteht ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 20.452,05 € gegenüber einem Jahresüberschuss in Höhe von 47.983,20 € im Jahr 2015. Wesentlich für das negative Jahresergebnis sind die hohen Ausgaben bei den Fremdleistungen. Erträgen in Höhe von 603.607,79 € (Finanzierungsmittel der Gesellschafter, Beiträge zum Geländemanagement, Zinsen), stehen Aufwendungen in Höhe von 624.059,84 € gegenüber. Die Erträge für die Projektentwicklung aus den Beiträgen der Gesellschafter blieben mit 450.000,00 € gegenüber dem Vorjahr (450.000,00 €) stabil. Die Struktur der Aufwendungen hat sich im Geschäftsbereich „Projektentwicklung“ gegenüber dem Vorjahr nicht verändert. Der größte Aufwandsposten in Höhe von 302.260,02 € (Vorjahr: 302.260,00 €) betrifft die Geschäftsbesorgung durch die NRW.URBAN GmbH & Co. KG.

Im Geschäftsbereich „Geländemanagement“ entstand der größte Aufwandsposten mit 107.197,02 € (Vorjahr 91.569,93 €) im Jahr 2016 für die Personalkosten.

Finanzlage

Bei einer Bilanzsumme von 309.360,74 € (Vorjahr: 332.900,05 €) beträgt das Eigenkapital 233.230,33 € (Vorjahr: 253.682,38 €). Dies entspricht einer Eigenkapitalquote von 75 % (Vorjahr: 76 %). Weiterhin bestanden am Abschlussstichtag flüssige Mittel von 241.714,36 € (Vorjahr: 269.874,67 €). Damit ist die Finanzlage der Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH geordnet.

Unser Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten innerhalb der Skontofrist zu begleichen, Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen bzw. Fördermittel und Finanzierungsanteile zeitnah abzurufen. Damit war die Zahlungsfähigkeit der Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH im Berichtsjahr stets gewährleistet.

Beim ausgewiesenen Fremdkapital handelt es sich überwiegend um kurzfristige Verbindlichkeiten, die Quote beträgt 25 % (Vorjahr: 24 %) der Bilanzsumme.

Die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft ist insgesamt als gut zu bezeichnen.

Chancen und Risiken

Mit dem Forum Vogelsang IP als zentrales Informations-, Ausstellungs- und Bildungszentrum wurde das Leitprojekt des Standorts nach 4 ½ Jahren Bauzeit im September 2016 in Betrieb genommen. Die reale Konversion, die vor elf Jahren mit der Errichtung der Besucherinformation unter Federführung der Standortentwicklungsgesellschaft begann, ist damit gemeinsam mit zwölf weiteren schon betriebenen Einrichtungen auf einem guten Weg. Wichtig für die Gesamtausrichtung des Standortes wären eine zeitnahe Umsetzung der Kernprojekte Jugendwaldheim und Nationalparkforstamt und damit die Bespielung der Umweltbildungsflächen. Gute Chancen des Ankaufs und Umbaus durch private Investoren werden für die beiden noch ungenutzten Kameradschaftshäuser Nr. 8 und Nr. 14 gesehen. Auch für die Unterbringung eines Hotels in den Hundertschaftshäusern besteht eine realistische Entwicklungsperspektive. Hierfür muss der sog. Bunker 4a zurückgebaut werden und die Infrastruktur weiter ausgebaut werden.

Ob und welche Auswirkungen auf die Gesamtentwicklung und den Betrieb die zentrale Unterbringungseinrichtung für Flüchtlinge „Schelde“ hat, wird sich nach der Inbetriebnahme im



Januar 2017 zeigen. Der Wegfall der Astronomie-Werkstatt aufgrund der Konflikte mit der Beleuchtung der Flüchtlingsunterkunft wäre ein Verlust für Vogelsang IP.

Gerade nach der Eröffnung des Forum Vogelsang IP ist ein stabiler Betrieb am Standort im Jahr 2017 wichtig, um das Vertrauen des Marktes in den Standort weiter zu stärken und damit auch die Nachfrage von Projektentwicklern und Investoren zu festigen. Nur dann kann es künftig gelingen, auch die schwierigen Immobilien wie die Hundertschaftshäuser, den Malakoff-Komplex und das ehemalige Kasernengebäude Van Dooren zu vermarkten. Zu klaren Standortbedingungen würde auch beitragen, wenn für die schon lange angekündigten Kernprojekte Jugendwaldheim und Nationalparkforstamt eine zeitnahe Umsetzungsperspektive geschaffen wird. Damit würde die programmatische Ausrichtung und wirtschaftliche Tragfähigkeit der Bildungs-, Kultur- und Tourismusdestination Vogelsang IP weiter gestärkt und somit für private Nutzungen interessanter.

Ziel des Finanz- und Risikomanagements der Gesellschaft ist die Sicherung gegen finanzielle Risiken jeglicher Art. Beim Finanzmanagement verfolgt das Unternehmen eine durchaus konservative Risikopolitik.

Zur Absicherung gegen das Liquiditätsrisiko und zur Aufrechterhaltung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit wurden fortlaufende Liquiditätspläne sowohl für den Geschäftsbereich „Projektentwicklung“ als auch den Geschäftsbereich „Geländemanagement“ erstellt, die permanent an aktuelle Änderungen angepasst werden und als Basis für die Geldmitteldisposition dienen.

Ausfallrisiken im Geschäftsbereich „Projektentwicklung“ bestehen aufgrund der Finanzierungsbeiträge durch die öffentlichen Gesellschafter keine. Die zur Finanzierung des Geschäftsbereichs „Geländemanagement“ vereinbarten Beiträge der Nutzer und Eigentümer werden halbjährlich im Voraus gezahlt. Da die Nutzer zum Großteil öffentlich bzw. öffentlich bestimmt sind, werden auch im Geschäftsbereich „Geländemanagement“ keine Ausfallrisiken gesehen.

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten.

Die Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH und damit der Geschäftsbereich „Projektentwicklung“ wird zu je einem Drittel aus direkten Zuwendungen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, des Ministeriums für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr und der kommunalen Gesellschafter finanziert. Die Mittel sind von allen Gesellschaftern bis Ende des Jahres 2018 zugesichert worden. Über die Übernahme der Kosten für die Durchführung der Geländemanagementtätigkeiten bestehen Verträge mit den Nutzern und Eigentümern ebenfalls bis Ende 2018. Den Unternehmensbestand gefährdende Risiken sind daher derzeit bis zum Laufzeitende der Gesellschaft am 31.12.2018 nicht erkennbar.

Prognose

Die Laufzeit der SEV wurde im Jahr 2016 letztmalig bis zum 31.12.2018 verlängert. Anschließend wird die Gesellschaft liquidiert. Zielsetzung der Gesellschaft in den verbleibenden zwei Jahren ist

vorrangig die vollständige Verwertung der Teilflächen der Liegenschaft Vogelsang auf Grundlage des im Letter of Intent vereinbarten Verwertungsplans. Die besten Chancen der Realisierung werden für die schon anentwickelten Projekte in den Kameradschaftshäusern und eine Hotelnutzung in den Hundertschaftshäusern gesehen. Auch für die Entwicklung eines Wohnmobilparks und neuer Nutzungen im Malakoff-Komplex werden gute Chancen gesehen. Entscheidend zum Erfolg der gesetzten Ziele tragen neben der zurzeit günstigen Investitionslage klare Standortbedingungen bei. Hierzu zählt zum einen der stabile Regelbetrieb im neu eröffneten Forum Vogelsang u. a. mit der Steigerung der Besucherfrequenz. Zum zweiten sollte für die lange angekündigten Kernprojekte Jugendwaldheim und Nationalparkforstamt im Jahr 2017 eine klare Umsetzungsperspektive geschaffen werden. Zusammen mit den Umweltbildungsflächen würden über 50 Hektar an das Land übertragen, das Thema Nationalpark in Vogelsang noch stärker als bisher positioniert. Ob und wie sich der Betrieb der Flüchtlingsunterkunft Schelde auf die Entwicklung des Standortes auswirkt, kann noch nicht prognostiziert werden. Neben der vollständigen Vermarktung der noch nicht übertragenen Immobilien wird die Geschäftsführung bereits frühzeitig Verhandlungen mit den Standortpartnern zur Übernahme des Geschäftsbereichs „Geländemanagement“ aufnehmen. Für das kommende Geschäftsjahr wird wegen der forcierten Verwertung der Immobilien wieder ein Verlust erwartet.

Schleiden, 17. Mai 2017

Fischer-Reinbach

Thomas Fischer-Reinbach
Geschäftsführung

Ergänzender Hinweis zur Lageberichterstattung

Der Städteregionstag hat in seiner Sitzung am 27.10.2016 die weitere Beteiligung der StädteRegion Aachen als Gesellschafterin an der „Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH (SEV)“ bis zum 31.12.2018 beschlossen sowie die weitere Bereitstellung des Finanzierungsanteils der Städteregion Aachen in der bisherigen Höhe von jeweils 27.000 € /a.

Öffentliche Zwecksetzung

Aufgaben der Wirtschaftsförderung zählen zu den nichtwirtschaftlichen Betätigungen der Gemeinde, die in § 107 Abs. 2 Nr. 3 GO NRW aufgeführt sind.



Energeticon gGmbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziele

Die ENERGETICON gGmbH wurde 2010 gegründet. Gegenstand des Unternehmens ist primär die Förderung von Wissensvermittlung über energiegeschichtliche und -technische Entwicklung insbesondere an die jüngeren Generationen (außerschulischer Lernort) aber auch an die interessierte allgemeine Öffentlichkeit (Freizeitbesucher). Die Gesellschaftszwecke werden insbesondere verwirklicht durch den Betrieb der Dauerausstellung „Von der Sonne zur Sonne“ mit zugehörigen pädagogischen und fachlichen Begleitveranstaltungen, sowie durch ergänzende Wechsel- und Sonderausstellungen. Durch die Vermittlung von Wissen wird indirekt die Nachfrage nach innovativen energietechnologischen Produkten und Dienstleistungen gefördert. Das ENERGETICON wird zugleich als Ort kultureller Fremd- und Eigenveranstaltungen sowie privater Fachtagungen und Feierveranstaltungen betrieben. Zu diesen Zwecken nutzt die Gesellschaft drei ehemalige Grubengebäude und deren Außenanlagen auf einer Teilfläche der ehemaligen Grube Anna II westlich des Annaparks. Die Gebäude wurden saniert und zu einem Dokumentationszentrum Energie mit didaktisch und gestalterisch innovativem Museumscharakter umgestaltet. Für die Qualität seines Kommunikationsdesigns erhielt die Ausstellung mehrere renommierte Preise (z.B. Red dot award; One show award).

Öffentliche Zwecksetzung

Aufgaben der Wirtschaftsförderung zählen zu den nichtwirtschaftlichen Betätigungen der Gemeinde, die in § 107 Abs. 3 GO NRW aufgeführt sind. Die Gesellschaft hat sich in ihrem Gesellschaftsvertrag verpflichtet, nach den Wirtschaftsgrundsätzen im Sinne des § 109 Abs. 1 Satz 1 GO NRW zu verfahren. Dabei ist die Gesellschaft so zu führen, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft hat einen Geschäftsführer. Der Geschäftsführer vertritt die Gesellschaft. Die Befreiung von der Beschränkung des § 181 BGB ist erteilt.

Aufsichtsrat:

Der Aufsichtsrat der Gesellschaft besteht aus 9 Mitgliedern. 5 Mitglieder werden vom Landschaftsverband Rheinland, 3 Mitglieder von der Stadt Alsdorf und 1 Mitglied von der StädteRegion Aachen entsandt. Der Aufsichtsrat überwacht den Geschäftsführer der Gesellschaft. Er wirkt maßgeblich an der strategischen Planung mit, die vom Geschäftsführer vorbereitet und im Detail ausgearbeitet wird. § 11 Abs. 3 des Gesellschaftsvertrags enthält die Aufgaben, die dem



Aufsichtsrat insbesondere obliegen. Der Vorsitz des Aufsichtsrats wird im jährlichen Wechsel jeweils durch einen Vertreter des Landschaftsverbands Rheinland und einen Vertreter der Stadt Alsdorf geführt – analog der Gesellschafterversammlung, jedoch durch den jeweils anderen Gesellschafter.

Gesellschafterversammlung:

Die Mitglieder der Gesellschafterversammlung werden von der Vertretung des jeweiligen Gesellschafters entsandt. Jeder Euro eines Geschäftsanteils gewährt eine Stimme. Jeder Gesellschafter gibt seine Stimmen einheitlich ab. Er ist berechtigt, bis zu 3 Vertreter in die Gesellschafterversammlung zu entsenden. Soweit ein Gesellschafter mehr als ein Mitglied entsendet, ist ein Stimmführer zu benennen. Der Vorsitz der Gesellschafterversammlung wird im jährlichen Wechsel jeweils durch einen Vertreter des Landschaftsverbandes Rheinland und einen Vertreter der Stadt Alsdorf geführt, wobei der stellvertretende Vorsitzende vom anderen Gesellschafter gestellt wird. Die Gesellschafterversammlung beschließt über alle Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung. § 9 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrags enthält einen Katalog der der Gesellschafterversammlung vorbehaltenen Angelegenheiten.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dipl.-Ing. Harald Richter

Vertreter der StädteRegion im Aufsichtsrat:

	Axel Hartmann	Allg. Vertreter d. Städteregionsrates
1. Stellvertreter:	Markus Terodde	Dezernent
2. Stellvertreter:	Thomas König	Amtsleiter A 85

Vertreter der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung:

Stimmführer:	Helmut Etschenberg	Städteregionsrat
	Jürgen Neesen	Städteregionstagsmitglied
	Horst-Dieter Heidenreich	sachkundiger Bürger

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Sitz: 52477 Alsdorf

gezeichnetes Kapital: 26.000 €

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
LVR Landschaftsverband Rheinland	13.000	50
Stadt Alsdorf	6.500	25
StädteRegion Aachen	2.600	10



Stadt Eschweiler	650	2,5
Stadt Stolberg	650	2,5
Stadt Baesweiler	650	2,5
Stadt Herzogenrath	650	2,5
Energeticon e.V.	650	2,5
Verein Bergbaumuseum Grube Anna e.V.	650	2,5

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2014	2015	2016
	- in € -	- in € -	- in € -
A Anlagevermögen	8.600.754	8.309.792	8.109.223
I. Imm. Vermögensgegenst.	1.224.489	1.159.423	1.100.175
II. Sachanlagen	7.376.265	7.150.369	7.009.048
B Umlaufvermögen	589.099	268.921	152.396
I. Vorräte	8.308	7.534	7.020
II. Forderungen / sonst. VG	327.242	19.873	17.791
III. Kassenbestand, Guthaben	253.549	241.514	127.586
RAP	0	0	0
Bilanzsumme Aktiva	9.189.853	8.578.714	8.261.619
Eigenkapital	733.198	629.364	523.747
I. Gezeichnetes Kapital	26.000	26.000	26.000
II. Kapitalrücklage	706.438	602.604	496.987
III. Bilanzgewinn	760	760	760
Sonderposten	8.017.514	7.696.034	7.420.207
Rückstellungen	36.828	22.560	23.313
Verbindlichkeiten	402.313	130.755	281.352
RAP	0	100.000	13.000
Bilanzsumme Passiva	9.189.853	8.578.713	8.261.619
Gewinn- und Verlustrechnung:	2014	2015	2016
Umsatzerlöse	117.103	263.246	292.526
sonst. betriebl. Erträge	291.464	577.006	562.660
dav. Finanzierungsanteile d. Hauptgesellschafter	160.000	160.000	160.000
Materialaufwand	26.306	48.139	61.146
Personalaufwand	262.952	272.335	292.758
sonst. betriebl. Aufwendungen	243.585	245.013	232.121
Entnahmen aus Kapitalrücklage	191.221	105.617	103.834
Jahresüberschuss/-fehlbetrag n. Steuern	-191.221	-103.834	-105.617



Eckdaten und Leistungskennziffern

Im Geschäftsjahr 2016 waren bei der Gesellschaft durchschnittlich 22 Mitarbeiter/innen beschäftigt.

Indikatoren zur Vermögens- Finanz- und Ertragslage	2014	2015	2016
	in %	in %	in %
Anlagendeckungsgrad I	74,0	72,0	71,0
Anlagendeckungsgrad II	102,0	100,0	98,0
Eigenkapitalquote	69,0	70,0	69,0

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Die StädteRegion Aachen hat im Jahr 2016 einen Betriebskostenzuschuss für die Energeticon gGmbH in Höhe von 10.000 € geleistet.

Wesentliche Leistungsbeziehungen zu anderen Beteiligungsgesellschaften der StädteRegion Aachen liegen nicht vor.

Lagebericht der Gesellschaft

Die ENERGETICON gGmbH besteht seit Herbst 2010. Sein Geschäftsmodell sieht drei Betriebsbereiche vor: Bildung, Kultur/Freizeit und Vermietung. Das ENERGETICON ist primär ein **Ort für Bildung**. Es geht um die Förderung von Wissen über energiegeschichtliche und -technische Entwicklungen insbesondere an die jüngeren Generationen (außerschulischer Lernort), aber auch an die interessierte allgemeine Öffentlichkeit (Freizeitbesucher). Es geht in diesem Kernbetriebsbereich um die niederschwellige Kommunikation der Energiewende im globalen Zusammenhang, ihrer Notwendigkeit und ihrer technischen Wege. Dieser Gesellschaftszweck wird im Wesentlichen verwirklicht durch den Betrieb der Dauerausstellung „Von der Sonne zur Sonne“ mit zugehörigen pädagogischen und fachlichen Begleitveranstaltungen, sowie durch ergänzende Wechsel- und Sonderausstellungen. Das ENERGETICON ist zugleich **Ort von Kultur und Freizeitgestaltung**, durch unter anderem kulturelle Fremd- und Eigenveranstaltungen insbesondere im Fördermaschinenhaus. Das ENERGETICON betreibt ein **Vermietungsgeschäft** für Fachtagungen, private und öffentliche Unterhaltungs-/Freizeitangebote sowie für private Feiernveranstaltungen. Für diesen Betrieb unterhält und bespielt die Gesellschaft drei ehemalige Grubengebäude und deren Außenanlagen auf einer Teilfläche der ehemaligen Grube Anna II. Die Gebäude wurden saniert und zu einem Energie-Erlebnis-Museum mit didaktisch und gestalterisch innovativem Charakter umgestaltet.

I Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenspezifische Rahmenbedingungen

Die positiven gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Jahr 2016 wirkten sich nur mittelbar, z.B. durch Sponsoringbereitschaft der Wirtschaft, auf die wirtschaftliche Situation des ENERGETICON



aus. Die Bereitschaft zu konsumtiven Ausgaben war in der BRD, auch im Sektor des Infotainements, grundsätzlich positiv vorhanden. Das extrem niedrige Niveau der Leitzinsen ermöglichte die günstige Aufnahme von Euribor-Krediten, die die gGmbH im Jahr 2016 zur Zwischenfinanzierung von EU-Mitteln (Kostenerstattungsprinzip) zur Planung / Umplanung des Grubenwasserthermieprojektes GrEEN im ehemaligen Eduardschacht in Anspruch nehmen musste. Im Einzugsbereich des ENERGETICON ging bereits Ende 2015 mit dem Großprojekt Continium / Columbus / The Cube in der niederländischen Grenzstadt Kerkrade eine Einrichtung auf den euregionalen Markt, die sich ebenfalls im Bereich des naturwissenschaftlich-technischen Info-/Edutainements bewegt. Die Staatsgrenze zwischen den Niederlanden und Deutschland bildet faktisch noch immer eine Marktgrenze bezüglich der Besucherbewegung. Das neue Kerkrader Projekt hat deutlich höhere Eintrittspreise im Vergleich zur moderaten, zielgruppenorientierten Preisgestaltung des ENERGETICON. Die Wettbewerbssituation für das Energiemuseum ENERGETICON hat sich von daher faktisch nachweisbar nicht verändert. Im Einzugsbereich des ENERGETICON eröffnete ebenfalls Ende 2015 im belgischen Eupen das Kulturzentrum „Alter Schlachthof“. Der Alte Schlachthof ist ein reines Kulturzentrum mit niveau- vollen Angeboten in den Schwerpunkten Theater, Film, Musik, Literatur. Das ENERGETICON hatte 2016 ein vergleichsweise kleines Kulturprogramm. Auch hier bildet die Staatsgrenze faktisch eine Marktgrenze bezüglich der Besucherbewegung. Die Wettbewerbssituation für das ENERGETICON als Ort der Kultur hat sich durch den „Alten Schlachthof von daher faktisch nachweisbar nicht verändert. Insgesamt hat sich die Stellung des ENERGETICON im euregionalen Markt der In- fo-/Edutainment- Einrichtungen und als Kultur- bzw. Eventlocationanbieter faktisch nachweisbar nicht verändert.

Geschäftsfelder und Geschäftsverlauf

Das Wirtschaftsjahr 2016 war das zweite Vollbetriebsjahr des ENERGETICON. Das Geschäftsfeld Museumspädagogik (Führungsformate, Workshops etc.) als Kernaufgabe des ENERGETICON stand 2016 im Mittelpunkt der Tätigkeiten: Ausformulierung pädagogischer Angebotsmodule (Besucherrallys, neue pädagogische Workshops etc.) und Organisationsformen zu deren Umsetzung sind hier zu nennen. Die gGmbH intensivierte parallel dazu die Vermarktung für fachbezogenen und kulturellen Betrieb im Fördermaschinenhaus und den Panoramaräumen. Hierbei handelte es sich neben Privatvermietungen insbesondere um öffentliche Kulturveranstaltungen und Tagungen. Paketangebote von Vermietung und Ausstellungsbesichtigung fanden zunehmend eine Nachfrage. Insgesamt führte dies zu einer Einnahmesteigerung um rd. 30 % im Vergleich zum Wirtschaftsjahr 2015. Im Bereich Marketing intensivierte die Gesellschaft regionale und euregionale Werbemaßnahmen um den Bekanntheitsgrad der Einrichtung zu erhöhen. Hierbei wurden alle Medien genutzt (Tageszeitungen, Freizeitmagazine, Internetseite, Radio, Fernsehen, Facebook, Kino, Plakate) und Werbepartnerschaften gebildet (z.B. mit dem Science Center Overbach, der Jufa in Jülich oder dem EKOZet in Kerpen). Die hierfür aufgewandten Finanzmittel für Werbung blieben mit rd. 23.000 Euro auf dem Niveau des Vorjahres. Markenbildung und Markteinführung des ENERGETICON sind 2016 einen guten Schritt vorangekommen. Die Vernetzung des ENERGETICON wurde fortgeführt: Der Aufbau eines Netzwerks der Kooperationsschulen wurde 2016 fortgesetzt und in 2016 um 10 Schulen erhöht. Die Zusammenarbeit mit dem Bildungsbüro der StädteRegion Aachen konnte erneut intensiviert werden (Energiespar-Detektive, Haus der kleinen Forscher,



Bildungszugabe, Kultur macht stark). Kooperationen mit starken Partnern fanden auch 2016 eine Fortsetzung. Die Privatisierung der gastronomischen Einrichtung in der Schmiede an einen erfahrenen Gastro-partner (BG Gastronomie GmbH) hat sich bewährt. Das Bistro / Restaurant Eduard entwickelte sich zwischenzeitlich zu einer bekannten Adresse für hochwertige Küche in attraktivem Industrieambiente und wirkt damit auch als Werbeträger für das Energie-Erlebnis-Museum selbst. Die erste Phase des Anlaufbetriebs konnte 2016 abgeschlossen werden. Der Tagesbetrieb läuft zwischenzeitlich im routiniert und professionell. Insgesamt verzeichnet das ENERGETICON dadurch eine sehr hohe Besucherzufriedenheit. Dies belegen immer wieder persönliche Rückmeldungen von Besuchern an Kassen- und Führungspersonal sowie schriftliche Äußerungen auf entsprechenden Fragebogen am Counter.

Investitions- und Finanzierungsbereich

Im Wirtschaftsjahr 2016 fanden keine baulichen Investitionen der Gesellschaft mehr statt. Die Sparkasse Aachen bewilligte bereits 2015 zur Zwischenfinanzierung der EU-geförderten Maßnahme GrEEN einen Euriborkredit in einer Gesamthöhe von einer Million Euro, der 2016, dem Projektprozess folgend, lediglich mit rd. 150.000 Euro abgerufen wurde.

II Lage der Gesellschaft

Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2016 konnten die Erlöse aus den Bereichen Vermietung und Veranstaltungen um 26 TEUR gegenüber dem Vorjahr auf insgesamt 112 TEUR erhöht werden. Im Geschäftsjahr konnten Spenden i.H.v 30 TEUR vereinnahmt werden, was einem Rückgang gegenüber dem Vorjahr von 15 TEUR entspricht. Des Weiteren konnten im Geschäftsjahr die Erlöse aus der steuerfreien Vermögensverwaltung mit rund TEUR 37 gegenüber dem Vorjahr konstant gehalten werden. Im Bereich der Ausstellung konnten 144 TEUR Erlöse aus dem Ausstellungsbetrieb und dem Ausstellungsshop generiert werden, was einer Steigerung von 5 TEUR gegenüber dem Vorjahr entspricht. Die Löhne und Gehälter 2016 betragen TEUR 235 gegenüber TEUR 217 im Vergleichszeitraum 2015. Die absolute Veränderung beträgt damit TEUR 18. Dies ergibt eine Erhöhungsrate von rd. 8 %. Wesentlicher Grund: Ausbau der Museumspädagogik, die sich durch Einnahmen refinanziert. An sozialen Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung fielen im Berichtsjahr 2016 TEUR 58 an. In 2015 belief sich der entsprechende Wert auf TEUR 55. Der Betrag der absoluten Veränderung beläuft sich auf TEUR 3. Dies entspricht einer Erhöhungsrate von rd. 5 %. Insgesamt blieb der Jahresfehlbetrag mit 106 TEUR gegenüber dem Vorjahr nahezu identisch.

Finanzlage

Die nachfolgende Finanzflussrechnung zeigt einen Überblick über die Herkunft und Verwendung der finanziellen Mittel der Gesellschaft:



31.12.2016

T€

Jahresfehlbetrag	-106
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	395
Abnahme Sonderposten	-276
Abnahme der Vorräte	1
Zunahme der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	-7
Abnahme der sonstigen Vermögensgegenstände inkl. RAP/Latente Steuern	9
Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	-5
Abnahme der sonstigen Verbindlichkeiten inkl. RAP/Latente Steuern	-81
Laufende Geschäftstätigkeit	<u>-70</u>
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-194
Investitionstätigkeit	<u>-194</u>
Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	150
Finanzierungstätigkeit	<u>150</u>
Liquide Mittel am Anfang der Periode	242
Zahlungswirksame Veränderungen	<u>-114</u>
Liquide Mittel am Ende der Periode	<u>128</u>

Vermögenslage

Das Vermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr um 317 TEUR auf insgesamt 8.262 TEUR verringert. Im Wesentlichen resultiert der Rückgang des Vermögens aus dem Werteverzehr des Anlagevermögens in Höhe von 200 TEUR und dem Rückgang der flüssigen Mittel in Höhe von 114 TEUR. Korrespondierend hierzu ist der Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen um 276 TEUR rückläufig.

Finanzielle Leistungsindikatoren

Kennzahlen zur Vermögens- und Kapitalstruktur:

Anlagenintensität

Formel: $\text{Anlagevermögen} \times 100 / \text{Gesamtvermögen}$

	Geschäftsjahr TEUR	Vorjahr TEUR
Anlagevermögen	8.109	8.310
Gesamtvermögen	8.262	8.579
Anlageintensität in %	98,1	96,9



Eigenkapitalanteil

Formel: $\text{Eigenkapital} \times 100 / \text{Gesamtkapital}$

	Geschäftsjahr TEUR	Vorjahr TEUR
Eigenkapital	7.944	8.325
Gesamtkapital	8.262	8.579
Eigenkapitalanteil in %	96,2	97,0

Verschuldungsgrad

Formel: $\text{Fremdkapital} \times 100 / \text{Eigenkapital}$

	Geschäftsjahr TEUR	Vorjahr TEUR
Fremdkapital	7.944	8.325
Eigenkapital	8.262	8.579
Verschuldungsgrad in %	96,2	97,0

Das bilanzanalytische Eigenkapital setzt sich wie folgt zusammen:

- Gezeichnetes Kapital
- + Kapitalrücklage
- + Bilanzgewinn
- + Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen

Sonstige wesentliche Ereignisse:

Nach langwierigen Abstimmungen mit dem Projektträger ETN und dem Oberbergamt konnte das Grubenwasserthermieprojekt GrEEN (Grubenwasserenergie für das ENERGETICON) 2016 ingenieurseitig vorbereitet werden. Unerwartete technische Hindernisse erforderten im Herbst 2016 eine Umplanung mit geschätzten Mehrkosten von rd. 200.000 Euro. Die Bauphase verschiebt sich dadurch auf die zweite Jahreshälfte 2017. Die im ursprünglichen Wirtschaftsplan fest eingeplante Einnahme von 56.000 Euro, die die Schulträgerin Stadt Alsdorf für die Anmietung von Räumen des ENERGETICON für Gymnasium und Realschule im Schuljahr 2016/17 zur Lösung vorübergehender Raumdefizite an die gGmbH entrichten sollte, kamen wegen eines großen Wasserschadens am Neubau, nicht zum Tragen.



III. Prognosebericht

1.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenspezifische Entwicklung

Im Zuge der komplizierten öffentlichen Diskussion um die Zukunft der Energiewende ist von einem wachsenden Bedarf der Bevölkerung nach Grundlageninformationen zu diesem Themenkomplex auszugehen. Bei entsprechender didaktischer Aufbereitung und Zielgruppen scharfer Werbung bestehen große Nachfragepotenziale für die Angebote des ENERGETICON. *Die 2016 um rd. 10 % erhöhten Buchungen von Schulklassen und die steigende Zahl von Kooperationsschulen (Ende 2016 28 Kooperationsschulen) bestätigen dies. Es gilt jedoch nach wie vor durch noch aktiveres und noch Zielgruppen orientierteres Marketing die noch nicht aktivierte Besucherpotenziale im Einzugsbereich in tatsächliche, zahlende Nachfrage umzusetzen.

1.2 Wesentliche Geschäftsfelder

a) Ausstellung

Eine noch intensivere Partnerschaft mit Schulen als dauerhaften staatlichen Einrichtungen in den Regelbetrieb der ENERGETICON-Ausstellung (außerschulischer Lernort) ist auch 2017 ff ein Hauptziel. Ebenfalls Zielgruppen orientierte Werbung Richtung Freizeitbesucher (insbesondere Senioren und Familien) werden auch künftig zu wachsenden Besucherzahlen führen. Die Bespielung der Ausstellung mit immer wieder aktualisierten pädagogischen Angeboten erhöht deren Attraktivität für Besucher. Insbesondere die Einführung des digital geführten Besucherparcours seit April 2017 oder der vorbereitete „Kullestempel“ sind hier zu nennen Die neuen Exkursionsangebote (Annapark/Fördergerüst Hauptschacht und Haldenlandschaftspark AnnA) außerhalb des direkten ENERGETICON-Geländes werden ebenfalls in den Folgejahren noch intensiver zu vermarkten sein.

b) Tagungen

Durch noch initiativeres Marketing, insbesondere in Komplettpaketen mit Gastro- und Führungsangeboten, soll das ENERGETICON als Tagungsstätte mit besonderen Rahmenprogrammoptionen für Nachfrager von Hochschulen, Betrieben oder Privatpersonen noch attraktiver gemacht werden.

c) Ausstellungen mit KMU

Ebenfalls die Vermarktung des ENERGETICON als Ausstellungsort für kleine und mittlere Unternehmen (KMU), insbesondere der Energietechnologie, ist nach weiterer Fertigstellung des Außengeländes 2017 ausbaufähig. Im so genannten Dreiecksraum des Kauengebäudes finden seit Eröffnung im Rahmen einer dauerhaften Wechselausstellung Präsentationen von Unternehmen und Institutionen mit Bezug zur Energiewende statt. Die Vermarktung des Fördermaschinenhauses als Location für KMU-Veranstaltungen wird auch 2017 im Geschäftsfeld „Tagen und feiern“ noch stärker beworben.

d) Kunst und Kultur

Als Ort für kulturelle Fremd- und Eigenveranstaltungen im Bereich Theater, Kunstausstellungen, klassische Musik, Jazzmusik oder Cross-Over-Happenings bietet das ENERGETICON beste infrastrukturelle Voraussetzungen. Die Gesellschaft ist 2015 eine Kooperation mit der Kulturgemeinde Alsdorf eingegangen, die 2016 fortgesetzt wurde. Wegen der entstandenen Defizite will aber auch die Kulturgemeinde leider zunächst kein weiteres wirtschaftliches Risiko mehr für



Eigenveranstaltungen im ENERGETICON übernehmen. Es wird 2017 ff daher darum gehen, das Kultursponsoring auszubauen.

e) Privatvermietungen

Das Fördermaschinenhaus und die Panoramaräume werden durch ein noch aktiveres Marketing für Tagungen und Privatveranstaltungen / -feierlichkeiten im Geschäftsbereich „Tagen und Feiern“ in den kommenden Jahren höhere Einnahmen generieren. Hierzu wird auch die seit Februar 2017 aktivierte Partnerschaft mit Meyer Konzerte, Würselen beitragen. Ab September 2017 wird die erste Stufe der Staffelmiete des Restaurant Eduard greifen (rd. 580 Euro monatlich), wenn dann die vereinbarte Festmiete der ersten drei Pachtjahre abläuft.

1.3 Investitions- und Finanzierungsbereich

Die großen Investivmaßnahmen im Bau- und Ausstellungsbereich sind abgeschlossen. Lediglich die Gestaltung der Außenanlagen, insbesondere auch die erkennbare Darstellung der ENERGETICON-Angebote in den umgebenden öffentlichen Raum, bedarf als Marketingaufwand am Standort im Laufe des kommenden Jahres weiterer Investitionen. Gleiches gilt für die Verbesserung der Eingangssituation vor dem Schmiedegebäude. Diese werden, neben Umsetzung über Eigenleistungen, verstärkt durch Einwerbung von Sponsorenmitteln zu finanzieren sein. 2017 werden die 2016 begonnen konkreten Maßnahmen zur Installation regenerativer Großexponate (insbesondere Solarthermie, Windkraft) in den Außenanlagen fortgeführt. Kurz nach Baubeginn im August 2016, traf das Grubenwasserthermieprojekt GrEEN auf völlig unerwartete technische Hindernisse. Die Bewilligung des Antrags auf entsprechend erhöhte Förderung und auf Verlängerung des Durchführungs- / Bewilligungszeitraums wird im Frühjahr 2017 erwartet. Ein Euriborkredit zur Zwischenfinanzierung ist bereits 2015 bewilligt worden. Die Finanzierung von GrEEN ist daher gesichert. In der zweiten Jahreshälfte wird die bauliche Umsetzung des Projektes erfolgen.

1.4 Geschäftsverlauf / Ergebnis

Die positiven Besucherzahlen des ENERGETICON im zweiten Vollbetriebsjahr sind wesentlich auf intensive, effektive Werbemaßnahmen zurückzuführen, die alle Werbemittel umfasste (Printmedien, Plakate, Internetpräsenz, Face Book, TV, Radio). Nicht zuletzt trugen auch nach- frageorientierte pädagogische Angebotspakete für die verschiedenen Zielgruppen zu wachsenden Besucherzahlen bei. Die verschiedenen Netzwerke, die die Gesellschaft insbesondere in die Hochschulen geknüpft hat, beginnen Früchte zu tragen im Bereich des Vermietungsgeschäftes und durch ehrenamtliche fachliche Beratung bei Projektrealisierung, -aktualisierung und -betrieb selber. Bezüglich der Personal- und Betriebskostenentwicklung ist für die zukünftige Entwicklung festzuhalten:

Personalentwicklung

a) Verwaltung / Technik

Die Geschäftsführung ist beauftragt eine finanzierbare personelle Folgelösung für den derzeitigen Geschäftsführer ab 01.09.2018 vorzubereiten. Die vorhandene personelle Ausstattung im Bereich Technik ist für 2017 ff auskömmlich.

b) Museumspädagogik

Die vorhandene personelle Ausstattung des pädagogischen Stammpersonals der Geschäftsstelle ist für 2017 ff auskömmlich. Im Bereich der Honorarkräfte gilt es bei wachsender Zahl von Workshop-Buchungen oder Kindergeburtstagsprogrammen eine weitere Honorarkraft einzustellen.

c) Besucherbegleiter

Die Altersstruktur im Bereich der Steigerführungen macht die kontinuierliche Erneuerung der Gruppe der Honorarkräfte dort erforderlich. Die erwartete Zunahme geführter Gruppenbuchungen wird auch für die Gesamtführung, die Young Energy-Führung und die Exkursionen neues Honorarpersonal erforderlich machen.

d) Kassendienst

Die vorhandene personelle Ausstattung ist für 2017 ff auskömmlich.

e) Reinigungsarbeiten

Die Arbeiten sollen auch künftig durch eigenes Personal im Rahmen von Minijobs erledigt werden. Diese Form hat sich sowohl finanziell als auch inhaltlich bewährt.

f) Ausstellungsüberwachung

Im Laufe des Jahres 2016 wurden im Rahmen der allgemeinen Sparmaßnahmen zwei Minijobs in diesem Aufgabenfeld gestrichen. Die ersten Erfahrungen mit einer solchen Reduzierung der Ausstellungsaufsicht zeigen: Die installierte Videoüberwachung in Verbindung mit der ELA-Anlage vom Counter aus und die regelmäßigen, täglichen Kontrollgängen des technischen Personals, stellen eine ausreichende Aufsicht über die Ausstellung sicher. Die ohnehin geringe Zahl der Beschädigungen durch Besucher hat 2016 nicht zugenommen.

g) Projektsteuerung GrEEn

Das komplizierte, zeitaufwändige NRW-Pilotprojekt GrEEn kann nicht vom Stammpersonal der Gesellschaft als Zusatzleistung gesteuert werden. Die befristete Einstellung eines Projektsteuerers in 2015 für die Projektlaufzeit war daher unumgänglich. Diese Personalkosten sind in der Förderung von GrEEn bis zum Abschluss des Projektes enthalten.

h) Gastronomiebetrieb

Die BG-Gastronomie GmbH (Eduard) dient einerseits der Bewirtung der Ausstellungsbesucher und der Besucher von (Abend-) Veranstaltungen im Kauengebäude oder im Fördermaschinenhaus. Andererseits können im Eduard daneben auch eigenwirtschaftliche Privatveranstaltungen der BG-Gastronomie GmbH stattfinden. Es ist davon auszugehen, dass die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit der gGmbH weiter funktionieren wird. Betriebskosten: Die Gesellschaft erwartet erhebliche Einsparungen bei den Raumkosten (Heizung) durch das Geothermieprojekt GrEEn. In welchem Umfang genau dies gelingt bleibt der Erfahrung der kommenden Jahre vorbehalten. Derzeitige Berechnungen gehen von bis zu 50% aus.

IV. Chancen- und Risikobericht

IV. 1 Gesamtwirtschaftliche und branchenspezifische Chancen und Risiken

Mit seinem Kernthema Energie in all seinen Facetten (Stromwende, Mobilitätswende, Ernährung, energiesparendes Bauen, Klimaanpassung etc.) greift das ENERGETICON ein zentrales Thema des öffentlichen Diskurses auf. Die Themenkreise Energiewende / Energieversorgung / Energiekosten waren auch 2016 zentrale Diskussionsgegenstände, nicht nur in Deutschland. Es ist davon



auszugehen, dass „die Energiefrage“, die Energiewende mit ihren Problemen, noch über Jahre und Jahrzehnte ein zentrales Thema der gesellschaftlichen Debatte bleiben wird. Die hohe Dynamik der Diskussion bietet für die unabhängige Infotainment-Einrichtung ENERGETICON Stoff für vielfältige, immer wieder aktuelle Anknüpfungspunkte mit eigenen und Fremdveranstaltungen oder für Sonderausstellungen.

IV.2 Projektbezogene Chancen und Risiken

Das ENERGETICON verfügt über beste infrastrukturelle Voraussetzungen ein regionaler Kristallisationsort, ein regionales Forum, für diese Debatte zu sein. Bei verschiedenen Veranstaltungen der StädteRegion, der Verbraucherzentrale oder der Hochschulen war dies auch 2016 der Fall. Die hohe Dynamik der Energiediskussion birgt zugleich die Gefahr, schnell mit veralteten Aussagen an die Öffentlichkeit zu treten. Die Zweckbindungsdauer der Fördermittel für die Dauerausstellung ist einzuhalten. Das Betriebskonzept des ENERGETICON löst dieses Problem: Es begegnet der Gefahr der Zweckentfremdung von Fördermitteln dadurch, dass sich einerseits seine Kernaussstellung im Wesentlichen mit grundlegenden Fragen, und damit langfristig zutreffenden Antworten, historischer und künftiger Energieversorgung befasst, also über Jahre statisch sein kann, und dass es andererseits durch temporäre Veranstaltungen und Sonderausstellungen Aktuelles aufgreift. Zur Minimierung von finanziellen Risiken sind –soweit im Einzelfall erforderlich– zudem mehrere externe Kontrollinstanzen in den Betrieb und seine finanzielle Ausgestaltung integriert: Das städtische Rechnungsprüfungsamt, das städtische Rechtsamt und die städtische Bauverwaltung, die Vorortkontrollen der Bezirksregierung, gegebenenfalls des Rechnungsprüfungsamtes der Bezirksregierung, die vierteljährliche „Watchlist“ für den LVR, und die Vorortkontrollen der LVR-Rechnungsprüfer begleiten den Betrieb der Einrichtung. Insbesondere durch die im Dezember 2016 vom Stiftungskuratorium beschlossene Auflösung der Stiftung Bergbaumuseum Grube Anna, ist die wirtschaftliche Situation der Gesellschaft bis 2010 sichergestellt. Nach Ablauf des Sperrjahres Ende 2017 erfolgt der Transfer von rd. 450.000 Euro aus dem Stiftungsvermögen von der Treuhänderin Stadt Alsdorf an die ENERGETICON gGmbH.

IV.3 Geschäftsverlauf / Ergebnis

Im Bereich der Umsätze muss weiterhin durch den konsequenten Ausbau des Vermietungs- und Veranstaltungsgeschäftes und durch Sparmaßnahmen eine Verminderung der Defizite erreicht werden. Den positiven Entwicklung der Einnahmeseite des ENERGETICON stehen erhöhte Aufwendungen gegenüber. Um das Bilanzdefizit 2017 ff zu reduzieren geht es darum, die vorgenannten Maßnahmen, insbesondere im Bereich eines initiativeren Marketing umzusetzen. Die Geschäftsführung geht davon aus, dass die kritische Finanzsituation, insbesondere bezüglich des Eigenkapitalverzehr, unter Beibehaltung der Betriebskostenzuschüsse von LVR, Stadt und StädteRegion, durch konsequentes Verbessern der Angebote des Energie-Erlebnis-Museums und damit einhergehender Erhöhung der eigenwirtschaftlichen Erlöse, sowie durch Umsetzung der dargestellten weiteren Sparmaßnahmen im Bereich der Betriebskosten, dauerhaft bewältigt werden kann. Es geht weiterhin darum, sämtliche Einnahmemöglichkeiten und sämtlich Einsparmöglichkeiten konsequent zu nutzen. Hierfür hat die Geschäftsführung 2016 eine detaillierte Analyse von Spar-, Einnahmen- und Sponsoringpotenzialen mit vier Entwicklungsmodellen erstellt.



Die darin enthalten Sparmaßnahmen wurden 2016 bereits umgesetzt. Dies gilt in gleicher Weise für Bemühungen zum Erhalt der Eigenkapitalquote. Der Kapitalzufluss aus der ehemaligen Stiftung Bergbaumuseum Grube Anna II wird mittelfristig die Liquiditätsprobleme der Gesellschaft lösen. Diesen Zeitraum wird die Geschäftsführung zur Entwicklung eines wirtschaftlich tragfähigen Betriebsmodells nutzen.

Alsdorf, im Mai 2017

gez. Richter – Geschäftsführer

Innovationsregion Rheinisches Revier GmbH

Gegenstand der Gesellschaft

Gegenstand der Gesellschaft sind die Förderung und die Gestaltung der Strukturentwicklung im Rheinischen Revier. Die Gesellschaft entwickelt Leitbilder, Innovationsstrategien und Handlungskonzepte, um den Strukturwandel im durch die Braunkohle geprägten Rheinischen Revier zu unterstützen. Sie unterstützt der Strukturentwicklung dienende Projekte mit wirtschaftsfördernder, ökologischer sowie bildungspolitischer Ausrichtung oder führt sie in eigener Regie durch und betreibt die Akquise der dazu erforderlichen Finanzmittel.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Sie werden von den Gesellschaftern bestellt und abberufen.

Aufsichtsrat:

Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat, der aus 19 Mitgliedern besteht. Die Sitzverteilung richtet sich nach § 12 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrags. Den Vorsitz im Aufsichtsrat führt die Vertretung des Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk des Landes Nordrhein-Westfalen. Jede Einrichtung benennt das Mitglied im Aufsichtsrat, das den von ihr gehaltenen Sitz innehat, soweit der Gesellschaftsvertrag keine Regelung enthält. Jedes Aufsichtsratsmitglied kann sein Stimmrecht mit schriftlicher Vollmacht auf ein anderes Aufsichtsratsmitglied übertragen. Jedoch kann kein Aufsichtsratsmitglied mehr als fünf zusätzliche Stimmen auf sich vereinen. Der Aufsichtsrat kann beschließen, wissenschaftliche und landwirtschaftliche Sachverständige hinzuzuziehen.

Gesellschaftervertreter:

Die Vertreter der StädteRegion Aachen werden vom Städtereionstag bestellt.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Boris Linden Heinz Weifels	komm. bis 25.11.2016 ab 25.11.2016
Vertreter der StädteRegion im Aufsichtsrat:	Helmut Etschenberg	Städtereionsrat
Stellvertreter:	Axel Hartmann	Allgemeiner Vertreter
	Alexander Lenders (Stimmführer)	Städtereionstagsmitglied
Stellvertreter:	Lars Lübben (stv. Stimmführer)	Städtereionstagsmitglied

Stellvertreter: Martin Peters Städteregionstagsmitglied
Jürgen Neesen Städteregionstagsmitglied

Vertreter der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung:

Helmut Etschenberg Städteregionsrat

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Sitz: 52428 Jülich

gezeichnetes Kapital: 25.000,00 €

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
Rhein-Kreis Erft	2.500	10,00
Rhein-Kreis Neuss	2.500	10,00
Kreis Heinsberg	2.000	8,00
Kreis Düren	2.000	8,00
Kreis Euskirchen	2.000	8,00
StädteRegion Aachen	2.000	8,00
Zweckverband Region Aachen	2.000	8,00
IHK Köln	1.750	7,00
Vermögensverwaltungs- und Treuhandgesellschaft der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie mbH	1.000	4,00
IHK Mittlerer Niederrhein	1.000	4,00
HWK Aachen	1.500	6,00
HWK Düsseldorf	1.500	6,00
HWK Köln	1.500	6,00
IHK Aachen	<u>1.750</u>	<u>7,00</u>
	25.000	100,00

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2014	2015	2016
	- in € -	- in € -	- in € -
A. Anlagevermögen	0	781	2.577
I. Sachanlagen	0	781	2.577
B. Umlaufvermögen	768.561	393.012	1.633.780
I. Forderungen / sonst. VG	672.280	207.516	1.457.745
II. Kassenbestand, Guthaben	96.281	185.496	176.034
Bilanzsumme Aktiva	768.561	393.793	1.637.596

	2014	2015	2016
	- in € -	- in € -	- in € -
A. Eigenkapital	45.000	61.885	71.757
I. Gezeichnetes Kapital	25.000	25.000	25.000
II. Gewinnvortrag	0	20.000	36.885
III. Jahresüberschuss	20.000	16.885	9.872
B. Rückstellungen	2.380	9.032	47.768
C. Verbindlichkeiten	721.181	252.877	1.509.321
D. Rechnungsabgrenzung	0	70.000	8.750
Bilanzsumme Passiva	768.561	393.793	1.637.596

	2014	2015	2016
	- in € -	- in € -	- in € -
Gewinn- und Verlustrechnung:			
Umsatzerlöse	70.000	70.000	70.000
Gesellschafterzuwendungen	77.792	60.033	103.567
Sonst. betriebl. Erträge		614.781	538.095
Materialaufwand		277.787	121.992
Personalaufwand		300.694	351.413
Sonst. betriebl. Aufwendungen		89.156	99.149
Ergebnis nach Steuern		16.885	9.872
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	20.000	16.885	9.872

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2014	2015	2016
Durchschnittliche Arbeitnehmer	4	5	8

Indikatoren zur Vermögens- Finanz- und Ertragslage	2014	2015	2016
	in %	in %	in %
Eigenkapitalquote	5,9	15,72	4,38
Fremdkapitalquote	94,1	84,28	95,62
Liquidität 2. Grades	106,2	118,41	106,04

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Die StädteRegion Aachen hat im Haushaltsjahr 2016 einen Zuschuss in Höhe von 12.986 € an die IRR GmbH geleistet.

Angaben des Lageberichts zur öffentlichen Zwecksetzung

Aufgaben der Wirtschaftsförderung zählen zu den nichtwirtschaftlichen Betätigungen der Gemeinde, die in § 107 Abs. 2 Nr. 3 GO NRW aufgeführt sind.

Die IRR Innovationsregion Rheinisches Revier GmbH hat ihren Geschäftsbetrieb am 01.04.2014 aufgenommen. Gegenstand des Unternehmens ist die Entwicklung von Leitbildern, Innovationsstrategien und Handlungskonzepten, um den Strukturwandel im durch die Braunkohle geprägten Rheinischen Revier zu unterstützen. Die Gesellschafter haben ihre Stammeinlage in voller Höhe eingezahlt. Das Stammkapital beträgt zum 31.12.2016: 25.000,00 €.

Der Zweck der Gesellschaft ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet. Die Aufgabenerfüllung der IRR GmbH wird im Wege der Durchführung öffentlich geförderter Innovationsprojekte finanziert.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

1. Geschäftsverlauf, Lage der Gesellschaft und zukünftige Chancen und Risiken

Die IRR Innovationsregion Rheinisches Revier GmbH hat ihren Geschäftsbetrieb am 01.04.2014 aufgenommen. Gegenstand des Unternehmens ist die Entwicklung von Leitbildern, Innovationsstrategien und Handlungskonzepten, um den Strukturwandel im durch die Braunkohle geprägten Rheinischen Revier zu unterstützen. Die Gesellschafter haben ihre Stammeinlage in voller Höhe eingezahlt. Das Stammkapital beträgt zum 31.12.2016 25.000,00 €. Der Zweck der Gesellschaft ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet. Die Aufgabenerfüllung der IRR GmbH wird im Wege der Durchführung öffentlich geförderter durchgeführt. Die in diesem Projekt anfallenden Kosten werden – soweit sie förderfähig sind – zu 80% durch das Ministerium für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk des Landes NRW (MWEIMH) sowie den europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) getragen. Die übrigen 20% werden aus Zuschüssen der Gesellschafter bestritten. Zusätzlich zum Projekt „Präventive Transformation“ organisiert die IRR GmbH mit einer Laufzeit bis Dezember 2018/Januar 2019 das Projekt „Ressourceneffiziente Stadt- und Industrieregion – Kreislaufwirtschaft Bauen“. 80 % der Kosten trägt das Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes NRW (MKULNV) sowie der europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE). Die übrigen 20% tragen 7 der 14 Gesellschafter. Für die nicht-förderfähigen oder nicht-erstattungsfähigen Kosten gilt eine Regelung im Gesellschaftsvertrag, wonach die Gesellschafter diese Ausgaben bis zu max. 25.000 Euro decken. Somit sind die durch die IRR GmbH durchgeführten Projekte grundsätzlich vollumfänglich refinanziert. Dem Gesellschaftsvertrag entsprechend werden die Projekte in der internen

Rechnungslegung, innerhalb der Wirtschaftspläne und im Jahresabschluss jeweils getrennt bzw. in getrennt auszuweisenden Teilbudgets dargestellt. Im Geschäftsjahr 2016 erhielt die Gesellschaft eine Spende in Höhe von 70.000,00 € von der RWE Power AG. Die 2016 erfolgswirksam verbuchten Landes- und Gesellschafterzuwendungen belaufen sich auf 537.836,43 €. Insgesamt ergab sich für das Jahr 2015 ein Jahresüberschuss in Höhe von 16.884,60 €, der auf neue Rechnung vorgetragen wurde. In Ermangelung von weiteren erzielbaren externen Gewinnen bleibt die Kapitaldecke für den Fall von eventuell auftretenden strukturellen Schwierigkeiten, überraschenden Aufwendungen etc. jedoch dünn.

2. Prognosebericht

Im Rahmen eines Aufrufs des MBWSV NRW hat sich die IRR GmbH um die Ausrichtung einer der beiden ausgeschriebenen REGIONALEN (Präsentationsjahre 2022 oder 2025) beworben.

Ein Zuschlag wurde nicht erteilt. werden.

Neue Finanzierungsquellen könnten über Aktivitäten der Bundesebene erschlossen werden. So hat der Bund mit dem Haushaltsplan 2016 beschlossen, Mittel aus dem Energie- und Klimafonds (EKF) in Höhe von jährlich 4 Mio. Euro zur Bewältigung des Strukturwandels in den vier deutschen Braunkohleregionen (Lausitzer Revier, Rheinisches Revier, Mitteldeutsches Revier und Helmstedter Revier) bereitzustellen. Die Mittel werden im Rahmen eines neuen Bundesprogramms für mindestens 10 Jahre für eine präventive Regionalpolitik in den Revieren eingesetzt. Die Förderrichtlinie für das Programm soll laut Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) noch im Laufe des Jahres 2017 veröffentlicht werden. Zudem hat das Bundeskabinett mit dem „Klimaschutzplan 2050“ die Einrichtung einer Kommission "Wachstum, Strukturwandel und Regionalentwicklung" beim BMWi beschlossen. Die Kommission soll einen Instrumentenmix entwickeln, um den Regionen und Branchen zu helfen, die vom Strukturwandel besonders betroffen sind. Anfang 2018 wird die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Regionalentwicklung“ ihre Arbeit aufnehmen. Das BMWi wird nach eigenem Bekunden jeweils einen Ansprechpartner je Revier anstreben. Für das Rheinische Revier soll dies die IRR werden.

3. Risikobericht

Entsprechend der beiden vorliegenden Zuwendungsbescheide des Landes NRW erhält die IRR GmbH bis Ende 2018 öffentliche Mittel mit einer Förderquote von 80%. Die Förderung beinhaltet eine Gemeinkostenpauschale auf die Personalausgaben, mit der nicht unmittelbar abzurechnende Ausgaben finanziert werden können. Der Förderantrag und die Bereitstellung des Eigenanteils sind von den Gesellschaftern beschlossen worden. Die Gesellschaft ist gehalten die Finanzierung über 2018 hinaus zu klären. Die IRR GmbH ist auf unbestimmte Zeit gegründet und braucht für eine dauerhafte Verstetigung ein entsprechendes Finanzierungsmodell um die Aufgaben dem Gesellschaftszweck entsprechend erfüllen zu können und Planungssicherheit zu erhalten. Eine Weiterfinanzierung über die Förderung kann hingegen nicht als „dauerhafte“ angesehen werden. Der Zweck der Gesellschaft ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet. Vielmehr sollen Projekte finanziert werden, deren Kosten zu einem Großteil öffentlich gefördert werden. Öffentliche Förderung erfolgt jedoch (fast) immer nach dem Ausgabenerstattungsprinzip. Das heißt, dass die Gesellschaft alle entstehenden Kosten zunächst vorfinanzieren muss, um anschließend eine Förderung der

entstandenen Kosten zu beantragen. Kommt es zu Verzögerungen beim Abruf dieser Fördermittel, können der Gesellschaft zwischenzeitlich Liquiditätsprobleme entstehen. Auch für die Zukunft sind solche Liquiditätsengpässe aufgrund der oben beschriebenen dünnen Kapitaldecke der Gesellschaft grundsätzlich nicht auszuschließen. Der Zweck der Gesellschaft ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet. Vielmehr sollen

Jülich, den 19. Juni 2017

Heinz Weifels, Geschäftsführer



Wohnungswirtschaft

Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft für die StädteRegion Aachen GmbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziele

- Zweck der Gesellschaft ist vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung (gemeinnütziger Zweck).
- Die Gesellschaft errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Sie kann außerdem alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus, der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen. Die Gesellschaft ist berechtigt, Zweigniederlassungen zu errichten, andere Unternehmen zu erwerben, zu gründen oder sich an solchen zu beteiligen.
- Die Gesellschaft darf auch sonstige Geschäfte betreiben, sofern diese dem Gesellschaftszweck (mittelbar oder unmittelbar) dienlich sind.
- Die Gesellschaft führt ihre Geschäfte nach den Grundsätzen der Wohnungsgemeinnützigkeit.
- Die Preisbildung für die Überlassung von Mietwohnungen und die Veräußerung von Wohnungsbauten soll angemessen sein, d.h. eine Kostendeckung einschließlich angemessener Verzinsung des Eigenkapitals sowie die Bildung ausreichender Rücklagen unter Berücksichtigung einer Gesamtrentabilität des Unternehmens ermöglichen.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft hat je nach der Bestimmung des Aufsichtsrates einen oder mehrere Geschäftsführer. Die Geschäftsführer werden vom Aufsichtsrat auf die Dauer von 5 Jahren bestellt. Wiederholte Bestellung ist zulässig. Die Bestellung kann vorzeitig nur aus wichtigem Grund von der Gesellschafterversammlung widerrufen werden.

Aufsichtsrat:

Der Aufsichtsrat besteht aus 12 Mitgliedern. Ihm gehören an:

- a) der Städteregionsrat der StädteRegion Aachen,
- b) der vom Städteregionsrat der StädteRegion Aachen für wohnungsbaurelevante Angelegenheiten benannte Dezernent,
- c) aufgrund eines Beschlusses des Städteregionstages der StädteRegion Aachen fünf Städteregionstagsmitglieder,

- d) vier von der Gesellschafterversammlung zu wählende Mitglieder aus dem Kreis der Wahlbeamten der Gesellschaftergemeinden sowie ein von der Gesellschafterversammlung zu wählendes Mitglied des Vorstandes der Sparkasse Aachen.

Gesellschaftervertreter:

Der Vertreter der StädteRegion Aachen wird vom Städteregionstag bestellt.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Prof. Dr. Axel Thomas

Vertreter der StädteRegion im Aufsichtsrat:

Vorsitzender	Helmut Etschenberg	Städteregionsrat
	Heiner Berlipp	Städteregionstagsmitglied
	Ronald Borning	Städteregionstagsmitglied
	Franz Körlings	Städteregionstagsmitglied
	Richard Okon	Städteregionstagsmitglied
	Christoph Simon	sachkundiger Bürger
	Uwe Zink	Dezernent StädteRegion

Vertreter der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung:

	Franz Körlings	Städteregionstagsmitglied
Stellvertreter:	Christoph Simon	Sachkundiger Bürger

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Sitz: 52146 Würselen

gezeichnetes Kapital: 1.000.000,00 Euro

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
StädteRegion Aachen	781.750	78,17
Regionsangehörige Städte / Gemeinden	148.150	14,83
Sonstige	<u>70.100</u>	<u>7,00</u>
	1.000.000	100,00

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

	2014	2015	2016
	- in € -	- in € -	- in € -
Bilanz:			
A. Anlagevermögen	30.086.706	30.476.415	30.932.434
I. Imm. Vermögensgegenst.	7.016	4.675	2.334
II. Sachanlagen	28.607.797	29.015.464	29.490.619
III. Finanzanlagen	1.471.894	1.456.276	1.439.481
B. Umlaufvermögen	3.851.953	3.336.948	4.249.245
I. Zum Verkauf best. Grundst.	1.251.938	1.141.002	1.092.992
II. Forderungen / sonst. VG	59.008	43.114	111.212
III. Kassenbestand, Guthaben	2.541.007	3.336.948	3.045.041
C. Rechnungsabgrenzungsposten	6.967	6.368	5.993
Bilanzsumme Aktiva	33.945.626	35.003.847	35.187.672
A. Eigenkapital	10.926.162	11.326.898	11.107.833
I. Gezeichnetes Kapital	1.000.000	1.000.000	1.000.000
II. Gewinnrücklagen	9.926.000	10.326.000	10.707.000
III. Bilanzgewinn	162	898	833
B. Rückstellungen	127.400	107.700	112.000
C. Verbindlichkeiten	22.892.064	23.659.250	23.367.824
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	15
Bilanzsumme Passiva	33.945.626	35.003.847	35.187.672
Gewinn- und Verlustrechnung:			
	2014	2015	2016
	- in € -	- in € -	- in € -
Umsatzerlöse	-	4.637.933	4.689.707*
Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen	-	3.155.685	3.191.277
- Instandhaltungskosten	-	521.660	548.567
Personalaufwand	-	781.872	792.749
Abschreibungen auf Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-	988.961	1.032.431
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-	739.133	721.850
Ergebnis nach Steuern	-	535.816	534.630
Jahresüberschuss	-	400.736	380.935

*Der Jahresabschluss 2016 wurde nach den Vorgaben von BilRUG erstellt. Daher ist der Vergleich zu den Vorjahren nur eingeschränkt möglich.

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2014	2015	2016
Vollbeschäftigte	10	9	8
Teilzeitbeschäftigte	17	19	21
Auszubildende	2	2	2
Finanzielle Leistungsindikatoren:	2014	2015	2016
Eigenkapitalquote	32,2%	32,4	33,3
Langfristige Fremdkapitalquote	61,5	61,8	62,9
Eigenkapitalrentabilität	3,7%	3,5	3,8
Fluktuationsrate	10,3%	13,3	10,4
Leerstandsquote	0,4%	0,3	0,1
Erlösschmälerungen Sollmieten	1,7%	1,6	2,4
Bestandsentwicklung:	2014	2015	2016
	Anzahl/ m²	Anzahl/ m²	Anzahl/ m²
Wohnungen	758	758	770
Gewerbeeinheiten	24	24	14
Garagen / Stellplätze	434	444	450
Wohn- u. Nutzfläche – in m ²	51.449	51.584	52.332

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

An der Gewinnausschüttung bzw. an einer Verlustabdeckung der Gesellschaft ist die StädteRegion Aachen entsprechend ihrem quotalen Anteil am Stammkapital beteiligt. Im Jahr 2016 erfolgte weder eine Gewinnausschüttung noch eine Defizitabdeckung.

Die GWG führt im Rahmen einer Geschäftsbesorgung die Gehaltsbuchhaltung für den AVV Zweckverband durch.

Wesentliche Leistungsbeziehungen zu weiteren Beteiligungsgesellschaften der StädteRegion Aachen bestehen nicht.

Angaben des Lageberichtes zur öffentlichen Zwecksetzung

Die Firmierung weist der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft für die StädteRegion Aachen einen öffentlichen Zweck zu. Er besteht in der Versorgung breiter Schichten der Bevölkerung in der StädteRegion Aachen mit attraktivem und gleichzeitig bezahlbarem Wohnraum. Dies ist eine

anspruchsvolle Daueraufgabe, bei der technische, ökologische, volks- und betriebswirtschaftliche Aspekte miteinander in Einklang zu bringen sind. Insbesondere zeigt sich die Herausforderung dabei, Bestände wirtschaftlich im Hinblick auf Wohnqualität und technische Ausstattung auf das heutige Niveau zu bringen. Die GWG ist ein wesentliches Element der Wohnungspolitik der StädteRegion Aachen und der beteiligten Kommunen.

Lagebericht der Gesellschaft

Überblick über die gesamtwirtschaftliche Lage

Die deutsche Wirtschaft hat 2016 viele Prognosen übertroffen. Das Bruttoinlandsprodukt stieg im vergangenen Jahr um 1,9 % – auch oder gerade wegen des Ausgabeverhaltens des Staates. Das deutsche Wirtschaftswachstum im Jahr 2016 kann als robust bezeichnet werden; es liegt geringfügig über der Steigerung des Jahres 2015.

2016 ist die Binnenkonjunktur eine tragende Säule des Wirtschaftswachstums geblieben. Allerdings verliert die Binnenkonjunktur in naher Zukunft wahrscheinlich an Schwung bzw. Tempo. Die früheren, den Konsum unterstützenden Spareffekte von Ölpreiserückgängen laufen derzeit aus. Die Verbraucherpreise beginnen wieder stärker zu steigen. Damit werden reale Einkommenszuwächse der privaten Haushalte insgesamt abgebremst.

Die staatlichen Mehrausgaben für Flüchtlinge dürften in den kommenden Jahren leicht sinken, was mit dazu beitragen könnte, dass der fiskalische Expansionsgrad sukzessive abnimmt. Die Binnenwirtschaft wird auch deswegen möglicherweise an Schwung einbüßen.

Im Jahr 2016 hat sich die Binnennachfrage jedenfalls als Hauptstütze der Konjunktur erwiesen. Sie profitierte von der günstigen Arbeitsmarktlage und den steigenden Einkommen der privaten Haushalte.

Die Chancen und Risiken für das erwartete Wirtschaftswachstum erscheinen insgesamt ausgeglichen. Neben der Binnennachfrage wird das Wirtschaftswachstum auch vom Export getragen. Ob der Export im Jahr 2017 an Stärke gewinnen wird, ist derzeit nur unsicher zu beurteilen. Folgende drei Bedrohungen könnten die Exportchancen dämpfen:

1. die Auswirkungen des angekündigten Austritts des Vereinigten Königreiches aus der Europäischen Union (Brexit);
2. die Verschiebung der Nachfrage in China bzw. das vergleichsweise geringe Wirtschaftswachstum in China sowie
3. die möglicherweise protektionistische Wirtschaftspolitik der Vereinigten Staaten.

Regierungen, internationale Organisationen und Wirtschaftsforschungsinstitute versuchen regelmäßig, die konjunkturelle Entwicklung anhand verschiedener Annahmen möglichst genau vorherzusagen. Die meisten Prognosen dieser Organisationseinheiten sagen ein Wirtschaftswachstum in der Bandbreite zwischen 1,2 % und 1,6 % für das Jahr 2017 voraus. Angesichts der erhöhten Unwägbarkeiten hinsichtlich der internationalen Handelsperspektiven und – intensitäten darf es nicht verwundern, dass die exportorientierten Unternehmen in Bezug auf Unternehmensinvestitionen eine abwartende Haltung einnehmen.

Im Gegensatz zu den Unternehmensinvestitionen (die auch den Gewerbebau umfassen) weiteten sich die Wohnungsbauinvestitionen im Jahr 2016 deutlich aus und übertrafen die Erwartungen. Zur expansiven Grundtendenz beim Wohnungsbau tragen vor allem die günstigen Einkommensverhältnisse der privaten Haushalte sowie die niedrigen Finanzierungskosten bei. Für erhöhte Dynamik bei den Wohnungsbau-Investitionen könnte auch der Wohnungsbedarf auf Grund der Flüchtlingszuwanderung sorgen. Zunächst schätzen die Bauunternehmen ihre Geschäftslage als gut ein. Insgesamt dürfte der Wohnungsbau auch im Jahr 2017 die Konjunktur unterstützen. Impulse kommen auch noch von der nach wie vor kräftigen arbeitsmarktorientierten Zuwanderung.

Die staatlichen Investitionen dürften in 2017 stärker als das Bruttoinlandsprodukt wachsen. So plant der Bund höhere Ausgaben für die Infrastruktur und auch die Investitionsförderung des Bundes für finanzschwache Kommunen wird wahrscheinlich zunehmen. Vor allem aber dürfte die relativ gute Haushaltssituation in vielen Ländern und Gemeinden (u. a. wegen stärkerer Entlastungen durch den Bund) nicht zuletzt im Wahljahr 2017 für vermehrte Investitionen genutzt werden.

Der Staatsverbrauch legte im abgelaufenen Geschäftsjahr 2016 besonders stark zu. Dies hängt mit zusätzlichen Sachleistungen und Personalkosten im Zuge der Flüchtlingsmigration zusammen.

Die registrierte Arbeitslosigkeit ging entgegen vielen ursprünglichen Annahmen weiter zurück. In 2017 und den Folgejahren dürften demografische und andere strukturelle Faktoren das Arbeitsangebot mindestens sektoral (weiter) verknappen. Die Anzahl der einheimischen Personen im erwerbsfähigen Alter geht bereits seit mehreren Jahren zurück – wie die Bundesbank berichtet. Dieser Prozess wird sich zukünftig noch verstärken. Bei einer anhaltenden Arbeitsnachfrage kann den dadurch bedingten Knappheiten prinzipiell durch erwerbsorientierte Zuwanderung sowie durch eine höhere Erwerbsbeteiligung Einheimischer entgegengewirkt werden. Die erwerbsorientierte Zuwanderung ist bereits auf einem hohen Niveau und speist sich in den letzten Jahren überwiegend aus Personen aus anderen EU-Mitgliedsstaaten. Die Bundesbank erwartet, dass im Jahr 2017 die Erwerbsbeteiligung vor allem aus zwei Gründen ansteigen wird (z. B. wegen des Auslaufens der Einmaleffekte im Zusammenhang mit der abschlagsfreien Rente mit 63 für langjährig Versicherte). In den Folgejahren dürfte, so die Projektion der Deutschen Bundesbank, zum Tragen kommen, dass die Reserven in der einheimischen Bevölkerung schon in den vergangenen Jahrzehnten in erheblichem Maße aktiviert wurden. Insbesondere die Frauenerwerbsquote ist im internationalen Vergleich bereits recht hoch. Die öffentlichen Finanzen profitierten von der günstigen Konjunktorentwicklung und den sinkenden Zinsausgaben. Diesen positiven Einflüssen steht eine expansive fiskalische Ausrichtung gegenüber.

Die Chancen und Risiken für das Wirtschaftswachstum erscheinen in der Gesamtschau weitgehend ausgeglichen. Mit Blick auf das schwieriger werdende außenwirtschaftliche Umfeld überwiegen allerdings die Abwärtsrisiken. Zudem besteht eine gewisse Gefahr, dass sich das Wachstum in China im Falle von Störungen im Finanzsystem oder eine Abwärtskorrektur auf dem Immobilienmarkt stärker verlangsamt. Außerdem besteht ein außenwirtschaftliches Risiko in einer möglichen Neuausrichtung der US-amerikanischen Wirtschaftspolitik.

Regionalwirtschaftliche Entwicklung

Die Auswertung der jüngsten Konjunkturumfrage, die die Industrie- und Handelskammer (IHK) Aachen vorstellte, kann wie folgt zusammengefasst werden. Die Wirtschaft in der Region bleibt auf

Wachstumskurs und startet überwiegend zuversichtlich in das neue Jahr. Die Lage der Betriebe ist seit mehr als 2 Jahren auf einem gleichbleibend hohen Niveau – berichtet die IHK-Geschäftsführung.

Ein Rückgang ist in den vergangenen Monaten lt. IHK beim Exportgeschäft zu verzeichnen: Die Nachfrage aus dem Ausland konnte nicht mit der Konjunktur im Inland mithalten.

Auch oder gerade in der hiesigen Region herrscht in der Baubranche eine ausgezeichnete Stimmung. Die Hälfte aller befragten Baubetriebe berichtet von guten Geschäften. Kein einziges Unternehmen dieser Branche ist unzufrieden.

Situation am regionalen Arbeitsmarkt

Der größte von den vor Ort befragten Unternehmen im Rahmen der vorgenannten Umfrage angegebene Risikofaktor besteht im Fachkräftemangel. Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die Arbeitslosenquote der hiesigen Region.

	12/2016	12/2015
Deutschland	5,8 %	6,1 %
NRW	7,4 %	7,7%
StädteRegion Aachen	7,6 %	8,1 %

In den angrenzenden Kreisen, die näher an der prosperierenden Rheinschiene liegen, ist die Arbeitslosigkeit niedriger (Düren: 6,9 %, Heinsberg: 5,7 %) als in der StädteRegion.

	12/2016	12/2015
Aachen	8,2 %	8,9 %
Stolberg	8,8 %	9,5 %
Eschweiler	8,1 %	9,3 %
Alsdorf	6,9 %	7,2 %
Monschau	3,2 %	2,9 %

(Quelle: Agentur für Arbeit Aachen-Düren)

Geschäftsverlauf

GWG-bezogene Wohnungsmarkt-Aussagen:

Steigende Baupreise und niedrige Zinsen führen bei der GWG nicht dazu, dass bei den Immobilienfinanzierungen weniger Eigenkapital je Projekt eingebracht wird. Dem Risiko einer steigenden finanziellen Zinsbelastung bei einer Anschlussfinanzierung wird durch zahlreiche Maßnahmen vorgebeugt. Die GWG legt großen Wert auf nachhaltige Finanzstabilität und unterlegt die Investitionen, die sie im Jahr 2016 und in den Folgejahren vornimmt, mindestens mit 30 % Liquidität aus eigenen Mitteln und ist auf langfristige Zinssicherungen jenseits der 10 Jahresgrenze ausgerichtet.

Der hiesige Wohnungsmarkt befindet sich zweifellos in einer dynamischen Phase, die neben der allgemeinen Sympathie für Betongeld auch von der „Euphorie“ um das Ende des RWTH-

Campus-Projekts unterstützt wird. Die GWG ist im Jahr 2016 mit dieser Situation verantwortungsvoll umgegangen und orientiert ihr Handeln an dem Maßstab der Finanzstabilität und des nachhaltigen finanziellen Erfolges.

Unser operativer Fokus liegt auf der Bewirtschaftung und Entwicklung unseres Wohnungsbestandes. Mit unseren seniorengerechten Neubauvorhaben sind wir in einem wachsenden Markt aktiv, der durch die demografische Entwicklung unterstützt wird. Mit wertsteigernden Neubauten verbessern und verjüngen wir unser Wohn- und Spezialimmobilien-Portfolio. Dabei konzentrieren wir uns auf klassische Wohnimmobilien. Im öffentlich geförderten Wohnungsbau werden wir schwerpunktmäßig Projekte entwickeln.

Wirtschaftliche Lage

a) Erhaltung / Modernisierung

Im Rahmen der Bestandsbewirtschaftung bildet die bedarfsorientierte und marktgerechte Entwicklung des Wohnungsbestandes und der Wohnquartiere weiterhin den Schwerpunkt der Aktivitäten unseres Hauses. Zur Sicherung der Vermietbarkeit des Bestandes wurden im Geschäftsjahr 2016 insgesamt für Instandhaltungsmaßnahmen T€ 549 (Vorjahr: T€ 522) ausgegeben.

b) Ertragslage

Die Umsatzerlöse im Geschäftsjahr 2016 sind gegenüber dem Vorjahr um T€ 52 gestiegen und liegen damit über Vorjahresniveau. Allerdings sind darin enthalten 33 T€, die auf die Umgliederung von Positionen aus den sonstigen betrieblichen Erträgen im Rahmen des BiLRUG zurückgehen. Die laufenden Instandhaltungskosten betragen im Geschäftsjahr 2016 wie dargestellt T€ 549, zusammen mit den aktivierungsfähigen Sanierungsmaßnahmen (in der Größenordnung von ca. T€ 212) wurde insgesamt eine Summe von T€ 761 in den Werterhalt unserer Gebäude verausgabt. Die Summe der diesbezüglichen Ausgaben pro m² Wohnfläche und Jahr beträgt mithin: 16,80 €. Unter Einbeziehung der Personal- und zugehörigen Sachkosten unserer Regiehandwerker ergibt sich ein Wert von 19,00 €/m²/Jahr für die Substanzverbesserung. Im Personalvergütungsbereich haben wir auch in 2016 die variable, leistungsorientierte Vergütungskomponente im Bereich der Tarifangestellten zum Einsatz gebracht. Der Personalaufwand ist gegenüber dem Vorjahr um 11 T€ gestiegen. Dies entspricht einer Steigerung von 1,4 %. Das Jahresergebnis 2016 schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von T€ 381.

c) Vergleich der GuV mit Wirtschaftsplan und Erläuterung der wesentlichen Abweichungen

Die Ergebnisrechnung liegt um ca. T€ 66 über dem geplanten Wert. Dies liegt in erster Linie daran, dass die Erlösschmälerungen niedriger blieben, als erwartet (aber über dem Vorjahresniveau). Darüber hinaus wurde die Rückstellung für unterlassene Instandhaltung in Höhe von 18T€ aufgelöst.

d) Vermögens- und Finanzlage

Im Rahmen unseres Finanzmanagements wurde sichergestellt, dass die GWG sämtlichen Zahlungsverpflichtungen aus dem laufenden Geschäftsverkehr sowie gegenüber den finanzierenden

Banken jederzeit vertragsgerecht nachgekommen ist. Darüber hinaus gilt es, Leistungs- und Zahlungsströme jetzt und in Zukunft so zu gestalten, dass neben der Finanzierung der Modernisierungsmaßnahmen gegebenenfalls auch Mittel für etwaige weitere Investitionen vorhanden sind bzw. generiert werden.

Die Vermögenslage der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2016 durch eine Steigerung des Anlagevermögens gekennzeichnet.

Geschäftsergebnis, finanzielle Leistungsindikatoren

Insgesamt haben wir im Geschäftsjahr 2016 ein Jahresergebnis von T€ 381 erwirtschaftet (gegenüber T€ 401 in 2015). Vor diesem Hintergrund ist die Entwicklung des Unternehmens insgesamt als stabil zu beurteilen. Die Einstellung des Jahresergebnisses in die Rücklagen wird die Eigenkapitalbasis der Gesellschaft weiter stärken. Für die Gesellschaft sind die nachfolgenden finanziellen Leistungsindikatoren wesentliche Steuerungsinstrumente.

Chancen- und Risikobericht

1. Risikobericht:

Branchenspezifische Risiken:

Sollte sich die Konjunktur abschwächen oder sollten gesamtwirtschaftliche bzw. weltwirtschaftliche Verwerfungen entstehen, kann dies die wirtschaftliche Situation unserer aktuellen und potenziellen Mieter und die Nachfrage nach unseren Wohnungsangeboten negativ beeinflussen. Daraus können sich für uns Umsatz- und Ergebnisrisiken entwickeln. Voraussetzung für zukünftige wirtschaftliche Erfolge ist, dass beispielsweise die Gesamtbevölkerung sowie die Arbeitslosenquote in der Region sich nicht nennenswert von der heutigen Situation unterscheiden. Außerdem können sich (unplanmäßige) Kostensteigerungen bei zukünftigen Neubauvorhaben als Belastungsfaktoren für zukünftige Ergebnisrechnungen heraussteilen.

Ertragsorientierte Risiken:

Überkapazitäten am hiesigen Wohnungsmarkt sind derzeit noch nicht zu erkennen, obwohl allertorten Neubauten entstehen. Die Folge wäre ein Verdrängungswettbewerb mit den daraus resultierenden Konsequenzen für die Erlöse und Erträge. Wir gehen davon aus, dass unsere Wohnungen weiterhin Gegenstand der Nachfrage sein werden. Schließlich sind wir im Neubaubereich überdurchschnittlich für den demografischen Wandel aufgestellt. Der Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung wird stetig zunehmen. In diesem Kontext reduzieren wir den Anteil von Wohnungen, die nicht barrierefrei sind. Allerdings ist festzuhalten, dass sich möglicherweise Ertragsrisiken daraus ergeben, dass zwar eine Nachfrage nach unseren Seniorenwohnbauprodukten vorhanden ist, die Mietinteressenten aber finanziell nicht in der Lage sind, uns eine kostendeckende Miete zu zahlen (Stichwort: Altersarmut). Die Einkommensverhältnisse in der Region sind stark unterschiedlich und insgesamt unter Landesdurchschnitt.

Finanzwirtschaftliche Risiken:

Aufgrund der stabilen Liquiditäts- und Eigenkapitalausstattung unseres Unternehmens sind Liquiditätsrisiken derzeit nicht erkennbar. Währungsrisiken, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft negativ beeinflussen könnten, sind nicht vorhanden, da die Gesellschaft nicht in Fremdwährungen refinanziert ist. Die Liquiditätslage ist vollkommen zufriedenstellend; es sind keine Engpässe zu erwarten. Die Gesellschaft hat das derzeit niedrige Zinsniveau genutzt, um

für Verbindlichkeiten, die in Zeiträumen, die man mit Forward-Konditionen abdecken kann, mit Zinssicherheit zu versehen. Somit hat sich die Gesellschaft gegen Zinssteigerungsrisiken im Rahmen des Möglichen gewappnet. Im Neubaubereich unterlegt die Gesellschaft ihre Investitionen stets mit einer konservativen Eigenmittelausstattung. Gleichwohl besteht das Restrisiko, dass die Kreditinstitute der Gesellschaft bei einem Neubauvorhaben keine neuen Kredite gewähren würden. Dies würde sich auf das Neubaugeschäft retardierend auswirken. Die Gesellschaft verfügt über ein Kundenportfolio, das in Bezug auf die Rückstände permanent der Beobachtung bedarf. Verbindlichkeiten werden von der Gesellschaft stets innerhalb der vereinbarten Zahlungsfristen gezahlt, hier ist kein Risiko zu erkennen. Ziel des Finanz- und Risikomanagements der Gesellschaft ist die Sicherung des Unternehmenserfolges gegen finanzielle Bedrohungen. Beim Management von Finanzpositionen verfolgt das Unternehmen eine konservative Risikopolitik. Zur Absicherung gegen Liquiditätsrisiken wird für jedes Neubauprojekt ein separater Liquiditätsplan erstellt, der dem Aufsichtsrat bzw. den Gremien einen Überblick über die Geldaus- und -einzüge vermittelt. Soweit Ausfall- und Bonitätsrisiken erkennbar sind, werden entsprechende Wertberichtigungen mit der gebotenen kaufmännischen Vorsicht vorgenommen. Das Mahnwesen setzt niederschwellig und früh ein und ist konsequent.

2. Chancenbericht:

Bei der Beschaffung von Bauleistungen sehen wir noch keine Engpässe. Aufgrund der bisher vorliegenden Ergebnisse können wir darauf verweisen, dass sowohl im Bauhauptgewerbe als auch im Baunebengewerbe bis dato noch eine knapp ausreichende Anzahl von Anbietern vorhanden ist, die einen interessierten Preis bei den Ausschreibungen abgeben. Im Bereich der Refinanzierungen stehen uns im Regelfall mehrere Kreditinstitute zur Verfügung. Insofern bestehen beidseits keine Engpässe. Dem Wettbewerb am Vermietungsmarkt werden wir weiterhin durch Erfahrung, Flexibilität und ein definiertes Maß an Qualität begegnen. Außerdem ist die Preissetzung der GWG nicht so ausgerichtet, dass die GWG an der Preisspitze des jeweiligen Marktsegmentes steht. Der Angebotsmix in Bezug auf Standorte und Qualitäten ist groß.

3. Gesamtaussage:

Risiken der künftigen Entwicklung sehen wir im Sanierungsbedarf unserer Bestände. Vor dem Flintergrund unserer finanziellen Solidität sehen wir uns für die Bewältigung der künftig eintretenden Risiken gerüstet. Risiken, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden könnten, sind derzeit nicht erkennbar. Die GWG erachtet es insgesamt als wichtig, verantwortungsvoll mit den vorgenannten Chancen und Risiken umzugehen. Die GWG untersucht insbesondere ihr Portfolio ständig darauf, ob es zukunftsfähig ist und ob es qualitativ und quantitativ den Anforderungen unserer aktuellen und potenziellen Kunden entspricht. Wo die Rentabilität der Sanierung ungewiss ist, stellt die Veräußerung angesichts der derzeitigen Nachfrage nach Immobilien eine Alternative dar. Der Wohnungsmarkt in der Region entwickelt sich insgesamt zufriedenstellend (mit gewissen regionalen Unterschieden). Die Chancen und Risiken der Wohnungsbaugesellschaft können allerdings nur im Kontext der wirtschaftlichen Entwicklung der Region in Bezug auf Wachstum, Einkommen und Beschäftigung gelten. Risiken ergeben sich aus der Finanzlast, die die GWG zu tragen hat. Bei einer Fremdkapitalquote von 70 % würden sich nachhaltige Zinssteigerungen für Wohnungsbaukredite im Ergebnis der GWG langfristig bemerkbar machen. Dementsprechend ist die Gesellschaft bemüht, dieses Risiko zu minimieren. Die Mietzahlungswilligkeit der Kunden gilt es stets zu beobachten, die Mietzahlungsfähigkeit gilt es, frühzeitig zu analysieren.

Risikobericht über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten. Die Gesellschaft hat im Jahr 2007 Darlehen über T€ 917 bzw. T€ 758 mit einer Laufzeit von 20 Jahren (31.05.2027 und 31.08.2027) abgeschlossen und diese mit einer Doppelswap- Konstruktion unterlegt. Die Darlehenszinssätze bemessen sich nach dem 6-Monats-Euribor zuzüglich Kreditmarge. Zur Sicherung der Risiken aus dem variablen Zins werden Festzinssätze von 4,53% p.a. bzw. 4,49% p.a. (Sicherungsgeschäft) gegen einen 6-Monats-Euribor (Grundgeschäft) gewapt. Die Bezugsbeträge entwickeln sich dabei entsprechend den Darlehensständen. Es handelt sich hier um einen Cashflow-Hedge, der als 100% wirksam zur Absicherung der Risiken aus der variablen Verzinsung der Darlehen anzusehen ist. Gern. Mitteilung der Banken beträgt der beizulegende Zeitwert zum 31.12.2016 – losgelöst vom Grundgeschäft der Darlehen – T€ -211. Den Vereinbarungen liegt insgesamt ein Nominalwert von T€ 1.675 zugrunde. Auf die Bildung einer Drohverlustrückstellung konnte vor dem Hintergrund der Anwendung des § 254 HGB verzichtet werden.

Prognosebericht

Um die positive Weiterentwicklung des Unternehmens zu unterstützen, werden wir uns in Zukunft unverändert um folgende Themen schwerpunktmäßig kümmern:

- a) Halten unserer bestehenden Mieter
- b) Akquisition neuer Mieter (da unsere Fluktuationsquote konstant oberhalb von 10 % liegt)
- c) Akquisition von Grundstücken für neue Baumaßnahmen, um das Portfolio zu optimieren
- d) öffentlich geförderter Wohnungsbau:

Voraussetzung für die unter a) und b) genannten Aspekte ist, dass wir unsere Wohnbestände qualitativ auf einem Niveau halten, das von Kunden als attraktiv vom Preis-Leistungs-Verhältnis angesehen wird. Insgesamt sind keine wesentlichen Änderungen in unserer Geschäftspolitik notwendig. Die stabilen Ergebnisse der letzten Jahre sind eine Bestätigung. Wir beurteilen die voraussichtliche Entwicklung der GWG positiv. Die gesamtwirtschaftlichen und regionalwirtschaftlichen Trends geben uns eine Zuversicht, dass wir auch in den nächsten Jahren über gute Auslastungszahlen verfügen könnten. Die Nachfrage nach Wohnraum in der Region ist unverändert auf einem erfreulichen Niveau. In unserer Planung gehen wir von einer moderaten Umsatzsteigerung im Zeitablauf aus. Insgesamt erwarten wir, dass aufgrund der Fertigstellung weiterer Neubaumaßnahmen die Mietumsätze insgesamt steigen werden. Das Jahresergebnis 2017 erwarten wir operativ im Korridor der Werte, die in den letzten Jahren erzielt wurden. Wir werden auch zukünftig in der Lage sein, unseren Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachzukommen.

Die Ziele des Landesgleichstellungsgesetzes NRW werden beachtet.

Würselen, den 21.6.2017

Prof. Dr. Axel Thomas
(Geschäftsführer)



Gesundheitswesen



Medizinisches Zentrum StädteRegion Aachen GmbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziele

- Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb eines oder mehrerer Krankenhäuser einschließlich Ausbildungsstätten sowie sonstiger Nebeneinrichtungen und Nebenbetriebe.
- Die Gesellschaft ist berechtigt, Betriebe oder Einrichtungen zu gründen, zu übernehmen oder sich an Gesellschaften gleichen oder verwandten Gegenstandes zu beteiligen.
- Zweck der Gesellschaft ist eine bestmögliche Versorgung der Bevölkerung mit Krankenhausleistungen im Rahmen der Aufgabenstellung nach dem Krankenhausplan des Landes Nordrhein-Westfalen sowie des Versorgungsauftrages.
- Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die zur Erreichung des Geschäftszweckes notwendig oder nützlich erscheinen und nach Maßgabe der für die Gesellschafter geltenden gesetzlichen Bestimmungen zulässig sind.

Die Medizinisches Zentrum StädteRegion Aachen GmbH ist am 01.01.2001 durch den Zusammenschluss des Knappschaftskrankenhauses Bardenberg und des Kreiskrankenhauses Marienhöhe, Würselen, gegründet worden. Gesellschafter sind zu je 50 % die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See (DRV-KBS) und die StädteRegion Aachen.

Die Gesellschaft verfolgt das Ziel einer wohnortnahen Patientenversorgung mit innovativen und qualitativ hochwertigen Behandlungsmethoden. In der StädteRegion Aachen zählt das Medizinische Zentrum (MZ) zu den bedeutendsten Anbietern von Gesundheitsdienstleistungen und leistet einen erheblichen Beitrag zur Patientenversorgung in der StädteRegion und über die Grenzen hinaus. Zudem ist das MZ ein wichtiger Arbeitgeber mit einem breit gefächerten Angebot an Arbeitsplätzen für verschiedene Berufsgruppen. Zusätzlich leistet die Gesellschaft mit der Schule für Pflegeberufe einen wichtigen Beitrag zur Ausbildung in der Region.

Öffentliche Zwecksetzung

Es handelt sich beim Gesundheitswesen um eine Aufgabenerfüllung im öffentlichen Interesse als nichtwirtschaftlich zulässige Betätigung nach der Gemeindeordnung.

Die Medizinisches Zentrum StädteRegion Aachen GmbH stellt die patienten- und bedarfsgerechte gestufte wohnortnahe Versorgung der Bevölkerung im Sinne des § 1 Krankenhausgestaltungsgesetz (KHGG NRW) sicher und ist in den Krankenhausplan des Landes NRW aufgenommen. Die Krankenversorgung in Krankenhäusern sicherzustellen, ist eine öffentliche Aufgabe des Landes. Gemeinden und Gemeindeverbände wirken nach Maßgabe dieses Gesetzes dabei mit.



Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Ist nur ein Geschäftsführer vorhanden, so vertritt er die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft jeweils von zwei Geschäftsführern gemeinsam oder von einem Geschäftsführer gemeinsam mit einem Prokuristen vertreten.

Aufsichtsrat:

Der Aufsichtsrat besteht aus 14 Mitgliedern, von denen jeweils 6 Mitglieder von der StädteRegion Aachen und von der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See entsandt und abberufen werden. Der Betriebsrat der GmbH entsendet 2 Mitglieder aus dem Kreis der Mitarbeiter des Krankenhauses in den Aufsichtsrat. Die StädteRegion Aachen und die Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See sind berechtigt, zu den Aufsichtsratssitzungen jeweils einen Berater zu entsenden, der an der Sitzung mit beratender Stimme teilnimmt.

Gesellschafterversammlung:

In den Gesellschafterversammlungen werden die Gesellschafter durch bis zu zwei Bevollmächtigte vertreten. Wird ein Gesellschafter durch mehrere Bevollmächtigte vertreten, kann die Stimmabgabe nur einheitlich erfolgen.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: René A. Bostelaar

Vertreter der StädteRegion im Aufsichtsrat:

Vorsitzender	Helmut Etschenberg	Städteregionsrat
	Peter Timmermanns	Städteregionstagsmitglied
	Stefan Mix	Städteregionstagsmitglied
	Doris Harst	Städteregionstagsmitglied
	Carl Meulenbergh	sachkundiger Bürger
	Wolfgang Wetzstein	sachkundiger Bürger
Beratendes Mitglied	Axel Hartmann	Allg. Vertreter d. Städteregionsrates

Vertreter der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung:

Axel Hartmann	Allg. Vertreter d. Städteregionsrates
Peter Timmermanns	Städteregionstagsmitglied



Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Sitz: 52146 Würselen

gezeichnetes Kapital: 3.600.000,00 Euro

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
StädteRegion Aachen	1.800.000	50
Deutsche Rentenversicherung Knappschaft –Bahn–See (früher Bundesknappschaft)	<u>1.800.000</u>	<u>50</u>
	3.600.000	100
Beteiligungen > 25 %:	Anteil in €	Anteil in %
MZ–Service–GmbH	25.000	100

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2014 – in € –	2015 – in € –	2016 – in € –
A. Anlagevermögen	59.285.079	65.587.606	63.352.822
I. Imm. Vermögensgegenst.		617.718	642.504
II. Sachanlagen		64.748.203	62.479.694
III. Finanzanlagen		221.685	230.624
B. Umlaufvermögen	26.718.971	20.343.190	23.196.436
I. Vorräte		3.134.960	3.508.243
II. Forderungen / sonst. VG		11.303.848	11.712.949
III. Kassenbestand, Guthaben		5.904.382	7.975.244
C. Ausgleichsposten nach KHG	4.389.535	4.433.683	4.477.830
Bilanzsumme Aktiva	90.393.585	90.364.480	91.027.088
A. Eigenkapital	14.368.936	14.158.227	15.611.160
I. Gezeichnetes Kapital	3.600.000	3.600.000	3.600.000
II. Kapitalrücklagen	9.882.830	9.882.830	9.882.830
III. Gewinnrücklagen	1.328.802	886.105	6756.397
IV. Jahresfehlbetrag	-442.696	-210.709	1.452.933
B. Sonderposten	28.505.116	28.111.381	26.626.936
C. Rückstellungen	8.743.402	9.232.995	11.809.170
D. Verbindlichkeiten	38.734.798	38.833.002	36.963.173
E. Ausgleichsposten aus Darl.förd.	41.333	26.776	12.220
F. Rechnungsabgrenzungsposten	0	2.098	4.429
Bilanzsumme Passiva	90.393.585	90.364.480	91.027.088



Gewinn- und Verlustrechnung:	2014	2015	2016
	- in € -	- in € -	- in € -
Umsatzerlöse	103.318.759	107.342.000	109.717.611
Sonstige betriebliche Erträge	-	464.000	491.681
Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen	-	2.971.000	2.905.156
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten u.ä.		4.201.877	4.117.000
Personalaufwand	-	70.883.000	71.630.684
Materialaufwand	-	26.858.000	25.990.004
Abschreibungen	-	4.814.000	4.850.453
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-	8.398.000	10.135.789
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-	1.121.000	1.016.868
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	-	6.000	44.782
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	-442.696	-210.709	1.452.933

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2014	2015	2016
Jahresdurchschnitt ohne Azubi	1.360	1.387	1.393

Indikatoren zur Vermögens- Finanz- und Ertragslage	2014	2015	2016
	in %	in %	in %
Eigenkapitalquote	44,7	44,0	43,6
Eigenkapitalrentabilität	0	0	9,3
Umsatzrentabilität	0	0	1,4

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Die StädteRegion Aachen ist als Gesellschafterin zu 50 % am Jahresergebnis der Gesellschaft beteiligt. Gewinnausschüttungen oder Defizitabdeckungen sind bisher nicht erfolgt.

Die MZ GmbH übernimmt Geschäftsbesorgungsleistungen für die Parkplatz Marienhöhe GmbH, deren Gesellschafterin die StädteRegion Aachen ist. Hierbei handelt es sich um die Finanz- und Anlagenbuchhaltung sowie Leistungen in den Bereichen Beschaffung, Verwaltung, Technik und Pflege der Außenanlagen für die Parkplatz Marienhöhe GmbH. Diese Leistungen wie auch Gemeinkosten werden der Parkplatz Marienhöhe GmbH vom Medizinischen Zentrum in Rechnung gestellt. Mit Datum vom 20.08.2004 wurde dazu eine Vereinbarung zwischen den Gesellschaften abgeschlossen.



Zu der 100 %-igen Tochtergesellschaft der MZ GmbH, der MZ-Service GmbH, bestehen vielfältige Leistungsbeziehungen, die in einem Rahmendiensteleistungsvertrag, einem Geschäftsbesorgungsvertrag, einem Mietvertrag, einer Vereinbarung über den Personaleinsatz und verschiedenen Dienstleistungsverträgen geregelt sind.

Lagebericht der Gesellschaft

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die demographische Entwicklung mit einer immer älter werdenden Bevölkerung bewirkt seit Jahren einen Anstieg der Ausgaben für das deutsche Gesundheitswesen. Politik und Kostenträger versuchen, mit restriktiven gesetzlichen Regelungen und Leistungsbegrenzungen im Rahmen der Budgetverhandlung dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Dadurch bleibt die wirtschaftliche Situation der Krankenhäuser weiterhin schwierig. Rund ein Drittel der Krankenhäuser verzeichnen am Jahresende einen Verlust. Die angespannte finanzielle Lage der Krankenhäuser korrespondiert mit einem großen Investitionsbedarf. Der Investitionsstau ist in den vergangenen Jahren stetig gestiegen, da die Bundesländer ihrer Verpflichtung zur Investitionsfinanzierung nicht ausreichend nachkommen. Nach Schätzungen des Rheinisch- Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung beläuft sich der jährliche Investitionsbedarf der Kliniken auf rund 5,3 Mrd. EUR, die Bundesländer finanzieren rund die Hälfte dieses Bedarfs.

Im Bereich des Gesundheitswesens wurde im Jahr 2015 ein Krankenhausstrukturgesetz (KHSG) verabschiedet mit dem Ziel, die für die Sicherstellung einer gut erreichbaren und qualitativ hochwertigen Krankenversorgung erforderlichen strukturellen Anpassungsprozesse zu unterstützen. Mit dem KHSG sollen die Qualitätstransparenz verbessert und umfassende Möglichkeiten geschaffen werden, um auf Qualitätsdefizite im Rahmen der Krankenhausplanung und der Vergütung angemessen reagieren zu können. Zur Stärkung der Pflege wurde ein neues Pflegestellenförderprogramm eingerichtet. Die Förderung soll in den Jahren 2016 bis 2018 insgesamt bis zu 660 Mio. EUR betragen, ab dem Jahr 2019 soll die Fördersumme bis zu 330 Mio. EUR umfassen. Ab dem Jahr 2017 werden die mengenbezogenen Kostenvorteile für Mehrleistungen in den Verhandlungen auf Krankenhausebene berücksichtigt. Um Anreize zur Mengenausweitung zu minimieren, wird dieser Fixkostendegressionsabschlag höher ausfallen als der bisherige festgeschriebene Mehrleistungsabschlag.

Laut Krankenhausstatistik 2015 lag die Zahl der Krankenhäuser in Deutschland bei 1.956. Die Zahl der vollstationär behandelten Patienten hat sich im Jahr 2015 von 19,1 Mio. auf 19,2 Mio. Patienten erhöht. Die durchschnittliche Verweildauer konnte auf 7,3 (im Vorjahr 7,4) Tage gesenkt werden. Die Bettenauslastung lag bei durchschnittlich 7,5 Prozent.

Geschäftsverlauf einschließlich Ergebnisdarstellung

Die Medizinisches Zentrum StädteRegion Aachen GmbH weist im Geschäftsjahr 2016 einen Jahresüberschuss in Höhe von +1.453 TEUR aus. Gegenüber dem Vorjahr, das einen Fehlbetrag von -211 TEUR auswies, verbesserte sich das Jahresergebnis damit um rd. 1.664 TEUR. Das im Wirtschaftsplan 2016 ausgewiesene Jahresergebnis von rd. 1 Mio. EUR wurde deutlich übertroffen.



Ursache hierfür war, dass sich im Berichtsjahr der positive Trend bei den in Vorjahren neu etablierten Kliniken weiter fortgesetzt hat. So konnten u. a. die Kliniken für Pneumologie sowie für Gefäß- und Thoraxchirurgie ihren Umsatz deutlich steigern. Des Weiteren wurde im Jahr 2016 das Zentrum für Innere Medizin im Rahmen eines Chefarztwechsels im Bereich der Allgemeinen Inneren Medizin und Gastroenterologie zum 01.04.2016 neu positioniert. Darüber hinaus wurde das Leistungsspektrum des MZ durch die Inbetriebnahme eines Herzkathetermessplatzes zum 01.09.2016 um den Bereich der invasiven Kardiologie erweitert. Des Weiteren konnten ab September 2016 neben den 24 aufgestellten Intensivbetten eine zusätzliche Intermediate Care Station mit sechs Betten und zwei zusätzliche Weaningbetten in Betrieb genommen werden. Durch diese Maßnahmen stieg das Leistungsvolumen im Berichtsjahr um 289 Case-Mix-Punkte gegenüber dem Vorjahr an. Im Bereich des Akutkrankenhauses war wiederum ein positiver Trend in der Entwicklung der Leistungszahlen gegenüber dem Vorjahr zu erkennen. Bei einem gleich bleibenden Case-Mix (inklusive umgerechneter E 3.1 Entgelte, Ausländische Patienten, nicht vereinbarte Budgetanteile) Index von 1,11 wurde die Fallzahl um 311 Fälle gesteigert. Somit wurden im Jahr 2016 24.502 Fälle im Akutkrankenhaus behandelt und ein Case-Mix von 27.165 Punkten erwirtschaftet. In der Inneren Medizin mit den Teilgebieten Allgemeine Innere Medizin und Gastroenterologie, Kardiologie und Nephrologie, Pulmologie und Internistischen Rheumatologie ergab sich insgesamt ein Anstieg um 501 Case-Mix-Punkte. In der Akutgeriatrie konnte der Case-Mix unter anderem durch die Kooperation mit der Neurologie um +455 Punkte gesteigert werden. Die Case-Mix-Punkte in der Neurologie gingen in diesem Zusammenhang um 107 Punkte zurück. In den chirurgischen Abteilungen zeigte sich ein Anstieg der Case-Mix-Punkte um 125 Punkte (Allgemein- und Viszeralchirurgie sowie Gefäß- und Thoraxchirurgie). Auch in den Bereichen der Notaufnahme (+171 Punkte) und der Gynäkologie und Geburtshilfe (+33,5 Punkte) konnten die Leistungszahlen gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden. Rückläufige Case-Mix-Punkte waren im Zentrum für Orthopädie und Unfallchirurgie (-282 Punkte), der Urologie (-121 Punkte) sowie der Schmerztherapie (-68 Punkte) zu verzeichnen. Im Berichtsjahr 2016 wurden im Bereich der Geriatrischen Rehabilitation 492 Fälle behandelt (Vorjahr 521). Insgesamt wurden 25.139 Patienten stationär und teilstationär sowie geriatrisch rehabilitate behandelt (Vorjahr 24.858). Die Verweildauer der Patienten im Akut-Krankenhaus lag bei gleich bleibender Fallschwere mit 6,7 Tagen um 0,2 Tage unter dem Vorjahr. In der Geriatrischen Rehabilitation betrug die durchschnittliche Verweildauer 19,5 Tage. Die Anzahl der Berechnungstage lag im Jahr 2016 insgesamt bei 174.900 Tagen und ging aufgrund der kürzeren Liegedauer um 3.627 Tage gegenüber dem Vorjahr zurück. Bezogen auf die 753 Planbetten (inklusive Geriatrische Rehabilitation) ergab sich ein Auslastungsgrad von 66,3 Prozent. Der Investitionsbereich war in den Vorjahren durch den Erweiterungsbau am Standort Marienhöhe gekennzeichnet. Die im Rahmen des Erweiterungsbaus getätigten Investitionen betrugen bis zum Bilanzstichtag des Jahres 2016 kumuliert 33,2 Mio. EUR. Die Investitionen gingen im Jahr 2016 auf 2.621 TEUR zurück (Vorjahr: 11.117 TEUR), da die ersten beiden Bauabschnitte des Masterplans bis auf wenige Arbeiten im Vorjahr fertiggestellt werden konnten.



Lage der Gesellschaft–Ertragsbereich–

Die Erlöse aus Krankenhausleistungen und stationärer Rehabilitation inklusive des Ausbildungsbudgets konnten gegenüber dem Vorjahr von 93.321 TEUR auf 95.967 TEUR gesteigert werden. Die Mehrerlöse resultierten sowohl aus Mehrleistungen im Bereich der Krankenhausleistungen als auch aus der Erhöhung des Landesbasisfallwertes von 3.190,81 EUR auf 3.278,19 EUR. Zum Erlösbudget aus Krankenhausleistungen liegt für das Jahr 2016 noch keine Vereinbarung mit den Kostenträgern vor. Am 12.04.2016 hat zwar eine Budgetverhandlung mit den Kostenträgern stattgefunden, jedoch konnte dabei kein Konsens erzielt werden. Die Erlöse aus Wahlleistungen waren mit 3.732 TEUR (Vorjahr: 3.379 TEUR) ebenso wie die Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses mit 2.179 TEUR (Vorjahr: 2.116 TEUR) ansteigend. Die Nutzungsentgelte der Ärzte verringerten sich von 4.546 TEUR im Vorjahr auf 3.993 TEUR. Die Sonstigen Umsatzerlöse verminderten sich von 3.980 TEUR auf 3.847 TEUR. Die Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand erhöhten sich leicht von 375 TEUR im Vorjahr auf 387 TEUR. Ebenso erhöhten sich die sonstigen betrieblichen Erträge auf 492 TEUR (Vorjahr: 464 TEUR).

Die Aufwendungen für den Personal- und Materialeinsatz verringerten sich im Geschäftsjahr 2016 leicht um 121 TEUR auf 97.621 TEUR. Dabei reduzierte sich der Materialaufwand von 26.858 TEUR im Vorjahr auf 25.990 TEUR. Davon entfielen 16.279 TEUR auf Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe (- 1.053 TEUR) sowie 9.711 TEUR auf bezogene Leistungen (+185 TEUR). Die Personalaufwendungen betragen insgesamt 71.631 TEUR (Vorjahr: 70.883 TEUR). Auf die gesetzlichen Sozialabgaben und Aufwendungen für die Altersvorsorge entfielen 13.542 TEUR und entsprachen damit ca. 18,8 Prozent des Personalaufwands. Die Neueinstellung von hochqualifiziertem Personal, ein erhöhter Personaleinsatz im Bereich des Ärztlichen Dienstes auf 215 Vollkräfte (Vorjahr: 210 Vollkräfte) sowie die Tarifsteigerungen im Bereich des TVöD und des Tarifvertrages für Ärzte mit dem Marburger Bund trugen zu einer Steigerung des durchschnittlichen Personalaufwandes je Vollkraft um 3,0 % bei. Im Jahr 2016 beschäftigte das Medizinische Zentrum im Jahresdurchschnitt 1.393 Mitarbeiter/-innen als Voll- und Teilzeitkräfte (Vorjahr: 1.412). Eine Umrechnung in Vollkräfte ergibt für das Berichtsjahr 954,5 Beschäftigte (Vorjahr 973,2).

Lage der Gesellschaft–Finanzlage–

Das Gesamtinvestitionsvolumen des Geschäftsjahres 2016 lag bei 2.621 TEUR (Vorjahr: 11.117 TEUR). Die Finanzierung erfolgte dabei aus Pauschalfördermitteln (1.186 TEUR), Mitteln der Baupauschale (143 TEUR), sonstigen Zuschüssen der öffentlichen Hand und Zuwendungen Dritter (19 TEUR) sowie Eigenmitteln (1.273 TEUR). Insgesamt verteilten sich die Investitionen auf Immaterielle Vermögensgegenstände (224 TEUR), Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten (760 TEUR), Technische Anlagen (57 TEUR), Einrichtungen und Ausstattungen (1.503 TEUR), Anlagen im Bau (68 TEUR) und Finanzanlagen (9 TEUR). Den Investitionen standen Abschreibungen auf das Anlagevermögen in einer Gesamthöhe von 4.850 TEUR (Vorjahr: 4.814 TEUR) gegenüber. Die ergebniswirksamen Abschreibungen aus Eigenmitteln belaufen sich auf 1.804 TEUR (Vorjahr: 1.622 TEUR).

Zur weiteren Beurteilung der Finanzlage enthält der Lagebericht eine Cashflow-Darstellung, die an dieser Stelle aus darstellungstechnischen Gründen nicht wiedergegeben wird.



Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit beträgt 5.236 TEUR und aus Finanzierungstätigkeit – 549 TEUR. Der Zahlungsabfluss für Investitionen betrug 2.615 TEUR, so dass sich der Finanzmittelfonds zum Bilanzstichtag auf 7.939 TEUR erhöhte. Die Zahlungsfähigkeit war im Jahr 2016 jederzeit gewährleistet. Eine bestehende Kontokorrentkreditvereinbarung für das Jahr 2015 konnte in 2016 auf den halben Betrag reduziert werden. Der Kontokorrentkredit musste nicht in Anspruch genommen werden.

Lage der Gesellschaft –Vermögenslage–

In der folgenden Bilanzübersicht sind die Posten zum 31. Dezember 2016 nach wirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkten zusammengefasst und den entsprechenden Bilanzposten zum 31. Dezember 2015 gegenübergestellt. Zur Darstellung der Vermögensstruktur werden die Bilanzposten der Aktivseite dem langfristig bzw. dem kurzfristig gebundenen Vermögen zugeordnet. Die Passivposten werden dem langfristig bzw. kurzfristig verfügbaren Kapital zugeordnet. Die Bilanzposition „Ausgleichsposten nach dem KHG“ sowie die Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen wurden mit dem langfristigen Kapital verrechnet.

Der Anteil des langfristig gebundenen Vermögens am Gesamtvermögen verminderte sich aufgrund der Abschreibungen und unter Berücksichtigung der Investitionstätigkeiten um 2.234 TEUR auf 63.354 TEUR und beträgt nunmehr 73,2 Prozent. Das kurzfristig gebundene Vermögen erhöhte sich um 2.847 TEUR auf 23.190 TEUR. Dabei erhöhten sich die Vorräte um 373 TEUR, die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen um 485 TEUR, die Forderungen nach dem Krankenhausentgeltgesetz um 118 TEUR sowie der Geldmittelbestand um 2.071 TEUR. Im Gegenzug verminderten sich die Forderungen an Gesellschafter um – 38 TEUR sowie die sonstigen Vermögensgegenstände um 162 TEUR. Der Verringerung des langfristigen Kapitals um 895 TEUR auf 66.160 TEUR (= 76,4 Prozent des Gesamtkapitals) steht eine Erhöhung des kurzfristigen Kapitals um 1.508 TEUR auf 20.384 TEUR entgegen. Das betriebswirtschaftliche Eigenkapital der Gesellschaft beträgt unter Berücksichtigung des Jahresüberschusses, der Sonderposten und nach Abzug des Ausgleichspostens für Eigenmittelförderung 37.760 TEUR (Vorjahr 37.836 TEUR). Die Eigenkapitalquote am Gesamtvermögen beträgt damit 43,6 Prozent.

Finanzielle Leistungsindikatoren

Im Lagebericht werden an dieser Stelle einige wichtige Kennzahlen im Mehrjahresvergleich dargestellt, die die gegenüber den Vorjahren positive Entwicklung im Geschäftsjahr 2016 widerspiegeln. An dieser Stelle wird im Beteiligungsbericht auf die vorstehend aufgeführten Indikatoren zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage verwiesen.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Das Medizinische Zentrum leistet mit der Schule für Pflegeberufe einen wichtigen Beitrag zur Ausbildung in der Region. Durch die Bereitstellung von 100 Ausbildungsplätzen für Gesundheits- und Krankenpfleger und 20 Ausbildungsplätzen für Gesundheits- und Krankenpflegeassistenten wird dem viel zitierten Mangel an Pflegekräften durch Nachwuchsförderung entgegenwirkt. Die hauseigene Ausbildungsstätte und die dort vermittelten theoretischen Kenntnisse und praktischen



Fähigkeiten bildet für das Medizinische Zentrum ein ständiges Reservoir zur Rekrutierung von hochqualifizierten Pflegekräften.

Für die Beschäftigten des Medizinischen Zentrums werden für alle Berufsgruppen vielfältige interne und externe Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten angeboten. Neben der Freistellung für den Besuch solcher Veranstaltungen investierte das MZ in diesen Bereich im Berichtsjahr 2016 rd. 180TEUR.

Prognosebericht

Der Wirtschaftsplan weist im Erfolgsplan für das Jahr 2017 einen Überschuss in Höhe von 1.022 TEUR aus. Dies entspricht in etwa den Planungen aus dem vergangenen Jahr. Gegenüber dem abgelaufenen Jahr 2016 bedeutet dies einen geringeren Jahresüberschuss von 431 TEUR. Grund des eher konservativen Ansatzes sind u. a. die noch ausstehenden Entgeltverhandlungen mit den Kostenträgern für die Jahre 2016 und 2017, womit gewisse Risiken im Ertragsbereich einhergehen. Des Weiteren sind im Erfolgsplan des Jahres 2017 Instandhaltungsmaßnahmen in Höhe von rd. 700 TEUR vorgesehen (Vorjahr: 386 TEUR).

Dem Erlösbudget 2017 liegen knapp 29.000 Case-Mix-Punkte inklusive Überlieger zugrunde. Gegenüber der mit den Kostenträgern zuletzt für das Jahr 2015 vereinbarten Leistungsmenge bedeutet dies einen Anstieg von fast 2.700 Punkten. Die Leistungsentwicklung im ersten Quartal 2017 verläuft im Bereich des Akutkrankenhauses im Wesentlichen auf Planniveau, so dass nach derzeitiger Prognose an den Umsatzerwartungen festgehalten werden kann. Der Bereich der Geriatrischen Rehabilitation liegt in den ersten Monaten unter Plan, sodass in diesem Bereich die Erwartungen noch nicht erfüllt werden. Im Personal- und Sachmittelbereich zeigt sich in den ersten Monaten des Jahres 2017 eine im Wesentlichen planmäßige Kostenentwicklung. Insgesamt wird erwartet, dass für das Jahr 2017 ein Überschuss erzielt werden kann. Die Investitionstätigkeit war in den letzten Jahren geprägt durch die Fertigstellung der Um- und Erweiterungsbaumaßnahmen am Standort Marienhöhe. In Anknüpfung an die Fertigstellung der beiden ersten Bauabschnitte des Masterplans ist nunmehr der Beginn des 3. Bauabschnitts mit dem Erweiterungsbau für den Zentral-OP-Bereich sowie dem Bau einer KV-Praxis vorgesehen. Hierfür wurden für das Jahr 2017 insgesamt 1,25 Mio. EUR eingeplant. Darüber hinaus beträgt das geplante Investitionsvolumen für Immaterielle Vermögensgegenstände sowie Einrichtung und Ausstattung rd. 1,12 Mio. EUR. Neben dem Einsatz von Fördermitteln in Höhe von rd. 0,9 Mio. EUR ist eine Finanzierung von 1,4 Mio. EUR über Eigenmittel/Darlehen vorgesehen. Insgesamt beurteilt die Geschäftsführung die wirtschaftliche Lage im Jahr 2017 aufgrund der Rahmenbedingungen als weiterhin schwierig. Zuversichtlich stimmt, dass die mit der Umsetzung des Masterplans durchgeführten Maßnahmen deutliche Wirkung zeigen, die im abgelaufenen zu einem positiven Jahresergebnis geführt haben. Darüber hinaus erweist sich die im Herbst 2016 erfolgte Etablierung eines Herzkathetermessplatzes sowie die Inbetriebnahme einer Intermediate Care Einheit und einer Chest-Pain-Unit als erfolgreiche strategische Maßnahme mit hoher Inanspruchnahme. Die Fortsetzung der Masterplanung wird aus Sicht der Geschäftsführung zur langfristigen Sicherung des Unternehmens als notwendig erachtet. Von daher wurde im Laufe des Jahres 2016 der bisherige Masterplan 2018 weiterentwickelt zum Masterplan 2021. Auf Basis des von der HHI Hanseatische Healthcare Invest Gesellschaft erstellten positiven Gutachtens haben



die beiden Gesellschafter im Dezember 2016 den Masterplan 2021 genehmigt und dessen Umsetzung beschlossen. Dieser Plan beinhaltet u. a.

- die Konzentration aller Krankenhausfachabteilungen am Standort Marienhöhe bis zum Jahr 2020,
- die hierfür erforderlichen Investitionsmaßnahmen mit einem Gesamtvolumen von 21,0 Mio. EUR für den Erweiterungsbau OP, die Verlagerung der Kliniken für Urologie und Pneumologie,
- die (optionale) Verlagerung der geriatrischen Rehabilitationsklinik von Marienhöhe nach Bardenberg,
- die Weiterentwicklung des Standortes Bardenberg mit der Stadt Würselen und der Stadtentwicklungsgesellschaft unter Einbeziehung der Errichtung eines gemeinsamen Baukörpers für die Alten- und Krankenpflegeschule.

Diese richtungsweisende Entscheidung wird die mittel- und langfristige Weiterentwicklung des Unternehmens nachhaltig positiv beeinflussen.

Risiken

Der Masterplan sieht für die Jahre 2016 bis 2021 stetig steigende Leistungszahlen vor. Dabei wird insbesondere für das Jahr 2017 aufgrund der erstmals ganzjährigen Vorhaltung des o. g. Herzkatheterlabors sowie des Ausbaus der intensivmedizinischen Kapazitäten von einer deutlichen Leistungs- und damit Ertragssteigerung ausgegangen.

Mögliche Risiken können sich dadurch ergeben, dass die geplanten Leistungszahlen und Erlöse nicht erreicht werden können, weil z. B. benachbarte Krankenhäuser ein ähnliches Leistungsportfolio anbieten und damit ein verstärkter Wettbewerb auftritt. Darüber hinaus ist nicht absehbar, wie sich der auf Landesebene noch festzusetzende Basisfallwert 2017 entwickeln wird und ob er ausreicht, um unabwiesbare Kostensteigerungen im Bereich der Personal- und Sachaufwendungen aufzufangen.

Risiken ergeben sich auch aus Gesetzes- und Rechtsänderungen, deren Auswirkungen derzeit noch nicht absehbar sind, wie z. B. der ab dem Jahr 2017 neu eingeführte Fixkostendegressionsabschlag, der bei Mehrleistungen den bisher fest kalkulierbaren Mehrleistungsabschlag ersetzt. Zudem ist absehbar, dass der neu eingeführte Pflegezuschlag den Wegfall des bisherigen 0,8-prozentigen Versorgungszuschlages nicht vollständig kompensieren wird. Darüber hinaus hält die in den letzten Jahren stark zugenommene Prüftätigkeit des Medizinischen Dienstes sowie medienwirksame Kampagnen seitens der Kostenträger zur Eindämmung der Ausgaben für den Krankenhaussektor weiter an.

Mögliche Risiken ergeben sich außerdem daraus, dass die Budgetverhandlungen für das Jahr 2016 mit den Krankenkassen noch nicht abgeschlossen sind und ein Verhandlungstermin für das Budget 2017 voraussichtlich erst im September 2017 stattfinden wird. Insoweit ist fraglich, ob die Kostenträger die beantragten und eingeplanten Mehrleistungen budgeterhöhend anerkennen.

Die für die Entwicklung der Personalaufwendungen maßgeblichen Auswirkungen der Tarifverträge stehen sowohl für den TVöD als auch für die TV-Ärzte aufgrund der bereits getroffenen Tarifabschlüsse fest. Die hieraus resultierenden Mehraufwendungen wurden in den Wirtschaftsplan 2017 einkalkuliert. Mehrkosten können jedoch nicht ausgeschlossen werden, da insbesondere die



Personalgewinnung von hochspezialisierten Fachärzten eine übertarifliche Vergütung oftmals erforderlich macht. Im Bereich der Sachaufwendungen kann es insbesondere im Bereich von EDV-Dienstleistungen zu erhöhten Kosten kommen. Zur Verbesserung von Prozessabläufen, einer erhöhten Datenperformance und vor dem Hintergrund der Datensicherheit und -Verfügbarkeit ist eine Umstellung der Informationstechnologie in Planung. Risiken ergeben sich auch durch die bauliche und technische Altersstruktur der beiden Betriebsteile. Unvorhersehbare Ausfälle und Störungen erfordern oftmals hohe Ersatzinvestitionen und Instandsetzungsmaßnahmen. Zur Fortsetzung der Masterplanung bedarf es der Durchführung von weiteren erheblichen Baumaßnahmen. Insbesondere ist die Errichtung von neuen OP-Sälen am Betriebsteil Marienhöhe in den nächsten Jahren dringend erforderlich. Aufgrund der bereits erwähnten unzureichenden Investitionsförderung durch das Land NRW ergeben sich hieraus Finanzierungsrisiken, deren Höhe in Abhängigkeit vom Umfang und zeitlicher Umsetzung zu sehen ist. Mögliche Risiken können sich zudem ergeben aus überplanmäßigen Kostenentwicklungen im Zusammenhang mit den vorgesehenen Verlagerungen der Kliniken für Urologie und Lungenheilkunde an den Standort Marienhöhe und den hierfür erforderlichen Bau- und Investitionsmaßnahmen. Die Gesellschaft hat zur Minimierung des Risikos ein umfassendes Risiko- und Projektmanagement eingerichtet, das in Abstimmung mit dem Beteiligungscontrolling der beiden Gesellschafter, der beauftragten Hanseatischen Healthcare Invest GmbH und den Darlehensgebern die Entwicklung engmaschig überwacht. Wir gehen davon aus, dass die Liquiditätskrise der vergangenen Jahre aufgrund des vorliegenden und genehmigten Masterplans 2021 behoben werden und die Krise bewältigt wird. Dies setzt voraus, dass die in der Masterplanung 2021 enthaltenen Annahmen und Prämissen eintreten bzw. bei Feststellung von negativen Abweichungen im Rahmen des Risiko- und Projektcontrollings für den Masterplan 2021 die diesbezüglichen ggf. notwendigen Gegenmaßnahmen auf erkannte Risiken adäquat umgesetzt werden können.

Chancenbericht

Gute Chancen für eine positive Entwicklung werden durch die Erweiterung des Zentrums für Orthopädie und Unfallchirurgie gesehen. Hier wird zum 01.04.2017 eine weitere Chefarztposition für den Schwerpunkt der Endoprothetik eingerichtet. Zum gleichen Zeitpunkt erfolgt auch eine Neubesetzung der Chefarztposition in der Klinik für Gynäkologie und Geburtshilfe, die in den letzten Jahren interimswise besetzt war.

Zum 01.01.2016 ist die Verordnung zum Krankenhausstrukturfonds in Kraft getreten. Zweck des Fonds ist eine Strukturbereinigung durch Abbau von Überkapazitäten, die Konzentration von stationären Versorgungsangeboten und die Umwandlung von Krankenhäusern in nicht akutstationäre Einrichtungen. Im Hinblick auf den getroffenen Beschluss der Gesellschafter über eine Zusammenführung aller Kliniken am Standort Marienhöhe und die damit verbundene Aufgabe des Krankenhausstandortes Bardenberg ergibt sich die Chance, aus dem Strukturfonds Mittel zu erhalten, die zur teilweisen Finanzierung der notwendigen Investitionen zur Umsetzung des Masterplans 2021 eingesetzt werden können. Die Gesellschaft hat einen offiziellen Antrag auf Fördermittel aus dem Strukturfonds gestellt, der zurzeit von der zuständigen Bezirksregierung Köln geprüft und im Anschluss daran zwischen dem MGEPA des Landes NRW und den Krankenkassen abgestimmt wird. Mit einer endgültigen Entscheidung wird im 4. Quartal 2017 gerechnet.



Die Zusammenführung aller Kliniken an einen Standort wird eine Verringerung des Vorhaltungsaufwandes durch Schließung und (Teil-)Abriss von Gebäuden am Betriebsteil Bardenberg sowie den Wegfall der heutigen Doppelvorhaltungen von Betten, Personal, Funktionsbereichen, Transport- und Logistikkosten bewirken. Darüber hinaus ergibt sich eine deutliche Qualitätssteigerung der Patientenversorgung durch den Entfall von Interhospitaltransporten von Patienten zwischen den beiden Betriebsteilen und durch einen effizienten Konsiliardienst durch Ärzte und Therapeuten bei interdisziplinären Behandlungen. Bezüglich derzeit nicht genutzter Flächen im Betriebsteil Bardenberg werden aktuell Gespräche mit einem Betreiber von Rehabilitationseinrichtungen zwecks Anmietung geführt. Der Abschluss eines entsprechenden Mietvertrages würde sowohl in wirtschaftlicher Hinsicht als auch perspektivisch im Hinblick auf eine längerfristige Kooperation attraktive Möglichkeiten bieten.

Durch diese Maßnahmen sieht die Geschäftsführung sowohl in medizinischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht gute Chancen für eine positive Entwicklung der Gesellschaft.

Würselen, den 31 .03.2017

gez. Rene A. Bostelaar

(Geschäftsführer)



MZ-Service-GmbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziele

Gegenstand der Gesellschaft ist die Erbringung von Service-Leistungen aller Art für die Medizinisches Zentrum StädteRegion Aachen gGmbH und anderen mit ihr verbundenen Unternehmen im Sinne der §§ 15 AktG. Darüber hinaus darf sie die gastronomischen Verpflegungseinrichtungen aller Art in der Medizinisches Zentrum StädteRegion Aachen gGmbH bewirtschaften und betreiben. Die Gesellschaft darf im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften und der Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages alle Geschäfte und sonstigen Maßnahmen vornehmen, die dieser Zweckbestimmung dienlich erscheinen. Die Gesellschaft ist berechtigt, sich an anderen Unternehmen, die dem vorgenannten Zweck dienen, zu beteiligen und deren Geschäftsführung zu übernehmen. Die Gesellschaft ist ferner berechtigt, Zweigniederlassungen im In- und Ausland zu errichten.

Öffentliche Zwecksetzung

Es handelt sich beim Gesundheitswesen um eine Aufgabenerfüllung im öffentlichen Interesse als nichtwirtschaftlich zulässige Betätigung nach der Gemeindeordnung.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft hat einen Geschäftsführer oder mehrere Geschäftsführer. Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, so muss dieser gleichzeitig Geschäftsführer der Medizinisches Zentrum StädteRegion Aachen GmbH sein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, muss einer der Geschäftsführer gleichzeitig Geschäftsführer der Medizinisches Zentrum StädteRegion Aachen GmbH sein, dieser ist stets einzelvertretungsberechtigt.

Aufsichtsrat:

Der Aufsichtsrat besteht aus sechs Mitgliedern, die durch Gesellschafterbeschluss bestellt oder abberufen werden. Die Amtszeit des Aufsichtsrates ist identisch mit der Wahl des Städteregionstages der StädteRegion Aachen. Die Mitglieder des Aufsichtsrates bleiben bis zur Entsendung des Nachfolgers im Amt.

Gesellschafterversammlung:

Die Medizinisches Zentrum StädteRegion Aachen GmbH als alleinige Gesellschafterin wird in der Gesellschafterversammlung kraft Gesetzes durch ihre Geschäftsführung vertreten, die für ihr Abstimmungsverhalten zuvor einen Beschluss des Aufsichtsrates der Medizinisches Zentrum StädteRegion Aachen GmbH einholen muss. Dem Städteregionstag wird das Recht eingeräumt, als



Vertreter in die Gesellschafterversammlung die Geschäftsführung der Medizinisches Zentrum der StädteRegion Aachen GmbH zu bestellen.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: René A. Bostelaar

Vertreter der StädteRegion im Aufsichtsrat:

Vorsitzender	Axel Hartmann	Allg. Vertreter d. Städteregionsrates
	Peter Timmermanns	Städteregionstagsmitglied
	Doris Harst	Städteregionstagsmitglied

Vertreter der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung:

Keine Vertretung der StädteRegion Aachen in der Gesellschafterversammlung.

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Sitz: 52146 Würselen

gezeichnetes Kapital: 25.000,00 Euro

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
Medizinisches Zentrum StädteRegion Aachen GmbH	<u>25.000</u>	<u>100</u>
	25.000	100

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2014	2015	2016
	- in € -	- in € -	- in € -
A. Anlagevermögen	14.720	19.342	15.148
Sachanlagen	14.720	19.342	15.148
B. Umlaufvermögen	325.259	479.731	110.882
I. Vorräte	34.774	18.876	26.211
II. Forderungen / sonst. VG	75.582	221.558	110.882
III. Kassenbestand, Guthaben	214.903	239.297	437.204
C. Nicht d. Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	128.770	63.418	0
Bilanzsumme Aktiva	468.749	562.492	589.445



A. Eigenkapital	0	0	1.606
I. Gezeichnetes Kapital	25.000	25.000	25.000
II. Verlustvortrag	-212.708	-153.770	-88.419
III. Jahresüberschuss	58.938	65.352	65.024
IV. Nicht d. EK ged. Fehlbetrag	128.770	63.418	0
B. Rückstellungen	305.151	384.241	407.821
C. Verbindlichkeiten	163.598	172.251	180.018
Bilanzsumme Passiva	468.749	562.492	589.445

Gewinn- und Verlustrechnung	2014	2015	2016
	- in € -	- in € -	- in € -
Umsatzerlöse	5.330.044	5.769.320	6.121.711
Materialaufwand	1.291.487	1.359.000	1.434.040
Personalaufwand	3.254.998	3.506.000	3.706.711
Sonst. betriebl. Aufwendungen	777.503	892.000	911.051
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	58.938	65.352	65.024

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2014	2015	2016
Vollkräfte im Jahresdurchschnitt	93	99	103
Indikatoren zur Vermögens-	2014	2015	2016
Finanz- und Ertragslage	in %	in %	in %
Anlagenintensität	3,1	3,4	3,0
Eigenkapitalquote	negativ	negativ	positiv
Liquidität 1. Grades	46,0	43,0	74,0
Umsatzrentabilität	1,3	1,2	1,14

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Es bestehen keine unmittelbaren Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen.

Zwischen der MZ Service GmbH und ihrer Mutter MZ GmbH bestehen vielfältige Leistungsbeziehungen, die in einem Rahmendienstleistungsvertrag, einem Geschäftsbesorgungsvertrag, einem Mietvertrag, einer Vereinbarung über den Personaleinsatz und verschiedenen Dienstleistungsverträgen geregelt sind.



Lagebericht der Gesellschaft

A. Grundlagen der Gesellschaft

Mit Eintragung der Firma bei im Amtsgericht Aachen geführtem Handelsregister nahm die Gesellschaft am 18. August 2003 ihre operative Geschäftstätigkeit auf. Hauptzweck des Unternehmens ist die Erbringung von Serviceleistungen aller Art für die Gesellschafterin Medizinisches Zentrum StädteRegion Aachen GmbH („MZ-AC“) und anderen mit ihr verbundenen Unternehmen. Die Entwicklung der Gesellschaft verlief im operativen Bereich seit diesem Zeitpunkt planmäßig und entsprechend den Vorgaben der Gesellschafterversammlung bzw. des Aufsichtsrates. Die für die Gesellschaftstätigkeit der Gesellschaft erforderlichen Verträge und Vereinbarungen, insbesondere mit der MZ-AC, wurden form- und fristgerecht geschlossen.

Zu den wesentlichen Verträgen zwischen der Gesellschaft und der MZ-AC gehören:

- 1) Rahmendienstleistungsvertrag, einschließlich der Anlage: Vereinbarung über die Erbringung von Technischen Dienstleistungen, Schreibdienstleistungen und Gartendienstleistungen,
- 2) Geschäftsbesorgungsvertrag,
- 3) Mietvertrag,
- 4) Vereinbarung Personaleinsatz,
- 5) Dienstleistungsvertrag für den Verpflegungsbereich,
- 6) Dienstleistungsvertrag für den Reinigungsbereich,
- 7) Dienstleistungsvertrag für den Hol- und Bringendienst.

Die oben genannten Vertragsgestaltungen zwischen der Gesellschaft und der MZ-AC entsprechen dem Rahmen der verbindlichen Auskunft des Finanzamtes Aachen-Kreis vom 04. März 2004. Mit Vereinbarung vom 03.07.2013 haben die MZ-Service GmbH und die Med. Zentrum StädteRegion Aachen GmbH festgelegt, dass die o. g. Verträge unbefristet fortgeführt werden. Für den Dienstleistungsvertrag wurde am 03.07.2013 eine vertragliche Ergänzung vereinbart. Der Geschäftsbesorgungsvertrag hat mit Vereinbarung vom 18.03.2013 eine Neufassung erhalten.

B. Wirtschaftsbericht

I. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Gesellschaft ist als Service GmbH der Alleingesellschafterin Medizinisches Zentrum StädteRegion Aachen, abhängig von deren Entwicklung. Sie ist somit mittelbar abhängig von der Entwicklung des Krankenhausmarktes im Allgemeinen und im Speziellen in der Region Aachen.

II. Lage der Gesellschaft

Die MZ-Service-GmbH erwirtschaftete im Geschäftsjahr 2016 einen Jahresüberschuss in Höhe von 65 TEUR. Damit wurde das Vorjahresergebnis von 65 TEUR bestätigt und konnte damit einen Teil des im Jahr 2010 entstandenen Fehlbetrages ausgleichen. Im Bereich des operativen Geschäftes der MZ-Service-GmbH verlief das Geschäftsjahr erfolgreich. Die Umsatzerlöse waren im Vergleich zum Vorjahr von 5.768 TEUR auf 6.122 TEUR gestiegen. Im gleichen Zeitraum sind die Lebensmittelaufwendungen im Vergleich zum Vorjahr um – 74 TEUR gesunken, ebenso verringerten sich die Aufwendungen für den Wirtschaftsbedarf um 8 TEUR. Die Personalaufwendungen verzeichneten dahingegen einen Anstieg um 202 TEUR. Durch den ausgewiesenen Jahresüberschuss in Höhe von 65 TEUR konnte der zum Bilanzstichtag ausgewiesene „Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“ von 63 TEUR vollständig kompensiert werden. Der aus Vorjahren noch bestehende Verlustvortrag verringert sich durch den Überschuss des Jahres 2016 auf 23 TEUR. Durch das gezeichnete Kapital von 25 TEUR ergibt sich ein positives Eigenkapital von 2 TEUR.



II.I. Analyse der Vermögenslage

In der folgenden Bilanzübersicht sind die Posten zum 31. Dezember 2016 nach wirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkten zusammengefasst und den entsprechenden Bilanzposten zum 31. Dezember 2015 gegenüber gestellt. Zur Darstellung der Vermögensstruktur werden die Bilanzposten der Aktivseite dem langfristig (Fälligkeit größer als ein Jahr) bzw. dem kurzfristig gebundenen Vermögen zugeordnet. Zur Darstellung der Kapitalstruktur werden die Bilanzposten der Passivseite dem Eigen- bzw. Fremdkapital zugeordnet, wobei innerhalb des Fremdkapitals eine Zuordnung nach langfristiger (Fälligkeit größer als ein Jahr) bzw. kurzfristiger Verfügbarkeit erfolgt. Die Vermögens- und Kapitalstruktur sowie deren Veränderungen gegenüber dem Vorjahr ergeben sich aus den folgenden Zusammenstellungen der Bilanzzahlen:

	31.12.2016		31.12.2015		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Vermögensstruktur						
Langfristig gebundenes Vermögen						
Anlagevermögen	15	2,5	19	4,0	-4	-21,0
Kurzfristig gebundenes Vermögen						
Umlaufvermögen	574	97,5	480	96,2	94	19,6
Gesamtvermögen	589	100,0	499	100,0	90	18,0
Summe Aktiva	589		499		90	18,0

	31.12.2016		31.12.2015		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Kapitalstruktur						
Langfristig verfügbares Kapital						
Eigenkapital	2	0,3	-64	0,0	66	
Kurzfristig verfügbares Kapital						
Fremdkapital	587	99,7	563	100,0	24	4,3
Gesamtkapital	589	100,0	499	100,0	90	18,0

II.II Analyse der Ertragslage

Die Umsatzerlöse sind im Berichtsjahr 2016 von 5.768 TEUR auf 6.122 TEUR gestiegen. Dabei setzte sich der Umsatz wie folgt zusammen:

Verpflegung	TEUR 3.003
Reinigung	TEUR 1.345
Hol- und Bringendienste	TEUR 190
Sonstige Dienstleistungen	TEUR 1.348
Sonstige Umsatzerlöse	<u>TEUR 236</u>
Gesamt	TEUR 6.122

Die Erhöhung des Umsatzes von insgesamt 353 TEUR (= 6,14%) resultiert aus den Erträgen aus Pflegedienstleistungen sowie den Umgliederungen die sich aus der Neudefinition der Umsatzerlöse nach § 277 Abs. 1 HGB ergeben haben. Die Personalkosten stiegen gegenüber dem Vorjahr um 202 TEUR. Dies entspricht einer Steigerung von 5,76%. Ursächlich ist hierfür die Erhöhung der



Beschäftigtenzahl im Pflegedienst. Im Vergleich zum Vorjahr verringerten sich die Abschreibungen um 2 TEUR, die sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich um 17 TEUR. Insgesamt wurde wie im Vorjahr ein Betriebsergebnis von 67 TEUR erzielt. Nach Abzug des Finanzergebnisses (TEUR – 2) verbleibt Jahresüberschuss in Höhe von 65 TEUR (Vorjahr 65 TEUR). Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Streikmaßnahmen aus dem Jahr 2010 haben die wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft auch in 2016 beeinflusst. Im Geschäftsjahr 2016 konnte der „Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“ ausgeglichen werden. Mit dem erzielten Jahresüberschuss in Höhe von 65 TEUR konnte wiederum ein wesentlicher Beitrag zur wirtschaftlichen Sanierung der Gesellschaft geleistet werden. Gegenüber dem Wirtschaftsplan 2016 wurde das Ergebnis bestätigt. Der Ansatz im Wirtschaftsplan wurde bei den Erträgen aus Verpflegungsdienstleistungen um – 97 TEUR sowie bei den Erträgen aus Reinigungsdienstleistungen um – 62 TEUR unterschritten. Bei den Erträgen aus Pflegedienstleistungen und Patiententransport wurde der Ansatz sogar um – 369 TEUR unterschritten. Mehraufwendungen ergeben sich im Instandhaltungsbereich (TEUR 48), sowie im Sonstigen Sachaufwand (TEUR 3). Die Personalaufwendungen unterschritten den Planansatz um rd. TEUR –333. Dies betrifft in erster Linie den Pflegedienst und Patiententransport. Die Lebensmittelaufwendungen konnten um – 124 TEUR gegenüber der Planzahl verringert werden. Die übrigen Positionen des Erfolgsplans haben sich planmäßig entwickelt, nennenswerte Abweichungen von den Planwerten sind nicht festzustellen.

II.III Analyse der Finanzlage

Zur Beurteilung der Finanzlage im Berichtsjahr wurde die nachstehende Kapitalflussrechnung auf der Grundlage des Finanzmittelfonds (= kurzfristig verfügbare flüssige Mittel) erstellt:

	WJ 2016
	<u>TEUR</u>
Periodenergebnis	65
+ Abschreibungen	+4
+/- Zu-/Abnahme der Rückstellungen	+24
Zu-/Abnahme der Vorräte	-7
-/+ Zu-/Abnahme der Forderungen aus Lieferung und Leistung (soweit nicht Investitions- oder Finanzierungstätigkeit)	+4
-/+ Zu-/Abnahme der Forderungen gegen Gesellschafter/Sonstigen	+106
+/- Zu-/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung (soweit nicht Investitions- oder Finanzierungstätigkeit)	-14
+/- Zu-/Abnahme der Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter und sonstigen Verbindlichkeiten (soweit nicht Investitions- oder Finanzierungstätigkeit)	<u>+16</u>
= Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit (I.)	198
- Auszahlungen für Investitionen in das Anlagevermögen	0
= Cashflow aus der Investitionstätigkeit (II.)	0
- Einzahlungen aus Mittelzufluss der Gesellschafter (rollierender Vorschuss)	0
= Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit (III.)	0
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds (Saldo aus I. bis III.)	198
+ Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	239
= Finanzmittelfonds am Ende der Periode	<u>437</u>



II.IV Kennzahlen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die nachfolgende Übersicht zeigt die Entwicklung einiger wesentlicher Kennzahlen im Verlauf der letzten 5 Geschäftsjahre:

	<u>31.12.2012</u>	<u>31.12.2013</u>	<u>31.12.2014</u>	<u>31.12.2015</u>	<u>31.12.2016</u>
Anlagenintensität (in %)					
<u>Anlagevermögen</u>	4,4	2,4	3,1	3,4	3,0
Gesamtkapital					
Eigenkapitalquote (in %)					
<u>Eigenkapital</u>	negativ	negativ	negativ	negativ	positiv
Gesamtkapital					
Liquidität (in %) 1. Grades					
<u>liquide Mittel</u>	5,4	33,3	46,0	43,0	74,0
kurzfr. Verbindlichkeiten					
3. Grades					
<u>Liqu. Mittel + Ford. + RAP</u>					
kurzfr. Verbindlichkeiten	39,7	56,5	69,4	86,0	97,0
Working Capital (in TEUR)					
=Umlaufvermögen-kurzfr. FK	-263	-200	-143	-83	-14
Umsatzrentabilität (in %)					
<u>Betriebsergebnis</u>	1,8	1,03	1,10	1,13	1,14
Umsatzerlöse					

C. Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft

Im Hinblick auf die Überschuldungsproblematik ist zudem ein Beschluss des Bundestages vom 09.11.2012 von Relevanz, wodurch die bis zum 31.12.2013 geltende Befristung des Überschuldungsbegriffs der Insolvenzordnung nach Maßgabe des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes aufgehoben wurde. Diese Befristungsenthebung bedeutet, dass auch nach diesem Zeitpunkt keine Überschuldung im Sinne des Insolvenzrechts vorliegt, wenn die Fortführung des Unternehmens nach den Umständen überwiegend wahrscheinlich ist. Aufgrund der positiven Entwicklung in den letzten Jahren kann unter der Annahme von stabilen externen Faktoren von einer Fortführung der Gesellschaft ausgegangen werden. Hierfür spricht auch der im Wirtschaftsplan 2017 prognostizierte Jahresüberschuss von TEUR 28, der durch die Hochrechnung der ersten Monate des Jahres 2017 bestätigt wird. Derzeit sind keine konkreten Risiken für die Gesellschaft erkennbar. Eine mögliche Gefährdung des Unternehmens kann zum Beispiel durch Streikmaßnahmen oder ähnliche wesentliche Beeinträchtigungen eintreten. Unter der Voraussetzung, dass solche negativen Ereignisse die MZ-Service-GmbH nicht treffen werden, kann davon ausgegangen werden, dass sich die Gesellschaft im kommenden Jahr positiv entwickeln wird.

Würselen, den 15.03.2017

gez. René A. Bostelaar
(Geschäftsführer)

Parkplatz Marienhöhe GmbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziele

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung, Erweiterung und insbesondere der Betrieb von Parkflächen, die für den Betrieb des Medizinischen Zentrums StädteRegion Aachen am Standort Marienhöhe in Würselen unter Berücksichtigung des vorhandenen Bedarfes an Stellflächen erforderlich sind. Zu den Aufgaben der Gesellschaft gehört die Erledigung aller mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängenden und seinen Belangen dienenden Geschäfte. Die Gesellschaft kann sich zur Erfüllung dieser Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sie erwerben, sie errichten oder sich an ihnen beteiligen.

Die Parkplatz Marienhöhe GmbH kommt ihrem Gesellschaftszweck und damit dem Beteiligungsziel ihres Gesellschafters StädteRegion Aachen seit ihrer Gründung im Jahr 1998 nach. Schnell zeigte sich in den ersten Jahren nach der Inbetriebnahme des Parkplatzes die hohe Akzeptanz durch die verschiedenen Nutzergruppen, wie z.B. ambulante und stationäre Patienten, Angehörige und Besucher sowie Beschäftigte des Krankenhauses. Dies hatte zur Folge, dass die ursprünglich errichteten 144 Stellflächen oftmals vollständig belegt waren, so dass im Jahr 2005 eine Erweiterung des bestehenden Parkplatzes erfolgte. Nunmehr stehen 202 Stellplätze für die zuvor genannten Nutzer sowie für die Beschäftigten des nahe gelegenen Amtes für Altenarbeit der StädteRegion Aachen und die Unterrichtskräfte und die Auszubildenden des Fachseminars für Altenpflege zur Verfügung.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft hat einen Geschäftsführer oder mehrere Geschäftsführer. Die Gesellschaft wird von mindestens zwei Geschäftsführern gemeinsam vertreten. Ist nur ein Geschäftsführer vorhanden, so ist dieser alleine vertretungsberechtigt.

Aufsichtsrat:

Der Aufsichtsrat besteht aus den jeweiligen Mitgliedern, die der Städteregionstag in den Aufsichtsrat der Medizinisches Zentrum StädteRegion Aachen gGmbH entsandt hat. Eine persönliche Vertretung der Aufsichtsratsmitglieder ist möglich.

Gesellschafterversammlung:

Die StädteRegion Aachen als Alleingesellschafter wird in der Gesellschafterversammlung durch bis zu zwei Bevollmächtigte vertreten. Die Stimmabgabe kann nur einheitlich erfolgen.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Franz Klein

Vertreter der StädteRegion im Aufsichtsrat:

Vorsitzender	Helmut Etschenberg	Städteregionsrat
	Carl Meulenbergh	sachkundiger Bürger
	Peter Timmermanns	Städteregionstagsmitglied
	Christoph Simon	sachkundiger Bürger
	Doris Harst	Städteregionstagsmitglied
	Stefan Mix	Städteregionstagsmitglied

Vertreter der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung:

Axel Hartmann	Allg. Vertreter d. Städteregionsrates
Peter Timmermanns	Städteregionstagsmitglied

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Sitz: 52146 Würselen

gezeichnetes Kapital: 25.564,59 Euro

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
StädteRegion Aachen	25.564,59	100

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2014	2015	2016
	- in € -	- in € -	- in € -
A. Anlagevermögen	219.057	586.731	556.768
I. Imm. Vermögensgegenst.	0	0	0
II. Sachanlagen	219.057	586.731	556.768
B. Umlaufvermögen	413.868	191.441	364.194
I. Forderungen / sonst. VG	3.248	79.631	0
II. Kassenbestand, Guthaben	410.620	191.440	364.194
Bilanzsumme Aktiva	632.925	857.802	920.961
A. Eigenkapital	613.743	708.392	826.502
I. Gezeichnetes Kapital	25.565	25.565	25.565
II. Kapitalrücklage	124.489	124.489	124.489
III. Gewinnrücklage	398.783	463.689	558.338
IV. Jahresüberschuss	64.906	94.649	118.110
B. Rückstellungen	11.200	58.479	45.438
C. Verbindlichkeiten	7.982	85.085	42.133
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0	5.846	6.888
Bilanzsumme Passiva	632.925	857.802	920.961

Gewinn- und Verlustrechnung:	2014	2015	2016
	- in € -	- in € -	- in € -
Umsatzerlöse	182.596	266.911	315.478
Personalaufwand	-	18.857	19.651
Materialaufwand	-	47.010	42.425
Abschreibungen	-	24.510	42.557
sonst. betriebl. Aufwendungen	-	34.820	34.019
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-	47.107	58.682
Ergebnis nach Steuern	-	94.710	118.172
Jahresüberschuss/-fehlbetrag n. Steuern	64.906	94.649	118.110

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2014	2015	2016
Mitarbeiter/innen	1	1	1

Indikatoren zur Vermögens- Finanz- und Ertragslage	2014	2015	2016
	in %	in %	in %
Anlagenintensität / Anlagenquote	34,61	68,40	60,46
Eigenkapitalquote	96,87	82,58	89,74
Anlagendeckungsgrad I	2,8	1,2	1,48
Liquidität 1. Grades	51,45	210,53	742,93
Eigenkapitalrentabilität	15,89	20,02	21,40

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Die StädteRegion Aachen ist als Alleingeschafterin der Gesellschaft hinsichtlich der Ergebnisverwendung verantwortlich. Für das Geschäftsjahr 2016 hat die StädteRegion Aachen im Haushaltsjahr 2017 eine Gewinnausschüttung in Höhe von 16.000 € (brutto) der Parkplatz GmbH erhalten. Die Parkplatz Marienhöhe GmbH nimmt Geschäftsbesorgungsleistungen der MZ GmbH in Anspruch. Hierbei handelt es sich um die Finanz- und Anlagenbuchhaltung sowie Leistungen in den Bereichen Beschaffung, Verwaltung, Technik und Pflege der Außenanlagen für die Parkplatz Marienhöhe GmbH. Diese Leistungen wie auch Gemeinkosten werden der Parkplatz Marienhöhe GmbH vom Medizinischen Zentrum in Rechnung gestellt. Mit Datum vom 20.08.2004 wurde dazu eine Vereinbarung zwischen den Gesellschaften abgeschlossen.

Angaben des Lageberichtes zur öffentlichen Zwecksetzung

In der Vorhaltung der Parkflächen für den Krankenhausbetrieb liegt der öffentliche Zweck der Gesellschaft. Es handelt sich beim Gesundheitswesen an sich um eine Aufgabenerfüllung im

öffentlichen Interesse als nichtwirtschaftlich zulässige Betätigung nach der Gemeindeordnung. Das gilt auch für die ergänzend zu bewirtschaftenden Parkflächen.

Lagebericht der Gesellschaft

Der Lagebericht stellt zunächst den Gegenstand des Unternehmens dar.

Im Hinblick auf die Verlagerung von Fachabteilungen vom Betriebsteil Bardenberg an den Standort Marienhöhe durch das Medizinische Zentrum hat der Aufsichtsrat der Parkplatz Marienhöhe GmbH im Jahr 2014 die Errichtung eines weiteren Parkplatzes beschlossen, um den daraus resultierenden höheren Bedarfs an Parkflächen nachzukommen. Mit den diesbezüglichen Planungen und vorbereitenden Maßnahmen wurde im Jahr 2014 begonnen, die Fertigstellung und Inbetriebnahme des 142 Stellplätze umfassenden neuen Parkplatzes für die Beschäftigten des Krankenhauses erfolgte im August 2015. Somit betreibt die Gesellschaft nunmehr insgesamt 344 Stellplätze rund um das Krankenhaus.

Die positive Entwicklung der Gesellschaft konnte im Geschäftsjahr 2016 erfolgreich fortgesetzt werden. Die wirtschaftliche Lage hat sich durch die Erzielung eines Überschusses von rd. 118 TEUR weiterhin verbessert. Dabei erhöhten sich die Umsatzerlöse aus Parkplatzgebühren von rd. 267 TEUR auf ca. 315 TEUR um rd. 48 TEUR (+ 26,2 %). Die deutliche Umsatzsteigerung resultiert aus dem erstmals ganzjährigen Betrieb des neuen Mitarbeiterparkplatzes sowie des ersten vollen Jahres seit der Verlagerung von Kliniken des Medizinischen Zentrums von Bardenberg nach Marienhöhe und die damit verbundene gestiegene Zahl von Nutzern der Parkflächen durch Die Summe der Kosten aus Personal- und Materialaufwendungen sowie aus den sonstigen betrieblichen Aufwendungen betrug im Jahr 2016 rd. 96 TEUR und lag damit um 5 TEUR unter dem Vorjahr (101 TEUR). Die wesentlichen Veränderungen betrafen den Verwaltungsbedarf (- 4 TEUR), die Instandhaltungen (-12 TEUR) sowie die Pacht aufwendungen (+11 TEUR). Die Abschreibungen auf Sachanlagen erhöhten sich planmäßig auf 43 TEUR (+18 TEUR).

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit beläuft sich im Geschäftsjahr 2016 auf 177 TEUR (Vorjahr 142 TEUR). Hierauf fallen Gewerbe- und Körperschaftssteuern in Höhe von 59 TEUR an. Nach Abzug der Ertragssteuern verbleibt für das Jahr 2016 ein Jahresüberschuss in Höhe von 118.109,74 EUR (Vorjahr 94.648,61 EUR). Der Wirtschaftsplanansatz des Jahres 2016 von 55 TEUR konnte damit um rd. 64 TEUR übertroffen werden. Ursache hierfür war zum einen die hohe Umsatzsteigerung, zum anderen wurde eine vorsorglich eingeplante großflächige Fahrbahnsanierung auf dem Besucherparkplatz durch kleinere Reparaturmaßnahmen ersetzt.

Die Gesamtinvestitionen beliefen sich im Jahr 2016 auf 13 TEUR. Hierbei handelt es sich um die Anschaffung eines 2. Kassenautomaten, der im Eingangsbereich des Krankenhauses aufgestellt und installiert wurde. Unter Berücksichtigung der Abschreibungen verringerte sich das Anlagevermögen um rd. 30 TEUR auf 557 TEUR.

Der erzielte Jahresüberschuss wirkte sich positiv auf die Liquiditätslage des Unternehmens aus. So erhöhten sich die liquiden Mittel zum Bilanzstichtag von 191 TEUR auf 364 TEUR (+173 TEUR).

Für das Jahr 2017 wird wiederum ein positiver Geschäftsverlauf erwartet. Dabei wird mit relativ konstant bleibenden Umsätzen gerechnet. Weitere Einnahmesteigerungen sind kaum zu erwarten, da bereits heute eine Vollauslastung an vielen Tagen erreicht wird. Unter Berücksichtigung von zu erwartenden Kostensteigerungen wird im Wirtschaftsplan für das Jahr 2017 ein Jahresüberschuss nach Steuern in Höhe von 75 TEUR prognostiziert.

Anzumerken ist, dass die Gesellschafterversammlung der Parkplatz Marienhöhe GmbH in der Sitzung vom 19.12.2016 den Ankauf des bislang von der Medizinisches Zentrum StädteRegion Aachen GmbH gepachteten Grundstückes (Mitarbeiterparkplatz P5) beschlossen hat.

Perspektivisch ist darauf hinzuweisen, dass sich die Gesellschafter des Medizinischen Zentrums für eine mittelfristige Verlagerung aller derzeit noch in Bardenberg betriebenen Fachabteilungen zum Betriebsteil Marienhöhe ausgesprochen haben. Dies wird eine weitere Nachfrage nach Parkflächen an diesem Standort nach sich ziehen. Sollte dieser Bedarf wiederum durch die Parkplatz Marienhöhe GmbH gedeckt werden sollen, so sind diesbezüglich frühzeitige Planungen aller Beteiligten vorzunehmen.

Würselen, 29. März 2017

Franz Klein
Geschäftsführer

Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen

Aufgaben / Beteiligungsziele

Das Senioren- und Betreuungszentrum in Eschweiler ist eine öffentliche Einrichtung der StädteRegion Aachen, die ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke verfolgt und die als Sondervermögen der StädteRegion nach den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung und den Bestimmungen dieser Betriebssatzung geführt wird. Zweck der Einrichtung ist es, alten und pflegebedürftigen Menschen in ihrer häuslichen Umwelt Unterstützung zukommen zu lassen oder als Lebensraum zu dienen.

Bis Ende 2008 war das Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen in Eschweiler eine rein vollstationäre Pflegeeinrichtung mit 240 Plätzen. Seit 2009 wird die Umsetzung eines in 2007 aufgrund von sich ändernden demographischen Entwicklungen und finanziellen Voraussetzungen im Pflegebereich erstellten zukunftsorientierten Wohn- und Nutzungskonzeptes für das Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen betrieben. Dieses innovative Modell sieht die sukzessive Renovierung der mittlerweile 35 Jahre alten Gebäudeteile sowie die Entwicklung eines mehrstufigen Angebotes in den Bereichen vollstationäre Pflege, ambulante Pflege, Tagespflege und betreutem Wohnen vor.

Angaben des Lageberichtes zur öffentlichen Zwecksetzung

Das Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen in Eschweiler ist eine öffentliche Einrichtung der StädteRegion Aachen, die ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke verfolgt und die als Sondervermögen der StädteRegion nach den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung und den Bestimmungen einer Betriebssatzung geführt wird. Zweck der Einrichtung ist es, alten und pflegebedürftigen Menschen in ihrer häuslichen Umwelt Unterstützung zukommen zu lassen oder als Lebensraum zu dienen.

Das SBZ besitzt als Einrichtung der StädteRegion Aachen auf dem Gebiet des Sozialwesens keine eigene Rechtspersönlichkeit. Es stellt ein so genanntes „nichtwirtschaftliches Unternehmen“ i.S.v. § 107 Abs. 2 Nr. 2 GO NRW dar.

Organe des Sondervermögens

Verwaltungsleitung:

Zur Leitung der Einrichtung wird ein Verwaltungsdirektor bestellt. Der Eigenbetrieb wird von dem Verwaltungsdirektor selbständig geleitet, soweit nicht durch die Kreisordnung, die

Gemeindeordnung, die Eigenbetriebsverordnung und die Satzung etwas anderes bestimmt ist. Dem Verwaltungsdirektor obliegt insbesondere die laufende Betriebsführung. Der Verwaltungsdirektor ist dafür verantwortlich, dass die Einrichtung wirtschaftlich geführt wird und ihre soziale Aufgabe erfüllt.

Verwaltungsausschuss:

Der Verwaltungsausschuss besteht aus 18 Mitgliedern. Werden in den Verwaltungsausschuss sachkundige Bürgerinnen/Bürger gewählt, so haben sie die gleiche Rechtsstellung wie die übrigen Ausschussmitglieder, soweit nicht gesetzliche Bestimmungen entgegenstehen. Wer durch seine berufliche Tätigkeit in regelmäßigen Geschäftsbeziehungen oder im Wettbewerb mit der Einrichtung steht oder für Einrichtungen tätig ist, auf die die vorstehenden Voraussetzungen zutreffen, darf nicht Mitglied des Verwaltungsausschusses sein. § 7 Abs. 1 der Betriebssatzung enthält einen Katalog der Angelegenheiten, in denen der Verwaltungsausschuss entscheidet. Der Verwaltungsausschuss berät außerdem die Angelegenheiten vor, die vom Städteregionstag zu entscheiden sind. Er entscheidet in den Angelegenheiten, die der Beschlussfassung des Städteregionstags unterliegen, falls die Angelegenheit keinen Aufschub duldet. In Fällen äußerster Dringlichkeit kann der Städteregionsrat mit dem Vorsitzenden des Verwaltungsausschusses entscheiden. § 50 Abs. 3 Satz 3 und Satz 4 der Kreisordnung gelten entsprechend. Ist in einer unaufschiebbaren Angelegenheit, die in die Zuständigkeit des Verwaltungsausschusses fällt, die Entscheidung des Verwaltungsausschusses nicht rechtzeitig möglich, so kann der Städteregionsrat mit dem Vorsitzenden und einem weiteren Mitglied des Verwaltungsausschusses entscheiden. Diese Entscheidung ist dem Verwaltungsausschuss in seiner nächsten Sitzung zur Genehmigung vorzulegen. Er kann die Entscheidung aufheben, soweit nicht schon durch die Ausführung der Beschlüsse Rechte anderer entstanden sind.

Städteregionstag:

Der Städteregionstag entscheidet in allen Angelegenheiten, die ihm durch die Kreisordnung, die Eigenbetriebsverordnung oder die Hauptsatzung vorbehalten sind.

Städteregionsrat:

Im Interesse der Einheitlichkeit der Verwaltungsführung kann der Städteregionsrat dem Verwaltungsdirektor Weisungen erteilen. Der Verwaltungsdirektor hat den Städteregionsrat über alle wichtigen Angelegenheiten der Einrichtung rechtzeitig zu unterrichten und ihm auf Verlangen Auskunft zu erteilen. Der Städteregionsrat und der Verwaltungsdirektor haben den Verwaltungsausschuss über alle wichtigen Angelegenheiten der Einrichtung rechtzeitig zu unterrichten. Glaubt der Verwaltungsdirektor nach pflichtgemäßem Ermessen die Verantwortung für die Durchführung einer Weisung des Städteregionsrates nicht übernehmen zu können und führt ein Hinweis auf entgegenstehende Bedenken des Verwaltungsdirektors nicht zu einer Änderung der Weisung, so hat er sich an den Verwaltungsausschuss zu wenden.

Kämmerer der StädteRegion:

Der Verwaltungsdirektor hat dem Kämmerer den Entwurf des Wirtschaftsplanes und des Jahresabschlusses, die Vierteljahresübersichten oder vierteljährlichen Zwischenabschlüsse, die Ergebnisse der Betriebsstatistik und die Selbstkostenrechnungen rechtzeitig zuzuleiten; er hat ihm ferner auf Anforderung alle sonstigen finanzwirtschaftlichen Auskünfte zu erteilen. Vor der Entscheidung über eine Angelegenheit der Einrichtung, die den Haushalt des Kreises berührt, ist der Kämmerer zu hören. Werden solche Angelegenheiten im Verwaltungsausschuss beraten, so ist er einzuladen.

Besetzung der Organe

Verwaltungsdirektor:

Dipl.-Kfm. Bernhard Müller

Mitglieder des Verwaltungsausschusses:

Franz Körlings	Städteregionstagsmitglied
Eva Malecha	Städteregionstagsmitglied
Willi Bündgens	Städteregionstagsmitglied
Silke Bastian	Städteregionstagsmitglied
Josefine Lohmann	Städteregionstagsmitglied
René Maaßen	Städteregionstagsmitglied
Kunibert Matheis	Städteregionstagsmitglied
Harro Mies	Städteregionstagsmitglied
Edith Nolden	Städteregionstagsmitglied
Margret Roitzsch	Städteregionstagsmitglied
Andreas Vroels	Städteregionstagsmitglied
Albert Borchardt	sachkundige/r Bürger/in
Joel Dettloff	sachkundige/r Bürger/in
Horst Felber	sachkundige/r Bürger/in
Andreas Gebhardt	sachkundige/r Bürger/in
Herbert Geller	sachkundige/r Bürger/in
Dagmar Göbbels	sachkundige/r Bürger/in
Hermann Hartong	sachkundige/r Bürger/in
Marita Stahl	sachkundige/r Bürger/in
Monique Weckmann	sachkundige/r Bürger/in

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform:	Sondervermögen der StädteRegion Aachen
Sitz:	52249 Eschweiler
gezeichnetes Kapital:	4.091.000 Euro

Vermögensträger:	Anteil in €	Anteil in %
StädteRegion Aachen	4.091.000	100

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

	2014	2015	2016
	- in € -	- in € -	- in € -
Bilanz:			
A. Anlagevermögen	15.474.866	14.946.195	14.191.941
I. Imm. Vermögensgegenst.	28.745	27.849	20.788
II. Sachanlagen	15.446.121	14.918.346	14.191.941
B. Umlaufvermögen	2.882.895	3.515.717	4.693.612
I. Vorräte	69.443	60.256	61.773
II. Forderungen/sonst. VG	315.485	375.771	213.098
III. Kassenbestand, Guthaben	2.497.967	3.079.689	4.413.781
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0	2.192	4.959
Bilanzsumme Aktiva	18.357.761	18.464.103	18.906.341
A. Eigenkapital	11.376.476	12.042.550	12.743.186
I. Stammkapital	4.091.000	4.091.000	4.091.000
II. Kapitalrücklagen	617.426	617.426	617.426
III. Gewinnrücklagen			
a) zweckgeb. Rücklagen	28.469	28.469	28.469
b) freie Rücklagen	6.047.642	6.639.580	7.305.655
IV. Jahresüberschuss	591.939	666.074	700.636
B. Rückstellungen	738.094	306.091	305.549
C. Verbindlichkeiten	6.109.750	5.966.977	5.568.821
D. Rechnungsabgrenzungsposten	133.441	148.485	288.785
Bilanzsumme Passiva	18.357.761	18.464.103	18.906.341
	2014	2015	2016
Gewinn- und Verlustrechnung:	- in € -	- in € -	- in € -
* Erträge aus dem Betrieb SBZ	9.914.877	10.310.399	10.679.175
Umsatzerlöse	-	1.007.437	797.376
Zuw. und Zuschüsse Betriebskosten	354.206	565.691	851.108
Sonst. betriebl. Erträge	869.639	115.091,16	45.108
Materialaufwand	1.638.843	1.829.896	1.739.621
Personalaufwand	6.778.326	7.670.867	8.219.088
Aufwendungen zentrale Dienstleist.	544.806	388.293	320.462
Aufwendungen f. Instandhaltung u. Instandsetzung	387.429	262.268	257.022
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	591.939	666.074	700.636

* Enthalten sind: Erträge aus allgemeinen Pflegeleistungen gem. PflegeVG, Erträge aus Unterkunft und Verpflegung, Erträge aus Transportleistungen nach PflegeVG, Erträge aus gesonderter Berechnung von Investitionskosten gegenüber Pflegebedürftigen und Erlöse vollstationäre Pflege Stufe 0.

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2014	2015	2016
Durchschnittliche Zahl der Beschäftigten *	140,91	149,61	154,62
* (berechnet nach Vollkräften/ Personalkosten)			
Indikatoren zur Vermögens- Finanz- und Ertragslage	2014	2015	2016
	in %	in %	in %
Anlagenintensität / Anlagenquote	84,1	81,0	75,2
Investitionsquote	1,0	1,2	0,3
Eigenkapitalquote	62,0	65,2	67,4
Anlagendeckungsgrad I	73,7	80,7	89,7
Liquidität 1. Grades	216,7	369,8	538,1
Eigenkapitalrentabilität	5,5	5,9	5,8

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Das Senioren- und Betreuungszentrum als Sondervermögen der StädteRegion Aachen verfügt über keine eigene Rechtsfähigkeit, ist aber sowohl organisatorisch als auch wirtschaftlich selbständig. Sondervermögen werden haushaltsmäßig in Form einer Sonderrechnung behandelt, die als getrennte Rechnung neben dem Haushaltsplan des Vermögensträgers geführt wird. Auch im Haushaltsjahr 2016 hat keine Verbindung zum Städteregionshaushalt dergestalt bestanden, dass vom bzw. zum SBZ Mittel zu- oder abgeflossen sind.

Wesentliche Leistungsbeziehungen zu anderen Beteiligungen der StädteRegion Aachen bestehen nicht.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Das Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen in Eschweiler ist eine öffentliche Einrichtung der StädteRegion Aachen, die ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke verfolgt und die als Sondervermögen der StädteRegion nach den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung und den Bestimmungen einer Betriebssatzung geführt wird. Zweck der

Einrichtung ist es, alten und pflegebedürftigen Menschen in ihrer häuslichen Umwelt Unterstützung zukommen zu lassen oder als Lebensraum zu dienen. Die Einrichtung wurde im November 1891 gegründet. Sie feiert derzeit ihr 125jähriges Jubiläum. Die genutzten Gebäudeteile wurden im November 1977 neu gebaut, sind also mittlerweile 40 Jahre alt. Bis Ende 2008 war das Senioren- und Betreuungszentrum StädteRegion Aachen in Eschweiler eine rein vollstationäre Pflegeeinrichtung mit 240 Plätzen. Seit 2009 wird die Umsetzung eines in 2007 aufgrund von sich ändernden demographischen Entwicklungen und finanziellen Voraussetzungen im Pflegebereich erstellten zukunftsorientierten Wohn- und Nutzungskonzeptes für das Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen betrieben. Das war notwendig geworden, da die Einrichtung an die sich schnell ändernden Rahmenbedingungen angepasst und baulich grundlegend modernisiert werden musste. Dieses Modell sieht die sukzessive Renovierung der 40 Jahre alten Gebäudeteile sowie die Entwicklung eines mehrstufigen Angebotes in den Bereichen vollstationäre Pflege, ambulante Pflege, Tagespflege und Betreutem Wohnen vor. Die Renovierung von Eingangshalle und Cafeteria erfolgte bereits Ende 2000. Der Pflgetrakt A wurde in mehreren Schritten bis zum Jahr 2004 grundlegend saniert. Diese Sanierung des Pflgetraktes wurde seit Anfang 2009 fortgesetzt. Der Pflgetrakt B wurde in 2009 um zwei Etagen aufgestockt und die bestehenden Etagen wurden bis April 2011 sukzessive renoviert. Dabei wurden aus den Zweibettzimmern Einbettzimmer mit eingebauter Nasszelle. Nach dieser erfolgreichen Renovierung und Aufstockung werden im Pflgetrakt B statt 60 Plätzen auf drei Etagen 65 Plätze auf fünf Etagen vorgehalten. Die ab 2018 geforderte 1-Bettzimmer-Quote von 80% wird seitdem in der Einrichtung gewährleistet. Im Erdgeschoss wurde in 2009 der Gemeinschaftssaal zu einem flexibel nutzbaren Kommunikations- und Veranstaltungszentrum ausgebaut. Dies ermöglicht, große Veranstaltungen im Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen aufzunehmen und fördert die Öffnung des Hauses für externe Nutzer und das soziale Miteinander in der großen Gruppe. In 2010 wurde der Eingangsvorplatz neu gestaltet. Ein den Vorplatz trennender Unterstand wurde beseitigt und durch große Gastronomieschirme ersetzt. Der so um den Brunnen geschaffene neue, größere Raum wurde in der Schönwetterperiode ebenfalls für viele, den sozialen Zusammenhalt im Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen fördernde Aktivitäten genutzt. Im November 2011 wurde neben dem stationären Bereich des Senioren- und Betreuungszentrums der StädteRegion Aachen in Eschweiler eine Wohnanlage mit 38 zu betreuenden Wohnungen fertig gestellt. Für jeweils 12 bzw. 13 Wohnungen wird je Etage ein großzügiger Gemeinschaftsbereich vorgehalten. Die Gemeinschaftsräume dienen als Begegnungsstätte, die soziale Kontakte fördert und zur Hilfe zur Selbsthilfe angeregt. Die Gemeinschaftsräume bestehen aus einer Wohnküche mit angeschlossenem Wohn-/Essbereich und einer großen Sonnenterrasse. Die Wohnungen selbst sind zwischen 39 und 46 qm groß und für eine bzw. zwei Personen geeignet. Durch das betreute Wohnen sollen die Senioren bereits in einem frühen Stadium vor Eintritt der Pflegebedürftigkeit an Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen gebunden werden. Der Erstbezug erstreckte sich über ein Jahr, so dass seit November 2012 die volle Auslastung erreicht ist. In 2011 wurde am Ende der Lieferantzufahrt ein neuer Parkplatz mit 30 Plätzen errichtet, um die angespannte Situation, insbesondere während der Schichtwechsel und Hauptberufszeiten, zu entzerren. Mittlerweile ist auch dieser Parkplatz voll ausgenutzt. Des Weiteren wurde ein Mehrgenerationenspielplatz gegenüber dem Betreuten Wohnen vor der Kapelle im Park hergerichtet. besteht aus einer kleinen

Minigolfanlage, diversen Bewegungs- und Koordinationsgeräten sowie Sandkasten und Klettergeräten für die kleinsten Gäste des SBZs. Dieser Mehrgenerationenspielplatz wurde im Frühjahr 2012 für die Öffentlichkeit frei- gegeben und-wird seitdem in der Schönwetterperiode von Bewohnern und Anwohnern genutzt. Durch beide Maßnahmen wurde die Attraktivität des Senioren- und Betreuungszentrums auch für externe Besucher gesteigert. Dem Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen wurde Anfang 2009 durch die Pflegekassen die Zulassung eines ambulanten Pflegedienstes erteilt. Bereits 2008 wurden die räumlichen Voraussetzungen für Beratung und Dokumentation geschaffen. Sieben Fahrzeuge sind derzeit für den ambulanten Pflegedienst im Einsatz. Zusätzlich wird mit vier Fahrzeugen ein Menüservice zum Mittagstisch für die Senioren daheim angeboten. Beide Bereiche wachsen stetig. Beim Essen auf Rädern ist die Kapazitätsgrenze der vorhandenen Fahrzeuge erreicht. Seit Anfang 2015 ist der ambulante Pflegedienst auch qualifiziert und zugelassen, um allgemeine ambulante Palliativversorgung durchführen zu können. Damit hat das Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen auf die Novellierung des Landespflegegesetzes NRW reagiert. Die Novellierung des Landespflegegesetzes NRW aus 2008 und des Pflegeneuausrichtungsgesetzes von 2012 sowie die Pflegestärkungsgesetze I und II aus 2014 bzw. 2015 forcieren den Trend, der ambulanten Pflöge den Vorzug vor der teuren voll stationären Pflege zu geben. So wurden die Pauschalen, die für die einzelnen Pflegestufen im ambulanten Sektor von den Pflegekassen gezahlt werden, erhöht. Im stationären Bereich wurden dagegen keine Veränderungen vorgenommen. Auch wurde ein zusätzliches Budget im ambulanten Bereich bereitgestellt, um Pflegebedürftige in Tagespflegen unterbringen zu können. Bislang konkurrierten ambulante Pflegedienste und Tagespflegen um das eingeschränkte ambulante Budget. Die Erhöhung des ambulanten Budgets und das zusätzliche Entgelt für die Tagespflege fördern die Unterbringung in den häuslichen Räumen mit einer tagesstrukturierten Betreuung in Tagespflegen .Auch darauf hat das Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen bereits in 2009 kurzfristig reagiert und nicht genutzte Tjquebierräume im Erdgeschoss des Pfelegetraktes B neben dem Gemeinschaftssaal Anfang 2009 zu einer Tagespflege aus- und umgebaut. Nach Abschluss eines Versorgungsvertrages kann nun die Betreuung von durchschnittlich zwölf Tagesgästen betrieben werden. Die Tagespflege hat die Vollauslastung erreicht und eine Warteliste gebildet. Die Transporte der Tagespflegegäste werden zum Teil durch das SBZ selbst erbracht. Dafür wurde in 2011 aus Spendengeldern ein komfortables Fahrzeug, mit welchem auch Rollstuhlfahrer befördert werden können, angeschafft. Da das strategische Ziel, eine qualitativ sehr hochwertige Unterbringung, Versorgung, Betreuung und Pflege anzubieten, seit einigen Jahren im Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen in Eschweiler verfolgt wird, wurden nicht nur die baulichen inneren und äußeren Rahmenbedingungen verbessert, sondern auch kontinuierlich an der Pflege- und Betreuungsqualität gearbeitet. Dazu beteiligte man sich an vielen Projekten, wie z. B. dem Demenzlabel der StädteRegion Aachen, dem Hygiene-Siegel von EuPrevent, dem Ausbau des Qualitätsmanagements, der Einführung hochwertiger Pflegestandards und vielem mehr. Die personellen Erfordernisse wurden immer eingehalten. Um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, wird intensiv in der Altenpflege ausgebildet. Für 2017 werden 5 Ausbildungsplätze avisiert. So konnte das SBZ sich in den letzten Jahren eine Vormachtstellung in der Pflegequalität in der Region erarbeiten. Weiterhin beteiligt sich die Einrichtung seit geraumer Zeit an einem Projekt zur „Implementierung von Hospizgedanken und

Palliativ Care in Pflegeeinrichtungen“. Dazu wurden Netzwerke geknüpft mit örtlichen Hospizinitiativen und in der Palliativbehandlung erfahrenen Ärzten um schwerstkranken Bewohnern des Senioren- und Betreuungszentrums der Städteregion Aachen in der letzten Phase ihres Lebens optimal beistehen zu können. Im Rahmen des Projektes wurde in 2011 auch die Neugestaltung eines zentralen Verabschiedungsraums abgeschlossen. In 2016 erfolgte in einem Folgeprojekt die Evaluierung der erzielten Fortschritte des ersten Projektes sowie die Ableitung der Kontinuität für die Zukunft und von „Aachener Thesen“ und Forderungen an die Politik. Somit ist das SBZ schon vor Inkrafttreten des Pflegestärkungsgesetzes II auf die Erfordernisse und Möglichkeiten 2\$ stationären Hospizversorgung im Heim eingestellt. Seit 2016 ist das SBZ auch im Energiemanagement gemäß DIN EN ISO 50001 als einzige Altenpflegeeinrichtung in der Region zertifiziert. Die Summe dieser Maßnahmen wirkte sich in den letzten Jahren sehr positiv auf den Geschäftsverlauf aus und bestätigt die eingeschlagen Qualitätsstrategie. So konnte auch in 2016 die Gesamtleistung erneut gesteigert werden. Die Erträge stiegen von 12.005 T€ um 369 T€ auf 12.374 T€. Dies entspricht einer Steigerung um 3,1%. Der Gewinn steigerte sich sogar um 5,2%. Er stieg von 666 T€ in 2015 um 35 T€ auf 701 T€ im Berichtsjahr. Die Steigerung von 369 T€ bei den Gesamterträgen wurde maßgeblich durch die Erträge aus Pflegeleistungen gern. Pflegeversicherungsgesetz und bei den Zuweisungen und Zuflüssen zu den Betriebskostewirtschaftet. Letztere Zuweisungen und Zuschüsse zu den Betriebskosten stiegen von 566 T€ in 2015 um 286 T€ auf 852 T€ in 2016. Dies entspricht einer Steigerung von 50,5 %. Dieser Zuwachs von 286 T€ verteilt sich zum einen auf 36 T€, die bei der Erstattung von Gehalt durch die Krankenkassen für schwangere Mitarbeiterinnen, die einem Beschäftigungsverbot unterliegen und zum anderen auf Ausbildungszuschüsse bzw. die Ausgleichszahlungen durch den Landschaftsverband Rheinland für die Ausbildung von emanieren Altenpflegerinnen und Altenpflegern im Senioren- und Betreuungszentrum der Städteregion Aachen. Die Erstattungen durch den Landschaftsverband sind von 2015 auf 2016 von 437 T€ auf 669 T€ um 232 T€ gestiegen. Im Juli 2012 wurde eine Ausbildungumlage eingeführt, um eine gleiche finanzielle Belastung zwischen den Altenpflegeheimen herzustellen und somit den Wettbewerbsnachteil, welcher durch die Kostensteigerungen in der Ausbildung examinierter Pflegekräfte entstanden ist, auszugleichen. Dazu setzt der Landschaftsverband alljährlich für Altenheime, ambulante Pflegedienste und Tagespflegen einen jeweiligen Satz fest, der bundesweit die Kosten der gemeldeten Auszubildenden abdeckt. Diesen Satz stellen die Pflegeeinrichtungen den Bewohnern und Patienten bzw. den Tagespflegegästen in Rechnung. Dieser Tagessatz für die Altenpflegeumlage hat sich von 2015 auf 2016 nur ganz geringfügig verändert. Sodass die Auswirkungen, welche unter den Pflegeerlösen erfasst worden sind, marginal waren. Die getätigten Erlöse müssen allerdings an den Landschaftsverband abgeführt werden. Gleichzeitig bekommen die Pflegeeinrichtungen die Personalkosten, welche sie für ihre auszubildenden examinieren Pflegekräfte aufgewendet haben, durch den Landschaftsverband erstattet. Die so betroffenen Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung heben sich gegenseitig auf und haben folglich keinen Einfluss auf das Jahresergebnis. Ähnlich verhält es sich auch mit den Erstattungen von Gehalt durch die Krankenkassen bei Beschäftigungsverboten. Diese Erstattung gleicht nur das Gehalt, welches die Pflegeeinrichtung an ihre Mitarbeiter trotz Beschäftigungsverbots weiter bezahlt, aus. Die so nicht besetzten Beschäftigungsanteile im Stellenplan werden mit neuen Mitarbeitern ausgefüllt, so dass auch keine Einsparungen zu verzeichnen sind und folglich keine Auswirkung auf die Gewinn- und

Verlustrechnung erfolgt. Die Erträge aus den Pflegeleistungen haben sich in allen drei Segmenten des Senioren- und Betreuungszentrums der StädteRegion Aachen, stationär, ambulant und Tagespflege, erhöht. Insgesamt stiegen die Pflegeerlöse von 2015 auf 2016 von 6.222 T€ auf 6.499 T€, dies sind 4,5%, an. Die Ertragsteigerung im stationären Bereich betrug dabei 232 T€, 4,1% und in der Tagespflege 34 T€, das sind 22,5%.: Im stationären Sektor wie auch in der Tagespflege ist dies maßgeblich darauf zurückzuführen, dass zu Beginn des Jahres 2016 die Pflegesätze nach Pflegesatzverhandlungen, die Ende 2015 geführt wurden, erhöht worden sind. Im stationären Bereich wurden die Pflegesätze um ca. 2,3% erhöht, bei der Tagespflege machte die Steigerung ca. 16% aus. Trotzdem sind die Steigerungen bei den stationären Erlösen wie auch bei den Pflegeerlösen aus der Tagespflege stärker gestiegen als die Preissteigerung ausmachte, obwohl auch die Anzahl der Berechnungstage in beiden Bereichen nahezu gleich geblieben. Dieser zusätzliche positive Effekt liegt an einer Veränderung des Pflegemixes Verlagerung der Bewohnerzahlen von niedrigen Pflegestufen hin zu den höheren Pflegestufen. Bei den ambulanten Pflegeerträgen machte die Erlössteigerung von 2015 auf 2016 ca. 2,3% au. Diese 10 T€ wurden überwiegend im palliativen Bereich erzielt. Seit Anfang 2016 ist der ambulante Pflegedienst des Senioren- und Betreuungszentrums der StädteRegion Aachen in Eschweiler auch für die allgemeine Palliativpflege zugelassen. In der Folge sind insbesondere die Leistungen gem. SGB V stärker angestiegen. Neben den Erträgen aus Pflegeleistungen sind aber auch die übrigen Erträge, die mit der Unterbringung oder Versorgung der Senioren verbunden sind, gestiegen. So stiegen die Erträge aus Unterkunft und Verpflegung sowohl in der Tagespflege als auch im stationären Sektor insgesamt von 2.605 T€ um 55 T€ auf 2.660 T€ in 2016. Dies entspricht einer Steigerungsrate von 2,1%. In ähnlicher Größenordnung sind die Erträge aus der gesonderten Berechnung von Investitionskosten in beiden Bereichen gestiegen. Hier macht die Steigerung absolut 20 T€ aus. In den Pflegesatzverhandlungen zur Tagespflege wurden auch die Transportleistungen für das Abholen und Zurückbringen der Tagespflegegäste neu verhandelt, da hier die Preissteigerungen im letzten Jahr erheblich waren. Hier hat man folglich neue Sätze abrechnen können, die zu einer Steigerung der Erlöse in die Sektor von 31,6% führten. Absolut stiegen die Beträge um 12 T€ von 39 T€ auf 51 T€. Zusammengefasst machen die vorbeschriebenen Ertragsarten aber eine erheblich höhere Steigerung aus, als die im Vorspann beschriebenen 369 T€. Dies liegt daran, dass ca. die Hälfte dieses Ertragszuwachses durch einen Rückgang der Erträge bei den sonstigen betrieblichen Erträgen abgefangen wurde. Bei den sonstigen betrieblichen Erträgen sind insbesondere der Nebengeschäftsertrag Verpflegung und die Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen dafür ausschlaggebend. Bei dem Nebengeschäftsertrag sind die Erlöse von 2015 in Höhe von 1.007 T€ auf 2016 mit 797 T€ um 210 T€, dies entspricht 20,9% zurückgegangen. Der alleinige Grund dafür liegt in der Einstellung der Flüchtlingsversorgung für die Stadt Eschweiler. Zum Sommer des Jahres 2015 hatte das Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen in Eschweiler die Versorgung der in der Jahnhalle der Stadt Eschweiler untergebrachten Flüchtlinge übernommen. Während in 2015 stets zwischen 100 und 150 Flüchtlinge in der Jahnhalle untergebracht waren und durch das Senioren- und Betreuungszentrum verköstigt worden sind, nahm die Zahl Anfang 2016 rapide ab. Letztendlich wurde die Flüchtlingsversorgung in der Jahnhalle Ende März 2016 eingestellt. Somit sind in diesem Bereich in den ersten drei Monaten 2016 zunächst erheblich weniger und nachher gar keine Erträge mehr erzielt worden. Auffällig bei den sonstigen betrieblichen Erträgen sind, wie oben schon

genannt, die Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen. Diese sind um 72 T€ zurückgegangen. Im Jahresabschluss 2014 wurde für drei notwendige Instandhaltungen, die in den von den Fachfirmen erstellten Angeboten ausgeführten Aufwandssummen zurückgestellt, um diese Instandhaltungen im I. Quartal 2015 durchführen zu können. Die kürzlich neu eingeführte Durchführungsverordnung zum Altenpflegegesetz NRW als Bestandteil des GEPA NRW refinanziert zukünftig nur noch tatsächliche Wartungs- und Instandhaltungskosten über den Investitionskostensatz statt der früher angesetzten Pauschale. Damit ist mit erster Festsetzung der neuen Investitionskostensätze auch eine Dokumentation der tatsächlichen Instandhaltungen und Wartungen mit entsprechender Meldung bei den Landschaftsverbänden notwendig geworden. Dabei wird ein Vierjahreszeitraum angesetzt. Um dann zukünftig die der Altenpflegeeinrichtung zufließenden Investitionskosten mit Ausgaben belegen zu können, haben die meisten Altenpflegeeinrichtungen versucht, die anfallenden Instandhaltungen auf diesen Zeitraum zu verschieben. Das Inkrafttreten der neuen Investitionskostenregelung mit den dazugehörigen Bescheiden ist aber auch stets verschoben worden. Zurzeit sollen nach neuesten Informationen die neuen Investitionskostenbescheide nach der neuen Gesetzgebung, zwar ab 2017 gelten, werden aber erst rückwirkend beschieden. Aus diesem Grund ist die notwendige Instandhaltung aus 2014 im ersten Quartal 2015 nicht durchgeführt, sondern bis auf den Beginn des Vierjahresbetrachtungszeitraums verschoben worden. Somit musste diese Rückstellung aufgelöst werden. In 2016 hat es diesbezüglich keine vergleichbaren Buchungen geben, so dass hier ein Ertragsrückgang in entsprechender Höhe zu verzeichnen ist. Der letzte im Senioren- und Betreuungszentrum der Städteregion Aachen hinzugekommene Ertragsbereich ist das Betreute Wohnen. Seitdem dieses im November 2011 in Betrieb genommen und im Laufe des Jahres 2012 sukzessive belegt worden ist, ist nahezu die Vollauslastung kontinuierlich erreicht worden. Insofern haben sich auch die Umsätze in diesem Bereich nicht verändert. Auch bei den nicht explizit erwähnten Erlösbestandteilen des Senioren- und Betreuungszentrum der Städteregion Aachen in Eschweiler gab es marginale Verschiebungen, die sich insgesamt aufgehoben haben, so dass es zu keinen weiteren Einflüssen auf die Gesamterlöse kam. Im Kostenblock sind besonders die Personalkosten von 2015 auf 2016 überproportional stark angestiegen. Während in 2015 noch 7.671 T€ verbucht wurden, waren es in 2016 bereits 8.219 T€. Dies ist eine Steigerung um 548 T€ und entspricht einer Zunahme von 7,1%. Jedoch kamen hier einige besondere Tatmerkmale zum Ausdruck, auf die zum Teil auch schon im Ertragsbereich eingegangen worden ist. So hat das Senioren- und Betreuungszentrum der Städteregion Aachen in Eschweiler überproportional mehr Auszubildende eingestellt als vielleicht die übrigen Einrichtungen. Die Ist-Kosten dieser Auszubildenden wurden durch die Erstattung der Ausbildungsvergütung durch den Landschaftsverband abgedeckt. Somit entspricht die Steigerung der Ist-Personalkosten der Auszubildenden der Steigerung der Umlage des Landschaftsverbandes. Diese betrug wie oben bei den Zuwendungen und Zuschüssen von Betriebskosten bereits deklariert 232 T€. Diese beiden Beträge gleichen einander aus und sind folglich erfolgsneutral. Wegen der Gesetzesänderung des § 87 b SGB XI, die den zusätzlichen Einsatz von Betreuungskräften nicht nur für Bewohner mit eingeschränkter Alltagskompetenz, sondern für alle Pflegebedürftigen ab 2015 machte, wurden in 2015 unterjährig zusätzlich Betreuungskräfte eingestellt. In 2016 waren diese Betreuungskräfte aber über das ganze Jahr hinweg beschäftigt, so dass hier 30 T€ mehr Personalkosten angefallen sind,

welche allerdings wieder durch die vollstationären Erträge zum Betreuungsbedarf erfolgsneutral ausgeglichen wurden. In den vergangenen Jahren hat das Senioren- und Betreuungszentrum der Städteregion Aachen in Eschweiler damit begonnen, den hohen Anteil an Fremddienstleistern im Haus sukzessive zu reduzieren und Mitarbeiter der Fremddienstleister in ein eigenes Beschäftigungsverhältnis zu übernehmen. So hat man mittlerweile vollständig darauf verzichtet, Pflegehilfskräfte oder examinierte Pflegekräfte durch Fremddienstleister zu ersetzen. Der Hol- und Bringedienst wurde mit den Jahren vollständig übernommen und in den letzten zwei Jahren wurde damit begonnen, den Reinigungsdienst sukzessive zu übernehmen. Aufgrund dessen wurden in 2016 im Vergleich zu 2015 68 T€ bei den Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen eingespart. Um diesen Betrag stiegen allerdings die Personalkosten, weil die Übernahme nahezu kostenneutral stattgefunden hat. Bereinigt man nun die vorgenannte hohe Abweichung der Personal kosten von 2015 auf 2016 in Höhe von 548 T€ um diese Ausnahmetatbestände, so verbleibt noch eine Steigerung der Personalkosten, die ausnahmslos auf Tarifierhöhung und Alterssteigerungen, bzw. auf Personalveränderungen im Bestand beruhen, von 218 T€. Dies entspricht einer Steigerung von 2,8% zur Basis von 2015. Diese Steigerung ist wiederum nachvollziehbar und vertretbar im Vergleich zu der Tarifsteigerung in 2016. Hier wurden ab März 2016 2,4% mehr gezahlt. Im Gegensatz zu den Personalkosten sind die Sachkosten gesunken. Die Abschreibungen fielen von 870 T€ in 2015 auf 826 T€ um 44 T€ auf 2016. Dies ist ein Rückgang von 5,1%. Dies liegt daran, dass in 2016 keine größeren Investitionen in das Anlagevermögen getätigt worden sind. Im Gegenzug aber natürlich Anlagengüter nach abgelaufener Abschreibungsdauer nur noch mit einem Restwert von 0 verbucht werden. Auch der Ende 2015 in Betrieb genommene neue Wintergarten, welcher in 2016 erstmals abgeschrieben wurde, konnte mit seinen zusätzlichen Kosten diesen Rückgang nicht kompensieren. Unter der Position Instandhaltungen und Instandsetzungen werden die Instandhaltungen der technischen Anlagen und die Sicherheitsüberprüfungen zusammengefasst. Die Kosten sind hier nahezu gleich geblieben. Es ist lediglich ein Rückgang von 2015 auf 2016 um 5 T€, dies sind ca. 2% zu verzeichnen. Dies liegt daran, dass ähnlich wie in 2015 nur alle dringend notwendig oder gesetzlich geforderten Maßnahmen umgesetzt worden sind. Nicht zwingend zu erledigende Instandhaltungen wurden auf Folgejahre verschoben, damit dann gern, der neuen Altenpflegegesetzverordnung für NRW der Verbrauch der eingenommenen Investitionskosten durch Ist-Ausgaben belegt werden kann. In 2016 galten noch Pauschalen, die von der Kopfzahl der Bewohner und der Größe der Einrichtung abhängen. Ein Beleg für die tatsächliche Verwendung musste nach der alten Gesetzgebung nicht erfolgen. Deshalb verschiebt man nicht notwendige Instandhaltungen auf die Folgejahre, um dort nicht in ein Defizit zu gelangen, welches dazu führt, dass in der Zukunft die Zuweisung der Investitionskosten für Instandhaltungen gekürzt wird. Eine hohe Einsparung erfolgte beim Materialaufwand. Dieser Materialaufwand ist von 1.830 T€ in 2015 auf 1.740 T€ in 2016 um 90 T€ zurückgegangen. Dies entspricht einer Reduzierung um 4,9%. Innerhalb des Materialaufwands hat man aber bei den Einzelpositionen ganz unterschiedliche Entwicklungen. So wurden bei den Lebensmitteln und beim Wirtschaftsbedarf erhebliche Einsparungen vorgenommen, dagegen sind die Kosten bei Wasser, Energie, Brennstoffe und bei der Verwaltung gestiegen. Für die sinkenden Kosten bei den Lebensmitteln, welche von 661 T€ in 2015 auf 583 T€ in 2016 gefallen sind, war ausnahmslos die Flüchtlingsversorgung ausschlaggebend. Wie bei den Erträgen bereits dargestellt, hat man in 2015 und 2016 die Flüchtlingsversorg der Jahnhalle

für die Stadt Eschweiler übernommen. Während in 2015 über ein halbes Jahr hinweg die Jahnhalle stets mit 100 bis 150 Personen belegt war, welche verköstigt wurden, ist diese Zahl zum Jahreswechsel auf 2016 erheblich zurückgegangen, so dass die Erstaufnahmeeinrichtung nach dem I. Quartal 2016 geschlossen werden konnte. So hat man in diesem Bereich 77 T€, das sind 11,7% der gesamten Lebensmittel weniger ausgegeben. Auch beim Wirtschaftsbedarf machte sich dieser Tatbestand bemerkbar. Der Wirtschaftsbedarf ist von 2015 mit 442 T€ auf 2016 mit 378 T€ um 64 T€, dies sind 14,6%, gesunken. Für die Flüchtlingsversorgung wurde nach Rücksprache mit der Stadt Eschweiler Einmalgeschirr verwendet. Dieses wurde bei den Haushaltsverbrauchsmitteln unter dem Wirtschaftsbedarf verbucht. Insgesamt hat man dann in 2016 16 T€ weniger dafür ausgegeben. Auch die Gebrauchsgüter des Wirtschaftsbedarfs sind heruntergegangen. Hier betrug die Reduzierung 37 T€, dies sind 47,4% von 2015 auf 2016. IN 2015 wurde im Rahmen einer Ersatzbeschaffung Geschirr für die einzelnen Ebenen in Höhe von 35 T€ angeschafft. Auch wurden Tablett und Warmhalter für das Essen auf Rädern in Höhe von 8 T€ in 2015 angeschafft. In 2016 gab es vergleichbar keine Anschaffungen, so dass die Gebrauchsgüter im entsprechenden Betrag gesunken sind. Dafür sind unter der Position Wirtschaftsbedarf die anderen Leistungen Dritter um 14 T€ von 34 T€ in 2015 auf 48 T€ in 2016 um 42% gestiegen. Maßgeblich war dafür die Erstellung neuer Flucht- und Rettungspläne in der Einrichtung verantwortlich. Es hatte eine Begehung durch das Amt für Arbeitssicherheit gegeben, bei der dieses bemängelte, dass eine Vielzahl von Fluchttüren in die falsche Richtung öffnete. In enger Zusammenarbeit mit dem Amt für Arbeitsschutz und einem beauftragten Brandschutzsachverständigen sowie dem Bauordnungsamt der Stadt Eschweiler konnte eine einvernehmliche Lösung gefunden werden, bei der die bestehenden Flucht- und Rettungswege anders deklariert worden sind. Dies erübrigte dann eine kostenintensive Umrüstung vieler Fluchttüren in der Einrichtung. Dafür mussten aber die Flucht- und Rettungspläne der Einrichtung neu überarbeitet werden, damit die Feuerwehr im Einsatzfall entsprechend aktuelle Kenntnis hat. Dies hat zu Mehrkosten von ca. 8 T€ geführt. Weiterhin wurden ca. 5 T€ für zusätzliche Hygienemaßnahmen ausgegeben. Diese waren notwendig geworden, weil man in 2016 das neu ausgelobte Hygienesiegel von EuPrevent erlangen wollte. Diese Investition hat auch Rechnung getragen, so dass man sich zum Ende des Jahres 2016 auch wieder damit schmücken konnte. Die letzte Steigerung ist bei den Energiekosten auszumachen. Die Energiekosten sind von 2015 in Höhe von 389 T€ auf 2016 in Höhe von 409 T€ um 20 T€, dies entspricht 5[°]/^ gestiegen. Ausschlaggebend dafür waren insbesondere die Steigerungen bei Strom unovels. Beim Strom macht die Steigerung von 2015 auf 2016 6,8% aus, dies sind 14 T€; Zurückzuführen ist diese Kostensteigerung auch nahezu vollständig auf eine Preissteigerung von ca. 7%. Auch beim Gas hat es Preissteigerungen gegeben. Die Energiekosten für Gas sind von 144 T€ in 2015 auf 151 T€ in 2016 um 7 T€, dies entspricht 4,9%, angestiegen. Diesen Kostenanstieg teilen sich Preis- und Verbrauchssteigerungen nahezu gleich. Die Kostenrechnung des Senioren- und Betreuungszentrums der StädteRegion Aachen in Eschweiler weist für die stationäre Pflege, die Tagespflege, den investiven Bereich und die anderen Leistungen an positive Jahresergebnisse aus. Lediglich der Unternehmensbereich des ambulanten Pflegedienstes weist noch ein Defizit auf. Dies liegt insbesondere daran, dass gerade im ambulanten Pflegedienst bei der Neugründung mit den zuständigen Pflegekassen .Vergütungssätze ausgehandelt worden sind, die unabhängig von der Kostenstruktur der Einrichtung, sich an den Preisen der privaten Konkurrenz vor Ort orientierten.

Damit sollte der Markteintritt der neu geschaffenen Bereiche des Senioren- und Betreuungszentrums der StädteRegion Aachen in Eschweiler gegenüber der Konkurrenz erleichtert werden. Seitdem sind die Preise nicht mehr angepasst worden. In den letzten Jahren haben allerdings viele Tarifsteigerungen die Personalkosten anwachsen lassen, so dass nur negative Ergebnisse in diesen Bereichen erwirtschaftet werden. Dieses negative Bereichsergebnis konnte immer noch vor dem Hintergrund der positiven Gesamtjahresergebnisse als Anlaufverlust toleriert werden, da diese Einrichtung notwendig ist, um das Gesamtleistungspaket des Senioren- und Betreuungszentrums der StädteRegion Aachen in Eschweiler abzurunden und eine kontinuierliche Zuweisung auch zum stationären Sektor zu gewährleisten. Eine Kostenunterdeckung hatte es bei der Tagespflege in 2015 und in den Vorjahren ebenfalls noch gegeben. Aber durch Pflegesatzverhandlungen zum Ende 2015 konnte nun ein kostengerechter Pflegesatz ausgehandelt werden, der dazu führte, dass die Tagespflege in 2016 erstmals auch ein positives Teilergebnis zum Gesamtergebnis des Senioren- und Betreuungszentrums beigetragen hat. Ähnlich will man mit dem ambulanten Pflegedienst nun auch verfahren. So hat es Ende 2016 erste Vergütungsverhandlungen mit den Pflegekassen gegeben. Um den ambulanten Pflegedienst aber binnen Jahresfrist auch zu einem positiven Jahresergebnis zu führen, ist eine Preissteigerung notwendig, die von den Pflegekassen nicht vertretbar war. So einigte man sich auf einen Drei-Punkte-Plan, in welchem man sich dem Ergebnisausgleich nähern wollte. So wurden für 2017 Vergütungssätze ausgehandelt, die ca. 10% über den Vorjahressätzen liegen. Auch für 2018 hat man eine solche Steigerung avisiert, allerdings sind dafür wieder neue Verhandlungen zum Ende 2017 erforderlich. Im Gegenzug erwartet man von Seiten des Senioren- und Betreuungszentrums eine Anpassung des vorgehaltenen Personals an den Leistungsumfang des ambulanten Pflegedienstes und eine Möglichkeit der Leistungsausweitung. Die entsprechenden Schritte wurden dazu bereits in 2017 eingeleitet, so dass spätestens ab 2018/2019 positive Jahresergebnisse in allen Bereichen des Senioren- und Betreuungszentrums erzielt werden. Damit können die Risiken, welche sich wie nachstehend beschrieben investiven Bereich durch das neue GEPA NRW und im Bereich der Pflegesätze durch das Pflegestärkungsgesetz 2 ergeben, gemildert werden.

B. Darstellung der Lage

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage soll durch folgende Kennzahlen veranschaulicht werden:

	<u>31.12.2012</u>	<u>31.12.2013</u>	<u>31.12.2014</u>	<u>31.12.2015</u>	<u>31.12.2016</u>
Anlagenintensität					
(in %)					
= <u>Anlagevermögen</u> Gesamtkapital	94,8	89,3	84,1	31,0	75,2
Investitionsquote					
(in %)					
= <u>Nettoinvest. (ohne FA)</u> Anfangsbestand der urspr. AK bzw. HK	2,8	0,8	1,0	1,2	0,3

Investitionsdeckung

(in %)

= <u>Nettoinvest. (ohne FA)</u> Gesamtabschreibungen	88,6	24,2	32,0	39,2	11,2
---	------	------	------	------	------

Eigenkapitalquote

(in %)

= <u>Eigenkapital</u> Gesamtkapital	57,5	59,8	62,0	65,2	67,4
--	------	------	------	------	------

Anlagendeckungsgrad I

(in %)

= <u>Eigenkapital</u> Anlagevermögen	60,6	66,9	73,7	80,7	89,7
---	------	------	------	------	------

Anlagendeckungsgrad II

(in %)

= <u>EK + langfristiges FK</u> Anlagevermögen	97,6	104,5	111,2	118,2	127,3
--	------	-------	-------	-------	-------

Liquidität

(in %)

1. Grades

= <u>liquide Mittel</u> kurzfristige Verbindl.	48,2	130,2	216,7	369,6	538,1
---	------	-------	-------	-------	-------

2. Grades

= <u>liquide Mittel + Ford. L + L</u> Kurzfr. Verbindlichkeiten	62,9	150,8	242,0	396,6	560,2
--	------	-------	-------	-------	-------

3. Grades

= <u>liquid. Mittel + Ford. + Vorrät.</u> Kurzfr. Verbindlichkeiten	67,7	160,3	248,0	403	567,8
--	------	-------	-------	-----	-------

Working Capital

(in T€)

= Umlaufverm.- kurzfr. FK	-409	726	1.730	2.685	3.873
---------------------------	------	-----	-------	-------	-------

Umsatzrentabilität

(in %)

= <u>Ergebnis vor Ertragsteuer</u> Umsatzerlöse	4,6	4,4	5,3	5,6	5,7
--	-----	-----	-----	-----	-----

Eigenkapitalrentabilität

(in %)

= Ergebnis vor Ertragsteuern

Eigenkapital zum 01.01.	4,7	4,5	5,5	5,9	5,8
Personelle Besetzung	130,7	142,2	140,9	149,6	154,6

Erfolgsplan

Die aus der Gewinn- und Verlustrechnung abgeleitete Gegenüberstellung „Ist“ Erfolgsrechnungen des Ist-Ergebnisses des Geschäftsjahres 2016 mit dem Erfolgsplan 2016 gem. § 14 EigVO zeigt folgendes Bild:

	2016(Ist)	2016(Plan)	Veränderung
	T€	T€	T€
ERGEBNISSTRUKTUR			
Umsatzerlöse nach § 277 Abs. 1 HGB	12.329	11.088	1241
Sonstige betriebliche Erträge	<u>45</u>	<u>881</u>	<u>-836</u>
Gesamtleistung	<u>12.374</u>	<u>11.969</u>	<u>405</u>
Personalaufwand	8.219	8.247	28
Materialaufwand, übriger Aufwand	2.079	2166	87
Steuern, Abgaben, Versicherungen	110	132	22
Eigenmittel-Abschreibungen (inkl. Forderungen)	851	870	19
Instandhaltung	<u>257</u>	<u>315</u>	<u>58</u>
Gesamtaufwand	<u>11.516</u>	<u>11.730</u>	<u>214</u>
Betriebsergebnis	<u>858</u>	<u>239</u>	<u>619</u>
Finanzergebnis	<u>-157</u>	<u>-160</u>	<u>3</u>
Jahresüberschuss	<u>701</u>	<u>79</u>	<u>62</u>
Vermögensplan			

Die Gegenüberstellung des Vermögensplans gem. § 15 EigVO mit dem Jahresabschluss 2015 zeigt folgendes Bild:

	2016 (Ist)	2016 (Plan)	Veränderung
	T€	T€	T€
Abschreibungen Anlagevermögen	851	870	- 19
Jahresüberschuss	701	79	622
Darlehensstilgung	245	245	0
Ersatz- und Neuinvestitionen	92	185	- 93

Voraussichtliche Entwicklung mit Hinweisen auf wesentliche Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung sowie sonstige Angaben

Wie bereits bei der Darstellung des Geschäftsverlaufs dieses Lageberichtes dargelegt, hat das Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen in Eschweiler rechtzeitig auf die umfangreichen Gesetzesänderungen und den sich abzeichnenden demographischen wie finanziellen Wandel durch die Erarbeitung und Umsetzung eines langfristigen Nutzungs- und Bewirtschaftungskonzeptes reagiert. Im Gesamtkonzept wurden fast alle bekannten Wohn- und Pflegekonzepte berücksichtigt. Es handelt sich um ein langfristiges, aber auch dynamisches Konzept, welches immer wieder wohl bedacht an die gesetzlichen Änderungen angepasst werden kann und soll. Durch die Umsetzung dieses langfristigen und dynamischen Nutzungs- und Bewirtschaftungskonzeptes ist und wird das Senioren- und Betreuungszentrum der Städte- Region Aachen in Eschweiler weiter mehrstufig aufgestellt. Man ist sowohl im ambulanten Pflegebereich als auch in der Vermietung von Betreuten Wohnungen, im gerontopsychiatrischen Bereich und der vollstationären Altenpflege tätig. Zudem bietet man niederschwellige und hauswirtschaftliche Leistungen umfangreich begleitend an. Dadurch, dass man viele Bereiche in Betreuung und Pflege abdeckt, wird die Bindung von Senioren an das Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen in Eschweiler bereits frühzeitig hergestellt. Im SBZ wurden in 2011 ein Teil der geplanten Baumaßnahmen abgeschlossen. Der Neubau Betreutes Wohnen wurde durch Fremdkapital finanziert. Die Refinanzierung der Zinsen und Tilgung ist gewährleistet, wenn eine Auslastung von 80% gegeben ist. Zum Ende 2012 wurde die Vollausslastung dieses Bereichs erreicht. Mittlerweile hat sich eine Warteliste für die Wohnungen gebildet, so dass in 2016 ebenfalls eine Auslastung von 100% erreicht wurde und für 2017 genauso erwartet wird. Die Umbau- und Erweiterungsmaßnahmen der Pflgetrakte A und B wurden mit Eigenmitteln finanziert, der gesonderten Berechnungsverordnung werden die Abschreibungen, Pauschalien für die Instandhaltungen und eine fiktive Eigenkapitalrentabilität über die Investitionskosten ausgeglichen. Bei der Berechnung dieser Investitionskosten wurde bislang von einer 95%igen Belegung ausgegangen. In 2016 betrug die Auslastung 98,87%. Die 95%ige Belegung wird auch im kommenden Jahr 2017 voraussichtlich erreicht werden. Aus diesen Baumaßnahmen folgten bislang also keine wesentlichen Risiken für die Entwicklung des Senioren- und Betreuungszentrums der StädteRegion Aachen in Eschweiler. Vielmehr lieferte die Erstattung der Eigenkapitalrentabilität über die Investitionskosten einen großen Anteil am jährlichen Jahresüberschuss, denn das eingesetzte Eigenkapital wird mit 4% verzinst. Dieser Eigenkapitalverzinsung stehen keine nennenswerten Kosten gegenüber, so dass dieser Anteil des investiven Bereichs am Gewinn im abgelaufenen Jahr noch ca.

250 T€ ausmachte. Es gab Ende 2011 ein Bundessozialgerichtsurteil, das die derzeitige Berechnung der Investitionskosten in Frage stellt. Nach diesem Bundessozialgerichtsurteil sollte lediglich tatsächlich entstehende Kosten in die Berechnung einfließen. Den Ansatz von Pauschalen bei der Instandhaltung bzw. bei der Eigenkapitalrentabilität sah das Bundessozialgericht nicht als rechtens an. Bis 2016 hat der Landschaftsverband Rheinland die Investitionskosten noch nach dem alten Berechnungsmodus der gesonderten Berechnungsverordnung festgesetzt. Zwischenzeitlich hat der Gesetzgeber reagiert und das „Gesetz zur Entwicklung und Stärkung einer Demographie Fester, teilhaberorientierten Infrastruktur und zur Weiterentwicklung und Sicherung der Qualität für ältere Menschen, pflegebedürftige Menschen, Menschen mit Behinderung und ihre Angehörigen“ (GEPa NRW) erlassen. Dieses Gesetz bildet den Ersatz für das alte „Alten- und Pflegegesetz Nordrhein-Westfalen“ (APG NRW) und „Wohn- und Teilhabegesetz“ (WTG), welche hierin zusammengefasst werden. Die Durchführungsverordnungen dazu sind Anfang 2015 in Kraft getreten. Ab 2017 werden die Investitionskosten nach der neuen Durchführungsverordnung zum Altenpflegegesetz NRW (APG DVO NRW) beschieden. Nach der neuen Durchführungsverordnung zum Altenpflegegesetz NRW (APG DVO NRW) setzen sich die neuen Investitionskosten aus drei Finanzierungstöpfen zusammen. So werden die Bestandteile für langfristige Anlagegüter, sonstige Anlagegüter und Instandhaltung und Instandsetzung langfristiger Anlagegüter getrennt berechnet. Basis für diese Berechnungen ist ein Verfahren zur Feststellung anerkennungsfähiger Investitionsaufwendungen, in dem die Gesamtbeträge der anerkennungsfähigen Aufwendungen für die erstmalige Herstellung und Anschaffung langfristiger Anlagegüter, die Folgeinvestitionen und die erstmalige Herstellung, Anschaffung und Aufrechterhaltung sonstiger Anlagegüter festgesetzt werden. Mit diesen Werten werden in den Folgejahren ab 2017 die Anteile der Finanzierungstöpfen berechnet. Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen in Eschweiler. Hier liegt das erste große Risiko für das Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen in Eschweiler. Wie oben dargelegt, wird derzeit noch das Eigenkapital mit 4% verzinst. Eingesetzt wurden in den letzten 10 Jahren ca. 6,5 Mio. EUR Eigenkapital. Daraus resultierten die z. T. mit den Investitionskosten gezahlten ca. 250 T€ Eigenkapitalzinsen. Ab 2017 wird Eigenkapital aber nur noch in Höhe des Durchschnitts des Vorjahreswerts von bestimmten Wertpapieren zzgl. eines Risikozuschlages von 0,5% verzinst. Man schätzt für 2017 einen Zinssatz von 2% incl. des Risikozuschlages. Somit werden ab 2017 in diesem Bereich regelmäßig ca. 125 T€ an Investitionskosten mindestens wegfallen. Nach Festsetzung und Feststellung der Investitionskosten werden diese auf die Durchschnittsbelegung der letzten drei Jahre verteilt. Die Investitionskosten für 2017 werden auf den Durchschnitt der Jahre 2012, 2013 und 2014 gelegt. Das waren Jahre, in denen z. T. noch eine Belegung über 100% bestand. Selbst nach dem Rückgang in 2013 und 2014 liegt die Durchschnittsbelegung immer noch um 99%. Bislang wurden die Investitionskosten auf eine Belegung < 95% umgelegt. Die Mehrbelegung konnten die Einrichtungen als Gewinnbestandteil erwirtschaften. Diese Möglichkeit fällt nun weg und führt zu weiteren Einnahmeverlusten von ca. 60 T€. Insgesamt ist ab 2016 also mit Einnahmeverlusten bei denen Investitionskosten von mindestens 200 T€ zu rechnen. Die der Einrichtung zufließenden Investitionskosten, welche für die vorgenannten Finanzstöpfen der sonstigen Anlagegüter und für die Instandhaltung und Instandsetzung vorgesehen sind, müssen nach der neuen APG DVO NRW ab 2017 innerhalb eines Vierjahreszeitraums zweckgerichtet ausgegeben werden. Die Verwendung ist dem Landschaftsverband zu belegen, andernfalls werden die Mittel

gekürzt. In der Vergangenheit war die zweckgerichtete Verwendung der pauschal für die Instandhaltung und Instandsetzung vorgesehenen Investitionskosten nicht nötig. Gerade kurz nach Neu- oder Umbaumaßnahmen waren Instandhaltungsmaßnahmen und Ersatzbeschaffungen von sonstigen Anlagegütern über einige Jahre nicht erforderlich. So konnte man diese Investitionskosten gewinnerhöhend einstreichen. Damit ist es auch in diesem Bereich nicht mehr möglich, Gewinne zu erzielen. Bei der Realisierung des Gesamtkonzeptes stehen derzeit noch die Umgestaltungen der Wohnheime 1 und 2 aus. Zurzeit ist angedacht, das Wohnheim 1 dergestalt aufzustocken und zu erweitern, dass die Pflegeplätze des Wohnheims 2 hier mit integriert werden können. Dadurch würden Wohnbereiche auf einer Ebene geschaffen, die wie in den Pflgetrakten A und B wirtschaftlich betrieben werden können. Weiterhin ist die Integration einer Arztpraxis zur besseren Versorgung der Pflegebedürftigen vor Ort denkbar. Durch die Umgestaltung des so frei gewordenen Wohnheims 2 zu ambulanten Pflegewohngemeinschaften, kann man den durch das Pflegeneuausrichtungsgesetz von 2012 weiter forcierten Trend zur „Ambulantisierung“ der Pflege Rechnung tragen. Dadurch wäre auch eine Erweiterung der Pflegeplätze am Standort des Senioren- und Betreuungszentrums der StädteRegion Aachen in Eschweiler möglich und würde nicht der gesetzlichen Beschränkung der vollstationären Pflegeplätze bei einem Haus dieser Größenordnung entgegenstehen. In 2012 konnte ein größeres Grundstück neben dem Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen in Eschweiler von den Alexianerbrüdern aus Münster zurück gekauft werden. Somit besteht hier eine Entwicklungsreserve. Diese will man nutzen, um weitere betreute Wohnungen und eine größere Tagespflege mit ca. 25 Plätzen bereitstellen zu können. Das bestehende Konzept des Betreuten Wohnens mit den kleinen Wohnungen und den großen Gemeinschaftsräumen findet bei Einzelpersonen einen sehr guten Anklang. Durch die gute Reputation ist die Nachfrage nach diesen Wohnungen in letzter Zeit stark gestiegen und eine Warteliste hat sich gebildet. Die Interessenten sind aber überwiegend an größeren Wohnungen in den Obergeschossen interessiert könnte diese Nachfrage also mit einem neuen Gebäude mit einer großen Tagespflege und der ambulanten Pflege im Erdgeschoss sowie größeren Wohnungen für Ehepaare in den Obergeschossen befriedigen. Eine Bauvoranfrage dazu wurde bereits in 2013 gestellt und nach Anpassungen positiv beschieden. Diese Baumaßnahme wurde in 2015 durch einen Beschluss des Verwaltungsausschusses auf den Weg gebracht und soll mit Eigenmitteln finanziert werden. Die Einnahmen könnten nach Abzug der Abschreibungen zu einem großen Teil als Eigenkapitalrentabilität verbucht werden und somit die wegen des GEPA NRW mit seinen Durchführungsverordnungen im investiven Bereich der stationären Pflege rückgängigen Einnahmen zumindest teilweise kompensieren. Ein weiteres Risiko für die wirtschaftliche Entwicklung des Senioren- und Betreuungszentrums der StädteRegion Aachen in Eschweiler liegt im Bereich der Personal- und Sachkosten. In den letzten Jahren handelten die Tarifparteien im öffentlichen Dienst zum Teil ordentliche Tarifsteigerungen aus. Hinzu kommen Einmalzahlungen für alle Mitarbeiter, Aufstockungen für die Auszubildenden, die Erhöhung des Urlaubs für jüngere Mitarbeiter, die Erhöhung des Leistungsentgelts und Stufensteigerungen. Im Sachkostenbereich machten sich ganz besonders die Preissteigerungen bei Energie und Lebensmitteln in den letzten Jahren bemerkbar. Deshalb fordert das SBZ regelmäßig zu Pflegesatzverhandlungen auf, um neue Pflegesätze auszuhandeln, um obige Kostensteigerungen aufzufangen. Durch diese Steigerungen wurde mittlerweile die Mitte des Preisniveaus der StädteRegion Aachen erreicht. Günstiger als das SBZ

somit sind die Meisten privaten Anbieter, teurer die kirchlich geführten Einrichtungen. In Eschweiler sind aber außer dem SBZ nur private Anbieter vorhanden. Bezüglich der Kosten für Unterkunft, Verpflegung und Pflege hat das SBZ der somit einen Wettbewerbs Nachteil. Da der Investitionskostensatz des SBZs aber immer noch zum Teil erheblich unter dem der anderen Häuser liegt, wird dies zumindest für Selbstzahler teilweise kompensiert. Das Pflegestärkungsgesetz II, welches Ende 2015 erlassen wurde, birgt auch ein derzeit noch nicht finanziell zu bezifferndes Risiko. Dieses Gesetz zeichnet sich zum einen dadurch aus, dass mehr als zwei Milliarden Euro mehr für den Pflegebereich bereitgestellt werden sollen. Dies kommt aber nicht bei den stationären Einrichtungen an, da anstehende Änderungen hier nur budgetneutral umgesetzt werden sollen. Die ambulante Pflege und Tagespflege ist hier wieder bevorzugt und bewirkt weiter ein steigen des Belegungsproblem bei den Altenpflegeheimen. Zum anderen wurde der Pflegebedürftigkeitsbegriff neu definiert. Die bekannten Pflegestufen wurden durch fünf Pflegegrade abgelöst, bei denen die eingeschränkte Alltagskompetenz aufgrund demenzieller Veränderungen stärker Berücksichtigung findet. Zum Jahreswechsel 2016/2017 wurden die bestehenden Pflegestufen für jeden Bewohner einer Altenpflegeeinrichtung in einen neuen Pflegegrad übergeleitet. Die Überleitung erfolgt durch einfachen oder doppelten Stufensprung. So wurde z. B. aus der Pflegestufe 2 der Pflegegrad 3, wenn bei dem Pflegebedürftigen keine eingeschränkte Alltagskompetenz festgestellt wurde. War diese jedoch dokumentiert, wurde aus der Stufe 2 der Pflegegrad 4. Hinter jedem Pflegegrad steht ein festgelegter Zuzahlungsbetrag der Pflegekassen pro Monat. Indem man für einen Monat für alle Pflegebedürftigen diese neuen Zuzahlungsbeträge der Pflegekassen addiert und diese Summe von der Summe der monatlich bislang berechneten Pflegesätze aller Bewohner abzieht und den Restbetrag durch die Anzahl aller Bewohner dividiert, erhält man den einrichtungseinheitlichen Eigenanteil, den jeder Bewohner eines Altenpflegeheims pro Monat zu tragen hat. Dieser ist nun für alle Bewohner gleich und variiert nicht mit den Pflegestufen. Dadurch sind aber die Altenpflegeheime auch für einen nicht so guten Rechner preislich leichter zu vergleichen, was den Preiskampf zwischen den Einrichtungen forcieren und zum Nachteil des Senioren- und Betreuungszentrums der StädteRegion Aachen in Eschweiler reichen könnte. Der einfache bzw. doppelte Stufensprung bei der Überleitung der Pflegestufen in Pflegegrade ist nach Studien und Expertenmeinungen großzügig gewählt. Pflegepersonen, deren Pflegebedürftigkeit erstmals nach dem Pflegestärkungsgesetz II festgestellt wird, durchlaufen ein neues Begutachtungsassessment ..Dabei wird in sechs Modulen mit vielen Einzelmerkmalen die Beeinträchtigung (Selbständigkeit mit Punkten bewertet und gewichtet. Hinter jedem Pflegegrad steht eine Bandbreite dieser Punkte. Entsprechend dem Ergebnis des Assessments erfolgt die Zuordnung zum Pflegegrad. Die Ergebnisse oben genannter Studien belegen, dass eine Pflegeperson einen geringeren Pflegegrad erhält, wenn sie das neue Begutachtungsassessment durchläuft, als durch die Überleitungsregelung mit den Stufensprüngen. Es ist also davon auszugehen, dass die Bewohner, die nach dem Ausscheiden eines übergeleiteten Bewohners neu aufgenommen werden, einen erheblich niedrigeren Pflegegrad erhalten als der Ausgeschiedene. Damit sind dann Erlöseinschränkungen verbunden und die Altenpflegeheime können ihre Budgets nicht mehr erreichen. Im November 2016 hat man Pflegesatzverhandlungen für den großen stationären Bereich geführt. Seit Anfang 2017 werden um ca. 2,4% erhöhte Abrechnungssätze für Pflege, Unterkunft und Verpflegung berechnet. Es stehen aber in 2017 auch wieder Tarifierhöhungen von 2,35% an, die diese Preissteigerung kompensieren werden. Im Hin-

blick auf die sich abzeichnenden Einschränkungen im Investbereich ab Anfang 2017 ist davon auszugehen, dass zukünftig dauerhaft solange niedrigere Jahresergebnisse erzielt werden, bis die Einnahmen aus dem geplanten neuen Betreuten Wohnen diese Lücke ausfüllen. Da das Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen in Eschweiler sich über den Preis nicht mehr gegenüber der Konkurrenz absetzen kann, wird seit einigen Jahren eine kompromisslose Qualitätsstrategie umgesetzt. Ziel der Qualitätsstrategie ist, das Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen in Eschweiler hinsichtlich der Vielfalt und Qualität der Hilfestellungen für Senioren so zu positionieren, dass es eine Vorbildfunktion in der Region übernimmt. Dass man mit dieser Strategie auf einem sehr guten Weg ist, zeigt z. B. das in 2016 wieder sehr gut bestandene Überwachungsaudit nach DIN ISO 9001. Das zuletzt ausgehändigte Qualitätssiegel gilt bis zum 13.01.2020. In den vergangenen hat das SBZ intensiv an der Entwicklung und Etablierung eines Demenz-Labels in der StädteRegion Aachen mitgewirkt. Dieses belegt die besondere Ausrichtung auf die den größten Anteil der pflegebedürftigen Bewohner bildenden dementen Menschen und die hohe Qualität der ganzheitlichen Versorgung dieser Zielgruppe. Als Zeichen dafür wurde dem Haus für zwei Jahre dieses Demenzlabel verliehen. Darüber hinaus ist die Einrichtung schon seit Jahren mit dem Ombudsman-Label dekoriert. Auch die mit den Noten „sehr gut“ im stationären und im ambulanten Bereich bestandenen Qualitätsprüfungen des medizinischen Dienstes der Pflegekassen (MDK), bestätigen die hervorragende Qualität der Einrichtung. Das Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen in Eschweiler genießt in der Stadt Eschweiler und in der StädteRegion Aachen einen sehr guten Ruf. Aufgrund der guten Positionierung ist eine gute Auslastung weiterhin gewährleistet. Die konstant hohe Auslastung des SBZs ist besonders vor dem Hintergrund der Wettbewerbssituation in & Altenpflege im Raum Eschweiler bemerkenswert. Auch die neuen Standbeine des Senioren- und Betreuungszentrums der StädteRegion Aachen, wie die Tagespflege, die ambulante Pflege, das Betreute Wohnen und das Essen auf Rädern, wurden im Jahresverlauf verstärkt angenommen und entwickeln sich positiv. So aufgestellt braucht das Senioren- und Betreuungszentrum der StädteRegion Aachen auch zukünftig trotz der sich verschärfenden gesetzlichen und finanziellen Rahmenbedingungen den wachsenden Konkurrenzdruck nicht zu fürchten und wird seine Stellung im Pflegemarkt behaupten.

Eschweiler, im Februar 2017

Dipl.-Kfm. Bernhard Müller
(Verwaltungsdirektor)

Chemisches- und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland AöR, Aachen

Aufgaben / Beteiligungsziele

Die Errichtung der Anstalt erfolgte auf der Grundlage des Gesetzes zur Bildung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes vom 11.12.2007 (IUAG NRW) durch und nach Maßgabe einer Rechtsverordnung des Ministeriums für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Errichtung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes; Errichtungsverordnung) vom 04.11.2010. In § 22 Abs. 1 der Errichtungsverordnung wird ausgeführt, dass im Regierungsbezirk Köln aus dem Fachbereich Chemische Lebensmitteluntersuchung der Stadt Aachen, der Amtlichen Lebensmitteluntersuchung – Leistungszentrum optimierter Laborbetrieb der Stadt Bonn, dem Institut für Lebensmitteluntersuchungen der Stadt Köln und dem Chemischen Untersuchungsinstitut der Stadt Leverkusen eine integrierte Untersuchungsanstalt für Bereiche des Verbraucherschutzes gebildet und als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts zum 01.01.2011 errichtet wird.

Nach § 4 Abs. 1 IUAG NRW führt jede Untersuchungsanstalt für das Land und für die Kommunen nach Maßgabe der gesetzlichen Regelungen Probenahmen mit Ausnahme der Probenahmen, die von den Kreisordnungsbehörden durchgeführt werden, Untersuchungen und Kontrollen auf dem Gebiet des Lebensmittel- und Futtermittelrechts, der Tierseuchenbekämpfung, der Tiergesundheit und des Tierschutzes durch. Hierzu zählen auch Untersuchungen von kosmetischen Mitteln, Bedarfsgegenständen, Erzeugnissen der Weinwirtschaft sowie Tabakerzeugnissen. Die genannten Tätigkeiten umfassen auch die Erstellung von Gutachten, Beurteilungen und Stellungnahmen, die in diesem Zusammenhang erforderlich sind. Die Untersuchungsanstalt übt diese Tätigkeit als amtliches Laboratorium gemäß Artikel 12 Abs. 1 der Verordnung (EG) 882/2004 aus, soweit die Tätigkeiten vom Anwendungsbereich dieser Verordnung erfasst sind. Die Untersuchungsanstalt wirkt außerdem gem. Abs. 4 mit bei der Koordinierung und Durchführung europa-, bundes-, landesweiter oder regionaler Untersuchungsprogramme, Anerkennungsverfahren für Qualitätsmanagementsysteme in Laboratorien, die in der amtlichen Überwachung tätig sind, der Kontrolle von Betrieben und der Aus- und Weiterbildung von Beschäftigten im Rahmen ihres Aufgabenbereichs.

Organe der Anstalt öffentlichen Rechts

Vorstand:

Gemäß § 11 IUAG NRW leitet der Vorstand die Anstalt in eigener Verantwortung, soweit nicht gesetzlich oder durch Satzung der Anstalt etwas anderes bestimmt ist. Der Vorstand vertritt die Anstalt gerichtlich und außergerichtlich. Er wird vom Verwaltungsrat bestellt und besteht aus einer oder einem Vorstandsvorsitzenden und mindestens einem weiteren Vorstandsmitglied.

Verwaltungsrat:

Der Verwaltungsrat der CVUA Rheinland AöR besteht gem. § 24 Abs. 1 der Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Errichtung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes vom 04.11.2010 sowie der Geschäftsordnung vom 05.01.2011 aus zwei Vertreterinnen oder Vertretern des Landes und jeweils einer Vertreterin oder eines Vertreters jeder Kommune. Nach Absatz 2 verfügt die Vertretung des Landes über insgesamt fünf Stimmen und jede Vertreterin oder Vertreter einer Kommune über jeweils eine Stimme im Verwaltungsrat. Den Vorsitz führt eine Vertreterin oder ein Vertreter der Kommunen. Der Verwaltungsrat besteht somit aus dem Vorsitzenden, seinem Stellvertreter und zwölf weiteren Mitgliedern.

Besetzung der Organe

Vorstand:

Vorstandsvorsitzender	Dr. Gerhard Löhr, Aachen
Vorstandsmitglied	Dagmar Pauly-Mundegar, Bonn

Die Berufung des Vorstandes sowie des Vorstandsmitgliedes erfolgte mit Beschluss des Verwaltungsrates in seiner Sitzung am 05.01.2011.

Vertreter der StädteRegion im Verwaltungsrat:

Dr. Peter Heyde Amt für Verbraucherschutz, Tierschutz und Veterinärwesen

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform:	Anstalt des öffentlichen Rechts
Sitz:	52068 Aachen
Stammkapital:	300.000 Euro

Vermögensträger:	Anteil in €	Anteil in %
Land Nordrhein Westfalen	90.000	30
Stadt Aachen	17.500	5,83
Stadt Bonn	17.500	5,83
Stadt Köln	17.500	5,83
Stadt Leverkusen	17.500	5,83
StädteRegion Aachen	17.500	5,83
Kreis Düren	17.500	5,83
Kreis Euskirchen	17.500	5,83
Kreis Heinsberg	17.500	5,83
Oberbergischer Kreis	17.500	5,83
Rheinisch-Bergischer Kreis	17.500	5,83
Rhein-Erft-Kreis	17.500	5,83
Rhein-Sieg-Kreis	17.500	5,83
	300.000	100

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2014	2015	2016
	- in € -	- in € -	- in € -
A. Anlagevermögen	3.702.377	14.101.737	22.126.714
I. Imm. Vermögensgegenst.	10.169	17.260	38.110
II. Sachanlagen	3.692.208	14.084.477	22.088.604
B. Umlaufvermögen	11.610.595	8.281.004	9.070.271
I. Vorräte	42.445	42.445	41.788
II. Forderungen / sonst. VG	6.355.740	7.269.319	7.266.295
III. Guthaben Kreditinstitute	5.212.409	969.240	1.762.189
C. Rechnungsabgrenzungsposten	63.859	51.036	57.283
Bilanzsumme Aktiva	15.376.831	22.433.777	31.254.258
A. Eigenkapital			
I. Stammkapital	300.000	300.000	300.000
II. Gewinnrücklagen			
a) zweckgeb. Rücklage	221.713	221.713	221.713
b) allg. Rücklage	3.093.351	4.199.376	4.662.770
III. Bilanzgewinn	1.106.025	241.681	280.218
B. Rückstellungen			
1. Pensionsrückstellungen u.ä.	9.828.076	11.737.788	11.995.540
2. Sonstige Rückstellungen	352.674	486.602	597.141
C. Verbindlichkeiten	351.086	4.867.389	13.418.589
D. Rechnungsabgrenzungsposten	123.906	379.228	0
Bilanzsumme Passiva	15.376.831	22.433.777	31.254.258
Gewinn- und Verlustrechnung:	2014	2015	2016
	- in € -	- in € -	- in € -
Umsatzerlöse	-	9.304.859	9.315.749
Sonst. betriebl. Erträge	-	126.223	130.282
Materialaufwand	-	1.446.989	1.454.914
Personalaufwand	-	7.054.475	5.207.199
Abschreibungen	-	332.572	1.027.154
Sonst. betriebl. Aufwendungen	-	1.258.017	1.259.532
Jahresüberschuss	-	280.218	242.791

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2014	2015	2016
Zahl der Beschäftigten	97	95	89
Indikatoren zur Vermögens- Finanz- und Ertragslage	2014	2015	2016
	in %	in %	in %
Anlagenintensität / Anlagenquote	24,1	62,9	70,8
Eigenkapitalquote	30,7	22,1	16,8
Cash Flow lfd. Geschäftstätigkeit	2.098	3.589	-294

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Die StädteRegion Aachen leistet jährlich Zahlungen für Untersuchungskosten an das CVUA. Diese beliefen sich im Jahr 2016 auf 986.571,27 €. Wesentliche Leistungsbeziehungen zu anderen Beteiligungen der StädteRegion Aachen bestehen nicht.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

1. Grundlagen des Unternehmens

Auf Grund § 3 Absatz 1 sowie § 5 des Gesetzes zur Bildung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes (IUAG NRW) vom 11. Dezember 2007 (GV NRW S. 662) wurde das CVUA Rheinland gemäß Artikel 1 der Verordnung vom 4. November 2010 zur Änderung der Verordnung zur Errichtung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes (Errichtungsverordnung; GV NRW S. 599) zum 1. Januar 2011 gebildet und als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts errichtet. Das CVUA Rheinland wurde aus dem Fachbereich Chemische Lebensmitteluntersuchung der Stadt Aachen, der Amtlichen Lebensmitteluntersuchung – Leistungszentrum optimierter Laborbetrieb der Stadt Bonn, dem Institut für Lebensmitteluntersuchung der Stadt Köln und dem Chemischen Untersuchungsinstitut der Stadt Leverkusen gebildet. Träger der Anstalt sind das Land Nordrhein Westfalen sowie als kommunale Träger die Städte Aachen, Bonn, Köln und Leverkusen, die Städtereion Aachen, die Kreise Düren, Euskirchen, Heinsberg, der Oberbergische Kreis, der Rheinisch-Bergische Kreis, der Rhein-Erft-Kreis und der Rhein-Sieg-Kreis. Vorläufiger Sitz der Anstalt war der Standort Aachen mit den weiteren Standorten in Bonn und Leverkusen. Seit 1. Juli 2016 ist Hürth der Sitz der Anstalt; die Standorte Aachen, Bonn und Leverkusen wurden ab Ende Mai 2016 frei gezogen.

1.1. Aufgaben

Das CVUA Rheinland ist nach § 4 des IUAG NRW zuständig für die Untersuchungen und Kontrollen auf dem Gebiet des Lebensmittel- und Futtermittelrechts, der Tierseuchenbekämpfung, der Tiergesundheit und des Tierschutzes. Hierzu zählen auch Untersuchungen von kosmetischen

Mitteln, Bedarfsgegenständen, Erzeugnissen der Weinwirtschaft sowie Tabakerzeugnissen. Die oben genannten Tätigkeiten umfassen auch die Erstellung von Gutachten, Beurteilungen und Stellungnahmen, die in diesem Zusammenhang erforderlich sind.

Die Untersuchungsanstalt wirkt mit

- bei der Koordinierung und Durchführung von Europa-, Bundes-, Landesweiter oder regionaler Untersuchungsprogramme,
- bei Anerkennungsverfahren für Qualitätsmanagementsysteme in Laboratorien, die in amtlicher Überwachung tätig sind,
- bei der Kontrolle von Betrieben und
- bei der Aus- und Weiterbildung von Beschäftigten im Rahmen ihres Aufgabenbereiches.

Die Untersuchungsanstalt führt ihre Aufgaben selbstständig aus. Soweit erforderlich, kann sie sich zur Erfüllung einzelner Aufgaben geeigneter Dritter oder anderer Untersuchungsanstalten bedienen. Die Bereiche Futtermitteluntersuchung, Tierseuchenbekämpfung, Tiergesundheit, Tierschutz und Tierarzneimittel werden aufgrund des öffentlich-rechtlichen Vertrages weiterhin im Chemischen und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW) durchgeführt. Die Kosten werden mit dem Entgelt des Landes Nordrhein-Westfalen (NRW) für das CVUA Rheinland abgegolten.

1.2. Organisation

Gemäß § 6 IUAG NRW sind der Verwaltungsrat und der Vorstand Organe der Untersuchungsanstalt. Der Vorstand leitet die Anstalt gemäß § 11 IUAG NRW in eigener Verantwortung, soweit nicht gesetzlich oder durch Satzung der Anstalt etwas anderes bestimmt ist. Der Vorstand vertritt die Anstalt gerichtlich und außergerichtlich. Der Vorstand wird vom Verwaltungsrat bestellt und besteht aus einer oder einem Vorstandsvorsitzenden und mindestens einem weiteren Vorstandmitglied.

- Vorstandsvorsitzender: Dr. Gerhard Löhr
- Vorstandmitglied: Dagmar Pauly-Mundegar

Nach § 24 Abs. 1 der Errichtungsverordnung besteht der Verwaltungsrat aus zwei Vertreterinnen oder Vertretern des Landes und jeweils einer Vertreterin oder einem Vertreter jeder Kommune. Nach Abs. 2 verfügt die Vertretung des Landes über insgesamt fünf Stimmen und jede Vertreterin oder Vertreter einer Kommune über jeweils eine Stimme im Verwaltungsrat. Die Anstalt kann ihre Angelegenheiten im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften durch Satzung und Geschäftsordnung regeln. Weiterhin sind als Anstalt des öffentlichen Rechts die Vorschriften der Gemeindeordnung und der Verordnung über kommunale Unternehmen und Einrichtungen des Landes Nordrhein Westfalen (GO NRW, KUV NRW) zu beachten. Die Anstalt hat das Recht Dienstherrin von Beamtinnen und Beamten zu sein. Der Vorstand ist Dienstvorgesetzter und oberste Dienstbehörde der Beschäftigten der Untersuchungsanstalt.

Das Organigramm des CVUA am Standort Hürth ist im Lagebericht der Gesellschaft dargestellt.

2. Wirtschaftsbericht

2.1. Finanzielle Rahmenbedingungen (einheitlich!)

Die Anstalt finanziert sich nach § 14 Abs. 1 IUAG NRW über Gebühren, soweit gesetzlich vorgesehen, im Übrigen durch Entgelte **von den Trägern**. Näheres regelt die vom Verwaltungsrat beschlossene Finanzsatzung. Weiterhin hat der Verwaltungsrat eine Geschäftsordnung verabschiedet. Das Stammkapital des CVUA Rheinland beträgt 300.000,- Euro, davon hat das Land Nordrhein Westfalen 90.000,- Euro eingebracht und die 12 kommunalen Träger jeweils 17.500,- Euro. Nach § 12 IUAG richten sich Wirtschaftsführung, Rechnungswesen und Prüfung der Untersuchungsanstalt nach den Vorschriften des dritten Buches des Handelsgesetzbuches. Dabei sind der Geschäftsverlauf und die Lage des Betriebes so darzustellen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird. Ferner ist die voraussichtliche Entwicklung mit ihren Chancen und Risiken zu erläutern.

2.2. Geschäftsverlauf

2.2.1. Personal

Die tariflich Beschäftigten des CVUA Rheinland unterliegen dem TVÖD-VK. Die Untersuchungsanstalt ist Mitglied im Kommunalen Arbeitgeberverband NRW (KAV). Im Berichtsjahr schieden 5 Mitarbeiterinnen aus. Aus der Verwaltung haben sich zwei Mitarbeiterinnen beruflich verändert; die Neubesetzung ihrer Stellen war durch die Rückkehr einer Langzeiterkrankten und die Nutzung von Synergieeffekten nicht notwendig. Drei technische Mitarbeiterinnen sind durch Verrentung, Eigenkündigung und Kündigung ausgeschieden. Zwei Stellen wurden befristet nachbesetzt und 4 Mitarbeiterinnen wurden in unbefristete Arbeitsverhältnisse übernommen.

2.2.2. Fachliche Tätigkeiten

Die fachlichen Ergebnisse des CVUA Rheinland werden im Jahresbericht veröffentlicht. Dieser ist auch auf der Home-Page unter www.cvua-rheinland.de abrufbar. In 2016 wurden insgesamt 16.789 (Vorjahr: 17145) amtliche Proben zur Untersuchung eingereicht.

2.2.3. Gemeinsamer Standort Hürth

Die Arbeiten am Neubau waren Anfang Mai so weit abgeschlossen, dass der Umzug auf Ende Mai/Anfang Juni festgelegt werden konnte. Wir starteten in Leverkusen mit dem Umzug, der von einem professionellen Unternehmen im Vorfeld geplant, generalstabsmäßig durchgeführt und mit dem Standort Aachen abgeschlossen wurde. Innerhalb von zwei Wochen waren sämtliche Laborgeräte am neuen Standort in Hürth funktionsfähig aufgebaut, so dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des CVUA Rheinland schnellstmöglich wieder mit ihrer Arbeit beginnen konnten. Die Zusammenarbeit des Vorstands mit dem Verwaltungsrat verläuft sehr kooperativ.

2.3. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Der Wirtschaftsplan für 2016, der vom Verwaltungsrat am 15. Dezember 2015 beschlossen wurde, sah Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 18.052 T€ im Vermögensplan vor. Das Investitionsvolumen betrug 8.891 T€, wobei 420 T€ für allgemeine Investitionen und 8.471 T€ für

die Baukosten, einschließlich der Nebenkosten vorgesehen waren. Ausgewiesen war ein Verlust von 373 T€. Das Geschäftsjahr wurde mit einem Überschuss von 280 T€ abgeschlossen. Die Entgelte für Untersuchungen nach § 4 Abs. 1 IUAG NRW betragen gemäß der vom Verwaltungsrat am 15. Dezember 2015 beschlossenen Entgeltordnung 9.314 T€ (Vj.: 9.304 T€). Daneben wurden Erstattungen für Versorgungslasten in Höhe von 109 T€ (Vj.: 107 T€) und sonstige Erträge in Höhe von 21 T€ (Vj.: 19 T€) vereinnahmt. Die Personalkosten stellten bei den Aufwendungen mit 5.207 T€ (Vj.: 7.054 T€) den größten Posten. Das Verhältnis der Personalaufwendungen zu den betrieblichen Aufwendungen betrug ca. 57 %. Hierbei wurde das Entgelt an die CVUA-RRW für die Durchführung seiner Leistungen in Höhe 1.150 T€ berücksichtigt. Große Aufwandsposten bleiben im Berichtsjahr die Mieten mit 252 T€ (Vj.: 505 T€) bis zum Umzug an den neuen zentralen Standort Hürth und die Betriebskosten mit 351 T€ (Vj.: 360 T€). Das CVUA Rheinland hat weitere jährliche Verpflichtungen, insbesondere für das Outsourcing von Dienstleistungen im Bereich der EDV in Höhe von 147 T€ (Vj.: 145 T€), der Personalverwaltung in Höhe von 33 T€ (Vj.: 36 T€), für Reparaturen und Instandhaltungen 124 T€ (Vj.: 89 T€), für Versicherungen in Höhe von 22 T€ (Vj.: 18 T€) und für Periodika (Zeitschriften, Lose-Blatt-Sammlungen), Porto, Telefon und Bürobedarf in Höhe von 22 T€ (Vj.: 21 T€). Die Abschreibung betrug im Berichtsjahr 1.027.154,45 T€ (Vj.: 333 T€). Gegenüber dem Wirtschaftsplan 2016 mit einem ausgewiesenen Verlust von 373 T€ wurde ein Bilanzgewinn von 280 T€ erzielt. Die Eckdaten der Finanz- und Vermögenslage stellen sich folgendermaßen dar:

	31.12.2015	31.12.2016
Bilanzsumme	22.433.777,18 €	31.254.258,36 €
Anlagevermögen	14.101.737,41 €	22.126.713,21 €
Stammkapital	300.000,00 €	300.000 €
Eigenkapital	4.962.770,11 €	5.242.988,46
Eigenkapitalquote	22,1%	16,8%
Rückstellungen	12.224.389,73 €	12.592.681,33 €
Liquide Mittel	969.239,93 €	1.762.189,32 €
Verbindlichkeiten	4.867.388,91 €	13.418.588,57 €
davon mittel- bis langfristige Bankschulden	0,00 €	12.304.166,62 €
Dynamischer Verschuldungsgrad	4,5	-82,5

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber der Vorjahresbilanz von 22.434 T€ auf 31.254 T€ erhöht. Die Veränderungen auf der Aktivseite ergeben sich im Wesentlichen aus den aktivierten Baukosten für den Neubau des Laborgebäudes in Hürth das Mitte 2016 fertiggestellt und als zentraler einheitlicher Standort bezogen wurde. Auf der Passivseite ergibt sich die Bilanzveränderung im Wesentlichen aus der Zunahme der Rückstellungen und der Verbindlichkeiten. Im Geschäftsjahr wurden 245 T€ in neue Laborgeräte und 8.736 T€ in den Neubau an Baukosten, einschl. Nebenkosten investiert. Von den rd. 3.000 Vermögensgegenständen (ohne GWG) sind rund 91 % bereits abgeschrieben. Die Investitionsquote (Verh. Bruttoinvestition zu Abgängen und Abschreibungen des Anlagevermögens) betrug 898 %, der Wert des Anlagevermögens hat damit zugenommen. Für künftige Zahlungsverpflichtungen wurden Rückstellungen i.H.v. 12.546 T€ (Vj.: 12.224 T€) gebildet. Hierbei

handelt es sich insbesondere um Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen in Höhe von 11.996 T€. Die Erstattungsansprüche gegenüber den ehemaligen Dienstherrn der Beamten betragen 7.264 T€ (Vorjahr 7.254 T€).

2.4 Gewinnverwendung

Im Berichtsjahr wurde ein Jahresüberschuss in Höhe von 280.218,35 € erwirtschaftet. Es wird vorgeschlagen den Jahresüberschuss gemäß § 3 Absatz 2 der Finanzsatzung der allgemeinen Rücklage zuzuführen.

3. Prognosebericht

3.1. Risiko- und Chancenmanagement

Zur Einrichtung und Dokumentation eines Risikofrüherkennungssystems als Überwachungssystem gern. § 2 Abs. 2 S. 3 IUAG NRW i. V. m. § 9 Abs. 2 KUV NRW wurde ein Risikohandbuch erstellt. Das Handbuch fasst bestehende Regelungen des CVUA Rheinland zum Umgang mit Risiken zusammen, sodass durch die Nutzung der vorhandenen Organisations- und Berichtsstrukturen des CVUA Rheinland der bürokratische Aufwand für ein Risikomanagement in engen Grenzen gehalten wird.

3.1.1 Schwerpunktbildung NRW

Mit dem CVUA Münsterland-Emscher-Lippe (MEL) und dem CVUA Westfalen wurden bilaterale Vereinbarungen getroffen und bereits am 1. Juli 2016 mit der Schwerpunktbildung bei einigen Warenobergruppen begonnen. So wurden im CVUA Rheinland Wein, -erzeugnisse, weinähnliche Getränke und Spirituosen aus dem Regierungsbezirk Arnsberg und Schokolade, Kakao und Würzmittel aus dem Regierungsbezirk Münster untersucht. Im Austausch wurden Fette/Öle und Butter aus unserem Einzugsgebiet im CVUA Westfalen und Nahrungsergänzungsmittel, Säuglings- und Kleinkindernahrung im CVUA MEL untersucht. Die im vorjährigen Lagebericht genannten Voraussetzungen für die Umsetzung der Schwerpunktbildung

- Probenplanung durch das LANUV
- Regelung des Probenverkehrs durch die CVUÄ

waren zu diesem Zeitpunkt soweit auf den Weg gebracht, dass mit diesem Austausch begonnen werden konnte. Durch Änderung der Errichtungsverordnung zum 1. Januar 2017 wurden die Zuständigkeiten der einzelnen CVUÄ rechtlich geregelt.

3.1.2. Akkreditierung

Ab 2010 müssen die Mitgliedstaaten gemäß Artikel 4 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 765/2008 eine einzige nationale Akkreditierungsstelle benennen. Dieser Aufforderung folgend wurde in Deutschland die Deutsche Akkreditierungsstelle (DAkKS) errichtet, die die Anforderungen der Verordnung (EG) Nr. 765/2008 erfüllt. Mit dem Inkrafttreten des Gesetzes über die Akkreditierungsstelle (AkkStelleG) am 7. August 2009 sind die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Errichtung der nationalen Akkreditierungsstelle in Deutschland geschaffen worden. Die DAkKS wurde gemäß AkkStelleG belien und wird dementsprechend in Deutschland zukünftig alle Akkreditierungen gemäß Verordnung (EG) Nr. 765/2008 durchführen. Im Februar 2016 wurde das 2.

Zwischenaudit durch die DAkKS durchgeführt. Die für den neuen Standort erforderliche Auditierung durch die DAkKS wurde aufgrund von personellen Engpässen bei der DAkKS auf 2017 verschoben und wird im Juni erfolgen.

3.1.3. Standort Hürth

Mit Bezug des neuen Gebäudes wurden für die technischen Einrichtungen Wartungsverträge, die zum Teil gesetzlich vorgeschrieben sind, abgeschlossen.

3.2 Ausblick

Der Wirtschaftsplan 2017, der in der Sitzung des Verwaltungsrates am 8. Dezember 2016 verabschiedet wurde, weist einen Verlust von rd. 159 T€ aus. Es wurden Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 9.525 T€ im Vermögensplan und ein Investitionsvolumen von 420 T€ beschlossen.

4. Feststellung nach § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes

Nach § 26 Satz 2 Kommunalunternehmensverordnung NRW (KUV NRW) ist in dem Lagebericht auch auf solche Sachverhalte einzugehen, die auch Gegenstand der Prüfung nach § 53 HGrG sind. Im Berichtsjahr haben sich keine relevanten Sachverhalte im Zusammenhang mit der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung des Vorstandes ergeben. Darüber hinaus wird auf die Ausführungen zur Vermögens- Finanz- und Ertragslage verwiesen.

Hürth, den 12. Mai 2017

Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland

- Anstalt des öffentlichen Rechts -

- Der Vorstand -

gez. Dr. Gerhard Löhr

gez. Dagmar Pauly-Mundegar



Dienstleistung

SPRUNGBRETT gGmbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziel

Gegenstand der Gesellschaft ist es, nach dem Sozialstaatsgebot benachteiligten Menschen, insbesondere arbeitslosen bzw. langzeitarbeitslosen Jugendlichen und Erwachsenen, die ihren Wohnsitz in der StädteRegion Aachen haben, durch gezielte Unterstützung den Zugang zu dauerhafter Erwerbsarbeit und zu gesellschaftlicher Teilhabe zu ermöglichen. Zur Umsetzung dieses Unternehmenszweckes ergreift die Gesellschaft Maßnahmen, die, durch Ausschöpfung der gesetzlichen Grundlagen nach dem SGB II und dem SGB III und sonstiger Förderprogramme, die Integrationsfähigkeit der betroffenen Menschen verbessern. Im Rahmen dieser Prämisse verwirklicht die Gesellschaft zudem auch Ziele des SGB VIII.

Soweit es die Verwirklichung des Gesellschaftszweckes erfordert, ist die Kooperation mit den regionsangehörigen Städten und Gemeinden, den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege, den Schulen, den Betrieben, den Kammern, den Trägern der beruflichen Weiterbildung, den Gewerkschaften, den Arbeitsgemeinschaften für die Grundsicherung Arbeitsuchender in der Region, insbesondere mit der Arbeitsgemeinschaft für die Grundsicherung Arbeitsuchender der StädteRegion Aachen (ARGE in der StädteRegion Aachen) und der Agentur für Arbeit vorgesehen.

Die Gesellschaft ist insbesondere im Bereich der Beratung und Betreuung, der Beschäftigung, der Ausbildung und der Qualifizierung von benachteiligten Menschen zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die zur Erreichung des genannten Gesellschaftszweckes notwendig und nützlich erscheinen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Gesellschaft nicht in Konkurrenz zu anderen, etablierten Weiterbildungsträgern in der StädteRegion Aachen auftritt.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die GmbH wird vertreten durch eine/einen Geschäftsführer/-in, die/der einzelvertretungsberechtigt ist.

Aufsichtsrat:

Der Aufsichtsrat besteht aus 9 stimmberechtigten Mitgliedern und 3 Mitgliedern mit beratender Stimme. Dem Aufsichtsrat gehören an:

- a) 8 vom Gesellschafter StädteRegion Aachen entsandte Mitglieder, darunter der jeweilige Sozialdezernent und der jeweilige Personal-/Organisationsdezernent der StädteRegion Aachen.

- b) ein auf Vorschlag der regionsangehörigen Städte und Gemeinden von der StädteRegion Aachen entsandtes Mitglied.
- c) Mitglieder mit beratender Stimme sind:
 der/die jeweilige Leiter/in des Integrationsbüros der StädteRegion Aachen
 der/die jeweilige Leiter/in des Amtes für soziale Angelegenheiten der StädteRegion Aachen
 der/die jeweilige Betriebsratsvorsitzende.

Gesellschafterversammlung:

Der Vertreter der StädteRegion Aachen wird vom Städteregionstag bestellt.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Prof. Dr. Axel Thomas

Vertreter der StädteRegion im Aufsichtsrat:

Axel Hartmann	Allg. Vertreter d. Städteregionsrates
Edeltraud Vomberg	Dezernentin f. Soziales d. StädteRegion
Rudi Bertram	Bürgermeister Stadt Eschweiler
Wolfgang Königs	Städteregionstagsmitglied
Lars Lübben	Städteregionstagsmitglied
Doris Harst	Städteregionstagsmitglied
Thomas Hartmann	Städteregionstagsmitglied
Marie-Theres Sobczyk	Städteregionstagsmitglied
Gerd Bougé	Sachkundiger Bürger

Beratendes Mitglied: Angelika Hirtz Leiterin des Amtes für Soziale Angelegenheiten der StädteRegion

Vertreter der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung:

	Wolfgang Königs	Städteregionstagsmitglied
Stellvertreter:	Eva Malecha	Städteregionstagsmitglied

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Sitz: 52146 Würselen

gezeichnetes Kapital: 26.000 Euro

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
StädteRegion Aachen	<u>26.000,00</u>	<u>100,00</u>
	26.000,00	100,00

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2014	2015	2016
	- in € -	- in € -	- in € -
A. Anlagevermögen	4.699	4.618	3.162
I. Imm. Vermögensgegenst.	3.416	2.417	1.417
II. Sachanlagen	1.283	2.201	1.745
B. Umlaufvermögen	457.737	481.292	493.633
I. Forderungen/sonst. VG	10.307	1.219	81.042
II. Kassenbestand, Guthaben	447.429	480.073	412.592
C. Rechnungsabgrenzung	176	176	0
Bilanzsumme Aktiva	462.612	486.086	496.795
A. Eigenkapital	390.504	414.536	451.119
I. Gezeichnetes Kapital	26.000	26.000	26.000
II. Gewinnrücklagen	181.159	213.879	237.910
III. Gewinnvortrag	150.626	150.626	150.626
IV. Jahresüberschuss	32.719	24.031	36.583
B. Rückstellungen	49.420	39.438	21.254
C. Verbindlichkeiten	22.688	32.112	24.423
Bilanzsumme Passiva	462.612	486.086	496.795
Gewinn- und Verlustrechnung:	2014	2015	2016
	- in € -	- in € -	- in € -
Umsatzerlöse	0	841.302	847.454
Sonstige betriebliche Erträge	861.706	20.294	30.735
Zinserträge	400	88	42
Erträge a. Gesellschafterzuschüssen	0	0	0
Personalaufwand	772.197	771.762	781.268
Abschreibungen	1.896	1.787	2.076
Sonstige betriebliche Aufwendungen	55.293	64.104	58.305
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	32.719	24.032	36.583

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2014	2015	2016
Mitarbeiter/innen (Jahresdurchschnitt ohne Azubi)	26	27	25
Indikatoren zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage	2014	2015	2016
	in %	in %	in %
Anlagenintensität / Anlagenquote	1,02	0,95	0,64
Eigenkapitalquote	84,41	85,28	90,81
Anlagendeckungsgrad	8.309,44	8.977,03	8.977
Liquidität 1. Grades	1.972,13	1.494,99	1.689
Eigenkapitalrentabilität	8,38	5,8	8,11

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Im Haushaltsjahr 2016 wurde seitens der StädteRegion Aachen erneut kein Betriebskostenzuschuss an SPRUNGBrett gezahlt.

Infolge des seit 2009 erfolgten Personalabbaus bei SPRUNGBrett konzentrierte sich das Rechnungswesen der Gesellschaft auf eine Buchhalterin. Die Geschäftsführung hat in Reaktion auf diese veränderte personelle Situation ab 2010 eine Mitarbeiterin der **WFG mbH** als „Stand-by-Kraft“ eingesetzt.

Angaben des Lageberichts zur öffentlichen Zwecksetzung

Ziel des Unternehmens war und ist es, benachteiligten Menschen, die ihren Wohnsitz in der StädteRegion Aachen haben, durch gezielte Unterstützung den Zugang zu dauerhafter Erwerbstätigkeit und zu gesellschaftlicher Teilhabe zu ermöglichen. Damit folgt der Gesellschaftszweck dem Sozialstaatsgebot des Art. 20 Grundgesetz.

Zur Umsetzung dieses Unternehmenszwecks ergreift die Gesellschaft Maßnahmen, die in Sozialgesetzbüchern genannt sind bzw. insbesondere in Förderprogrammen bestehen. Die anfängliche Hauptaufgabe bestand in der Vermittlung von Sozialhilfeempfängern in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse. Daher trägt die Gesellschaft die Zusatzbezeichnung Beschäftigungsinitiative. Instrumente zur Umsetzung waren unter anderem:

- Lohnkostenzuschüsse für Arbeitgeber,
- Gemeinnützige Arbeitnehmerüberlassung
- Initiierung und Unterstützung von Fördermaßnahmen.

Die öffentliche Zwecksetzung des Unternehmens im Sinne der GO NRW wird sowohl nachhaltig als auch ausschließlich verfolgt.

Seit mehreren Jahren stellt die Schulsozialarbeit an den unterschiedlichen Schulformen einen Schwerpunkt der Tätigkeit dar.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Aufgabenwahrnehmung im mildtätigen Bereich der Gesellschaft:

Die konkrete Vermittlungstätigkeit der Gesellschaft beschränkt sich seit 2010 auf das Landesprogramm „Jugend in Arbeit *plus*“. Die Integration Benachteiligter in den ersten Arbeitsmarkt ist in unserem Arbeitsbereich „Kreisinitiative Jugend und Beruf“ Teil unseres Zielsystems.

Aufgabenwahrnehmung im gemeinnützigen Bereich der Gesellschaft:

Sprungbrett ist eine gemeinnützige GmbH im Sinne des Steuerrechts. Bestätigt hat sich, dass die Problemlagen z. B. der Schülerinnen/ Schüler/ Jugendlichen komplex bleiben und die Betroffenen eine intensive Betreuung und Begleitung bei der Bewältigung ihrer Probleme benötigen. Hier besteht nach wie vor ein großer Handlungsbedarf.

Ereignisse von besonderer Bedeutung in 2016

Die Arbeit der SPRUNGBrett gemeinnützige GmbH findet in Anlehnung an § 13 SGB VIII Kinder- und Jugendhilfe statt:

„Jungen Menschen, die zum Ausgleich sozialer Benachteiligungen oder zur Überwindung individueller Beeinträchtigungen in erhöhtem Maße auf Unterstützung angewiesen sind, sollen im Rahmen der Jugendhilfe sozialpädagogische Hilfen angeboten werden, die ihre schulische und berufliche Ausbildung, Eingliederung in die Arbeitswelt und ihre soziale Integration fördern.“

Im Berichtsjahr 2015/2016 haben 24 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in fünf Aufgabenbereichen (Grundschulen, Hauptschulen, Förderschulen, Berufskollegs und einem Gymnasium) mit insgesamt 2.496 Kindern und Jugendlichen gearbeitet. Insgesamt wurden in allen Beratungsstellen und in der Schulsozialarbeit im Schuljahr 2015/2016 13.459 Beratungsgespräche geführt, von denen 2.496 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene profitieren konnten. (Zum Vergleich: Im vorangegangenen Berichtsjahr waren es 12.683 Gespräche mit 2.403 Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen.) Wie in all den Jahren vorher nehmen deutlich mehr männliche Ratsuchende (1.539) den Kontakt zu den Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern auf als weibliche Ratsuchende (957), diese Tendenz ist an allen Schulformen von der Grundschule bis zum Berufskolleg identisch. Bei 1.024 (886 im Vorjahr) dieser jungen Menschen kann man von einem Migrationshintergrund sprechen, wobei in den Beratungsstellen an den Haupt- und Förderschulen der Anteil dieser Kinder und Jugendlichen prozentual am höchsten liegt (fast 50%) und in den Beratungsstellen an den Grundschulen am niedrigsten ist. Neben den 13.459 Einzelgesprächen gab es insgesamt 2.658 Veranstaltungen zur sozialpädagogischen Gruppenarbeit mit dem Schwerpunkt

der Förderung sozialer Kompetenzen, die je nach Schulform unterschiedlich gestaltet werden. Das Thema Schul- und Berufsorientierung hat vermehrt Bedeutung bei der Arbeit an den Berufskollegs und in den letzten beiden Schuljahren an den Hauptschulen. Die überragende Mehrheit der 2.496 beratenen Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen hat ihren Wohnsitz in der StädteRegion Aachen, weniger als 4% leben in benachbarten Städten und Kreisen oder im benachbarten Ausland, die meisten von diesen besuchen die Berufskollegs. Im Berichtsjahr wurden die 2.496 Kinder und Jugendliche von insgesamt 24 pädagogischen Fachkräften beraten, begleitet, unterstützt und betreut.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass es uns erneut gelungen ist, § 13 SGB VIII Kinder und Jugendhilfe auch im Schuljahr 2015/2016 in die Tat umzusetzen. Mit dem gleichen Engagement werden wir auch im Schuljahr 2016/2017 unsere Arbeit fortsetzen.

Schulsozialarbeit an sieben Berufskollegs der StädteRegion Aachen

An sieben Berufskollegs in den Städten Aachen, Alsdorf, Eschweiler, Herzogenrath und Simmerath bietet SPRUNGBrett sozialpädagogische Begleitung und Beratung für Jugendliche und junge Erwachsene an. Acht sozialpädagogische Fachkräfte sind an den Berufskollegs für die Begleitung und Beratung zuständig, schwerpunktmäßig für Klassen in der Ausbildungsvorbereitung in den Berufsfachschulklassen 1 und 2. Für die Schülerinnen und Schüler im dualen System dieser Berufskollegs gilt ein offenes Beratungsangebot, das von allen genutzt werden kann. Im Berichtsjahr 2015/2016 haben die acht Mitarbeiterinnen an den Berufskollegs insgesamt 1.082 Jugendliche und junge Erwachsene beraten. Insgesamt wurden in allen Beratungsstellen zusammen 5.569 persönliche Gespräche geführt. Für viele Jugendliche und junge Erwachsene, die in der Einzelberatung betreut wurden, konnten Gruppenangebote durchgeführt werden. Die Arbeit in Gruppen wurde zum Teil als schuljahrbegleitendes Angebot durchgeführt. Die Anzahl der Termine, an denen Gruppenberatungen stattfanden, lässt sich mit 431 im Laufe eines Schuljahres beziffern. An allen sieben Berufskollegs haben 892 (in Klammern die Zahlen aus dem Vorjahr: 888) junge Menschen eine Anschlussperspektive gefunden. Auch in diesem Jahr sind wir wieder stolz auf eine Erfolgsquote von über 80%. 302 (262) junge Menschen konnten mit unserer Unterstützung eine passende Ausbildung beginnen, 33 (20) Jugendliche starteten in Beschäftigung und Erwerbstätigkeit, 489 (518) Jugendliche verblieben weiter im System Schule, sie strebten einen höheren Schulabschluss an, besuchten eine Berufsfachschulklasse oder ein Ausbildungsorientierungsjahr oder versuchten an anderen Schulformen ihren Schulabschluss zu verbessern. 3 Schüler aus der Beratung am Berufskolleg für Wirtschaft und Verwaltung werden ein Studium aufnehmen.

Schulsozialarbeit an zwei Hauptschulen in Eschweiler und Würselen

An zwei Gemeinschaftshauptschulen in Eschweiler und Würselen arbeiteten drei pädagogische Fachkräfte der SPRUNGBrett gemeinnützige GmbH an der Schnittstelle zwischen Jugendhilfe und Schule, also im Bereich der Schulsozialarbeit. Insgesamt wurden 146 Schülerinnen (73) und Schüler (73) beraten, begleitet und betreut. Dies verdeutlicht einmal mehr, wie wichtig die Konstanz an sozialpädagogischer Begleitung an den Schulen ist. Je länger die sozialpädagogischen Fachkräfte an den Schulen arbeiten, umso mehr werden sie auch von den Kindern und Jugendlichen angenommen.

Hinzu kommt, dass durch veränderte Familienstrukturen den Schulsozialarbeitern eine wichtige Aufgabe als Bezugspersonen zukommt, eine Arbeit, die von den Lehrerinnen und Lehrern nur im begrenzten Umfang geleistet werden kann. Insgesamt lässt sich die Anzahl der stattgefundenen Beratungsgespräche mit 1.624 (2.248 im letzten Berichtsjahr) beziffern. Dadurch, dass die Hauptschule in Würselen zur auslaufenden Hauptschule geworden ist, haben sich sowohl die Anzahl der Gespräche als auch die Anzahl der Kinder und Jugendlichen, die beraten und begleitet wurden, verringert. Ab dem nächsten Schuljahr werden die Zahlen wieder deutlich ansteigen, weil der dort agierende Sozialpädagoge das Projekt Vermeidung von Schulmüdigkeit in Zukunft auf die neu eröffnete Gesamtschule in Würselen ausweiten wird.

Schulsozialarbeit an einem Gymnasium in Eschweiler

Insgesamt wurden im Schuljahr 2015/2016 253 Beratungsgespräche mit 34 Jungen und 12 Mädchen geführt. Da sich am Gymnasium in Eschweiler die Beratungs- und Unterstützungsarbeit schwerpunktmäßig an Kinder aus geflüchteten Familien richtet, lässt sich bei 36 Kindern ein Migrationshintergrund erkennen. Neben den 253 Einzelberatungsgesprächen hat der dort tätige Sozialpädagoge auch regelmäßige soziale Gruppenangebote durchgeführt, die von insgesamt 123 Kindern wahrgenommen worden.

Schulsozialarbeit an sechs Förderschulen in Trägerschaft der StädteRegion Aachen

Im Schuljahr 2015/2016 wurden an sechs Förderschulen insgesamt 478 (377 im Vorjahr) Jungen und Mädchen begleitet, beraten und unterstützt. Die sozialpädagogischen Fachkräfte unterstützen die Kinder und deren Familien auch bei Antragsstellungen. Gerade an den Förderschulen und den Grundschulen stehen dabei die Kosten für das Mittagessen im Rahmen der OGS im Vordergrund. 256 Kinder, die von den SozialpädagogInnen unterstützt worden, leben in Familien, die Leistungen nach dem SGB II - Gesetz, Transferleistungen nach dem Asylbewerbergesetz oder Wohngeld erhalten und sind somit Mitglieder einer Bedarfsgemeinschaft. 226 der in der Einzelberatung erreichten 478 Schüler und Schülerinnen haben einen Migrationshintergrund (fast 47 %). Insgesamt wurde die Arbeit der Schulsozialarbeiterinnen im Berichtsjahr für 2.236 Einzelgespräche in Anspruch genommen, im letzten Jahr waren es 1.560 Einzelgespräche. Gerade an den Förderschulen steht die sozialpädagogische Gruppenarbeit deutlich im Vordergrund. Die Anzahl der Angebote für Gruppenveranstaltungen 835 (595 im Vorjahr) an den Förderschulen ist sehr hoch und wurde auch im Schuljahr 2015/2016 von vielen Kindern in Anspruch genommen: 506 (289 im Vorjahr). Die Mehrzahl der Kinder, die im letzten Schuljahr begleitet wurden, kommt aus der Stadt Aachen (183), 132 kamen aus den Nordkreisgemeinden und 162 aus den Südkreisgemeinden, 1 Schüler auch aus dem Kreis Düren.

Schulsozialarbeit an sieben Grundschulen in Herzogenrath

Insgesamt wurden, ganz ähnlich wie im letzten Berichtsjahr, 744 Kinder (748 im letzten Berichtsjahr) beraten, intensiv begleitet und betreut. Es wurden 3.777 Einzelgespräche geführt. Insgesamt wurden an allen sieben Grundschulen in Herzogenrath 978 sozialpädagogische Gruppenangebote durchgeführt. Insgesamt richteten sich die Gruppenangebote an 1.011 Kinder. Diese Zahlen

verdeutlichen, dass die Gruppenangebote der Schulsozialarbeit aus dem Schulalltag an den Grundschulen in Herzogenrath nicht mehr wegzudenken sind.

Das Programm *Jugend in Arbeit plus* Programm wurde entwickelt, um jungen Menschen mit Unterstützungsbedarf bei der Integration in Arbeit zu helfen. Das Programm wird mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds gefördert und wurde in den Jahren von 1998 bis 2014 variiert. Ziel des Programms ist, Jugendliche mit Unterstützungsbedarf individuell auf den Weg in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu begleiten und zu integrieren. Hier liegt der Schwerpunkt nicht im kurzfristigen Vermittlungserfolg (etwa über Zeitarbeit), sondern in nachhaltiger Beschäftigungsoption. Die Umsetzung erfolgt durch zunächst individuelle Beratung in Einzelgesprächen durch die Beraterin. Diese erarbeitet mögliche Perspektiven für den Einzelnen und unterstützt den individuellen Bedarf. Im Vermittlungsfall kooperiert die Beraterin mit den Kammerfachkräften der IHK und HWK zu Aachen. Seit 2007 begleitet eine Mitarbeiterin bei Sprungbrett das Programm *Jugend in Arbeit plus*. Während die Beraterin zu Beginn zumeist an Notwendigkeiten und Gepflogenheiten des Bewerbungsprozesses mit den Teilnehmern gearbeitet hat, hat sich die Beratung im Laufe der Jahre inhaltlich verschoben. Die Jugendlichen werden Sprungbrett über die Jobcentren und Arbeitsagenturen zugewiesen. Das Programm hat sich im Laufe der Jahre von einem reinen "Vermittlungsprogramm" zu einem beratungsintensiven Programm entwickelt. Trotzdem sind die Erfolge der Beratungstätigkeit bei Sprungbrett überdurchschnittlich. Es gibt bis 2016 in der Region keine vergleichbare Maßnahme, die einen ähnlichen Vermittlungserfolg aufweisen kann wie *Jugend in Arbeit plus* bei Sprungbrett. Hervorzuheben ist die gute Kooperation mit den zuweisenden Stellen und der nachhaltigen Begleitung der Jugendlichen nach Arbeitsaufnahme durch die Beraterin. Anders als in den vergangenen Jahren ist ab dem III. Quartal 2015 eine Bewerbung für das Programm *Jugend in Arbeit Plus* notwendig. Sprungbrett hat Interesse bekundet und den Zuschlag erhalten. Anders als in den Vorjahren wird nicht mehr per Erfolgspauschale vergütet, sondern nach Beschäftigungsumfang der Beraterin. Des Weiteren erfolgt die Zuweisung nicht mehr aus dem gesamten Städteregionsgebiet, sondern lediglich aus den Kommunen Herzogenrath, Würselen und Eschweiler in gedeckelter Form. Für die Weiterbewilligung nach 31.12.2017 liegt bereits eine neue Interessensbekundung für das Jahr 2018 bei der Bezirksregierung vor. Im Jahr 2016 sahen die Fallzahlen wie folgt aus, SPRUNGBrett wurden insgesamt 63 Jugendliche neu zugewiesen. 49 Teilnehmer davon wurden aktiv beraten, davon 6 über die Kammer und 19 über die Beraterin oder als Selbstsucher vermittelt. Bis zum 30.06.2017 wurden der SPRUNGBrett gemeinnützige GmbH insgesamt 40 Jugendliche neu zugewiesen. 30 davon sind aktiv in die Beratung aufgenommen worden und 6 haben vor persönlichem Beratungsbeginn schon eine Beschäftigung gefunden.

Im Ergebnis konnte das Wirtschaftsjahr 2016 mit einem *Jahresüberschuss* abgeschlossen werden. Auf einen Betriebskostenzuschuss der StädteRegion Aachen konnte erneut vollständig verzichtet werden, was in dieser Branche ein Alleinstellungsmerkmal ist.

Belegschaft

Die Anzahl der Mitarbeiterinnen an der durchschnittlichen Gesamtbelegschaft (ohne Geschäftsführung) von 25 Personen betrug zum 31.12.2016: 24 = 96,00 %.

Künftige Entwicklung

Finanziell und ergebnistechnisch ist SPRUNGbrett während des gesamten Berichtszeitraums stabil gewesen. Finanzielle Stabilität und Beschäftigung in der Zukunft werden davon abhängen, inwieweit die öffentlichen Auftraggeber der Gesellschaft weiter loyal sind und die gute Arbeit schätzen und kostendeckend entgelten.

Würselen, 06. Juli 2017

Prof. Dr. Axel Thomas

-Geschäftsführer-

regio iT gesellschaft für Informationstechnologie mbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziel

Gegenstand des Unternehmens ist die automatisierte Informationsverarbeitung für alle hierfür geeigneten Aufgaben kommunaler Gesellschafter, ihrer kommunalen Unternehmen und wirtschaftlich selbständigen Organisationseinheiten sowie ihrer juristischen Personen des öffentlichen Rechts. Weiterhin führt die Gesellschaft IT-gestützte Qualifizierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der kommunalen Gesellschafter, sowie deren kommunalen Gesellschaften, sowie von Einwohnern und Einwohnerinnen der kommunalen Gesellschafter für den ersten Arbeitsmarkt durch.

Die regio iT gesellschaft für informationstechnologie mbh (regio iT) in Aachen ist ein etablierter und zertifizierter mittelständischer IT-Dienstleister für Kommunen, kommunale Unternehmen, Energie- und Versorgungsunternehmen, Schulen sowie Non-Profit-Organisationen. Die Wurzeln der Gesellschaft und der Sitz des Unternehmens liegen in der Region Aachen. Zusammen mit der Niederlassung in Gütersloh bildet die regio iT in der IT-Landschaft Nordrhein-Westfalens eine starke Ost-West-Achse.

Das Unternehmen ist auch bundesweit mit seinen führenden IT-Lösungen bei seinen Kunden vertreten. So wird z.B. der votemanager, ein durch die regio iT entwickeltes Wahlverfahren, überregional eingesetzt. Die Gesellschaft verfolgt das Ziel, innovative und wettbewerbsfähige Lösungen entlang der gesamten Wertschöpfungskette ihrer Kunden anzubieten, damit diese ihrerseits mit ihren Leistungen am Markt wirtschaftlich erfolgreich sind. Sie verfügt über eine umfassende Kenntnis der Prozesse ihrer Kunden und kann so ihre Lösungen optimal auf deren Bedürfnisse ausrichten. Mit einem Angebot über alle Wertschöpfungsstufen der IT und ihrer Integrationskompetenz verfügt die regio iT über ein wichtiges Alleinstellungsmerkmal. Sie orientiert sich als kommunales Unternehmen mit ihrem Produktangebot und der Preisgestaltung am Markt und versteht sich als Teil des Wettbewerbs.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer. Hat die mehrere Geschäftsführer, wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer oder durch einen Geschäftsführer und einen Prokuristen vertreten.

Aufsichtsrat:

Die Gesellschaft hat einen Aufsichtsrat, bestehend aus 15 stimmberechtigten Mitgliedern. Die Aufsichtsratsmitglieder werden von den Gesellschaftern in Anlehnung an die Höhe ihrer Beteiligung am Stammkapital der Gesellschaft entsandt.

Gesellschafterversammlung:

Gemäß § 12 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrags besteht die Gesellschafterversammlung aus jeweils einem Vertreter pro Gesellschafter.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dieter Rehfeld, Vorsitzender der Geschäftsführung, Aachen
Dieter Ludwigs, kaufmännischer Geschäftsführer, Aachen

Vertreter der StädteRegion im Aufsichtsrat:

Vorsitzender	Axel Hartmann	Allg. Vertreter des Städteregionsrates
	Ulla Thönnissen	Städteregionstagsmitglied
	Karl-Heinz Hermanns	Bürgermeister Gemeinde Simmerath

Vertreter der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung:

Franz Körlings	Städteregionstagsmitglied
----------------	---------------------------

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Sitz: 52070 Aachen

gezeichnetes Kapital: 307.228,00 Euro

Gesellschafter zum 31.12.2016:	Anteil in €	Anteil in %
Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft Aachen mbH	185.166,32	59,27
Zweckverband INFOKOM Gütersloh AöR	46.084,20	15,00
StädteRegion Aachen	36.099,29	11,75
Stadt Aachen	3.010,83	0,98
Stadt Alsdorf	3.072,28	1,00
Stadt Baesweiler	3.072,28	1,00
Stadt Eschweiler	3.072,28	1,00
Stadt Herzogenrath	3.072,28	1,00
Stadt Monschau	3.072,28	1,00

Gemeinde Roetgen	3.072,28	1,00
Gemeinde Simmerath	3.072,28	1,00
Stadt Würselen	3.072,28	1,00
Stadt Düren	3.072,28	1,00
Kupferstadt Stolberg	3.072,28	1,00
Beteiligungsgesellschaft Kreis Düren mbH	3.072,28	1,00
Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens	3.072,28	1,00
Civitec Zweckverband Kommunale Informations- Verarbeitung, Siegburg	<u>3.072,28</u>	<u>1,00</u>
	307.228,00	100,00
Beteiligungen > 25 %:	Anteil in €	Anteil in %
cogniport GmbH	25.000,00	100,00

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2014	2015	2016
	- in € -	- in € -	- in € -
A. Anlagevermögen	10.388.040	11.593.895	13.342.746
I. Imm. Vermögensgegenst.	5.127.507	5.125.303	4.555.543
II. Sachanlagen	5.245.326	6.453.385	5.814.246
III. Finanzanlagen	15.207	15.207	2.972.957
B. Umlaufvermögen	2.169.902	6.198.403	5.208.560
I. Forderungen u. sonst. VG	2.149.592	6.140.626	5.153.135
II. Kassenbestand, Guthaben	20.311	57.777	55.424
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.539.358	1.685.447	2.050.773
Bilanzsumme Aktiva	14.097.300	19.477.745	20.602.079
A. Eigenkapital	2.321.383	2.675.383	3.700.347
I. Gezeichnetes Kapital	307.228	307.228	307.228
II. Kapitalrücklage	388.066	388.066	388.066
III. Gewinnvortrag	0	0	0
IV. Andere Gewinnrücklagen	450.001	450.000	650.001
V. Jahresüberschuss	1.176.088	1.530.088	2.355.052
B. Rückstellungen	4.229.791	4.980.903	6.241.326
C. Verbindlichkeiten	7.534.393	11.734.151	10.623.653
D. Rechnungsabgrenzungsposten	11.733	51.649	36.753
E. Pass. latente Steuern	0	35.659	0
Bilanzsumme Passiva	14.097.300	19.477.745	20.602.079

Gewinn- und Verlustrechnung:	2014	2015	2016
	- in € -	- in € -	- in € -
Umsatzerlöse	51.721.374	54.782.126	58.236.772
Sonst. betriebl. Erträge	743.859	731.654,60	828.131
Materialaufwand	18.928.591	19.932.767	20.777.782
Personalaufwand	21.736.091	22.765.753	23.247.274
Abschreibungen	3.604.863	3.906.773	4.282.022
Sonst. betriebl. Aufwendungen	6.570.464	6.638.938	6.935.411
Erträge aus Gewinnabführverträgen	0	0	401.398
Jahresüberschuss n. Steuern	1.176.088	1.530.088	2.355.052

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2014	2015	2016
Mitarbeiterzahl (ohne Auszubildende)	313	317	311

Indikatoren zur Vermögens- Finanz- und Ertragslage	2014	2015	2016
	in %	in %	in %
Eigenkapitalquote	16,5	13,7	18,0
Investitionsquote	96,2	131,6	141,1
Eigenkapitalrentabilität	50,7	57,2	63,6
Gesamtkapitalrentabilität	9,6	8,8	12,4

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Seitens der StädteRegion Aachen bestehen Verbindungen zur regio iT GmbH dergestalt, dass die StädteRegion Leistungen der regio iT in Anspruch nimmt, die entsprechend des Produkt- und Preiskatalogs in Rechnung gestellt werden. Seit dem Jahr 2014 hat die regio iT einen Großteil der von der StädteRegion bisher selbst durchgeführten IT-Dienstleistungen übernommen. Die StädteRegion Aachen hat im Haushaltsjahr 2017 an Gewinnausschüttung der regio iT für das Geschäftsjahr 2016 in Höhe von 217.968,67 € (brutto) partizipiert. Weiterhin bestehen Leistungsbeziehungen der regio iT zu ihrer Holdinggesellschaft E.V.A.

Lagebericht der Gesellschaft

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Schon in den beiden Vorjahren wuchs die Wirtschaftsleistung in Deutschland relativ stark. Im Jahr 2016 legte das Bruttoinlandsprodukt noch einmal um 1,9 % zu (Vorjahr +1,6 %). Nach einer Konjunkturumfrage des Branchenverbandes BITKOM verlief das Jahr 2016 auch für die Unternehmen der Informationstechnologie ausgesprochen positiv. Der Gesamtmarkt der Informationstechnologie konnte um 3,6 % oder um 2,9 Milliarden € auf 84 Milliarden € erneut zulegen. Die Entwicklung der drei Teilmärkte der Informationstechnik (Software, IT-Service und IT-Hardware) verlief jedoch heterogen. Mit einer Steigerungsrate von 6,2 % auf 21,6 Milliarden € konnte das Geschäft mit Software am stärksten zulegen. Die regio IT ist überwiegend im Teilmarkt IT-Services mit Dienstleistungen wie Outsourcing oder Wartung tätig. Auch die Umsätze in diesem Segment stiegen um 2,7 % auf 38,2 Milliarden €. Auch konnte der Markt für IT-Hardware gegenüber dem Vorjahr zulegen. Das Marktvolumen stieg erneut um 2,8 % auf 24,3 Milliarden Euro. Grundlage der Markteinschätzung für 2016 sind die Prognosen der European Information Technology Observatory (EITO) und Erhebungen des Branchenverbandes BIT-KOM.

Geschäftsverlauf

Im Geschäftsjahr 2016 haben sich die wichtigsten wirtschaftlichen Kennziffern der regio IT sehr positiv entwickelt und gleichzeitig konnten durch Investitionen und Innovationen auch die Grundlagen für zukünftige Erfolge gelegt werden. Dabei konnte die regio IT von den positiven gesamtwirtschaftlichen und branchenbezogenen Rahmenbedingungen partizipieren. Insbesondere die von der regio IT bedienten Branchen, die Kommunen und kommunalen Unternehmen, haben aufgrund von Wettbewerbsdruck bzw. gesetzlicher Anforderungen gezielt in die Digitalisierung von Geschäftsprozessen und die Modernisierung der IT-Systeme investiert. Dies schlägt sich insbesondere in den wesentlich gestiegenen Umsatzerlösen aus Projektleistungen und Beratungen bei der regio IT wider, die erstmalig in der Unternehmensgeschichte auf einen Wert von über 5 Mio. € gestiegen sind. Im Ergebnis konnte im Geschäftsjahr 2016 in diesem Umsatzsegment sogar ein Gesamtumsatz von 5,8 Mio. € erreicht werden, der um 1,1 Mio. € oder 22,3 % über dem Vorjahreswert liegt. Auch der Produkt- und Applikationsbetrieb entwickelte sich ausgesprochen positiv, in dem sich eine Steigerung um 2,8 Mio. € oder 6,4 % auf 45,3 Mio. € ergibt. Hier konnte die breite Produktpalette der regio IT innerhalb der Bestandskunden sowie bei externen Kunden ausgebaut werden. Insgesamt hat sich der Gesamtumsatz außerordentlich positiv innerhalb aller Umsatzsegmente auf 58,2 Mio. € entwickelt. Hier ergibt sich im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung von 3,5 Mio. € oder 6,3 %. Im Gegenzug sind die Gesamtkosten nur sehr moderat gestiegen, so dass sich ein außerordentlich positives Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Höhe von 4,0 Mio. € (Vorjahr: 2,4 Mio. €) für das Geschäftsjahr 2016 ergibt. Nach Steuern resultiert hieraus ein Jahresüberschuss von 2,4 Mio. € (Vorjahr: 1,5 Mio. €). Zum 1. Januar 2016 hat die regio IT die Geschäftsanteile der Berninger Software GmbH vom bisherigen Alleingesellschafter erworben. Das Tochterunternehmen vote IT GmbH (bis 31. Dezember 2015 Berninger Software GmbH) versteht sich als Dienstleister und Berater rund um Softwarelösungen für Wahlen. Die bisherige Eigenentwicklung der regio IT „votemanager“ wurde in das Unternehmen überführt. Das

Tochterunternehmen hat sich im ersten Jahr wirtschaftlich ebenfalls sehr positiv entwickelt. Hervorzuheben sind insbesondere die sehr positiven Gespräche mit weiteren kommunalen IT-Dienstleistern, die vote iT-Lösung flächendeckend in den entsprechenden Zweckverbandsgebieten einzusetzen. Des Weiteren konnte im Geschäftsjahr 2016 mit dem civitec Zweckverband kommunale Informationsverarbeitung, Siegburg, ein weiterer Kunde als Gesellschafter gewonnen werden. Neben dem bisherigen Produktsegment der Bereitstellung von sicherer Rechenzentrumsinfrastruktur für den Zweckverband, wurden auch in 2016 weitere Aktivitäten in beidseitigem Dienstleistungsaustausch vorgenommen. Aufgrund des sehr positiven Ergebnisses hat die regio iT auch in die IT-Netzanbindung der Bestandskunden und Gesellschafter investiert, und zwar in der Form, dass diese Netzanbindung zukünftig breitbandiger zu günstigeren Konditionen erfolgt. Die Zielsetzung ist hierbei, den Kunden in einem weiteren Schritt zusätzliche Produktservices aus dem Rechenzentrumsbetrieb anbieten zu können.

Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Zur internen Steuerung des Unternehmens werden die folgenden bedeutsamsten finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Lage der Gesellschaft von Bedeutung sind, herangezogen (monetäre Werte in Mio. €). der regio iT eine optimal aufgestellte, prozessorientierte Organisation bescheinigt wurde. Die ISO/IEC 20000 ist eine international anerkannte Norm zum IT-Service- Management, in dem die Anforderungen für ein professionelles IT-Service- Management dokumentiert sind. Erstmals wurde die Zertifizierung im Jahr 2008 erfolgreich vorgenommen. Die Kunden der regio iT haben als Kommunen und kommunale Unternehmen sehr hohe Anforderung an die Sicherheit und Integrität ihrer Daten. Die internationale Norm ISO/IEC 27001 spezifiziert die Anforderungen für Herstellung, Einführung, Betrieb, Überwachung, Wartung und Verbesserung eines dokumentierten Informationssicherheits- Managementsystems unter Berücksichtigung der IT-Risiken der gesamten Organisation. Die regio iT ist seit 2009 umfassend in der IT-Sicherheit zertifiziert. Alle drei Normen bzw. deren Zertifizierungen wurden seither mehrfach in Audits durch unabhängige Prüfer bestätigt, zuletzt im Geschäftsjahr 2016. Für die regio iT bedeuten die positiven Aussichten der IT-Branche, dass sich der bestehende Fachkräftemangel noch verstärken könnte. Um die Wachstumsstrategie der regio iT bewältigen zu können, müssen jedoch ausreichend Fachkräfte am (regionalen) Markt verfügbar sein. Daher ist es für die regio iT bei der Gewinnung neuer Fachkräfte ein wichtiger Wettbewerbsfaktor, Unternehmensziele und Mitarbeiterinteressen in eine tragfähige Balance zu bringen. Seit Sommer 2011 hält die regio iT das Siegel „Beruf und Familie“ der unabhängigen und gemeinnützigen Hertie-Stiftung. Der Gesellschaft wurde bescheinigt, dass die Maßnahmen und Angebote zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie überdurchschnittlich umfangreich und vielfältig sind. Die regio iT ist nach der erfolgreichen (Re-) Zertifizierung in 2014 berechtigt, dieses Siegel für weitere drei Jahre (bis 2017) zu führen.

Ertragslage

Die regio iT konnte im Geschäftsjahr 2016 mit einem Gesamtumsatz von 58,2 Mio. € einen neuen Rekordwert erzielen. Im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich eine Steigerung von 3,5 Mio. € oder 6,3 %. Zurückzuführen ist dies vor allem auf eine Umsatzausweitung bei den Bestandskunden. Erstmals in

der Unternehmensgeschichte konnte bei den Umsatzerlösen aus Projektleistungen und Beratung die Größenordnung von 5 Mio. € überschritten werden. Mit einem Rekordwert von 5,8 Mio. € konnte dieses Umsatzsegment sogar um 1 Mio. € oder 22,3 % gegenüber dem Vorjahr (4,8 Mio. €) gesteigert werden. Diese Steigerung ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass bei den Gebietskörperschaften sowie bei kommunalen Unternehmen aus der Ver-/Entsorgung zusätzliche Projekte akquiriert werden konnten. Die Umsätze in diesem Segment werden von eigenen Mitarbeiter/-innen erwirtschaftet. Ausgesprochen positiv haben sich auch die Umsatzerlöse aus Produkt-/Applikationsbetrieb entwickelt. Mit 45,3 Mio. € konnte der Vorjahresumsatz (42,5 Mio. €) um 2,8 Mio. € (+6,4 %) gesteigert und auch in diesem Umsatzsegment ein neuer Rekordwert erzielt werden. Hier konnten bei den Bestandskunden sowohl die erbrachten IT-Dienstleistungen ausgeweitet als auch neue Produkte platziert werden. Vor dem Hintergrund von meist langfristigen Verträgen ist dieser Umsatzzuwachs nachhaltig einzuordnen und verbessert auch mittelfristig die Gesamtumsatzsituation. Rückläufig haben sich hingegen die Umsätze aus Handels-/Leasing-Geschäft entwickelt. Der Vorjahreswert (5,0 Mio. €) wurde um 0,8 Mio. € unterschritten. Allerdings ist dies auch eine Folge der deutlich gestiegenen Umsätze aus Produkt-/Applikationsbetrieb. Immer mehr Kunden weiten die von der regio iT abgenommenen IT-Dienstleistungen aus, darin enthalten ist auch die Gestellung der Arbeitsplatz-Hardware in Form einer Mietpauschale. Die eigene Beschaffung entfällt somit für den Kunden. Gestiegen sind auch die Umsätze aus Weiterberechnung von Fremdleistungen/Porto. Diese lagen im Vorjahr bei 2,5 Mio. €, im Geschäftsjahr 2016 bei 2,9 Mio. €. Hierbei handelt es sich jedoch um die reine Weiterberechnung von Fremdleistungen ohne eigene Wertschöpfung. Die Umsatzerlöse korrelieren mit den Kosten innerhalb des Materialaufwandes. Die sonstigen betrieblichen Erträge liegen mit 0,8 Mio. € leicht über Vorjahresniveau (0,7 Mio. €). Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Fördermittel bzw. anteilige Erstattungen des regio iT-Personalaufwandes innerhalb von durch den Bund geförderten Forschungs- und Entwicklungsprojekten. Durch gezielte Förderung von Forschung und Entwicklung wird eine kontinuierliche Weiterentwicklung des eigenen Produktportfolios gewährleistet. Im Geschäftsjahr 2016 engagierte sich die regio iT vor allem in Förderprojekten zu den Themen Smart Services/Internetbasierte Dienste für (Elektro-) Mobilität und kommunale und privatwirtschaftliche Prozesse sowie im Bereich IT-Sicherheit innerhalb von kritischen Infrastrukturen (der Versorgung). Da die Steigerung der Gesamtleistung überwiegend auf die positive Entwicklung der Umsatzsegmente mit hoher eigener Wertschöpfung zurückzuführen ist, liegt der Materialaufwand mit 20,8 Mio. € nur geringfügig über dem Vorjahresniveau (19,9 Mio. €). Dies zeigt sich auch in einer deutlichen Steigerung des Rohergebnisses um 2,5 Mio. € von 35,8 Mio. € auf 38,3 Mio. €. Die Personalaufwendungen der Angestellten erhöhten sich im Wesentlichen aufgrund von Tarifsteigerungen um 1,8 % auf 23,2 Mio. € (Vorjahr: 22,8 Mio. €). Zum 31. Dezember 2016 waren bei der regio iT 350 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 349), davon 17 Auszubildende (Vorjahr: 16) beschäftigt. Zusätzlich wurden der Gesellschaft von der Stadt Aachen sowie vom Zweckverband INFOKOM Gütersloh insgesamt 30 Beamtinnen und Beamte (Vorjahr: 32) zugewiesen. Leicht gestiegen sind die Abschreibungen: Diese liegen mit 4,3 Mio. € um 0,4 Mio. € über dem Vorjahreswert (3,9 Mio. €). Auch diese Position korreliert mit der Entwicklung der Umsatzerlöse, insbesondere den Umsätzen aus Produkt-/Applikationsbetrieb. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen lagen im Berichtsjahr mit 6,9 Mio. € über dem Vorjahresniveau (6,6

Mio. €). Zurückzuführen ist dies im Wesentlichen auf gestiegene Aufwendungen aus Altersteilzeitvereinbarungen. Aufgrund der Beteiligungserträge der vote iT GmbH ist das Finanzergebnis mit +0,2 Mio. € (Vorjahr -0,2 Mio. €) erstmals positiv. Zum 1. Januar 2016 wurde mit der vote iT GmbH ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag abgeschlossen. Für das Geschäftsjahr 2016 ist eine Ergebnisabführung in Höhe von 0,4 Mio. € enthalten.

Vermögens- und Finanzlage

Zum 31. Dezember 2016 betrug die Bilanzsumme 20,6 Mio. € (Vorjahr: 19,5 Mio. €) Im Berichtsjahr lagen die Investitionen im Bereich der immateriellen Vermögensgegenstände und der Sachanlagen bei 3,1 Mio. € (Vorjahr: 5,1 Mio. €). Das Anlagevermögen hält die regio iT im Wesentlichen für die Bereitstellung der IT-Infrastruktur und Softwarelizenzen im Zusammenhang mit ASP-Kundenverträgen vor (Application Service Providing). Korrelierend mit den Umsatzerlösen aus Produkt-/Applikationsbetrieb ist somit ein hoher Anteil über mehrjährige Kundenverträge bzw. einen hohen Auftragsbestand mittelfristig refinanziert. Mit Wirkung zum 1. Januar 2016 hat die regio iT die Geschäftsanteile der Berninger Software GmbH, Marburg, vom bisherigen Alleingesellschafter erworben und in vote iT GmbH, Aachen, umfirmiert. Des Weiteren wurde der vote iT zur Liquiditätssicherung ein Rahmenkredit in Höhe von 0,4 Mio. € gewährt. Daraus resultiert insgesamt eine Erhöhung der Bilanzposition Finanzanlagen um 3,0 Mio. €. Wie jedoch die Kennzahlen Anlagendeckungsgrad¹ sowie die Eigenkapitalquote zum Bilanzstichtag zeigen, kann die regio iT ihre notwendigen Investitionen in das Anlagevermögen nicht immer aus eigenen Mitteln finanzieren. Zum 31. Dezember 2016 betrug der Anlagendeckungsgrad¹ 27,7%, die Eigenkapitalquote 18,0 % (Eigenkapitalquote Vorjahr: 13,7 %). Die Investitionen werden daher neben dem Cashflow mittels langfristiger Kredite finanziert. Gegenüber Kreditinstituten bestanden zum Bilanzstichtag langfristige Verbindlichkeiten in Höhe von 6,5 Mio. € (Vorjahr: 8,4 Mio. €), gegenüber Gesellschaftern in Höhe von 0,1 Mio. € (Vorjahr: 0,5 Mio. €). Die Gesellschaft hat zudem mit ihrem Gesellschafter Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH, Aachen, (E.V.A.) einen Cash-Pooling-Vertrag abgeschlossen. Die regio iT kann somit ihren Finanzierungsbedarf zusätzlich aus diesem Cash-Pool decken. Die Kreditlinie beträgt 3,0 Mio. €. Zum Bilanzstichtag hat die Gesellschaft eine Forderung gegen den Cash-Pooling-Geber von 1,2 Mio. € (Eigenkapital x 100)/Anlagevermögen

Zusammenfassung

Der Verlauf des Berichtsjahres 2016 kann aufgrund der Rekordwerte bei Umsatz und Ergebnis als hervorragend bewertet werden. Die regio iT konnte im Berichtsjahr sowohl stärker als der ITK-Markt (Markt für Informations- und Kommunikationstechnik) als auch stärker als die Gesamtwirtschaft wachsen. Die Entwicklung der Umsatzerlöse dokumentiert nach wie vor die erfolgreichen Wachstumsstrategien der regio iT. Die Vermögenslage ist jedoch weiterhin geprägt von einer Eigenkapitalquote unterhalb des durchschnittlichen Wertes deutscher mittelständischer Unternehmen in vergleichbarer Größe² (33,4 %). Der Finanzierungsbedarf ist allerdings über den Cash-Pooling-Vertrag der E.V.A. sowie über langfristige Bankdarlehen ausreichend gesichert. Die Zahlungsfähigkeit war zu jedem Zeitpunkt im Berichtsjahr gesichert.

Prognosebericht einschließlich Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Prognosebericht

Die regio iT setzt sich als Ziel, durch die Gewinnung neuer Kunden und einer kontinuierlichen Ausweitung der Produktpalette weiter organisch zu wachsen. Einem anorganischen Wachstum durch Zusammenschluss mit weiteren IT-Dienstleistern im kommunalen Umfeld steht die regio iT auch zukünftig offen gegenüber. Jedes organische oder anorganische Wachstum ist stets ergebnisorientiert und profitabel ausgerichtet. Die positive Prognose des Marktes für Informations- und Kommunikationstechnologie bietet aktuell eine Reihe von Chancen für die regio iT. Die Digitalisierung schreitet in allen bedienten Branchen voran und bietet kurz- und mittelfristige Umsatzchancen. Neben den Erfordernissen, die Prozesse bei den Kunden effizienter über eine Digitalisierung und Automatisierung abzubilden, ist der Gesetzgeber ein weiterer Treiber bei kommunalen Verwaltungsprozessen. Die regio iT ist auch in 2017 bei innovativen und geförderten Forschungsprojekten in Konsortien vertreten. Auch im Geschäftsjahr 2017 wird die Wirksamkeit der drei Normen/Zertifizierungen (ISO 9001, ISO 27001 sowie ISO 20000) von unabhängigen Auditoren überprüft. Die folgenden finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Planung von Bedeutung sind, werden nachstehend für das Jahr 2017 prognostiziert (monetäre Werte in Mio. €).

Finanzielle Leistungsindikatoren (Mio. €)

	2016 Ist	2017 Plan	Abw.	Abw.	
			VPabs.	VP%0	
Gesamtumsatz	58,2	58,0	-	0,2	-0,4%
davon Umsätze aus Produkt-					
Applikationsbetrieb	45,3	45,3		0,0	0,0%
Umsätze aus Projektleistungen/Beratung	5,8	5,9		0,1	1,7%
Umsätze aus Handels-/Leasinggeschäft	4,2	3,4	-	0,8	-19,0%
Anteil Umsätze aus Projektleistungen/Beratung	10,0%	10,2%	-	-	
Rohergebnis ¹	38,3	39,3		1,0	2,7%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	4,1	3,5		-0,6	-13,6%
Gesamtleistungsrendite (vor Steuern)	6,9%	6,0%		-	-

Rohergebnis=(Umsatz+sonstige betriebl. Erträge + Andere aktivierte Eigenleistungen)/. Materialaufwand

Für das Geschäftsjahr 2017 plant die regio iT mit 45,3 Mio. € Umsätzen aus Produkt-/Applikationsbetrieb sowie 5,9 Mio € aus Projektleistung/Beratung nahezu auf Vorjahresniveau. Die erwarteten Umsätze aus Projektleistung und Beratung entsprechen dem Ziel der regio iT, ca 10 % des Gesamtumsatzes in diesem Segment zu erwirtschaften. Viele Projekte, und in der Folge demnach auch Produktumsätze, sind in der Anbahnung. Ein wesentlicher Anteil wird weiterhin bei den kommunalen Unternehmen gesehen und hier insbesondere bei Ver- und Entsorgungsunternehmen. Bei den Umsätzen aus Produkt- und Applikationsbetrieb stehen Folgeumsätze der in 2016 abgeschlossenen Projekte Preisanpassungen, insbesondere bei der die Breitband-, Netz- und Internetanbindung, gegenüber. Gerade die Breitbandanbindung an die

Rechenzentren der regio iT hat sich in der Vergangenheit als Engpassfaktor für neue Services erwiesen. Insoweit besteht für die regio iT aufgrund der deutlich verbesserten technischen Rahmenbedingungen und den damit einhergehenden günstigeren Konditionen für die Kunden perspektivisch die Chance, mit weiteren Services aus den Rechenzentren eine größere Wertschöpfungstiefe zu erreichen. Auch die Digitalisierung im Bereich der Energieversorgung, und hier insbesondere die Einführung intelligenter Messsysteme sowie Lösungen im Bereich Mobilität, bieten aufgrund der ausgezeichneten Expertise der regio iT Wachstumspotenzial. Im Bereich der Umsätze aus Handels-/Leasinggeschäft werden mit 3,4 Mio. € eher rückläufige Umsätze erwartet. Ausschlaggebend für Investitionsentscheidungen der kommunalen Kunden ist die jeweilige Haushaltssituation, an der die Steuereinnahmen wesentlichen Anteil haben. Das Ifo-Institut erwartet für 2017 ein Wachstum von 1,5 %. Gegenläufige Effekte für diese Umsatzposition ergeben sich jedoch auch aus der Tendenz, dass immer mehr Kunden die Arbeitsplatz-Hardware bei der regio iT mieten, anstatt selbst zu beschaffen. Aufgrund weiterhin steigender eigener Wertschöpfung erwartet die regio iT für 2017 eine Steigerung des Rohergebnisses von 38,4 Mio. € auf 39,3 Mio. €. Dementsprechend geht die regio iT von einem Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in Höhe von 3,5 Mio. € aus, welches um 0,6 Mio. € unter dem hervorragenden Niveau des Berichtsjahres (4,1 Mio. €) liegt. Dies ist auf eine gegenläufige Personalkostenentwicklung zurückzuführen. Zum einen aufgrund der tariflichen Steigerung, zum anderen sind auch wieder Neueinstellungen geplant, um den weiteren Wachstumskurs bewältigen zu können. Zusammenfassend geht die regio iT von einer positiven Geschäftsentwicklung für das Jahr 2017 aus, auf deren Basis die geplanten Ziele erreicht werden können. Auch wenn die Ergebnisentwicklung gegenüber dem Rekordergebnis des Berichtsjahres leicht rückläufig ist, wird auch weiterhin eine angemessene Rendite für die Gesellschafter erwirtschaftet werden.

Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Der Fokus des Risikomanagements der regio iT liegt nicht auf den Risiken nach der Bruttobewertung, sondern auf der tatsächlichen Risikolage nach Berücksichtigung von Maßnahmen. Die Risikopolitik der regio iT setzt auf eine gezielte und effiziente Nutzung unternehmerischer Chancen sowie die Minimierung oder Vermeidung potenzieller Risiken. Das Kerngeschäft der regio iT besteht in der Erbringung von-Dienstleistungen für Kommunen und kommunale Unternehmen. Dabei liegt das Hauptrisiko in der Sicherheit der Informationsverarbeitung. Die Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnologie ist im kommunalen Umfeld unverzichtbar und aufgrund immer größerer Prozessunterstützung und Prozessautomation ein zentraler Aspekt des Risikomanagements der regio iT. Das Risikomanagementsystem entspricht den Anforderungen der DIN EN ISO 9001, ISO/IEC 20000 sowie insbesondere ISO/IEC 27001. Dienstleistungen mit Projektrisiko werden regelmäßig durch ein Steuerungsgremium (Projektmanagement-Board) unter Beteiligung der Geschäftsleitung überwacht. Für die Dienstleistungen mit Projektrisiko werden darüber hinaus Vorkalkulationen und Risikobetrachtungen im Vorfeld der Projekte durchgeführt, die somit schon in der Angebotsphase Berücksichtigung finden. Regelmäßige Routineüberprüfungen auf Basis eines Reporting-Systems steuern die Risikoerkennung im Bereich der Dienstleistungen ohne Projektrisiko. Die Führungskräfte und Auftragsverantwortlichen führen regelmäßig Analysen durch, die gemeinsam mit der Geschäftsleitung bewertet und in steuernde Maßnahmen umgesetzt werden.

Die regio iT benötigt für den kundenbezogenen Applikationsbetrieb Lizenzen bzw. Nutzungsrechte an Software Dritter. Dadurch steigen die Anforderungen an das interne und kundenbezogene Lizenzmanagement, zumal sich Lizenzmodelle der Anbieter beständig fortentwickeln. Es besteht das Risiko, dass durch die Fehlinterpretation von komplexen Lizenzierungsbedingungen ein höherer Anspruch an Nutzungs-/Wartungsentgelten des Anbieters gegenüber der regio iT entsteht, als über die Kalkulation der Kundenpreise refinanziert wurde. Die regio iT begegnet diesem Risiko durch den weiteren Ausbau des Lizenzmanagements. Durch die Gesellschafterstruktur und damit verbunden auch die Kundenstruktur bestehen langfristige Vertragsbeziehungen, die als große Chance für eine positive Geschäftsentwicklung zu sehen sind. Das Risiko der Kundenfluktuation in Form wesentlicher, kurzfristiger Vertragskündigungen ohne Gegensteuerungsmöglichkeiten wird derzeit als gering eingeschätzt. Risiken bestehen aufgrund technischer Probleme durch Hardwareausfall oder andere negative interne oder externe Einflussfaktoren auf definierte IT- Servicemanagement-Prozesse. Können diese nicht kurzfristig behoben werden, stellt dies ein Risiko für die vertraglich vereinbarte Leistungserbringung dar. Um negative wirtschaftliche Auswirkungen zu begrenzen, hat die regio iT neben organisatorischen Prozessen mit hoher technischer Integrität eine Spezial-Haftpflichtversicherung für IT-Dienstleister gezeichnet. Eingeschlossen sind hier auch (Folge-)Schäden aufgrund fehlerhafter Software und IT-Dienstleistungen. Zusammenfassend stehen erkannten Risiken entsprechende Chancen gegenüber. Aktuelle Teilnahmen an Ausschreibungen sowie konkrete Anfragen von Bestandskunden mit wesentlichen wirtschaftlichen Potenzialen belegen diese Einschätzung. Demzufolge wird davon ausgegangen, dass die geplanten wirtschaftlichen Ziele 2017 erreicht werden. Das Risikomanagementsystem der regio iT ist in das Risikomanagementsystem der E.V.A. eingebunden. Als Ergebnis der jährlichen Risikoinventur liegen keine bestandsgefährdenden oder entwicklungsbeeinträchtigenden Risiken vor.

Aachen, den 16. März 2017 regio iT
gesellschaft für informationstechnologie mbh

Dieter Rehfeld Dieter Ludwigs
Vorsitzender der Geschäftsführung Geschäftsführer

Angaben des Lageberichtes zur öffentlichen Zwecksetzung

Der Lagebericht führt hinsichtlich der öffentlichen Zwecksetzung aus, dass die Gesellschaft den im Gesellschaftsvertrag vorgegebenen und der Aufsichtsbehörde von der Stadt Aachen angezeigten öffentlichen Zweck der automatisierten Informationsverarbeitung für kommunale Gesellschafter, ihre kommunalen Unternehmen und wirtschaftlich selbständige Organisationseinheiten sowie juristische Personen des öffentlichen Rechts voll erfüllt hat.

Studieninstitut für kommunale Verwaltung Aachen

Aufgaben des Zweckverbands / Beteiligungsziele

Das Studieninstitut hat die Aufgabe, die planmäßige theoretische Ausbildung von Auszubildenden, Praktikanten, Beamtenanwärtern und sonstigen Dienstkräften der Gemeinden und Gemeindeverbände, der kommunalen Zweckverbände sowie anderer kommunaler Einrichtungen seines Gebietes zu betreiben, die vorgeschriebenen Prüfungen abzunehmen und die fachliche Fortbildung von Dienstkräften innerhalb und außerhalb des Verbandsgebietes zu fördern.

Organe des Zweckverbands

Verbandsversammlung:

Die Verbandsversammlung besteht aus je einem Vertreter der Verbandsmitglieder. Jedes Verbandsmitglied hat eine Stimme. Die Verbandsversammlung beschließt über die ihr nach dem Gesetz und dieser Satzung obliegenden Angelegenheiten des Zweckverbandes. In die Zuständigkeiten der Verbandsversammlung fallen insbesondere die Aufgaben gemäß § 4 lit. a) bis f) der Verbandssatzung.

Verbandsvorsteher:

Der Verbandsvorsteher und sein Stellvertreter werden von der Verbandsversammlung aus dem Kreise der Hauptverwaltungsbeamten oder mit Zustimmung ihres Dienstvorgesetzten aus dem Kreis der allgemeinen Vertreter oder der leitenden Bediensteten der zum Zweckverband gehörenden Mitglieder für die Dauer der Wahlzeit der Verbandsversammlung gewählt. Das Amt des Verbandsvorstehers erlischt mit dem Ausscheiden aus dem Hauptamt. Der Verbandsvorsteher ist Institutsvorsteher im Sinne der Ausbildungs- und Prüfungsordnungen. Er führt die laufenden Geschäfte des Zweckverbandes sowie nach Maßgabe der Gesetze, der Verbandssatzung und der Beschlüsse der Verbandsversammlung die übrige Verwaltung des Zweckverbandes. Zur Durchführung der ihm obliegenden Aufgaben bedient er sich des Studienleiters. Der Verbandsvorsteher vertritt den Zweckverband gerichtlich und außergerichtlich.

Besetzung der Organe

Vertreter der StädteRegion Aachen in der Verbandsversammlung:

Axel Hartmann

Allgemeiner Vertreter des Städteregionsrates

Verbandsvorsteher: Dr. Markus Kremer Beigeordneter Stadt Aachen (seit 01.04.2016)

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Zweckverband
Sitz: 52134 Herzogenrath

Mitglieder:	Anteil in %
StädteRegion Aachen	25,00
Stadt Aachen	25,00
Kreis Heinsberg	25,00
Kreis Düren	<u>25,00</u>
	100,00

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2014	2015	2016
	- in € -	- in € -	- in € -
Anlagevermögen	3.970	3.390	2809
Umlaufvermögen	1.832.592	1.888.806	2.200.408
Aktive Rechnungsabgrenzung	4.286	7.087	8.011
Bilanzsumme Aktiva	1.840.848	1.899.283	2.211.228
Eigenkapital	192.478	191.928	195.959
1. Allgemeine Rücklage	145.124	145.124	145.124
2. Sonderrücklagen	0	0	0
3. Ausgleichsrücklage	33.864	47.354	46.804
4. Jahresüberschuss	13.490	-550	4.030
Sonderposten	0	0	0
Rückstellungen	1.579.384	1.644.328	1.991.924
Verbindlichkeiten	68.986	63.027	23.345
Passive Rechnungsabgrenzung	0	0	0
Bilanzsumme Passiva	1.840.848	1.899.283	2.211.228
Gesamtergebnisrechnung:	2014	2015	2016
	- in € -	- in € -	- in € -
Ordentliche Erträge	639.176	626.992	749.893
Ordentliche Aufwendungen	-625.910	-627.609	745.906
Ergebnis d. lfd. Verwaltungstätigkeit	13.266	-617	27.718

Jahresergebnis **13.490** **-550** **4.030**

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2014	2015	2016
Mitarbeiter/innen einschließlich Abordnung (teilweise Teilzeit)	4	4	4

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Der Zweckverband erhebt von den Verbandsmitgliedern eine Umlage, soweit seine sonstigen Erträge (Lehrgangsgelder sowie Entgelte für Fortbildung und Personalauslese) die entstehenden Aufwendungen nicht decken. Die Umlage bemisst sich nach der letzten amtlich festgestellten fortgeschriebenen Bevölkerungszahl. Dies gilt mit der Maßgabe, dass die Umlage des Verbandsmitgliedes StädteRegion Aachen sich nach dem Wert bemisst, der sich nach Abzug der amtlich festgestellten fortgeschriebenen Bevölkerungszahl für die Stadt Aachen aus der letzten amtlich festgestellten fortgeschriebenen Gesamtbevölkerungszahl für die StädteRegion Aachen ergibt. Die Umlage, die auf das Verbandsmitglied Stadt Aachen entfällt, bemisst sich nach der letzten amtlich festgestellten fortgeschriebenen Bevölkerungszahl für die Stadt Aachen. Die Verbandsmitglieder stellen dem Studieninstitut die erforderlichen Räume einschließlich Beleuchtung und Heizung sowie Einrichtungsgegenstände unentgeltlich zur Verfügung.

Die auf die StädteRegion Aachen entfallende Verbandsumlage für das Haushaltsjahr 2016 betrug 9.129,75 €. Im Jahr 2016 wurden außerdem Lehrgangsgelder sowie Entgelte für dienstbegleitende Unterweisungen in Höhe von 86.301,60 € gezahlt, hinzu kamen Entgelte für Personalausleseverfahren in Höhe von 14.191,20 €. Sofern Mitarbeiterinnen einzelner Ämter an Fortbildungsveranstaltungen des Studieninstituts teilgenommen haben, wurden die Teilnahmegebühren dezentral aus den Budgets der Ämter gezahlt. Die Kämmerei der StädteRegion Aachen nimmt die Geschäftsbuchhaltung und Aufstellung des Jahresabschlusses für den Zweckverband gegen Entgelt wahr, die örtliche Rechnungsprüfung der StädteRegion prüft den Jahresabschluss des Studieninstituts und die Berechnung der Beihilfen erfolgt entgeltlich durch die Städteregionsverwaltung.

Auszug aus dem Lagebericht der Gesellschaft

Darstellung des Geschäftsverlaufs

Das Ergebnis der Jahresrechnung des Zweckverbandes als Träger des Studieninstituts für kommunale Verwaltung Aachen hat folgende Parameter:

- o die Menge der durchgeführten Lehrgänge,
- o die Anzahl der organisierten Fortbildungsveranstaltungen sowie
- o deren Teilnehmerzahlen im genannten Berichtszeitraum und
- o die durchgeführten Testfälle und erteilten Testauskünfte aus den Personalausleseverfahren.

Vor der Aufstellung des Haushaltsplanentwurfes werden die Betriebsabläufe alljährlich einer intensiven Betrachtung unterzogen. Die Plandaten beruhen zum einen auf exakten Ermittlungen, zum anderen auf qualifizierten Schätzungen, selbst wenn diese insbesondere von externen Einflüssen abhängig sind. So ist die Einrichtung und Durchführung von Laufbahnlehrgängen für die Laufbahngruppe 1, 2 Einstiegsamt (vorher mittlerer allgemeiner Verwaltungsdienst) und von Sonderlehrgängen für die dienstbegleitende Unterweisung für Auszubildende für den Beruf des/der Verwaltungsfachangestellten von der Zahl der durch die Körperschaften eingestellten Auszubildenden im Verbandsgebiet abhängig. Diese richtet sich in der Regel nach dem jeweiligen Stellenbedarf und orientiert sich an den Veränderungsprozessen innerhalb der Behörden, die in den letzten Jahren zunehmend durch die Auswirkungen des demographischen Wandels beeinflusst sind. Zudem kommen trotz der strengen Vorgaben durch das Grundgesetz, die Landesverfassung und die Gemeindeordnung alljährlich zusätzliche Aufgaben und finanzielle Belastungen auf die Kommunen zu. Seit geraumer Zeit sind Aufgabenzuwächse im Bereich der Leistungsverwaltung zu erkennen, die die Kommunen vermutlich auch in den kommenden Jahren zu überproportionalen Einstellungen im Personalbereich zwingen (u.a. Jobcenter). Somit bedingen insbesondere gesellschaftliche Entwicklungen eine Ausdehnung des Personalkörpers. Unabhängig davon unterliegen die Personaletats bei den Kommunen und vor allem die Budgets für Personalentwicklung (Fortbildung) stets den gesetzlichen Vorgaben der wirtschaftlichen Haushaltsführung, wenn nicht gar den Kriterien bestehender Haushaltssicherungskonzepte. Die Durchführung der Lehrgänge ist abhängig von der Leistungsfähigkeit der Schulabteilungen. Dabei sind vorrangig die räumlichen und personellen Kapazitäten – unter Berücksichtigung der Ferientermine maximal nutzbare Schultage – zu beachten. Der Bestand der vorhandenen Unterrichtsräume mit ihrer Ausstattung spielt dabei ebenso eine Rolle wie die Summe der jährlichen Unterrichtsstunden und die Menge der durchzuführenden Zwischen- und Abschlussprüfungen. Eine weitere, nur begrenzt belastbare Größe ist der Kader der nebenamtlichen Dozenten, die den Unterricht nur im Konsens mit ihrer Dienststelle oder auch in Abstimmung mit dem Dienstbetrieb erteilen können. Die Abteilungen Aachen-Stadt und StädteRegion Aachen haben 2015 Ausschreibungen von nebenamtlichen Dozentenstellen durchgeführt. Dies hat zu guten Ergebnissen geführt. Die Anzahl von jungen Dozenten mit fachlich hoher Kompetenz hat deutlich zugenommen. Gleichwohl ist ein noch darüber hinausgehender Bedarf insbesondere an zusätzlichen Angestelltenlehrgängen I und II festzustellen, der trotz Aufstockung der nebenamtlichen Dozentenstellen abgefangen werden muss. Derzeit müssen

angemeldete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von den Kommunen überproportional lange auf den Start von Lehrgängen für ihre Qualifikationsstufe warten. Hier muss bald nachgesteuert werden, um dem bestehenden Bedarf gerecht zu werden. Daher wurde beim „Workshop über die zukünftige Ausrichtung des Studieninstitutes“ am 26.01.2017 von den Abteilungsvorstehern beschlossen, dass jede Abteilung zu den bisherigen Lehrgängen einen zusätzlichen AL I – bzw. AL II Lehrgang durchführt, um so den Wartestau abzubauen. Zur Durchführung dieser zusätzlichen Lehrgänge stellt das Studieninstitut im Bedarfsfall seine Räumlichkeiten in der Geschäftsstelle zur Verfügung, sofern der Seminarbetrieb dadurch nicht eingeschränkt wird. Der Fortbildungsbedarf der Kommunen richtet sich nach dem Ausbildungsstand der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in ihren Sachgebieten. Durch neue oder geänderte Rechtsanwendung, neue Rechtsprechung etc. ergibt sich die Notwendigkeit oder das Interesse, sich fortzubilden. Hierauf kann nur bedingt Einfluss genommen werden. Der Seminarkalender wird jährlich neu aufgelegt. Dabei stehen Anfragen der Gebietskörperschaften im Vordergrund. Das Institut steht für Nutzerfreundlichkeit und Kundenorientierung. Seit dem I. Quartal 2014 wurde das Anmeldeverfahren modernisiert, so dass Seminare „online“ gebucht werden können. Der Seminarkalender ist dynamisch, d.h. er unterliegt einer ständigen Entwicklung und Fortschreibung. Umfangreiche Druckstücke werden aus Kostengründen (Druckkosten, Versand etc.) vermieden. Es bleibt jedoch auch weiterhin das Ziel, Seminarangebote passgenau für die Gebietskörperschaften im Sinne einer markt- und kunden-gerechten Orientierung zu erarbeiten und aktiv zu bewerben. Kommunen fragen zunehmend nach Inhouse-Veranstaltungen. Diese werden, wenn möglich – bei entsprechender Preisgestaltung – durchgeführt. Wie oben bereits beschrieben, unterliegt die betriebene Angebotsplanung der Unsicherheit, den Bedarf der Kommunen nicht in Gänze zu treffen oder aufgrund einer angespannten Finanzsituation ins Leere zu greifen. Gleichwohl wird weiterhin die Strategie verfolgt, ein quantitativ umfangreiches und qualitativ gehobenes Angebot für Behördenmitarbeiterinnen und Behördenmitarbeiter zu gestalten. Planung und Kalkulation der angebotenen Seminare erfolgen grundsätzlich durch den Studienleiter. Bei der Umsetzung wird er durch die Mitarbeiterinnen in der Geschäftsstelle unterstützt. Hierbei wird neben der fachlichen Ausrichtung zunehmend auf die Stärkung der persönlichen und sozialen Kompetenzen gesetzt.

Personalsituation

Die Personalsituation ist weiterhin stabil. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Geschäftsstelle leben einen guten Teamspirit. Dies lässt sich aus dem guten Geschäftsergebnis und einem minimalen Bestand an Fehlzeiten in den Vorjahren nachvollziehen. Eine Mitarbeiterin ist seit 08/2015 befristet für die Dauer von drei Jahren zum Studieninstitut abgeordnet. Mit der StädteRegion und der Stadt Aachen konnte die Vereinbarung getroffen werden, dass abwechselnd jeweils eine Auszubildende bzw. ein Auszubildender für einen Ausbildungsabschnitt dem Studieninstitut zur Ausbildung zugewiesen wird. Hiervon profitieren alle Seiten. Die Nachwuchskräfte erhalten einen umfangreichen Einblick in die Arbeit eines kommunalen „Unternehmens“ in der Rechtsform eines Zweckverbandes mit seinen Facetten in den Bereichen Personalverwaltungs- und Finanzwesen sowie der Verwaltungsorganisation.

Haushaltssatzung; Umlage

Die Haushaltssatzung für den Zweckverband für das Haushaltsjahr 2016 konnte fristgerecht im Rahmen der Zweckverbandversammlung am 04.12.2015 beschlossen werden. Der Beschluss beinhaltete die Beibehaltung der Höhe der Umlage für die Verbandsmitglieder in Höhe von 0,03 €/Einwohner, bezogen auf den in der Satzung festgelegten Stichtag für die fortgeschriebene Bevölkerungszahl je Verbandsmitglied. Die Bevölkerung für das Gebiet des Zweckverbandes wurde zum Stichtag 31.12.2014 auf 1.056.044 Einwohner festgestellt. Die Umlage, mit der die Verbandsmitglieder mit den durch andere Erträge nicht gedeckten Aufwendungen belastet werden, wurde für das Wirtschaftsjahr 2016 in Höhe von 31.681,32 € ermittelt und beschlossen. Die Genehmigung der Umlage erfolgte durch eine Verfügung der Bezirksregierung, vom 07.04.2016. Die zugrundeliegende Satzung wurde im Amtsblatt der Bezirksregierung unter Nr. 17/2016 vom 02.05.2016 veröffentlicht.

Lehrgangsgeld

Als Grundlage für die Festsetzung des Lehrgangsgeldes für das Wirtschaftsjahr 2016 sind sowohl die Kosten der voraussichtlich durchzuführenden Lehrgänge und Prüfungen sowie die hieraus resultierenden Teilnehmerstunden maßgebend. Die Kosten des Lehrgangsbetriebes einschließlich der Prüfungskosten wurden für das Wirtschaftsjahr 2016 in Höhe von 359.333 € ermittelt. Auf Grundlage dieser Kalkulation wurden 100.770 Teilnehmerstunden erfasst. Dies bedeutet gegenüber dem vorangehenden Wirtschaftsjahr eine deutliche Steigerung gegenüber der Vorjahreskalkulation um 7.416 Teilnehmerstunden bzw. rd. 8 %. Somit konnte das Lehrgangsgeld gegenüber dem Vorjahresansatz auf 4,20 €/Std./Teiln. zur Erreichung der Kostendeckung reduziert werden (2011: 4,90 €; 2012/2013: 5,10 €/Std.; 2014/2015: 4,50 €/Std.) Für die Ermittlung des Lehrgangsgeldes wurden zunächst die voraussichtlichen Kosten des Lehrgangsbetriebes herangezogen, die sich zu einem großen Teil aus den Aufwendungen des Sachkontos 501900 herleiten lassen. Darin sind u.a. 6.302 erteilte Unterrichtsstunden erfasst; darüber hinaus fließen die Kosten für die im Jahr 2016 voraussichtlich geplanten 13 Zwischen- und Abschlussprüfungen incl. der Aufwandsentschädigung für die Mitwirkung der Mitglieder der berufenen Prüfungsausschüsse ein. Basis für die Kalkulation ist eine tabellarische Aufstellung der Lehrgänge mit den planmäßig zu erteilenden Unterrichtseinheiten, den voraussichtlich anfallenden Teilnehmerstunden und den angesetzten Prüfungen. Hieraus leitet sich die Ermittlung der Prüfungskosten ab, in der alle Parameter (Teilnehmer an der Prüfung, Aufwendungen für die Erarbeitung und Bewertung von Klausuren, Entschädigung für Erst- und Zweitkorrektoren sowie Prüfungsausschüsse) erfasst sind. Der Wert der Teilnehmerstunden stellt jedoch keine kontinuierliche Größe dar. Die Anzahl ist von einer sich jährlich verändernden Entsendung von Lehrgangsteilnehmern durch die Behörden abhängig. Im Lehrgangsgeld enthalten sind auch Beträge für die Entschädigung der Leistungen des hauptamtlich beschäftigten sowie der nebenamtlich tätigen Dozenten im Rahmen des Unterrichts für die Umschulungslehrgänge für das Berufsförderungswerk (BFW) Düren. Die technische Durchführung und Rechnungslegung für die Vergütung der nebenamtlichen Dozenten wird durch die Abteilung Düren im Zusammenwirken mit dem Ausbildungsleiter des BFW bewirkt.

Aufgrund des besonderen Charakters des Unterrichts für Blinde und Sehbehinderte als Rehabilitationsmaßnahmen der Rentenversicherungsträger sind die Klassenverbände im Sinne der besonderen Förderung des betroffenen Personenkreises zumeist gering (10 Teilnehmer) bemessen. Aufgrund des Kostendrucks ist das BFW Düren zunehmend bestrebt, die Anzahl der Lehrgänge und ebenso die Teilnehmerzahlen zu steigern. Diesen Umschulungslehrgängen werden Vorbereitungskurse mit Eignungsprognosen vorgeschaltet, um hierzu eine Selektion hinsichtlich der Aussicht auf Erfolg für die Teilnehmer zu treffen. Die Entwicklung der Erträge für jeweils drei parallel laufende Lehrgänge zur Umschulung zu Verwaltungsfachangestellten wird in den Folgejahren beobachtet. Insgesamt wurde 2016 ein Betrag von 447.558,83 € an Entgelt für Lehrgänge vereinnahmt. Dies entspricht nicht im vollen Umfang dem Haushaltsansatz 2016 (495.800 €). Dies lag im Wesentlichen daran, dass teilweise Lehrgänge später begonnen haben, als ursprünglich geplant. Bei den korrespondierenden Aufwendungen (Dozenten honorare etc.) sind entsprechende Einsparungen in 2016 zu verzeichnen.

Fortbildung

In 2015 sind ähnlich wie in 2014 die Ergebnisse deutlich hinter den Erwartungen geblieben. Daher erfolgte in 2016 für das laufende Jahr eine Konzentration auf aktuelle Themen. Insgesamt wurden 87 Veranstaltungen (2015: 132) in den Seminarkalender aufgenommen. Hiervon konnten 64 Fortbildungen (2015: 46) durchgeführt werden. Hinzu kamen 14 durchgeführte Fortbildungen im Rahmen der „modularen Qualifizierung.“ Insgesamt 23 Veranstaltungen (= 26%) (2015 = 65 %) mussten zumeist aufgrund geringer Teilnehmerzahlen abgesagt werden. Im Vergleich zu den letzten Jahren ist hier eine wesentliche Verbesserung festzustellen. Seit dem IV. Quartal 2016 wurden die Bewerbungsstrategien für Seminare geändert bzw. intensiviert, was sich sehr positiv auf die Anmeldezahlen ausgewirkt hat. Erfreulicherweise sind auch die Teilnehmerzahlen gestiegen. Insgesamt 1149 Teilnehmer waren bei Seminaren des Institutes zu Gast (2015: 471 // 2014: 610 // 2013: 1.134 // 2012: 727 // 2011: 711). Hierbei ist jedoch anzumerken, dass zwei Großveranstaltungen im Tivoli Aachen zum Thema „Neue Entgeltordnung im TVÖD“ mit 180 Teilnehmern sehr gut besucht waren. Es konnten daher beim Kostenträger „Fortbildung“ insgesamt rd. 47.600 € Mehrerträge gegenüber dem Ansatz im Haushaltsplan 2016 aus Entgelte für Fortbildungsveranstaltungen realisiert werden. Gleichzeitig waren Mehraufwendungen für Referentenhonorare, Druck- sowie Bewirtungskosten zu verzeichnen. Insgesamt hat der Kostenträger erfreulicherweise mit einem wesentlichen besseren Ergebnis gegenüber dem ursprünglichen Plan abgeschlossen.

Personalauslese

Haushaltssatzung; Umlage

Die Haushaltssatzung für den Zweckverband für das Haushaltsjahr 2016 konnte fristgerecht im Rahmen der Zweckverbandversammlung am 04.12.2015 beschlossen werden. Der Beschluss beinhaltete die Beibehaltung der Höhe der Umlage für die Verbandsmitglieder in Höhe von 0,03 €/Einwohner, bezogen auf den in der Satzung festgelegten Stichtag für die fortgeschriebene Bevölkerungszahl je Verbandsmitglied. Die Bevölkerung für das Gebiet des Zweckverbandes wurde zum Stichtag 31.12.2014 auf 1.056.044 Einwohner festgestellt. Die Umlage, mit der die

Verbandsmitglieder mit den durch andere Erträge nicht gedeckten Aufwendungen belastet werden, wurde für das Wirtschaftsjahr 2016 in Höhe von 31.681,32 € ermittelt und beschlossen. Die Genehmigung der Umlage erfolgte durch eine Verfügung der Bezirksregierung, vom 07.04.2016. Die zugrundeliegende Satzung wurde im Amtsblatt der Bezirksregierung unter Nr. 17/2016 vom 02.05.2016 veröffentlicht. Lehrgangsgeld als Grundlage für die Festsetzung des Lehrgangsgeldes für das Wirtschaftsjahr 2016 sind sowohl die Kosten der voraussichtlich durchzuführenden Lehrgänge und Prüfungen sowie die hieraus resultierenden Teilnehmerstunden maßgebend. Die Kosten des Lehrgangsbetriebes einschließlich der Prüfungskosten wurden für das Wirtschaftsjahr 2016 in Höhe von 359.333 € ermittelt. Auf Grundlage dieser Kalkulation wurden 100.770 Teilnehmerstunden erfasst. Dies bedeutet gegenüber dem vorangehenden Wirtschaftsjahr eine deutliche Steigerung gegenüber der Vorjahreskalkulation um 7.416 Teilnehmerstunden bzw. rd. 8 %. Somit konnte das Lehrgangsgeld gegenüber dem Vorjahresansatz auf 4,20 €/Std./Teiln. zur Erreichung der Kostendeckung reduziert werden (2011: 4,90 €; 2012/2013: 5,10 €/Std.; 2014/2015: 4,50 €/Std.). Für die Ermittlung des Lehrgangsgeldes wurden zunächst die voraussichtlichen Kosten des Lehrgangsbetriebes herangezogen, die sich zu einem großen Teil aus den Aufwendungen des Sachkontos 501900 herleiten lassen. Darin sind u.a. 6.302 erteilte Unterrichtsstunden erfasst; darüber hinaus fließen die Kosten für die im Jahr 2016 voraussichtlich geplanten 13 Zwischen- und Abschlussprüfungen incl. der Aufwandsentschädigung für die Mitwirkung der Mitglieder der berufenen Prüfungsausschüsse ein. Basis für die Kalkulation ist eine tabellarische Aufstellung der Lehrgänge mit den planmäßig zu erteilenden Unterrichtseinheiten, den voraussichtlich anfallenden Teilnehmerstunden und den angesetzten Prüfungen. Hieraus leitet sich die Ermittlung der Prüfungskosten ab, in der alle Parameter (Teilnehmer an der Prüfung, Aufwendungen für die Erarbeitung und Bewertung von Klausuren, Entschädigung für Erst- und Zweitkorrektoren sowie Prüfungsausschüsse) erfasst sind. Der Wert der Teilnehmerstunden stellt jedoch keine kontinuierliche Größe dar. Die Anzahl ist von einer sich jährlich verändernden Entsendung von Lehrgangsteilnehmern durch die Behörden abhängig. Im Lehrgangsgeld enthalten sind auch Beträge für die Entschädigung der Leistungen des hauptamtlich beschäftigten sowie der nebenamtlich tätigen Dozenten im Rahmen des Unterrichts für die Umschulungslehrgänge für das Berufsförderungswerk (BFW) Düren. Die technische Durchführung und Rechnungslegung für die Vergütung der nebenamtlichen Dozenten wird durch die Abteilung Düren im Zusammenwirken mit dem Ausbildungsleiter des BFW bewirkt. Aufgrund des besonderen Charakters des Unterrichts für Blinde und Sehbehinderte als Rehabilitationsmaßnahmen der Rentenversicherungsträger sind die Klassenverbände im Sinne der besonderen Förderung des betroffenen Personenkreises zumeist gering (10 Teilnehmer) bemessen. Aufgrund des Kostendrucks ist das BFW Düren zunehmend bestrebt, die Anzahl der Lehrgänge und ebenso die Teilnehmerzahlen zu steigern. Diesen Umschulungslehrgängen werden Vorbereitungskurse mit Eignungsprognosen vorgeschaltet, um hierzu eine Selektion hinsichtlich der Aussicht auf Erfolg für die Teilnehmer zu treffen. Die Entwicklung der Erträge für jeweils drei parallel laufende Lehrgänge zur Umschulung zu Verwaltungsfachangestellten wird in den Folgejahren beobachtet. Insgesamt wurde 2016 ein Betrag von 447.558,83 € an Entgelt für Lehrgänge vereinnahmt. Dies entspricht nicht im vollen Umfang dem Haushaltsansatz 2016 (495.800 €). Dies lag im Wesentlichen daran, dass teilweise Lehrgänge später begonnen haben, als ursprünglich geplant. Bei den korrespondierenden Aufwendungen

(Dozenten honorare etc.) sind entsprechende Einsparungen in 2016 zu verzeichnen. Fortbildungen 2015 sind ähnlich wie in 2014 die Ergebnisse deutlich hinter den Erwartungen geblieben. Daher erfolgte in 2016 für das laufende Jahr eine Konzentration auf aktuelle Themen. Insgesamt wurden 87 Veranstaltungen (2015: 132) in den Seminarkalender aufgenommen. Hiervon konnten 64 Fortbildungen (2015: 46) durchgeführt werden. Hinzu kamen 14 durchgeführte Fortbildungen im Rahmen der „modularen Qualifizierung.“ Insgesamt 23 Veranstaltungen (= 26%) (2015 = 65 %) mussten zumeist aufgrund geringer Teilnehmerzahlen abgesagt werden. Im Vergleich zu den letzten Jahren ist hier eine wesentliche Verbesserung festzustellen. Seit dem IV. Quartal 2016 wurden die Bewerbungsstrategien für Seminare geändert bzw. intensiviert, was sich sehr positiv auf die Anmeldezahlen ausgewirkt hat. Erfreulicherweise sind auch die Teilnehmerzahlen gestiegen. Insgesamt 1149 Teilnehmer waren bei Seminaren des Institutes zu Gast (2015: 471 //2014: 610 //2013: 1.134 // 2012: 727 // 2011: 711). Hierbei ist jedoch anzumerken, dass zwei Großveranstaltungen im Tivoli Aachen zum Thema „Neue Entgeltordnung im TVÖD“ mit 180 Teilnehmern sehr gut besucht waren. Es konnten daher beim Kostenträger „Fortbildung“ insgesamt rd. 47.600 € Mehrerträge gegenüber dem Ansatz im Haushaltsplan 2016 aus Entgelte für Fortbildungsveranstaltungen realisiert werden. Gleichzeitig waren Mehraufwendungen für Referentenhonorare, Druck- sowie Bewirtungskosten zu verzeichnen. Insgesamt hat der Kostenträger erfreulicherweise mit einem wesentlichen besseren Ergebnis gegenüber dem ursprünglichen Plan abgeschlossen.

Personalauslese

Als dritten Bereich des Aufgabenspektrums führt das Studieninstitut für die 38 Kommunen im Verbandsgebiet die Ausleseverfahren für die Personalgewinnung durch. Die Vorbereitung und Durchführung der Ausleseverfahren bindet die Kapazitäten der Geschäftsstelle über einen Zeitraum von etwa 10 Wochen im Spätsommer bzw. Herbst jedes Jahres. Die Verbandsversammlung hat in ihrer Sitzung am 04.12.2015 beschlossen, eine Ausschreibung für ein Online-Bewerbers-Auswahlverfahren durchzuführen und das Studieninstitut mit der Organisation und Durchführung der notwendigen Maßnahmen beauftragt. Nach Abschluss des Ausschreibungsverfahrens wurde eine Nutzungsvereinbarung für die Durchführung von elektronischen Einstellungstests mit dem geva-Institut München, das in diesem Bereich führend ist, abgeschlossen. Aufgrund der intensiven Vorbereitungen konnte das Personalausleseverfahren für den Einstellungsjahrgang 2017 äußerst zügig und störungsfrei durchgeführt werden, so dass die Ergebnisse der Testverfahren bereits Ende September an die anmeldenden Behörden weitergeleitet werden konnten. Insgesamt wurden 1.008 (2016: 1188; 2015: 986,) Bewerber/innen getestet und daraus resultierend 2633 (2016: 3.519; 2015: 2.346) Auskünfte für das Einstellungsjahr 2017 erteilt.

Die Testfälle sind seit 2015 gegenüber den Vorjahren deutlich angestiegen. Die Anzahl der ausgeschriebenen Stellen bei den Kommunen und das allgemeine Interesse der Bewerberinnen und Bewerber für einen attraktiven und sicheren Arbeitsplatz im öffentlichen Dienst sprechen für sich.

22 von 38 Verbandskommunen haben im Jahr 2016 insgesamt 3.012 Bewerber/innen gemeldet. Nach Rückmeldung der Testergebnisse durch das geva-Institut wurden diese an die anmeldenden Behörden entsprechend aufbereitet weitergegeben. In den Kosten sind die Leistungen des geva-Instituts, die noch bis einschl. 2017 zu zahlende Umlage an das Institut für Personalauslese und

Eignungsprüfung, IfP Köln, die Erstattung für Erarbeitung und Begutachtung von Testaufgaben sowie Personal- und Sachkosten der Geschäftsstelle für die Durchführung enthalten. Für die Abrechnung der Kosten für den Einstellungsjahrgang 2017 wurde als Basispreis ein Betrag in Höhe von 24,30 € je Testauskunft ermittelt und den Behörden in Rechnung gestellt. Insgesamt waren für 2016 Erträge in Höhe von 66.956,10 € aus dem Entgelt für Personalauslese zu verzeichnen.

Darstellung der Lage

Im Sinne der Transparenz der Aufwendungen und Erträge sind für das Finanzwesen des Zweckverbandes 4 Kostenträger (Produkte) gebildet worden, und zwar:

- 429500 Verwaltung,
- 429501 und 439502 Lehrgangsbetrieb incl. BFW Düren,
- 429503 Fortbildungsbetrieb und
- 429504 Personalauswahlverfahren.

Die dem Kostenträger Verwaltung zugeordneten Aufwendungen werden durch eine von den Verbandsmitgliedern aufzubringende Umlage – berechnet nach der Einwohnerzahl am jeweils in der Haushaltssatzung festgelegten Stichtag – mitfinanziert. Die Kostenträger Lehrgangsbetrieb, Fortbildung und Personalausleseverfahren finanzieren sich durch entsprechende Entgelte. Ziel ist es, jeden Kostenträger (Teilergebnisplan) für sich kostendeckend abzuwickeln. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Personalaufwendungen für die hauptamtlichen Dienstkräfte entsprechend dem Zeiteanteil des Einsatzes auf die einzelnen Kostenträger verteilt werden. Das Wirtschaftsjahr 2016 hat insgesamt mit einem Jahresüberschuss von 4.030,45 € abgeschlossen.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Wirtschaftsjahres

Wie aus der Schlussbilanz und dem Verbindlichkeitspiegel ersichtlich ist, wurden im Haushaltsjahr 2016 gegenüber dem Vorjahr sowohl die Personalkostenerstattung für die abgeordnete Mitarbeiterin der Stadt Aachen als auch die Zahlungen für die Durchführung der Geschäftsbuchhaltung und der Zahlungsabwicklung bereits im laufenden Jahr an die StädteRegion geleistet. Dadurch wird bei den Verbindlichkeiten ein geringerer Betrag als im Vorjahr ausgewiesen. Die Ansprüche aus dem sog. KVR-Fond gegenüber den Rheinischen Versorgungskassen wurden als „Sonstige öffentlich rechtliche Forderungen“ bereits in die Schlussbilanz 2016 eingebucht und werden nach Abrechnung bzw. Zahlungseingang in das Anlagevermögen des Studieninstitutes umgebucht. Das Studieninstitut ist gut aufgestellt und blickt trotz gestiegener Anforderungen insbesondere im *Bereich der Ausbildung und beruflichen Weiterbildung* optimistisch in die Zukunft. Der Ausbildungsbedarf und der Bedarf an beruflichen Weiterbildungslehrgängen (AL I und AL II) werden sich voraussichtlich mit steigender Tendenz entwickeln. Nach aktueller Einschätzung werden die Gebietskörperschaften im Verbandsgebiet als Antwort auf einen Aufgabenzuwachs im Bereich der Jobcenter und der Grundsicherung und nicht zuletzt als notwendige Reaktion auf den Demographieeffekt zunehmend Personalverstärkungen vornehmen müssen. Bereits im Jahr 2015 war eine deutliche Erhöhung der Anzahl der Auszubildenden zum/zur Verwaltungsfachangestellten zu konstatieren. Dies bedingte die Verstetigung der Einrichtung des „Sonderlehrganges – dienstbegleitende Unterweisung“ bei der Abteilung Heinsberg. Stand Mitte 2017 werden nach aktuellem Stand in den Abteilungen StädteRegion (19) Heinsberg (20) und Düren (21 – Start Blockunterricht: Herbst 2017) drei

Unterstufen mit insgesamt 60 Auszubildenden an den Start gehen. Beachtlich sind auch die Anmeldungen im Bereich der Anwärter für den mittleren Dienst: 23 Anmeldungen für den Laufbahnlehrgang I für die Abteilung Aachen-Stadt liegen vor. Bis zum Ende des Berichtsjahres bewegten sich die Teilnehmerzahlen der Lehrgänge mit einer gewissen Bandbreite auf einem gleich bleibend hohen Niveau. Die Anmeldezahlen erfordern die Erstellung von „Longlists“ mit Wartezeiten bis zu mehreren Jahren. Aktuell stehen für beide Lehrgangstypen (AL I und AL II) über 100 Personen auf der Warteliste. Daher haben sich, wie bereits oben ausgeführt, die Abteilungsvorsteher beim „Workshop über die zukünftige Ausrichtung des Studieninstitutes“ am 26.01.2017 dafür ausgesprochen, dass jede Abteilung zu den bisherigen Lehrgängen einen zusätzlichen AL I – bzw. AL II Lehrgang durchführt, um so den Wartestau abzubauen. Zur Durchführung dieser zusätzlichen Lehrgänge stellt das Studieninstitut im Bedarfsfall seine Räumlichkeiten in der Geschäftsstelle zur Verfügung, sofern der Seminarbetrieb dadurch nicht eingeschränkt wird. Die im Bericht des Vorjahres angedeutete Verlagerung der Zuständigkeit für Ausbildung und Prüfung der Auszubildenden im Berufsbild „Kaufleute für Büromanagement“ im öffentlichen Dienst von den Industrie- und Handelskammern auf die Studieninstitute hat sich durch die gesetzliche Regelung verfestigt. Durch die neue Büromanagementkaufleuteausbildungsverordnung vom 11.12.2013 wurden die angesprochenen Veränderungen gesetzlich vollzogen. Das Land NRW hat in Anlehnung an die Prüfungsordnung für die Verwaltungsfachangestellten mit Datum vom 10.07.2014 eine Verordnung zur Durchführung der Abschlussprüfung erlassen. Unter der Federführung der Leitstelle NRW wurde im Zusammenwirken der Studieninstitute ein Lehrplan für die Durchführung der „dienstbegleitenden Unterweisung“ von 560 Unterrichtsstunden erarbeitet. Seit November 2016 wird in einem sehr straffen Zeitplan (teilweise inklusive Ferienzeiten) die dienstbegleitende Unterweisung für insgesamt 10 Personen (Ej. 2014: 6; Ej. 2015: 3; Ej. 2016: 1 – Verkürzung Ausbildungszeit) durchgeführt und endet voraussichtlich im Juli 2017. Die besondere Herausforderung bei der Organisation der dienstbegleitenden Unterweisung war, dass die Schülerinnen und Schüler zwei verschiedene Berufskollegs besuchen und auch an unterschiedlichen Tagen Berufsschule haben. In 2016 haben im gesamten Verbandsgebiet nur zwei Personen die Ausbildung zum Kaufmann bzw. Kauffrau für Büromanagement angetreten. Eine Person hiervon konnte aufgrund ihrer Vorbildung die Ausbildungszeit auf 2 Jahre verkürzen. Diese Person nimmt ebenfalls an der dienstbegleitenden Unterweisung hier in Aachen teil. Die verbleibende einzige Auszubildende (Einstellungsjahrgang 2016) besucht nunmehr die dienstbegleitende Unterweisung beim Studieninstitut Köln, da ein Lehrgang für nur eine Person durch das Studieninstitut nicht angeboten werden kann. Wie an den Einstellungszahlen zu erkennen ist, werden aufgrund der zusätzlichen Verpflichtung der „dienstbegleitenden Unterweisung“ kaum noch Auszubildende für diesen Beruf bei den Verwaltungen und kommunalen Betrieben eingestellt. Stattdessen werden mehr Auszubildende für den Beruf der bzw. des Verwaltungsfachangestellten bei den Kommunen eingestellt. Durch die verstärkte Gewinnung von Nachwuchskräften werden seit geraumer Zeit Plätze für die Teilnahme an Ausbilderlehrgängen angefragt. Beim Studieninstitut sind bis zum Jahr 2020 fortlaufend 2 Ausbilderlehrgänge geplant. In 2017 soll neben den zwei Lehrgängen in Aachen zusätzlich ein Lehrgang in Heinsberg durchgeführt werden. Dem Seminar kalender soll in den kommenden Jahren ein quantitativ und qualitativ hoher Stellenwert beigemessen werden. Die Erfahrungen der letzten Monate haben gezeigt, dass insbesondere wichtig ist, Seminare auch intensiv zu bewerben. Darüber

hinaus hat sich in den letzten Wochen ebenfalls als sehr positiv herausgestellt, aktiv auf die Kommunen zuzugehen und deren Bedarf abzufragen bzw. dass es wichtig ist, konkrete Seminarwünsche an das Studieninstitut zu richten. Die Nachfrage zu Kompaktkursen für die Qualifizierung von Ausbildern zu Praxisprüfern für die Durchführung der fachpraktischen Module im Bachelor-Studiengang ist konstant hoch. Als besondere zusätzliche Herausforderung wird die Durchführung der Seminarreihen zur „modularen Qualifizierung“ für den Aufstieg in die „Laufbahngruppe 2, 2 Einstiegsamt“ (vorher höherer allgemeiner Verwaltungsdienstes) aufgrund der Änderung der Laufbahnverordnung NRW seit 2016 wahrgenommen. Grundsätzlich besteht für die Durchführung dieser modularen Qualifizierung eine Kooperation mit dem Studieninstitut Niederrhein, Krefeld, SINN. Der erste Block der 4 Module wurde ausgeschrieben und an beiden Standorten, jedoch schwerpunktmäßig am Niederrhein durchgeführt. Aufgrund der hohen Anmeldezahlen (17 Personen) aus dem Verbandsgebiet wird die am 02.03.2017 begonnene modulare Qualifizierung mit 40 Seminartagen (verteilt über eine Laufzeit von rd. 18 Monaten) durch das hiesige Studieninstitut alleine durchgeführt. Hinzu kommt die Abnahme der Leistungsnachweise für jeden Teilnehmer in allen 4 Modulen. Der *Bereich Personalauslese* stand nach Jahren einer guten kontinuierlichen Zusammenarbeit mit dem IfP Köln vor grundlegenden Herausforderungen. Nachdem die Stadt Köln als Träger des Instituts für Personalentwicklung und Eignungsprüfung und das Rheinische Studieninstitut als stärkstes Mitglied aus dem Verbund ausgestiegen sind, mussten die übrigen Mitglieder des nicht-rechtsfähigen Vereins die offene Situation einer neuen Lösung zuführen. Neuer Träger wurde 2015 das Studieninstitut Hagen, das jedoch lediglich die Betreuung der Mitglieder als „Geschäftsstelle“ ohne eigene Testleistung weiterführt. Aufgrund dessen haben sich neben dem hiesigen Institut viele andere Studieninstitute entschlossen, sich eines neuen erfolgreichen Online-Bewerber-Auswahlverfahrens zu bedienen. Die Verbandsversammlung hat in ihrer Sitzung am 04.12.2015 beschlossen, ein Ausschreibungs- und Vergabeverfahren durchzuführen. Dieses ist am 22.06.2016 durchgeführt worden. Die Submission fand am 05.07.2016 statt. Die Vergabe des Auftrages für das Online-Bewerber-Auswahlverfahren ist in der Sitzung der Verbandsversammlung am 11.08.2016 beschlossen worden. Nach Abschluss des Ausschreibungsverfahrens wurde eine Nutzungsvereinbarung für die Durchführung von elektronischen Einstellungstests mit dem geva-Institut München, das in diesem Bereich führend ist, abgeschlossen. Aufgrund der intensiven Vorbereitungen konnte das Personalausleseverfahren für den Einstellungsjahrgang 2017 äußerst zügig und störungsfrei durchgeführt werden, so dass die Ergebnisse der Testverfahren bereits Ende September an die anmeldenden Behörden weitergeleitet werden konnten. Insgesamt wurden mit dem neuen Partner sehr gute Erfahrungen gemacht und die Kommunen waren bereits im ersten Jahr alle sehr zufrieden mit den ausführlichen Dossiers zu jedem einzelnen Bewerber. Das Land NRW hat das *Gesetz über die kommunale Gemeinschaftsarbeit* (GKG NRW) zum 03.02.2015 neu gefasst. Die Verbandsversammlung hat in ihrer Sitzung am 29.02.2016 die 4. Änderungssatzung auf der Grundlage des GkG beschlossen. Die Satzung wurde nach Genehmigung durch die Bezirksregierung Köln, Verfügung vom 17.03.2016, im Amtsblatt Nr. 12 am 29.03.2016 veröffentlicht. Im Rahmen des Workshops „Zukünftige Ausrichtung des Studieninstitutes“ der Abteilungsvorsteher des Studieninstitutes waren sich alle Beteiligten einig, dass die Geschäftsstelle in Bezug auf das Erscheinungsbild keinen modernen Dienstleistungsbetrieb verkörpert. Insbesondere der Seminarraum und die Toiletten stellen kein Aushängeschild für ein

modernes zukunftsorientiertes Studieninstitut dar. Der Zustand des Schulungsraumes lässt sehr zu wünschen übrig und entspricht nicht den heutigen Ansprüchen an eine Weiterbildungseinrichtung. In der Regel werden bei den Evaluationsbögen der Seminare die Räumlichkeiten bemängelt. Insbesondere ist die Akustik im Seminarraum sehr schlecht und der Straßenlärm von der Kaiserstraße wird ebenfalls als sehr störend empfunden. Ferner kommt hinzu, dass weder eine behindertengerechte Toilette noch ein barrierefreier Zugang (vorhandener Fahrstuhl zu schmal – lichtetes Maß nur 67 cm) am jetzigen Standort gegeben sind. Unter Abwägung aller Vor- und Nachteile haben sich die Abteilungsvorsteher gemeinschaftlich dafür ausgesprochen, keine zusätzlichen Investitionen mehr am Standort Kohlscheid durchzuführen. Diese hätten auch höhere Mietaufwendungen zur Folge. Als Anforderungen bzw. Voraussetzungen an einen neuen Standort für die Geschäftsstelle des Studieninstitutes wurden folgende Kriterien vereinbart: Es sollen in zentraler Lage von Aachen unabhängige, geeignete Räumlichkeiten angemietet werden. Hierbei muss gewährleistet sein, dass eine optimale Anbindung an öffentl. Verkehrsmittel (Bahn und Bus) vorhanden ist sowie eine verkehrsgünstige Lage gegeben ist. Darüber hinaus sollten auch Parkplätze vorhanden sein, da Dozenten oftmals mit dem Pkw anreisen und auch Seminarunterlagen etc. mitbringen, die schlecht über weite Wege transportiert werden können. Ferner sollte auch für den Studienleiter ein fest zugewiesener Parkplatz (aufgrund der häufigen Außentermine) zur Verfügung stehen. Nicht zuletzt ist neben der Barrierefreiheit der Räumlichkeiten auch das Vorhalten eines Behindertenparkplatzes für eine öffentliche Einrichtung wie das Studieninstitut unabdingbar. Des Weiteren sollten nach Möglichkeit für die eigenen Lehrgänge des Studieninstitutes, wie z.B. den „Ausbildereignungslehrgang“ sowie den „Grund- und Aufbaukurs Verwaltungskunde für Mitarbeiter/innen ohne Verwaltungsausbildung“ etc., welche derzeit in externen Räumlichkeiten durchgeführt werden, zusätzliche Räumlichkeiten zur Verfügung stehen. Insgesamt dürfe dies ein wichtiger Schritt für eine zukunftsorientierte Ausrichtung des Studieninstitutes Aachen sein.

27.03.2017

Dr. Markus Kremer

Beigeordneter Stadt Aachen

–Verbandsvorsteher–

Öffentliche Zwecksetzung

Das Studieninstitut hat die Aufgabe, die planmäßige theoretische Ausbildung von Auszubildenden, Praktikanten, Beamtenanwärtern und sonstigen Dienstkräften der Gemeinden und Gemeindeverbände, der kommunalen Zweckverbände sowie anderer kommunaler Einrichtungen seines Gebietes zu betreiben, die vorgeschriebenen Prüfungen abzunehmen und die fachliche Fortbildung von Dienstkräften innerhalb und außerhalb des Verbandsgebietes zu fördern.



Kultur

Grenzlandtheater der StädteRegion Aachen GmbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziel

Gegenstand der Gesellschaft ist die Aufführung von Theaterstücken kulturell hoch stehenden Charakters. Der Bevölkerung des Aachener Raumes soll Gelegenheit und insbesondere auch durch günstige Preisgestaltung die Möglichkeit gegeben werden, die Theateraufführungen zu besuchen, um die Kunst und das Verständnis für sie zu fördern und hierdurch einem gemeinnützigen Zweck zu dienen.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft bestellt zwei gleichberechtigte Geschäftsführer, und zwar einen für die kaufmännischen Aufgaben und einen für die künstlerischen Aufgaben. Im Bedarfsfalle bestellt die Gesellschaft je einen Stellvertreter.

Beirat:

Der Beirat besteht einschließlich des Vorsitzenden aus höchstens 8 Personen. Er wird gebildet aus dem Städteregionsrat, 5 vom Städteregionstag zu wählenden Mitgliedern und 2 Vertretern der Verwaltung, und zwar dem allgemeinen Vertreter und dem Kämmerer. Vorsitzender ist der Städteregionsrat, stellvertretender Vorsitzender der allgemeine Vertreter.

Gesellschafterversammlung:

Die StädteRegion als alleinige Gesellschafterin wird in der Gesellschafterversammlung durch die jeweiligen Mitglieder des Städteregionsausschusses vertreten. Der Vorsitzende ist der Städteregionsrat der StädteRegion Aachen.

Besetzung der Organe

Geschäftsführung:	Intendant Uwe Brandt	Künstlerischer Leiter
	Dipl. Kfm. Hermann Fuchs	Kaufmännischer Leiter

Beirat:

Vorsitzender	Helmut Etschenberg	Städteregionsrat
Stv. Vorsitzender	Axel Hartmann	Allg. Vertreter d. Städteregionsrates
	Egon Metten	Kämmereileiter
	Claudia Cormann	Städteregionstagsmitglied
	Birgitt Lahaye-Reiß	Städteregionstagsmitglied

Manfred Bausch	Städteregionstagsmitglied
Christiane Karl	II. stv. Städteregionsrätin
Christa Heners	sachkundige Bürgerin

Vertreter der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung:

Die Mitglieder des Städteregionsausschusses unter Vorsitz des Städteregionsrates

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Sitz: 52062 Aachen

gezeichnetes Kapital: 26.000 Euro

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
StädteRegion Aachen	<u>26.000,00</u>	<u>100,00</u>
	26.000,00	100,00

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2014	2015	2016
	- in € -	- in € -	- in € -
A. Anlagevermögen	54.302	97.492	96.464
I. Sachanlagen	54.302	97.492	96.464
B. Umlaufvermögen	867.346	1.013.589	1.055.537
I. Vorräte	0	0	0
II. Forderungen / sonst. VG	24.016	4.000	16.599
III. Kassenbestand, Guthaben	843.330	1.009.588	1.038.938
C. Rechnungsabgrenzungsposten	6.917	1.353	4.721
D. Nicht durch EK ged. Fehlbetrag	30.636	0	0
Bilanzsumme Aktiva	959.201	1.112.434	1.156.722
A. Eigenkapital	54.302	9.706	18.282
I. Gezeichnetes Kapital	26.000	26.000	26.000
II. Jahresfehlbetrag	-56.636	-16.294	-7.718
III. Nicht d. EK ged. Fehlbetrag	30.636	0	0
B. Sonderposten m. Rücklageanteil	54.302	97.492	96.464
C. Rückstellungen	57.481	69.725	82.607
D. Verbindlichkeiten	69.494	176.762	191.705

E. Rechnungsabgrenzungsposten	777.924	758.749	767.664
Bilanzsumme Passiva	959.201	1.112.433	1.156.722
Gewinn- und Verlustrechnung:	2014	2015	2016
	- in € -	- in € -	- in € -
Umsatzerlöse	1.544.803	1.617.363	1.588.792
sonst. betriebl. Erträge		1.041.640	996.801
sonst. nicht zuschussfähige Erträge	19.100	13.850	20.850
Personalaufwand		1.782.676	1.684.274
sonst. betriebl. Aufwendungen		863.067	883.123
sonst. n. zuschussfähiger Aufwand	20.762	19.303	20.178
Jahresfehlbetrag n. Steuern	56.636	16.295	7.718

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2014	2015	2016
Mitarbeiter/innen (Jahresdurchschnitt ohne Azubi)	56	60	56
Indikatoren zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage	2014	2015	2016
	in %	in %	in %
Anlagenintensität / Anlagenquote	5,85	8,76	k.A.
Eigenkapitalquote	5,66	9,64	k.A.
Anlagendeckungsgrad	100,00	109,96	k.A.
Liquidität 1. Grades	1.213,54	571,16	k.A.
Eigenkapitalrentabilität	neg.	neg.	k.A.
Vorstellungen	2014	2015	2016
Theater Elisengalerie	295	291	281
Abstecher Gastspielorte	87	91	89
Sonderveranstaltungen	6	6	6
Insgesamt	388	388	376
Zuschauerzahlen	2014	2015	2016
Insgesamt	82.283	84.098	80.899

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Die Gesellschaft erhält jährlich einen Zuschuss von der StädteRegion Aachen für den Defizitausgleich. Im Haushaltsjahr 2017 wurde ein Verlustausgleich in Höhe von 16.294,29 € für das Geschäftsjahr 2016 gezahlt.

Wesentliche Leistungsbeziehungen zu anderen Beteiligungsgesellschaften der StädteRegion Aachen bestehen nicht.

Lagebericht der Gesellschaft

Geschäftsverlauf 2016:

Der Jahresabschluss per 31.12.2016 weist unter Berücksichtigung des zuschussfähigen und des nichtzuschussfähigen Bereiches einen Verlust in Höhe von 7.718,04 € aus (Vorjahr 16.294 €). In 2015 hat sich folgende wirtschaftliche Entwicklung ergeben:

Die Erlöse – hier als Theatereinnahmen aus Kartenverkauf Aachen, Abstecher und Sonderveranstaltungen – erreichten:

2016	1.517.887 €
2015	1.544.740 €

Das ergibt Mindereinnahmen gegenüber dem Vorjahr i.H.v. 26.853 € (-1,7%), die zurückzuführen sind auf etwas geringere Besucherzahlen und Vorstellungen gegenüber dem Vorjahr.

Hinzuzurechnen sind noch Einnahmen aus Programmverkauf, Garderobe, Umtauschgebühren und Sonstiges in Höhe von insgesamt 70.905 €.

Die in der GuV-Rechnung ausgewiesenen „Sonstige betriebliche Erträge“ i.H.v. 996.801 € (2015: 1.041.639 €) setzen sich wie folgt zusammen:

	2016
	<u>Euro</u>
Spenden/Beihilfen	7.576
Zuwendung/Förderverein	695.000
Zuschüsse Reg. Köln	268.600
Teilauflösung Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen in Höhe der Abschreibung (Investitionszuschuss)	<u>25.625</u>
Insgesamt	996.801

Die Theatereinnahmen erreichen damit einen Betrag i.H.v. 2.585.593 €. Für die Ermittlung der Gesamteinnahmen sind noch das Zinsergebnis (93 €) hinzuzurechnen, so dass sich rechnerisch Gesamteinnahmen in Höhe von 2.585.686 € ergeben. Von dieser Summe ist die Position Teilauflösung des SoPo, Investitionszuschuss, mit 25.625 € schließlich in Abzug zu bringen, sodass die (um diese

neutrale Position bereinigten) Einnahmen bei 2.559.968 € liegen (2015: 2.635.540 €).

Die Personalkosten haben beim personalintensiven Charakter des Hauses einen hohen Stellenwert. Sie betragen beim Grenzlandtheater 1.684.274 € und erreichten 65,6% (2015: 67,4%) der zuwendungsfähigen Ausgaben (Personalkosten, Sachaufwand und Steuern ohne Abschreibung) in Höhe von 2.568.451 €.

2016	1.684.274 €
2015	1.782.676 €

Der um 98.402 € geringere Personalaufwand i.H.v. 1.684.274 € gegenüber dem Vorjahr resultiert aus Einsparungen bei Personalaufwendungen, da in einigen Fällen krankheitsbedingt der Bezug von Krankengeld erfolgte. Das hat allerdings zu deutlichen Engpässen im Organisationsablauf geführt und zu extremen Belastungen beim Personal, um die Aufgabenerfüllung sicherzustellen. Weiterhin ergaben sich Einsparungen beim Gästeteat, der nicht in der geplanten Höhe in Anspruch genommen wurde.

Die betrieblichen Sachkosten erreichten

2016	883.123 €
2015	863.067 €

Zu diesem Betrag wird dann die gesondert auszuweisende KFZ-Steuer (1054 €) hinzugerechnet, sodass der Sachaufwand insgesamt 884.177 € beträgt. Der höhere Ansatz 2016 berücksichtigt eine Reihe von Instandhaltungsaufwendungen für die Verwaltung (Austausch des nach 20 Jahre verschlissenen Teppichbodens im Produktionsbereich/Konver sowie in der Verwaltungsetage) sowie für die alte und neue Probebühne (Trockenbauarbeiten, Fliesenarbeiten, neue Sanitäreinrichtungen. Trotz höherer Ausgaben bei weiteren Positionen, z.B. beim Werbeetat, konnten Einsparungen bei den Reisekosten für Gäste (Fahrkosten und Übernahme von Mietkosten) und für Personal deutlich gesenkt werden. Auch die Tantiemen/Musikgebühren fielen erheblich geringer aus, während die übrigen Ansätze im kalkulierten Rahmen blieben. Ausgehend von Gesamteinnahmen in Höhe von 2.585.593 €, Personalaufwendungen i.H.v. 1.684.274 €, Sachaufwendungen i.H.v. 883.123 € und Abschreibungen (25.625 €) verbleibt nach Verrechnung des pos. Finanzergebnisses (Zinsen) i.H.v. 93 € als Ergebnis aus der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit 2016 ein Fehlbetrag i.H.v. -7.335 €.

Im Geschäftsjahr 2016 ergaben sich folgende nichtzuschussfähige Ausgaben/Einnahmen:

2016 Ausgaben:	Euro
Versicherungen	5.892
Repräsentationskosten/Sonstige Kosten	9.308
Sonstige Kosten	3.129
Kosten Fremdveranstaltungen	1.850
Insgesamt	<u>20.179</u>

von 206 (94,5%). Die Anzahl der Abovorstellungen und des regulären freien Verkaufs sind über die Geschäftsjahre hinweg konstant. Die etwas geringere Vorstellungszahl im Grenzlandtheater Aachen im Jahr 2016 ist auf eine geringere Anzahl an Zusatzvorstellungen zurückzuführen, z.B. gab es in 2016 keine Zusatzvorstellung für die StädteRegion. Zudem lag der Spielzeitbeginn später, da in 2016 die Spielzeit erst am 19. August begann, statt – wie im Vorjahr – bereits am 14. August. Aufgrund der geringeren Spieltage reduzierte sich entsprechend auch die Besucheranzahl im Grenzlandtheater.

Die Verteilung der Zuschüsse des Landes und des Fördervereins (963.600,00 €) ergibt bei 79.663 Besuchern (ohne Sonderveranstaltungen) einen rechnerischen Betriebszuschuss von 12,10 € pro Gast (2015: 11,38 €). Die letzte aktuelle Statistik vom Dt. Bühnenverein zum Zeitpunkt der Erstellung des Lageberichts weist für die entsprechenden Ø-Werte auf Bundesebene 121,10 € und für NRW 125,01 € als Betriebszuschüsse pro Besucher aus (Stand Theaterstatistik Spielzeit 2014/2015; Quelle Dt. Bühnenverein).

Die hier im Lagebericht dokumentierten statistischen Auswertungen über die Vorstellungen und Besucherzahlen mit einer sehr guten Auslastungsquote belegen die erfreuliche Resonanz unserer Besucher auf die im Kalenderjahr 2016 aufgeführten Theaterstücke und Musicals. Das gilt genauso für die Sonderveranstaltungen (z.B. TheaterTalk) im Grenzlandtheater Aachen sowie die Aufführungen in den Abstecher- und Gastspielorten der StädteRegion, die im Rahmen der Funktion des Grenzlandtheaters als Landesbühne intensiv bespielt werden.

Chancen und Risiken:

Die Chancen und Risiken des Grenzlandtheaters Aachen liegen in der Abhängigkeit von der Gewährung öffentlicher Fördermittel im bisherigen Umfang. Eine wiederholte Reduzierung oder der Wegfall der Landesförderung würde das Theater existenziell gefährden und könnte/müsste ggfs. durch Gesellschaftermittel bzw. höhere Zuschüsse des Fördervereins kompensiert werden. Sowohl Risiken als auch Chancen ergeben sich stets auch mit der Herausgabe des Spielplans. Ein kulturell anspruchsvoller, zugleich attraktiver und abwechslungsreicher Spielplan ist die Basis für die Einnahmen des Theaters und stellt zugleich dessen unternehmerisches Risiko dar. Dieser Spielplan muss dem Publikum qualitativ gutes Theater präsentieren und so die notwendigen Einnahmen sichern.

Der Beirat und die Theaterleitung sind sich bewusst, dass mit der Umsetzung der im Spielplan vorgesehenen Produktionen Wagnisse auftreten können und sich daraus unmittelbar ergebnisrelevante Auswirkungen ergeben könnten, die unmittelbar den von der StädteRegion als Gesellschafter abzudeckenden Fehlbetrag erhöhen würde. Über die Entwicklungen des Theaters ist der Beirat daher frühzeitig zu informieren.

Zuletzt in der Spielzeit 2014/2015 wurde über die Finanzausstattung des Theaters grundsätzlich diskutiert mit dem einvernehmlichen Ergebnis, dass der Theaterbetrieb wie bei vergleichbaren Theater, nicht kostendeckend sein kann. Bei der gegebenen Platzausnutzung und der hohen Aufführungszahl sind die Möglichkeiten, Mehreinnahmen zu erwirtschaften begrenzt. Dazu erfolgte eine Aufstockung der Zuwendungsmittel seitens des Fördervereins, des Gesellschafters und des Theaters (Preiserhöhung).

Ausblick auf das Geschäftsjahr 2017:

Das Zahlenwerk des Wirtschaftsplans 2017 baut auf dem Ergebnis des Geschäftsjahres 2016 auf und berücksichtigt die finanziellen Rahmenbedingungen in den Erlös- und Kostenansätzen lt. Spielplanung.2016/2017 und 2017/2018

Wesentliche Kalkulationsgrundlage für die Wirtschaftsplanung daher die Spielplanung für die die nächste Spielzeit 2017/2018. Sie wird erneut acht Produktionen umfassen, die eine breite Palette von der Komödie über Klassiker und Drama bis hin zum Musical enthält. Für das Gj. 2017 wird mit Theatereinnahmen und Zuschüssen i.H.v. 2.561.170 € kalkuliert und mit Personalaufwendungen i.H.v. 1.743.000 € sowie Sachausgaben i.H.v. 846.000 €. Das dadurch verbleibende Defizit i.H.v. 27.830 € wird mit einem entsprechenden Gesellschafterzuschuss finanziert, sodass von einem ausgeglichenen Jahresergebnis für das Jahr auszugehen ist. Hinsichtlich möglicher Darlehensverpflichtungen für die neue Bestuhlung und die Neugestaltung des Foyers ist diese Planung im Rahmen der vertraglichen Umsetzung fortzuschreiben.

Aachen, im März 2017

gez. Uwe Brandt – Geschäftsführer

gez. Hermann Fuchs – Geschäftsführer

Angaben des Lageberichtes zur öffentlichen Zwecksetzung/

Einhaltung der öffentlichen Zweckerreichung gem. § 108 Abs. 3 Ziffer 2 GO NRW

Einhaltung der öffentlichen Zweckerreichung gem. § 108 Abs. 3, Ziffer 2 GO NRW:

Die Gesellschaft hat den im Gesellschaftsvertrag vorgegebenen öffentlichen Zweck der Aufführung von kulturell anspruchsvollen, spannenden und unterhaltsamen Theaterstücken für die Bevölkerung in der Region Aachen mit der Umsetzung der Spielpläne 2015/2016 sowie 2016/2017 im Geschäftsjahr 2016 vollumfänglich erreicht.

Kunst- und Kulturzentrum Betriebsgesellschaft der StädteRegion Aachen mbH

Gegenstand der Gesellschaft / Beteiligungsziele

Gegenstand der Gesellschaft ist die Förderung der Kunst- und Kulturarbeit in der StädteRegion Aachen. Dazu gehören insbesondere der Betrieb und die Verwaltung des „KuK – Kunst- und Kulturzentrum in der StädteRegion Aachen“.

Die im KuK-Zentrum ansässigen Künstler/innen werden durch qualifizierte Begleitung und Beratung in ihrer Existenzfähigkeit gefördert. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die für den Gesellschaftszweck notwendig sind und diesen fördern, insbesondere zum Abschluss entsprechender Miet- und Pachtverhältnisse mit dem Zentrum und dort ansässigen Künstlerinnen und Künstlern.

Das KuK ist das erste kulturelle Gründerzentrum in Nordrhein-Westfalen. Es ist ein Ergebnis des Wettbewerbes „Kulturelle Gründerzentren“, der im Jahr 2001 vom Ministerium für Wirtschaft und Arbeit des Landes Nordrhein-Westfalen ausgerichtet wurde und den die Stabsstelle Projektentwicklung, Forschung und Gleichstellung des Kreises Aachen gewann. Das KuK-Zentrum ermöglicht als Ateliergemeinschaft den Künstlerinnen und Künstlern einen Erfahrungsaustausch untereinander, sowie die Konzeption gemeinsamer Projekte und stellt gleichzeitig eine öffentliche Plattform als Hilfe zur ökonomischen Unabhängigkeit dar.

Im fast 150-jährigen Gebäude des ehemaligen Monschauer Finanzamtes wurden Marketing, Beratung, Produktion und Präsentation der unterschiedlichen Künstlerinnen und Künstler miteinander verbunden. Im Rahmen zahlreicher Ausstellungen und Events, die mit Unterstützung des KuK-Fördervereins initiiert werden, wird den Künstlerinnen und Künstlern die Möglichkeit gegeben, sich öffentlichkeitswirksam zu präsentieren und neue Kontakte zu knüpfen. Zwölf offene Ateliers, Verkaufs- und Büroräume bilden auf mehr als 400 qm eine Arbeits- und Begegnungsstätte, die zum kreativen Austausch zwischen Künstlerinnen, Künstlern und Kunstinteressierten einlädt.

Organe der Gesellschaft

Geschäftsführung:

Die Gesellschaft hat einen Geschäftsführer.

Gesellschafterversammlung:

Die Gesellschafterversammlung setzt sich zusammen aus je einem/einer Vertreter/in der Gesellschafter.



Besetzung der Organe

Geschäftsführung: Dipl. Kfm. Hermann Fuchs

Vertreter der StädteRegion in der Gesellschafterversammlung:

Vertreter: Hans-Josef Hilsenbeck I. stv. Städteregionsrat
 Werner Krickel Städteregionstagsmitglied

Beteiligungsverhältnisse

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Sitz: 52156 Monschau

gezeichnetes Kapital: 25.000 Euro

Gesellschafter:	Anteil in €	Anteil in %
StädteRegion Aachen	15.000,00	60,00
Stadt Monschau	9.000,00	36,00
Förderverein KuK e.V.	<u>1.000,00</u>	<u>4,00</u>
	25.000,00	100,00

Entwicklung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

Bilanz:	2014	2015	2016
	- in € -	- in € -	- in € -
A. Anlagevermögen	59	20	1
I. Sachanlagen		20	1
B. Umlaufvermögen	9.814	10.125	16.862
I. Forderungen / sonst. VG	9.814	7.161	7.276
II. Kassenbestand, Guthaben	0	2.963	9.586
C. Rechnungsabgrenzungsposten	857	842	795
D. Nicht d.Eigenkap. ged. Fehlbetr.	4.548	0	0
Bilanzsumme Aktiva	15.278	10.987	17.658
A. Eigenkapital	0	1.378	8.504
I. Gezeichnetes Kapital	25.000	25.000	25.000
II. Verlustvortrag	-34.928	-29.548	-23.621
III. Jahresfehlbetrag	5.379	5.927	7.125
IV. Nicht gedeckter Fehlbetrag	4.548	0	0
B. Rückstellungen	2.957	3.060	1.940
C. Verbindlichkeiten	12.321	6.549	7.214
Bilanzsumme Passiva	17.128	10.987	17.658

Gewinn- und Verlustrechnung:	2014	2015	2016
	- in € -	- in € -	- in € -
Umsatzerlöse	9.346	8.715	6.321
sonst. betriebl. Erträge		64.452	69.452
Materialaufwand		8.333	6.178
Personalaufwand		3.936	3.936
sonst. betriebl. Aufwendungen		35.919	39.688
Erträge aus Zuschüssen	64.452	64.452	69.452
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	11.777	5.927	7.124

Eckdaten und Leistungskennziffern

Personalbestand:	2014	2015	2016
Mitarbeiter/innen (außer Geschäftsführung)	keine	keine	keine
Indikatoren zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage	2014	2015	2016
	in %	in %	in %
Anlagenintensität / Anlagenquote	0,34	0,18	0
Eigenkapitalquote	10,80	12,55	48,15

Verbindungen zum Haushalt der StädteRegion Aachen / Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander

Die StädteRegion Aachen hat im Jahr einen Betriebskostenzuschuss in Höhe von 60.000 € geleistet.

Es besteht eine Leistungsbeziehung der KuK GmbH mit der WFG mbH, da diese für KuK einzelne Geschäftsbesorgungsaufgaben auf der Grundlage eines zuletzt mit Datum vom 10.03.2006 geänderten Geschäftsbesorgungsvertrags wahrnimmt mit dem Ziel, die Geschäftsführung der KuK GmbH bei der Durchführung ihrer Aufgaben zu unterstützen. Darüber hinaus besteht zwischen der der KuK GmbH und der WFG seit 01.12.2002 ein Pachtvertrag über das Gebäude, in dem das KuK ansässig ist.

Lagebericht der Gesellschaft

Wirtschaftliche Entwicklung / Ausblick 2017

Die KuK-Betriebs GmbH führte im Berichtszeitraum den operativen Geschäftsbereich mit der Verwaltung des KuK-Zentrums durch. Bis zum Ende der Zweckbindungsfrist (31.07.2018) sind gegenüber der NRW Bank die notwendigen Nachweise der Vermarktungsbemühungen zu führen sowie die Belegung des Zentrums mit KünstlerInnen zu dokumentieren. Dies ist im GJ. 2016 für den



Belegungszeitraum bis 31.07.2016 ohne Beanstandung durch die NRW-Bank erfolgt. Die Vermarktungsbemühungen sind intensiviert und durch die Kooperation mit der WFG unterstützt worden. Die WFG hat eine Anzeige in ihrem elektronischen Portal geschaltet. Geworben wird ebenso auf der Homepage sowie durch S 16 auf allen Veranstaltungen des KuK und im künstlerischen Netzwerk. Wie bereits im Geschäftsjahr 2015 erfolgreich durchgeführt, werden auch künftig projektgebundene Mietverträge, angestrebt. Neben der Akquise von Künstlerinnen und Künstler im Rahmen der Existenzgründung gilt es auch weiterhin Projekte zu gewinnen, die speziell auf das KuK-Zentrum ausgerichtet sind. Ziel, ist es die Produktion von Kunst in einen gesellschaftlichen Rahmen einzubinden und Kenntnisse zur Vorbereitung und Realisierung kommerzieller Projekte und externer Ausstellungsprojekte zu vermitteln. Das beinhaltet praktische Anleitungen zur Preisbildung, Materialbeschaffung, Transport, Aufbau und Präsentation der Arbeit am Ausstellungsort. Hier kann das KuK-Zentrum zeitlich befristet die geeigneten Räumlichkeiten für Gruppen, Studentenklassen bieten. Da die Vermietung der im Souterrain befindlichen Räumlichkeiten wegen der Lage keine wirtschaftlich nutzbare, langfristige Vermietung zulässt, findet weiter die interne Nutzung durch Ausstellungen, Lesungen und kleinere Events statt, die das kulturelle Angebot des KuK-Zentrums ergänzen. Ein wirtschaftlicher Effekt ist damit nicht zu erzielen. Seit Auslaufen der Projektfinanzierung des Landes NRW finanziert sich die Gesellschaft ausschließlich durch die Betriebskostenzuschüsse der Gesellschafter. Erträge resultieren lediglich aus Mieteinnahmen, die jedoch nur anteilig die Pachtzahlungen des KuK decken. Für das Geschäftsjahr 2017 zeichnet sich – ausgehend von den Mieteinnahmen sowie dem gegebenem Aufwandsniveau – erneut ein wirtschaftlich zufriedenstellender Geschäftsverlauf ohne Liquiditätseingänge ab, der durch die Betriebskostenzuschüsse erreicht wird. Bei der bestehenden Finanzierungsarchitektur der Gesellschaft, u.a. für Werkvertragsleistungen für die Aufrechterhaltung der Öffnungszeiten am Wochenende und der künstlerisch-konzeptionellen Leitung vor Ort sowie aller Kosten für Gebäudeinfrastruktur, wird in 2017 ein Finanzierungsbedarf von knapp 70.000 € kalkuliert. Damit wird das Kulturangebot im KuK gewährleistet, das sich zu einer festen Größe in der Region entwickelt hat und seit Jahren hohes Ansehen genießt. Mit den kalkulierten Zuschüssen für den Zentrumsbetrieb besteht ein angemessener Finanzrahmen, um geringe Überschüsse zu erwirtschaften, um die bilanzielle Überschuldung abzubauen und die Eigenkapitalbasis zu verbessern. Eine Insolvenzgefahr ist nicht gegeben, soweit die Zuschüsse zu Beginn des Wirtschaftsjahres in geplanter Höhe fließen. Die Liquidität im abgelaufenen Geschäftsjahr war stets sichergestellt.

Einhaltung der öffentlichen Zweckerreichung gem. § 108 Abs. 3, Ziffer 2 GO NRW:

Die Gesellschaft hat den im Gesellschaftsvertrag verankerten öffentlichen Zweck, d.h. die Förderung der Kunst- und Kulturarbeit in der Städteregion Aachen, den Betrieb und die Verwaltung des Kunst- und Kulturzentrums erreicht und die dort ansässigen Künstler und Künstlerinnen durch qualifizierte Begleitung und Beratung in ihrer Existenzfähigkeit zu fördern, in 2016 verfolgt. Der KuK-Förderverein initiierte in Zusammenarbeit mit der Stabsstelle S 16 – Kultur; Projektleitung Frau Dr. Nina Mika-Helfmeier, auch im Berichtsjahr 2016 zahlreiche Ausstellungen, Projektarbeiten und kulturelle Events z. T. unter Mitwirkung international bekannter, renommierter Künstlerinnen. Höhepunkte waren u.a. die Fotoausstellungen über Ken Heyman, Will McBride, Magnum's First und Berenice Abbott sowie das Kulturfestival X der Städteregion Aachen. Auch im Berichtsjahr 2016 war das KuK-Zentrum in Monschau erneut wieder ein Besuchermagnet.

2015: 35.000 Besucher/innen

2016: 36.000 Besucher/innen

Über das kulturelle Programm des KuK-Zentrum informiert die Internetpräsentation www.KuK-Monschau.de.

Chancen und Risiken:

Die Chancen und Risiken der KuK- Betriebs GmbH ergeben sich aus der Abhängigkeit von den jährlich bereitzustellenden Gesellschafterzuschüssen im kalkulierten Umfang zur Finanzierung der Gesellschaft. Die Mieterträge reichen dazu alleine nicht aus. Das anerkannt hochwertige Kulturangebot des KuK-Zentrums mit seinen Veranstaltungen und Ausstellungen ist eine feste Einrichtung in Monschau, die stets Tausende von Besuchern anzieht. Daher ist dieses kulturelle Angebot für die Bevölkerung in der StädteRegion im Gesellschafterinteresse und unverzichtbar.

Aachen, den 07. März 2017



Dipl.-Kfm. Hermann Fuchs
Geschäftsführer



Aachen Merzbrück

AGIT



Grenzlandtheater
Aachen



Sie haben Fragen?

StädteRegion Aachen
Der Städteregionsrat
Wirtschaftliche Beteiligungen und Zentrales Controlling
52090 Aachen

Herr Fuchs
Tel. 0241 5198 - 2318
Fax 0241 5198 - 82318
hermann.fuchs@staedteregion-aachen.de

Damit Zukunft passiert.
www.staedteregion-aachen.de

